

Widerstand gegen Erpressung von Gruhl & Co S. 8-9

C 21734 D

Arbeiterkampf

Jg.10 Nr. 178 2.6.80 *Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes* DM 2.-

Südkorea: Volksaufstand niedergeschlagen



Fast eine Woche lang hatte die Bevölkerung der südkoreanischen Provinzhauptstadt Kwangdschu dem Regime die Macht entrissen. Nachdem in der Stadt stationierte Fallschirmjäger brutal gegen demonstrierende Einwohner vorgegangen waren, die gegen Diktatur und Kriegsrecht protestiert hatten, kam es zur Explosion. Erstmals in der neueren Geschichte Südkoreas kontrollierten bewaffnete Einwohner ihre Stadt, nachdem sie sich zuvor aus Waffenarsenalen mit Panzerfahrzeugen und Waffen versorgt hatten. Die gesamte Bevölkerung in Kwangdschu unterstütze die Aufständischen. An Demonstrationen nahmen 200.000 und mehr teil (bei 800.000 Einwohnern!).
Mit der Unterstützung des US-Oberkommandos wurde die Stadt schließlich vom Militär zurückerobert. Gefangene wurden brutal mißhandelt. Inzwischen haben die Generäle, an der Spitze der im Vietnamkrieg auf US-Seite erprobte Chon Du Hwa, ihre Macht auch durch Einsetzung einer neuen Regierung institutionell abgesichert. Doch viele der Aufständischen haben sich mit den erbeuteten Waffen vor dem Sturm der Stadt abgesetzt.
Der Kampf wird weitergehen!

Fortsetzung auf Seite 43

Von Chile bis Bonn:
Die Freie Welt boykottiert Moskau

Im Januar präsentierte der US-Farmer Carter die Forderung, die „freie Welt" möge die olympischen Sommerspiele in Moskau boykottieren. Der Boykott solle Moskau zeigen, daß sich die „freie Welt" derart „barbarische Interventionen" wie in Afghanistan nicht länger bieten lasse. Die „freie Welt" nahm diesen Boykott-Aufruf entzückt zur Kenntnis. Bereits am 14. April konnte Axel Springer, einer der berufensten Sprecher der „freien Welt" für diese verkünden: *„Aus für Olympia!"* („Bild", 14.4.). Und: Die Versuche des Kremls, *„mit allen Mitteln die Front der Olympia-Gegner aufzuweichen"* um trotz Boykott *„Moskauer ‚Friedensspiele' zu machen, auf daß die Welt darüber Afghanistan vergesse"*, ist gescheitert („Hamburger Abendblatt", 9.5.80).
Zwar hielten einige europäische

Fortsetzung auf Seite 3



1500 Frauen beim §218-Tribunal

Bericht auf Seite 28

Da staunt die Justiz:
Fritz Teufel präsentiert Alibi

Seit September 1975 sitzt Fritz Teufel in U-Haft. Seit April 1978 schleppt sich der Prozeß gegen ihn und andere angebliche Mitglieder einer „Gruppe 2. Juni" dahin. Am 27. Mai 1980 endlich zog der bekannte Spaßvogel Fritz Teufel den Joker aus dem Ärmel: Er präsentierte für die ihm vorgeworfenen Aktivitäten (Lorenz-Entführung, Drenckmann-Erschiessung, diverse Banküberfälle u.a.) ein einwandfreies Alibi. Fritz hat damals unter dem Namen Jörg Rasche in Essen gearbeitet und gelebt!

Er hat sich diesen Spaß eiskalt bis nach dem Plädoyer des Staatsanwalts aufbewahrt: Dieser forderte für den Hauptangeklagten R. Reinders lebenslänglich und für Fritz und vier weitere Angeklagte 15 Jahre Knast.

Diese pfundige Überraschung blamiert die Bundesanwaltschaft total. Beleuchtet sie doch, wie Beweisführungen und Verurteilungen in „Terroristen-Prozessen" gewöhnlich zustande kommen. Wie Fritz Teufel dazu am 27.5. richtig sagte, *„genügen vage Indizien und kühne Konstruktionen, um jeden zu verurteilen, der seine Unschuld nicht beweisen kann oder mag und der sich von Aktionen, die Gegenstand der Prozesse sind, nicht distanzieren mag"* Nicht die Justiz hat in solchen Prozessen die Schuld des Täters zu beweisen, sondern allenfalls der Täter seine Unschuld. Generell gilt: Wer erst mal als „Terrorist" in U-Haft sitzt, muß auch verurteilt werden – und sei es nur zur Ehrenrettung der Justiz. Massive Vorverurteilung in der Presse ist fester Bestandteil aller wichtigeren politischen Prozesse. Wie selbstverständlich wird vor Gericht entlastenden Fakten nicht nachgegangen (wie bei Teufel), entlastende Tatzeugen von VS, BKA, LKA werden verheimlicht (wie bei Astrid Proll) oder erhalten keine Aussage-Genehmigung (wie im Schmücker-Verfahren).
Wahr und ermutigend ist aber auch, daß es immer wieder Genossen wie Fritz Teufel gibt, die konsequent und überlegt und obendrein noch so mitreißend spöttisch gegen die Verlogenheit und die scheinbare Allmacht der Klassenjustiz angehen.

Fortsetzung auf Seite 20

IN DIESER AUSGABE:

Rock gegen Rechts

Kein NPD-Treffen in Frankfurt und auch nicht anderswo!

Die Vorbereitungen für das Rock gegen Rechts-Festival in Frankfurt am 14./15. Juni laufen auf Hochtouren.
Bei der NPD ist angesichts der erwarteten antifaschistischen Massenmobilisierung schon jetzt die Entscheidung gefallen, ihr geplantes „Deutschland-Treffen" am 17. Juni in Frankfurt gar nicht erst zu versuchen. Stattdessen will die NPD offenbar in den „Raum Eschwege" (Nordhessen) ausweichen. Auch dort werden aber bereits antifaschistische Aktionen vorbereitet. Seiten 2, 3

»Rassenunruhen« in den USA und Südafrika

Mit Massenrevolten und militanten Aktionen wehrt sich die schwarze Bevölkerung der USA gegen Diskriminierung und Ausbeutung. Mindestens 15 Tote und Hunderte von Verletzten gab es bei einer Revolte in Miami. Man spricht von den „schwersten Unruhen" seit dem Aufstand der schwarzen Ghettos Ende der 60er Jahre.
Seiten 40, 41

Neue Massenkämpfe der schwarzen- und Mischlingskinder Südafrikas gegen die Diskriminierung an den Schulen. 100.000 streikten. Die weißen Rassisten antworteten mit Terror und Mord. Seite 42

Hasch: »Legalize it«?

Hasch: »Legalize it«?

Das Gesundheitsministerium bezeichnet ES als „verabscheuungswürdigen Angriff auf das Schutzgut ‚Volksgesundheit'", für den Bremer LKA-Chef paßt ES „in die Landschaft der Illusionen und Utopien", 200.000 Bundesdeutsche rauchen ES täglich, seit einem Jahr wird über die Aufhebung seines Verbots diskutiert. In diesem AK mit einem Beitrag zur Freigabe von Hanf und einem Interview mit dem Autor des „Haschisch-Kochbuchs". Seite 35

Grüne vor Dortmund Wenig Chancen für Gruhl & Co.

Der Versuch rechter und „links"-ökologistischer Grüner, die Partei mit einer Spaltungsdrohung zu erpressen, hat bisher eher das Gegenteil bewirkt: Ein Zusammenrücken der anderen Kräfte der Grünen Partei und eindeutige Verurteilungen der Spaltungsmanöver. Zu diesem Thema diesmal im AK: Interviews mit A. Haußleiter (Bundesvorstand der Grünen), E. Hoplitschek (AL Westberlin), K. Hoffmeister (Grüne Niedersachsen) und H. Schulz (Landesvorstand NRW der Grünen). Außerdem dokumentieren wir im Wortlaut die Stellungnahme des Landesvorstands Hamburg der Grünen gegen die Spaltungsmanöver. Seiten 8, 9

Diskussion über »Schrei aus der Stille«

Vor einigen Wochen ist dieser Film über Vergewaltigung und ihre Folgen in den Kinos der BRD angelaufen. Innerhalb der Frauenbewegung gehen die Meinungen darüber ziemlich auseinander. Wir veröffentlichen in diesem AK erste Eindrücke und Diskussionsbeiträge. Die Diskussion soll fortgesetzt werden. Seiten 24, 25

IN DIESER AUSGABE:

»Schwules Pfingsttreffen« von Lehrern und Erziehern

Anti-schwuler Schwachsinn in BRD-Schulbüchern ist immer noch keine Ausnahme. Lehrer und Erzieher, die ihr Schwulsein nicht verheimlichen und verstecken, haben mit Schikanen bis hin zum Berufsverbot zu rechnen.
Ein Treffen schwuler Lehrer und Erzieher über Pfingsten in Hannover gab Gelegenheit, über gemeinsame Erfahrungen und Widerstand zu diskutieren.

Seite 30

NPD will von Ausländer-Diskriminierung profitieren

Mit einer „Bürgerinitiative Ausländerstopp" versucht die total heruntergewirtschaftete NPD massenwirksame Propaganda zu treiben. Sie verläßt sich dabei auf die traditionellen rassistischen und nationalistischen Stimmungen bei erheblichen Teilen der BRD-Bevölkerung. Die Ausländer-Diskriminierung durch Presse, Polizei, Behörden ist der beste Nährboden für solche verbrecherischen Kampagnen der Neonazis.

Seite 18, 19

Gesundheitstag 1980

Über 10.000 Gesundheitsarbeiter/innen und Interessierte diskutierten fünf Tage in über 300 Veranstaltungen auf dem Gesundheitstag (14.-18. Mai) in Westberlin. Unter den neun inhaltlichen Schwerpunkten waren Themen wie Medizin und Nationalsozialismus, Situation der Frauen im Gesundheitswesen, Kinder, Psychiatrie, alternative Heilmethoden.
Ausführliche Berichte in diesem AK:

Seiten 32 - 35

„Aktion gegen Rüstung und Atom" am 16.und17. Juni in Mainz

Zur Debatte steht u.a. ein Vor-

„Aktion gegen Rüstung und Atom" am 16.und17. Juni in Mainz

Zur Debatte steht u.a. ein Vorschlag des BBU, eine Anti-Atom-Demonstration im Herbst 1980 von einer „zivilen" atomaren Anlage (z.B. Mülheim Klärlich) zu einem militärischen Standort mit Atomraketen (z.B. Koblenz und Umgebung) durchzuführen. Auf der Konferenz soll die praktische Vorbereitung der Demonstration geplant werden. Die Teilnehmer sind aufgerufen, Standortvorschläge und Ideen für die Ausgestaltung der Demonstration insbesondere für die politischen Inhalte und deren Ausdruck in Slogans mitzubringen. Als Rahmen soll der Slogan dienen: – ATOMKRAFTWERKE UND ATOMWAFFEN – GEMEINSAM ABSCHAFFEN!
Das Treffen findet statt in Zusammenarbeit mit der BI Mainz/Wiesbaden in Mainz, Neuer Saal im Kurfürstlichen Schloß (5 min vom Bahnhof).

Das Treffen beginnt am 16.6. um 20.oo Uhr mit einer Podiumsdiskussion „Ist der Frieden noch zu retten?", eingeladen wurden: Prof. Ebert, Ulrich Albrecht, Herve Ott, Helga Sanders, Roland Vogt, Hans Bubenzer, Eva-Maria Bannach-Epple, Carsten Voigt und General Bastian.

Am 17.6. um 9.00 Uhr beginnt die Vorbereitungsdiskussion für die Demonstration.
Vorgeschlagene Komplexe:
- Ökologie und Frieden
- Der atomare Kreislauf und die Kriegsgefahr
- Kriegsgefahr in Europa
- Widerstandsaktionen gegen Atomanlagen und militärische Rüstung.

Die Koordinierung und Anmeldung soll über die BBU-Geschäftsstelle laufen (Hellbergstr.6, 75 Karlsruhe 21, Tel. 0721/574248).

Arbeitspapiere sollen bis zum 5.6. gesammelt werden und an die Teilnehmer geschickt werden.

Die TAZ hat angeboten, vorher eingehende Beiträge in der TAZ abzudrucken.
(an die TAZ-Redaktion z.Hd. Manuel Bohn).



Schröders Roadshow Radfahrer absteigen
Kinder- und Jugendtheater im Theaterzelt SOG. 2
Klappmaul Puppentheater Mobiles Jugendtheater Baustelle
„Deutschlandtreffen" der NPD
Übernachtung vom 16. auf dem 17. 6.:
Rock gegen Rechts — Zeltlager in Eschwege

Der Rasen auf dem Frankfurter Rebstockgelände ist vorsorglich gemäht worden. Drucker müssen jetzt auf ihr Wochenende verzichten und Brauereien größere Bierkapazitäten freimachen. Für ein erstklassiges Musik- und Theaterprogramm werden die letzten Verabredungen getroffen. Am 29.5. gab das Ordnungsamt Frankfurt grünes Licht für das Gelände am westlichen Stadtrand: Die Durchführung des Rockfestivals sei „unproblematisch". Auch im Nordhessischen (Eschwege) wird eine Genehmigung in der ersten Juni-Woche erwartet. Für die Mitte des Monats stattfindenden Veranstaltungen des Aktionsbündnisses Rock gegen rechts, des DGB, der Kirchen und des Stadtjugendringes in Frankfurt sowie des antifaschistischen „Eschwege-Bündnisses" im Werra-Meißner-Kreis sind die Vorbereitungen in die Endphase getreten. Erwartet werden „Schwule, Chaoten, Gewerkschaftler" (Helmut Lenz, Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse in Hessen, über RGR), „Jazzveteranen und Pop-Pimpfe", „ewige Ostermarschierer und Politclowns", „K-Sektierer", „DKP-Altvordere", „die akustische APO" (alles „Die Welt" über RGR), selbstverständlich „Ratten und Schmeißfliegen" (FJS), „Hanswurste, Latzhosen, Lesben" („rundy/Deutschlands größter Musik-und Mediendienst") usw. — vor allem aber Jugendliche aller Altersklassen. 35 Jahre nach Kriegsende wird es möglicherweise zur größten antifaschistischen Mobilisierung kommen, die die BRD jemals gesehen hat.

Bekanntlich gibt es in der Geschichte immer wieder Elemente von Komik. Ein solches ist auch, daß ausgerechnet der sogenannte „Tag der deutschen Einheit" zum Anlaß geworden ist, gegen rechts zu demonstrieren – eine Entwicklung, die sicher nicht im Sinne der Erfinder ist. Wer diese Wandlung verstehen will, der soll sich berichten lassen vom braunen Spuk der NPD - „Deutschlandtreffen", die in den siebziger Jahren in Frankfurt stattgefunden haben. Der soll sich von Leuten, die es miterleben mußten, schildern lassen, wie es ist, wenn „sie" wieder marschieren: drei-, vier- oder fünftausend Nazis mit ihren Schlachtrufen für „Deutschland" und ihrer unverkennbaren Bereitschaft, einmal, „wenn es wieder so weit ist", all das auszurotten, was in ihren Augen „nicht normal" oder „minderwertig" ist. Erinnern wir noch einmal daran: an die Überfälle schlagholz-bewaffneter NPD-„Ordner" auf Antifaschisten am Strassenrand, an die alten PG's, die mit demKrückstock hinterherstürzten, um vielleicht noch eine flüchtende Frau in den Rücken zu treffen, an die erschrockenen Gesichter der herumstehenden Bürger, an die dezent wegblickenden Bullen. An die zum Hitler-Gruß gereckten Arme beim Absingen des „Deutschlandliedes", an die umherstreifenden Jungfaschistentrupps, die einmal im Jahr auf ihre Kosten kommen wollen, an das freundliche Bedauern der Justiz („die beschuldigten Teilnehmer der NPD-Demonstration konnten nicht strafrechtlich verfolgt werden, da sie aus dem Ausland kamen"), an die Wasserwerfer und Polizeiknüppel, mit denen der Frankfurter Römerberg für die Faschisten freigemacht wurde.

Ein ganzes Jahrzehnt hat es gedauert, bis die gesamte Frankfurter Linke wie auch der DGB, unterstützt von Antifaschisten aus ganz Westdeutschland, diesem Treiben mit ROCK GEGEN RECHTS ein Ende machen konnten.

Als am 16.6.79 dann zehntausende trotz eines Demonstrationsverbotes und nach einem beispiellosen Nervenkrieg die Innenstadt besetzten, und die NPD vor den Toren bleiben mußte, da war klar, daß der Kampf weitergehen würde, bis es keine „Deutschlandtreffen" und keine faschistische Partei mehr gibt.

Heute, ein Jahr danach, hat die NPD die Parole *„Frankfurt wird die erste nationaldemokratische Stadt Deutschlands"* aus ihrem Repertoire gestrichen. Denn am Main haben sich sogar die Kirchen aufgerafft, um an der Seite des DGB ihre Ablehnung des Faschismus kundzutun. Zwei Wochen vor dem 17. Juni wahrt die NPD in der Öffentlichkeit immer noch striktes Schweigen über den von ihr geplanten Austragungsort für ihr diesjähriges „Deutschlandtreffen". Intern mobilisiert sie für den „Raum Eschwege". Die Unmöglickeit, sich in einer westdeutschen Großstadt zu treffen, versucht sie dadurch wettzumachen, daß sie ihren Mitgliedern eine Kundgebung *„in Sichtweite der Zonengrenze"* anbietet. Aber auch dort haben Antifaschisten massiven Widerstand angekündigt. Was die antifaschistische Mobilisierung angeht, haben sich erfreuliche Veränderungen ergeben, mit denen man vor nicht allzu langer Zeit noch nicht rechnen konnte.

Dennoch haben wir heute eine Situation, die die Faschisten wieder hoffen läßt. Straußens Kanzlerkandidatur und Schmidts Kriegspolitik – oder auch die erklärte Kapitulation der DGB-Spitze gegenüber beiden – könnten für die äußerste Rechte wieder bessere Bedingungen schaffen. Der Neofaschismus ist nicht die einzige Spur, die in das Dritte Reich zurückführt. Manche andere Spur läßt sich heute – bei Zuspitzung der innen- und außenpolitischen Krise – deutlicher als je zuvor zurückverfolgen: Ob man das am Wehrmachtsoffizier Schmidt oder am Jungvolkführer Vetter, an Verfassungsrichtern, Bundeswehrgenerälen oder Sportfunktionären personell festmacht.

So versucht denn auch die NPD, die Zeichen der Zeit für sich zu nutzen: Mit der von ihr geplanten „Wiedervereinigungs"-Veranstaltung will sie Öl in ein bereits munter brennendes Feuer gießen: das der Kriegshetze und gezielten Eskalation der Ost-West-Spannungen, wie sie von den Herrschenden betrieben wird. Wer allerdings glaubt, eine Faschistenprovokation an der DDR-Grenze ginge der SPD/FDP-Koaltion nun doch ein Stück zu weit, der weilt noch in längst vergangenen „Entspannungs"-Zeiten.

Sprüche über die Bedeutung, die man nach wie vor den innerdeutschen Beziehungen beimesse, hindern die Sozialliberalen keineswegs daran, für das braune Gruselkabinett tausende von Bundesgrenzschützern und Polizisten aufzufahren, ohne deren Schutz sich die NPD sowieso nicht versammeln könnte. Allenfalls ein spürbares „Grimmen" von unten könnte sie davon abhalten. **Wenn sich westdeutsche Antifaschisten in diesem Fall schützend vor die DDR stellen, so geschieht das ganz gewiß nicht, weil sie diesem Staatsgebilde besonders freundschaftlich verbunden wären. Sondern es geschieht, weil sie dem Provokations- und Aggressionskurs der Rechten Einhalt gebieten wollen. Rock gegen rechts ist in diesem Jahr auch ein Stück aktive Friedenspolitik.**

KB/ Gruppe Frankfurt

*****

Ost - West - Verständigung

„Es passierte überhaupt öfters, daß versprochene Gespräche nicht zustande kamen, oder die Gruppe auf Ablehnung seitens der Bevölkerung stieß. So auch im Jugendheim von Auschwitz, der nächsten Station, wo die polnischen Gäste argwöhnisch auf Kontakte verzichteten. Anders ein Gespräch bei der sozialistischen Jugend, die nach dem erschütternden Besuch im Lager zu einem gemeinsamen Abendessen eingeladen hatte. Anfangs beruhte hier ein gewisses Mißtrauen auf den Berichten von neonazistischen Vorfällen in Deutschland.

Erst Berichte von den eigenen Bemühungen, von Rock gegen rechts und von den Gegendemonstrationen am 17. Juni konnten einige Vorurteile aufheben" (aus: „Offenbach-Post", Nr. 118; Bericht der evangelischen Jugend Rodgau über eine Fahrt zu den KZ-Gedenkstätten in der DDR, Polen und CSSR).

Infos

Infos

Uneingeschränktes Demonstrationsrecht !

....fordert das Aktionsbündnis Rock gegen rechts für die Durchführung eines Sternmarsches in Frankfurt am Morgen des 17.6. zum Römerberg. Wie im Vorjahr ist geplant, aus Frankfurter Stadtteilen zur Kundgebung des DGB, der Kirchen und des Stadtjugendrings hinzumarschieren. Ebenfalls wie im Vorjahr wird dieser Sternmarsch mit Verbotsdrohungen belegt. Angeblich sollen nur zwei Demonstrationszüge genehmigt werden. Wallmanns Taktik stinkt. Sie stinkt danach, daß versucht wird, einen Teil der Stadt von Antifaschisten „freizuhalten". Fragt sich nur für w e n ? Die NPD hat inzwischen öffentlich erklärt, auf ihre (vor zwei Jahren getätigte) Anmeldung des Römerbergs verzichten zu wollen. Sie werden aber noch „einen anderen Platz in der Innenstadt" anmelden. Gleichzeitig bekräftigte der NPD-Sprecher die Eschwege-Pläne seiner Partei („FR", 21.5.). Wenn auch manches darauf hindeutet, daß die NPD in Frankfurt lediglich Rückzugsgefechte liefert, da sie intern nach Eschwege mobilisiert, ist doch Wachsamkeit angesagt. Frankfurt muß dicht bleiben. Das Aktionsbündnis, das auch die nordhessischen Protestaktionen durch Ankündigung auf den RGR-Plakaten unterstützt, besteht auf der Durchführung der Sternmärsche in Frankfurt.Spaziergänger lassen sich bekanntlich nicht durch Verbote aufhalten.

Rockfestival

Selbiges beginnt in Frankfurt Samstag (14.6.) um 13 Uhr. Die Organisatoren bitten um Verständnis dafür, daß die zentrale Lebensmittelversorgung (1979: 30.000 DM Defizit für RGR!)diesmal kommerziell läuft.Sosehr dies den alternativen Ansprüchen widerspricht,muß einfach festgestellt werden, daß die Organisierung eines 4 Tage-Programms an den Rand der Belastbarkeit aller RGR'ler geht, insbesondere da die Demon-

strationen diesmal n a c h dem Festival anstehen. Um zu verhindern, daß die Preise in luftige Höhen klettern, wurden obere Preisgrenzen vertraglich festgelegt. Bürgerinitiativen, Ausländergruppen usw. können selbstverständlich ebenfalls Essen und Getränke anbieten, werden aber gebeten, ihre Stände beim Aktionsbündnis anzumelden, um einen Überblick zu haben. Für die Übernachtung bitte Zelte mitbringen und bei dem hoffentlich guten Wetter auf keinen Fall in dem nahegelegenen Weiher baden, da dieser ein gefährliches Gewässer ist, in dem schon mehrere Menschen ertrunken sind.

Hilfreich wäre es, wenn Gruppen und Initiativen außerhalb Frankfurts diskutieren könnten, daß sie ebenfalls Leute für die Organisierung stellen.

Von unschätzbarem Wert wäre es beispielsweise, wenn sich möglichst viele am Verkauf der Plaketten beteiligen würden, von denen der Löwenanteil erfahrungsgemäß erst auf dem Festival selbst gekauft wird.

Theater

Am 16.6. findet in Frankfurter Jugend- und Kulturzentren ein umfangreiches Theaterprogramm statt, das von der Initiative Freiheit der Theaterarbeit (ifta) zusammengestellt wurde. Ankündigungen im Detail auf besonderen Plakaten.

Plakate und Flugblätter

... mit den auftretenden Gruppen usw. gibt es am 2.6. im RGR-Büro, Speicherstr. 5, 6000 Frankfurt 1 (Tel.:0611/234549). Auch Plaketten sind zu diesem Zeitpunkt wieder vorrätig.

Rätselhaftes

In Frankfurt nehmen erstmals SDAJ und MSB bei Rock gegen rechts teil, im Eschwege-Bündnis darüber hinaus auch noch die VVN. Wird die These 41 für die Bündnisorganisationen der DKP gelockert? Offenbar nur dort, wo man sich andernfalls zu stark isolieren würde. In der Juni-Ausgabe von „elan" findet sich k e i n e Ankündigung des RGR-Festivals. In Hanau vermied es die SDAJ tunlichst bei einem RGR-Konzert Grüne, Spontis, SB oder andere einzubeziehen. In Frankfurt-Höchst versuchte sie (vergeblich), den KB als Unterstützer zu kippen. In Darmstadt hat sie sich vorgenommen, bei einem Rock gegen Strauß ‚feindliche' Bücherstände zu verhindern. In Lauterbach mißbrauchte sie das Markenzeichen RGR für ein reines SDAJ-Pfingstlager. Im Badischen lehnten SDAJler eine Unterstützung von RGR in Frankfurt ab usw.usf.

Dennoch ist mit der Einbeziehung in Frankfurt und im „Eschwege-Bündnis" ein nicht zu unterschätzender Erfolg gegen die Unvereinbarkeitspolitik gelungen ... -wobei einschränkend angemerkt werden muß, daß die eigentliche „Bewährungsprobe" für die neue Zusammenarbeit natürlich erst in der E n d p h a s e des diesjährigen 17.6. ansteht. Leider sind diese Organisationen immer für Überraschungen gut.

Gern würden wir mehr berichten, vor allem natürlich, welchen Ort die NPD genau für ihr „Deutschlandtreffen" vorgesehen hat. Trost an die Leser: Spätestens auf dem Rock gegen rechts-Festival in Frankfurt werden wir's wissen.

Eschwege am 17. Juni: Eine Reise, die sich lohnt!

Die NPD hat es noch einmal bekräftigt: ihr „Deutschlandtreffen" soll am 17. Juni im „Raum Eschwege" über die Bühne gehen. Getragen von der Hoffnung auf ein politisch ruhigeres Klima zieht es die Neonazis dieses Jahr nach Nordhessen - obwohl natürlich nicht hundertprozentig ausgeschlossen werden kann, daß die NPD noch einen Versuch in Frank-

nen:
– Am 16. Juni beginnt nachmittags ein Zeltlager in Eschwege. Die Rock-gegen-Rechts-Initiativen bereiten für den Abend ein Kulturprogramm vor. Es lohnt sich also in jedem Fall, schon am Vorabend anzureisen.
– Am 17. Juni treffen sich die Antifaschisten um 9 Uhr in Eschwege, um

Eschwege am 17. Juni: Eine Reise, die sich lohnt!

Die NPD hat es noch einmal bekräftigt: ihr „Deutschlandtreffen" soll am 17. Juni im „Raum Eschwege" über die Bühne gehen. Getragen von der Hoffnung auf ein politisch ruhigeres Klima zieht es die Neonazis dieses Jahr nach Nordhessen - obwohl natürlich nicht hundertprozentig ausgeschlossen werden kann, daß die NPD noch einen Versuch in Frankfurt unternimmt.

Doch die NPD wird auch im „Raum Eschwege" einige Überraschungen erleben. Initiativen aus Eschwege, Kassel, Marburg, Witzenhausen, Göttingen und einigen kleineren nordhessischen Orten haben bislang gegen das geplante NPD-Treffen protestiert, das mit einer „Kundgebung in Sichtweite zur Zonengrenze" („Deutsche Stimme" 5/80) beginnen und mit einem "Bundeswahlkongreß" fortgesetzt werden soll.

Auf einem Treffen in Eschwege, am 27.5.80, erschienen gut 100 Leute, zum größten Teil Schüler- und Jugendgruppen aus dem Eschweger Raum, denen ein „Nazi-Treffen vor „ihrer Haustür" natürlich ein besonderer Dorn im Auge ist. In der noch verbleibenden Zeit bis zum 17. Juni soll eine Filmwoche und eine Veranstaltung zum Neonazismus durchgeführt werden. Aufklärung ist Trumph!

Die NPD läßt die Katze (noch) nicht aus dem Sack ...

Die NPD ist bemüht, ihre Gegner zu verunsichern: fast täglich kursieren neue Gerüchte über den Ort des „Deutschlandtreffens".
Möglicherweise wird sie erst so spät wie möglich anmelden. Vorsorglich hat der DGB-Eschwege daher Hallen im gesamten Raum für den 17.Juni angemietet.

Das „Eschweger Bündnis", dessen Breite mit der von „Rock gegen Rechts" im letzten Jahr vergleichbar ist (so arbeiten neben der radikalen Linken auch SDAJ, VVN, Jungsozialisten und einzelne Gewerkschafter mit) will der NPD wie folgt begegnen:

– Am 16. Juni beginnt nachmittags ein Zeltlager in Eschwege. Die Rock-gegen-Rechts-Initiativen bereiten für den Abend ein Kulturprogramm vor. Es lohnt sich also in jedem Fall, schon am Vorabend anzureisen.

– Am 17. Juni treffen sich die Antifaschisten um 9 Uhr in Eschwege, um gegen das NPD-Treffen zu demonstrieren. Es empfiehlt sich, im PKW zu kommen. Die Demonstration soll mit viel „Rock gegen Rechts" gemacht werden, dazu wird eine bewegliche Bühne im Demonstrationszug mitgeführt.

Am Nachmittag wird in Eschwege ein großes „Rock gegen Rechts"-Konzert stattfinden, auf dem die nordhessische Szene zu hören und zu sehen ist. Vielleicht gibt es auch noch einige „Überraschungen" im Programm.

Da sich ein solches Programm nicht aus dem Stand organisieren läßt, wurde eine überörtliche Koordination gebildet, der mindestens zwei Leute aus den beteiligten Städten angehören und die Kontakt zum „Rock gegen Rechts"-Bündnis in Frankfurt hält.

Das Nazi-Treffen verhindern!

Vereinzelt gibt es hier und da Befürchtungen, sich am 17. Juni „blutige Köpfe" zu holen, sich nicht in ein Gemetzel mit den sicherlich reichlich vertretenen Polizeikräften einzulassen.

Es ist der Wunsch aller am Bündnis Beteiligten, das NPD-Treffen, sei es nun deren Kundgebung oder ihr anschließend stattfindender Bundeswahlkongreß, friedlich zu verhindern. Dies erfordert allerdings die Mobilisierung mehrerer tausend Demonstranten. So könnte es gelingen, daß sich die NPD am 17. Juni auch aus dem „Raum Eschwege" verdrücken muß. Nach Frankfurt sollte auch Nordhessen kein ruhiger Ort für Neonazis werden!
Auf Wiedersehen in Eschwege!

KB/Gruppe Kassel

Am Rande des „Rock gegen Rechts"-Festivals in Frankfurt soll ein weiteres bundesweites Treffen von Betroffenen und Interessierten zum Thema **„Prozesse gegen Antifaschisten und Repressionen gegen Strauß-Gegner"** stattfinden. Diese Initiative geht zurück auf einen Beschluß der „Arbeitsgruppe Prozesse" des Antifaschistischen Kongresses im April dieses Jahres. Der Schwerpunkt des Treffens soll – neben Berichten von weiteren Prozessen – vor allem auf dem detaillierten Erfahrungsaustausch liegen: wie Antifaschisten sich auf dem Justizsektor wehren können, welche Erfahrungen in bezug auf Solidaritäts- und Öffentlichkeitsarbeit gibt und wie Prozesse sinnvoll vorbereitet werden können, damit insgesamt ein optimaler Schutz der Betroffenen gewährleistet ist.

Die Antifagruppe des IKAH besorgt einen Raum und bittet alle Mitmacher, sich am Sonntag, 15. Juni, um 10.30 h etwa zwei Stunden Zeit dafür vorzumerken.

**Optimal wäre es, wenn sich alle Interessierten möglichst schnell bei der IKAH-Antifagruppe anmelden würden. Schreibt bitte an:
Bernd Schulz, Steenmoor 15, 2000 Hamburg 70**

Spionage-Affären: 2 1/2 Jahre für den Abgeordneten Cremer

Wegen „geheimdienstlicher Tätigkeit" für die DDR nach § 99 StBG wurde am 16.5. der bayrische Landtagsabgeordnete Friedrich Cremer (SPD) zu 2 1/2 Jahren Haft o h n e Bewährung verurteilt. Das entsprach voll dem Antrag des Staatsanwaltes. Der Prozeß fand in seinen wesentlichen Teilen unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Auch die wesentlichen Teile der Urteilsbegründung bleiben geheim.

Wir hatten im AK 176, S. 43/44, ausführlich dargestellt, wie in der BRD Spionage-Affären produziert werden. Parallel zur Abwendung vom „Entspannungs"schwindel ist in der BRD seit etwa 1976 eine erhebliche Verschärfung des Umfangs und der Methoden der Jagd auf angebliche Spione und Agenten der DDR und der Sowjetunion zu verzeichnen. **Der § 99 wird heute in einer Weise angewendet, die es erlaubt, j e d e n Kontakt zu Bürgern der DDR als „geheimdienstliche Tätigkeit" zu kriminalisieren.**

Im Fall des Abgeordneten Cremer ging es nicht einmal um den Schatten eines konkreten Vorwurfes, er habe vielleicht dieses oder jenes an die DDR „verraten" – von den Tatsachenbeweisen ganz zu schweigen. Der ganze Vorwurf reduziert sich auf den Kontakt zu DDR-Bürgern, die nach Ansicht des Gerichtes Mitarbeiter des DDR-Geheimdienstes seien.

Was auf diesem Gebiet zukünftig noch blühen wird, zeigt eine Meldung der „Welt" vom 24.5.80: *„Alle sowjetischen Korrespondenten im Ausland seien ‚mehr oder weniger' Agenten des Geheimdienstes KGB"*. Quelle der Meldung: ein „Überläufer" aus der Sowjetunion – wobei diese „Überläufer" in der Regel West-Agenten sind, denen im Osten der Boden zu heiß wurde. Als Konsequenz wäre zu vermerken: Wer mit einem sowjetischen Journalisten spricht (und für DDR-Journalisten gilt das ja sicher ebenso) macht sich bereits „mehr oder weniger" einer geheimdienstlichen Tätigkeit im Sinne des § 99 schuldig.

Daß das ganze Thema zwar makaber, aber keineswegs witzig ist, zeigt ein – im Gegensatz zum Cremer-Prozeß kaum beachteter – Prozeß gegen vier angebliche „Amateurspione" vorm Oberlandesgericht Stuttgart. Das Verbrechen der Vier soll darin bestanden haben, allgemein zugängliches Material – konkret genannt werden **„hauptsächlich Stadtpläne und Wanderkarten"** ! – an den KGB geliefert zu haben. Es wird nicht einmal bezweifelt, daß dieses Material *„für die Sowjets von geringem Wert"* war.

Das Ende April gesprochene Urteil: **drei Angeklagte wurden zu je 14 Monaten Haft o h n e Bewährung verurteilt.** Der vierte Angeklagte bekam ein Jahr mit Bewährung: Das von ihm angefertigte Material (*„Skizzen"*) war den Kontaktleuten in der DDR gar nicht übergeben worden.

Die Freie Welt boykottiert Moskau

Fortsetzung von Seite 1

Länder – bisher der „freien Welt" zugerechnet – und auch das eine oder andere Land von anderen Kontinenten dem sowjetischen Druck nicht stand (Finnlandisierung!). Aber trotzdem kann Boykott-Initiator Carter stolze Bilanz ziehen. Die sechs wichtigen Länder BRD, Liechtenstein, Monaco, Norwegen, Türkei und Albanien gehen Moskau nicht auf den Leim. Daß die anderen 28 europäischen Staaten (darunter viele Kleinstaaten) nach Moskaus Pfeife tanzen und daß gleichsam die erhoffte „Signalwirkung" des bundesdeutschen Boykott-Beschlusses teilweise ausblieb, verleitete manche zu vorschnellen Schlüssen. So schrieb A. Springer etwas übereifrig: *„Olympia – alle fahren – Europa läßt uns im Stich"* („Bild", 21.5.). Das ist stark übertrieben. Erstens läßt „Europa" die BRD ja nicht im Stich: fünf weitere wichtige Staaten fahren nicht. Und zweitens fahren bei weitem nicht

stein, Monaco, Norwegen, Türkei und Albanien gehen Moskau nicht auf den Leim. Daß die anderen 28 europäischen Staaten (darunter viele Kleinstaaten) nach Moskaus Pfeife tanzen und daß gleichsam die erhoffte „Signalwirkung" des bundesdeutschen Boykott-Beschlusses teilweise ausblieb, verleitete manche zu vorschnellen Schlüssen. So schrieb A. Springer etwas übereifrig: „Olympia – alle fahren – Europa läßt uns im Stich" („Bild", 21.5.). Das ist stark übertrieben. Erstens läßt „Europa" die BRD ja nicht im Stich: fünf weitere wichtige Staaten fahren nicht. Und zweitens fahren bei weitem nicht

„alle". Europa ist nicht die Welt, schon gar nicht die „freie Welt", denn dazu zählen auch so wichtige „Bollwerke der Freiheit" wie Chile, Argentinien, Paraguay, Uruguay, Haiti, Zaire, Pakistan, Indonesien, Thailand und Süd-Korea. Alle diese Länder, deren Regierungen sich schon lange erfolgreich gegen den Bolschewismus auflehnen, fahren nicht. Hinzu kommen Länder wie Somalia, Sudan, Bahrain, Kenia, Uganda und Liberia, denen die Sowjetpropaganda nachzusagen versucht, sie seien vom „Imperialismus" völlig abhängig, um so von den wirklichen Motiven des Boykotts, nämlich Abscheu und Ekel vor sowjetischer Interventionspolitik in Afghanistan, abzulenken.

Daß sich bei *„der Wahl zwischen Moskau und der Würde"* („Welt", 14.5.) auch die Regierungen der VR China, Pakistans, Irans und Ägyptens stolz behaupten würden, war nicht anders zu erwarten. Sie unterstützen gemeinsam ja schon seit längerem die moslemische Freiheitsbewegung gegen die Sowjets in Afghanistan und können denen ja nicht plötzlich in den Rücken fallen.

Der heimtückische Versuch Moskaus, ein afghanisches Olympia-Team bei den „Friedensspielen" unter roten Fahnen aufmarschieren zu lassen, wurde von moslemischen Freiheitskämpfern vereitelt. Diese töteten in einem einseitigen Feuergefecht das gesamte Olympia-Aufgebot Afghanistans.

Insgesamt haben nur 84 Staaten, darunter natürlich alle Kreml-Satelliten einzeln aufgeführt, ihre Teilnahme an den „Spielen" zugesagt. Das ist das schlechteste Teilnahmeergeb-

können denen ja nicht plötzlich in den Rücken fallen.
Der heimtückische Versuch Moskaus, ein afghanisches Olympia-Team bei den „Friedensspielen" unter roten Fahnen aufmarschieren zu lassen, wurde von moslemischen Freiheitskämpfern vereitelt. Diese töteten in einem einseitigen Feuergefecht das gesamte Olympia-Aufgebot Afghanistans.
Insgesamt haben nur 84 Staaten, darunter natürlich alle Kreml-Satelliten einzeln aufgeführt, ihre Teilnahme an den „Spielen" zugesagt. Das ist das schlechteste Teilnahmeergeb-

nis seit der Olympiade 1960 in Rom, wo ebenfalls 84 Staaten antraten. Danach in Tokio waren es 94, in Mexiko 113, in München 122 und bei den letzten Spielen in Montreal 87 Teilnehmerstaaten. (Montreal wurde von 22 afrikanischen Staaten wegen der Teilnahme Südafrikas boykottiert).

Vor der Boykottentscheidung des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) der BRD mußte die „Welt" (14.5.) feststellen: *„Das ‚Nach Moskau, um jeden Preis' hat im deutschen Sport erstaunlich viele Anhänger"*. Viele Spitzensportler waren *„dem Mythos verfallen, olympischer Sport habe mit Politik nichts zu tun."*

Bundeskanzler Schmidt bewies den Sportlern dann jedoch noch rechtzeitig das Gegenteil, indem er ankündigte, zukünftig keine Sportler mehr mit Millionenbeträgen zu finanzieren, die vor Moskau Kniefälle als Pflichtübung veranstalten („MoPo", 13.5.). Hierdurch völlig von der Wirksamkeit eines Boykotts und von den Zusammenhängen zwischen Politik und Sport überzeugt, stimmten die NOK-Mitglieder mehrheitlich für den Boykott. Jetzt, wo die „Wahl zwischen Moskau und Würde" eigentlich abgeschlossen sein sollte, versuchen bestimmte sowjetfreundliche Personen erneut eine „pro-Olympia"-Kampagne zu initiieren, die eigentlich nicht mehr als eine „pro-Moskau"-Kampagne sein kann. Daß sich daran auch Männer wie der NOK-Präsident Willi Daume beteiligen, sollte für alle verantwortlich denkenden Kräfte Ansporn sein, die Aufklärungsarbeit zu verstärken.

und Sport überzeugt, stimmten die NOK-Mitglieder mehrheitlich für den Boykott. Jetzt, wo die „Wahl zwischen Moskau und Würde" eigentlich abgeschlossen sein sollte, versuchen bestimmte sowjetfreundliche Personen erneut eine „pro-Olympia"-Kampagne zu initiieren, die eigentlich nicht mehr als eine „pro-Moskau"-Kampagne sein kann. Daß sich daran auch Männer wie der NOK-Präsident Willi Daume beteiligen, sollte für alle verantwortlich denkenden Kräfte Ansporn sein, die Aufklärungsarbeit zu verstärken.

Die ursprünglich geplanten 180 Stunden Fernseh-Live-Reports aus Moskau sind bereits gestrichen („Welt", 22.4.). Als Ersatz sollten sich die Medienverantwortlichen um Reportagen aus all jenen Ländern bemühen, die sich so stolz und würdig den Boykottforderungen der USA und der BRD angeschlossen haben. Diese Reportagen könnten verdeutlichen, wer mit wem auf welcher Seite steht. Reportagen aus Chile, Süd-Korea, Indonesien, aus Paraguay und Uruguay. Aus Argentinien, Haiti und Zaire. Auch Thailand und Pakistan. Kein Land sollte vergessen werden!

Häuserkampf in Bremen:

Die ersten Barrikaden stehen schon...

Ob der Bremer Senat nach den „Krawallen" am 6. Mai anläßlich der NATO-Rekrutenvereidigung im Weserstadion, eine neue Konfrontation riskieren wird?

Akut wird diese Frage Anfang Juni, da ab 1.6. die NEUE HEIMAT mit der Sanierung eines wunderschönen Hauses im Steintorviertel beginnen will. Für die NEUE HEIMAT hat die Sache nur einen Haken: dieses Haus, als „Wiener Hof" bekannt, ist besetzt – besser, die ca. 60 Bewohner/innen, die teilweise seit Jahren im „Wiener Hof" wohnen, haben sich einer Kündigung zum Zweck der Sanierung des Hauses nicht gebeugt und wohnen seit Dezember '79 ohne Miete zu zahlen weiter dort. Sie werden den „Wiener Hof" nicht freiwillig verlassen, bevor ihnen nicht andere Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Eine der wichtigsten Forderungen aller Hausbesetzer in Bremen ist, daß sie im Viertel wohnen bleiben wollen, nicht aus ihrer vertrauten Umgebung, mit allen Freunden, entfernt werden wollen, nicht in die Randgebiete mit den Wohnsilos verfrachtet werden wollen. Und genau in diese Richtung gehen die wenigen „Angebote" der Wohnungsbaugesellschaft. Einerseits sollen die „Störenfriede" dezentralisiert, andererseits die Bewegung gespalten werden, indem einige Besetzer/innen „Angebote" erhalten. Bisher ist jegliches Spaltungsmanöver fehlgeschlagen. Die NEUE HEIMAT hat allerdings unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß der „Wiener Hof" gewaltsam geräumt werden wird, wenn die Besetzer/innen nicht freiwillig räumen.

Daraufhin sind die „Wiener Hof"-Bewohner/innen aktiv geworden. Inzwischen wird das Grundstück mit einer ca. 2,20 m hohen Holzbarrikade „verziert". Der Bremer Senat und vor allem der Stadtteilbeirat mögen derzeit so radikale Worte wie räumen lassen nicht in den Mund nehmen, wissen sie doch genau, daß ein gewaltsames Vorgehen gegen den „Wiener Hof" massive Gegenwehr und eine Solidarisierungswelle mit den Hausbesetzern hervorrufen würde, ein Angriff gegen den „Wiener Hof" ist ein zentraler Angriff gegen die Hausbesetzerbewegung in Bremen.

Es ist daher nicht auszuschließen, daß der „Wiener Hof" vorerst in Ruhe gelassen wird, dafür vielleicht schon eher mal eines der anderen besetzten Häuser im Viertel geräumt wird. Es gibt inzwischen nämlich eine ganze Reihe davon. Allein im letzten Monat wurden 3 Häuser besetzt, 2 davon ausschließlich von Frauen und Kindern!

Es hat eine ganze Reihe von Hausbesetzungen in Bremen gegeben in letzter Zeit. Einige brutale Räumungsaktionen wurden gestartet, daraufhin Demos und Solidaritätskampagnen mit den Besetzern. Der Hintergrund dieser sich stetig zuspitzenden Situation ist mehr als „nur" Wohnungsknappheit und zu hohe Mieten. Das Ostertor/Steintorviertel – bisher Wohngebiet vieler Studenten, Ausländer und für Wohngemeinschaften – soll saniert werden. Die Häuser sollen für besser zahlende Leute hergerichtet werden, die jetzigen Bewohner sollen nach und nach rausgedrängt werden. Geplant ist ein zweites Schickeria-Viertel (es gibt bereits das Schnoor) entstehen zu lassen. Deutliche Hinweise sind bereits die aus dem Boden sprießenden Boutiquen, die normale kleine Läden wegdrängen. Anfang des Jahres gab es deshalb bereits im Viertel den sogenannten Boutiquenkrieg, dem so manche Boutiquenscheibe zum Opfer fiel (wir berichteten darüber im AK).

KB/Gruppe Bremen

Kriegstreiber des Monats

„Rußland ist der Haifisch der Ozeane. Vielleicht sollte der Krieg, sogar der nukleare Krieg, erwogen werden, um ihn zu stoppen". (R. Botha, südafrikanischer Außenminister, laut „Welt" vom 21.5.80).

Zum NDR-Urteil:

Gericht bremst Albrecht und Stoltenberg, aber der Schwarzfunk marschiert

Am 28.Mai hat der 7.Senat des Bundesverwaltungsgerichtes in Westberlin entschieden, daß der NDR vom 1.Januar 1981 an mindestens bis 1985 als Zwei-Länderanstalt zwischen Niedersachsen und Hamburg ohne Beteiligung Schleswig-Holsteins fortbesteht.

Damit ist die Absicht von den CDU/CSU-Medienstrategen Albrecht und Stoltenberg vorerst gescheitert, im Schnellverfahren den NDR zu zerschlagen, eine CDU-kontrollierte „Schwarzfunk"-Anstalt zu installieren und den Privat-Kapitalisten (vor allem den Verlegern) den direkten Zugang zu den elektronischen Medien zu ermöglichen.

Hamburgs Bürgermeister Klose erklärte unmittelbar nach dem Urteilsspruch, *„die ehrgeizigen Pläne von Albrecht"* seien gestoppt, das Urteil sei gar *„ein Sieg für die Rundfunkfreiheit"*. Die SPD Schleswig Holsteins forderte Stoltenberg auf, *„von seiner arroganten Machtpolitik zu lassen und mit dem Wiederaufbau dessen zu beginnen, was er zusammen mit seinem Parteifreund Albrecht in den letzten Jahren zerschlagen hat"* (FR, WELT, SZ vom 29.5.80).

Unisono stimmten die Koalitionsparteien Freudentöne an, lobten das unabhängige Gericht, das die CDU/CSU daran gehindert habe, den NDR zu zerschlagen.

Diese Töne können nicht darüber hinwegtäuschen, daß Klose in den Verhandlungen über einen neuen NDR-Staatsvertrag Albrecht und Stoltenberg so weitgehende Zugeständnisse gemacht hatte, daß ihn die Partei zuückpfiff, woraufhin die Verhandlungen gescheitert waren und Albrecht und Stoltenberg einen Entwurf für einen Zweiländer-Staatsvertrag der Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein vorlegten, der sowohl rigide Kontroll-Instanzen direkt duch den Staatsapparat beinhaltet, als auch die Journalisten offen auf die von der CDU-Mehrheit festgelegten undemokratischen und schwarzen Programmrichtlinien festnageln sollte. Die Hamburger SPD-Landesregierung konnte von daher nur noch auf ein Urteil des Verwaltungsgerichtes hoffen,das angerufen wurde, um feststellen zu lassen, daß mit der Kündigung des NDR-Vertrages durch Stoltenberg nicht der gesamte NDR aufgelöst sei, was einen gewissen Zeitaufschub zugunsten Hamburgs und der SPD bringen sollte. Mit dem jetzt gesprochenen Urteil kann Klose tatsächlich einen Erfolg verbuchen, auch wenn dieses die Frage der praktischen Bedrohung der Rundfunkfreiheit nur am Rande berührt.

So nannte Albrecht, sichtlich vom Urteil überrascht, den Satz Kloses, daß die Rundfunkfreiheit *„einen Sieg"* errungen habe, ganz lapidar *„kindisch"* und warnte vor *„Hamburger Übermut"* (WELT, 28.5.80).

Sowohl Stoltenberg als auch Albrecht machten keinen Hehl daraus, daß sie über das Urteil „enttäuscht" seien. Stoltenberg zog einen Tag nach der Urteilsverkündung den Zweiländer-Vertragsentwurf aus der Parlamentsdebatte zurück, betonte aber gleichzeitig, daß die Ziele nun *„auf Umwegen erreicht"* werden müssen (Hamburger Abendblatt, 29.5.80).

Noch deutlicher wurde Albrecht. In einem Interview mit Springers „WELT" vom 30.5.80 erklärte er, daß sich an seinen Zielen nichts geändert habe, daß eine Einführung zusätzlicher Fernsehprogramme ohnehin erst in etwa fünf Jahren möglich sei. Er werde darangehen, Niedersachen zu verkabeln und damit die Voraussetzungen schaffen zur Einführung zusätzlicher Hörfunk- und Fernsehprogramme.*„Hier gibt es jetzt eine gewisse Zeitverschiebung. Am Endergebnis wird sich nichts ändern"* (WELT, 30.5.80).

Selbst in der Situation der nicht erwarteten Schlappe demonstriert Albrecht seine Entschlossenheit, seine Ziele durchzusetzen.*„Die Hamburger müssen sich entscheiden, ob sie einen NDR in der bisherigen Grösse wollen. Dann müssen sie den wesentlichen Anliegen Niedersachsens und Schleswig-Holsteins Rechnung tragen. Wollen sie das nicht, so können sie mit dem Urteil eine Schonfrist für wenige Jahre aushandeln, aber das Ergebnis wird dann doch die Trennung sein."*

Wie die CDU gedenkt, ihre Ziele durchzusetzen, wenn sie sich nicht daran gehindert sieht, mag die jüngste Entwicklung im NDR verdeutlichen:

Von wegen „Rundfunkfreiheit": Der „Schwarzfunk" im NDR installiert sich!

In ihrer Ausgabe vom 20.5. enthüllt die „TAZ" ein Dokument *„nur für den Dienstgebrauch"*. Dieses Dokument ist das vom heutigen ARD-Programmdirektor Schwarzkopf verfaßte Protokoll einer „Grundsatzdiskussion" in der Redaktion ARD-Aktuell, zu der „Tagesschau" und „Tagesthemen" gehören.

Dieses „Gespräch" fand am 28.3.80 statt mit dem Ergebnis, ab sofort die Redakteure anzuweisen, ihre Beiträge von unliebsamen „Meinungselementen" sowie der „Überbewertung von Randgruppen (z.B. Grüne, Atomwaffengegner)" zu säubern oder säubern zu lassen **(siehe Wortlaut des Protokolls im Kasten).**

ARD-Aktuell ist formal dem NDR-Intendanten unterstellt, ist aber aufgrund einer Vereinbarung aller ARD-Sendeanstalten (CDU-Mehrheit) doch an bestimmte Verfahrensweisen gebunden und den Interessen der übrigen ARD-Anstalten untergeordnet.

Mit Ablauf der Amtszeit des NDR-Intendanten Neuffert nutzte die CDU ihre Mehrheiten und sorgte dafür, daß das stramme CDU-Mitglied G. Piepke vom NDR-Kiel kommissarisch die Intendanz übernahm. Gemeinsam mit NDR-Programmdirektor Räuker (CDU) machte er sich daran, seinen Partei-Auftrag zu verwirklichen: Am 28.3.80 „lud" er gemeinsam mit WDR-Programmdirektor Hübner (verantwortlich für den Rechtsdruck beim WDR), den Fernsehchef des Bayerischen Rundfunks, Oeller (CSU), den ARD-Politik-Koordinator W. Weiss (CDU) und den ARD-Programmdirektor Schwarzkopf (CDU) zum *„Gespräch ein"*. Dazu erschienen „Tagesschau"-Chef Müggenburg (CDU), für seine Kotaus und für eine Strauß-Hofberichterstattung in jüngster Zeit bekannt geworden, der CSU-Sympathisant Klaus Stefan und der eher liberale Dieter Gütt als Verantwortliche der „Tagesthemen". Eine Stunde später wurden die Moderatoren, die Ressortredakteure und die Redakteure vom Dienst *„dazu geladen"*. Das Protokoll dieses „Gesprächs" wurde im April sämtlichen ARD-Chefredakteuren und „Tagesschau"-Redaktionen als „Vermerk" mit der Aufforderung an die Chefredakteure zugestellt: *„.... entsprechend ihre Dienstaufsicht über die Reporter wahrzunehmen, sollten Reporterberichte diesen Grundsätzen nicht entsprechen, müssen sie entweder korrigiert werden, oder sie werden von der Tagesschau-Redaktion zurückgewiesen"* („TAZ", 20.5.80).

Einen Tag vor Eröffnung des Gerichtsverfahrens um die Zukunft des NDR verschärfte die CDU ihre Manöver. Als *„Aktion fairer Journalismus"* traf eine Gruppe von angeblich 50 NDR-Redakteuren, von denen allerdings selbst in der Springer-Presse nur zehn namentlich genannt werden, an die Öffentlichkeit und beschuldigte den Redakteursausschuß *„schwerer Verstöße gegen die Grundsätze fairer und unparteiischer Berichterstattung"* und sieht diesen *„auf der Seite derjenigen, die Demokratie aushöhlen und durch ständige Kritik und negative Meinungsmache Unsicherheit und Unzufriedenheit verbreiten wollen"* („NEUE", 23.5.80). Besonders übel genommen hat diese CDU-Clique dem Redakteursausschuß die von ihm formulierte Kritik am Staatsvertragsentwurf Stoltenbergs und Albrechts (siehe Abdruck in AK 176). Wortführer dieser „fairen Journalisten" sind u.a. der bekannte VS-Freund Schier-Gribowski, Rudolf Borchers, der Sport-Kommentator Fritz Klein und die berüchtigten Auslandskorrespondenten Hans Walter Berg und Hans-Wilhelm Vahlefeld.

Der Redakteursausschuß hat aber nicht gekuscht, sondern eine Presseerklärung verfaßt, in der er die „Kollegenbeschimpfung" scharf zurückweist.

Die Auseinandersetzungen haben sich deutlich zugespitzt......

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

---

aus taz 20.5.80

Sachlichkeit und Nüchternheit der Präsentation sind geboten

Die ARD-Sendungen "Tagesschau" und "Tagesthemen" sollen entpolitisiert, von Meinungselementen gesäubert werden (vgl. taz vom 19.5.). Heute dokumentieren wird das vom Programmdirektor Deutsches Fernsehen, Dietrich Schwarzkopf in offiziös-subtiler Sprache erstellte Protokoll der Programmkonferenz vom 28.3.80 über die Grundsätze der Redaktionsarbeit von ARD-aktuell.

Programmdirektion Deutsches Fernsehen 1. April 1980

Am 28. März 1980 fand in Hamburg ein Gespräch über die Grundsätze der Redaktionsarbeit von ARD-Aktuell statt. Teilnehmer waren die Chefredakteure Gütt, Moggenburg und Stefan, die leitenden Redakteure der „Tagesschau", die Moderatoren, Ressortredakteure und Redakteure vom Dienst der „Tagesthemen", sowie außer mir die Herren Hübner, Dr. Oller, Reuker und Weiss.

Anlaß war der Wunsch des NDR an die Programmkonferenz, angesichts der Zunahme von Meinungselementen in den Reporterberichten der „Tagesschau" sowie in der Moderation der „Tagesthemen", möge ein derartiges Grundsatzgespräch geführt werden. Diese Zunahme von Meinungselementen war auch Gegenstand der der kritischen Aufmerksamkeit anderer Mitglieder der Programmkonferenz.

Das zweistündige Gespräch, dem ein einstündiges Vorgespräch mit den drei Chefredakteuren vorausgegangen war, konzentrierte sich auf folgende Themen:

1. Meinungselemente in den Reporterberichten.
2. Meinungselemente in der „Tagesthemen"-Redaktion.
3. Die Überbewertung von Randgruppenthemen.
4. Berücksichtigung regionaler und kultureller Themen in den „Tagesthemen".

men".

Am Schluß des Gesprach habe ich das Ergebnis wie folgt zusammengefaßt:

1. Die Zahl der Reporterberichte in der „Tagesschau" hat seit dem 1. Januar 1978 zugenommen. Reporterbereichte tragen wesentlich dazu bei, daß die „Tagesschau" lebendiger wird. Deshalb ist nicht vorgesehen, auf sie zu verzichten. Im Reporterbericht gibt der mit seiner Herstellung beauftragte Mitarbeiter das Ergebnis seiner Recherchen und seine Beobachtungen wieder. In einem Teil der Berichte kann der Reporter zudem selbst auftreten. Insofern ist der Reporterbericht eine individuelle und damit auch subjektive journalistische Leistung. Selbstverständlich ist der Reporter zu Sachlichkeit und Fairness verpflichtet. Kommentierende Elemente, subjektive Werturteile des Reporters über Vorgänge und Personen haben keinen Platz in den Reporterberichten. Sie sind auch nicht durch das unvermeidbare subjektive Element des Reporterberichtes zu rechtfertigen.

Der Chefredakteur der „Tagesschau" wird auf der nächsten Chefredakteurskonferenz die Anstalten bitten, bei der Zulieferung von Reporterberichten zur „Tagesschau" darauf zu achten, daß sie keine Meinungselemente enthalten. Treten trotzdem in den Zulieferungen Meinungselemente auf, so bewirkt die „Tagesschau"-Redaktion im Kontakt mit der zuliefernden Anstalt eine Korrektur. Reporterberichte, die dem journalistischen Auftrag der „Tagesschau" und der Verwaltungsvereinbarung nicht entsprechen, weil sie Meinungselemente enthalten, und die aus zeitlichen Gründen nicht mehr korrigiert werden können, werden von der „Tagesschau"-Redaktion zurückgewiesen. Die Redaktion muß die Zurückweisung begründen.

Entsprechendes gilt für Reporterberichte in den „Tagesthemen". Die Vorschrift in Ziffer 3.3.2 der Verwaltungsvereinbarung, wonach in der Schaltkonferenz akzeptierte Beiträge der Anstalten in ihrer Aussage nicht verändert werden dürfen, steht der Zurückweisung von Beiträgen, die der Verwaltungsvereinbarung nicht entsprechen, nicht entgegen.

2. Die Moderatoren der „Tagesthemen" haben den Auftrag, Verbindungen zwischen den Beiträgen herzustellen, den Zuschauern Erläuterungen, zusätzliche Informationen und Einordnungshilfen zu geben, sowie Zuschauerinteresse für die Beiträge zu wecken. Die strenge Zurückhaltung der Nachrichtensprecher wird von den Moderatoren der „Tagesthemen" nicht verlangt. Sie stellen sich den Zuschauern als journalistische Persönlichkeiten vor. Dies schließt eine gewisse Subjektivität **bei der Präsentation der Beiträge ein.**

Andererseits sind auch die Moderatoren zur Zurückhaltung im Meinungsbereich verpflichtet. Es ist nicht ihre Aufgabe, ihr Engagement hervorzukehren, Zensuren zu verteilen oder Gegenstände ihrer Präferenz kampagneartig in den Vordergrund zu rücken. Sachlichkeit und Nüchternheit der Präsentation sind auch hier geboten. Betroffenheit der Zuschauer wird durch den behandelten Stoff bewirkt und nicht durch die Moderation. Notwendigerweise subjektive Faktoren beim Einordnen und Erläutern gestatten keine extensive Interpretation in der Richtung, daß damit automatisch und zwangsläufig Meinungselemente Bestandteile der Moderation sein müßten. Wenn Meinungselemente, die in den Reporterberichten wie in der Modera-
Wenn Meinungselemente, die in den Reporterberichten wie in der Modera-
tion keinen Platz haben, gleichwohl dort Eingang finden, so handelt es sich um Pannen, die Korrektur bedürftig und korrekturfähig sind. Keiner der Beteiligten hat die Absicht, durch eine schrittweise Ausdehnung von Meinungselemente eine andere „Tagesschau" oder andere „Tagesthemen" einzuführen, als die, die der bisherigen Geschäftsgrundlage entsprechen.

3. Zu der Frage, ob in der Berichterstattung von ARD-Aktuell Randgruppenthemen (z.B. Grüne, Atomwaffengegner) journalistisch nicht vertretbares Übergewicht hatten, weist der Chefredakteur von ARD-Aktuell darauf hin, daß die Behandlung solcher Themen von der Nachrichtenlage abhängig sei. Es besteht Einverständnis darüber, daß andere Gründe als diese Nachrichtenlage eine besondere Berücksichtigung dieser Themen nicht rechtfertigen.

4. Die Chefredaktion ARD-Aktuell betont, der Anteil regionaler Beiträge habe seit 1978 deutlich zugenommen und entspreche sogar - trotz Abhängigkeit vom Geschehen - im wesentlichen den Anschaltquoten des Fernsehvertrages. Insbesondere habe die Redaktion eine übermäßige Konzentrierung auf Bonner Themen abgebaut. Sie bemühe sich zum Beispiel darum, die praktische Bedeutung von Bonner Gesetzen an Länderbeispielen zu illustrieren. Auch der Anteil der Berichterstattung über Kulturthemen sei deutlich größer geworden. Gleichwohl bleibt ARD-Aktuell aufgefordert, ständig darauf zu achten, daß das Nachrichtenverständnis an der Notwendigkeit orientiert bleibt, die gesamte Bundesrepublik auch in ihrer regionalen Vielfalt im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich darzustellen sowie einen esoterischen oder elitären Kulturbegriff in der redaktionellen Praxis zu vermeiden.

Dietrich Schwarzkopf,
Programmdirektor Deutsches Fernsehen

Das Springer-Imperium - Teil II

Der erste Teil des Artikels belegte die marktbeherrschende Position des Springer-Konzerns auf dem Tageszeitungsmarkt, insbesondere bei den Boulevardzeitungen mit einem Anteil von 84%.

2. Die Wochen- bzw. Sonntagszeitungen

Bei den wöchentlich erscheinenden Zeitungen errechnet sich für den Springer-Verlag ein Anteil von 74,34% an der Auflage von insgesamt 4,08Mio. Exemplaren (nach ivw, III.Quartal 77). Bei einem Vergleich mit der übrigen Wochenpresse muß jedoch berücksichtigt werden, daß sowohl "Bild am Sonntag" als auch "Welt am Sonntag" Fortsetzungen der täglich erscheinenden Blätter sind und eben am Sonntag erscheinen. Mit knapp 2,89 Mio. Exemplaren gehört der Zeitungsmarkt am Sonntag vollständig Springer.

Das Gros des Wochenzeitungsmarktes bestimmen neben Springer andere durch und durch reaktionäre bis offen faschistische Produkte, z.B. "Christ und Welt", "Bayernkurier" und "Deutsche National-Zeitung". Der letzten 'liberalen' Wochenzeitung mit nennenswertem Einfluß, der "Zeit" (8,5%), versucht der Springer-Konzern jetzt offenbar weitere Leser zu entziehen. Die "Zeit" hatte ihre Leserschaft durch die Entwicklung des 4-farbigen "Zeit-Magazins" erheblich festigen und vergrößern können. Dem versucht der Konzern seit einiger Zeit durch ein ebenfalls 4-farbiges WaS-Magazin zu begegnen. Bemerkenswert ist darüberhinaus die Herausgabe eines wöchentlichen farbigen Magazins 'plus' seit Anfang 198o. Das Magazin (eine 1/2 Mio. Auflage) wird vom Springer-Verlag gemeinsam mit dem "Handelsblatt" und der "Züricher Weltwoche" herausgegeben. Dies in Kooperation mit dem Holtzbrink-Konzern ("Handelsblatt") herausgegebene Produkt kann nicht nur durch den schärferen Konkurrenzkampf mit anderen Zeitungen erklärt werden, sondern scheint auch ein Test für das Vordringen in den illustrierten Zeitschriftenmarkt zu sein. Damit wäre dann auch der letzte von Springer noch nicht berührte Sektor der gedruckten Medien auf's Korn genommen.

3. Rundfunk- und Fernsehprogrammzeitschriften:

Die sog. Programmzeitschriften waren Springers Einstieg überhaupt ins Zeitungsgeschäft. Die ersten zwei Lizenzen erhielt er von der britischen Pressekontrolle, nach Empfehlung damaliger Mitbegründer des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR). Die Lizenz für Programmzeitschriften verhieß sichere Gewinnspannen. Textmaterial, Markt und Publizität waren fast kostenlos, es brauchte nur noch gedruckt zu werden. So bildeten und bilden auch heute noch (neben"Bild") die Programmzeitschriften "Hör Zu" und "Funk Uhr" das Rückgrat des Konzerns. Mit ihnen wurde die Finanzdecke geschaffen, durch die neue Projekte und technische Weiterentwicklung finanziert wurden. Im hart umkämpften Markt hält Springer heute ca. 46% der Gesamtauflage von 13 Mio. Exemplaren wöchentlich (nach 'druck und papier', Nr.1/8o). Blieb dem Konzern zwar ein direkter Zugriff auf Rundfunk und Fernsehen bislang verwehrt, so schuf er sich doch mit seinen Produkten einen massenhaften Einfluß auf Hörer und Zuschauer, zusammen mehr als 6 Mio. Leser. Mit dem Etikett "Unterhaltung" versehen, wird Politik gemacht. Von der heilen Familienidylle bis zur großen Fernsehgemeinde ist alles vertreten. Da spricht das pseudo-demokratische "Funk Uhr-Parlament" und "Hör Zu" ist bei den Albrechts zu Gast, als diese mit Vietnam-Flüchtlingen Weihnachten feiern. Wer diese heilige Welt stört, wird der "Besserwisserei" und der "Lust am Untergang" bezichtigt. Die Bedeutung der "Hör Zu" drückt ihr Chefredakteur so aus:*"Wenn Hör Zu eine Sendung besonders anpreist, gibt es Millionen Zuschauer mehr"*. Oder andersrum.

Mit großen Werbekampagnen wird nicht nur um höhere Auflagen gekämpft, sondern auch um Einfluß auf die Fernseh- und Rundfunkproduzenten selber. Hier muß besonders das alljährliche "Goldene Kamera"-Spektakel erwähnt werden. Seit 15 Jahren wird hier prämiiert, was dem Konzern gefällt. Politiker, Künstler, Sportler und Journalisten, die sich an dem Rummel um den "heißbegehrten Preis" beteiligen, können die werbewirksame Förderung durch den Medien-Zaren erhoffen.

(Die Reihe wird fortgesetzt mit den Themen: Fachzeitschriften, Großhandel, Anzeigenmarkt, Kampf ums Fernsehen und neue Medien).

Besetzer sollen Räumungskosten zahlen!



Die gewaltsame Räumung und die anschließende Zerstörung des Anti-Atomdorfes 1004 bei Gorleben steht unmittelbar bevor.
Die am 21.3. in Bonn überreichte Erklärung der Platzbesetzer, unter bestimmten Umständen das Dorf freiwillig zu verlassen, ist von den verantwortlichen Stellen völlig ignoriert worden.
In dieser ebenfalls vom BBU, von den Widerstandsgruppen im Landkreis Lüchow Dannenberg und von zahlreichen demokratischen Persönlichkeiten unterzeichneten Stellungnahme wird als Voraussetzung für eine freiwillige Räumung gefordert, daß sämtliche, das Entsorgungskonzept der Bundesregierung betreffende Maßnahmen gestoppt, die Protokolle der bisher erfolgten Bohrungen veröffentlicht und der „Eintritt in eine breite öffentliche Diskussion über das gesamte Entsorgungskonzept der Bundesregierung, u.a. durch ein großes Hearing über die Probleme der

Widerstandsgruppen im Landkreis Lüchow Dannenberg und von zahlreichen demokratischen Persönlichkeiten unterzeichneten Stellungnahme wird als Voraussetzung für eine freiwillige Räumung gefordert, daß sämtliche, das Entsorgungskonzept der Bundesregierung betreffende Maßnahmen gestoppt, die Protokolle der bisher erfolgten Bohrungen veröffentlicht und der „Eintritt in eine breite öffentliche Diskussion über das gesamte Entsorgungskonzept der Bundesregierung, u.a. durch ein großes Hearing über die Probleme der

Zwischen- und Endlagerung" vollzogen wird.
Am vergangenen Freitag fand in Hannover ein letzter Versuch von Möcklinghoff und Baum statt, den Widerstand zu spalten. Der BBU, die BI Lüchow-Dannenberg und die bäuerliche Notgemeinschaft wurden empfangen, während die Platzbesetzer ausgeschlossen wurden. Wenn der Platz geräumt würde, die Bohrungen zugelassen würden, dann sollten die Ergebnisse der Bohrungen veröffentlicht werden und in einer öffentlichen Anhörung ausgewertet werden. Doch damit konnten die Minister nicht landen. *„Wir können den Bohrplatz vor der für den Herbst zugesagten Anhörung nicht räumen, weil wir verhindern müssen, daß inzwischen neue Fakten geschaffen werden. Zu einer freiwilligen Räumung wird es daher nicht kommen"*, erklärte Jo Leinen vom BBU-Vorstand („Hannoversche Allgemeine" vom 31.5.).
Die kompromißlose Haltung von Bundes- und Landesregierung hat den Spaltungsversuch in „harmlose" und „gefährliche" AKW-Gegner vereitelt, eine neue Konfrontation – auch im Wahljahr – steht bevor. Selbst der BBU warnte vor einer Räumung des Platzes und kündigte andernfalls die Entsendung Tausender Mitglieder zur Bohrstelle an.

Ebenso demonstrativ reiste am Wochenende der Juso-Kongreß an, um den „gewaltfreien" Widerstand zu unterstützen.
Nachdem sich die Bundes- und die Landesregierung über 14 Tage lang gegenseitig den Schwarzen Peter der Räumungskompetenz in die Schuhe schoben, wurde am 19.5. in einer Unterredung zwischen dem niedersächsischen Innenminister Möcklinghoff sowie den Bundesministern Hauff und Baum eine gemeinsame Strategie der drei Atomparteien beschlossen. Die Folge:
- Die niedersächsische Landesregierung übernahm die Verantwortung für den Zeitpunkt der Räumung. Entgegen ursprünglicher Überlegungen soll dieser Zeitpunkt nicht vom Terminkalender der Betreiber, sondern von polizeitaktischen Erwägungen abhängig sein. Entgegen einer vorherigen Zusage wurde eine Delegation der „Bäuerlichen Notgemeinschaft" der BI Lüchow-Dannenberg sowie der Platzbesetzer anläßlich der Überreichung ihrer o.g. Erklärung in Bonn nicht von Innenminister Baum empfangen, sondern buchstäblich sitzengelassen.
- Trotz vorheriger Zusage entzog die Landesregierung ihrem Vertreter in Lüchow-Dannenberg die Erlaubnis, auf dem besetzten Platz an einem Informationsabend über die Tiefbohrungen teilzunehmen.
- In massivster Weise wurde die niedersächsische Kirchenführung durch die Landesregierung unter Druck gesetzt, bis schließlich per Kirchengesetz eine Predigt auf dem besetzten Platz verboten wurde.

> Für die Versorgung der täglichen kleinen Verletzungen sowie für evtl. zukünftige Zwischenfälle wird dringend Material benötigt: Verbandspäckchen, Mullbinden, Elastikbinden, sterile Kompressen, Dreiecktücher, Pflaster, Sicherheitsnadeln, abschwellende Salben, sterile Brandtücher, Scheren, Kodan (kein Spray!), Tigerbalsam.
> Abzugeben entweder am Bohrloch oder – auch in kleinen Mengen – (per Post) an: Sanigruppe HH, c/o BUU, Barthelstraße 26, 2 HH 6.

schenfälle wird dringend Material benötigt: Verbandspäckchen, Mullbinden, Elastikbinden, sterile Kompressen, Dreiecktücher, Pflaster, Sicherheitsnadeln, abschwellende Salben, sterile Brandtücher, Scheren, Kodan (kein Spray!), Tigerbalsam.
Abzugeben entweder am Bohrloch oder – auch in kleinen Mengen – (per Post) an: Sanigruppe HH, c/o BUU, Barthelstraße 26, 2 HH 6.

Am 23.5. kündigte Innenminister Möcklinghoff an, daß *„alle Platzbesetzer, die von der Polizei von der Bohrstelle gedrängt werden, die Kosten für den Einsatz zu tragen hätten (...). Nur wer jetzt schon wegläuft, könnte noch einmal mit einem blauen Auge davonkommen"* (NDR II, vom 24.5., „FAZ" und „HAZ" v. 24.5.).
In den kommenden Tagen prasselte ein Trommelfeuer an Distanzierungs- und Räumungsaufrufen auf die Besetzer und die sie unterstützenden Widerstandsgruppen im Landkreis Lüchow-Dannenberg ein. Hierbei mangelte es insbesondere den örtlichen Behörden nicht an Phantasie: ihren „Amtlichen Hinweisen" zufolge sei die „öffentliche Sicherheit laufend verletzt" durch Verstöße der Platzbesetzer gegen das Meldegesetz, das Pressegesetz, das Bundesseuchengesetz,

„HAZ" v. 24.5.).
In den kommenden Tagen prasselte ein Trommelfeuer an Distanzierungs- und Räumungsaufrufen auf die Besetzer und die sie unterstützenden Widerstandsgruppen im Landkreis Lüchow-Dannenberg ein. Hierbei mangelte es insbesondere den örtlichen Behörden nicht an Phantasie: ihren „Amtlichen Hinweisen" zufolge sei die „öffentliche Sicherheit laufend verletzt" durch Verstöße der Platzbesetzer gegen das Meldegesetz, das Pressegesetz, das Bundesseuchengesetz,

das Bundesbaugesetz, das Landeswaldgesetz etc. Es fanden sich auch prompt lokale CDU-Größen, die mit der Behauptung hausieren gingen, Platzbesetzer wollten ihnen ihre Scheune abbrennen, was angesichts mehrfacher Brandanschläge auf das Besetzerdorf besonders kühn ist. Der SPD-Vorstand Lüchow forderte von den Besetzern, *„unverzüglich in die Rechtsgemeinschaft aller zurückzukehren"* und der lokale CDU-Chef Tarrach warnte vorsorglich die Bevölkerung des Landkreises, *„sich nicht durch Unterstützungsmaßnahmen der Platzbesetzer in den Sog der Gesetzlosigkeit ziehen zu lassen"* („EJZ", 28.5.).

Ein Schuß nach hinten

Auch wenn dieser Druck einmal mehr große Aufregung in den BI-Kreisen hinterließ und man sich eilfertig von einer kleinen nächtlichen Aktion an der Bohrstelle 1002 distanzierte, ist jetzt schon klar, daß der Räumungsversuch eine breite Solidarisierung aller AKW-Gegner ausgelöst hat. Der Versuch der Betreiber der WAA, die Bohrungen als Untersuchungen im Interesse der Sicherheit zu verkaufen, muß vorerst als gescheitert betrachtet werden.

Ein Genosse aus Lüneburg

»Mischung zwischen Gewalttätigen und harmlosen Irren«

Der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff zum Besetzerdorf:

„Es ist also wohl so, daß das Wendlanddorf sich mehr und mehr verfestigt und daß ein nicht unerheblicher Teil derer, die dort sind, wie ich glaube, utopische Träumer sind, die etwas Abenteuerluft atmen wollen, dabei gleichzeitig den Protest einer jungen Generation gegen eine Entwicklung dokumentieren wollen, von der sie vielleicht sagen: wir sind nie dazu gehört worden, wir möchten unmittelbar das mal zum Ausdruck bringen, zugleich aber auch so etwas Pfadfinder-Flair empfinden, sie könnten da so eine unmittelbare Demokratie erleben nach ihren eigenen Meinungen, es werden da ja so eine Art Ratsbesprechungen durchgeführt oder ähnliches mehr... Wer Bremen ja erlebt hat, der weiß wie schnell die Mischung zwischen Gewalttätigen und harmlosen Irren wie man sagen möchte, dann erfolgt ist, und ich jedenfalls möchte das meinerseits mögliche dazu beitragen, das man die voneinander trennt. Und das kann man eigntlich nur, indem man nicht diesen Schein einer Idylle aufrechterhält, sondern möglichst frühzeitig auf die Perspektiven hinweist und zu dieser perspektivischen Darstellung gehört natürlich auch, daß alleine schon dieses angeblich so harmlose miteinander Dortsein keineswegs gewaltlos ist. Aus einem Gespräch mit den dort ansässigen Bürgern habe ich es jetzt in dieser Woche noch deutlich gespürt: es gibt unter diesen Bürgern Angst. Leute, die nicht mehr wagen, etwas gegen die Besetzung hier zu sagen, weil ihnen gesagt ist: Ihr steht als nächste auf der Liste – wir brennen Euch die Scheune ab. Keine Leute, die von vornherein den Kopf in den Sand stecken, sondern Leute, die ja auch in der Öffentlichkeit eine Funktion zu erfüllen haben. Unsere Aufgabe wird es also sein, frühzeitig zu sagen, der Staat wird eintreten müssen, wir möchten das lieber nicht, euch wird es also vorzeitig gesagt, daß ihr euer Unrecht aufgebt. Wir möchten die Träumer und die Pfadfinder von den andern frühzeitig trennen und das geht nicht mit Gewalt, man kann nur an ihr Erkenntnisbewußtsein appellieren.
Auf der anderen Seite möchten wir das unsererseits Mögliche von vornherein tun, daß nicht zu einem späteren Zeitpunkt uns vorgeworfen wird, wir hätten darauf nicht frühzeitig hingewiesen und nun sei der Polizeistaat in all seiner Macht und Härte eingetreten - ich glaube, wir warten in den Augen vieler schon viel zu lange. Auf der anderen Seite werden wir uns mit diesem Problem, daß die Polizei auf der einen Seite zu weich und auf der anderen Seite als zu hart angesehen wird, in den seltensten Fällen aber als angemessen - ich glaube mit diesem Problem werden wir uns einfach als Polizei herumschlagen müssen".
(Mitschnitt aus einer Pressekonferenz vom 23.5., lt. NDR II vom 24.5.)..

P.P. Zahl

liebe republikaner,

eh die tiefbohren
stelln wir paar tiefbohrende fragen
eh die endlagern
lagern wir uns mal gemütlich
ums feuer

P.P. Zahl

liebe republikaner,

eh die tiefbohren
stelln wir paar tiefbohrende fragen
eh die endlagern
lagern wir uns mal gemütlich
ums feuer

eh die beißen
ziehn wir graf dracula & graf
lambsdorff die giftzähne
eh die den bundesgrenzschutz schicken
schützen wir die bundesgrenze vor denen
eh stadt und land
gemeinsam untergehn
gehn stadt und land zusammen
vor
eh landfrau & freak sich streiten
über gewalt & gegengewalt
gehn landfrau & freak streiten
gegen deren gewalt
deutschland deutschland über alles?
kann gar nicht genug
freie republiken geben
vom freien wendland
kommt die wende zum freien land?
wir arbeiten dran.

liebe grüße von
P.P.Z.

Lüneburger Regierungsgebäude aufgesucht

Die Lüneburger AKW-Gegner konnten mal wieder nicht abwarten: Als Antwort auf die mehrmaligen Räumungsdrohungen des Bohrplatzes 1004 durch Regierungspräsident Wandhoff besetzten am Dienstag (27.5.80) über 80 AKW-Gegner auf Initiative der Lüneburger „Grünen" und der WAA-Gruppe (Zeitung „Gorleben aktuell") das Regierungsgebäude mit dem Ziel, vom Regierungspräsidenten Wandhoff eine Stellungnahme zu den der Besetzung zugrunde liegenden Forderungen zu erhalten. Hier kurz der Ablauf der Aktion:
Nach kurzer Drängelei am Gebäudeeingang konnten alle AKW-Gegner ins Gebäude, wo unser Gesang die Neugierde zahlreicher Verwaltungsleute erregte. Um sich der Diskussion zu entziehen, ließ Wandhoff behaupten, er sei nicht im Hause. Auch ein anderer Vertreter weigerte sich, mit allen zu reden und empfing nur eine Delegation von drei Leuten. Als Wandhoff jedoch gesehen wurde, schützten die sehr fix zur Stelle erschienenen Bullen sofort sein Zimmer. Offensichtlich verunsichert, befahl der Stellvertreter Wandhoffs die sofortige Räumung des Gebäudes durch die Bullen, was diese auch tatkräftig durchführten. Als die Menge nach diesem Bulleneinsatz überhaupt nicht bereit war, nach Hause zu gehen, entschloss sich Wandhoff dazu, plötzlich doch da zu sein und eine Dreier-Delegation zu empfangen, worauf sich die AKW-Gegner unter Protest (wir wollten eine öffentliche Diskussion) dann auch einließen. Den dreien machte er deutlich, daß er strikt an den Räumungsaufforderungen festhalte. Er sei aber nicht bereit, die Räumungsaufforderung vor der Öffentlichkeit zu wiederholen, weil die Erfahrung gezeigt habe, daß man dort nur Buh-Rufe und Pfiffe ernte.
Über diese Aktion wurde am nächsten Tag in der regionalen sowie überregionalen Presse und dem NDR berichtet.

Eine Lüneburger Genossin



Warten auf den Tag X: Blick durch eine Schießscharte von 1003

Demonstration in Lingen am 14.6.

Kein 2. Ruhrgebiet!

Mit einer Art Salamitaktik will die Industrie das Emsland in eine Atomprovinz umwandeln. Nach in den letzten Wochen an die Öffentlichkeit gedrungenen Informationen sind in der Region Lingen/Meppen nun doch insgesamt 4 AKWs geplant. Und trotz des noch laufenden Genehmigungsverfahrens sind auf dem vorgesehenen Gelände für das AKW Emsland I schon Bauarbeiten im Gange. Offensichtlich glaubt die Atomindustrie, im Emsland einen Freiraum gefunden zu haben, auf dem sich sich mit Unterstützung von Landesregierung und Kommunalbehörden gegen den noch relativ schwachen Widerstand durchsetzen kann. Für die AKW-Gegner sollte dies bedeuten, auch in den benachbarten Regionen massiv zur Demonstration am 14.6. in Lingen zu mobilisieren!

Probebohrungen für AKW Emsland I

Obwohl das Genehmigungsverfahren noch läuft, läßt die Kernkraftwerk-Lippe-Ems-GmbH auf dem vorgesehenen Baugelände für ihr 1300 MW AKW-Emsland schon Probebohrungen durchführen. Die Celler Brunnenbau bohrt hier ununterbrochen und hat jetzt schon ca. 20-30 Bohrungen niedergebracht.

Die Betreiber scheinen sich ihrer Sache offensichtlich recht sicher, zumal ja Wirtschaftsministerin Breuel (CDU) ihre Zustimmung zum Bau erteilt hat. Das Genehmigungsverfahren, in dem noch die 18700 Einwendungen aus der Bevölkerung „angehört" werden sollen, ist für die Betreiber wohl nur noch eine Formsache. Hierzu hat die BI recht deutlich Stellung genommen: *„Der Antrag auf Genehmigung des Kernkraftwerkes Emsland ist seit ca. 5 Jahren der erste Neuantrag für ein Kernkraftwerk. Die Kernkraftbetreiber haben diese Zeit genutzt, um zu einem verstärkten Schlag auszuholen, der gegen unsere Gesundheit und Freiheit gerichtet ist. So stellt der außergewöhnlich umfangreiche Reaktorsicherheitsbericht für das Kernkraftwerk Emsland einen entscheidenden Schritt zur Vereinheitlichung zukünftiger Ansiedlungsverfahren von Kernkraftwerken dar. Die Zeit der Herstellung unterschiedlicher Reaktortypen ist vorbei. Die profitorientierte und daher an serienmäßiger Massenfertigung interessierte Atomindustrie hat sich auf den 1300 MW Druckwasserreaktor festgelegt. Ebenfalls wird vereinheitlicht die Kompaktlagerung von Brennelementen. Damit umgehen die Betreiber das nicht gelöste Entsorgungsproblem. Mit Kompaktlager kann ein Kernkraftwerk ohne ‚Entsorgung' mindestens zehn Jahre betrieben werden. Diese Vereinheitlichungen werden ebenfalls vereinheitlichte und damit beschleunigte Genehmigungsverfahren für weitere Kernkraftwerke nach sich ziehen. Für uns betroffene Bürger heißt das: Die Einspruchsmöglichkeiten gegen Kernkraftwerke werden auf standortbezogene Aspekte begrenzt!"*

Bald AKW Emsland II und III?

Dies wollen die Betreiber offensichtlich am gleichen Standort just in die Tat umsetzen. „*Unmittelbar nach dem im Sinne der Atomindustrie positiv zu verlaufen habenden Erörterungstermin für das beantragte KKE I werde im Zuge eines vereinfachten Verfahrens (ohne neuen Bauantrag als Wiederholungsbau) ein Antrag für einen Reaktor gleichen Typs gestellt.*" So ein Sprecher der Preussen Elektra.

Lange Zeit hatte es aus dem Munde der örtlichen Politiker geheißen, zwei neue Reaktoren seien genug. Die Planungen für den zur Kühlwasserversorgung bei EMS-Niedrigwasser notwendigen Speichersee bei Geeste gehen aber nach wie vor von einer Kapazität zur Versorgung von vier AKWs aus. So verwundert es auch nicht, wenn aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß schon Pläne für einen Reaktor bei Varloh (nördlich von Geeste) existieren.

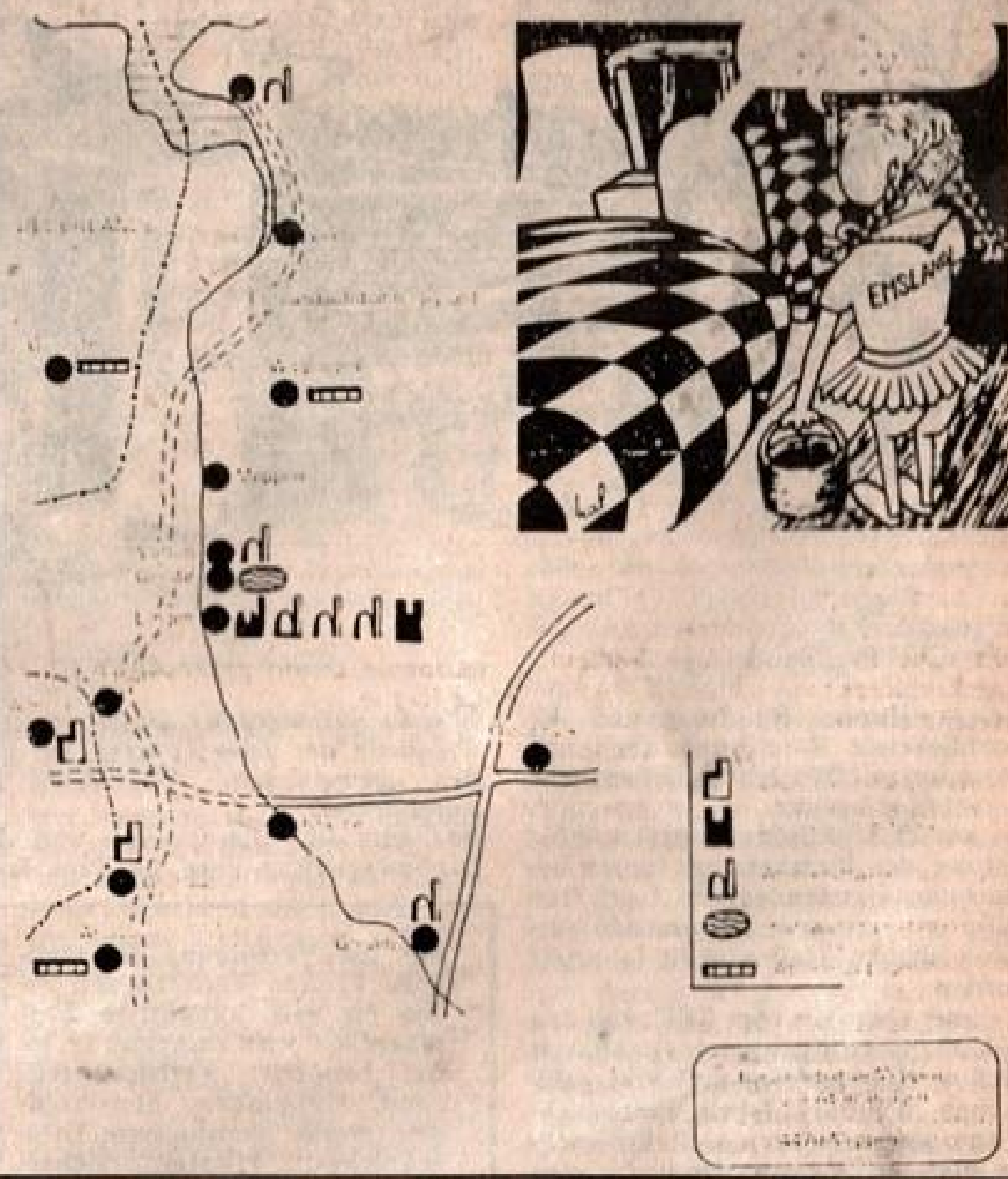
Zu allem Überfluß ist Lingen auch noch als Standort für eine Kohlevergasung inklusive Hochtemperaturreaktor im Gespräch.

Diese von Regierungen und Wirtschaft verfolgte Linie zur „Industrialisierung des Emslandes" wird auch von den örtlichen Gewerkschaften entschieden unterstützt. Der DGB Kreis – Emsland hat diesbezüglich schon für den Bau der Emslandautobahn demonstriert- und kürzlich übergaben Betriebsräte ca. 19000 in Betrieben (insbesondere in Lingen) gesammelte Unterschriften für den Bau des AKW Emsland.

Da das Emsland sich durch eine relativ hohe Arbeitslosenquote auszeichnet, wird die Industrieansiedlung hauptsächlich mit dem Arbeitsplatzargument betrieben, obwohl bekannt ist, daß die kapitalintensive Rohstoffindustrie hochautomatisiert ist und kaum Arbeitsplätze schafft. Um den noch relativ schwachen Widerstand in dieser Region zu stärken, rufen die örtlichen Initiativen zu einer Demonstration am 14.6. auf und hoffen auf massive Unterstützung aus den benachbarten Regionen.

Laßt es nicht geLingen!

Nach einem Artikel eines AK-Lesers aus dem Emsland



Straferlaß für Eso Oldefest abgelehnt

Weil er nach wie vor aus seiner Gegnerschaft gegen das Atomprogramm keinen Hehl macht und sich auch nicht von seinem Schlußwort im Prozeß, in dem er sich für Bauplatzbesetzungen aussprach, distanzierte, wurde Eso eine frühzeitige Entlassung aus dem Knast verweigert. Im folgenden drucken wir einen Brief von Eso an den „Informationsdienst" („ID") ab;

Liebe IDler,

Ich bin seit über acht Monaten in Haft und so kommt dann auch eines Tages der magische Termin des 2/3. Dieser war eigentlich schon am 12.4.80. Da ich aber das Gesuch erst kurz vorher eingereicht hatte, zögerte sich die ganze Angelegenheit ein wenig hin. Am 22.4.80 hatte ich dann die Zweidrittel-Anhörung bei der Strafvollstreckungskammer in Osnabrück. Bevor das alles über die Bühne geht, müssen sich die Anstalt sowie die Staatsanwaltschaft dazu äußern. Sind beide der Meinung, eine Entlassung ist gerechtfertigt, findet keine Anhörung statt. Ist eine der Beteiligten einer anderen Meinung, findet eine 2/3-Anhörung bei der jeweiligen Strafvollstreckungskammer statt; so auch bei mir. Die Beurteilung der Anstalt war ohne Einschränkung in Ordnung. Ich hätte sogar meine Prüfung zum Hauptschulabschluß als externer Einpendler in der Anstalt machen können. Doch die Staatsanwaltschaft Hannover hielt es für notwendig, sich auf Punkt der Überzeugung festzubeißen. Sie wollte wissen, ob ich meine Einstellung im Kampf gegen AKW's geändert habe. Mein Verhalten hier während der Haft war völlig uninteressant. Und habe ich dann dem Richter halt gesagt, wie ich über den Kampf denke. Ich konnte nicht, wie die Staatsanwaltschaft es von mir wollte, von meinem Schlußwort im Prozeß Abstand zu nehmen und noch weniger konnte ich ihnen eine Garantie unterschreiben, mich in Zukunft nicht mehr an Bauplatzbesetzungen zu beteiligen. Es entspringt meiner ehrlichen Überzeugung, daß das Mittel der Bauplatzbesetzung eines unserer effektivsten Mittel im Kampf gegen AKW's ist. Diesen Standpunkt habe ich im Prozeß vertreten und auch wieder bei der 2/3-Anhörung. Das Ganze hat keine 10 Minuten gedauert und die Sache war geritzt.

Am 30.4. bekam ich dann die schriftliche Ablehnung des 2/3-Antrages. Für meine Überzeugung darf ich nun noch bis zum 13.8.80 in Haft bleiben. Nachfolgend die Begründung der Strafvollstreckungskammer zur Ablehnung:

„Landgericht Osnabrück: AZ 8 STvK 421/80
Beschluß
in der Strafvollstreckungssache
des Helmuth Oldefest
geb. 22.10.46 in Hamburg-Altona
wohnhaft in Hamburg 1, Böckmannstraße 55
z.Zt. JVA Lingen 1
hat die Strafkammer 8 - Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Osnabrück am 22.4.80 beschlossen:
Die Aussetzung des nach Verbüßung von 2/3 verbliebenen Restes der gegen den Verurteilten durch das Urteil des Landgerichts Hannover vom 9.5. AZ.: 12kls 7/77, 38 a 78/77, verhängten Freiheitsstrafe wird abgelehnt.
Gründe:
Der Verurteilte verbüßt gegenwärtig die o.g. Strafsache wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte pp. durch das Landgericht Hannover verhängte Freiheitsstrafe von 1 Jahr Dauer. Auf die Gründe des genannten Urteils wird Bezug genommen. 2/3 der Freiheitsstrafe waren am 12.4.80 verbüßt. Dem Antrag, den Rest der Strafe gemäß § 57 StGB zur Bewährung auszusetzen, kann nicht entsprochen werden. Zu den Voraussetzungen einer bedingten Entlassung nach Verbüßung von 2/3 der Strafe gehört, daß die kritische Probe, ob sich der Verurteilte in Zukunft straffrei führen wird, vertretbar erscheint. Diese Voraussetzungen liegen bei dem Verurteilten offensichtlich nicht vor. Er hat in der mündlichen Anhörung erkennen lassen, daß er nach wie vor zu seinen Taten steht und in ihnen die einzige Möglichkeit sieht, den Bau von Kernkraftwerken zu verhindern. Er würde hierzu auch wieder Gewalt anwenden und damit Straftaten begehen.
gez. Kirchner, Richter am Landgericht'

Ich möchte dazu anmerken, daß schon die Staatsanwaltschaft Hannover in ihrer Stellungnahme sinngemäß geschrieben hatte, rückt der Verurteilte nicht von seinem Schlußwort ab und ändert er nicht seine Einstellung, so ist eine ungünstige Täterprognose zu stellen. Es ist aus den genannten Gründen von einer Aussetzung nach § 57 StGB bei einem Beharren auf seinem Standpunkt dringend abzuraten. Ich brauch dem ganzen wohl nichts mehr hinzuzufügen.

Die Forderungen im Kampf gegen AKW's sind dringender denn je, Abschaffung des Atom-Programms! Aufhebung aller zivil- und strafrechtlichen Maßnahmen gegen AKW-Gegner!

Machts gut, Eso.

PS.: Seit geraumer Zeit befinden sich Jerry Schulz und Christian Gerke ebenfalls hier in Hesepe. Unsere Anschrift lautet:
......., (sauer)Kirschenstr. 50,
4478 Geeste 4.

(„ID", 16.5.80)



Erklärung an die Bevölkerung der Wilster Marsch

Burgerinitiativen aus dem norddeutschen Raum hatten sich zu Pfingsten zu einer Besprechung in Brokdorf am Elbstrand verabredet. Die Beratung sollte mit einem Pfingstausflug verbunden werden. Etwa 100 Vertreter aus 16 Burgerinitiativen wollten uber den weiteren Widerstand gegen Atomanlagen und Industrieansiedlung im Unterelberaum diskutieren.

Bereits Tags zuvor waren um das AKW-Gelande starke Polizeieinheiten mit Wasserwerfern, Hunden und Hubschrauber stationiert worden. Als die AKW-Gegner mit ihren Zelten zum Strand wollten, stellten sich ihnen 60 Polizisten mit Helmen und Schlagstocken in den Weg. Der Einsatzleiter erklarte, daß im gesamten Bereich der Wilstermarsch das Zelten verboten sei. Es ist aber bekannt, daß gerade an dieser Stelle das Zelten von Wassersportlern und Urlaubern ublich ist. Trotz Polizeiprasenz gelang es, die Diskussion wie geplant am Elbstrand durchzufuhren - allerdings ohne Zelte. Ein Hubschrauber des BGS im Tiefflug storte die Gesprache.

Die Burgerinitiativen hatten aber sicherheitshalber einen Zeltplatz in St. Margareten, Am Hafen reserviert und sich auch genehmigen lassen. Das Aufschlagen der Zelte auf diesem Platz wurde ohne jede Begrundung durch den brutalen Einsatz der Polizei mit Hunden und Knuppeln verhindert.
Zeltteile wurden dabei von Polizisten ins Wasser geschleudert. Mehrere AKW-Gegner wurden verletzt. (Wir werden wahrscheinlich trotzdem keine Strafanzeigen gegen die Polizei oder deren Befehlsgeber stellen, weil wir glauben, daß ein Staat, der Polizisten mißbraucht auch Staatsanwalte und Gerichte genau so einsetzen kann.)

Nach diesem brutalen Polizeieinsatz zogen wir in einer geschlossenen Autokolonne Richtung Itzehoe ab, die ebenfalls von starken Polizeieinheiten verfolgt wurde. An mehreren Platzen in Itzehoe war ebenfalls Bereitschaftspolizei stationiert, um zu verhindern, daß wir uber unser weiteres Vorgehen beraten konnten. Daraufhin boten uns einige Itzehoer Burger spontan ihre Wohnungen als Versammlungsraume an. Diese wurden von der Polizei bis weit nach Mitternacht belagert. Das Arbeitstreffen der Burgerinitiativen wurde am nachsten Tag an einem anderen Ort zu Ende gefuhrt. Die Pkw's wurden von der Polizei noch uber die Kreisgrenze hinaus verfolgt.

Insgesamt waren ca 200 Polizeibeamte an diesen Aktionen beteiligt. Davon sind uns folgende Personen namentlich bekannt:

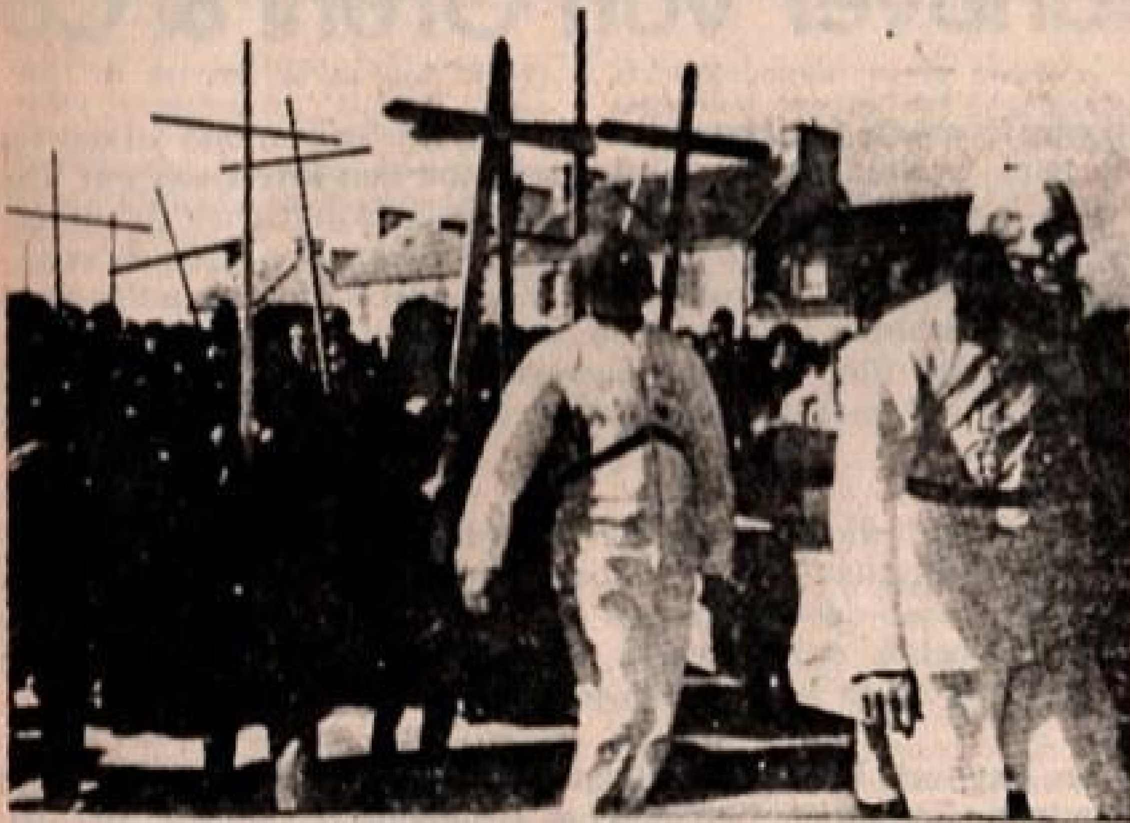
Polizeirat Funk	aus	Itzehoe	(als Einsatzleiter)
Revierleiter Buttner	"	Gluckstadt	(in der Einsatzleitung)
Gerd Gallas	aus	Neuendorf	(Leiter der Hundestaffel)
Kappellusch	"	Horst	(Hundestaffel)
Buthmann	"	Wewelsfleth	(")
Kaminski	"	Heidenfleth	(")
Kapelke	"	Lagerdorf	

Gerade im Hinblick auf den beabsichtigten Weiterbau in Brokdorf und die beabsichtigte baldige Wiederinbetriebnahme des AKW-Brunsbuttel sehen wir diesen Polizeieinsatz als Versuch der Einschuchterung, um die Menschen von einem weiteren Widerstand abzuhalten. Selbst Diskussionen uber Widerstand sollen in der Wilstermarsch schon im Keim erstickt werden. Nach den großen Demonstrationen 76/77 und nach der Aktion am Bauzaun vom 21.12.79 befurchten Stoltenberg und seine Gesinnungsfreunde erneute praktische Angriffe gegen das AKW-Brokdorf und politische Auseinandersetzungen.

Dies sollte uns deutlich werden lassen, an welcher Stelle wir Wirkung erzielen und Erfolg haben konnen. In diese Richtung mussen wir gemeinsam weiterarbeiten, um das AKW-Brokdorf endgultig zu verhindern.

BUU Itzehoe c/o Peter Ott, Talstr. 14, 221 Itzehoe, Tel.:04821/ 375
Bewegung weiße rose, 221 Itzehoe, Postfach 1253, Tel.:04821/ 375
Burgerinitiative Umweltschutz 235 Neumunster, c/o G.Senkel, Depenbrook
BI St. Georg, Bockmannstr. 55, 2 Hamburg 1, Tel.: 040 / 247620
BI Schulterblatt, Eimsbuttlerstr. 68, 2 Hamb. 19, Tel.:040/ 4399332
AK Politische Okologie, Lutterothstr. 13, 2 Hamb.19, T.:040/ 402752
Grohnde Gruppe, BI Hameln, BI Hildesheim, BI Hannover, Braunschw.
c/o Jutta Gunkel, Hinterer Bruhl 15,23 Hildesheim
Tel.: 14763
WiM5, c/o Rainer Koch, Egestorffstr. 8, 3 Hannover, T:0511/ 442447
BI Kieler Forde gegen Atomanlagen, Welzstr. 41 a, 23 Kiel, T:568550
BI Altona, Ottensener Hauptstr. 35, 2 HH 50

Pfingsten: 100.000 in Plogoff



Das Pfingstfest in Plogoff wurde ein toller Erfolg: 100.000 Menschen aus ganz Frankreich, zum Teil auch aus dem Ausland kamen, um sich mit dem Kampf der Bevölkerung, gegen das geplante AKW zu solidarisieren. Das Fest wurde unter das Zeichen der Solidarität Plogoff-Larzac gestellt. Die Präsidentin des Verteidigungskomitees von Plogoff, Annie Carval, meinte dazu:

„*Unser Vorbild, das sind die Freunde vom Larzac, denen wir ein großes Danke-Schön sagen. Wir hoffen, wir werden genauso viel Ausdauer haben wie sie, die schon seit 10 Jahren kämpfen*" („Liberation", 27. 5.80). Die Larzac-Landarbeiter hatten Schafe mitgebracht, um eine Schafzüchterei auf dem Baugelände zu initiieren. „*Wir können nur feststellen, daß man bei uns wie in Plogoff mit der Armee konfrontiert ist. Der Staat benutzt immer die Militärleute, wenn es darum geht, der Bevölkerung Entscheidungen gegen ihren Willen aufzuzwingen*" (ebd.).

Verschiedene Diskussionsplena wurden organisiert: „Alternative Energien", „Gesundheit und Atomenergie", „Anti-AKW-Kämpfe in Europa", „Militarisierung und Atomenergie" usw. usf. Abends fanden Musikfeste statt.

Nicht vergessen: Am 28./29. Juni nationale Demo gegen die WAA von La Hague.

Dort geht die Serie der Unfälle weiter: Am 21. Mai, einen Monat nach dem Brand, der am 16. April die elektrische Versorgung der WAA zerstört hatte, sind zwei Abbau-Batterien, die eine flüssige Lösung einer Mischung enthielten (Plutonium und Tributhylphosphat) ausgelaufen. Dabei handelt es sich um 1.000 Liter, die in den Boden sickerten! Die Plutoniumkonzentration dieser Flüssigkeit beträgt nach Angaben eines Angestellten der WAA zwischen 4 und 20 Gramm pro Liter. Jetzt muß der Boden entseucht werden. Angeblich ist kein einziger Personalangehöriger gefährdet worden.

Massenevakuierung — das letzte Mittel gegen Umweltvergiftung?

Niagara Falls, US-Bundesstaat New York: Anfang der 50er Jahre erkaufte sich eine Chemie-Firma (Hooker Chemicals Co.) von der zuständigen Bundesbehörde das „Recht", in den folgenden Jahren ihren gesammelten Chemie-Müll in einen ausgedienten (bzw. niemals in Betrieb genommenen) Kanal zu werfen. Nach dem Erbauer hat der Kanal den, wie sich herausstellte, sehr beziehungsreichen Namen „Love-Canal". In diesem „Liebeskanal" landeten im Laufe der Zeit ca. 20 000 Tonnen in ihrer Art nicht bekannten Chemie Abfälle. Nachdem die Chemie-Firma den Kanal voll hatte, wurde noch eine dünne Schicht Erde draufgeschüttet und anschließend für die Besiedelung freigegeben. Von den Behörden sowie der Chemiefirma konnte der Müll ad acta gelegt werden; um alles nett und sauber zu bekommen wurde gleich noch eine Schule auf den Kanal gebaut. Alle konnten zufrieden sein: Die Bevölkerung hatte eine Schule, die Behörden waren den Kanal los und die Chemiefirma hatte für den symbolischen Preis von einem Dollar (mit der gleichzeitigen Regelung, für zukünftige Schäden nicht haften zu brauchen) ihren Müll „beseitigt".

Nach einigen Jahren jedoch wurde das Thema Krebs zunehmend ein Gesprächsthema unter den Anwohnern, die Kinder litten zunehmend unter ständigen Halsinfektionen, an den Beinen traten unvermittelt offene Wunden auf, die von der Schulärztin auf eine falsche Seife zurückgeführt wurden. Fehlgeburten häuften sich ebenso wie mißgebildete Neugeborene. Die Ursache war schnell vermutet: Umweltschützer analysierten die Erde und fanden dort eine Reihe hochgiftiger Chemikalien: Dioxin (Seveso-Gift),Benzen, Chloroform, Trichloräthylen (alles mittlerweile bekannte Krebserregende Substanzen), Lindan (hier bekannt durch Boehringer-Celamerck) und Bestandteile des Entlaubungsmittels „Agent Orange", das in Vietnam eingesetzt wurde, und unter dem heute neben Vietnams Bevölkerung auch viele Vietnam-Veteranen zu leiden haben. Die Behörden beschwichtigten einstweilen, es bestehe kein Anlaß zur Sorge, die Krebsgefahr sei nicht größer als anderswo, so der staatliche „Gesundheits"kommissar David Axelrod auf einer Versammlung („IHT", 20.5.80).

Im August 1978 wurden die ersten 239 Familien evakuiert, diejenigen, die am dichtesten am Kanal wohnten. Unverständnis bei denen, die dablieben, war die Folge. Aufgrund der offiziellen Verlautbarungen wuchs das Unverständnis schnell zur Wut und zum Widerstand, bis jetzt eine Untersuchung von 36 repräsentativ ausgesuchten Anwohnern bei 11 starke Chromosomenschäden nachwies. Diese Menschen wurden u.a. ausgesucht, weil sie noch(!) keine offensichtlichen Krankheiten hatten. Aufgrund dieses Ergebnisses sah sich die Behörde nach starkem Drängen der Bevölkerung genötigt, auch die restlichen 700 Familien zu evakuieren und für das Gebiet den Notstand auszurufen. Trotz der eindeutigen Ergebnisse hat die Chemiefirma noch die Stirn, alles anzuzweifeln. Durch die Studie würden unnötige Ängste geweckt, die Ergebnisse seien nur vorläufig etc. (nach „International Herald Tribune", 18.5., 20.5., 21.5. und 23.5.80)!

Lekkerkerk, Niederlande: Die ca 900 hier wohnenden Menschen begannen vor einiger Zeit, sich über Gestank und Übelkeit zu beklagen. Eine Untersuchung brachte unter einem Parkplatz 42 Fässer zu Tage, die chemischen Abfall enthielten. Diese Fässer wurden in den Jahren 1970 und 1971 von einer Transportfirma dort vergraben; offiziell hatte sie den Auftrag von der Gemeindeverwaltung, den Boden für eine Besiedelung zu erschließen! Der Inhalt der Fässer: Toluen und Xylen, beides krebserregende Chemikalien. Eine Schätzung ergab, daß dort ca. 5 000 solcher Fässer vergraben wurden, die mittlerweile verrottet sind und das Trinkwasser nachweisbar vergiftet haben. Die Folge: „*Täglich fahren Lieferwagen vor, um bei jeder Wohnung eine Kiste mit zwölf Flaschen Wasser abzuliefern*" („FR", 22.5.80). Die „Alternative" für die Bevölkerung: „*Acht Monate lang werden die Bewohner hier auf die Sanierung ihrer Siedlung warten müssen – falls sie es nicht vorziehen, sich mit der finanziellen Hilfe des Staates eine andere Wohnung zu kaufen*" („FAZ", 22.5.80).

Ab 31.Mai soll in Lekkerkerk das Trinkwasser abgestellt werden, denn ab dem 1.Juni sollen die Gräben leergepumpt und eine 75 cm tiefe Bodenschicht abgetragen werden. Da aber 60 der ca. 300 Häuser des Dorfes auf Holzpfählen gebaut sind, besteht bei diesen hierdurch Einsturzgefahr. Der Staat will in jedem Fall nur den „Ersatzwert" zahlen, aber keinesfalls den vollen Wert der Häuser. Wer nicht verkaufen will, wird enteignet. Die Kosten – die selbstverständlich aus Steuermitteln gedeckt werden – sollen sich auf 54 Mill. DM belaufen. So nebenbei: Das Transportunternehmen kann nicht mehr belangt werden, da die Vergiftung rechtlich als Vergehen zählt, und dies ist verjährt...

AKW-Nein-Kommission

Freiburg: „Größter Umweltskandal der Nachkriegszeit"

Mit dieser Kennzeichnung faßte sogar die Freiburger Kripo folgenden Vorfall zusammen: Ein Betrieb zur Metallveredelung fällt im November 79 auf, weil seine Abwässer verschmutzt sind. Als er die Auflagen der Polizeibehörde nicht erfüllen will, wird der Zugang zum allgemeinen Kanalnetz kurzerhand verschlossen und plombiert. So weit, so gut. Denkste. Die Firmenleitung umgeht das Verbot dadurch, daß die hochgiftigen Abwässer jetzt einfach in die WC-Anlage gekippt werden. Kräftig durchspülen, fertig! Vom betriebseigenen Klo gelangt die Sauerei in eine Mischwasserkanal. Meßgeräte des Tiefbauamtes ermitteln dort eine Belastung von bis zu 1000 Milligramm Cyanid und bis zu 22 Milligramm Chromat pro Liter.

Damit wurde beim schwerlöslichen Chromat die zulässige Dosis um das 40-fache, beim Cyanid um das 10.000-fache überschritten. Schlimmer noch: Schon 60 Milligram Cyanid sind tödlich!

Außerdem wurden Zink, Kupfer und Nickel registriert. Als am 2.Mai der Betrieb endlich vom Amt für öffentliche Ordnung geschlossen wird, ist diese Giftbrühe mindestens ein halbes Jahr über den Kanal in ein Rieselfeld geleitet worden — dort wird umfangreich Viehzucht und Gemüseanbau betrieben . . .

Die Gesundheit von mehreren 10000 Menschen ist also bedroht. Und zwar darum: „*Die Ermittlungsbehörden sind der Auffassung, daß die Abwässer wahrscheinlich deshalb nicht entgiftet wurden, weil hohe Kosten damit verbunden sind*" („BZ", 14./15. Mai).

KB/Gruppe Freiburg

Giftmüll-Export in die Dritte Welt

Die amerikanische Abfallverwertungsfirma Nedlog Technology versuchte, den afrikanischen Staat Sierra Leone für ein dreckiges Geschäft zu bekommen. Für 25 Millionen Dollar wollten sie jährlich eine Million Tonnen hochgiftiger Substanzen vor der Küste von Sierra Leone ins Meer schütten. Zudem waren sie daran interessiert, in mehreren Ländern der Dritten Welt Filial-Betriebe für ihre Abfall-Wiederaufbereitung zu errichten, in Ländern, „*die Deviseneinkünfte und Arbeitsplatzinvestitionen nötig haben.*" Der anfallende Giftmüll sollte dann natürlich auch in diesen Ländern bleiben.

Nachdem mehrere afrikanische Länder heftigen Protest geäußert hatten, zog sich Sierra Leone von dem dreckigen Geschäft zurück. Nun soll sich Nedlog angeblich mit Pinochet um einen Platz in Chile bemühen!

Atommüllager in Würgassen!

Auf dem Gelände des AKW Würgassen plant die Preussische Elektrizitäts Aktiengesellschaft (PREAG) eine sogenannte „Brennelementzwischenlagerung in Trockenbehältern", kurz auch Trockenlagerung genannt.

Dieses „Entsorgungskonzept" galt bisher selbst bei AKW-Betreibern aufgrund seiner hohen Sicherheitsrisiken



als nicht realisierbar. Das Trockenlager soll den AKW-Betreibern aus der Klemme helfen: nach dem Scheitern der WAA-Konzeption in Gorleben und der katastrophalen Situation in La Hague müssen neue Atommüll-Lagerplätze geschaffen werden. Für das AKW Würgassen steht im Herbst ein Brennelementewechsel an. Dabei werden rund ein Viertel der Brennstäbe ausgetauscht. Da das Abklingbekken in Würgassen im Reaktorgebäude voll ist, müssen hier auch neue Plätze her.

Vor diesem Hintergrund begannen wir, die Anti-AKW-Gruppen aus der Umgebung, am 5.März mit dem Sammeln von Einsprüchen gegen das Trockenlager. Dabei wurde ein erstaunlicher ‚Klimawechsel' bei der Bevölkerung in und um Würgassen festgestellt: Bislang war für die breite Masse das AKW dort zur Selbstverständlichkeit geworden, mit und vielfach auch von dem man lebte. Die AKW-Gegner waren eher Quertreiber, die man als Spinner abfertigte und anmachte. Der geplante Bau des Trockenlagers hat bei vielen zu einer neuen Betrachtungsweise geführt — ungefähr nach dem Motto: Jetzt haben wir jahrelang alles geschluckt, was die uns vorgesetzt haben, aber das geht nun zu weit. Kurz gesagt, die Unterschriftensammelei lief so gut an, daß wir selbst erstaunt waren, wie viele Unterschriften zusammenkamen: es wurden über 14.000!

Der nächste Schritt war eine Informationsveranstaltung in der Beverunger Stadthalle am 18.4., Initiator war die „Initiative gegen das Trockenlager". Zu dieser Veranstaltung kamen über 700 Besucher und die Stadthalle war fast bis auf den letzten Platz gefüllt. Helmut Hirsch vom Oko-Institut in Hannover setzte sich in seinem einleitenden Referat mit den Risiken des geplanten Trockenlagers auseinander. Für den Transport und nicht für die langfristige Lagerung wurden die Behälter gebaut, deren Langzeitverghalten überhaupt nicht bekannt ist. Die angestrebte „Naturkühlung" (klingt gut - was?) ist entgegen den Aussagen des Sicherheitsberichtes keineswegs in allen Situationen gewährleistet. Behälter können kritisch werden, schlimmstenfalls kann es zum Schmelzen kommen. In diesem Fall würden ca. 1 Tonne Plutonium und 3 Tonnen anderer Spaltprodukte frei.

Der Vertreter der AKW-Betreiber, der technische Direktor Reis, eröffnete dann die Diskussion. Damit auch bei ihm jemand klatschte, hatte er die halbe Belegschaft des AKW mitgebracht. Da er, sein Chefphysiker und der AKW-Betriebsrat alle Gefahren rundheraus bestritten, konnten sie kaum etwas ausrichten. Insbesondere der Betriebsrat kam mit der Masche, wir würden ihn um seinen Arbeitsplatz



bringen. Der Hauptanteil der Beiträge von Anwohnern und aus der BI machte eine Ablehnung des Trockenlagers deutlich. Zur Veranstaltung waren auch alle Mitglieder der Stadt- und Gemeinderäte eingeladen. Es kamen zwar nur wenige, aber immerhin haben die Gemeinden Höxter, Bad Karlshaven, Lippoldsberg, Bodenfelde, Beverungen und Lauenförde ebenfalls Einsprüche eingelegt.

Aktionswoche vom 3. bis 5. Mai in Beverungen

Als Abschluß der Sammeleinspruchaktion organsierten die BIs ein Aktionswochenende. Los ging's am Samstag mit einer Demonstration durch Beverungen und dann zum AKW. Daran beteiligten sich ca. 250 Personen. Vor dem AKW demonstrierten aufsteigende Luftballons die Streuung der radioaktiven Teilchen durch das AKW. Nachmittags gab es Infostände und „Klönschnack" usw.

Abends gaben sich die ‚Stolpersteine' die Ehre, der Abend klang dann mit Rockmusik aus.

Der Sonntag wurde zum Erfahrungsaustausch, zum Fußballspielen, Unterschriftensammeln, CDU-Biedenkopf die Wahlveranstaltung vermasseln und ähnlichen Dingen genutzt. Abends zeigten wir noch „Paul Jacobs und die Atombande", ein Film, der für jeden AKW-Gegner zur Pflichtlektüre gemacht werden sollte.

Montagmorgen fanden wir uns dann auf dem Beverungener Marktplatz ein. Einem recht unsicher dreinblickenden Amtmann im Rathaus reichten wir die letzten gesammelten Einsprüche ein. Es waren fast 15000 geworden.

Widerstand gegen die Erpressungsmanöver von Gruhl & Co

Nach Veröffentlichung der von Gruhl, Springmann, Dinné, Hoss und 20 weiteren prominenten Grünen herausgegebenen „Erklärung zur Lage der Grünen" (vergl. AK 177, S. 1) regt sich innerhalb der grünen Partei erster Widerstand gegen diesen Versuch, über ein massives Erpressungsmanöver eine weitgehende Revision des in Saarbrücken verabschiedeten Programms zu erzwingen. Die erste „offizielle" Stellungnahme aus den Reihen der Grünen gegen die „Erklärung der 24" ist die nebenstehende Entschließung des Hamburger Landesvorstandes „Erklärung zu einigen unerfreulichen Vorgängen in der Bundespartei". Der Bundesvorstand ist auf die „Erklärung der 24" bisher nicht ausdrücklich eingegangen. In seinem Brief an die GAZ vom 20.5. wird zunächst die Nichtauflösung der GAZ kritisiert und darauf hingewiesen, daß das seinerzeit wesentlich von der GAZ betriebene Doppelmitgliedschaftsverbot für alle Grünen zu gelten habe. Weiter schreibt der Bundesvorstand: „Mit Nachdruck dürfen wir die Behauptung zurückweisen, die von Teilen der GAZ und auch wiederholt von Ihnen (Gruhl; Anm. AK) erhoben wurde, das Programm der Grünen verstoße in irgendeiner Form gegen unsere ökologischen Grundsätze". Tatsache ist, daß diese Behauptungen keineswegs nur von „Teilen der GAZ" erhoben werden – wie die „Erklärung der 24" zeigt. Andererseits muß an dem Brief des Bundesvorstands positiv hervorgehoben werden, daß darin das Saarbrücker Programm eindeutig verteidigt und gegen rechte Spaltungsversuche Stellung genommen wird: „Wer jetzt vom Aufbau einer neuen ökologischen Bewegung spricht, wie es in dem vom Kreisverband Würzburg der GAZ eingebrachten und vom GAZ-Parteitag mehrheitlich angenommenen Antrag heißt, der dient den etablierten Parteien und gefährdet die von uns allen aufgebaute politische Bewegung der Grünen."

Weitere Einzelstellungnahmen zu den Manövern der rechten Grünen und zu der für den Dortmunder Parteitag bevorstehenden Kraftprobe sind den Interviews mit Kay Hoffmeister, Hermann Schulz, August Haußleiter und Ernst Hoplitschek zu entnehmen. Alle vier, die Linken ebenso wie die „Integrationsfigur" von Saarbrücken – Haußleiter, sprechen sich deutlich für die Verteidigung und den Ausbau des Saarbrücker Programms aus. Die bisher von der Programmkommission vorgelegten Entwürfe deuten ebenfalls darauf hin, daß der „Saarbrücker Block" von Linken und „Mittelkräften" die scharfen Attacken der Rechten zumindest bisher heil überstanden hat:

– Der Entwurf einer Grundsatzerklärung zum Verhältnis von Ökologie und Ökonomie (vergl. dazu das Hoplitschek-Interview) bekräftigt eher die fortschrittlichen gewerkschaftlichen Forderungen des Saarbrücker Programms; dabei war gerade diese Grundsatzerklärung ursprünglich dazu gedacht, den in Saarbrücken unterlegenen Gruhlschen Positionen nachträglich wieder entgegenzukommen.

– Mit dem 1. Teil des Entwurfs für eine Wahlplattform dürften ebenfalls vor allem Gruhl und die anderen Bewahrer „ökologischer Grundüberzeugungen" bei den Grünen Schwierigkeiten haben.

Auch in einem anderen Sinne scheint das Erpressungsmanöver von Gruhl & Co. nicht den gewünschten Effekt gehabt zu haben: Weitere Unterstützer hat es für diesen Vorstoß – soweit öffentlich sichtbar – bisher nicht gegeben.

Interview mit August Haußleiter:

»Das Saarbrücker Programm steht nicht zur Diskussion«

AK: Herr Haußleiter, wie sehen Sie nach der „Erklärung zur Lage der Grünen" die Situation bezüglich des Dortmunder Parteitages ? Was bedeutet diese Erklärung z.B. in Bezug auf die in Dortmund zu beschließende Wahlplattform ?

Haußleiter: Es war ja schon eine gemeinsame Wahlplattform vor dieser Erklärung beschlossen gewesen. Das Programm mit seinen 70 Schreibmaschinenseiten ist natürlich für den normalen Wähler zu lang, und da hat der letzte Hauptausschuß sowieso beschlossen gehabt, eine Wahlplattform zu erarbeiten, die alles Inhalte des Programms enthält, aber gleichzeitig zu erarbeiten, die alles Inhalte des Programms enthält, aber gleichzeitig von allen Strömungen getragen werden kann. Das hat offensichtlich das Ziel gehabt, eine kürzere Wahlplattform zu erarbeiten, die nicht allzu sehr ins spezifisch Einzelne geht, da ja in der Tat im Programm manche Überschneidungen sind und auch manche Dinge nicht ausgearbeitet sind. Also, in der Frage der Plattform besteht nach meiner Meinung Übereinstimmung zwischen allen.

AK: Sicherlich – daß eine solche Wahlplattform gemacht werden soll; die Frage ist aber doch, auf welcher Grundlage: ob auf der Grundlage des Saarbrückner Programms oder auf der Grundlage dessen,was von Gruhl und anderen in ihrer Erklärung die „grundsätzlichen Positionen ökologischer Politik" genannt wird ?

Haußleiter: Die Einwände gegen das Saarbrücker Programm sind noch niemals in den einzelnen Punkten konkretisiert worden. Sie sind zwar allgemein gehalten, aber auch auf dem GAZ-Parteitag – und das habe ich dort auch gesagt – ist keine exakte Kritik am Saarbrücker Programm vorgetragen worden, außer der allgemeinen, es würde zuviel Wohlstandsdenken gefordert. Ich kann nur sagen, wer das Saarbrücker Programm als ein marxistisch-leninistisches Programm definiert, wie es die Würzburger GAZ-Vertreter tun, die unterdessen bei den Grünen ausgeschieden sind, der hat seinen Unterricht über Marxismus-Leninismus wahrscheinlich bei Stoiber und Strauß genommen.

AK: Das können wir gern bestätigen. In einem Punkt hat Gruhl seine Kritik am Saarbrücker Programm aber doch konkretisiert: in der Frage der Friedenspolitik, wo er sich gegen „einseitige Entblößung" des Westens – gemeint ist die Forderung nach einseitiger Abrüstung der BRD – ausspricht. Auch in Hasenclevers Erklärung nach der NRW-Wahl und in der „Erklärung zur Lage der Grünen" wird auf die Friedenspolitik explicit Bezug genommen.

Haußleiter: Ich bin ein Mann, der das Saarbrücker Programm gerade in diesen Punkten für außerordentlich wichtig und richtig ansieht, und ich bin der Meinung, daß die Entwicklung seit Saarbrücken mit den zunehmenden Militär- und Kriegsrisiken genau dieser Saarbrücker Fassung recht gegeben hat. Ich bin nicht der Meinung, daß man an diesem Punkt etwas ändern kann. Und auch in der Erklärung, die von einem Teil der Grünen – von Amery bis Gruhl – vorgetragen wurde, ist ja nicht das friedenspolitische Programm angefochten worden, sondern da ist nur angefochten „Wirtschaft und Arbeitswelt" und „Mensch und Gesellschaft". Auch in seinem Vortrag auf dem GAZ-Parteitag hat Gruhl das friedens- und außenpolitische Programm in keiner Weise kritisch angegriffen.

AK: Das heißt, Sie gehen davon aus, daß es um diese Fragen in Dortmund keine Auseinandersetzungen geben wird?

Haußleiter: Nein, das glaube ich nicht,. Das ist kein Gegensatz der Auseinandersetzung. Das ist bisher weder von der Basis angegriffen worden noch sonst irgendwo, wie ich überhaupt festgestellt habe, daß auf den Parteitagen der Basis. auch in berhaupt festgestellt habe, daß auf den Parteitagen der Basis, auch in Bayern und sonstwo, durchaus der wesentliche Inhalt des Saarbrücker Programms akzeptiert worden ist.

AK: Meinen Sie, daß es in anderen Fragen zu Kontroversen kommen wird, z.B. um den Programmteil „Wirtschaft und Arbeitswelt"?

Haußleiter: Da gibt es zwei Punkte, zu denen ich überhaupt konkreten Widerspruch gehört habe. Der eine ist der der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Der andere Punkt ist der der Dezentralisierung der Multis, und hier muß ich sagen, hat die Basis in allen ihren Entschliessungen die Dezentralisierung der Multis und genossenschaftlichen Lösungen – also Überführung in Arbeitergenossenschaften – weitgehend zugestimmt, da ist bei der Basis kaum eine Differenz. Und schließlich gibt es bei der Basis lediglich die Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, weil 1. das Wort „Lohnausgleich" als Lohnerhöhung mißverstanden wird und 2. ganz ohne Zweifel jetzt differenziertere Vorschläge vorliegen, insoweit,als der volle Lohnausgleich bei allen niederen Einkommensgruppen für völlig unentbehrlich gehalten wird und die Frage nur zur Debatte steht noch bei den höheren Einkommensgruppen.

AK: Was Sie da sagen, klingt ja sehr zuversichtlich. Aber selbst bei klaren Mehrheiten für die Beschlüsse von Saarbrücken – gegenwärtig wird doch von einem Teil der sogenannten „grünen Wortführer" mit der Drohung, die Grünen zu verlassen, versucht, ihre Position durchzudrücken.

Haußleiter: Ich bin folgender Meinung: die differenzierte Diskussion über das Saarbrücker Programm wird noch in den nächsten Jahren weitergeführt werden müssen und nach der Bundestagswahl. Ich halte das Saarbrücker Programm – auch mit vielen linken Freunden – für das Protokoll der gegenwärtigen Programmdiskussion, und ich bin nicht der Meinung, daß auf dem Dortmunder Parteitag die Diskussion um dieses Programm – schon aus zeitlichen Gründen – noch einmal aufgenommen werden kann. Das muß hinter die Bundestagswahl zurückverlegt werden. Ich bin nicht der Meinung, daß ein Parteitag nach ein paar Monaten – von März bis Juni sind es gerade drei Monate – vorher gefaßte Beschlüsse in dem Umfang, in dem das ein Teil der konservativeren Mitglieder sich vorstellt, wieder aufheben kann. Ich bin aber der Meinung, daß eine gesellschaftspolitische Programmdiskussion in einer so neuen Bewegung wie den Grünen überhaupt nicht abgebrochen werden kann. Nicht Aufhebung der Saarbrücker Beschlüsse, aber differenziertere Ausarbeitung der Saarbrücker Beschlüsse – diese Diskussion muß fortgesetzt werden. Da ist manches nicht, und konnte aus Zeitgründen auch nicht, zu Ende gedacht worden.

AK: Es bleibt aber immer noch die Frage, ob sich Gruhl und die Unterzeichner der „Erklärung zur Lage der Grünen" damit abfinden werden.

Haußleiter: Die Entscheidung über das ganze Problem liegt bei den Delegierten von Dortmund. Da bin ich der Meinung, daß – aus Zeitgründen, aber auch aus anderen Gründen – eine Neuaufnahme der vollen Programmdiskussion nicht möglich ist. Ich bin zweitens der Meinung, daß die Grüne Basis sich so weit über ihre innere Einheit und ihre gemeinsamen Ziele klar geworden ist, daß jeder, der in diesem Augenblick splittern möchte, sich völlig politisch isoliert. Das ist meine Meinung. Wir haben ja das Scheitern der „Grünen Partei Deutschlands" in NRW gesehen, die von der Presse bis zur Einreichung der Liste als d i e andere Gruppe dargestellt worden ist. Die haben dann, glaube ich, 36 Stimmen bekommen. Ich werde auch in Dortmund und in den jetzigen Vorgesprächen ganz deutlich sagen, daß nach meinem Bild – ich war auf Landesparteitagen und ich habe auch öfter als viele andere in Versammlungen geredet, auch in den Wahlversammlungen – es einen solchen Integrationsprozeß an der Basis gegeben hat, den ich dort erlebt habe, daß jeder, der aus formalen Gründen und ohne genaue Punktangabe splittern möchte, sich einfach selber isoliert.

Interview mit Ernst Hoplitschek (AL Westberlin) zur Erklärung der »24«:

»...das machen wir nicht mit, wir fordern offene Diskussion«

AK: Ernst, wird das Saarbrücker Programm auf dem Dortmunder Parteitag bestätigt werden, werden seine wesentlichen Aussagen auch in die Wahlplattform und in die Erklärung zum Verhältnis von Ökologie und Ökonomie eingehen?

Hoplitschek: Da kann ich ja zunächst mal als Betroffener selber sagen, da ich ja Mitglied der neuen Programmkommission bin, wie der augenblickliche Stand ist zum Entwurf dieser drei Pakete – Grundsatzerklärung Ökologie/Ökonomie, dann die Wahlplattform, die ja besteht aus einer Stellungnahme zu aktuellen Fragen wie Frieden, Strauß, Bundestagswahl, parlamentarische, außerparlamentarische Arbeit und als dritter Teil praktisch eine Kurzfassung des Saarbrükker Programms. In der Programmkommission haben wir uns, zumindest was die Grundsatzerklärung Ökologie/ Ökonomie angeht , an den authentischen Charakter des Saarbrücker Programms gehalten. Was zuerst mal in der Grundsatzerklärung erfolgte, war eine sehr differenzierte Darstellung, wie das Verhältnis von Ökologie und Ökonomie und umgekehrt zu bestimmen ist. Das scheint mir in Bezug auf Dortmund das wesentliche zu sein. Das heißt, daß man nicht abstrakt über Ökologie redet und die eine Abstraktion die andere versucht tot zu machen, sondern daß gerade diejenigen um Springmann, die mehr oder weniger die Definitionsmacht und das Definitionsmonopol über Ökologie haben und damit auch immer Politik gemacht haben, nun auch in Dortmund endlich mal formulieren müssen, was sie selbst unter Ökologie verstehen. Ich habe federführend den Entwurf gemacht für die Programmkommission, und der ist nach vielen Diskussionen letztendlich mit kleinen Änderungen angenommen worden. Da wird das Verhältnis bestimmt, daß man auf Eingriffe in die Natur nicht verzichten kann und daß es sehr wohl einen Zusammenhang gibt zwischen Ökologie, sozialen und Demokratieforderungen

AK: Nun hat sich ja nicht nur Springmann zu Wort gemeldet, die „Erklärung zur Lage der Grünen" ist ja auch von Leuten unterschrieben worden, die bisher als Linke galten – Hoss wäre da beispielsweise zu nennen. Die Situation von Saarbrücken, wo Gruhl doch ziemlich isoliert war und wo sein Verzicht auf einen Vorstandposten noch nicht als endgültig betrachtet werden konnte, wird sich so nicht wiederholen.

Hoplitschek: Zunächst mal zum Stil dieser Erklärung. Die Programmkommission mit ihren vielen Strömungen – von den Wertkonservativen bis zu den Linken – hat ganz klar gesagt im Schatten von Saarbrücken: wir machen Programmarbeit, d.h. wir versuchen, undifferenzierte Darstellungen von Ökologie und Ökonomie zu differenzieren. Das heißt aber nicht, daß damit das,was in Saarbrücken beschlossen wurde, obsolet (überholt – Anm. AK) geworden ist. Wir halten daran fest,daß das, was in Saarbrücken beschlossen worden ist mit haushohen Mehrheiten – zumindest in den ökonomischen Fragen – nach wie vor Geltung hat. Wir sind relativ sauer über den Stil, daß über praktisch Privatpolitik die GAZ ein Junktim herstellt mit diesen Unterschriften hinsichtlich ihrer Auflösung und letztlich versucht, diese Programmarbeit zu unterlaufen. Wir werden darauf dringen, daß, bevor über solche Pressionen inhaltlich gestritten wird, wir sagen: das Saarbrücker Programm gilt, daran hat sich auch die Wahlplattform zu orientieren. Wir legen den Schwerpunkt auf die Diskussion zum Verhältnis Ökologie und Ökonomie. Bevor diese Diskussion nicht offen und öffentlich gelaufen ist, gibt es überhaupt gar keine Vorab-Kompromisse oder Vorab-Zugeständnisse, in der Hinsicht, daß man dort irgendwelche Abstriche macht. Das einzige, was wir da in der Programmkommission beschlossen haben, bezieht sich auf diese eine Forderung, die Gruhl mit Haben umschrieb, die Forderung 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich: wenn man die so stehen läßt, hätte sie für alle Lohn- und Gehaltsgruppen Geltung, also auch für hohe Beamtengruppen. Da haben wir gesagt: selbstverständlich treten wir für eine gerechte Umverteilung ein; da muß natürlich differenziert werden, und wir meinen, daß wir bei dieser Forderung den Schwerpunkt bei den unteren Lohngruppen legen müssen.

AK: Besteht nicht die Gefahr, daß in Dortmund Teile der Linken, Teile derjenigen, die inhaltlich hinter dem Saarbrücker Programm stehen, dennoch bereit sein werden, angesichts der sehr massiven Erpressungsversuche der grünen Prominenz politische Zugeständnisse zu machen?

Hoplitschek: Wir haben im Gegensatz zu Saarbrücken folgende Situation: wir werden damit zu rechnen haben, daß ein großer Teil des sogenannten mittleren Feldes, dessen Speerspitze historisch die GLU Niedersachsen war, in Dortmund einen Kompromiß macht zugunsten von Gruhl und geneigt ist, Abstriche zu machen bei ihrer Haltung zu den ökonomischen Fragen, wo sie in Saarbrücken mit den Linken zusammen gegangen ist. Ich meine, da wird die Linke einen Offenbarungseid leisten müssen. Die Linken werden meines Erachtens ganz klar zu erkennen geben müssen: aufgrund des politischen Stils und aufgrund maximalistischer fundamentaler Forderungen dürfen sie dieses Spiel nicht mitmachen. Wenn es wohlbemerkt so läuft, daß gesagt wird: wir machen erst zusammen weiter,wenn die Forderung dieser 24 erfüllt ist – also Rauskippen des ganzen Teils II (Wirtschaft und Arbeitswelt) und Rauskippen des ganzen Teils V (Mensch und Gesellschaft) - dann werden wir sagen: das machen wir nicht mit, wir fordern offene Diskussion schwerpunktmässig zum Verhältnis Ökologie und Ökonomie, und erst, wenn wir uns gestritten haben, was wir denn gemeinsam verstehen unter Ökologie, dann kann man über weiteres redenandersherum geht das auf keinen Fall. Das würde ich auch in meinen eigenen Reihen vertreten – wenn es umgekehrt läuft, daß die Erklärung der 24 Priorität haben soll und wir uns zu verhalten haben, dann müssen wir ganz klar erkennen: nee, so geht es nicht. Dann muß man natürlich auch seine Konsequenzen ziehen – scheint mir.

Interview mit Hermann Schulz

(Landesvorstand der Grünen/NRW)

AK: In der von Gruhl und 23 weiteren prominenten Grünen unterzeichneten Erklärung werden für den Dortmunder Parteitag sehr weitgehende Abstriche am Saarbrücker Programm gefordert. Wird in Dortmund dieses Programm gekippt werden; werden bei der Verabschiedung der Wahlplattform und der Erklärung zum Verhältnis von Ökologie und Ökonomie Zugeständnisse an die Unterzeichner der Erklärung gemacht werden?

Schulz: Ich sehe da natürlich außerordentliche Schwierigkeiten auf uns zukommen, das ist unbestritten. Ich kann mir zur Zeit nicht vorstellen, daß eine Mehrheit sich findet, die das Saarbrücker Programm kippt.

Ich glaube, daß wir da sehr hart am Wind segeln werden, mit außerordentlichen Schwierigkeiten auch ringen werden; daß man vielleicht von der Optik her da einige Dinge herausnimmt, daß es aber in der Substanz nicht angetastet wird.

AK: Was würde das konkret heißen?

Schulz: Das heißt, daß man die vielleicht massivste Aussage von der 35-Stunden-Woche interpretiert – Bahro hat das ja schon in seinen Vorträgen in der Wahlkampfzeit gemacht und hat das etwas relativiert – daß aber die Substanz des verabschiedeten Programms nicht angetastet wird. Wie diejenigen sich verhalten, die diese Erklärung unterschrieben haben, das muß man einfach abwarten. Ich gehe nicht von einer Spaltung aus, weil ich glaube, daß der Konsens bei den Grünen dann doch überwiegen wird. Es wird aber sicher nicht leichter werden als in Saarbrücken, sondern eher schwerer.

AK: Besteht nicht bei Teilen der Linken angesichts sehr massiver Erpressungsversuche die Gefahr des Umkippens, die eine Mehrheit für die Verteidigung des Saarbrücker Programms doch noch gefährden könnte?

Schulz: Die Linke hat sich bisher als außerordentlich flexibel erwiesen, hat oft das Erträglich gerade zugestanden, ohne das Gesicht zu verlieren. Ich glaube, man wird taktisch bereit sein, von der Optik her, das sagte ich eben, zu glätten, aber man wird nicht an die Substanz gehen, und ich sehe auch nicht die Möglichkeit, daß es dazu kommen wird.

AK: Gibt es gemeinsame Vorbereitungen der Grünen in NRW auf den Dortmunder Parteitag – das NRW-Wahlergebnis ist ja von Gruhl so interpretiert worden, daß dort die ökologische Komponente im Wahlkampf verloren gegangen sei?

Schulz: Um das letzte mal zuerst aufzugreifen: das ist so überhaupt nicht richtig, die ökologische Komponente ist sehr wohl herausgestrichen worden. Wir haben da einen sehr unterschiedlichen Wahlkampf hinter uns, je nachdem, ob das in den Ruhrballungsgebieten und den Großstädten geschehen ist oder ob das ländliche Wahlkreise gewesen sind. Wir haben eine ganze Reihe von Wahlkreisen, wo unabhängig vom NRW-Programm, von den umstrittenen Punkten des NRW-Programms oder auch des Bundesprogramms Wahlkampf gemacht wurde. Die haben das einfach ausgeklammert, und wir haben sie auch gelassen, weil wir mehr daran interessiert waren, daß überhaupt etwas geschehen ist. Da ist auch von der Analyse her nicht zu sehen, daß das irgendetwas gebracht hätte, weder positiv noch negativ. Der Ausgang der Wahl ist davon wohl sehr unabhängig zu sehen.

Aber jetzt zur Frage der Vorbereitungen, da laufen natürlich eine ganze Reihe von Vorbereitungen. Einmal wird der Landesverband NRW selber in Bielefeld eine Landesdelegiertenversammlung abhalten, wo auch die Vorbereitung auf Dortmund auf dem Programm steht, auch die Frage der Beteiligung der Partei an der Bundestagswahl. Unabhängig davon werden sich Linke in Dortmund treffen Ende Mai; das ist eine Initiative von Einzelpersonen, so wie das auch früher stattgefunden hat. Dann gibt es noch Initiativen von Kreisverbänden. Wir sind gerade vom Aachener Kreisverband angesprochen worden, die wollen eine offene Versammlung fortschrittlicher Kreisverbände zustandebringen. Was dabei herauskommt, muß man sehen. Da werden sicher auch noch Fragen in Bezug auf die weitere Wahl des Bundesvorstands, der ja auch eine gewisse Relevanz hat, besprochen, wie das auch früher in Bielefeld schon geschehen ist.

AK: Wie wird in NRW die Frage der Beteiligung an der Bundestagswahl gesehen – nach dem 3%-Ergebnis bei der NRW-Wahl ist ein Überspringen der 5% bei der Bundestagswahl ja ziemlich unwahrscheinlich.

Schulz: Wir haben eine Reihe von Probeabstimmungen gehabt, und wenn ich da richtig unterrichtet bin, überwiegt zur Zeit deutlich die Stimmung für eine Kandidatur bei der Bundestagswahl, wobei die Einschätzung, daß man die 5% in jedem Fall schaffen wird, natürlich nicht in gleichem Maße vorhanden ist.

Man argumentiert, wenn wir nicht kandidieren, sind wir vom Fenster weg, die Öffentlichkeit geht verloren, und in jedem Fall ist es besser – wenn auch mit einem anders geführten Wahlkampf, da gibt es viel Kritik – sich zu beteiligen. Wir haben natürlich auch Stimmen – für mich gilt das auch in etwa – wenn wir erheblich weniger Bemühungen im Wahlkampf gehabt hätten, dann hätten wir wahrscheinlich dasselbe Wahlergebnis erreicht, vielleicht mit anderen Wählern, aber die 3% waren ja eh die Vorgabe, von der aus wir operieren wollten, und die haben wir ja knapp überhaupt erreicht, wenn auch mit absolutem Stimmenzuwachs (gegenüber der Europawahl; Anm. AK), aber was soll's?

Die Frage, wie sich der Bundesvorstand komplettieren wird, ist natürlich zur Zeit Astrologie, da gibt es natürlich viele Gespräche rechts und links. Es ist auch diskutiert worden, ob der jetzige Vorstand, also die fünf Leute noch einmal zurücktreten, um neuen Platz zu machen. In Saarbrücken haben wir ja einen wahnsinnigen Zeitdruck gehabt. Die ganze Haußleiter-Affäre wäre da noch zu nennen. Das hat sich ja jetzt etwas beruhigt, weil es im Augenblick keinen Anlaß gibt. Ich würde es persönlich bedauern, wenn Haußleiter in dieser Form gehen würde, wie das teilweise gefordert worden ist. Das ist eine Sache, die ist völlig unausdiskutiert, das muß man einfach abwarten. Zur Frage der Gruhl-Initiative noch einmal: Ich habe gerade den Gruhl-Vortrag von Hannover noch einmal sehr aufmerksam gelesen, und ich bin außerordentlich erstaunt gewesen, wie einfach es sich Gruhl in Bezug auf die Einschätzung des radikal-demokratischen Komplexes bei den Grünen macht. Das ist für mich sehr, sehr schwer verständlich. Ich halte das alles für sehr rückschrittlich, was dort formuliert worden ist. Das geht manchmal doch ein bißchen stark in die Heim-und-Herd-Ideologie, die ja auch zum Teil in seinem Buch manifest war. Das alles einfach abzutun als gestrige Forderungen, was die Linke fordert – so einfach kann man sich das heute nicht machen.

Interview mit Kay Hoffmeister

(Grüne Niedersachsens)

AK: Wird in Dortmund das Saarbrücker Programm bestätigt werden, d.h. werden die Beschlüsse von Saarbrücken auch in die Wahlplattform und die Erklärung zum Verhältnis von Ökologie und Ökonomie eingehen?

Hoffmeister: Ich würde davon ausgehen, daß man nach Möglichkeit von den verschiedenen Seiten gewisse Kompromisse machen sollte, daß man versucht, auf der Basis der Wahlplattform eine Einigung zu erreichen. Das Programm kann ja wohl nur mit 2/3-Mehrheit abgeändert werden. Man sollte also die Programmdiskussion wirklich zurückstellen und sie dann nach den Bundestagswahlen weiterführen. Eine Aufgabe des Programms kann es nach meinen Vorstellungen nicht geben, es sei denn, daß sie mit 2/3-Mehrheit beschlossen wird.

AK: Wie sehen Sie die von Gruhl, Dinné, Hoss und anderen unterschriebene Erklärung, in der doch eine sehr weitgehende Revision des Saarbrücker Programms gefordert wird?

Hoffmeister: Die Erklärung finde ich sehr schlecht, weil sie versucht, mit einem gewissen Druck zu arbeiten, und weil sie doch wohl von falschen Voraussetzungen ausgeht. Wenn die Unterzeichner sozusagen eine Garantie geben könnten, daß die Grünen mit dem, was sie vorschlagen, über die 5%-Grenze kommen bei der Bundestagswahl, dann könnte man darüber reden. Aber die Erklärung zeigt eine gewisse Hilflosigkeit: es ist eher zu vermuten, daß man damit weiter unter die 3% abrutschen würde, weil man die Verbindung zu den Jungwählern in Frage stellt und weil man den Arbeitnehmern praktisch nichts anbietet, man bleibt völlig im Mittelstandsbereich stecken. Daß die Wähler mit einem reinen Ökologieprogramm nicht zu erreichen sein werden, scheint mir bei den Wahlen in NRW deutlich geworden zu sein: wenn der DGB-Bezirksvorsitzende Bleicher erklärt, daß dort der DGB gerade die Grünen abgeblockt hätte, wenn durch den DGB das relativ schlechte Ergebnis zustande gekommen ist, dann widerspricht das dem, was Gruhl behauptet, der noch weiter von den Arbeitnehmerforderungen sich abgrenzen will und davon bessere Ergebnisse erwartet. Ich glaube, Gruhl ist reiner Mittelstandspolitiker in diesem Sinne und hat keinerlei Vorstellung, wie man die Verbindung zur Arbeitnehmerschaft ausbauen kann.

AK: Wird angesichts der sehr massiven Forderungen der Unterzeichner der Erklärung in Dortmund eine Spaltung zu vermeiden sein?

Hoffmeister: Daß es in Dortmund zu einer Spaltung kommt, kann ich mir nicht vorstellen; es sei denn, daß sie vom Kreise um Baldur Springmann etwa bewußt mit einer Vernichtungsstrategie gegen alle Andersdenkenden provoziert wird. Ich glaube, daß es keine Spaltung geben wird, daß aber ein Auseinanderleben für die Zukunft möglich ist, aber das ist ein monatelanger Prozeß, und man sollte erst einmal nach der Bundestagswahl eine Art Bestandsaufnahme machen.

AK: Eine Beteiligung der Grünen an der Bundestagswahl ist für Sie selbstverständlich?

Hoffmeister: Die Beteiligung an der Bundestagswahl halte ich für notwendig, weil ich mir nicht vorstellen kann, daß die halbherzige Friedenspolitik der SPD ausreicht, um den Frieden in der Welt und in Europa wirklich zu sichern, und weil wir dahin kommen müssen, daß die Protestwähler und die, die eine Alternative wollen, nicht enttäuscht werden. Wir müssen antreten, auch wenn wir nur 3% erreichen, und müssen sehen, daß wir mit diesem Ergebnis dann hinterher Politik machen.

AK: Die Betonung der Friedensproblematik würde ja bedeuten, daß von den dazu in Saarbrücken gefaßten Beschlüssen keine Abstriche gemacht werden und daß mit diesen Beschlüssen noch sehr viel stärker in der Öffentlichkeit gearbeitet wird.

Hoffmeister: Ja, da ist für mich – bei aller Problematik – Haußleiter der Garant für eine unabhängige und Neutralitätspolitik, und ich halte es für notwendig, daß das Programm ausgebaut und konkretisiert wird und daß da im Gruhlschen Sinne nicht ein Abstrich gemacht wird. Das muß voll bestehen bleiben und muß im Gegenteil noch akzentuiert werden.

Hamburger Landesvorstand der Grünen

Erklärung zu einigen unerfreulichen Vorgängen in der Bundespartei

Zwei Vorgänge, die auch in der Öffentlichkeit zitiert wurden, fordern derzeit die Einheit der Grünen Partei auf unerfreuliche Weise heraus.

— Zum einen handelt es sich um eine „Erklärung zur Lage der Grünen" mit Datum vom 13. Mai, die von 24 überwiegend namhaft bekannten Mitgliedern unterzeichnet ist. Diese Erklärung stellt die Behauptung auf, „daß die grundsätzlichen Positionen ökologischer Politik bei den Grünen in der letzten Zeit nicht deutlich genug vertreten worden sind". Mit Blick auf den Dortmunder Parteitag am 21./22. Juni und auf eine dort zu fällende Entscheidung über eine Beteiligung der GRÜNEN an der Bundestagswahl wird gefordert,

1. daß eine Bundestagswahl-Plattform „mit ökologischem Schwerpunkt zu verabschieden" sei;
2. daß die auf dem Saarbrücker Parteitag beschlossenen Programm-Kapitel „Wirtschaft und Arbeitswelt" und „Mensch und Gesellschaft", die in dieser Erklärung als „umstritten" bezeichnet werden, „zur Diskussion an die Basis bis nach den Bundestagswahlen zurück zu verweisen" seien — d.h. außer Kraft gesetzt und (zumindest vorläufig) für ungültig erklärt werden sollen;
3. daß die GRÜNEN „sich in ihrem Bekenntnis zur Gewaltfreiheit nachdrücklich von kommunistischer, kapitalistischer und faschistischer Politik distanzieren" sollen.

Das Unterzeichner-Spektrum dieser Erklärung reicht von Baldur Springmann über Herbert Gruhl und Olaf Dinné bis zu Carl Amery, Heinz Brandt und Willi Hoss. Aus dem Hamburger Landesverband der GRÜNEN hat Holger Strohm diese Erklärung mit unterzeichnet.

— Zum anderen hat der Parteitag der GAZ am 15. Mai die Auflösung der GAZ aufgeschoben und an die Erfüllung der Bedingungen geknüpft, die in der erwähnten Erklärung vom 13. Mai erhoben werden. Andernfalls „sollen der Bundes- und die Landesvorstände der GAZ zu Gesprächen mit grünen Gruppierungen und Organisationen zur Gründung einer neuen ökologischen Bewegung ermächtigt werden" (dpa-Meldung vom 16. Mai).

Die Grüne Partei ist also mit einer offenen Spaltungsdrohung konfrontiert, wie sie interessierte Kräfte außerhalb dieser Partei als Reaktion auf den Saarbrücker Parteitag und die dort erfolgte ökologische u n d radikaldemokratische Profilierung der GRÜNEN herbeigesehnt haben. Beispielhaft sei hier nur an den Kommentar in der SPD/FDP-verpflichteten Frankfurter Rundschau vom 24. März erinnert: „Die Dominanz der Linken wird von jenen, die sich als die wahren Ökologen ausgeben, nicht akzeptiert. In Saarbrücken waren das etwa 12 Prozent — vorwiegend die ‚Bürgerlichen'. Wann verlassen sie das Bündnis?". Dieser Ruf hat nun also innerhalb der GRÜNEN auch bei jenen ein Echo erreicht, die etwa wie Herbert Gruhl noch unmittelbar nach dem Saarbrücker Parteitag in einem Interview mit der Neuen Presse (Hannover) erklärten, daß sie eine substantielle Änderung des beschlossenen Programms realistischerweise auch vom nächsten Parteitag im Juni nicht erwarten würden. Aber mit entsprechenden Drohungen, so ist jetzt wohl die gemeinsame Auffassung dieses Kreises, ließe sich dem vielleicht doch etwas nachhelfen.

Die „Erklärung zur Lage der Grünen" hatte die unmittelbare Funktion, dem nachfolgenden Beschluß des GAZ-Parteitages eine größere Legitimität zu verleihen. Inwieweit allen ihren Unterzeichnern damit auch ihre Funktionalisierung für die offene Spaltungsdrohung der GAZ mit der „Gründung einer neuen ökologischen Bewegung" genehm ist, ist vorerst von uns nicht zu beurteilen. Dazu wird es hoffentlich bald aufhellende Stellungnahmen derjenigen Unterzeichner selbst geben, die sich dadurch angesprochen fühlen. Von ihrem Charakter her ist diese Erklärung jedoch ein „Prominenten-Aufstand" gegen die Basis der Grünen Partei, der sich schon von daher in seiner öffentlichen Verfügbarmachung gegen die Grüne Partei selbst richtet.

Zur inhaltlichen Sache erklärt der Hamburger Landesvorstand folgendes:

Die Behauptung, daß die Grüne Partei keinen ökologischen Schwerpunkt mehr habe, hält weder einer Durchsicht ihres Programms noch einer Beurteilung ihres politischen Auftretens stand. Bezeichnenderweise haben diejenigen, die diese Behauptung aufstellen — und groteskerweise war derartiges auch vom SPD-Vorstandssprecher Lothar Schwartz zu hören —, bislang auch keine konkreten und überzeugende Argumente dafür geliefert. Solche Behauptungen erschöpfen sich regelmäßig in sich selbst. Wenn die Unterzeichner aber mal ihre konkreten Argumente auf den Tisch legen würden, wozu wir sie hiermit auffordern, würden wir uns sehr gern mit ihnen inhaltlich darüber streiten.

So wie die Sache sich jetzt darstellt, handelt es sich hier aber nicht um Unzufriedenheit mit angeblicher Armut an ökologischen Gedanken in der grünen Programmatik, sondern um Unzufriedenheit mit dem Reichtum demokratischer Gedanken darin. Mit dem Saarbrücker Parteitag hat die Grüne Partei, gestützt auf den Mehrheitswillen ihrer Mitglieder demonstriert, daß sie nicht nur eine Partei des radikalen Umweltschutzes und der radikalen Rücksichtnahme auf die bedrohten Lebensgrundlagen der Menschen ist, sondern daß sie mit gleichem Gewicht und aus gleicher Überzeugung heraus beansprucht, eine Partei der radikalen sozialen Gerechtigkeit, der Gegnerschaft gegen jede politische Unterdrückung, Diskriminierung und Entmündigung und der Verwirklichung eines solidarischen gesellschaftlichen Lebens zu sein. Es sind gerade diese Überzeugungen, die in denjenigen Programmteilen zum Ausdruck kommen, die die „Erklärung der 24" und der Beschluß des GAZ-Parteitages wieder außer Kraft setzen wollen. Auf dem Saarbrücker Parteitag selbst ist dieser Versuch bereits unmittelbar nach der Beschlußfassung über diese Programmteile mehrfach unternommen worden — und ebenso oft gescheitert. Er wird nach unserer Überzeugung auch im nochmaligen Anlauf scheitern — oder die Grüne Partei zur bedeutungslosen, von der neuen sozialen Bewegung in der BRD abgekoppelten Sekte zurückentwickeln. Denn die Grüne Partei ist nur dann politisch lebens- und entwicklungsfähig, wenn sie ein Bestandteil und politisches Instrument dieser vielgestaltigen Bewegung bleibt und noch mehr wird: der Naturschutz-Bewegung ebenso wie der Frauenbewegung, der Anti-AKW-Bewegung ebenso wie der Bewegung sozialer Minderheiten, der radikaldemokratischen und antireaktionären Bewegung ebenso wie der auf ein besseres Leben verweisenden Tendenzen in der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung. Dieses Selbstverständnis der Grünen Partei und ihr darauf aufbauendes politisches Engagement schließen aber auch aus, daß sie die in diesem Staat vorherrschenden Doktrinen antikommunistischer Abgrenzung übernimmt.

Wir appellieren darum an diejenigen, die an einem Fruchtbarwerden des grünen Engagements interessiert sind, und auch an diejenigen, die sich trotz einiger Meinungsverschiedenheiten nicht zu Spaltungszwecken mißbrauchen lassen wollen, die „Erklärung zur Lage der Grünen" und die Beschlüsse des GAZ-Parteitages gemeinsam mit uns zurückzuweisen.



Beschlossen auf der ersten Sitzung des Landesvorstands der Hamburger Grünen am 20.5.80 bei 11 Anwesenden mit 10 Fürstimmen und 1 Enthaltung



Mathias Thesen

»Neutralisten« zur Lage der Grünen

In der westdeutschen „Dritte Weg"-Bewegung, die seit der Nachkriegszeit einen gesamtdeutsch ausgerichteten „Neutralismus" fordert, gibt es heute neben der sich mehr links gebenden AUD eine Gruppe, die nach rechts außen marschiert ist, als die Erfolglosigkeit ihres Vorhabens (Verhandlungen mit der DDR in den 60er Jahren) sichtbar wurde. Gemeint ist die **„Vereinigung Deutsche Nationalversammlung"**, einst enger Partner der AUD und der Hamburger Zeitschrift „Neue Politik" (Aufl. 10.000). Gegründet wurde die VDNV 1961 u.a. von Leserkreisen dieses Organs aller „Nonkonformisten". Ihr gehörten z.B. heute bekannte Grüne wie **Edgar Langer (Landesvorsitzender der „Grünen" Niedersachsens)** an. Noch 1970 warnte Langer vor der **„Vermischung und Entartung der Völker"**, vor dem **„Tiermenschentum"**. In einem Aufsatz „Weltanschauliche Grundlagen der Zukunft" warnte Langer vor Gefahren für den „Groß-Organismus Nation", etwa die *„allgemeine Vermassung und Nivellierung der Weltbevölkerung"* und die *„Auslieferung der ordnungswilligen Kräfte in den Völkern durch angeblich humane Gesetzgebung an das Verbrechertum ..."*. *„Gefördert und unterstützt"* würde dies u.a. durch *„Vermischung und Entartung der Völker"* (alle Zitate: „Extra-Dienst", 24.3.71).

Wie die Grünen will die VDNV „weder rechts noch links" sein, weil sie diese Begriffe für „überholt" hält (Zitate aus: VDNV-Broschüre „Wer spricht für Gesamtdeutschland?", S. 71). Trotzdem wirbt sie des öfteren mit lobenden Worten für den neofaschistischen „Bund Heimattreuer Jugend" (BHJ), hält Kontakt zur ‚linksnationalen' UAP („Unabhängige Arbeiter-Partei"), zur rechtslastigen „Südtiroler Volkspartei" etc. Auch für neofaschistische Literatur (z.B. „Der Auschwitz-Mythos" von W. Stäglich) wird geworben.

Wie Teile der Grünen fordert die VDNV *„einen dritten Weg jenseits von Kapitalismus und Kommunis-*

treuer Jugend" (BHJ), hält Kontakt zur ‚linksnationalen' UAP („Unabhängige Arbeiter-Partei"), zur rechtslastigen „Südtiroler Volkspartei" etc. Auch für neofaschistische Literatur (z.B. „Der Auschwitz-Mythos" von W. Stäglich) wird geworben.

Wie Teile der Grünen fordert die VDNV *„einen dritten Weg jenseits von Kapitalismus und Kommunis-*

mus" (VDNV-Organ „Deutschland" 3-4/80, S. 34) und druckte seitenweise positive Kritiken zum grünen Bestseller „Untergang eines Mythos" des japanischen rechtsradikalen Monetaristen Otani ab. Dieses Buch wird besonders von den „freisozialen" Kräften um **Georg Otto** innerhalb der Grünen stark verbreitet.

Rechtsradikaler Neutralismus (d.h. ein starkes, vereintes Europa als ‚dritte Kraft' zu USA und UdSSR), Deutschtümelei und ‚Dritter Weg', gemischt mit Umweltschutzparolen a la NPD („nationalökologisches Ordnungssystem") ergeben das Weltbild dieser Gruppe.

Bis Saarbrücken setzte auch die VDNV auf die Grünen. In Nr. 1-2/80 von „Deutschland" schrieb ein S. Roth: *„Man sollte diesem schwierigen Versuch der Gründung einer politischen Alternative positiv gegenüberstehen und mithelfen an der Chance der Veränderung arbeiten"*. Was auch wohl ein wenig in diesem Sinne geschah. Denn erfreut konnte Roth beim Bundeskongreß in Karlsruhe auch „völkisch eingestellte Mitglieder" feststellen. Ganz im Sinne rechter Grüner wie Gruhl, Springmann & Co. ist die VDNV *„der Überzeugung, daß schon in Karlsruhe die Trennung der logischen von den ideologischen Umweltschützern hätte vollzogen werden müssen"* (ebd.).

Da dies wohl doch nicht so geschah und sich in Saarbrücken ein relativ fortschrittliches Programm vorläufig durchsetzte, schrieb VDNV-Funktionär und „Deutschland"-Chefredakteur F.G. Kögel: *„unsere Bedenken wurden in allen Teilen bestätigt"* (Nr. 3-4/80, S. 34).

Besonders angetan hat es den VDNV-Rechten die Antragskommission, die angeblich *„selbstherrlich – nämlich nach eigenem ideologischen Standort – entschied"*. Dieser wurde auch gleich ausgemacht:

„Hinter basisdemokratischen Anschein (wurde) von einer geschulten Gruppe zentralistisch und undemokratisch gesteuert". Durch dieses ‚Unterwandern' von ‚links' *„profilierte sich die Bundespartei ‚Die Grünen' als eine Klassenkampfpartei mit grünem Mäntelchen, was durch Gruhls Absage einen sichtbaren Ausdruck fand"*.

Gegen die ‚Linken' wie gegen reine Ökologie fordernde rechte „Grüne" gewendet, verkündet Kögel anschließend seine Vorstellungen einer ökologisch orientierten „demokratischen Neuordnung".

Der „Plan einer neuen Ordnung" müsse „von der Wirklichkeit ausgehen", d.h. *„von einem realistischen Menschenbild"* (z.B. Anwendung angeblicher Erkenntnisse der Verhaltensforschung auf Beurteilung von Menschen und Rassen), *„von einem realistischen Weltbild"* (Kampf gegen den *„US- und SU-Imperialismus"*, ein neues Großdeutschland usw...), *„von einem nationalökologischen Ordnungssystem"*, *„von einer gemeinschaftsgebundenen Eigentumswirtschaft..."* (Volksgemeinschaft und kleinbürgerlicher Reformkapitalismus) und *„von einer Neugliederung des Volksstaates nach demokratischen Ordnungsvorstellungen, eingebettet in ein Europa der Völker, deren Vielfalt es zu erhalten gilt"* (sprich: Regionalismus und Nationalismus wie bei den „Nationalrevolutionären" und gewissen Linken).

kleinbürgerlicher Reformkapitalismus) und *„von einer Neugliederung des Volksstaates nach demokratischen Ordnungsvorstellungen, eingebettet in ein Europa der Völker, deren Vielfalt es zu erhalten gilt"* (sprich: Regionalismus und Nationalismus wie bei den „Nationalrevolutionären" und gewissen Linken).

Solidaristen bleiben in der Grünen Partei

Die extrem rechten, sich allerdings meist links gebenden sogenannten „Solidaristen" (im „Bund Deutscher Solidaristen„) haben in ihrem Blatt „BDS-INFORMATIONEN" (Nr.3/80) angekündigt, nach Saarbrücken trotz eines *„Vorstand(s), der teils aus Zufallsergebnissen, teils aus Kompromissen hervorging"* und eines *„Programms, das in entscheidenden Teilen von vernunfts- und realitätsbezogenen Nonkonformisten nicht getragen werden kann"*, weiter bei den „Grünen" mitzumischen:

„Zunächst (gelte es) innerhalb dieser Partei weiterzuarbeiten. Von einer Position außerhalb der Partei sind die Grundlagen nicht wiederherzustellen". Was d a m i t gemeint sein kann, erscheint klar: ein weiterer Versuch, e i g e n e Positionen zusammen mit den unzufriedenen Vertretern der sogenannten „Ökologen" (d.h. die rechte Fraktion) durchzusetzen.

MATHIAS THESEN

Delegiertentreffen bunter und alternativer Listen in Frankfurt

Am 26.4. fand in Frankfurt ein auf dem Münsteraner Beratungskongreß beschlossenes Delegiertentreffen bunter und alternativer Listen statt. Erschienen waren je zwei Vertreter aus NRW (Bunte Liste Köln und GAL Münster), Westberlin (AL), Hessen (GLH) und ein Vertreter der Alternativen Liste Bremen. Aus Hamburg nahmen zwei Beobachter der Mehrheit der Bunten Liste (BULI-Initiativentreffen) teil. Der im März ausgezogene Teil der BULI um die Eimsbüttler Parlamentsfraktion hatte auf eine Teilnahme an diesem Treffen verzichtet — was die Delegierten der AL Westberlin vorübergehend in Gewissensnöte stürzte, ob nicht ihre Zusammenarbeit mit nur einem Teil der Bunten Liste einer Parteinahme im Hamburger BULI-Streit gleichkomme. Schließlich haben sie dann aber doch mitgemacht.

Selbstverständnisdebatte

Nach Berichten über den Stand der einzelnen Listen entwickelte sich auf Initiative der AL-Delegierten eine Art „Selbstverständnisdebatte". Schon eine Woche vorher hatten die AL-Vertreter auf einem Treffen alternativer Listen in NRW die Frage der „Existenzberechtigung" der autonomen Listen gestellt. Verwiesen wurde von ihnen vor allem auf einen möglichen Wahlerfolg der Grünen, auf das Saarbrücker Programm und die im Rahmen der grünen Partei zu realisierende politische Breite von Gruhl bis zu den Linken, die über das Spektrum der meisten alternativen Listen weit hinausgehe. Dem wurde — wie schon auf dem NRW-Treffen — von den übrigen Anwesenden entgegengehalten: Insbesondere sei nach den schmerzlichen Erfahrungen, die die alternativen Listen mit der Ausgrenzungspolitik der Grünen gemacht hätten, die Entwicklung der grünen Partei mit dem Saarbrücker Programm keineswegs als abgeschlossen zu betrachten. Auf keinen Fall solle aktuell die Diskussion über eine Auflösung der Listen in die grüne Partei laufen.

Die weitere Planung

- Am 7. Juni soll in NRW ein kommunalpolitisches Seminar stattfinden. Hier wollen die in NRW in Stadträten und Bezirksversammlungen vertretenen Listen über die damit verbundenen Probleme diskutieren.
- Das nächste bundesweite Delegiertentreffen der bunten und alternativen Listen soll am 6. September in Bremen stattfinden.
- Unterdessen laufen die Vorbereitungen der in Münster beschlossenen Gefangenenkampagne weiter. (Die sehr lebhafte Diskussion über das Konzept dieser Kampagne — vor allem unter Gefangenen — wurde teilweise im AK dokumentiert). Bis Juni sollen endgültige Festlegungen über die nach der Sommerpause anlaufenden Veranstaltungen getroffen sein.
- Geplant ist des weiteren ein Info zum Thema „Politische Rolle der Listen und ihr Verhältnis zu den Grünen" sowie „Beitrag der Bunt/Alternativen zur Bundestagswahl". Dieses Projekt hat allerdings durch die inzwischen von der AL Westberlin fertiggestellte Broschüre mit dem Titel „Perspektiven der Grünen, Bunten und Alternativen" (siehe Anzeige) Konkurrenz bekommen.

DKP und KBW zur NRW-Wahl — bemerkenswerte Parallelen

Die DKP hat bei der Landtagswahl in NRW 44 % ihrer Stimmen von 1975 verloren; der KBW büßte gegenüber der Bundestagswahl 1976 (bei der

daß die großen politischen Probleme den Wählern sichtbarer wurden. Das äußerte sich jedoch nicht in Stimmengewinnen für die DKP." Neben den

nach links wollen, kann auch für den KBW nichts schiefgehen: „Wenn die Kommunisten (der KBW) vom revolutionären Flügel her die Aktions-

DKP und KBW zur NRW-Wahl — bemerkenswerte Parallelen

Die DKP hat bei der Landtagswahl in NRW 44 % ihrer Stimmen von 1975 verloren; der KBW büßte gegenüber der Bundestagswahl 1976 (bei der Landtagswahl 1975 hatte er noch nicht kandidiert) 40 % seines Stimmenanteils ein. Die unangenehme Aufgabe, dieses Debakel gegenüber der eigenen Basis zu erklären, wurde von den „Wahlanalytikern" beider Gruppierungen bravourös gemeistert. Besonders bemerkenswert sind dabei die — natürlich rein zufälligen — Ähnlichkeiten der Argumentation und die völlig fehlende Bereitschaft, den Sinn der eigenen Kandidatur auf dem Hintergrund der gerade erlittenen Schlappe auch nur in Frage zu stellen. Im folgenden zunächst einige besonders schöne Sätze aus der Erklärung der DKP-Bezirksvorstände Rheinland-Westfalen und Ruhr-Westfalen („UZ", 13.5.): *„Der Wählerfolg der SPD ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Mehrheit der Wähler in einer zugespitzten, komplizierten Weltlage mit ihrer Stimmabgabe für die SPD ihren Willen bekundete: Die Ergebnisse (?) der Entspannungspolitik dürfen nicht aufs Spiel gesetzt werden."* Auf die Stimmengewinne der SPD darf sich die DKP einiges zugute halten: *„Die DKP hat ihren Wahlkampf darauf konzentiert, den Willen der Bürger nach Entspannung, Frieden und Abrüstung zum Ausdruck zu bringen... Sie hat dazu beigetragen, daß die großen politischen Probleme den Wählern sichtbarer wurden. Das äußerte sich jedoch nicht in Stimmengewinnen für die DKP."* Neben den bekannten Floskeln über das politische Gewicht der DKP im außerparlamentarischen Kampf, den Anti-Kommunismus und die Arbeiterpartei (gemeint ist die DKP), zu der es keine Alternative gebe, wird auch gleich eine Vorab-Rechtfertigung für die aussichtslosen Kandidaturen der kommenden Jahre geliefert: *„Mit ihrem Wahlkampf und ihrer Kandidatur hat die DKP deutlich gemacht, daß sie sich im Interesse der arbeitenden Menschen nicht aus den wahlpolitischen Auseinandersetzungen verdrängen läßt."*

Die Wahlauswertung des KBW („KVZ" vom 19.5.) ist noch um einiges positiver ausgefallen: „Offenbar ist die Bourgeoisie beunruhigt. ‚Das bürgerliche Lager schrumpft', überschreibt die ‚FAZ' ihren Kommentar zum Ergebnis der Landtagswahlen in NRW." Daß dieses Schrumpfen des „bürgerlichen Lagers" (gemeint sind die Stimmenverluste der CDU!) fast ausschließlich der SPD zugute gekommen ist und der KBW nicht einmal 0,03 % erreichte, ist kein Grund zur Besorgnis, denn: *„Es ist fast unvermeidlich, daß die Sozialdemokratie zunächst den Nutzen aus den Fortschritten der Arbeiterbewegung zieht"*. Da die Massen bekanntlich nach links wollen, kann auch für den KBW nichts schiefgehen: *„Wenn die Kommunisten (der KBW) vom revolutionären Flügel her die Aktionseinheit der Arbeiterbewegung aufbauen helfen und den Wahlkampf gegen die Herrschaft der Kapitalistenklasse führen, werden insgesamt mehr Kräfte nach links gehen. Das wird die Millionen Stimmen der SPD erhöhen, und erst einige Tausend werden kommunistisch wählen wie z.B. jetzt 2.358 in NRW."* Damit die SPD ihrer Wahlerfolge dennoch nicht froh wird, *„nimmt der KBW an den Bundestagswahlen teil: ein Sieg der SPD soll sich nicht für die Bourgeoisie auszahlen, sondern von der Arbeiterbewegung im Kampf gegen die Bourgeoisie genutzt werden können."*

Im Zangengriff von „Arbeiterpartei" (DKP) und „revolutionärem Flügel der Arbeiterbewegung" (KBW) geht's der Bourgeoisie an den Kragen, die deswegen auch schon zu Recht „beunruhigt" („KVZ") ist. Wichtig ist, sich „nicht aus den wahlpolitischen Auseinandersetzungen verdrängen" zu lassen („UZ"), sprich: keine Wahlniederlage auszulassen, während die SPD sich zu Tode siegt (vgl. „Spiegel" vom 19.5.: „Wir siegen uns noch kaputt") — ist das am Ende diese ominöse „Dialektik", die so schwer zu begreifen sein soll?

CDU gegen Bezirksverordneten der AL Westberlin: »Schlagt ihn doch tot!«

„So aufräumen, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen es keiner mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen", will bekanntlich Franz Josef Strauß. Einem Westberliner Parteifreund, CDU-Bezirksverordneter in Tiergarten, scheint das Maulstopfen als Mittel zur Zerschlagung linker Opposition offenbar zu unsicher zu sein — *„Schlagt ihn doch tot!"* forderte er während einer Bezirksversammlung im März, als der Bezirksverordnete Ortwin Zeitlinger von der AL zum Mikrophon ging. Weder vom Präsidium noch von sonst irgendeinem Abgeordneten der im Bezirk Tiergarten regierenden Großen Koalition wurde dieser Ausruf zurückgewiesen. Als die AL auf der folgenden Bezirksversammlung eine Distanzierung von dieser „öffentlichen Aufforderung zu strafbaren Handlungen" (§ 111 StGB) durchsetzen wollte, wurde ihr Antrag vom Präsidium gar nicht erst auf die Tagesordnung gesetzt. Ein daraufhin von der AL vorgetragener Mißtrauensantrag gegen das Präsidium wurde von eben diesem Präsidium als *„nicht gestellt"* behandelt! Der CDU-Fraktionsvorsitzende Liepelt stritt in seiner Erklärung zu Beginn der Sitzung überhaupt ab, daß der Ausspruch „Schlagt ihn doch tot!" gefallen sei.

Das aufgrund einer Strafanzeige der AL angestrengte staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren ist nach einigen Wochen „Bedenkzeit" eingestellt worden. Ergebnis der „Ermittlungen" ist ein Brief des Oberstaatsanwalts an die Bezirksfraktion der AL: *„Der Ausruf ‚Schlagt ihn doch tot!' war den Umständen nach eine nicht ernstgemeinte Unmutsäußerung. Der CDU-Bezirksverordnete konnte auch nicht erwarten und demgemäß nicht billigend in Kauf nehmen, daß die anderen Bezirksverordneten oder die Zuhörer diese Äußerung ernstnehmen würden. So ist die Sachlage auch in der Berichterstattung der ‚Berliner Morgenpost' beurteilt worden."* Damit hat der Oberstaatsanwalt dankenswerterweise auch die Quelle preisgegeben, die ihm bei der „Wahrheitsfindung" behilflich gewesen ist: die „Berliner Morgenpost" hatte zuerst den Begriff der „Unmutsäußerung" benutzt, gleichzeitig dem betreffenden CDUler eine *„von Natur aus große Klappe"* attestiert — was soll ein Staatsanwalt da noch ermitteln, wenn ihm die *„Beurteilung der Sachlage"* aus der Sicht von Springers „gesundem Volksempfinden" in gedruckter Form vorliegt?!

Nach Berichten eines Westberliner Genossen und der Zeitung der AL für den Bezirk Tiergarten

Weitere Repressionen gegen Strauß-Gegner

Regensburg: Am 29.4. erhielt die 18-jährige Schülerin Christine S. 14 Tage Unterrichtsausschluß wegen Tragens einer „Stoppt-Strauss-Plakette". Der Disziplinarausschuß des Albertus-Magnus-Gymnasiums stützte sich dabei auf §4 (Verbot der politischen Werbung) und §38(Nichtbefolgung von Anordnungen) der Allgemeinen Schulordnung.

Nach Ablauf der 14 Tage erschien **Christine nun wieder mit der Plakette in der Schule. Der Direktor der Schule, Duschl, will zunächst zwar mit „pädagogischen Mitteln die Schülerin zur Einsicht bringen", trägt sie jedoch die Plakette weiter, droht ihr die Schulentlassung und schließlich der endgültige Verweis vom Gymnasium.**

Nach den Pfingstferien soll sie wieder vor den Strafausschuß ihrer Schule. Sie will die Plakette auch weiterhin tragen. Bei der ersten Anhörung hatte sie erklärt, daß *„Strauß kein Demokrat ist, was seine vielen Affären zeigen. Vor ihm muß gewarnt werden."* Christine will vor Gericht ziehen und hofft, dort recht zu bekommen (nach TAZ vom 16.5. und SZ. vom 24.-26.5.80.).

* * *

München: Die Staatskanzlei in München hat das Justizministerium gebeten, einen Vorgang an der Fachhochschule München strafrechtlich zu überprüfen. **Nach Angaben der Staatskanzlei haben die Studentenvertreter** der FHS München in der Maiausgabe der Zeitschrift „Argumente" einen Brief mit Staatswappen, Briefkopf und Unterschrift von Ministerpräsident F.J.Strauß abgedruckt, den Strauß an den Sprecherrat geschrieben haben soll. In dem Abdruck wird offenbar dargestellt, daß Strauß extrem studentenfeindliche Positionen einnehme. *„Es handelt sich hierbei um eine komplette Fälschung"*, stellte die Staatskanzlei dazu fest, und selbstverständlich ist Strauß auch kein Studentenfeind, sondern tue im Gegenteil durch eine Reihe von Maßnahmen sehr viel für die Studenten.

Offenbar sehen dies nicht alle so:

„Daß diese Fälschung ihre Wirkung nicht verfehlt hat, beweist eine Reihe von Reaktionen"(Originalton Staatskanzlei) (nach SZ. vom 20.5.80).

* * *

Hamburg: In einer Presseerklärung der Initiative „Schüler gegen Rechts" heißt es:

„Seit dem 5.Mai, nach dem zweiten erfolgreichen ‚Schüler gegen Rechts'-Festival und einem Artikel in ***der ‚Hamburger Morgenpost' darüber, werden die Bewohner der Kontaktadresse der Initiative bisher unge****wohntem Telefon-Terror ausgesetzt".* Geschildert werden zwei Anrufe mit Warnungen an die Schüler, daß sie *„aufpassen sollen, nicht in die Luft zu fliegen"* und auch das obligatorische *„Rotfront verrecke"* fehlte nicht.

Die Schüler sind nicht erstaunt darüber, *„auf welche Art und Weise Strauß-Anhänger ihre Sympathie zum Ausdruck bringen"* und hoffen, *„daß in der Öffentlichkeit diese Angriffe genauso ernst genommen werden wie von uns und daß durch Solidarität diese Leute es nicht wagen, ihre Drohungen fortzusetzen oder gar wahr zu machen."* Anzeige haben sie bereits erstattet.

Kontakt zu „Schüler gegen Rechts": Tel. 040 / 280 23 86.

* * *

Stuttgart: Der Buchhändler Wendelin Niedlich hatte im Schaufenster seines Ladens ein Flugblatt ausgestellt, in dem auch festgestellt wurde: „Wer Strauß wählt, wählt Reaktion, Faschismus und Krieg".

Aus diesem Anlaß stellte der zuständige Staatsanwalt gleich einen Strafantrag, weil hier wiedermal eine Beleidigung von Strauß vorliege.

Dieser Antrag wurde vom Stuttgarter Amtsgericht mit einer wirklich bemerkenswerten Begründung abgelehnt, in der es u.a. heißt:*„(...) das* ***in Beziehung setzen des Herrn Strauß zu Reizworten wie ‚Reaktion, Faschismus und Krieg' (sei) noch nicht*** *unangemessen bei einem Politiker, der sich über Demonstranten dahin äußert, sie benähmen sich wie Tiere, auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht mehr möglich ist... Wer so stark polemisiert wie Strauß, muß damit rechnen, daß* ***die Gegenattacken ebenso polemisch und überzogen ausfallen und muß derartige Angriffe dulden, ohne*** *den Schutz des Strafrechts in Anspruch nehmen zu können ..."* (gerichtliche Begründung, aus: „Die Neue", 19.3.80).

Selbstverständlich legte die Staatsanwaltschaft sogleich Beschwerde beim Landesgericht Stuttgart ein. Dessen IV. Kammer verwarf die Beschwerde und bestätigte das Amtsgerichtsurteil mit der Begründung, das Flugblatt sei zwar eine Beleidigung, der Buchhändler Niedlich habe aber *„unter dem Gesichtspunkt der Wahrnehmung berechtigter Interessen"* gehandelt („Neue" 23.5.80).

* * *

Augsburg: Wie weit die Repression gegen Strauß-Gegner schon geht, zeigt die Auseinandersetzung um die Aufführung der Richard-Strauss-Oper „Salome". Für die Inszenierung war der Filmpreisträger Werner Schroeter engagiert worden. Ein Enkel des Komponisten lehnt die Regieführung durch Schroeter ab. Angeblich, weil er mit Schroeter vor 10 Jahren mal „schlechte Erfahrungen" gemacht habe. Der Referent des Generalmusikdirektors, Hans-Peter Egel, vom Stadttheater Augsburg, vermutet etwas anderes: ***„Ich weiß aus sicherer Quelle, daß Richard Strauss (der Enkel), ein persönlicher Bekannter von F.J. Strauß ist."*** **Und Schroeter hat sich** zu Strauß etwa so geäußert, daß er dem bayrischen Ministerpräsidenten am liebsten „ein Bömbchen in Form einer Weißwurst" zu essen geben würde.

Obwohl auch der Bischof Stimpfle und die Augsburger CSU die Lösung des Vertrages mit Schroeter fordern, weigert sich Oberbürgermeister Breuer, Schroeter zu kündigen. Daß der Referent Egel wohl nicht falsch vermutet hat, was den Grund der Forderung nach Kündigung angeht, zeigt ein Schreiben von F.J.Strauß an Breuer. In diesem Brief vergleicht **Strauß die Augsburger Vorgänge mit der Preisverleihung an den „sogenannten" Schriftsteller P.P.Zahl.** Schroeter sei ein Künstler, der Auseinandersetzungen wie die Kravalle in Bremen und Berlin durch seine öffentlichen Sympathie-Bekundungen für Mord und anarchistisches Verhalten unterstütze.

Die FDP-Landtagsfraktion bemerkte u.a. dazu, daß Strauß *„mit demagogischen Wahlkampfparolen pauschal und undifferenziert gegen alle zu Felde zieht, die seiner Person aus guten Gründen ablehnend gegenüberstehen."* Allerdings distanzieren sich diese „Liberalen" von Schroeters Äußerungen und verurteilen den Vergleich von Zahl und dem „unbescholtenen" Schroeter. Der OB Breuer meinte, daß er Recht und Gesetz zu vertreten habe, in diesem Fall die Freiheit der Kunst. Für ihn sei der Fall Schroeter abgeschlossen.

Der Enkel von Richard Strauss meinte, daß die Intervention der Erbengemeinschaft mit Politik nichts zu tun habe.

Erfreulich ist, daß der OB Breuer den Vertrag von Schroeter nicht kündigen will. Er wird dabei von 4 im **Augsburger Kulturleben aktiven Organisationen unterstützt, unter anderem durch eine Unterschriftenaktion** (nach SZ. vom 22.5. und 28.5.).

* * *

Eine schriftliche Anfrage an den Landtag hat der stellvertretende Vorsitzende der bayrischen SPD, Jürgen Böddrich, eingebracht. Er zeigt sich bestürzt über die „Hartnäckigkeit und Rücksichtslosigkeit", mit der das Kultusministerium und seine nachgeordneten Behörden gegen Schüler vorgehen, die während des Unterrichts „Stoppt Strauss"-Plaketten tragen. Die Höhe der Strafen entspreche nicht mehr der Verhältnismäßigkeit. Schon dies klingt nicht gerade nach konsequenter Ablehnung der Repression gegen Strauß-Gegner in der Schule. Aber jetzt wird es typisch spezialdemokratisch: *„Nötiger denn je ist nun ein Schulverfassungsgesetz, das die je nach Bedarf dehnbaren und auslegbaren Gummiparagraphen der ASchO ablösen und eine sichere Rechtsgrundlage schaffen muß."*

Statt das Grundrecht auf Meinungsfreiheit zu verteidigen, verhunzen die SPD-Bürokraten dies mit Verordnungen (nach SZ. vom 12.5.80).

* * *

Mannheim: Nachdem es in anderen Gebieten der BRD schon Unterrichtsausschlüsse gab wegen Tragens einer Anti-Strauß-Plakette, sollten nun zwei Absolventen der Fachhochschule für Gestaltung in Mannheim ihr Recht einbüßen, das Thema ihrer Abschlußarbeit im Fach Graphik/Design frei zu wählen. Sie wollten eine Plakat- und Wandzeitungsrolle zum Thema „Franz Josef Strauß – eine Karriere" erstellen.

Unter dem Vorwand, der Themenvorschlag beabsichtige *„eine politische Meinungsäußerung"* wurde ihnen dieses Thema von der Prüfungskommission verboten. Zudem dürfe die Schule ihre Einrichtungen nicht für *„eine mögliche Wahlkampfunterstützung einer Partei oder einer Gruppe"* zur Verfügung stellen.

Nach Protesten der Mitschüler und des AStA der FHS wurde nun das Thema doch freigegeben, allerdings mit der Maßgabe, die Arbeit dürfe nicht in die „geschützte Rechtssphäre" des Herrn Strauß eingreifen.

Im herrschenden Klima, in dem alle möglichen Mißbilligungsbekundungen gegenüber Strauß verfolgt und meist auch bestraft werden, dürfte es sehr schwer fallen, nicht in diese „Sphäre" einzugreifen, will man nicht gerade Wahlkampfpropaganda für die CDU/CSU betreiben (nach „Neue", 14.5. und 29.5.80).

IKAH

»Strauß wird die Menschenwürde entzogen«

Das Verfahren gegen drei Bremer Strauß-Gegner wegen „übler Nachrede gegenüber einer Person des politischen Lebens" (§ 187a) ist in eine vorentscheidende Phase getreten. Das Bremer Amtsgericht lehnte die Eröffnung des Hauptverfahrens ab, da „ein hinreichender Verdacht einer Straftat" (lt. Begründung des Gerichtsbeschlusses) nicht gegeben sei. Dagegen hat die Staatsanwaltschaft sofortige Beschwerde eingelegt, die von scharfen Angriffen der bayerischen Staatskanzlei gegen den Beschluß des Amtsrichters flankiert wird. Unter diesem Druck soll das Landgericht Bremen in den nächsten Tagen über die Beschwerde befinden.

In Stuttgart rechtskräftig

Den drei Bremern wird vorgeworfen, durch Verkleben oder Aushängen zweier Anti-Strauß-Plakate ein Vergehen nach § 187a begangen zu haben. Auf dem einen Plakat wird Strauß mit dem chilenischen Diktator Pinochet anläßlich einer Denkmalseinweihung in Chile gezeigt; in das Denkmal mit der Inschrift „Unsern Ahnen" wurden die Köpfe von Hitler, Mussolini und Franco hineinretuschiert (Unterzeile: „Was für einen Kanzler Strauß spricht: Er hat Freunde überall auf der Welt"). Das andere Bild zeigt Strauß als einen mit einem Beil bewaffneten Metzger; im Hintergrund wird ein Demonstrant brutal von zwei Polizisten abgeführt (Unterzeile: „Was für einen Kanzler Strauß spricht: Er versteht sein Handwerk").

Der Tatbestand des § 187a wird nach Meinung des Amtsgerichts nicht erfüllt, da er *„das Vorliegen einer ehrverletzenden nicht erweislich wahren Tatsachenbehauptung"* (Begründung ...) voraussetzt, die keines der Plakate enthalte. Vielmehr würden in beiden Plakaten *„Werturteile"* geäußert, *„die strafrechtlich unter dem Gesichtspunkt der Beleidigung"* (§ 185) zu verfolgen wären. *„Mit beiden Plakaten wird die Ansicht vermittelt, Herr Dr. Strauß sei ein Politiker, der dem Faschismus nahestehe, zumindest mit ihm sympathisiere"* (Begründung ...). Damit werde Strauß *„auf beiden Plakaten in ehrverletzender Weise abgebildet"* (ebd.), aber *„unter dem Gesichtspunkt der Wahrnehmung berechtigter Interessen"* (ebd.) (§ 193) sei das Verhalten der Strauß-Gegner gerechtfertigt *„und von dem Grundrecht der freien Meinungsäußerung nach Artikel 5 Grundgesetz geschützt"* (ebd.).

Da Strauß während und nach seinem Chile-Besuch Äußerungen gemacht habe, *„denen man Sympathie für das Pinochet-Regime entnehmen könnte"*, müsse er hinnehmen, *„daß besorgte Bürger Verbindungslinien zu Faschisten der Vergangenheit wie Hitler, Mussolini und Franco meinen ziehen zu müssen"* (ebd.), meinte das Gericht zum Chile-Plakat. *„Einen gravierenderen Angriff auf die Ehre"* von Strauß sah das Gericht in dem anderen Plakat, doch sei *„die Grenze des gerade noch Zumutbaren ... nicht überschritten"*, da Strauß sich *„in stärkerem Maße als andere Politiker ehrverletztende Angriffe gefallen lassen"* müsse. *„Jemand, der über Demonstranten äussert, sie benähmen sich 'wie Tiere, auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich ist' (... 'Der Spiegel' vom 28.7. 1969, Seite 20), der im Hinblick auf einen Schriftsteller äußert, 'mit Ratten und Schmeißfliegen führt man keine Prozesse' ('Der Spiegel' vom 25.12.1978, Seite 29) ... muß härtere und polemischere Gegenattacken hinnehmen als ein Politiker, der sich selbst zurückhaltender äußert"* (ebd.). So hat Strauß *„durch seine Äußerungen ... die Gefahr verursacht, daß er von einzelnen Bürgern als dem Faschismus bzw. Nationalsozialismus nahestehend eingeschätzt wird"* (ebd.). *„Solchen besorgten Bürgern ... muß in einer Demokratie, zumal vor einer wichtigen Wahl, die Möglichkeit zugestanden werden, ihre Befürchtungen Dritten gegenüber zu äußern"* (ebd.).

Mit einer im Kern gleichen Begründung hatte das Amtsgericht Stuttgart bereits am 27.2.80 einen Antrag auf Strafbefehl gegen einen Stuttgarter Buchhändler abgelehnt, der ein Flugblatt verbreitete, in dem es unter anderem heißt: *„Wer Strauß wählt, wählt Reaktion, Faschismus und Krieg"*. Dieses Urteil ist inzwischen rechtskräftig geworden.

Bayerische Staatskanzlei: Stichwortgeber für Bremer Staatsanwaltschaft?

Sicher ist das Stuttgarter Urteil auch der Bremer Staatsanwaltschaft bekannt. Dennoch gab sie sich mit ihrem ersten mißlungenen Versuch, die Strauß-Gegner zu kriminalisieren, nicht zufrieden. Sie legte Beschwerde gegen den Beschluß des Bremer Amtsrichters ein. Daß die Staatsanwaltschaft in diesem Verfahren kaum mehr als den willfährigen Diener der Bayerischen Staatskanzlei abgibt, läßt sich ihrer Stellungnahme zu dem Urteil entnehmen, mit dem sie ihrerseits versucht, das Landgericht zugunsten des Kanzlerkandidaten unter Druck zu setzen. Strauß werde *„die Menschenwürde entzogen"* und er werde *„ohne Rechtsschutz den Diffamierungen kommunistischer Gruppen und anderer subversiver Kräfte ausgesetzt". „Einer Diffamierungs- und Verleumdungskampagne bisher nicht bekannten Ausmaßes"* werde hier *„Tür und Tor geöffnet"* (lt. „Bremer Nachrichten" und „Weser Kurier" vom 30.5.80). Und immer neue pochen an die Tore: Im „Stern" vom 29.5.80 fordert Chefredakteur Nannen die Erlaubnis, Strauß *„ohne Umschweife einen Faschisten zu nennen"*.

Auf die Anti-Strauß-Aktivitäten der SPD wirft ein bezeichnendes Licht, daß die Staatsanwaltschaft weisungsgebunden ist, aber der Bremer Justizsenator (SPD) offensichtlich keine Anstalten unternimmt, den Staatsanwalt zurückzupfeifen.

KB/Gruppe Bremen

Strauß und Dregger in Wolfsburg

„Für den Frieden aus christlicher Verantwortung", unter diesem Spruch tagen vom 13. bis 15. Juni in der Stadthalle Wolfsburg die „Evangelischen Arbeitskreise der CDU/CSU". *„Im Mittelpunkt der Veranstaltung"* stehen, wie es der „Deutschland-Union-Dienst" der CDU/CSU (27.5.) meldet, Vorträge und Reden der Friedensforscher **Strauß** und **Dregger**. Tag und Stunde ihres Auftretens sind bei allen Wolfsburger Polizeidienststellen und dem örtlichen CDU-Büro zu erfragen.

Neues zum Thema DGB/Strauß

„Wahlprüfsteine"

„Auch hier ist immer wieder zu verlangen, daß die DGB-Gewerkschaften mit den Parteien vor Landtags- und Bundestagswahlen ein entsprechendes Neutralitätsabkommen schließen" (CSU-Rohmaterialien zur DGB-Diskussion — „Stoiber-Papier").

Mit dem mehrheitlichen Verzicht des DGB-Vorstands auf „Wahlprüfsteine" in diesem Jahr können Stoiber und die CSU-Gewerkschaftsspalter einen weiteren Erfolg bei ihrem Vorhaben verbuchen (vergl. AK 177). Die „Frankfurter Rundschau" vom 16.5. berichtete, daß der Antrag auf Wegfall der „Prüfsteine" vom ÖTV-Vorsitzenden Kluncker gestellt und von den Gewerkschaften HBV, IG Druck und der IG Metall abgelehnt wurde. Letztere und die IG Chemie haben bereits erklärt, daß sie sich nicht daran halten werden und eigene „Prüfsteine" aufstellen.

Die DGB-„Prüfsteine" sind CSU/CDU verständlicherweise ein Dorn im Auge, waren sie doch in der Regel eine deutliche Abgrenzung des DGB von diesen Parteien. Auf der anderen Seite war kaum zu übersehen, daß die „Prüfsteine" sich zwar indirekt, aber offen genug zur Wahlempfehlung für die SPD bekannten. Es wäre zu einfach, sich schadenfroh über das parteipolitische Gerangel um den DGB zu freuen und dabei das weitere Fortschreiten des CSU-Kurses gegen die Gewerkschaften zu übersehen. Die Gewerkschaftsbasis sollte sich vielmehr dafür einsetzen, daß Wahl-„Prüfsteine" aufgestellt werden, die sich ausschließlich an den Interessen der Arbeiter und Angestellten orientieren und dabei würden mit Sicherheit nicht nur CSU/CDU, sondern auch eine Schmidt-Regierung schlecht abschneiden!

***

DGB-Nordmark – peinlich, peinlich

Seltsame Kapriolen schlägt die DGB-Führung bei ihrem Anpassungskurs an Strauß. In der Mai-Nummer der „Welt der Arbeit" (DGB-Organ) konnte der gleiche Stoiber, dessen Gewerkschaftsspaltungspapier heute noch Gültigkeit für die CSU hat, ungeniert den Beschluß des DGB-Nordmark, keine Anti-Strauß-Aktivitäten zu dulden, als *„richtungsweisend"* rühmen.

Wilhelm Musa, hauptamtliches Vorstandsmitglied des DGB-Nordmark (und verantwortlicher Unterzeichner des Beschlusses), versucht nun in der „Welt der Arbeit" vom 22.5. eine abschwächende Rechtfertigung. „*Beschlossen*" habe der DGB-Vorstand gar nichts. „*Es wurde auch niemandem etwas verbindlich vorgeschrieben. Vielmehr wurde mit dem inzwischen sattsam bekannten Rundschreiben vom 10. März 1980 den Kreisen das Beratungsergebnis mit der Bitte um Beachtung zugeleitet*". Was ändert das daran, daß Strauß-Gegner in den Gewerkschaften durch den Vorstand „Gewerkschaftsschädigung" angehängt wird, wobei jeder weiß, daß der DGB sich in der Vergangenheit in solchen Fällen nicht gescheut hat, Gewerkschafter auszuschließen? Musa offenbart in dem gleichen Artikel sein (sozialdemokratisches) Grundverständnis, wenn er zur Begründung der Nordmark-„Beratung" angibt, „*daß der Rahmen gewerkschaftlicher Arbeit so viele Möglichkeiten bietet, jeden Wahlbewerber nach seiner Haltung zu den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften zu befragen, daß es besonderer Aktivitäten nicht bedarf*".

Musas Abschwächung, die eindeutig unter dem Druck von Protesten zustandekam, belegt nur, daß der Nordmark-Beschluß vom Tisch muß, sonst kommt es nach seinem Verständnis noch so weit, daß Strauß zur „Befragung" demnächst direkt auf Gewerkschaftsversammlungen eingeladen wird. Ist ja alles so schön demokratisch ...

***

IGM-Bezirkskonferenz Nordmark gegen Strauß

Auf ihrer Bezirkskonfernz am 9./10. Mai hat sich die IGM im Norden einstimmig gegen den DGB-Beschluß gewandt und gefordert: „*Die Bezirksleitung wird aufgefordert, auf den DGB-Landesbezirk Nordmark und die Einzelgewerkschaften einzuwirken, um ein geschlossenes und offensives Auftreten gegen die gewerkschaftsfeindlichen Pläne von F. J. Strauß zu organisieren*". Außerdem wird in dem Beschluß festgestellt: „*Das Einheitsgewerkschaftsprinzip kann daher nicht zur Tolerierung der Angriffe auf die Gewerkschaften, wie sie mit Strauß angekündigt werden, mißbraucht werden*".

***

DruPa Nordmark gegen DGB-Beschluß

Auch der Landesbezirk Nordmark der IG Druck und Papier hat mit großer Mehrheit den Pro-Strauß-Beschluß des DGB-Nordmark abgelehnt und den Vorstand aufgefordert, diesen zurückzuziehen. Gleichzeitig solidarisierte sich die Versammlung mit den von Stoiber als „Ratten und Schmeißfliegen" angegriffenen Schriftstellern, insbesondere mit dem Drupa-Mitglied Bernt Engelmann.

***

fliegen" angegriffenen Schriftstellern, insbesondere mit dem Drupa-Mitglied Bernt Engelmann.

***

Textilgewerkschaft verteidigt „Sozialpartner"-Kurs

Heftige Kritik hat der Vorsitzende der Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Berthold Keller, am Vorsitzenden der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, geübt. Mahlein hatte auf der Landesbezirkskonferenz seiner Gewerkschaft in Hessen Kritik am Anpassungskurs gegenüber Strauß geäußert, „*die sozialpartnerschaftliche Orientierung in verschiedenen Gewerkschaften als ein wesentliches Hemmnis bei der Kraftentfaltung der Gewerkschaften*" bezeichnet.

Keller fühlte sich zu recht angesprochen. Die IG Druck wolle ihre Schwäche „*durch unqualifizierte Angriffe auf andere Gewerkschaften*" verdecken. Die IG Druck sei „*jeden Beweis schuldig geblieben, daß sie mit ihrer offensichtlich als klassenkämpferisch betrachteten Gewerkschaftspolitik erfolgreicher sei*" („Frankfurter Rundschau", 16.5.). Demgegenüber habe, so Keller, seine Gewerkschaft von 1972 bis 1979 höhere Lohnabschlüsse als die DruPa erreicht.

Zynischer kann ein Gewerkschaftsführer kaum an den Problemen vorbeireden, die beispielsweise in einer Industrie wie der Druckindustrie mit der Einführung neuer Technologien und Rationalisierung und Massenentlassungen verbunden sind. Dagegen schlicht auf höhere Lohnabschlüsse zu verweisen (zudem in einem Industriezweig, wie der Textilindustrie, wo über die Hälfte der Beschäftigten Frauen, sowieso weit unterbezahlt, sind!) ist mehr, als dümmlich und zeigt auf, welche Auseinandersetzungen im DGB bei zunehmender Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen noch bevorstehen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

●●●●●●●●●

Über den Fall der von der IG Bau-Steine-Erden entlassenen Locherin Ute Nanay gibt es eine ausführliche Dokumentation (Ute hatte an ihrem Kartenlocher einen Aufkleber „Strauß – Nein danke" angebracht). Für 2 DM kann die Dokumentation über diesen einzigartigen Vorgang in einer Gewerkschaft bezogen werden bei:

Erich Ehmes
Auwannenweg 3o
6450 Hanau 9

CDU Christlich-Demokratische Union Landesverband Hamburg e. V.

CDU Leinpfad 74 2000 Hamburg 60 — Der Landesvorsitzende

Verlag
J. Reents
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

Verlag
J. Reents
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

Sehr geehrter Herr Reents,

in diesem Jahr der Bundestagswahl darf ich mit einer Bitte an Sie herantreten: mit der Bitte, unsere Arbeit auch durch Ihre Spende zu unterstützen. Sie wissen, worum es geht!

Nach mehr als 10-jähriger SPD-Herrschaft in Bonn muß uns endlich die Ablösung kommen. Wir brauchen endlich wieder eine realistische Politik, um aus der wirtschaftlichen und politischen Dauerkrise herauszukommen und um den Herausforderungen der 80er Jahre wirkungsvoll begegnen zu können.

Die bisherige SPD/FDP-Politik hat uns in eine Sackgasse gebracht – selbst wenn es im Augenblick für den, der die Fakten nicht kennt, noch nicht so schlimm scheint. Aus eigener Erfahrung wissen Sie, sehr geehrter Herr Reents, aber:

- Die Selbständigen sind bis an die Grenze des Zumutbaren in Anspruch genommen. Die Steuerbelastung ist von 11% im Jahre 1969 auf 42% im Jahre 1977 gestiegen. Die Arbeitskosten je Produktionsstunde sind im gleichen Zeitraum um 80% gestiegen, die Gewinne um 18% zurückgegangen.
- Die Folge: Verschlechterte Eigenkapital-Ausstattung, steigende Betriebsschließungen und Insolvenzen, Rückgang der Selbständigen.
- Der Staatsanteil insgesamt ist von 37% im Jahre 1969 auf 47% gewachsen.
- Trotzdem wurde ein Schuldenberg in Höhe von 400 Milliarden DM aufgehäuft. Die Zinsen dafür verschlingen jetzt schon den größten Teil der Neukreditaufnahme. Von einer Schuldentilgung ist keine Rede.

Zwar gibt es immer wieder das Versprechen, auch dem Mittelstand zu helfen. In der Praxis bleibt es jedoch bei bloßen Einzelprogrammen. Wir brauchen aber eine Gesamtpolitik, die das Vertrauen in unseren Staat wieder herstellt und damit den Mittelstand, die soziale Marktwirtschaft und unsere freie Gesellschaft langfristig und nachhaltig stärkt.

Dieses Ziel verfolgt die Politik der CDU:

- Ein Ende des auswuchernden Paragraphenwachstums, damit Entlastung der Unternehmen von unnötigem Bürokratismus.
- Eine vernünftige Steuerreform, um die unverhältnismäßig hohe Belastung der mittleren Einkommen zu reduzieren und den Leistungswillen wieder zu stärken.
- Eine klare Energiepolitik, da ein gesundes Wirtschaftswachstum ohne ausreichende und preiswerte Primärenergie nicht denkbar ist. Damit auch ein klares Ja zur Kernenergie. Die SPD wird gerade in dieser wichtigen Frage durch ständige Flügelkämpfe gelähmt und ist zu keiner vernünftigen Entscheidung fähig.
- Als Sicherung unserer Außenwirtschaft: eine realistische Außenpolitik mit einem klaren Bekenntnis zu unserer Verflechtung im westlichen Bündnis. Die SPD-Schaukelpolitik hat uns nur zusätzliche Schwierigkeiten gebracht und die Hoffnung, man könne wirkliche Entspannung durch Nachgeben gegenüber den östlichen Maximalforderungen erreichen, als Illusion entlarvt.

In unser aller Interesse brauchen wir jetzt die Wende in Bonn. Wir dürfen nicht weiter mit ungedeckten Wechseln auf die Zukunft unseres Volkes leben. Eine Wiederwahl der SPD würde es nur schwerer machen, irgendwann einmal die weiter wachsenden Probleme zu lösen.

Ob wir dieses Ziel erreichen werden, hängt ganz entscheidend von dem Wahlausgang im Norden, also auch bei uns in Hamburg ab. Gerade hier sind die größten Widerstände zu erwarten. Deshalb werden wir in Hamburg einen besonders intensiven Wahlkampf führen. Und deshalb ist gerade in diesem Jahr für uns in Hamburg Ihre Unterstützung, sehr geehrter Herr Reents, so wichtig.

Ich danke Ihnen schon im voraus herzlich dafür.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Echternach

PS: Der vorbereitete Überweisungsträger für das Spenden-Sonderkonto [illegible] stellt sicher, daß Ihre Spende ordnungsgemäß erfaßt wird. Eine Quittung erhalten Sie automatisch. Sie wissen ja: Steuerlich abzugsfähig sind bis zu 600,- DM, bei gemeinsamer Veranlagung bis zu 1.200,- DM pro Jahr. Wir sind Ihnen für jeden Betrag dankbar.

Neuer Film zum Thema Strauß-Kandidatur

Ab Juni 1980 wird vom Zebra-Film-Team Braunschweig der Film „Franz Josef Strauß – Der starke Mann oder Unermüdlich für die Freiheit" in verschiedenen Städten gezeigt und – bitte notieren: v e r l i e h e n .

In einer Pressemitteilung schreibt „Zebra Film" dazu:

„Die Atmosphäre von Wahlkampfauftritten ist genauso in Bild und Ton festgehalten wie das Thema Angst nicht ausgeklammert wird. Die Angst des Bauarbeiters vor der Krise, der Ruf nach Sicherheit, das Verlangen nach einer starken Persönlichkeit, Interviews mit Strauß-Wählern. Für die einen ist Strauß akzeptabel. Die anderen denken an politische Rechte in der Weimarer Republik, an Berufsverbote und an Schulverweise wegen Tragens einer Anti-Strauß-Plakette, an Äußerungen über Ratten und Schmeißfliegen und sehen, daß diese Gesellschaft in Ansätzen bereits so ist, wie Strauß sie gern hätte.

Der Film ist mehr als der Titel aussagt: Er beschreibt die gesellschaftlichen Zustände, ohne die politische Vergangenheit des Kandidaten außer Acht zu lassen und ohne den Betrachter mutlos zu machen. Neben Aufnahmen von Demonstrationen zeigen Beiträge von Reinhard Kühnl, Bernt Engelmann, Udo Lindenberg, Wolf Biermann etc., daß es in der BRD demokratische Basis und Bewegung gibt ..."

Weitere Informationen und Kontakt:
Zebra / G. Borrmann
Humboldtstr. 21
3300 Braunschweig
Tel. 0531/337504

ZEBRA-FILM Braunschweig zeigt:

Franz-Josef Strauß
Der starke Mann
oder
Unermüdlich für die Freiheit

Super 8, Farbtonfilm, 70 Minuten, BRD 1980
Aufführungen und Verleih ab Juni
Kontakt: [illegible]

Dokumentation über die Entlassung 4 Auszubildender

Dokumentation über die Entlassung

Vier Auszubildende und Umschüler in den Regensburger Betrieben von Siemens, der Händler OHG und der Fa. Kronseder in Neutraubling sind wegen des Tragens von „Stoppt Strauß"-Plaketten entlassen worden. Alle vier sind aktive Gewerkschafter bzw. Jugendvertreter und Mitglieder der IG Metall. In einem Fall mußte die Firmenleitung wegen eines Formfehlers (der Betriebsrat hatte der Kündigung nicht zugestimmt) die Entlassung rückgängig machen. Die IG Metall hat den Entlassenen Rechtsschutz gewährt.

In einem Fall hat prompt das Arbeitsamt Regensburg auf die Entlassungsanzeige von Siemens reagiert, und dem betroffenen Umschüler mitgeteilt, daß die Bewilligung von Unterhaltsgeld nach dem Arbeitsförderungsgesetz gestrichen ist und auch der Krankenversicherungsschutz entfällt!

Gegen fünf Umschüler der Technischen Lehranstalt Eckert in Regenstauf ist ebenfalls wegen der „Stoppt Strauß"-Plaketten die fristlose Entlassung angedroht worden.

Alle diese Fälle sind ausführlich in einer Dokumentation „*Die Entlassungen von Strauß-Gegnern in Regensburg*" aufgeführt. Die Dokumentation kann für 2 DM über die folgende Adresse bezogen werden:
Heinz Vogt
Silberne Fischgasse 16
84 Regensburg

Händler

8400 REGENSBURG 11 · Prüfeninger Straße 104 — Gegr. 1898 in Gleiwitz — Fernruf 0941 21016 · 17 · 18, Fernschreiber 065 865

Einschreiben

Herrn
Michael Rehorik
Vor der Grieb 3

8400 Regensburg

Mo/Ro — 14.5.80

Fristlose Kündigung des bestehenden Arbeitsverhältnisses.

Sie haben am 10.5.80 wiederum die früher bereits beanstandete Plakette an Ihrem Arbeitsmantel getragen. Der diesbezügliche Aufkleber befand sich gleichfalls auf Ihrer Mappe. Wie Ihnen spätestens bei der letzten Arbeitsgerichtsverhandlung klar geworden sein müßte, daß derartige politische Demonstrationen im Betrieb und am Arbeitsplatz aufgrund gesetzlicher Bestimmungen verboten sind, denken Sie nicht daran, Ihr Verhalten zu ändern.

Wir betrachten daher das bestehende Arbeitsverhältnis mit dem heutigen Tage als fristlos gelöst.

HÄNDLER OHG – REGENSBURG

Knapp 10.000 nasse Bären im Hamburger Stadtpark

Wie letztes Jahr in Hannover wollte der DGB dieses Jahr in Hamburg „den Bär losmachen". Beim Pfingstjugendtreffen sollten Jugendliche aus Norddeutschland und Westberlin *„miteinander feiern, reden, miteinander Musik machen und Theater spielen, einander von ihrer Arbeit berichten und voneinander lernen"*(Solidarität, 5/80).

Mit auflagestarken Flugblättern wurde mobilisiert, mit für die Auswärtigen zivilen Preisen (30DM inklusive Fahrt und Übernachtung) wurde geworben und ein umfangreiches Programm auf die Beine gestellt. Hannes Wader, Liederjan, Bongi Makeba, Jutta Weinhold, Theatergruppe Schöneberg, Zentrifuge, Filme wie Harland County und Kuhle Wampe und vieles mehr waren zu hören und zu sehen. Neben diesem zentralen Programm gab es einzelne interessante und positive Aktivitäten. Im Frauenzelt fanden mehrere Diskussionen statt, auch sonst gab es hin und wieder Diskussionskreise wie zum Berufsbildungsjahr und zur Jugendvertreterarbeit. Ein Stand wandte sich gegen die „Grauen Wölfe", Umschülerinnen zur Maschinenbauerin/Dreherin (ein Modellversuch „Mädchen in Männerberufen") wehrten sich gegen mangelhafte Unterhaltszahlungen durch das Arbeitsamt.

Auch gab es viele Aktivitäten gegen Strauß. Bemerkenswert ist hierzu ein Informationsblatt der Abteilung Jugend im DGB-Landesbezirk Nordmark, das an Hand von Zitaten die Gewerkschaftsfeindlichkeit von Strauß belegt.

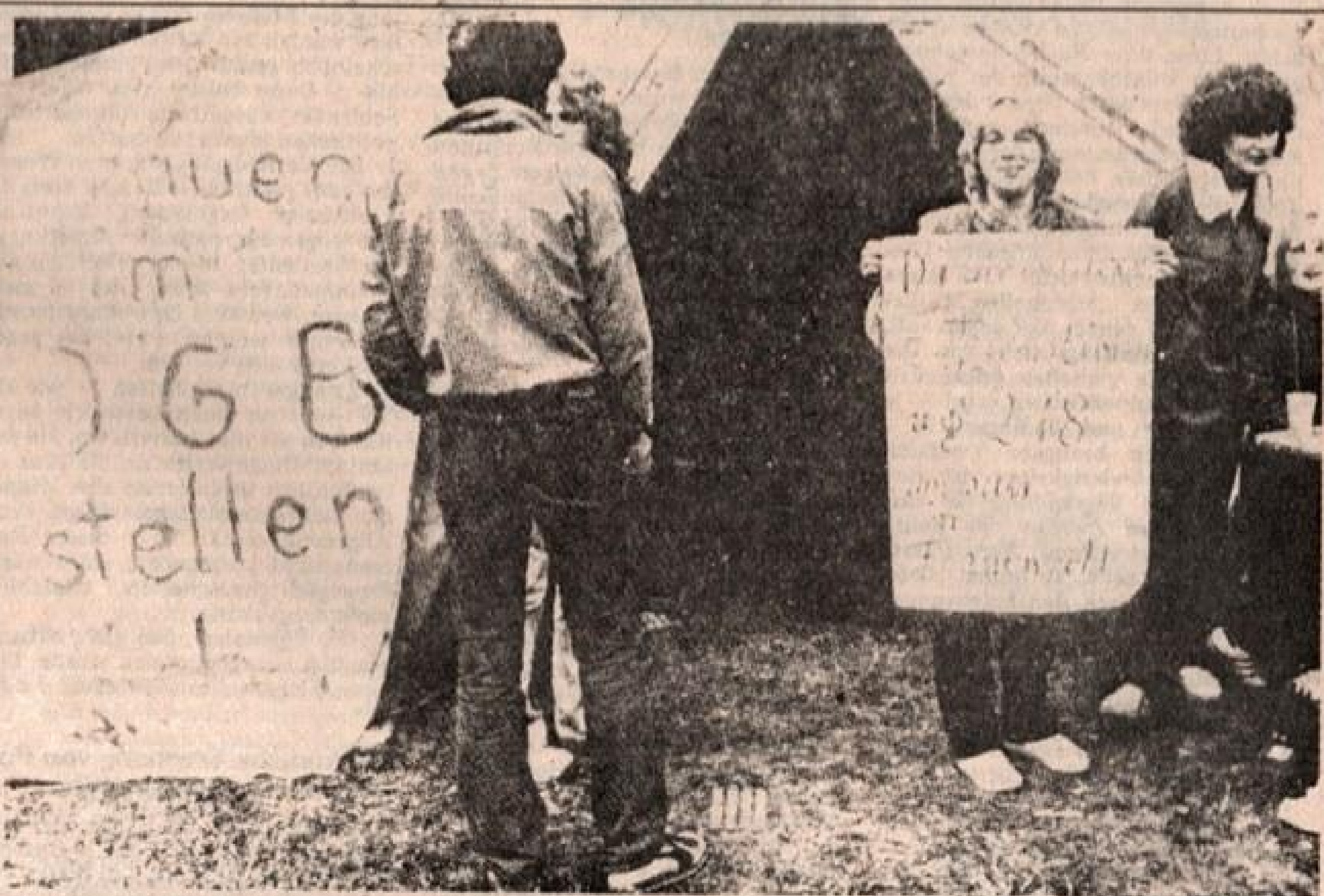
Trotz dieser positiven Aspekte konnte es mir beim Pfingstjugendtreffen nicht so recht gefallen. Das lag zum einem an dem saukalten und nassen Hamburger Schmuddelwetter, das sicher viele vom Besuch abgehalten hat und ein Grund für den schwachen Besuch des Festes war.

Aber wichtiger war der Charakter des Pfingstjugendtreffens. Gab es letztes Jahr in Hannover mit der Demonstration noch eine Möglichkeit, aktiv Protest auszudrücken, so war dieses Jahr alles auf Freizeitkonsum ausgerichtet. Der politische Anspruch kam kaum durch. Das Ganze glich stark einem Rummelplatz, die Besucher zogen von einer Attraktion zur nächsten.

Der Gipfel war der Start der Veranstaltung: vier Fallschirmspringer landeten auf dem Festgelände - der „Bärensprung". Das sah schon verdammt nach Waschmittelwerbung aus.

Am Ende blieb die Gewißheit, daß die Gewerkschaft tausende von Märkern und viel Kraft der aktiven Gewerkschaftjugendlichen verschwendtet hat, die in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Jugendarbeit dringend benötigt werden.

Ein Genosse der Lehrlingskomission, der auch letztes Jahr dabei war



Das Frauenzelt

Viel Aufmerksamkeit hat das DGB-Frauenzelt - wesentlich unterstützt von IGM- und ÖTV-Frauen - auf sich gezogen. Neben einer Klönecke, Kaffee und Kuchen haben die Frauen viel Information geboten: vor dem Zelt waren verschiedene Stellwände aufgebaut zu Fragen wie z.B.: § 218, Frauen zum Bund-Nein Danke, Frauenarbeitsplätze Gestern und Heute, Tagesablauf einer alleinstehenden, berufstätigen Mutter. Es gab einen Büchertisch mit einer breiten Palette der erhältlichen Frauenliteratur sowie eine ganze Menge gewerkschaftlicher Materialien zur Situation der Frauen. Darüberhinaus wurden gut besuchte Veranstaltungen durchgeführt zum § 218, Frauen zum Bund-Nein Danke, Modellversuch Frauen in Männerberufen und es wurde ein Film gezeigt über den gewerkschaftlichen Kampf amerikanischer Frauen. Das war eine sehr gelungene Initiative der Gewerkschaftsfrauen.

Eine Genossin

Hochstapler

Alles in allem war das DGB-Pfingstjugendtreffen sowohl was die Mobilisierung angeht, als auch in der Selbstdarstellung der Basis eher eine Pleite. Die DBG-Offiziellen scheinen das durch freche Berichterstattung wettmachen zu wollen. Die „Welt der Arbeit" vom 29.5. spricht von einer *„Veranstaltung der Superlative"*, an der sich *„über 30.000 junge Gewerkschafter"* beteiligt haben sollen. Flugs behauptet die WdA: *„Das größte gewerkschaftliche Jugendtreffen seit 1945 rollte im Hamburger Stadtpark ab"*. Fehlende Erfolge und Krise in der Jugendarbeit können auch durch solche hochstaplerische Berichterstattung nicht ersetzt werden.

Allerdings gibt es welche, die noch höher stapeln. Die DKP, auf dem Treffen besonders durch eifrige Ordnerdienste aufgefallen, übernimmt promt die DGB-Sprachregelung vom größten Treffen seit 1945 und legt gleich noch ein paar Brikett drauf: der offensichtlich mehrfach angetrunkene UZ-Schreiber will sogar über 50.000 Gäste gesehen haben. (UZ, 28.5.) Anscheinend hofft man darauf, daß solche Hochstapelei die notwendige Diskussion um die Perspektiven gewerkschaftlicher Jugendarbeit erdrücken kann.

NGG-Beschluß gegen die DKP

Nach der Postgewerkschaft hat jetzt auch die Gewerkschaft Nahrung Genuß Gaststätten (NGG) einen modifizierten Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die DKP gefaßt. Der NGG-Vorsitzende Döding hatte bereits in der März-Ausgabe der Mitgliederzeitung "Einigkeit" angekündigt, daß Gewerkschaftsmitglieder, die sich wie die DKP zu den Ereignissen in Afghanistan verhielten, in gewerkschaftliche Funktionen nicht wählbar seien (vgl.AK 176). Am 16.5. meldete die Presseagentur dpa, daß vor der Sitzung des NGG-Beirats Döding die Meinung des Gewerkschaftsvorstandes vortrug, daß *"das Programm der DKP nicht mit den Grundpositionen der Gewerkschaft NGG übereinstimme"*, da sie,*"die Diktatur des Proletariats"* anstrebe. DKP-Mitglieder sollten zwar nicht ausgeschlossen werden, **sie sollen aber künftig nicht mehr in gewerkschaftliche Funktionen gewählt werden, ebensowenig sollen sie in hauptamtliche Funktionen berufen werden.** Ebenso wie die Postgewerkschaft will die NGG ihre Mitglieder umfassend über die DKP-Problematik 'informieren'.

In einem kurzen Artikel berichtete die DKP-Zeitung „UZ" am 17.5. über diese Entwicklung. Offensichtlich auch hier wieder die Ignoranz der DKP gegenüber der innergewerkschaftlichen Rechtsentwicklung. Betont wird die Aussage Dödings, daß es *„nicht dem gewerkschaftlichen Selbstverständnis entspreche, politisch Andersdenkende auszuschließen"*. Bei der DKP ist es tatsächlich möglich, aus Scheiße Gold zu machen.

DPG—Jugend gegen Anti—DKP—Beschluß

Auf ihrer Konferenz vom 15. bis zum 17. Mai hat die Jugend der Postgewerkschaft den Beschluß des Gewerkschaftsrats gegen DKP—Mitglieder verurteilt und seine Aufhebung gefordert, da er in *„Widerspruch zu den Prinzipien der Einheitsgewerkschaft"* stehe. Erinnert wird in dem Beschluß daran, daß die Einheitsgewerkschaft aus den Erfahrungen des Faschismus die Lehre des Zusammengehens christlicher, sozialdemokratischer und kommunistischer Gewerkschaftler gezogen habe.

Die Jugend der DPG fordert: *„Die massiven Angriffe der Unternehmer und ihnen nahestehender politischer Kräfte auf die Einheitsgewerkschaft dürfen keinen Einzug, Niederschlag und Konsequenzen innerhalb der Gewerkschaft haben."*

Auf der gleichen Konferenz wurde ein Antrag angenommen, Postminister Gscheidle aus der Gewerkschaft auszuschließen, da er als Chef des Unternehmens Bundespost nicht in die Gewerkschaft gehöre. Nun, dieser Antrag dürfte wohl sehr schnell stillschweigend zu den Akten gelegt werden. Denn Gscheidle steht als Berufsverbieter insbesondere für DKP—Mitglieder der Meinung des Vorstands gar nicht so fern: *„Es gibt keinen Zweifel, daß nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts jemand, der sich aktiv für die Ziele der DKP, soweit sie als verfassungsfeindlich erklärt wurden, einsetzt, nicht Beamter sein kann"* („FR", 7.3.80).

Ausgeschlossen aus der Gewerkschaft gehört er schon. Aber was macht man mit seinem Gewerkschaftsvorstand?

DGB-Vetter ein »Nazi-Aktivist«?

Hat der „Christliche Gewerkschaftsbund" (CGB) sein Herz für den Antifaschismus entdeckt ? 1978 hatte seine Zeitung, die „Deutsche Gewerkschaftszeitung" (DGZ), die Vergangenheit des DGB-Chefs Heinz Oskar Vetter unter die Lupe genommen und öffentlich behauptet, Vetter sei ein *„Nazi-Aktivist und Hitler-Gefolgsmann"* gewesen. Das Amtsgericht Dortmund befand nun, im Mai 1980, daß diese Formulierungen zwar *„sehr weitgehend"* seien, die DGZ aber *„in Wahrnehmung berechtigter Interessen"* gehandelt habe. Mit dieser Begründung wies das Gericht Vetters Klage der Verleumdung zurück. Die Kosten des Verfahrens trägt die „Staatskasse".

Vetter soll bereits seit 1933 der Nazi-Jugend „Jungvolk" beigetreten und 1937 „Jungstammführer" für Bochum/Werne/Langendreer geworden sein. Sein Eifer sollte besonders dokumentiert werden durch den Zeugen Manfred Wolff-Müller, der aussagte, von Vetter verprügelt worden zu sein, weil er dem „Jungvolk" nicht beitreten wollte. Die DGZ 5/80 wußte den Prozeß unter der Schlagzeile: *„Ohne Zweifel: Vetter war Hitler-Gefolgsmann"* als „Sieg" zu vermelden.

Von Antifaschismus allerdings keine Spur. Interessant ist das Szenario inklusive Akteurstruppe: Die DGZ-Behauptungen wurden 1978 aufgestellt, zu einem Zeitpunkt, als eine antifaschistische Kampagne gegen den baden-württembergischen Ministerpräsidenten und Alt-Nazi Filbinger lief, an der sich viele DGB-Gewerkschafter beteiligten. Stichwortgeber war das „Deutschlandmagazin" und dessen Chef Kurt Ziesel, den wir hier aus Prozeß-Gründen nicht als rechtsradikal bezeichnen. Beteiligt außerdem: Gerhard Löwenthal und sein „ZDF-Magazin" (Löwenthal ist Ehrenmitglied des CGB!), CSU-Stoiber (Vetter solle *„beim Thema Nazi-Diktatur möglichst leise treten")* und der von Vetter einst angeblich geschlagene Zeuge Wolff Müller entpuppt sich heute als CDU-Ratsherr in Düren.

So ist denn auch die übereinstimmende Konsequenz dieser rechten Creme aus dem Urteil: *„Es sollte sicher Schluß sein mit der Vergangenheitsbewältigung deutscher Politiker ....für alle Seiten"* (Löwenthal laut „Spiegel", 12.5.) und die DGZ sekundiert: *„Man sollte die Vergangenheit endgültig beerdigen"*(DGZ, 5/80). Sehr deutlich spricht die „Frankfurter Allgemeine" in einem Kommentar (Überschrift: *„Demokratische Toleranz"*) die Absichten solcher Prozesse aus: solche *„Irrtümer von Halbwüchsigen"* seien üblich gewesen. *„Aber jetzt sollten in solchen Fällen Demokraten gegenüber Demokraten Toleranz üben"* und nicht mehr *„mit zweierlei Maß"*messen. *„Gerade Zeitungen von Gewerkschaften versuchen gern, Andersdenkende aufgrund ihrer politischen Vergangenheit zu diffamieren"*(9.5.).

Die DGZ macht dem DGB das Angebot, Vetters Vergangenheit ruhen zu lassen, wenn zukünftig nicht solche Fälle wie Oberländer, Filbinger und Carstens vom DGB angerührt werden. Macht der DGB allerdings so weiter, „diffamiert" er auch weiterhin den CGB *„dann war der Termin in Dortmund (vor Gericht) sicherlich nicht der letzte Prozeß in Sachen DGB, Heinz Oskar Vetter und DGZ"*(DGZ, 5/80).

Was die FAZ als *„Solidarität von Demokraten"* bezeichnet, spekuliert darauf, den nach wie vor in Teilen der DGB-Gewerkschaften stark verwurzelten Antifaschismus über Druck auf die DGB-Spitze weiter aufzuweichen. Die peinliche Vergangenheit von Vetter kommt dabei wie gerufen. Die Methode ist durchaus der vergleichbar, mit der CSU/CDU insgesamt bemüht sind, den DGB weiter nach rechts zu drücken.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Vetter als Soldat: Er gehörte zur Elite-Truppe Hermann Göring



Stolz trägt Vetter hier das HJ-Abzeichen

Die DGZ 5/80 veröffentlicht mit Freude die Bilder aus Vetters Vergangenheit

Rechts-Sprechung gegen das Politische Mandat

Noch haben die Instanzen der bundesdeutschen Justiz zu keiner einheitlichen Linie ihrer Rechts-Sprechung gegen die Wahrnehmung des politischen Mandats durch Organe der Verfaßten Studentenschaft gefunden. Allgemeine Zustimmung der Gerichte und bürgerlichen Politiker findet jedoch die Feststellung, Äußerungen der Verfaßten Studentenschaft zu sogenannten allgemeinpolitischen Themen seien rechtswidrig. Eine klare Definition des „kriminellen Tatbestandes", um den es hier gehen soll, liegt bisher allerdings nicht vor. Die Trennungslinie zwischen politischen und hochschulpolitischen wird – je nach Richter und Bedingungen – unterschiedlich bezogen. Verständlich diese Schwierigkeiten, ist eine einleuchtende Begründung für eine derartige, zum Zwecke der politischen Unterdrückung konstruierte Grenze doch kaum zu finden. Absehen läßt sich nach den Erfahrungen der bisher stattgefundenen Prozesse eine Hinwendung zur persönlichen Kriminalisierung von Vertretern studentischer Organe. Durch eine Existenzgefährdung einzelner engagierter Kommiliton/inn/en erhofft man sich nun, nachdem andere Mittel nicht den gewünschten Erfolg gebracht haben, das Stillschweigen der Studentenschaft zu erzwingen. Dieser Artikel will einen Überblick über den Stand der heutigen Rechts-Sprechung gegen die politische Meinungsäußerung der Studentenschaft aufzeigen. Doch vorweg ...

... ein kleiner Rückblick

Erstmals wurde die Verfaßte Studentenschaft als Zwangskörperschaft 1918 nach dem 1. Weltkrieg durch das preußische Kultusministerium eingerichtet. Die Organe der Verfaßten Studentenschaft entwickelten sich sehr bald zum alleinigen Terrain der „Schlagenden Verbindungen". Per Urabstimmung lösten sie sich unter der Herrschaft des Faschismus auf. Die Wiedereinrichtung der Verfaßten Studentenschaft nach dem 2. Weltkrieg war nicht das Ergebnis eines Kampfes der Studenten, sondern die Alliierten führten sie wieder ein, damit sie zur „demokratischen Erneuerung" beitragen sollten. Zu einer „demokratischen Erneuerung" im Sinne des Kapitalismus haben die Organe der Verfaßten Studentenschaft denn auch lange Zeit ihren Beitrag geleistet. Sie waren ausschließlich beherrscht von rechten Kräften, die sich darum bemühten, an den Hochschulen die Interessen der Bourgeoisie zu vertreten. Zu d i e s e m Zweck war es selbstverständlich erlaubt – niemand kam auf den Gedanken, daran Anstoß zu nehmen – das politische Mandat wahrzunehmen. Während der Weimarer Republik

laubt – niemand kam auf den Gedanken, daran Anstoß zu nehmen – das politische Mandat wahrzunehmen. Während der Weimarer Republik

wurde es z.B. als wichtige Aufgabe angesehen, die Studentenschaft „für den Fall von Unruhen" zu bewaffnen; später konnte der RCDS ungehindert seine Fackelzüge am 17. Juni im Namen der Studentenschaft durchführen. Eine grundlegende Änderung trat Mitte der 60er Jahre ein. Die Verfaßte Studentenschaft wurde zu einem Instrument der linken, demokratischen Studentenschaft und trug durch die Praktizierung des politischen Mandats entscheidend zur Politisierung der Studenten bei. Nun plötzlich wurde das politische Mandat zu einem undemokratischen, kriminellen Element deklariert.

Es gab eine Kriminalisierung in mehreren Steigerungsstufen, die damit begann, daß ASten gezwungen wurden, aus den Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) auszutreten. Als nächstes wurden politische Äußerungen mit immer höheren „Ordnungsgeldern" geahndet – dies geschah noch durch Verwaltungsgerichte. Eine finanzielle Austrocknung der ASten war beabsichtigt. Der bisher letzte Schritt ist die persönliche, strafrechtliche Verfolgung der Studentenparlaments- bzw. AStA-Mitglieder nach dem Strafgesetzbuch, und zwar wegen Veruntreuung von Geldern der Studentenschaft (nach dem & 266 des StGB wegen W i r t s c h a f t s kriminalität).

Bei der Bekämpfung unliebsamer politischer Äußerungen braucht die Justiz sich sehr selten zu bemühen, eigene Ermittlungen anzustellen. Sie kann sich voll und ganz auf den RCDS verlassen, der jederzeit bereit ist, Strafverfahren gegen ASten einzuleiten und Kommilitonen zu denunzieren. Das Schema findet sich bei fast allen Prozessen wieder: ein RCDS'ler klagt, und die Justiz greift die Anklage begierig auf.

Beitragsverweigerung – ein legitimes Mittel?

Das erste Grundsatzurteil zum Politischen Mandat wurde in Hamburg gefällt. Ein RCDS'ler klagte sich das Recht ein, die Beiträge zur Verfaßten Studentenschaft zu verweigern, wenn der AStA dieses Geld unter anderem zur „illegalen" Wahrnehmung allgemeinpolitischer Äußerungen benutzt.

In der Urteilsbegründung stellte das Oberverwaltungsgericht (OVG) Hamburg am 18.1.77 folgende Bedingungen für diese Beitragsverweigerung:

– Es muß der Nachweis erbracht werden, daß über einen längeren Zeitraum allgemeinpolitische Äußerungen veröffentlicht wurden.

– Es muß erwiesen werden, daß andere Zwangsmaßnahmen (z.B. Ordnungsgelder) kein anderes Verhalten des AStA bewirkt haben.

Es wird ausdrücklich darauf verzichtet, dem Studenten ein generelles Recht einzuräumen, auch in Zukunft keine Beiträge zu zahlen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß im gleichen Jahr vom Bundesverwaltungsgericht ein völlig entgegengesetztes Urteil gesprochen wurde: Einem Mitglied der Handwerkskammer – die juristisch eine mit der Verfaßten Studentenschaft vergleichbare Zwangskörperschaft darstellt – wurde das Beitragsverweigerungsrecht verwehrt.

Hier wurde es als ausreichend angesehen, durch die Verhängung von Ordnungsgeldern ein anderes Verhalten zu erzwingen, da sich eine Handwerkskammer voraussichtlich an ein solches Urteil halten würde. Dies sei jedoch von Vertretern der Verfaßten Studentenschaft nicht unbedingt zu erwarten.

Am 29.5.78 beschäftigte sich erneut ein Verwaltungsgerichtshof (VGH) mit der Frage der Beitragsverweigerung, und zwar der hessische VGH in Frankfurt. Er kam zu einem Urteil, das der Hamburger Auffassung auf den ersten Blick widersprechen scheint, ja zum Teil ein wenig nach „Liberalisierung" riecht. Einem Studenten (natürlich wieder einer vom RCDS) wird nur dann das Recht der Beitragsverweigerung eingeräumt, wenn er persönlich vorher mehrfach versucht hat, den AStA zu verklagen, auf allgemeinpolitische Äußerungen zu verzichten. (In Hamburg genügte die Feststellung des Tatbestandes, und dann konnte jeder Student, der es wünscht, seine Beiträge zurückbehalten.)

Der wesentliche Grund dieser Entscheidung ist jedoch für die Studenten nicht besonders positiv, denn als entscheidend wurde angesehen, daß sich das Hochschulrecht seit dem Hamburger Urteil geändert hat. Im hessischen Hochschulgesetz ist festgelegt, daß der Präsident einer Hochschule berechtigt ist, Ordnungsgelder

Hamburger Urteil geändert hat. Im hessischen Hochschulgesetz ist festgelegt, daß der Präsident einer Hochschule berechtigt ist, Ordnungsgelder

zu verhängen bzw. die AStA-Gelder zu sperren. Damit ist der Weg über die Verwaltungsgerichte umgangen worden. Die *„Gefahr des Mißbrauchs studentischer Gelder zu allgemeinpolitischen Zwecken"* sei hiermit erheblich eingeschränkt worden, und ein zusätzliches Beitragsverweigerungsrecht für den einzelnen Studenten würde daher überflüssig. *„Das Fehlen derartiger Abhilfemöglichkeiten war eine Voraussetzung in der Entscheidung des OVG Hamburg"* (3).

In diesem Fall hat jetzt auch das Bundesverwaltungsgericht „Recht" gesprochen. Es lehnte die Beitragsverweigerung ab, da dies die einzige Pflicht eines Studenten gegenüber der Verfaßten Studentenschaft sei; eine Beitragsverweigerung käme so einem Austritt gleich, was nicht möglich sei; außerdem nehme der AStA mit den Beiträgen auch Dinge war, die dem einzelnen Studenten nutzen. Die Beitragsverweigerung sei somit ein unangemessenes Mittel (Az BVerwG 7c 65/78).

Den krönenden Abschluß des Rechtsstreits zur Beitragsverweigerung bildete ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht.

Ein RCDS'ler hatte sich zu diesem Gremium hinaufgeklagt, weil er erreichen wollte, daß Zwangskörperschaften jeder Art für verfassungswidrig erklärt werden. Das BVG benutzte am 13.12.79 diese einmalige Gelegenheit, um in aller Breite und Ausführlichkeit darzulegen, was die Verfaßte Studentenschaft seiner Ansicht nach zu tun und zu lassen hätte.

Zuerst wurde betont, daß ein g r o ß e s öffentliches Interesse bestünde, daß die Studenten einen Großteil ihrer Angelegenheiten in Selbstverwaltung organisieren. Hierbei wurde als besonders löblich erkannt, daß in jüngster Zeit wieder größere Initiativen bei der Entwicklung des Breitensports an den Tag gelegt würden (so hätten sie es wahrscheinlich gerne!) und ähnliches bla, bla ... Dann bekamen sie aber den Schlenker, wesentliche Aussagen zum politischen Mandat zu treffen:

1. Die Verteidigung würde in Prozessen zum politischen Mandat stets die unzulässige Begründung benutzen, daß allgemeinpolitische Äußerungen der Studenten in der BRD ein Gewohnheitsrecht seien. Dies sei nicht zulässig, weil kein Gewohnheitsrecht anerkannt werden dürfe, das gegen die Verfassung verstößt.
2. Zwangskörperschaften – wie die VS – haben einen besonders engen Rahmen für ihre Aktivitäten. Sie dürfen nur Dinge vertreten, die ganz offensichtlich im Interesse aller Mitglieder stehen, und daraus folgt: keine Allgemeinpolitik! Wäre dieser Rahmen nicht vorgegeben, dann wären Zwangsmitgliedschaften tatsächlich verfassungswidrig.
3. Die Beweislast, daß das politische Mandat wahrgenommen wurde, liegt beim Kläger (alles s. BVerwG 7 c 58. 78).

Willkürliche Trennung von Politik und Hochschulpolitik

Betrachtet man die Urteile der letzten Jahre in Fragen des politischen Mandats, so fällt auf, daß dieses Verbot an sich überhaupt nicht mehr in Frage gestellt wird. Dies steht für die Richter stets außerhalb der Diskussion. Wesentlich schwerer tun sie sich allerdings mit dem Problem, klar zu umreißen, was eine politische Aussage im Unterschied zu einer hochschulpolitischen eigentlich ist. Dies hat den besonderen Vorteil, die Studentenvertretungen in einem juristisch sehr diffusen Rahmen zu halten, von dem sie nie wissen können, wie eng oder weit das Gebiet der „Hochschulpolitik" von ihrem jeweils zuständigen Verwaltungsgericht abgesteckt wird.

Wie willkürlich hier vorgegangen wird, ist anhand von zwei sehr stark differierender Positionen zu belegen:

Die enge Auslegung am Fall des AStA's der Uni Gießen:

An einem Artikel über „Krankheit – Gesundheit" inkriminiert das Verwaltungsgericht (VGH) Kassel am 17.5. 79 folgende Zitate: *„... was wir aber brauchen, ist nicht ein Studium, das sich den von den Großkonzernen vorgegebenen Kriterien unterwirft..."* und *„Taktik der Herrschenden der Isolierung der Studenten von der arbeitenden Bevölkerung"*. Denn: *„Ausbildungsgesichtspunkte werden in diesen ... Artikeln nur zum Anlaß genommen, um allgemein-politische Erklärungen abzugeben, insbesondere über bestimmte Industriestaaten, und zum Kapitalismus Ausführungen zu machen"*, so die Urteilsbegründung (1).

Die etwas weitere Auslegung im Prozeß gegen den Frankfurter Frauen-AStA:

Ein Artikel zur Zusammenarbeit von deutschen Geheimdiensten und der iranischen Savak sei noch hochschulpolitisch, denn: *„In diesem Flugblatt sei auch Bezug genommen worden auf die Bespitzelung iranischer Studenten in Frankfurt durch den Geheimdienst ihres Landes"*, meinte der Vorsitzende der großen Strafkammer des Landesgerichts (2) am 1.2.80.

Diese vergleichsweise großzügige Betrachtungsweise ist aber kein Grund zur Freude, denn in diesem Verfahren ging es der Justiz um ein anderes Ziel. Es sollte ein Grundsatzurteil zur persönlichen Kriminalisierung von AStA-Mitgliedern gefällt werden (mehr über diesen Prozeß siehe folgenden Absatz „Persönliche Kriminalisierung").

Persönliche Kriminalisierung

Es hat sich in der Entwicklung gezeigt, daß die Versuche, ASten durch eine Flut von Klagen und Ordnungsgeldern von der Wahrnehmung des Politischen Mandats abzuhalten, nicht besonders erfolgreich – im Sinne der Herrschenden – gewesen sind. So beklagt sich z.B. der hessische Kultusminister darüber, daß gegen die Studentenschaft der Uni Gießen rechtskräftig in 16 Verfahren insgesamt 50.100 DM an Ordnungsgeldern verhängt wurden, die dann *„aus den Mitteln der Studentenschaft bezahlt worden seien"* (4).

Wie nicht anders zu erwarten, sann die Justiz auf neue Wege und Mittel, die unliebsamen Kritiker an den Universitäten mundtot zu machen.

Sie versuchte es nun mit der persönlichen Kriminalisierung von AStA- bzw. Studentenparlamentsmitgliedern. Herausgesucht wurde dazu der § 266 des Strafgesetzbuches (StGB), der die Schädigung des Vermögens einer Körperschaft (oder anderer Institutionen) durch die verantwortlichen Geschäftsführenden unter Strafe stellt. So wird aus der politischen Interessensvertretung ein Delikt der Wirtschaftskriminalität gemacht (was zumindest die Zahl der in Zukunft untersuchten Wirtschaftsverbrechen erhöhen wird). Denn wer studentische Gelder für Dinge „mißbraucht", für die sie nicht bestimmt sind – z.B. Flugblätter mit allgemeinpolitischem Inhalt –, der verunfreut studentisches Vermögen.

Der erste Prozeß, der mit dieser abenteuerlichsten juristischen Konstruktion eingeleitet wurde, lief in Göttingen. Dort wurde ein AStA-Mitglied zu einer Geldstrafe verurteilt, weil vom AStA Fahrten nach Brokdorf, Grohnde usw. organisiert und zum Teil finanziert würden. Die Berufungsverhandlung wurde am 31.7.79 wegen Geringfügigkeit der verhängten Geldstrafe eingestellt. Dies bedeutet eine grundsätzliche juristische Anerkennung dieser Anklage.

Das Jugendschöffengericht Münster kam kurze Zeit später am 9.8.79 zu einem anderen Ergebnis. Dort lief seit 1977 eine Klage gegen 8 AStA-Mitglieder, weil sie u.a. einen Aufruf zum 1. Mai veröffentlicht hatten. Das Gericht stellte interessante Überlegungen an, z.B. daß die Kasse der Studentenschaft ja eigentlich erst durch die zuvor verhängten Ordnungsgelder in „vermögensrelevanter Höhe" geschädigt worden sei, was den Angeklagten schwerlich angelastet werden könnte. Weiter wurden sich Gedanken gemacht, wie sich eine derart konstruierte Anklage in anderen Bereichen der Gesellschaft auswirken würde, wenn die Verantwortlichen von Kapitalgesellschaften z.B. stets verklagt würden, sobald sich die betreffende Gesellschaft eines Wirtschaftsvergehens schuldig macht. Es wurde sehr richtig festgestellt, daß dann kein Aufsichtsratsvorsitzender mehr ohne Vorstrafe dastehen könnte.

Nicht unerheblich dürfte bei diesem Urteil gewesen sein, daß ein Großteil der Angeklagten SPD- bzw. FDP-Mitglieder waren. Außerdem sei angemerkt, daß für 31 andere Münsteraner Kommilitonen die Prozesse mit gleicher Anklage noch bevorstehen und sich das Gericht bis dahin evt. der „gängigen Rechtspraxis" anpassen wird.

Ein Vorgeschmack könnte das Urteil gegen den Frankfurter Frauen-AStA sein:

Da die Urteile von Göttingen und Münster (die ersten Versuche einer persönlichen Kriminalisierung nach § 266) ja keine eindeutige Rechtslage geschaffen hatten, legte die Justiz es in Frankfurt darauf an, ein Exempel zu statuieren. Der Staatsanwalt erklärte ziemlich offen, daß er einmal unter dem Druck der Uni Frankfurt stehe und daß es zweitens nicht um die Höhe der Strafe ginge, sondern darum, ein eindeutiges – gegebenenfalls vom Bundesgerichtshof abgesichertes – Urteil zu fällen (5). Ein Freispruch käme daher nicht in Frage.

Im Urteil der großen Strafkammer des Landgerichts Frankfurt wurde der Frankfurter Frauen-AStA mit einer Verwarnung bei einem Jahr Bewährung bestraft. Dieses Urteil schafft die Situation, daß in Zukunft jedes Mitglied von Organen der Verfaßten Studentenschaft eine Vorstrafe riskiert, wenn es das politische Mandat wahrnimmt.

jedes Mitglied von Organen der Verfaßten Studentenschaft eine Vorstrafe riskiert, wenn es das politische Mandat wahrnimmt.

In welchem Maße sich diese Rechtslage auf die weiteren Prozesse auswirken wird, ist noch nicht abzusehen. Bisher standen erst Fälle vor Gericht, deren Anklage noch von '76 oder '77 stammen – seitdem gab es ja genug „allgemeinpolitische" Veröffentlichungen unserer studentischen Vertretungsorgane.

Als noch ausstehende Verfahren seien hier beispielhaft einige gegen niedersächsische ASten angeführt:

Hier machte sich der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst, Pestel, (der sich ja schon bei der Amtsenthebung des Göttinger AStAs erfolgreich betätigte) am 27.6. 79 eigenhändig die Mühe, ein Verfahren gegen die ASten der Unis Göttingen, Hannover, Osnabrück und der Fachhochschule Braunschweig in Gang zu setzen. Er machte die betreffenden Präsidenten darauf aufmerksam, daß „ihre" ASten auf einer Landesasten-Konferenz beschlossen hätten, Stellungnahmen zur Erschießung Elisabeth van Dycks abzugeben. Da dies eine unzulässige allgemeinpolitische Betätigung sei, hätten die Hochschulleitungen ihre Rechtsaufsicht auszuüben – so will es das Hochschulgesetz von Niedersachsen – und Ordnungsgelder zu verhängen (6).



Seit 1o Jahren ist auf unzähligen Demonstrationen für die Wahrnehmung des Politischen Mandats eingetreten worden

Quellen:
(1): AStA-Info der Uni Gießen vom 6.10.77
(2): „FR", 2.2.80, S.16
(3): Vgl. „UNI", Nr.6/79, S.39
(4): Landtagsdrucksache 8/6483 v. 1.9.78
(5): „TAZ", 13.12.79
(6): Doku des AStA-Hannover v. 28.6.79

SSB/Hamburg

Schüler gegen Rechts

Seit Oktober '79 existiert die Hamburger Schülerinitiative „Schüler gegen Rechts". Bis heute waren 130 Schüler und Schülerinnen auf den Terminen, ca. 50 Schüler/innen aus 20-30 Schulen arbeiten fest mit. Die Initiative hat das Ziel, unter Schülern/innen etwas gegen die Rechtsentwicklung in der BRD und aktuell besonders gegen Strauß zu tun. Wöchentlich trifft sich die Initiative zum Plenum, auf dem über Aktuelles diskutiert und informiert wird. Die Plenen sind meist „sehr lebhaft" und gerade in letzter Zeit beteiligen sich immer mehr an den Diskussionen. Außerdem hat das Plenum den Charakter eines Schülertreffs, auf dem die neuesten Schulgeschichten weitergegeben werden.

Für die konkrete Arbeit hat sich die Initiative in Arbeitsgruppen aufgeteilt.

- Die AG-Ausland beschäftigt sich mit Strauß's Kontakten zu ausländischen Faschisten. Sie hat ein Info zu „Strauß und Süd-Afrika" fertiggestellt.
- Die AG-Bayerische Schulverhältnisse befaßt sich mit den besonderen Schulverhältnissen unter Strauß. Es wurde bereits ein Info zu VS-Bespitzelungen an bayerischen Schulen herausgegeben.
- Die AG-NS-Vergangenheit hat sich mit Strauß's Vergangenheit auseinandergesetzt und ein Info erstellt.
- Die AG-Demagogie verfaßte ein aktuelles Info zu „Ratten und Schmeißfliegen".
- Die AG-Frauen/Mädchen ist mit 19 Frauen besonders groß. Schwerpunktthemen der nächsten Zeit sind Frauen-Sexualität, § 218 und die Situation der Mädchen an der Schule.
- Die AG-Musiker besteht aus 10 Schülerbands und 6 Nicht-Musikern. Sie bestreitet zum Teil den Kulturteil von SgR und arbeitet mit RgR zusammen. Die Musiker-AG organisiert die großen SgR-Konzerte, auf denen hauptsächlich Schülerbands spielen.
- Die AG-Theater spielt selbsterdachte Sketche auf SgR-Veranstaltungen und Konzerten, besonders zu Frauen- und Schulthemen.
- Die AG-Neonazis wird ein Info zur NPD erstellen, das auch gleichzeitig unser Aufruf zum RgR-Festival in Frankfurt wird.
- Die AG-„Innenpolitik" befaßt sich mit der bisherigen Rechtsentwicklung unter der Politik von Schmidt und Co.
- Die AG-Bullen und Jugend. Diese AG ist im Entstehen und soll sich mit Aktivitäten der Bullen und des Staates gegen Jugendliche befassen (Rockerkartei etc.). Aktueller Bezug sind die massiven Bulleneinsätze gegen die Punks (heißen wirklich Punks und nicht „Panker", wie es in AK 177 hieß).
- Die AG-Info soll den Überblick über die Arbeit und Veröffentlichungen der AG's haben und die Arbeit etwas koordinieren.

SgR-Hamm ist die erste Bezirksiniative von SgR. Ziel ist es, in allen Hamburger Bezirken solche Iniativen aufzubauen.

Arbeitsgruppen entstehen je nach Interesse der Leute.

„Info's" sind 2-seitige Flugblätter, durchnummeriert und mit festem SgR-Kopf, die an ca. 40 Hamburger Schulen mit einer Auflage von 7-10.000 verteilt werden. Die Verbreitung der Flugblätter geht aber weit über Hamburg hinaus, denn wir bekommen aus allen Teilen der BRD Post und Anrufe.

Aktivitäten

„Schüler gegen Rechts" machte zwei große Schülerfestivals in der Hamburger Markthalle (eins im November '79 und eins im Mai '80). Es spielten hauptsächlich Schülerbands und zwischendurch wurden Wortbeiträge aus den Arbeitsgruppen gehalten. Die Konzerte waren jeweils zwei-tägig und es kamen auf beiden mehr als 2000 Leute. Sogar die Mopo und der NDR berichteten darüber.

Im Februar machte Schüler gegen Rechts eine Veranstaltung,an der alle Schüler/innen von SgR beteiligt waren. Jede AG hielt einen oder mehrere Beiträge. Zwischen den Beiträgen gab's dann einen Sketch der Theater-AG zum Thema. Es herrschte ein ziemliches Chaos, aber es war unheimlich lebendig. Die anwesenden 350 Schüler waren sehr interessiert – es war eben eine Veranstaltung von Schülern für Schüler.

Zum 1. Mai organisierte SgR einen Schülerblock. Der Aufruf wurde von diversen Schülergruppen und Zeitungen, JA (junge Anarchisten), Vorstand der SK-Hamburg und dem SSB-Schüler unterschrieben. Der Schülerblock selbst bestand dann zeitweise aus 400 Schülern und war sehr lebendig und sehr kämpferisch.

Zu den Bulleneinsätzen gegen Punks brachte SgR aktuell ein Info heraus, was auch bei den Punks sehr gut ankam (dazu AK 177). In Perspektive haben wir vor, mit anderen Schülergruppen eine Gesamt-Hamburger Schülerzeitung zu machen. Einerseits zu konkreten Schulthemen (Streiks, Lehrermangel, tägliche Nervereien etc.), andererseits soll den AG's die Möglichkeit gegeben werden, ihre Arbeit zu veröffentlichen. Die Zeitung soll einen besonderen schüler-spezifischen Charakter haben.

Zusammenarbeit

Im KB sind Gerüchte aufgetreten, SgR sei eine KB-Organisation bzw. gleichzusetzen mit dem SSB-Schüler. Das Entstehen solcher Gerüchte können wir uns nicht erklären und eine weitere Verbreitung könnte sich sehr schädlich auswirken.

In „Schüler gegen Rechts" arbeiten – erfreulicherweise – sehr verschiedene Gruppen und Einzelpersonen gleichberechtigt mit. Das geht von Anarchisten über Punks bis zu einzelnen SdAJ'lern und **unter anderem** auch SSB-Schülern.

Insgesamt sehen wir in Schüler gegen Rechts einen sehr erfolgreichen Ansatz für die Jugend- bzw. Schülerarbeit, gerade in so einer trägen Zeit, in der an den einzelnen Schulen nicht so viel oder gar nichts läuft. Die Lebendigkeit in der Arbeit von SgR sollten sich mehr Antifa-Initiativen zu eigen machen (auch dem KB würde diese nicht schlecht zu Gesicht stehen)!

Genossinnen des SSB-Schüler



Kontaktadressen des KB

Redaktion des ARBEITERKAMPFES
Lerchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040 / 43 54 15
Abonnement-Verwaltung: 040 / 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Buro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr am Markt / Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremen

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend 11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend 10 - 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim
Verkauf: Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstraße 11 - 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend 11 - 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld
Mittwoch von 18 -20 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 - 13 Uhr Kortumstraße/Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 - 14 Uhr Uni/Mensa

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
Jeden Sa. 11 -13 Uhr Kettwiger Str. Nähe Kurienplatz.
Den AK gibt's außerdem im Buchh. H. Heine, Viehofer Pl. 8 und Buchladen Bundschuh, Tiegelstraße 39 Stoppenberger Str. 13-15

Kamen
Jeden Samstag von 10 - 13 Uhr und Mittw. von 16.30 - 18 Uhr in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend von 11 - 13 Uhr im Rheydt (Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz c/o Kommunistischer Bund Wilhelmstraße 15

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/Mensa) Kontakt über Postlagerkarte 080 845 B
AK-Verkauf dienstags 12 - 14 Uhr Mensa Triplex

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Dienstag Büchertisch 11 - 13 Uhr Gesamthochschule

Nürnberg
P. Trostler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg
Verkauf mittwochs nach AK-Erscheinen, Alte Mensa

Ehrensenatoren

Das wird heiß: Nach mehr als zehn Jahren verleiht die Universität Frankfurt erstmalig wieder *„die Würde eines Ehrensenators an Persönlichkeiten, die sich in hervorragender Weise um die Universität verdient gemacht haben"* („Unireport"). Und um wen handelt es sich bei den Geehrten? Die Namen veröffentlichte der Universitätspräsident; der ASTA informierte sich in Archiven:

- **Karl Gustav Ratjen**
  Vorstandsmitglied der Metallgesellschaft, verheiratet mit Gräfin Lambsdorff, zwei Söhne, wandert gerne.
- **Franz Schmidt-Knatz**
  Vorstandsmitglied der Polytechnischen Gesellschaft; als Hobby gibt er Wandern an.
- **Gert Becker**
  Vorstandsmitglied bei Degussa, verheiratet, zwei Kinder, im Urlaub wandert er viel.
- **Rolf Sammet**
  Vorstandsmitglied der Hoechst AG, verheiratet, drei Kinder, Hobby: Wandern.

Man sieht schon, stellte der ASTA fest, alles Menschen wie du und ich und unser Bundespräsident, der auch gern wandert. Doch dafür gibts noch keinen Titel: Dafür muß man zahlen. Die Polytechnische Gesellschaft stiftete ein Bienenhaus für die Biologen und auch die IHK will demnächst Geld an die Uni-Verwaltung rüberschieben, was man natürlich steuerlich absetzen kann.

Geehrt werden also die Hoechst AG, die Degussa, die Metallgesellschaft etc. Über die Rolle beispielsweise der Degussa oder des Hoechst-Vorläufers IG Farben während des deutschen Faschismus braucht hier nicht viel gesagt zu werden. Aber auch im Moment sind sie nicht ohne:

- Hoechst kann ohne weiteres als der schlimmste hessische Umweltverschmutzer bezeichnet werden. Die Skandale über Gasausbrüche, Abwasserableitungen in den Main und Bestechungsgeschichten füllen Bände.
- Die Metallgesellschaft ist als Mitglied der „Deutsche Urangesellschaft" ins Gerede gekommen. Die Urangesellschaft vertreibt in Australien die Arobigines, eine im Norden des Landes ansässige Eingeborenenminderheit. Die Brutalität dabei soll das Vorgehen gegen die Indianer noch in den Schatten stellen.

Man sieht, eine Universität, deren Präsident den AStA verklagt, weil er gegen Folter und Massenmord protestiert hat, weiß genau, wen sie zu würdigen hat. Die Studenten der Uni werden sich auf ihre Weise an der Preisverleihung am 9. Juni in der Frankfurter Paulskirche beteiligen.

Die Art der Beteiligung wird sicher über das Maß hinausgehen, daß Präsident Kelm bei seiner Amtseinführung ertragen mußte. Damals lief durch die Gänge des Saales ein quiekendes Schwein. Wie hieß es doch noch so schön: *„Unter dem Muff von den Talaren steckt der Mief von tausend Jahren!"*

Unigruppe, KB-Gruppe Frankfurt

SP-Wahlen in Bielefeld

Nachdem im letzten Jahr aufgrund unterschiedlicher Einschätzungen über das inkraftgetretene Studentenschaftsgesetz in NRW keine Basisgruppen-Liste kandidiert hatte, kam diesmal aus verschiedenen Uni-Bereichen, Fachschaften und Initiativen eine ‚Basis-Liste' zustande. Obwohl die Revis nach der Zusammenlegung von Uni und PH mit einer gewerkschaftlich orientierten Liste von PH'lern mächtig Stimmen fangen konnten, wurde die Basis-Liste stärkste Einzelfraktion (wie schon vor zwei Jahren). Die Sitzverteilung: BL sieben Sitze, Jusos fünf, MSB drei, SHB drei, LHV zwei, PH-GO fünf, ‚Chaos und Ketchup' (Sponti-Liste, arbeitet mit BL zusammen) einen, RCDS drei.

Damit wäre, rein theoretisch, die alte AStA-Koalition von Revis und Jusos/LHV bestätigt. Die Jusos hatten bereits vor der Wahl öffentlich erklärt, daß sie bei ausreichender Mehrheit bereit wären, mit LHV, BL und ‚Chaos...' den AStA zu bilden. Nach ihrem mäßigen Wahlergebnis (1979 fünf von 21 Sitzen) schmollen sie jedoch zunächst und wollen mit keiner der beiden größeren Fraktionen koalieren (Motto: ‚Weder Dogma noch Chaos').

Erfreulich noch das miserable Abschneiden des RCDS (1979 fünf von 21, jetzt drei von 29 Sitzen)! Dies dürfte nicht nur auf die erneute Basis-Kandidatur zurückzuführen sein, sondern auf das zunehmend schlechte Image des RCDS (gegen politisches Mandat, keine Distanzierung von der Strauß-Kandidatur). Nur weiter so!

Ein Genosse der OG Bielefeld

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 55,- im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 (BLZ 200 100 20) oder Dresdner Bank Hamburg 4810 68500 (BLZ 200 800 00); Einzelpreis DM 2,- ; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe: 8.600.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Niedersachsen:

Kinderinitiativen mit Trinkgeld abgespeist?

Ein Treffen von Eltern und Mitarbeitern niedersächsischer Kinderinitiativen im April zeigte erschreckende Lücken zwischen Anspruch und Wirklichkeit alternativer Pädagogik auf.

Die Situation der meisten Initiativen sieht wie folgt aus:
Kleinstinitiativen mit 5 – 10 Kleinstkindern im Alter von zumeist 1 – 3 Jahren haben sich nach großen Mühen Räume angemietet. Die Räume sind irgendwelche ausgedienten städtischen Einrichtungen, kleine Läden oder Wohnungen. Da gibt es u.a. total feuchte Räume, Häuser, wo im Keller die Ratten hausen, da müssen sich die Kleinstkinder auf engstem Raum drängeln und, und, und. Die pädagogische Betreuung der Kinder wird zumeist von einer hauptamtlichen unterbezahlten Kraft betrieben, durch abwechselnden Elterndienst mehr schlecht als recht gemacht, oder auch wechselweise in verschiedenen Wohnungen betrieben, weil man in diesem kinderfreundlichen Land keine Räume für eine Kinderinitiative finden kann. Finanziell bewegen sich die meisten Initiativen am Rande der Pleite. Die Eltern müssen buchstäblich um jeden Pfennig bei der Behörde betteln. Sie werden als Eltern/Kindinitiativen zumeist mit „Taschengeldern" von 35 DM pro Kind und Monat abgespeist; wenn sie Glück haben, bekommen sie dann noch zwischen 3.000 und 8.000 DM Zuschuß im Jahr.

In Braunschweig sind z.B. sage und schreibe 36.000 DM zur Förderung aller 7 Initiativen im Haushaltsplan jährlich vorgesehen. Die Vergabe dieser Mittel geschieht nach dem

sie dann noch zwischen 3.000 und 8.000 DM Zuschuß im Jahr.
In Braunschweig sind z.B. sage und schreibe 36.000 DM zur Förderung aller 7 Initiativen im Haushaltsplan jährlich vorgesehen. Die Vergabe dieser Mittel geschieht nach dem

Prinzip der totalen Willkür. So müssen die Eltern erst einmal aus eigenen Mitteln eine Initiative aufbauen, Räume besorgen, renovieren, Erzieher einstellen, bevor sie überhaupt daran denken können, einen Antrag auf Zuschuß zu stellen. Dann wissen sie natürlich immer noch nicht, ob der Antrag nicht mit irgendwelchen Winkelzügen, vielleicht weil das Klo nicht maßgerecht gebaut wurde, abgelehnt wird.

Folgen der staatlichen Kinderfeindlichkeit:

Neben den räumlichen Problemen haben die finanziellen Probleme natürlich verheerende Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Kinder in der Initiative. Da muß am Spielzeug gespart werden: im krassesten Fall wurden die Kinder mit kleinen Plastiktierchen aus Wundertüten beglückt. Da kommt es dann vor, daß die Kinder statt einer Kuschelecke, einem Matschraum, einer Turnecke, nackten Betonfußboden vorfinden, statt eines Naßraumes fast die ganze Initiative feucht ist usw. Außerdem müssen sich die Kinder mit überarbeiteten und genervten Erziehern rumschlagen, oder sie müssen wechselweise verschiedene Eltern dabei erleben, wie die ihre Erfahrungen auf dem Gebiet der Pädagogik machen. Bei allgemeinem Mangel an Spielzeug, bei räumlicher Enge gehen natürlich die individuellen Wünsche und Bedürfnisse der Kinder ziemlich baden, und es ist Streit um die zwei Dreiräder angesagt, die paar Bauklötzer und das zerfledderte Bilderbuch.

Insgesamt also eine Finanzpolitik der Städte und des Landes, die darauf angelegt ist, eine alternative Pädagogik unmöglich zu machen. Trotzdem ist es den Städten nicht gelungen, den Eltern den Mut zu nehmen. Im Gegenteil: immer mehr Eltern zeigen Interesse am Aufbau alternativer Kinderinitiativen. Fast jede Kinderinitiative berichtet von langen Wartelisten, häufigen Anrufen und vielen Nachfragen. Vielfach sind die Initiativen frecherweise im städtischen Bedarfsplan mit aufgeführt, obwohl sie nur einen Bruchteil der Förderung bekommen, die an staatliche Initiativen geht. Das heißt, daß die Städte eigene, wesentlich teurere Einrichtungen einsparen können. Auf dem Rücken der Kinder und auf der Grundlage der Eigeninitiative ziehen die Städte ein Billigstprogramm zur Abdeckung der Kleinkinderbetreuung durch, mit dem sie sich dann auch noch von Fall zu Fall als kinderfreundliche Stadt brüsten. So gibt Hildesheim z.B. damit an, die „kinderfreundlichste Stadt der BRD" zu sein, obwohl eine Initiative dort eine Erzieherin mangels Geld entlassen mußte; für die Kinderfreundlichkeit mußte aber wohl die noch recht saubere Luft herhalten, von der offensichtlich auch diese Erzieherin bezahlt werden sollte.

Sind es erstmal die Kinder, die direkt die Folgen städtischer Sparpolitik zu spüren bekommen, so sind es auch die Eltern und Erzieher, die zumeist doch mit dem politischen Anspruch, eine alternative Erziehung der bürgerlichen Unterdrückungspädagogik entgegenzusetzen, angetreten sind. Statt sich um eine fortschrittliche Pädagogik auseinandersetzen zu können, werden ihre Aktivitäten weitgehend vom Kampf ums Überleben der Initiative bestimmt. Da muß der Lohn für Erzieher(innen) beschafft werden, die Eltern müssen Dienst machen; Essenkochen, Spielzeug, renovieren, um wenigstens die grundlegenden Mängel zu beheben. Häufig bleibt bei diesen Schwierigkeiten dann auch ein weiteres politisches Ziel einer emanzipatorischen Erziehung, diese auch nach außen zu propagieren, in den Anfängen stecken bzw. auf der Strecke. Man ist froh, den Kinderladen gerade so über die Runden zu retten.

In krassen Fällen kann die Stadt dann doch als „Erfolg" für sich verbuchen, daß man sich fragt, ob die Bedingungen für die Kinder wirklich besser als in einem städtischen Kindergarten sind (was nicht für städtische Kindergärten aber gegen die Zustände in manchen Kinderinitiativen spricht).

buchen, daß man sich fragt, ob die Bedingungen für die Kinder wirklich besser als in einem städtischen Kindergarten sind (was nicht für städtische Kindergärten aber gegen die Zustände in manchen Kinderinitiativen spricht).

Die Ideologie des Mangels

Wie wird nun der Kampf gegen die Diskriminierung von Elterninitiativen geführt? Die Grundlage, mit der die meisten Städte Elterninitiativen mit Brotkrumen abspeisen, ist (noch) nicht in den Gesetzen zu finden. Nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG) haben Eltern ein Recht darauf, die Erziehungsrichtung für ihr Kind zu bestimmen. Nach dem JWG müßten die Städte Elterninitiativen genauso unterstützen wie ihre eigenen oder kirchliche Einrichtungen. Es wird von Seiten der Initiativen jedoch kaum ernsthaft der Versuch gemacht, diesen Skandal auch grundsätzlich aufzudecken und sich in einen Rechtsstreit mit der Stadt oder dem Land zu begeben. Die Initiativen tun sich bisher nicht zusammen, um sich gemeinsam einen Anwalt zu nehmen. Sie gehen nur sehr bescheiden und vereinzelt an die Öffentlichkeit. Fast könnte man meinen, die Eltern schämen sich, für ihre Kinder etwas zu fordern. Es finden sich zwar hin und wieder Berichte über die Initiativen (vornehmlich in linken Stadtzeitungen), wo auch was von der Ungerechtigkeit der Städte geschrieben steht, nicht aber von der U n g e s e t z l i c h k e i t ihres Vorgehens. Es gibt zwar Diskussionskreise, an denen sich eine Vielzahl der örtlichen Kinderinitiativen beteiligen, aber die Diskussion, wie konkret die Verhältnisse im einzelnen aussehen, und wie sie gemeinsam verändert werden können, wie tragfähige und stabile Grundlagen für eine alternative Pädagogik geschaffen werden können, findet kaum statt, obwohl es ein Problem für jede Initiative ist ... Ganz zu schweigen von einer fruchtbaren Auseinandersetzung, darüber, was unter alternativer Erziehung verstanden wird. Die Bescheidenheit, mit der viele Initiativen für die Rechte ihrer Kinder eintreten, hat offensichtlich neben den Schwierigkeiten, sich überhaupt durchzuwursteln auch noch einige andere Ursachen, die nicht direkt vom Staat frei Haus geliefert werden.

So gibt es unter den Linken zwei unterschiedliche Wege, die im Endeffekt darauf hinauslaufen, sich mit dem einzurichten, was von der Stadt geboten wird. Die eine Argumentation geht von dem kleinbürgerlichen Bedürfnis aus, daß es das e i g e n e Kind besser haben soll. Eigentlich erst einmal eine ehrenwerte Einstellung, denn warum soll nicht a u c h das eigene Kind es gut haben. Im weiteren wird dann aber das Ideal einer glücklichen Kindheit unabhängig von den gesellschaftspolitischen Verhältnissen geprägt. Das sind oft Elterninitiativen, vom Lehrer aufwärts, die sich den „Luxus" leisten können, einen unterbezahlten Erzieher einzustellen, sich die Räume anzumieten, und deren Hauptforderung an das pädagogische Konzept darin besteht, daß die Kinder ordentlich viel lernen, damit sie gut durch die Schule kommen.

Da werden dann auch vorsichtshalber keine politischen Forderungen gestellt, um nicht in den Geruch von „Linkssein" zu kommen. Und was der Staat nicht bezahlt, trägt man eben selbst, nach dem Motto: es war schon immer etwas teurer ... Die andere Argumentation trifft man häufiger in Initiativen an, die sich nicht scheuen, ihre gesellschaftspolitischen Forderungen auch nach außen zu tragen, die auch am 1. Mai auf der Straße sind und bei Antifa–Bündnissen oder Anti–AKW–Aktivitäten nicht fehlen. Hier findet man denn häufiger eine sehr „spartanische" Vorstellung davon, was ein Kind braucht, um „solidarische und demokratische Verhaltensweisen" zu lernen, oder sich ganz simpel und profan wohlzufühlen.

Von dieser Seite wird Eltern, die versuchen wollen, doch vom Staat kostendeckende Mittel zu erhalten, viel entgegengehalten:
- Man wolle sich vom Staat nicht abhängig machen;
- die Kinder sollen nicht in einer „priviligierten Situation" aufwachsen;
- den Kindern gehe es doch so auch ganz gut;
- das Geld sollte lieber nach Kambodscha gespendet werden, da haben es die Kinder noch schwerer.

Mit den gleichen Argumenten wird auch versucht, dringend anstehende Renovierungen oder Neuanschaffungen von Spielzeug zu verhindern. Einher mit dieser Argumentation wird sich dann häufig auf die Arbeiterklasse berufen, deren Kindern es auch nicht besser gehe.

Der Mangel, der in vielen Kinderinitiativen durch die nicht vorhandene staatliche Förderung angesagt ist, wird durch eine besonders „linksradikale" Argumentation damit zementiert. Man enthebt sich der sicher mühsamen Aufgabe, für ausreichende Mittel zu streiten, indem die gesellschaftlich beschissene Situation gerade der Arbeiterkinder idealisiert wird. Verschleiert wird mit allerlei „linken" Schnacks, wo auch Hoernle und Makarenko nicht fehlen, daß es hier letztlich um eine Erziehung zur Anpassung an bestehende Verhältnisse gehe, nach dem Motto: gelobt sei, was hart macht. Dahinter steht dann wohl mehr das idealistisch verklärte Bild des stahlharten Klassenkämpfers aus den proletarischen Romanen der 20iger Jahre.

Beide Argumentationen laufen darauf hinaus, daß vom Staat nicht gefordert wird, was den Kindern zusteht. Oft ungewollt, wird dadurch eine priviligierte Situation geschaffen. D.h. für normale Werktätige ist der Kinderladen nicht offen, weil er z.B. durch die knappen Mittel nur in der Lage ist, von 9 – 12.00 Uhr zu öffnen, wechselweisen Elterndienst zu fordern usw.

Nicht den Pfennig, die Mark holen

Es ist an der Zeit, daß die Initiativen sich darauf besinnen, weswegen sie eigentlich angetreten sind. Eine Initiative muß letztlich für alle Eltern, egal wieviel Geld sie haben, ob sie tagsüber arbeiten oder studieren, zugänglich sein. Eine Erziehung, in Opposition zur gängigen bürgerlichen Pädagogik der Unterdrückung nährt sich nicht von Liebe und Luft, sondern braucht Mittel, logischerweise eigentlich mehr als die knappgehaltenen städtischen KTH's.

Die Initiativen sind zumeist auch gegründet worden, um an der politisch beschissenen Situation für die Kinder in der BRD zu knacken, und um durch Beispielsetzung auf die öffentliche Erziehung einzuwirken.

Diese politischen Zielsetzungen lassen sich jedoch nur einlösen, wenn die Elterninitiativen sich nicht vom Staat zum Vollstrecker der Sparpolitik im Kinderbereich degradieren lassen.

Es ist an der Zeit, in den Kinderinitiativen ernsthafte Anstengungen zu unternehmen, um aus dem Zustand der nebeneinander herwurschtelnden Kleinstinitiativen herauszukommen. Gerade bei dem „Babyboom" unter Linken in den letzten Jahren stehen viele Eltern jetzt vor der Frage, was sie machen sollen, wenn ihre Kinder ins Schulalter kommen. In einigen Städten schreit die Situation förmlich nach einem größeren Zusammenschluß zu einem Kinderhaus, in dem Kleinkinder und Schulkinder gemeinsam betreut werden können.

In diesem Zusammenhang sollten sich die Kräfte, die mehr im Kopf haben als nur eine bessere Kinderaufbewahrung, auch sehr viel offensiver mit dem Staat aber auch mit den „Genügsamen" unter den Linken auseinandersetzen. Das Projekt um ein Kinderhaus in Frankfurt hat ebenso gezeigt wie die langjährige Auseinandersetzung des Kinderhauses in Hamburg, daß sich für ein „großes" Projekt ganz andere Kräfte gewinnen lassen, daß die Eltern unter ganz anderen Bedingungen kämpfen, wenn sie 40 oder 70 sind, als wenn 5 – 10 Eltern sich zusammen tun.

In einer Situation, wo der Staat für Kinder immer weniger Pfennige übrig hat, wird es Zeit, sich die Mark zu holen.

Kinderkommission Hamburg

Hamburg:

Kinderhaus Heinrichstrasse

Hamburg:

Kinderhaus Heinrichstrasse

Immer noch Ärger mit den Behörden

Die Jugendbehörde, mit der das Kinderhaus Heinrichstraße in Hamburg seit fast vier Jahren unfreiwillig im Streit liegt, versucht mal wieder mit Sturheit den Konflikt mit dem Kinderhaus zu „lösen". Nachdem sie im letzten Jahr dem Kinderhaus Gleichbehandlung mit anderen Kindertagesstätten und damit die Zahlung von Zuschüssen zu den Kindertagesplatzkosten zugestehen mußte, geht der Streit jetzt um die fällige Nachzahlung für die fast drei Jahre von 1976 bis 1979, in denen der Senat diese Zuschüsse verweigert hatte.

In dem darum geführten Rechtsstreit hat sich das Kinderhaus bereit erklärt, einen Vergleich zu schließen, weil – wie das Kinderhaus schreibt –
- *„wir nicht jahrelang auf eine rechtskräftige Entscheidung des Prozesses warten wollen;*
- *wir es nicht darauf anlegen, jahrelang mit der Behörde im Streit zu liegen;*
- *wir uns endlich auf unsere eigentl'che Arbeit konzentrieren wollen".*

Dabei hat das Kinderhaus einem Vergleichsvorschlag des Gerichts zugestimmt, bei dem es auf nachträgliche Zuschüsse für 17 Monate verzichtet, für 15 Monate sollte die Stadt Hamburg Zuschüsse nachzahlen.

Hanseatische Kaufleute

Der Senat zeigt jedoch vorerst keine Einsicht: Statt 500.000DM, die beim vom Kinderhaus akzeptierten Vorschlag herauskommen würden, bot die Behörde zunächst nur 300.000 an. Rechengrundlage für dieses „Angebot" waren die Platzkosten des Kinderhauses von 1976, die die Behörde auch für 1978 anwenden wollte. Als ob die 1978 in ihren Kindertagesstätten mit dem Geld von 1976 ausgekommen sind! Nächstes „Angebot" der Behörde, nachdem das Kinderhaus abgelehnt hatte: 350.000. Dafür wollte s i e dann dem Kinderhaus diktieren, wofür das Geld ausgegeben werden darf. Das Kinderhaus soll sich z.B. nur mit Zustimmung der Behörde vergrößern dürfen, Inventar einkaufen u.ä. Damit verstößt die Behörde gegen das bestehende Jugendwohlfahrtsgesetz, daß freien Trägern der Jugendhilfe S e l b s t s t ä n d i g k e i t gegenüber den Jugendämtern garantiert.

Begründet wird dieser Einmischungsversuch damit, daß im Herbst 1979 das Kinderhaus, obwohl es noch reichlich Schulden hat, einen Teil des Erlöses des Solidaritätskonzerts an die „Kita im Exil" in Frankfurt weiterleitete. **Offenbar steckt den Behördenbürokraten die Angst im Nacken, das Kinderhaus, das jahrelang zigtausende DM an Spenden bekommen hat, würde jetzt seinerseits anderen in Not befindlichen Projekten helfen.** Das Kinderhaus hat dazu erklärt:

„Wir haben unmißverständlich klargestellt, daß wir zu keinem weiteren Handel bereit sind. Wir haben dem Vorschlag des Gerichtes zugestimmt. Dieses Angebot wird aufrechterhalten, obwohl sich viele im Kinderhaus langsam fragen, ob mit dieser Behörde ein faires Verfahren und ein fairer Vergleich überhaupt möglich sind." (Kinderhaus-Nachrichten-Extra).

In diesem Zusammenhang wird auch darauf hingewiesen, daß die mageren Angebote der Behörde in argem Mißverhältnis zur Großzügigkeit in anderen Bereichen stehen, z.B. der für 50 Millionen DM großkotzig geplanten Rathausmarkt-Renovierung. In einem Brief an den Bürgermeister Klose hat das Kinderhaus deshalb ein ironisches Angebot gemacht: *„Sie wollen roten Granit kaufen, 400 DM pro qm* (zur Bepflasterung des Rathausmarktes – Anm. AK). *Insgesamt für acht Millionen DM. Wir schlagen vor: Lassen sie ein Stück frei, sagen wir 50m x 50m. Das ist weniger als ein Fußballfeld. Damit sparen sie eine Million DM und können dem Kinderhaus einen vernünftigen Ausgleich für die Zeit, in der Sie etwas gegen uns hatten, zahlen. Dann bleibt vielleicht noch einiges übrig. Wir helfen Ihnen dann gerne, mit dem restlichen Geld auf dem freien Stück Rathausmarkt einen hübschen Kinderspielplatz einzurichten. Wir wissen: Das Jahr des Kindes ist vorbei – aber vielleicht denken sie ja trotzdem 'mal drüber nach.'*

Behördenargumentation am Zusammenbrechen

Während die Behörde so munter feilscht, weist das Kinderhaus darauf hin, daß die „Sachargumente", mit der die Behörde damals Zuschüsse verweigert hat, dem Zusammenbruch nahe sind. So argumentiert die Behörde immer noch, das Kinderhaus betreibe keine „besondere Grundrichtung der Erziehung" (die Eltern gesetzlich garantiert wählen dürfen), während vor mehr als einem Jahr der damals zuständige Senator schon erklärt hatte, *„daß die Arbeit des Kinderhauses in mancher Hinsicht von der Kindergartenpädagogik der meisten anderen Tagesheime abweicht. Dies gilt sowohl für die Form der Elternarbeit wie für die Beziehung zwischen Erziehern und Kindern".* Von ihrem zweiten „gewichtigen Argument", nämlich mangelndem Bedarf für das Kinderhaus im strittigen Zeitraum, mag die Behörde selbst nicht mehr so eindeutig reden. Immerhin hatte sie schon 1977 gegenüber der Bürgerschaft das Kinderhaus als bedarfsdeckende Einrichtung angegeben!

Dafür versucht sie neuerdings, dem Gericht und dem Kinderhaus weiszumachen, der Staat brauche Tagesstätten auch dann nicht zu bezuschussen, wenn Bedarf da sei, wenn man das Geld für andere Sachen, Jahrhundertbauwerke z.B., braucht. Dann können eben nicht alle Kinder, die einen Kindertagesplatz brauchen, einen bekommen. So einfach ist das!

Kinderkommission des KB Hamburg

Adresse: Kinderhaus, Heinrichstraße 14a, 2000 Hamburg, Tel. 040/433949



Proteste gegen Waffen-SS-Treffen in Malente

Wie in allen letzten Jahren beabsichtigte die Waffen-SS auch in diesem Jahr wieder, ihr Treffen in Malente (Schleswig-Holstein) am ersten Sonntag im Mai durchzuführen. Wie alljährlich gab es Protest gegen das Treffen.

Auf einer gut besuchten Filmveranstaltung wurde eine Demonstration in Eutin für den 3.5. beschlossen. Am 4.5. sollte am SS-Freiwilligengrab (dient der Waffen-SS bei ihrem Treffen als Kultstätte) eine antifaschistische Gegenkundgebung stattfinden.

Gut 120 Antifaschisten demonstrierten am 3.5.80 in Eutin durch die Innenstadt. Am 4.5. kamen nochmals rund 70 Antifaschisten zusammen. Die Polizei war vorsorglich mit mehreren VW-Bussen erschienen und hatte offensichtlich die SS-ler zu einer Verschiebung ihres Treffen bewegt. Das SS-Grab zierte bemerkenswerterweise ein Kranz der Gemeinde Malente. Ein Großteil der Antifaschisten zog anschließend noch zum „Deutschen Haus" in dem die Waffen-SS am 3. und 4.5.tagte.

Das „Deutsche Haus" war kurz vorher von „Unbekannten" mit antifaschistischen Parolen verschönert worden.

Wie in all den Jahren vorher waren auch in diesem Jahr wieder SS-Leute aus dem Ausland vertreten. Neu jedoch war, daß offensichtlich zur Absicherung etwa fünf bis sechs Neonazis in schwarzen Dreß auf dem Parkplatz Wache hielten. Sie waren in einem grünen VW-Geländewagen (OD-AW 152) mit Funksprechgeräten erschienen.

Verhindert werden konnte allerdings am Nachmittag nicht mehr das Treffen der SS-Leute am Grab. Hier erschienen etwa 80 Waffen-SS Leute. Auf dieses Ausweichmanöver müßten die Antifaschisten im nächsten Jahr entsprechend vorbereitet sein.

Ein Eutiner Antifaschist

Flüchtiger Neonazi in England untergetaucht?

Seit 1979 wird der aus München stammende ehemalige Bundeswehr-Unteroffizier **Willi(bald) Kraus** steckbrieflich gesucht. Bereits 1978 hatte er wegen Klebens von „NSDAP"-Plakaten vor Gericht gestanden; danach war er als Chef einer Nazi-Bande mehrfach aufgefallen. Seine Kontakte zur **„NSDAP/AO"** des **G. Lauck** in den USA sind ebenso bekannt, wie seine Verbindung zur **„Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands (VSBD)**, die im Januar 1980 in Frankfurt einen brutalen Schlägerüberfall durchführte (siehe AK 170, S. 33 f.). Die VSBD-Truppe arbeitet eng mit dem Nazi-Kreis um den NSAktivisten Schönborn zusammen; Kontakte zur (mittlerweile verbotenen) **„Wehrsportgruppe Hoffmann"** bestehen ebenfalls. Noch im Januar wurden VSBD-Flugblätter verteilt, auf denen der flüchtige W. Kraus als presserechtlich Verantwortlicher angegeben war. Nach Informationen der britischen antifaschistischen Zeitschrift „searchlight" (59/Mai 80) ist Kraus inzwischen zumindest zeitweilig in Großbritannien untergetaucht: Nachdem er bereits früher schon, mit gefälschtem Paß, dort eingereist war, wurde er Ende März 80 von Mitgliedern der militanten Nazi-Bande **„Britisch Movement"** aufgenommen – wahrscheinlich in einem Hotel der Nazis in Wales – und, zur weiteren Unterstützung, nach Brighton gebracht, wo Anlaufstelle eine andere, ebenfalls dem militant-paramilitärischen Sektor der britischen Nazi-Szene angehörende Organisation, „Column 88", war.

Über britische Kontaktleute war es zuvor schon dem ebenfalls flüchtigen Nazi-Propagandisten **Manfred Roeder** gelungen, nach Aufenthalten in Brasilien, USA und Canada, wieder in Europa Fuß zu fassen, um anschließend im Iran Asyl zu beantragen.

Antifa Kommission
KB Hamburg

»NSDAP«-Führer verurteilt

Frankfurt. Henry Beier und Wolfgang Koch, die beiden Führer der hessisch-nassauischen „NSDAP" (AO-Filiale und gleichbedeutend mit der „Kampfgruppe Großdeutschland") standen am 13.5. – knapp 15 Monate nach Anklageerhebung – wegen Herausgabe des verbotenen Organs „Das Baune Bataillon" („Todesschüsse für Juden", „Ausrottung ist erstrebenswert" u.ä.m.) zusammen mit einem Helfer – Hans-Günther Nisch aus Ingelheim/Rhein – vor Gericht. Ohne Bewährung wurden Beier zu 18 und Koch zu 13 Monaten verurteilt, Nisch aber von den Urteilsgründen, Volksverhetzung und Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes, freigesprochen, da er nur dem „Bekannten" Koch einen Platz für die Druckmaschine gestellt hätte. Bei den niedrigen Strafen sind einschlägige Vorstrafen praktisch unberücksichtigt geblieben, z.B. bei Beier eine Strafe wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffengesetz von 1976 und bei Koch wegen Teilnahme an der berüchtigten Schlägerei im „Cantatesaal" von 1969 sowie wegen eines Molotow-Cocktail-Anschlages gegen den „Libresso"-Buchladen vor einigen Jahren.

Proteste zum Prozeßablauf gab es auch seitens der Presse, weil aus der Meute der Nazizuhörer Polizisten u.a. als „Sozi-Schweine" bezeichnet wurden und dem Staatsanwalt empfohlen wurde, sich aus Tel-Aviv „das verdiente Geld abzuholen".

Koch (49) selbst erklärte seinen Stolz als Nationalsozialist, der er auch „immer bleiben" werde, und Beier (51) will nie seine angeblichen fünf Eide auf Hitler brechen.

Die unter Einschluß des aufgetretenen Verteidigers RA Tischbierek '79 von Beier gegründete „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene" wird sich seiner hoffentlich bald als „Märtyrer" annehmen können.

Führungslücken werden im Frankfurter Nazilager möglicherweise verstärkt auch direkt durch NPD-Aktivisten ausgeglichen, u. a. durch den Landeschef Karl Phillipp – vor kurzem noch bei der NRAO – und den Kreisvorsitzenden Graefe, der der Gründer der „Meute Ulrich v. Hutten" ist, einem Tarnverein für WSG 'ler, VSBD 'ler u.a.

Mal sehen, wie lange der Mantel einer „demokratischen" Partei schützt.

Achtung: In Frankfurt probieren einzelne Nazis, Antifaschisten mit einer Geschichte über ihren angeblichen „Ausstieg" zu täuschen.

Die VSBD will sich an den kommenden Kommunalwahlen in Hessen und Bayern beteiligen („Bild", 19.5.).

Antifakommission, KB/Gruppe Frankfurt

Die »TAZ«, das weiche Herz

Meute der Nazizuhörer Polizisten u.a. als „Sozi-Schweine" bezeichnet wurden und dem Staatsanwalt empfoh-

Antifakommission, KB/Gruppe Frankfurt

Die »TAZ«, das weiche Herz und ein Neonazi

Zuerst der Vorgang, über den die „taz" am 29.5.80 berichtet: In West-Berlin ist – nach vorgeschlagenem Gerichts-Vergleich – einem Mitglied der „Wiking-Jugend", Jürgen H., der Ausbildungsvertrag an einem Krankenhaus gekündigt worden. Ursprünglich sollte er fristlos gehen, nun hört er nach fristgerechter Kündigung auf. Anlaß war seine Äußerung: „Ich würde nie Juden pflegen." Der „Wiking"-Nazi dazu vor Gericht: Er habe m e n s c h l i c h nichts gegen Juden, n u r politisch. Und zwar deshalb, weil die Bundesregierung und überhaupt die ganze Welt vom Judentum, in Verbindung mit den Kommunisten, beherrscht würde. Vor Gericht präsentierte er sich als „standhafter" Nazi, der es bedauerte, daß es um seine politischen Ansichten keine inhaltliche Auseinandersetzung gäbe.

Das war offenbar der Ton, der bestimmte Saiten der „taz" zum Schwingen bringt. Die nämlich rückte den Bericht in ihre Spalte „Rechtsstaat" ein, wo sonst Berufsverbotsfälle u.ä. – gegen Linke – behandelt werden, sprach folgerichtig von einem „Ausbildungsverbot" und zog obendrein, damit auch niemandem die Parallele entgehen sollte, ausdrücklich den Vergleich: *„Die Art der Verhandlung erinnerte an die bekannten Ausbildungs- und Berufsverboteprozesse gegen Linke und solche, die dazu gerechnet wurden".* Und so ist dann der Auszubildende Jürgen H. laut „taz" – ein von Senat und Behörden Bedrängter, der genötigt wurde, seiner Kündigung zuzustimmen (*„Jürgen H. erklärte nach dem Prozeß, dieser Vergleich sei seine einzige Chance gewesen, vielleicht später doch noch einen Ausbildungsplatz als Krankenpfleger zu bekommen"*); und auch der ihm beipflichtende Vater, für den die „Wiking"-Aktivitäten seines Sohnes „Jugendabenteuer" sind, kann der „taz"-Sympathie sicher sein, da er *„an der Rechtmäßigkeit der bundesrepublikanischen Demokratie"* zweifelte.

Vor allem aber kümmert die „taz" das Schicksal des „Auszubildenden". Der Prozeßbericht im Originalton: *„Eine Krankenschwester, ein Freund des Angeklagten* (wie gut, daß es noch wahre Freundschaft gibt, nicht? –AK) *und ein taz-Mitarbeiter – das war alles. War die Solidarität der Genossen und Genossinnen meist der einzige Halt, der überfüllte Zuschauerraum die einzige Gewißheit – hier war letzte Woche das Gefühl der Solidarität unbekannt".*

Da fragt sich doch, was der „taz"-Schreiber („jo") als Schlußfolgerung seines allumfassenden Humanismus nahelegt: Sollten etwa demnächst Linke massenhaft in den Prozeßsaal strömen, um angeklagten Nazis den nötigen „Halt" und die ideologische „Gewißheit" zu vermitteln? Oder will „jo", daß solche Nazi-Prozesse – wie ja durchaus schon gehabt – zum Stelldichein fröhlich lärmender Nazi-Banden im Zuschauerraum werden?

Gerade die „Wiking"-Jugend in Westberlin hat übrigens vorexerziert, daß sie auch auf unliebsame Journalisten losgeht (so geschehen vor dem damals neu aufgemachten Alternativ-Fascho-Treff „Cafe Vaterland", für das die „taz" damals auch viel Verständnis entwickelte).

Es fragt sich schließlich auch, ob der „taz"-Schreiber sich ernsthaft wünschen kann, von einem Nazi „gepflegt" zu werden, sollte er einmal ins Krankenhaus müssen; ob er es einem Juden zumuten will, oder z. B. einer Frau, die eine Abtreibung hinter sich hat, oder irgendeinem beliebigen Patienten, der seine „taz" auf dem Nachttisch liegen hat.

Antifa-Kommission
KB Hamburg

Einige wichtige Erfahrungen

Die Berichterstattung in AK 177 über die antifaschistischen Aktionen gegen die Demo der „Grauen Wölfe" in Hamburg am 17. Mai ist für uns Anlaß zu einer kleinen „Nachlese".

1. hörten wir von nicht wenigen Teilnehmern der Gegendemo teilweise recht motzige Kritiken an denjenigen Freunden, die immer wieder versuchten, den Demo-Zug zu ordnen, darauf hinwiesen, übersichtliche Reihen und Ketten zu bilden, einen seitlichen Schutz für die Demo zu organisieren usw. Sprüche wie: „Was soll das denn?", „Das ist doch nur Panikmache," „Nicht soviel Diszis, Leute" und dementsprechendes buntes Durcheinanderlaufen war immer wieder an der Tagesordnung. Wir finden dies Verhalten sehr unsolidarisch gegenüber unseren türkischen Freunden (die sich am meisten bemühten – vor allem durch „Vormachen" –, Ordnung in den Haufen zu kriegen), weil es den Schutz der Demo gegenüber Provokationen der Faschisten und der Polizei untergräbt. Dies Verhalten negiert auch alle Erfahrungen, die wir bei antifaschistischen Aktionen aus ähnlichem Anlaß bisher gemacht haben. Da taucht doch die Frage auf: Wer hält denn den Kopf hin, wenn Faschisten oder Bullen unsere mangelnde Geschlossenheit zu Überfällen nutzen? Doch wohl nicht diejenigen, denen es der „Diszis" zu viele sind. Übrigens erfolgten die Festnahmen am Dammtor just zu dem Zeitpunkt, als unsere Disziplin sich weitgehend gelockert hatte.

2. Es gibt hervorragende E i n z e l beispiele dafür, wie gut es ist, wenn Antifaschisten die A u g e n o f f e n halten: Dies führte zur Enttarnung einiger „Ziviler" in unseren Reihen. Doch auch hier kennt bei vielen Genoss(inn)en die Liberalität kaum Grenzen: Sie empfinden es als unangenehm, ruhestörend und übertriebene Hektik, wenn andere auf die Anwesenheit von Spitzeln aufmerksam machen. Man möchte die Gelegenheit schließlich nutzen, um sich bei dem und dem da und da zum nächsten Zellen- oder Wasweißich-Termin zu verabreden. Tatsache ist aber, das wissen wir doch nun lang und schlapp (spätestens seit Brokdorf), daß die Bullen meist von „innen" und „aussen" kombiniert arbeiten und ihre Spitzel „drinnen" die wichtigsten Bausteine für die Angriffstaktik liefern (und dann nicht selten auch selber mit loshauen!). So war's denn auch am Dammtor, als plötzlich die Zivil-Bullen unter den abziehenden Demonstranten lostobten und mir-nichts-dir-nichts Leute in der Zange hatten; der Bullenwagen mit noch anderen Zivilen stand n i c h t zufällig genau da, wo's dann losging. Beobachtungen haben ergeben, daß sie diese Taktik schon auf der Mönckebergstraße anwandten und nur dadurch, daß dies eben b e o b a c h t e t wurde, weitere Provokationen verhindert werden konnten.

3. Da flogen doch aus der „fünften oder sechsten Reihe" ein paar Flaschen mitten in das Getümmel, als sich die Antifaschisten gegen die Bullenprovokationen wehrten. Klasse – Getroffen! Mitten in die eigenen Reihen, einem Genossen an den Dötz. Wir meinen: Entweder war's ein Bulle, der da warf, oder jemand von uns, der feige und nicht ganz dicht ist!

4. Eine Genossin, die von den Bullen übel mißhandelt worden war, sagt hinterher: *„Die Genoss(inn)en, die mich kannten, waren alle sehr lieb um mich besorgt – eine unheimlich wichtige Kiste in so einer Situation. Auch wichtig, daß sie mich eingehakt hatten, weil ich noch so im Schock war, daß ich nicht garantieren konnte, vielleicht was Unbedachtes – wie Weglaufen oder Hinlegen oder nur Heulen oder was auch immer anderes Blödes zu machen ... Die Schweine schlagen ja nur gezielt auf Kopf und ins Gesicht!"*

Wir haben auch gesehen, wie ein Genosse, der ebenfalls gerade voll was von den Bullen abgekriegt hatte, dastand und in verzweifelter Empörung die Bullen beschimpfte, bis die wieder auf ihn losgingen. Irgendjemand legte aber vorher den Arm um den Genossen und zog ihn erstmal aus der Gefahrenzone ...

5. Jemand hat sofort einen Anwalt angerufen, eine Gruppe von Antifaschisten kriegte heraus, wo die Verhafteten gelandet waren, sie fuhren hin und ließen die drinne wissen: Hier draußen warten welche, wir wissen, daß ihr da seid. Wenn sie dich um 1 Uhr nachts laufen lassen, dann ist es gut, wenn da ein paar sind, die dich abholen.

6. Von einigen Antifaschisten wurden nach den Vorfällen freiwillig Augenzeugenberichte gemacht und einige andere brauchten nur noch eine einzige Aufforderung ... Die Solidarität mit denen, die eventuell wegen unseres gemeinsamen demokratischen Widerstandes vor Gericht stehen werden, beginnt j e t z t.

IKAH Antifagruppe

Polizeiüberfall auf Kommunikationszentrum

Samstag, 17. Mai 1980: Im selbstverwalteten Kommunikationszentrum Bambule spielt die Hamburger Punkband „Buttocks". Schon zu Beginn des Konzerts tauchen vier Polizisten auf, weil Scherben auf der Straße liegen. Als diese beseitigt werden, gehen sie wieder. Nach Beendigung des Konzerts wollen zwei Polizisten den Verantwortlichen für eine angeblich abgebrochene Autoantenne finden. Sie werden aber nicht in die Bambule gelassen und nach einem Hausdurchsuchungsbefehl gefragt, doch die Bullen nehmen prompt die Personalien des Fragers auf. Die Herren werden aufgefordert, ein Telefonat mit einem Anwalt abzuwarten, aber sie hören der Frau, die telefoniert hat, nicht im geringsten zu.

Zwischendurch rufen die mittlerweile vier Polizisten Verstärkung und die gesamte (!) Einsatzbelegschaft des Polizeipräsidiums (30 Bullen) rückt an, so daß die Bullen nicht mal mehr einen Streifenwagen zu einem Unfall in der Nähe schicken können! Die Frau, die mit dem Anwalt telefoniert hat, wird abgeführt, weil sie das einseitige „Gespräch" mit den Polizisten mit den Worten: „Nun, verpiss dich mal endlich" beendet hat. Mehrere Leute versuchen, den Wagen, in den sie gezerrt wird, aufzuhalten. Unter Einsatz der Chemischen Keule und Knüppeln werden die Leute abgedrängt. Gleichzeitig stürmen mit der Chemischen Keule um sich spritzende Bullen die Bambule und nehmen einen „Buttock" fest, der gerade verdächtigerweise sein Schlagzeug abbaut. Ein paar andere Polizisten verfolgen durch den Hinterausgang einige in die über der Bambule gelegene Wohnung. Erst als jemand sagt, daß Kinder im Haus sind, hören sie auf zu sprühen und verlassen das Haus. Auf der Straße verpassen sie einem auf dem Boden Liegenden noch eine zusätzliche Ladung CN unter die Augen. Beim Abmarsch greifen sie noch wahllos einen Punk raus → dann ab zur Wache. Nach ca. einer Stunde kommen die drei Festgenommenen wieder frei.

Das Bambule hat sofort mit Flugblättern auf diesen Polizeiüberfall aufmerksam gemacht. Weil sich dieser Vorfall in eine Serie ähnlicher Polizeiübergriffe (z.B. Gorlebendemo auf dem Kohlmarkt) in Braunschweig einreiht, wird es am Samstag, dem 7.Juni, eine Demonstration mit Abschlußkundgebung geben, die sich gegen den Polizeiterror, Einschüchterung und Unterdrückung richten soll.

KB/Gruppe Braunschweig



Die Krefelder Initiative gegen Polizei- und Behördenwillkür vertreibt den Kleber gegen Vorauskasse in Briefmarken oder auf Konto der Initiative Sparkasse Krefeld Konto 137 422 BLZ 320 501 30
unter 10 pro Stück 1,00 DM, ab 10 pro Stück 0,80 DM - inklusiv Porto
Kontakt: Krefelder Initiative gegen Polizei- und Behördenwillkür, c/o Hans Boeck, Geldernsche Straße 63, 4150 Krefeld 1

NPD & Co.: ... mit Rassismus in die achtziger Jahre!

Wie wir bereits in AK 174 berichteten, wurde zu Jahresbeginn in NRW eine „Bürgerinitiative Ausländerstopp" gegründet. Träger dieses Vereins ist die NPD; auch die zentrale Adresse der Rassisteninitiative ist identisch mit der der NPD-Landeszentrale in Bochum-Wattenscheid. Die Nazis versprechen sich von dieser BI nicht nur eine spürbare Ausweitung ihrer ausländerfeindlichen Hetze, sondern peilen sogar d i r e k t greifbare Ergebnisse an: Ziel ist die Durchsetzung eines „Volksbegehrens" in Nordrhein-Westfalen, um „eine Gesetzesinitiative zur Rückführung der ausländischen Arbeitnehmer mit ihren Familien in ihre Heimatländer herbeizuführen,."

In diesem Artikel wollen wir uns nun eingehender mit der von NPD und „BI Ausländerstopp" verbreiteten Ausländerhetze befassen, mögliche Konsequenzen aufzeigen und schließlich auf einen Aspekt hinweisen, der in der öffentlichen Diskussion bislang kaum präsent ist, wohl aber eine erhebliche Brisanz besitzt: Daß nämlich westdeutsche u n d ausländische Faschisten in dieser Angelegenheit gleichermaßen aktiv sind und – so widersprüchlich dies zunächst auch klingen mag – dabei sogar zusammenarbeiten!

3.000 Unterschriften benötigt die „BI Ausländerstopp" um ihr „Volksbegehren" ordnungsgemäß beantragen zu können (das „Volksbegehren" ist ein dem in der NRW-Landesverfassung verankerten „Volksentscheid" vorgelagertes öffentliches Abstimmungsverfahren; bei genügend großer Beteiligung an einem „Volksbegehren" kann dann ein „Volksentscheid" durchgesetzt werden). Wie die NPD-nahe Zeitschrift **„Nation Europa"** in ihrer Mai-Ausgabe meldet, konnte die erforderliche Zahl an Unterzeichnern mittlerweile aufgebracht werden, so *„daß in NRW die Voraussetzungen zur Einleitung des Volksbegehrens bereits erfüllt sind"* (nach „Nation Europa", NE, 5/80).

Von etwaigen Maßnahmen der Landesregierung oder der ihr unterstellten Behörden g e g e n das geplante „Volksbegehren" ist demgegenüber nichts bekannt. Dabei hatte immerhin der DGB-Landesvorsitzende Siegfried Bleicher persönlich bereits im April Strafanzeige gegen die „BI Ausländerstopp" bei der Bochumer Staatsanwaltschaft erstattet: *„Nach Auffassung des DGB-Vorsitzenden erfüllt es den Tatbestand der Volksverhetzung, daß die Aktion mit einem Volksbegehren die weitere Integration ausländischer Arbeitnehmer verhindern will"* („Die Neue", 25.4.80).

Offenkundig ist außerdem, daß die „Ausländer raus"-Kampagne der „BI Ausländerstopp" alles andere ist, als eine neonazistische „Eintagsfliege". Allein die angestrebte Dimension dieser Kampagne („Volksbegehren"!) müßte schon vom Gegenteil überzeugen. Darüberhinaus ist entsprechenden Beschlüssen und Veröffentlichungen der NPD unzweifelhaft zu entnehmen, daß die Faschisten ihre Aktivitäten in Richtung „Ausländerproblem" als d e n Schwerpunkt ihrer zukünftigen Politik begreifen. **Bernd Dröse**, Mitglied des NPD-Parteivorstandes und daselbst „Experte" in Sachen
d e n Schwerpunkt ihrer zukünftigen Politik begreifen. Bernd Dröse, Mitglied des NPD-Parteivorstandes und daselbst „Experte" in Sachen
Ausländerhetze, sieht angesichts *„dieser ungeheuren Bedrohung unseres Volkes"* gar *„sämtliche anderen Probleme und Fragen"* verblassen: *„Das deutsche Volk hat in seiner Geschichte kaum je eine derartig gewaltige Bedrohung erlebt..."* (Dröse in „profil – Nationaldemokratische Schriftenreihe", Heft 10/1979). Und in der von NPD und „BI Ausländerstopp" vertriebenen Hetzbroschüre „Chicago droht" heißt es: *„Das Ausländerproblem wird d a s Problem der späten 80er und der 90er Jahre. An der Schwelle zum nächsten Jahrzehnt muß dann die E n t s c h e i d u n g fallen. Soll das deutsche Volk, soll Europa im Schmelztiegel der Völker endgültig und für alle Zeit untergehen – oder sollen die Völker Europas in einer großen Kraftanstrengung überleben!"* Diesen Ausführungen entspricht auch eine Entschließung des letzten NPD-Bundesparteitages in Ketsch, in der u.a. behauptet wird: *„Die ‚Integration' der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer führt in letzter Konsequenz zur Zerstörung der europäischen Kulturnationen. Das deutsche Volk in der Bundesrepublik wird dabei als erstes zugrunde gehen"* (zit. n. „Deutsche Stimme", 1/80). Verwiesen sei schließlich noch auf die Tatsache, daß die NPD zu den diesjährigen Bundestagswahlen unter der zentralen Parole **„Ausländerstopp – Deutschland den Deutschen"** antreten wird.

Die NPD-Ausländerpropaganda ist in ihrem Kern offen rassistisch: Nach Auffassung der Nazis gibt es nämlich *„nicht zu leugnende angeborene Unterschiede zwischen den Menschen und zwischen den menschlichen Großgruppen"* („Chicago droht"). Daher sei die „Vermischung" unterschiedlicher „Völker und Rassen" von Übel, deren Integration nicht nur zum Scheitern verurteilt, sondern geradezu gemeingefährlich: *„Das Durcheinanderwürfeln von Menschen verschiedener, grundlegend unterschiedlicher Kultur und Mentalität brachte in der Geschichte immer wieder furchtbare Auseinandersetzungen"* (zit. aus der Hetzbroschüre „Völkerchaos in Deutschland", die ebenfalls durch die „BI Ausländerstopp" vertrieben wird). *„Es wird früher oder später ... zu einer gewaltigen Explosion, einem ungeheuren Rassenkampf kommen"*, meint die NPD; und Dröse befürchtet, daß die *„Ausländerinvasion"* den *„Deutschen in der Bundesrepublik"* das *„Genick brechen"* könne: *„Bei Fortsetzung dieser Entwicklung sind die Deutschen in der Bundesrepublik innerhalb weniger Generationen zur Minderheit geworden. Ja, der Zeitpunkt läßt sich absehen, an dem die Deutschen hier ausgelöscht (!) werden"* (aus „profil").

Drahtzieher und Nutznießer dieser schrecklichen Verschwörung gegen „die Deutschen" sind – so weiß die NPD zu berichten – die *„internationalen Bonzen im Kreml und der Wallstreet"*, denen es darum gehe, *„Europa rassisch das Genick zu brechen"*. *„Sie wollen einen ‚melting pot', einen Einheitsbrei der Völker schaffen, der sich leicht beherrschen läßt. Es soll keine selbstbewußten Völker, keine Nationen mehr geben, die sich gegen kapitalistische Profitgier und kommunistischen Panzerimperialismus wehren"*. Gegen diese „Bedrohung" gelte es nun endlich Front zu machen, denn *„uns Nationaldemokraten ist es nicht egal, daß das deutsche Volk als geschichtliche, kulturelle und auch biologische Gemeinschaft verschwindet und einem unbegrenzt manipulierbaren Einheitsbrei der Völker Platz macht"*. Deutlicher noch Dröse: *„Es lohnt*
unbegrenzt manipulierbaren Einheitsbrei der Völker Platz macht". Deutlicher noch Dröse: „Es lohnt
sich nicht mehr, für Deutschlands Einheit zu kämpfen, wenn es hier nur noch Yussufs und Alis gibt" (alle Zitate aus „profil").

Die Ähnlichkeit derartiger Tiraden mit der seinerzeit durch die NSDAP verbreiteten Rassenhetze ist geradezu verblüffend. Zum Vergleich einmal Originalton Hitler: *„...Doch ist die Gefahr sehr groß, daß der einmal blind gewordene Mensch die Rassenschranken immer mehr einreißt, bis endlich auch der letzte Rest seines besten Teils verloren ist. Dann bleibt wirklich nur mehr ein Einheitsbrei übrig, wie er den famosen Weltverbesserern unserer Tage vorschwebt... Wer nicht will, daß die Erde diesem Zustand entgegengeht, muß sich zur Auffassung bekehren, daß es die Aufgabe vor allem der germanischen Staaten ist, in erster Linie dafür zu sorgen, daß einer weiteren Bastardisierung grundsätzlich Einhalt geboten wird"* (aus „Mein Kampf").

Neben rassistischen Erwägungen dieser Qualität, die zuvorderst die „Zerstörung" der „biologischen" und „kulturellen" Substanz des „deutschen Volkes" als Schreckgespenst an die Wand malen, versuchen die Nazis auch, die verbreitete Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzunsicherheit für ihre „Ausländer raus"-Propaganda zu instrumentalisieren: **„Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeiter!"**, lautet einer der bekanntesten NPD-Slogans. *„Wozu brauchen wir italienische Kellner, portugiesische Liftboys, marokkanische Taxifahrer, nigerianische Tramschaffner, ägyptische Apotheker, libanesische Politikstudenten, pakistanische Wurstbudenfigaros, persische Teppichhändler, syrische Frauenärzte, türkische Transistorkrämer, griechische Schlagersänger, ja Konzertmusiker, jugoslawische Bauingenieure?"*, heißt es in „Chicago droht". Gehetzt wird ebenso auch gegen ausländische Schüler und Studenten sowie gegen die *„sozialen Folgekosten der Ausländerinvasion"* im allgemeinen...

Rassisten im Aufwind

Inwieweit speziell der NPD mit ihrer „Ausländer raus"-Kampagne Erfolge beschieden sein werden, ist derzeit natürlich nicht abzusehen. Nach wie vor gilt, daß die politische Breitenwirkung der NPD-Propaganda seit Beginn der 70er Jahre kontinuierlich abgenommen hat. Andererseits haben sich die Nazis mit dem „Ausländerproblem" einer Frage angenommen, zu der reaktionäre Auffassungen und Forderungen nach Art der NPD in b r e i t e n Kreisen der Bevölkerung präsent sind. Im Gegensatz z.B. zum neonazistischen Propagandaschwerpunkt „Vergangenheitsbewältigung" („Kriegsschuldlüge", „6-Millionen-lüge", „Laßt Heß frei" u.ä.), dessen Ausstrahlungskraft recht begrenzt ist und der auch in Teilen der „Szene" als „rückwärtsgerichtet" und eher „belastend" begriffen wird, ist die NPD-Ausländerhetze auf ein durchaus brennendes Problem der Z u k u n f t gerichtet. Immerhin kann sich die „BI Ausländerstopp" hinsichtlich ihrer Aktivitäten auf das Ergebnis einer „Meinungsumfrage" berufen, die der damalige NRW-Innenminister Hirsch Anfang 1979 der Öffentlichkeit präsentierte: *„19 Prozent der Bürger an Rhein und Ruhr wollen den Ausländern die Möglichkeit der Einbürgerung verwehren. 50 Prozent plädieren für eine Rückkehr dieser Ausländer in ihre Heimat. Nur eine kleine Gruppe von 13 Prozent der Bevölkerung tritt dafür ein, diese Menschen die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben und als Deutsche mit uns leben zu lassen..."* („Bürgerinitiative Ausländerstopp informiert") Desweiteren kann auf einen Großteil der bürgerlichen Medien verwiesen werden, die die „Ausländerfrage" ebenfalls in diesem Sinne „problematisieren". Die „Frankfurter Allgemeine" z.B. brachte am 12.4.80 auf der Titelseite einen Kommentar („Zu viele Türken?"), in dem es u.a. hieß: *„Für ein Land gibt es nicht nur Grenzen der Integrationsfähigkeit, es gibt auch Grenzen der Toleranz. Liberalität muß da ihre Grenzen haben, wo das Zusammenleben der Gesellschaft in Frage gestellt wird. Der Bogen wird überspannt, wenn in unserer Mitte immer mehr Menschen leben, die wir nicht verstehen, die uns nicht verstehen und die mit uns nicht wirklich zusammenleben wollen – oder können"*.

Aufwind für rassistische und biologistische „Theorien" und Publizistik konstatiert auch M.Buchholz, der in der Tageszeitung „Die Neue" gerade eine lesenswerte Artikelserie zu diesem Thema veröffentlicht. Er zitiert dort u.a. auch einen sehr bezeichnenden Leserbrief, den **Prof. Dr. Irenäus Eibl-Eibesfeld** von der „Forschungsstelle für Humanethologie am Max-Planck-Institut für Verhaltensforschung" an die Wochenzeitung „Die Zeit" sandte. Eibl-Eibesfeld bedankt sich dort für die in der „Zeit" unter dem Titel „Wir, die Ungleichen" erschienenen Aufsätze eines Dieter E. Zimmer und meint u.a.: *„Bei uns wird ja viel die Frage diskutiert, ob wir unser Land zum Einwanderungsland machen wollen und Flüchtlinge aus aller Welt (Afrika eingeschlossen) aufnehmen sollen. Denkt man an die Belastung künftiger Generationen, dann muß man wohl auch mit die Begabung der neu aufgenommenen Bevölkerungsgruppen berücksichtigen, sonst handelt man unseren Enkeln gegenüber verantwortungslos"* (zit. nach „Die Neue", 13.5.80). Etwas deutlicher noch als der Herr Professor vom „Max-Planck-Institut" hat unlängst der hessische Landrat (!) **Dr. Siegfried Sorge** in der „Oberhessischen Presse" verlauten lassen können, was „Sache" ist. Sorge schrieb dort u.a.: *„Die Anhänger des Islams sind nicht gewillt, sich in die deutsche Volksgemeinschaft einzugliedern, sondern wollen ihre nationalen und religiösen Eigenarten bewahren. Wie das aussieht, kann jeder erfahren, wenn er einmal Kreuzberger Nächte an Ort und Stelle erlebt. Der Islam ist erwacht und sieht eine Chance, das in den letzten 1250 Jahren verlorene Terrain in Europa wiederzugewinnen...*

Wir werden dann möglicherweise wieder erleben, was es heißt, wenn religiöse oder weltanschauliche Macht und Staatsmacht in einer Hand sind... Dann gute Nacht 2000 Jahre abendländisch-christliche Kultur, dann gute Nacht demokratische Freiheit und Menschenrechte. Dann war es umsonst, daß Karl Martell die Araber vor 1250 Jahren bei Tours und Poitiers geschlagen hat, dann war die Mongolenschlacht bei Liegnitz 500 Jahre später umsonst, und dann hat Johann Sobieski vor 300 Jahren umsonst das von den Türken belagerte Wien befreit...

...die Grenze für die Aufnahme von Ausländern ist erreicht, nicht nur aus arbeitsmarktpolitischen Gründen, sondern auch aus staatserhaltenden Gründen, wenn wir nicht die eigenen Interessen der deutschen Bevölkerung aufs Spiel setzen wollen. Wir brauchen also einen Einreisestopp für Ausländer asiatischer Herkunft und eine zahlenmäßige Begrenzung der Asylbewerber... Es ist höchste Zeit zum Handeln. Die Türken stehen nicht mehr vor Wien, sie sitzen bereits in Berlin und Stadtallendorf" (zit. aus „FR", 19.5.80).

Wir wollen es mit dieser Dokumentation rassistischer, ausländerfeindlicher Strömungen und Auße-
mentation rassistischer, ausländerfeindlicher Strömungen und Auße-
rungen bewenden lassen. Deutlich dürfte dabei geworden sein, daß die Nazis, mit ihrer „Ausländer raus"-Propaganda beileibe nicht alleine dastehen: selbst bei der zuletzt zitierten wüsten Pöbelei des Landrats Sorge sollte beachtet werden, daß dieser Vogel immerhin als Landesvorsitzender der hessischen „Freien Wählergemeinschaft" fungiert...

Daneben kann die NPD darauf vertrauen, daß der in der „Ausländerfrage" enthaltene „soziale Sprengstoff" zukünftig noch erheblich anwachsen und damit ausreichend Ansatzpunkte für rassistische Bestrebungen hergeben wird. Es sei an dieser Stelle nur auf das Problem der sog. „2. Ausländergeneration" verwiesen, also auf die hunderttausende hier geborenen oder hier aufgewachsenen Ausländerkinder, die in diesem Jahrzehnt volljährig werden. Sie sind in besonderer Weise von Arbeitslosigkeit, Lehrstellenverknappung, Bildungselend usw. betroffen, haben Sprachschwierigkeiten, sind z.T. Analphabeten, sozial ausgegrenzt und politisch entrechtet, in ihrer „Heimat" (nämlich der BRD) fremd und in der Heimat ihrer Eltern (Türkei, Griechenland, Jugoslawien usw.) ebenso. Auf dem Hintergrund dieser Verelendung und Diskriminierung prognostiziert die NPD nicht ganz zu Unrecht Zustände, wie sie in den USA bereits seit langer Zeit an der Tagesordnung sind (Slums, Kriminalität, Bandenbildung u.a. soziale Konflikte dieser Art).

Es liegt auf der Hand, daß diese Situation Ergebnis einer Politik der Nichtintegration, der bewußten Ausgrenzung, Ghettoisierung, der politischen und sozialen Diskriminierung ist, wie sie die westdeutschen Imperialisten den Ausländern gegenüber von Anfang an betrieben haben und



Kiosk im Dortmunder Türkenviertel

Fortsetzung nächste Seite

Ausländerpolitik in Westberlin:

Was heißt denn da »Integration«?

25 Jahre, nachdem die ersten ausländischen Arbeiter in die BRD und Westberlin geholt wurden, stellen Bundes- und Landesregierungen die Sorge „um die Eingliederung besonders der jungen Ausländer in die Gesellschaft und Arbeitswelt" zur Schau und legen dazu Programme und Konzepte vor (so zeitgleich am 19.3.80 die Bundesregierung und der Westberliner Senat). „Integration" heißt die Devise, um den „sozialen Frieden" zu bewahren.

Im folgenden soll auf das Ausländerprogramm des Westberliner Senats eingegangen werden, dem besondere Bedeutung zukommt, denn in Westberlin leben und arbeiten mehr Ausländer als in irgendeiner westdeutschen Stadt.

Der sozialliberale Senat der Stadt erhebt den Anspruch, mit diesem Programm *„bei der Vorbereitung von Schritten für eine verbesserte Eingliederung von Ausländern in unsere Gesellschaft ganz vorn"* zu stehen (Reg. Bürgermeister Stobbe am 19.3.).

Unterstrichen werden soll dieser Anspruch etwa damit, daß auf einem SPD-Landesparteitag sogar mal ein Türke ein Hauptreferat halten darf, daß der Senat sich mehrere Tage zur Ausländerfrage in Klausur begibt und dort 70-seitige „Leitlinien und Maßnahmen zur Ausländerintegration" ausbrütet.

Es tut gut, angesichts großer Gesten und Programme sich auch etwas um das Materielle zu kümmern. Und da findet frau/man, daß der Senat mit der erstaunlichen Summe von 14,4 Mio DM zwei Jahre lang für *„die soziale Frage, die dieses Jahrzehnt prägen wird"* (so Innensenator Ulrich auf dem SPD-Landesparteitag am 27.1.80), auskommen will. Erstaunlich, weil schon der Umbau eines der verkorksten Mittelstufenzentren mehr und beispielsweise der Bau des Verkehrsmuseums das Zehnfache kostet. Kaum deutlicher kann sich die zur Schau gestellte Absicht, endlich mal etwas für die ausländische Bevölkerung zu tun, als hohles Getöse entlarven.

Die einzelnen anvisierten Maßnahmen verstärken diesen Eindruck: Als „einen wesentlichen Schwerpunkt" seiner Bemühungen zur Ausländerintegration gibt der Senat „Erziehung und Bildung der jungen Generation" an (S. 25). Daß auf diesem Gebiet tatsächlich Erhebliches unternommen werden müßte, beweist die traurige Bilanz bisheriger Schulpolitik: So erhielten im letzten Schuljahr über 70 % der ausländischen Hauptschulabgänger in Westberlin keinen Schulabschluß; so wurde bundesweit ermittelt, daß ausländische Jugendliche dreimal seltener als deutsche Jugendliche eine Lehrstelle bekommen und zu 60 % ungelernte und zu weiteren 16 % angelernte Arbeiter werden („Tagesspiegel"/Tsp., 14.3.80). Die Konsequenz, die der Senat daraus zieht: Novellierung des Westberliner Schulgesetzes mit dem Ziel, ausländische Jugendliche, die beim Zuzug 14 oder 15 Jahre alt sind, von der allgemeinen Schulpflicht und ausländische Jugendliche ab dem 16. Lebensjahr von der Berufsschulpflicht zu ‚befreien' und in Sonderlehrgänge („Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung junger Ausländer") abzuschieben (S. 29 u. 44).



Ausländer in Abschiebehaft

Ein Hohn, diese Abschiebung, die diese ausländischen Jugendlichen für die schlechtesten Arbeitsplätze geradezu prädestiniert, als ‚Integrations'-Maßnahme zu bezeichnen!

Die übrigen Maßnahmen beschränken sich auf Flickschusterei: Ein paar Frequenzsenkungen in Klassen mit hohem Ausländeranteil, fachliche Qualifizierung von 90 Lehrern für den Unterricht mit Ausländern bei 30.000 ausländischen Schülern (d.h. 1 qualifizierter Lehrer auf über 300 Schüler) (S.30), ein „Modellversuch Türkisch als 1. Fremdsprache", der diesen Namen nicht einmal verdient (s. Artikel im AK 174, S.23), Volkshochschulkurse zur Sprachförderung und zum Nachholen von Schulabschlüssen, bei denen am bemerkenswertesten ist, daß sie von den beantragten 1,1 Mio. auf 375.000 DM zusammengestrichen wurden. Bestes ‚Krisenmanagement' beweist der Senat mit dem für die Zukunft verstärkt vorgesehenen Transport ausländischer Schüler zu Schulen in Bezirken mit geringem Ausländeranteil. Damit wird zwar kein Problem für die ausländischen Schüler gelöst (sie werden vielmehr wiederum aus ihrer Umgebung herausgerissen und isoliert), aber optisch läßt sich so die chaotische Situation an den Schulen in Bezirken mit hohem Ausländeranteil für kurze Zeit entdramatisieren.

Als ähnlich hohl erweisen sich die ‚Integrationsmaßnahmen' auf rechtlichem Gebiet: Hier wird als Kernstück die „Schaffung eines Einbürgerungsanspruchs" für die „jungen integrationswilligen Ausländer" angegeben. Doch der Haken folgt sogleich, denn im von Westberlin unterstützten diesbezüglichen Gesetzentwurf von Nordrhein-Westfalen wird dieser Rechtsanspruch daran gekoppelt, daß *„der junge Ausländer ... sich um die Entlassung oder Aufgabe seiner bisherigen Staatsangehörigkeit bemüht"* (S. 11). Doch ist es nicht vermessen bzw. unverschämt, zu erwarten, daß ein junger Ausländer die Hoffnung, in seine Heimat zurückkehren zu können, verkauft gegen die zweifelhafte ‚Ehre' der Staatsbürgerschaft in einem Land, das ihn und seine Landsleute Diskriminierung und Feindschaft tagtäglich spüren läßt? Der Senat weiß das auch genau, denn Innensenator Ulrich bestätigt, *„daß die Bereitschaft der Türken zur Einbürgerung doch sehr gering ist"* („Berliner Stimme", 29.3.80). So besteht der begründete Verdacht, daß das Winken mit dem „Anspruch auf Einbürgerung" nur als Legitimation dafür herhalten soll, der übergroßen Mehrheit der Ausländer in der BRD und Westberlin als angeblich ‚integrationsunwillig' den Anspruch auf Gleichberechtigung weiterhin zu versagen. Zwar wird an zwei Stellen der Senatsleitlinien die Rechtlosigkeit der Ausländer etwas entschärft: So sollen Ausländer, die gerichtlich verurteilt wurden, nicht mehr unter allen Umständen abgeschoben werden (S.18). Außerdem soll nachgezogenen Ehegatten ‚schon' nach 1/2 bis 2 Jahren eine Arbeitserlaubnis gegeben werden. Letzteres nicht aus prinzipiellen, sondern derzeitigen ökonomischen Gründen, da dies „der Arbeitsmarktlage mit personellen Engpässen in einzelnen Wirschaftsbereichen" entspricht (S.8). Daß es sich hier wiederum um nichtqualifizierte (d.h. beschissene) Arbeitsplätze dreht, läßt sich leicht erraten. Insgesamt werden in den Leitlinien die die Ausländer diskriminierenden (Un-)Rechtsbestimmungen bestätigt: Weiterhin wird ihnen das Wahlrecht, selbst im kommunalen Bereich, verwehrt; weiterhin wird die diskriminierende Zuzugssperre für Ausländer zu den Westberliner Bezirken Tiergaren, Wedding und Kreuzberg (mit geringen, durch ein Gerichtsurteil erzwungenen Änderungen – „Gestattung des Familiennachzugs") aufrechterhalten. Als eklatantes Beispiel, die Ausländer rechtlos zu halten, sticht aus der jüngsten Zeit die Forderung der Westberliner Polizei hervor, die Mitglieder türkischer Arbeitervereine namentlich zu registrieren.

Was ist also dran an dem ‚Integrationskonzept'? Sicherlich wird unter dem Senats-Motto „Vom Gastarbeiter zum Mitbürger" (Stobbe, 19.3.80) weniger offener Rassismus verbreitet als von der CDU, deren Westberliner Fraktionsvorsitzender Lummer im rechten Frontstadtton zur Ausländerpolitik erklärte: *„Berlin ist eine Stadt, die ihren Bürgern aufgrund der besonderen Lage ein besonders hohes Maß an Identifizierungsbereitschaft abverlangt. Dies ist nur möglich, wenn der deutsche Charakter der Stadt nicht zu stark dadurch belastet wird, daß ihr in zu kurzer Zeit zu große Integrationsprobleme zugemutet werden"* („Berl. Rundschau", 21.2.80). Trotz schöner Worte bleiben die Ausländer auch für den Senat Menschen 2. Klasse. Ständig ist die Rede davon, daß durch die Ausländer Schulen, andere Institutionen, ganze Bezirke äußerst „belastet" oder „überlastet" würden. Als „Belastung" werden also letztlich die Ausländer selbst hingestellt. Entsprechend beschränkt sich ein Großteil der Senatsmaßnahmen darauf, die Ausländer durch Zuzugssperre, Zuwanderungsstop, verschärfte Asylverfahren hin- und her- und abzuschieben, um sie zu „entballen" und für die „Integration" bessere „Mischungsverhältnisse" zu erreichen. Probleme entstehen aber nicht durch die Ausländer und auch nicht durch ihre hohe Anzahl, sondern durch eine jahrzehntelange Politik, die die Arbeitskraft der Ausländer ausnutzt, sich aber über deren Bedürfnisse und Ansprüche arrogant hinwegsetzt. Das Integrationskonzept des Senats mit seiner lächerlichen finanziellen Ausstattung und der Fortschreibung der rechtlichen Diskriminierung der ausländischen Bevölkerung kann von dieser kaum als gutgemeinter Kurswechsel in der Ausländerpolitik, sondern eher als Zumutung angesehen werden.

Hoffen wir, daß sich die Regierungen wenigstens nicht ganz zu Unrecht um die Erhaltung des „sozialen Friedens" Sorgen machen müssen.

Ein Westberliner Genosse

Anmerkung: Die Angabe der Seitenzahlen bezieht sich auf „Leitlinien und neue Maßnahmen zur Ausländerintegration in Berlin und deren Durchführung", Landespressedienst Berlin.

...mit Rassismus

Fortsetzung von Seite 18

weiter betreiben. Demgegenüber stellen die Faschisten die realen Verhältnisse geradewegs auf den Kopf, wenn sie das heutige und zukünftige „Ausländerproblem" ausgerechnet als Folge einer *„menschenverachtenden Integrations(!!!)-Politik"* angreifen. Es liegt freilich in der Logik ihrer Politik, die beschriebenen Mißstände durch die davon am schärfsten Betroffenen ausbaden zu lassen. Entsprechend vertritt die NPD Positionen, die auf eine n o c h schärfere Diskriminierung der Ausländer abzielen. Neben ihrer Hauptforderung – „Rückwanderung der Ausländer in ihre Heimat" – propagieren die Nazis u.a.:

Beschränkung der Verweildauer, Zuzugsverbot in Ballungsräume, Einstellen des Familiennachzugs, schrittweiser und systematischer Abbau ausländischer Arbeitskräfte, Ausgliederung der Ausländer aus der westdeutschen Arbeitslosen- und Rentenversicherung, Verlassen des Landes nach einer Arbeitslosenzeit von zwei Monaten, Kindergeld nur für Deutsche usw.usf. (Angaben nach „profil").

Auch hierbei ist zu berücksichtigen, daß die etablierte „Ausländerpolitik" von tendenziell ähnlichen Überlegungen und Vorstößen gekennzeichnet ist. So schreibt denn auch die bereits zitierte Nazi-Zeitschrift „Nation Europa": *„Als erste Erfolge sind zu verbuchen, daß namhafte Politiker wie Alfred Dregger konkrete Maßnahmen gegen die illegale Einwanderung – Grenzrichter zur Abwehr von Scheinasylanten – fordern und NRW-Arbeitsminister Farthmann ‚keine weiteren ausländischen Arbeitnehmer' mehr ins Land lassen will..."* („NE" 5/80).

NPD und ausländische Faschisten: Identische Interessen

Eine potentielle Gefahr ist nicht nur die von der NPD anvisierte Formierung eines aktiv rassistischen Potentials unter der „einheimischen" westdeutschen Bevölkerung. Ebenso bietet die vorhandene Ausländerdiskriminierung auch a u s l ä n d i s c h e n Faschisten einen fruchtbaren Nährboden für ihre politischen Ziele. So hat die rechtsradikale türkische Mördertruppe MHP (bekannter unter der Bezeichnung „Graue Wölfe"), deren Mitgliederstärke allein in der BRD auf bis zu 50.000 (!) geschätzt wird, einer möglichen Integration ihrer in der BRD lebenden Landsleute ebenfalls den Kampf angesagt. Propagiert wird stattdessen ein „großtürkischer" Nationalismus, die Überlegenheit der „türkischen Rasse" und der Kampf gegen „jüdische Blutegel", „griechische Läuse" und „rotes Ungeziefer". Nationalitätentrennung wird bei den „Grauen Wölfen" großgeschrieben; so soll auch die Erziehung der hier aufwachsenden türkischen Kinder ausschließlich Institutionen wie den rechten islamischen „Koran-Schulen" vorbehalten bleiben, um – wie die türkischen Nazis es nennen – den *„in Deutschland aufwachsenden türkischen Kindern die türkische Kultur und Tradition"* beizubringen. Was darunter u.a. zu verstehen ist, beschrieb ein „Verein der Koranschulen" in einem Flugblatt so: *„Die türkischen Kinder, die ohne nationale und religiöse Kultur aufwachsen, müssen aus den Händen kommunistischer Lehrer und Priestererzieher gerettet werden. Denn der Feind nähert sich in hinterhältiger Verkleidung. Sobald Du die freundliche Maske herunterreißt, taucht dahinter ein häßliches Kommunisten-Gesicht auf, ein christlicher Missionar oder ein jüdischer Agent"* (zit. aus „Neofaschismus – Die Rechten im Aufwind", Westberlin 1979, S. 234).

Im übrigen setzen sich auch die türkischen Faschisten *„für die schnelle Rücksiedlung unserer Landsleute in die ihnen angestammte Heimat"* ein (Erklärung des türkischen „Idealisten-Vereins" München, zit. aus „profil").

So sind denn alle Voraussetzungen für die Zusammenarbeit westdeutscher und ausländischer Nazis auch in der „Ausländerfrage" gegeben. Dafür, daß eine solche Zusammenarbeit von beiden Seiten gewünscht wird, dafür, daß es sie bereits g i b t , existieren Belege. Bereits 1977 sprach sich der ehemalige Gestapo-Verbindungsmann und heutige Führer der „Grauen Wölfe", Alparslan Türkes, in einem Brief an die NPD *„für die Aktionseinheit unserer Partei und der NPD"* aus. Die NPD selbst meint: *„Wir Nationaldemokraten kämpfen gemeinsam mit unseren nationalistischen Kameraden anderer Völker für die Erhaltung der Eigenarten..."* (ebenda). In ihrer Hetzbroschüre „Chicago droht" wirbt die NPD/„BI Ausländerstopp" sogar für die „Koran-Schulen", die sie recht eigenwillig als *„den Willen der Ausländer"* interpretiert, *„ihre eigene Kultur, ihr eigenes Volkstum zu bewahren"*. Und aus ihrer Praxis weiß die „BI Ausländerstopp" zu berichten: *„Kontakte zu Ausländern, die sich gegen die Vernichtung ihrer Kultur und Nationalität wenden, könnten ... geknüpft werden"* („Bürgerinitiative Ausländerstopp informiert").

Soweit dazu. Die nordrhein-westfälische „Landeskonferenz antifaschistischer Arbeitskreise" hat mittlerweile mehrere Treffen durchgeführt, auf denen ein konkretes Vorgehen gegen die „BI Ausländerstopp" und ihr geplantes „Volksbegehren" erörtert wurde. Über erste Aktivitäten dazu werden wir demnächst berichten. Darüber hinaus hat die Beschäftigung mit diesem Thema gezeigt, daß wir im großen und ganzen s e l b s t noch vor der Aufgabe stehen, die „Ausländerfrage" in Richtung auf Entwicklung einer positiven Perspektive zu beantworten und zum Gegenstand unserer politischen Praxis zu machen. Als Beitrag zu dieser u.E. notwendigen Debatte werden wir in einem der nächsten AKs zur Frage der „Integration" Stellung nehmen.

Antifa-Kommission NRW

Anschlag auf türkische Faschisten

Kampagne gegen türkische Linke wird verschärft

Hamburg: Am Nachmittag des 28.5. wird der türkische Faschist Yussuf Kaya in der Eimsbüttler Osterstraße durch vier Pistolenschüsse schwer verletzt. Die Polizei verdächtigt den türkischen Antifaschisten Özkan Bektas der Tat. Nach ihm wird seither gefahndet. Der Verdacht gründet sich offensichtlich darauf, daß Kaya angeblich gleich nach dem Überfall den Namen Bektas genannt haben soll, was jedoch durch einen Augenzeugenbericht zumindest in Zweifel gezogen wird.

Özkan Bektas war das Opfer eines faschistischen Mordanschlags vom 24.3. am gleichen Ort, bei dem er nur mit knapper Not mit dem Leben davonkam (s. AK 175). Unter den festgenommenen Faschisten, die an dem Überfall beteiligt waren, befanden sich auch Yussuf Kaya und sein Bruder Mehmet Emin Kaya, beide bekannte Mitglieder der Hamburger „Grauen Wölfe". Von der Polizei erhielt Bektas nach dem Überfall keinerlei Unterstützung, im Gegenteil: Die festgenommenen Faschisten wurden nach kurzer Zeit wieder freigelassen, und Bektas mußte sich noch höhnische Sprüche der Bullen anhören. Seitdem war Bektas ununterbrochen erneuten Morddrohungen ausgesetzt. So drohten die „Grauen Wölfe" schon während der Gegenüberstellung nach dem Mordanschlag vom 24.3.: **„Wenn wir hier rauskommen, werden wir dich ermorden!"**.

Bektas muß die letzten zwei Monate unter ungeheurer Anspannung gestanden haben, mit der ständigen Gewißheit, daß die Faschisten einen erneuten Mordanschlag auf ihn verüben werden.

Wenn Bektas nun seinerseits die Schüsse auf den Faschisten abgegeben hätte, müßte das vor dem Hintergrund dieser Ereignisse gesehen werden. Unbeachtet bleiben diese Ereignisse natürlich bei den Scharfmachern gegen die türkische Linke, die schon seit längerem Verbotsforderungen gegen türkische demokratische Vereine vorbereiten. Nachdem nun einmal ein Faschist das O p f e r eines Überfalls wurde, überbieten sich Springers „Bild" und „Hamburger Abendblatt" gegenseitig mit Hetzartikeln gegen die türkischen Vereine. Das „Abendblatt" läßt sogar den Vorsitzenden des Graue -Wölfe-Zentrums „Türk Ocagi", Hassan Sal, zu Wort kommen: Die „Grauen Wölfe" würden ständig für Terrorakte verantwortlich gemacht, die in Wahrheit aber von Kommunisten begangen worden seien. Die Namen der „in Wahrheit" Schuldigen sind Springer auch schon bekannt: Als Mitglieder dieser „Terrorszene" werden der „Verein der fortschrittlichen Arbeiter aus der Türkei" und das „Komitee gegen türkische Faschisten" genannt. Polizei und Presse haben allem Anschein nach einen neuen Anlaß gefunden, ein Klima zu verbreiten, in dem mit verschärften Repressalien und Verboten gegen die türkischen antifaschistischen und demokratischen Vereine vorgegangen werden kann.

Letzte Meldung

Die türkische Tageszeitung „Hurriyet" vom 31.5.80 meldet, daß der türkischen Antifaschisten nicht unbekannte Polizeioffizier Neumann die Faschisten der „Türk Ocagi" aufgerufen hat, Bektas zu jagen und ihn der Polizei zu übergeben. Die Polizei scheint sich also mit der schon bekannten Zusammenarbeit mit den Faschisten nicht mehr zufrieden zu geben, sie fordert nun auch zur Selbstjustiz auf!

Fritz Teufel präsentiert Alibi



Die Erklärung Fritz Teufels in Auszügen

Fortsetzung von Seite 1

„Ich habe mir überlegt, was der Vorsitzende Geus sagen wird, wenn ich sage: ‚ICH HABE EIN ALIBI'. Ein Alibi für Lorenz, Drenckmann, Waffengeschäft Triebel usw. Wohlmöglich wird er sagen: ‚Herr Teufel, Ihre Witze waren auch schon mal besser'. Mag sein, aber ich habe bald fünf Jahre, genau 1638 Tage im Knast gesessen, davon 129 Tage im Hochsicherheitsmausoleum. Vier Wochen im Bunker, zeitweise im Hunger-, manchmal im Durststreik gegen die elenden Haftbedingungen politisch motivierter und anderer Sockendiebe unter den wechselnden Bedingungen der Kleingruppen- und Totaliso, der illegalen und der gesetzlich abgesicherten Kontaktsperre, der Zensur und des Trennscheibenterrors bei Besuchen, um auf den richtigen Zeitpunkt zu warten, um diesen Witz zu erzählen.

ICH HABE EIN ALIBI FÜR DIE LORENZ-ENTFÜHRUNG, FÜR RICHTER DRENCHMANNS VERSETZUNG IN DEN EWIGEN RUHESTAND, FÜR DIE RAZZIA BEIM WAFFENHÄNDLER TRIEBEL USW" (TAZ, 28.5.80).

Im weiteren Verlauf beschrieb Teufel sein Leben in Essen von April 74 bis Mai 75, seine Arbeit bei der Presswerk-AG, seine Kollegen.

„Also: Während die Bundesanwaltschaft der Theorie anhängt, ich sei in der fraglichen Zeit als Hirn(Bild-Zeitung: ‚Hirn der Negerkußbande'), als Texteschreiber oder als kleiner Angestellter der Bewegung 2. Juni tätig gewesen, führte ich, wie geschildert, ein viel alltäglicheres Leben als die mir unbekannten Lorenz-Entführer, von denen ich ein einfacher Fan bin, haben sie doch mit ihrer wohlüberlegten und trickreich durchgeführten Aktion gewollt oder ungewollt das Zeitalter der Spaßgerilja eingeläutet (Glöckchen) und das Kunststück fertiggebracht, Bundesregierung, Landesregierung und soweit man den Medien glauben darf: die Mehrheit der Regierten war sich einig: Gefangenschaft ist ein bitteres Los, man muß das Menschenmögliche tun, um den Gefangenen frei zu kriegen.

Medien glauben darf: die Mehrheit der Regierten war sich einig: Gefangenschaft ist ein bitteres Los, man muß das Menschenmögliche tun, um den Gefangenen frei zu kriegen.

Es ging um Peter Lorenz. Warum das nicht für alle Gefangenen, die Mitangeklagten und mich gelten soll, sehe ich nicht ein."

Sein langes Schweigen erklärte Teufel so: *„Als ich am 13.9.1975 mit einer Pistole im Hosenbund, verfälschten Papieren und einer Schrotflinte im Umzugsgut beim Betreten einer Wohnung in der Weddinger Koloniestraße zusammen mit Gabriele Rollnik von einem dort lauernden SEK-Kommando des Berliner Staatsschutzes verhaftet wurde, war mir klar, daß ich unter diesen Umständen meine sofortige Freilassung mit Aussicht auf Erfolg in Westberlin oder der BRD nur hätte betreiben können, wenn mir der Nachweis gelungen wäre, daß ich ein harmloser, neofaschistischer Spinner sei. Stattdessen wurde ich anhand meiner Fingerabdrücke als der im Zusammenhang mit der Lorenz-Entführung steckbrieflich gesuchte Fritz Teufel identifiziert. Mir war klar, daß Waffenbesitz, Urkundenfälschung, Fingerabdrücke in sogenannten konspirativen Wohnungen, in denen auch steckbrieflich gesuchte Genossen gewohnt, auch Besuche empfangen und wer weiß was getrieben haben mögen, in jedem Fall für fünf Jahre Knast gut sein würde.*

So faßte ich September 75 den teuflischen Plan, meine Trumpfkarte (Alibi) möglichst lange unentdeckt auf der Hand zu behalten, um sie in einem günstigen Moment auszuspielen.... Es ging mir ja darum und dies war die Chance, überzeugend die Methoden des Staatsschutzes und der Justiz bloßzustellen. Angesichts ihres Beweisnotstandes in Stadtgeriljaprozessen – das ist die Regel und nicht die Ausnahme – genügen vage Indizien und kühne Konstruktionen,um jeden zu verurteilen, der seine Unschuld nicht beweisen kann oder mag und der sich von Aktionen, die Gegenstand dieser Prozesse sind, nicht distanzieren mag.

Die Blutnacht von Stammheim, der politische Klimasturz durch Mogadischu, die Kontaktsperre und das gute Zureden von Anwälten und Mitgefangenen haben mich dazu gebracht, meinen ursprünglichen Plan aufzugeben (erst nach der Verurteilung auszusagen, Anm. AK) und noch vor Ende dieses Prozesses mit einem Alibibeweis das Kartenhaus der Anklage zum Einsturz zu bringen" (TAZ 28.5.).

Selbstkritisch merkte Teufel an, daß er in seinem Versuch, außerhalb der linken Szene in der Arbeiterklasse Fuß zu fassen, gescheitert sei: *„Ich lebte und fühlte mich als ‚Gastarbeiter' im ‚eigenen' Land, aber meine politische Praxis erschöpfte sich darin, als Illegaler nicht entdeckt zu werden".*

Sich illegal eine neue Existenz aufzubauen, hatte Teufel gemeinsam mit seinem Genossen ‚Leo' beschlossen. Als Leo (gemeint ist Werner Sauber, Anm. AK) im Mai 75 auf einem Parkplatz in Köln erschossen wurde, beschloß Teufel, nach Westberlin zurückzukehren.

„Davon abgesehen, hatte ich für die Rückkehr nach Berlin noch drei Beweggründe:

1. Die (wahrscheinlich unbegründete) Angst, der Staatsschutz könnte nach Leos Tod meine Spur als steckbrieflich Gesuchter im Betrieb aufnehmen. Mit dieser Angst habe ich meine Rückkehr rationalisiert.
2. Meine Sehnsucht nach intensiven menschlichen Kontakten und Liebesbeziehungen, wie ich sie losgelöst von der linken Siin und meiner alten Fritz-Teufel-Maske auf Anhieb nicht zu finden vermocht hatte.
3. Die Hoffnung, auch und gerade in Berlin wieder Möglichkeiten zu finden, als Illegaler mein Verhältnis zur Siin einerseits und den Kämpfen an allen Fronten zwischen Siin und Stadtteil neu zu bestimmen.

Gemeinsam mit anderen (Narre Schelmen und Spaßvögeln) ein KONZEPT SPAßGERILJA praktisch zu entwickeln. Was wir brauchen, ist ein tragfähiges Netz revolutionärer Spaßgeriljakommunen in Stadt und Land.

Schelmen und Spaßvögeln) ein KONZEPT SPAßGERILJA praktisch zu entwickeln. Was wir brauchen, ist ein tragfähiges Netz revolutionärer Spaßgeriljakommunen in Stadt und Land.

das die scheintote Metropolengesellschaft der vertorften Staatsmumien und tatterärschigen Familienväter subversiv untergräbt" (TAZ, 28.5.80).

Die Anwälte legten umfangreiches schriftliches Beweismaterial vor und nannten diverse Zeugen aus Teufels Essener und Bochumer Zeit (Bochum Juni bis Mitte August '75). Unter den genannten Zeugen befindet sich laut TAZ ein BKA-Beamter (!!!), der mit Ermittlungen über die Zeit in Bochum befaßt war.

Sie stellten den Antrag, für alle Angeklagten wieder in die Beweisaufnahme einzutreten.

Die Bundesanwaltschaft äußerte ihr „Unverständnis", weshalb Teufel erst so spät sein Alibi auf den Tisch lege. Er verscherze sich wegen Prozeßverschleppung eine Haftentschädigung. Im übrigen müsse überlegt werden, ob das Verfahren gegen Teufel abgetrennt werden könne und gegen die anderen fünf Angeklagten die Urteile gesprochen würden (den Antrag aller Verteidiger auf erneute Beweisanträge wertete das Gericht als Plädoyers). Im übrigen steht die endgültige Entscheidung, wie weiter verfahren werden soll, am 4. Juni an.

Nach allen Erfahrungen in „Terroristen"-Prozessen ist anzunehmen, daß Teufel in absehbarer Zeit freigelassen wird, aus seiner Aussage aber keine Schlußfolgerungen für die fünf anderen Angeklagten gezogen, sondern diese nach bewährter (Un)-Rechtssprechung verurteilt werden.

In der Westberliner Szene-Zeitung 883 hieß es bei Teufels erstem Prozeß sinngemäß: „Laßt den Fritz raus, wir brauchen ihn noch". Dem wollen wir uns heute anschließen: Laßt den Fritz (und die anderen) raus, wir brauchen sie noch.

Westberliner Antirepressionskommission des KB

»Den Täter haben wir schon, die Tat werden wir schon finden«

Seit acht Monaten schleppt sich nunmehr der Prozeß gegen Brigitte Heinrich vor dem Karlsruher Landgericht hin. Die Anklage lautet auf Verstoß gegen das Kriegswaffengesetz und Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Ende '73 und Anfang '74 soll Brigitte in der Schweiz gestohlene Waffen an der Grenze übernommen und an eine Gruppe der RAF weitergegeben haben.

Brigitte Heinrich ist nicht erst seit ihrer Festnahme bei der 75'er Aktion Winterreise ein ständig verfolgtes Opfer der bundesdeutschen „Rechts"staatsjustiz: die derzeitige Präsidentin des Studentenparlaments an der Frankfurter Universität ist seit 1971 der Verfolgung, Bespitzelung und Einknastung durch den Staat und seine Organe ausgesetzt.

Dieser Prozeß jetzt soll anscheinend für Gericht und Staatsanwaltschaft endlich auch juristisch die „Terroristin Brigitte Heinrich" herausbringen, die der Staatsschutz seit zehn Jahren gerne hätte.

Im AK 171 hat Brigitte in einem Interview schon selbst die Vorgeschichte des Prozesses beschrieben: 74/75 fünf Monate in strenger Isolationshaft mit schwerer Erkrankung, Entlassung aus der Haft nur unter schweren Auflagen wie wöchentliche Meldung bei der Polizei (seit nunmehr fünf Jahren!), Berufsverbot, plötzliches Auswechseln der Anklage bei Fortsetzung des Verfahrens unter gleichem Aktenzeichen, Verlegung des Prozesses nach Karlsruhe, Ausschaltung der Öffentlichkeit...

Dem Vorwurf, Brigitte hätte '73/74 Waffen über die Schweizer Grenze in die BRD geschmuggelt, liegen Aussagen von drei Schweizern und den daraus gezogenen Konstruktionen der schweizer und bundesdeutschen Justiz zugrunde.

Die drei Schweizer Städeli, von Arb und Egloff hatten 1975 Aussagen über den Transport von Waffen ins Ausland gemacht, die in mehreren Ländern zu Anklagen führten.

Brigitte sagt in einer Prozeßerklärung vom 3.10.1979 zu dem Tatvorwurf:

„In der Tat bin ich in der Region um die deutsch-schweizerische Grenze gewesen, wo mir auch ein Waldweg in Erinnerung ist, mein Interesse an diesem Weg galt jedoch keineswegs dem Transport explosiver Dinge von der Schweiz in die BRD (Es wäre doch absurd anzunehmen, daß jemand, der die Absicht hat, Kriegswaffen illegal über eine Grenze zu transportieren, sich völlig unbekannten Personen gegenüber mit richtigem Namen ausgibt). Im Gegenteil ging es darum, eine Möglichkeit herauszufinden, wie die Grenze von der BRD in Richtung Schweiz unbemerkt passiert werden kann, und zwar für Personen, denen bei bestimmten Anlässen ein legaler Übertritt verwehrt werde. Dies war immer dann der Fall, wenn Schah Reza Pahlewi sich anschickte, seinen Luxusurlaub im Engadiner Prominentenkurort St. Moritz zu verbringen, während sein Volk daheim verhungerte und von seinen Erfüllungsgehilfen massakriert wurde. Meine Erkundungen galten folgendem: den Landeskindern des

Engadiner Prominentenkurort "St. Moritz zu verbringen, während sein Volk daheim verhungerte und von seinen Erfüllungsgehilfen massakriet wurde. Meine Erkundungen galten folgendem: den Landeskindern des

Schah zu ermöglichen, eine öffentlich wirksame Begegnung mit dem damals noch mächtigsten Mann im Iran herbeizuführen..."

Hauptaufgabe des Gerichts wäre jetzt also, die Aussagen der drei Schweizer aufs Genaueste zu überprüfen. Das allerdings wird geradezu mit aller Gewalt verhindert.

Da gegen die drei Schweizer in der BRD Haftbefehle vorliegen, können sie nicht zur Vernehmung nach Karlsruhe reisen. Folgerichtig wäre also die Zusicherung freien Geleits für die Dauer der Vernehmung.

Daß selbst dieses freie Geleit für die bundesdeutsche Justiz aber nur ein Instrument ist, das beliebig eingesetzt und wieder zurückgenommen wird, zeigte sich am Fall Peter Egloff, der aufgrund der Zusicherung von freiem Geleit nach Karlsruhe kam, um dort durch seine Aussagen Brigitte zu entlasten. Diese entlastende Aussage schmeckte dem Gericht aber nicht, worauf es Egloff kurzerhand wegen „uneidlicher Falschaussagen" mitten aus dem Gerichtssaal verhaftete. Die Schweizer Vernehmungsbeamten, die damals Städeli, von Arb und Egloff vernommen hatten, bekommen entgegen sonstiger Praxis keine Aussagegenehmigung für Karlsruhe, so daß das Gericht sich schon mehrmals gezwungen sah, in die Schweiz zu fahren, um kommissarische Vernehmungen durchzuführen, die darin bestanden, aus alten Vernehmungsprotokollen vorzulesen.

Das heißt, weder Verteidiger noch Brigitte Heinrich – die wegen eines gegen sie noch ausstehenden Haftbefehls in der Schweiz sowieso nicht dorthin fahren kann – haben die Möglichkeit der direkten Befragung.

Inzwischen hat das Gericht mehrere „anstrengende" Fahrten ins Ausland unternommen, um „der Sache auf den Grund zu gehen".

Was ist bei den „gründlichen" Versuchen der „Wahrheitsfindung" herausgekommen?

Peter Egloff hat vor dem Karlsruher Landgericht ausgesagt, er könne Brigitte überhaupt nicht mit irgendwelchen Waffentransporten in Zusammenhang bringen. Nach dieser entlastenden Aussage wurde er verhaftet wegen „uneidlicher Falschaussage".

Mehrere Zeugen, an die Brigitte Waffen geliefert haben soll, sagten vor Gericht aus, Brigitte überhaupt nicht gekannt zu haben. Bei der Wahrnehmung seines Aussageverweigerungsrechts wurde dabei Eberhard Becker in Beugehaft genommen.

Der ebenfalls aufgrund der Schweizer Aussagen verhaftete Italiener Roberto Mander, den das italienische Gericht in Varese aber freisprechen mußte, wurde im Februar vernommen – in Italien! Denn Roberto Mander wollte nach dem Skandal um Peter Egloff vorab wissen, ob er vom Karlsruher Landgericht als Beschuldigter oder als Zeuge geladen sei und weigerte sich von vorneherein, irgendwelchen Zusicherungen der BRD von freiem Geleit Glauben zu schenken.

Also reiste das gesamte Gericht für einen Tag Vernehmung nach Italien, um die Aussage von Roberto Mander aufzunehmen. Der bestritt, daß dieser Waffenschmuggel überhaupt stattgefunden habe und erklärte, daß er Brigitte aus ganz anderen Zusammenhängen kenne. Pech für Staatsanwaltschaft und Gericht, daß bei einer so aufwendigen Vernehmung nichts für sie herauskam – aber dafür machte man sich wenigstens eine Woche Urlaub in Italien.

Inzwischen wurde auch Städeli vernommen, der damals als einziger mit seiner Aussage Brigitte direkt belastet hatte, am Waffentransport teilgenommen zu haben. Die Ver-

Inzwischen wurde auch Städeli vernommen, der damals als einziger mit seiner Aussage Brigitte direkt belastet hatte, am Waffentransport teilgenommen zu haben. Die Vernehmung von Städeli, an der Brigitte selbst nicht teilnehmen konnte (s.o.), kostete das Gericht (oder Brigitte?!) eine weitere Reise in die Schweiz. Auf Fragen der Verteidigung schilderte Städeli die Situation, in der er sich '75 zum Zeitpunkt seiner damaligen Aussagen befand: er war zusammen mit seiner schwangeren Verlobten verhaftet worden. Der Entbindungstermin rückte näher, ohne daß Aussicht auf Entlassung zumindest für seine Verlobte bestand, als er sich aussagebereit erklärte. *„Ich fühlte mich unter einem gewissen Druck ... Ich befürchtete, daß meine heutige Frau unser Kind im Gefängnis bekommen werde, wenn ich nicht eine Aussage machte. Es trifft zu, daß ich damals an Schlaflosigkeit und Konzentrationsschwierigkeiten litt."* Er bezeichnet heute seine Aussagen als *„Durcheinander"*, d.h. daß ihm *„Verwechslungen bezüglich beteiligter Personen, Ort und Zeit vorgekommen sind"*. Tatsächlich wurde seine Verlobte einen Tag nach seiner Aussage (vor Schweizer Beamten) entlassen... Der Schweizer Staatsanwalt Müller, der in Karlsruhe vernommen wurde, beurteilt diese einzigen Zeugen der Anklage, also Egloff und Städeli so: während Egloff immer am besten informiert gewesen sei und nie die Unwahrheit gesagt habe, sei ihm Städeli durch widersprüchliche Aussagen und unkonzentriertes Auftreten bekannt.

Vom Zusammenbruch der Anklage zur Anklage gegen Justiz und Staatsschutz

Damit ist die Anklage völlig in sich zusammengebrochen. Die einzige tatsächlich belastende Aussage wird von schweizer höchstoffizieller Seite als widersprüchlich angesehen und von dem Zeugen selbst als unter Druck entstanden dargestellt. Was hat die Karlsruher Staatsanwaltschaft noch zu bieten, um an ihrem konstruierten Vorwurf festzuhalten?

An beweisbaren Vorwürfen nichts, aber an Strategie hat sie einiges zu bieten: So ist der Verlauf des Prozesses als eine einzige Schikane anzusehen.

Schon die Verlegung des Verfahrens nach Karlsruhe ohne ersichtlichen Grund spricht für sich. Jeder Prozeßtag bedeutet für Brigitte, die in Frankfurt wohnt, 1 1/2 Stunden Fahrt hin und nochmal dasselbe zurück – natürlich (vorerst?) auf eigene Kosten. Freunde und politische Unterstützer/innen hat sie in erster Linie in Frankfurt, die jedesmal in aller Frühe diesen Weg in Kauf nehmen müssen, um bei dem Prozeß anwesend sein zu können.

Seit acht Monaten streckt der Prozeß sich jetzt hin. Strecken im wahrsten Sinne des Wortes, denn im Interesse des Gerichts und der Staatsanwaltschaft ist es anscheinend keineswegs, das Verfahren möglichst schnell über die Bühne zu bringen: bis auf vier bis fünf Gerichtstermine hat bis jetzt kein Prozeßtag länger als eine Stunde gedauert. Manchmal fahren Brigitte und solidarische Genoss/inn/en für ganze 20 Minuten drei Stunden nach Karlsruhe und zurück.

Aber es ist nicht nur die Länge, die nur den Sinn haben kann, Brigitte zu zermürben – Brigitte ist inzwischen auch erkrankt.

Es stellt sich auch die Frage, ob das Gericht angesichts der Leichtfertigkeit, mit der es mit den inzwischen entstandenen Kosten umgeht (jeder Prozeßtag, ob zehn Minuten oder acht Stunden Dauer, wird als voller Prozeßtag gerechnet; vier Reisen in die Schweiz, zwei nach Italien, die von den Angehörigen der Staatsanwaltschaft und des Gerichts öfter zu einem kleinen privaten Zwischenurlaub ausgedehnt wurden – natürlich alles auf eine Rechnung!) überhaupt noch in Betracht zieht, daß diese Kosten von der Staatskasse getragen werden müßten – nämlich dann, wenn Brigitte freigesprochen würde! Oder riecht das nicht alles nach einer Vorverurteilung?! Eine Vorverurteilung zu einem Zeitpunkt, wo Städeli als einziger belastender Zeuge seine belastende Aussage zurückgenommen hat...

Und zu einem Zeitpunkt, wo das Verfahren bzw. die Öffentlichkeit um das Verfahren weitere interessante, allerdings andere Anklagen herausgebracht hat, Anklagen nämlich gegen die bundesdeutsche Justiz und den Staatsschutz, hinter den offiziellen Kulissen dieses Prozesses ein mehr als schmieriges Geschäft betrieben zu haben, um mit der Schaffung einer „Täterpersön-

Justiz und den Staatsschutz, hinter den offiziellen Kulissen dieses Prozesses ein mehr als schmieriges Geschäft betrieben zu haben, um mit der Schaffung einer „Täterpersön-

lichkeit" die mit Tatsachen nicht beweisbare Anklage gegen Brigitte aufrechtzuerhalten.

Der Verfassungsschutz nämlich, so fand der „Stern" heraus („Stern" 13/80) ist im Besitz von Akten, *„die ebenso unausgewiesen wie die Anklageschrift in Karlsruhe eine völlig andere Verdächtigungsgeschichte auftischen"* (TAZ, 25.3.80).

Nachdem das betreffende Schriftstück des Verfassungsschutzes auf Antrag der Verteidigung in der Hauptverhandlung verlesen wurde, stellte sich heraus, daß der Verfassungsschutz zwar keine Kenntnisse über eine Beteiligung von Brigitte an dem angeblichen Waffentransport '73/74, dem Gegenstand des Verfahrens, besitzt, dafür aber welche über eine angebliche Beteiligung an einer „Waffenkiste" im Herbst '74.

Sind vielleicht diese „Erkenntnisse" damals Grundlage von Brigittes Festnahme und fünfmonatiger Isolationshaft gewesen? Erkenntnisse allerdings, die sich anscheinend nicht lange als solche halten ließen, worauf die Staatsanwaltschaft schnell andere „Erkenntnisse" heranzog, um an der Anklage unter allen Umständen festhalten zu können?!

Brigitte ist in ihrer Situation dringend auf die Solidarität von uns angewiesen, sowohl was die Öffentlichkeitsarbeit als auch was S p e n d e n angeht.

Spendenkonto Brigitte Heinrich
bei der
Frankfurter Sparkasse von 1822
(BLZ 500 502 01)
Konto Nr. 336-81243

KB-Frauengruppe Frankfurt

amnesty international zur Anwendung von Isolation

— Auszüge aus der Presseerklärung von ai am Mittwoch den 22.5.80 —

„amnesty international erklärt heute (Mittwoch, 28. Mai 1980), daß Häftlinge, die in der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit politisch motivierten Verbrechen inhaftiert sind, Haftbedingungen unterworfen sind, die schwerwiegende körperliche und geistige Schäden verursachen können und in Einzelfällen verursacht haben.

Personen, die politisch motivierter Verbrechen verdächtigt wurden oder deswegen verurteilt sind, waren jahrelang in Isolationshaft oder ‚Kleingruppen-Isolation' inhaftiert (...). amnesty international veröffentlicht den Wortlauf eines Memorandums an die Behörden der Bundesrepublik, das die Ergebnisse ihrer mehr als zweijährigen Untersuchung zusammenfaßt und medizinische Befunde zitiert, die die Probleme illustrieren. Die Behörden haben amnesty internationals Empfehlungen zur Frage der Haftbedingungen zurückgewiesen, deren eine vorsah, ärztliche Untersuchungen zu gestatten, die von unabhängiger Seite angeordnet sind. Der Briefwechsel, in dem diese Empfehlungen abgelehnt wurden, ist Bestandteil des Dossiers, das die Organisation heute veröffentlicht.

Das Memorandum macht keine Angaben über die geschätzte Zahl der Personen, die unter den dort beschriebenen Bedingungen inhaftiert waren, doch erklärt ai, daß mehr als einhundert Personen im Lauf der Zeit einer solchen Behandlung unterworfen waren. Die Untersuchung der Organisation befaßte sich vor allem mit den Haftbedingungen der Mitglieder der ‚Roten Armee Fraktion', der ‚Bewegung 2. Juni' sowie der ‚Revolutionären Zellen'. (...) In ihrem Memorandum, das den Behörden 1979 vorgelegt worden war, wies ai darauf hin, daß Gefangene, die der Beteiligung an politisch motivierten Verbrechen verdächtigt werden, immer zumindest einen Teil ihrer Untersuchungshaft — die Zeit zwischen Verhaftung und rechtskräftiger Verurteilung — in Isolationshaft verbringen müssen. Die Untersuchungshaft ist für solche Gefangene immer lang — selten kürzer als zwei Jahre und manchmal bis zu fünf Jahren. In einigen Fällen hat Isolationshaft drei Jahre betragen. (...).

Diesen Maßnahmen waren nicht nur Häftlinge unterworfen, die wegen Gewalttaten angeklagt waren, sondern auch solche, die gewaltloser Straftaten beschuldigt wurden.

Das Memorandum zitiert Material der Europäischen Menschenrechtskommission, des Europarats sowie aus der medizinischen Forschung, um zu unterstreichen, daß Isolation die Gesundheit schwer schädigen kann. (...) Experimente mit sensorischer Deprivation, bei denen optische und akustische Sinnesanreize ausgeschaltet werden, bringen sehr schnell Symptome ähnlich denen der Geisteskrankheit hervor, einschließlich der Unfähigkeit, klar zu denken, emotionaler Störungen und Halluzinationen. ai stellt fest, daß in einigen Fällen Häftlinge, die Isolationshaft und ‚Kleingruppen-Isolation' unterworfen waren, unter Symptomen leiden, die an die Auswirkungen dieser Experimente erinnern. (...)

ai ... appellierte an die Behörden in der Bundesrepublik, nach Alternativen zu Isolationshaft und ‚Kleingruppen-Isolation' als regulären Haftformen zu suchen. Die Organisation erkennt die durch die Frage aufgeworfenen Probleme an, ist aber aufgrund der Diskussionen mit Experten der Überzeugung, daß eine humane Lösung möglich sei. (...) ai erklärt, sie veröffentliche das Dossier, da die dort beschriebenen Bedingungen ein Anliegen für die Organisation seien gemäß ihrer Verpflichtung, sich gegen ‚Folterung oder andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung' von Gefangenen zu wenden; und weil sie hoffe, daß das Dossier zur Schaffung internationaler Normen beitrage."

Insgesamt geht ai in dieser Presseerklärung noch ausführlicher auf die Auswirkungen der Isolationshaft ein, nennt die Beispiele Ingrid Schubert und Werner Hoppe und erwähnt die Toten Trakte, „*denen die Haftbedingungen in den neu errichteten Hochsicherheitstrakten in mancher Hinsicht ähneln sollen*".

IKAH

Erklärung der „Initiativgruppe Rudolf Raabe":

Rudolf Raabe in Lebensgefahr!

„Schöne Grüße an den Staatsanwalt"

Rudolf Raabe und Wilhelm Stammschröer befinden sich in der Republik Irland. Gegen beide liegen Haftbefehle westdeutscher Justizbehörden vor. Damit sind die Ähnlichkeiten zwischen ihnen allerdings auch erschöpft.

Den einen, Stammschröer, kann man mühelos besuchen und kann alltäglich erleben, wie sein Rolls Royce sanft vor dem feudalen Landhaus parkt, das ihm in der Grafschaft Meath gehört: das Brownstown House. – Trotz eines Haftbefehls der Staatsanwaltschaft Bielefeld hat Herr Stammschröer keine Probleme mit dem Bundeskriminalamt (BKA), sondern hat Zeit und genug Geld, um ein 1,8 Millionen teures Landgut zu bewirtschaften. Eines der größten und ertragreichsten der Grafschaft, deren einheimische Bevölkerung durchweg mit kleinen Parzellen auskommen muß. Er unterhält 1.500 Kühe und eine eigene Molkerei, deren Produkte er im Rahmen rechtsgültiger Lieferverträge in eben die BRD transferiert, die ihn eigentlich verfolgen müßte.

Denn gegen Wilhelm Stammschröer besteht der „Dringende Verdacht der Steuerhinterziehung in Höhe von 6 Millionen DM" – ein Delikt, das mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft wird. Herr Stammschröer besitzt außerdem eine florierende Möbelfabrik in Bad Lippspringe mit einem Jahresumsatz von 50 Mio DM, deren Geschäfte er von Irland aus ungehindert lenkt. Seine Familie jettet allwöchentlich zum Besuch nach Irland, um dort sicherlich nicht nur Privates zu besprechen; sie erwartet kein Beamter des BKA bei ihrer Rückkehr. Etwa wegen des Verdachtes auf Verdunkelung oder Mittäterschaft.

Herr Stammschröer sitzt sicher. Was angeblich unabänderlich ist, weil es zwischen der BRD und der Republik Irland bis dato kein Auslieferungsabkommen gibt. Eine Tatsache, die jedoch, wie wir sehen werden, für den Rudolf Raabe keinesfalls gilt. Und selbst dann, wenn Stammschröer (lt. „Irish Times"), gelegentlich die Grüne Insel verläßt, um von Frankreich oder der Schweiz aus seine Geschäfte intensiver zu betreiben, folgt ihm mit Sicherheit keine Zielfahndungsgruppe des BKA, die dort, wo Auslieferungsabkommen existieren, ohne weiteres seine Verhaftung betreiben könnte.

Nun gilt Wirtschaftskriminalität, also Kapitalismus, weithin als „Kavaliersdelikt", so möchte mancheiner einwenden und damit meinen, daß die „politischen Delikte" eben ernsthafterer Verfolgung durch BKA und Bundesanwaltschaft bedürfen. Mitnichten! Der ebenfalls per Haftbefehl gesuchte Nazi Manfred Roeder, Mitherausgeber einer Broschüre über die sogenannte „Auschwitz Lüge", wird am 11. Oktober 1979 in Luzern von der dortigen Polizei eindeutig identifiziert und festgenommen. Es erscheint jedoch kein sonst binnen Stunden verfügbares Team des BKA; und als endlich ein verspätetes staatsanwaltschaftliches Auslieferungsersuchen eintrifft, hat Roeder die Schweiz bereits ungehindert wieder verlassen.

Hier jedenfalls beweist westdeutsche Polizei Anzeichen unverkennbarer Liberalität!

Der lange Arm des Bundeskriminalamtes

Im Falle des Rudolf Raabe sieht das jedenfalls ganz anders aus. Mitte Januar 80 findet in Dublin eine großflächige Durchsuchungsaktion statt. Heimgesucht werden Büros und Wohnungen von Mitgliedern und Anhängern der legalen Irisch Republikanisch Sozialistischen Partei (IRSP). Die irische Polizei erklärt verlegen, man suche eigentlich nichts, was sich auf irische Verhältnisse bezieht, wohl aber den Rudolf Raabe, weil die deutsche Bundesanwaltschaft das so wolle. Und die vermutet den Raabe, der dort n i c h t gefunden wird, nun einmal in der Nähe der IRSP, weil sie ihn selber, durch gezielte Presselancierung, dort untergebracht hat.

Da gegen den Rudolf Raabe, anders als im Falle Stammschröer, kaum sichere Beweise vorliegen dürften, muß man tun, was man kann, um den politisch mißliebig zu identifizieren, den man sich als „internationalen Terroristen" erhalten möchte, weil man selber ihn aufbaute.

Da Raabe, wieder anders als bei Stammschröer, freiwillig zurückkehren will, sobald seine medizinische Versorgung gesichert ist, muß man ihm entweder zuvorkommen, oder – besser noch – ihn so verschrecken, daß er von seiner Absicht abläßt.

Seit Juni letzten Jahres wird die Republik Irland von Zielfahndungskommandos des BKA auf der Suche nach Rudolf Raabe durchstreift; ob in Städten wie Dublin, ob in der Küstengegend von Bray . Und besonders werden Ärzte und Röntgenabteilungen von Hospitälern befragt und belästigt. Denn das BKA, das ansonsten der Ansicht ist, Rudolf Raabe „gehe es gut", weiß genau, daß es sich hier um einen schwerkranken Menschen handelt.

Im Falle Stammschröer gibt es schlicht kein Auslieferungsabkommen zwischen Irland und der BRD und man tut, als seien einem alle Hände gebunden. Bei Raabe ist das wiederum anders: damit konfrontiert, daß der Verfolgte wohl einen Antrag auf politisches Asyl stellen möchte, ist sich der zuständige Bundesanwalt, ein Herr Harms, ganz sicher, daß das nicht funktioniert, sondern daß die offenbar präparierte irische Polizei Raabe binnen Stunden in die BRD abschieben würde. – Im einen Fall ist der lange Arm des BKA mächtig genug, um normale rechtliche Bestimmungen und Asylgarantien anderer Länder außer Kraft zu setzen, im andern Fall kann man nichts tun, weil man bestehendes „Recht und Gesetz" eben zu beachten hat.

Schließlich hat das BKA 1979 einiges unternommen, um den seit langem ausstehenden Prozeß der Anpassung und Erfassung der irischen Polizei und Justiz im Rahmen des Modells Deutschland voranzutreiben. Unter großzügiger technischer Amtshilfe wurde ein umfangreicher Datenaustausch beschlossen, sowie die Übernahme westdeutscher Fahndungsraster und technischer Geräte und die Ausbildung irischer Dienste bei deutschen Spezialgruppen in München vereinbart. Dem BKA brachte dies nicht nur die langgewünschte Synchronschaltung und Kompatibilität zwischen hiesigen Behörden und irischer Technologie, sondern auch einen umfassenden Datenbestand über die republikanische Bewegung Irlands. Den Iren wurde dafür die – rechtlich fragwürdige – Kategorie des „g.terr", des „german terrorist", aufoktroyiert, die etwa dann an irischen Grenzen zur unbegründeten sofortigen Abschiebung führt, wenn nur Mitglieder der ehemaligen westdeutschen Studentenbewegung dort auftauchen. So auch der Bochumer Autor eines Buches über die „Kinder von Belfast", der seinen Fall, mit Hilfe irischer Bürgerrechtsorganisationen, demnächst dem Straßburger Gerichtshof vorträgt.

Dort sollte bemerkt werden, daß in allen Fällen die irischen Behörden völlig hilflos sind und nicht erklären können, w a r u m sie fahnden oder ausweisen, sondern sich stets auf Wünsche und Anweisungen der westdeutschen Behörden berufen, die derart souverän über die intimsten Bedingungen und Handlungsweisen andrer Länder bestimmen.

Wie das Bundeskriminalamt den Rudolf Raabe als Carlos II entdeckt

I. Akt

Rudolf Raabe lebt und studiert in Bochum. Er ist Linker und arbeitet mit in einem politischen Buchladen, besucht Veranstaltungen an der Uni und beteiligt sich vornehmlich an antiimperialistischen Gruppen.

Er lernt Leute kennen und beschließt nach einiger Zeit, wie viele andre außer ihm, nach Frankfurt überzuwechseln, in eine Stadt, die von mancheinem für das Zentrum umwälzender Ideen gehalten wird. Schließlich verläßt er, 27 Jahre alt, nach kurzem Aufenthalt Frankfurt, um aus wesentlich privaten Gründen nach Mainz zu gehen, sucht Anschluß dort und fährt Cola aus. Er will später hier sein Studium fortsetzen. Es fehlt ihm an Geld.

Sein Pech ist: er hat in Frankfurt andre Ex-Bochumer getroffen, die es hier bekanntlich zu Dutzenden gibt, nur, daß einige von ihnen zwischenzeitlich als angebliche Mitglieder der „Revolutionären Zellen" (RZ) verfolgt werden.

II. Akt

Rudolf Raabe erfährt davon aus den Zeitungen. Er ist besorgt. Der andren wegen, seiner selbst wegen. Man weiß schließlich, was aus solchen Sachen werden kann. Die bekannten Fälle von Kontaktschuld können dreistellig ausgedrückt werden. Rudolf Raabe beschließt, sich mit einigen Freunden zu besprechen, er will nicht voreilig sein und keinen Fehler begehen. Er verschwindet nicht! Fährt weiter Cola aus und konsultiert Ärzte, denn er ist seit langem ein nierenkranker Mensch. Er denkt an eine riskante und langwierige Operation, die er zu verschieben sucht. Hinzu kommt, daß einer seiner Lendenwirbel zerstört ist, weswegen er unter akuten Bewegungsschwierigkeiten leidet. Eine „terroristische Perspektive" steht ihm von daher objektiv kaum zur Verfügung!

Raabe merkt bald, daß er von morgens bis abends observiert wird. Das BKA begleitet ihn beim Colatransport, beim Einkaufen, bei der Müllentfernung, beim Treffen mit Freunden. Kein Wunder, daß Raabe, der an Paranoia nicht mehr glauben mag, selber konspiratives Verhalten entwickelt. Rudolf beschließt endlich, vorübergehend ins Ausland zu fahren, nach Irland. Ein längeres Fernbleiben, ein Verschwinden gar, kann ihm nicht vorschweben. Er weiß gut genug, daß seine progressive Nierenkrankheit ihn zur Behandlung bei einigen wenigen Spezialisten in entsprechend eingerichteten Kliniken zwingt. Im Ausland wäre das unmöglich: nicht nur der immensen Kosten wegen, sondern seine Nieren sind im schlimmsten Sinne „berühmt", nämlich in medizinische Fachliteratur eingegangen röntgenmäßig exakt beschrieben und erfaßt; und somit wäre er überall besser identifizierbar als selbst mittels einschlägiger daktyloskopischer Methoden.

Ein Befund einer Mainzer Ärztesozietät sagt dazu: „Zystennieren beiderseits (also krankhafte Wucherungen!), rez. schwere Harnwegsinfekte". Die Krankheit wird als „erblich" beschrieben, als „eine sehr schwerwiegende Störung, die rasch, z.B. bei dauernd unbehandelten Infekten, zu einem Funktionsausfall der Nieren führen und somit akut l e b e n s b e d r o h l i c h sein kann." Rudolfs Schwester litt ebenfalls an Zystennieren und mußte operiert werden.

Derart unter Druck, erfährt Rudolf die alltägliche Observation als zusätzliche schwere seelische Belastung. Observationen, die zeitweise derart dreist und offen durchgeführt werden, daß sein Fortgang offensichtlich provoziert werden soll. – Später weiß die Bundesanwaltschaft, im „Spiegel", dazu zu sagen, daß es eben der Sinn des ausgeübten „Fahndungsdrucks" (einer rechtlichen Grauzonenkategorie) sei, die davon betroffenen Personen ins Ausland zu drängen!

Nach längerem Überlegen beschließt Rudolf die Fahrt nach Irland. Will aber zuvor noch seine Familie sprechen, diese mindestens benachrichtigen, damit niemand sich Sorge macht. Da erfährt er schon am Telefon von seiner Schwägerin im ersten Satz, das BKA habe bereits zugeschlagen. Er hängt verwirrt den Hörer auf und verschwindet in Panik Hals über Kopf.

III. Akt

Rudolf Raabe reist ordnungsgemäß nach Irland ein. Füllt die obligatorische Immigration Card aus, bewegt sich offen und lebt bei Freunden, die er anläßlich einer Irlandveranstaltung in Bochum kennenlernte, die damals bei ihm wohnten.

Zwischenzeitlich dürfte er erfahren haben, daß seine Mainzer Wohnung durchsucht wurde, ohne daß dort – was Raabe allerdings nicht erfährt – irgendwelche ihn belastenden Spuren gefunden wurden. Er vermutet wohl, daß man es ernst mit ihm meint und denkt, daß ein Haftbefehl gegen ihn vorliegt und geht daran, auf amateurhafte Weise Identitätspapiere zu verfälschen; was aus vorliegenden Zeitungsberichten geschlossen werden kann.

Anfang Mai 79 wird Rudolf Raabe in Dublin beim Verlassen einer Gaststätte verhaftet. Ein Kontakt mit dem BKA wird sofort aufgenommen. Das Ergebnis ist n e g a t i v ! Es gibt keinen Haftbefehl gegen Rudolf Raabe, der folglich am nächsten Tag ohne Auflage entlassen wird. Er muß aufgeatmet haben und denkt nun gewiß an die baldige Rückkehr nach Deutschland. Da taucht plötzlich – einige Zeit darauf – ein Haftbefehl auf; die Entlassung Raabes wird zur „Fahndungspanne" erklärt. An deren Harmlosigkeit und Zufallsbedingtheit niemand geringeres als der britische Nordirlandminister Atkins öffentlich zweifelt: er verlangt von Dublin und Karlsruhe eine sofortige Begründung in der Art eines diplomatischen Donnerwetters.

In der Folge sieht sich der kranke Raabe, der sich gegen nichts wehren kann, zu einem C a r l o s II. aufgebaut.

So ein verspäteter Haftbefehl, der erst garnicht existierte, sondern der in den Köpfen fahndungssüchtiger Polizisten entstand, braucht allerdings eine deftige Grundlage.

Die schafft man hierzulande spielend dadurch, daß man an eine offenbar willige Presse vieldeutiges Spielmaterial lanciert.

„Bild am Sonntag" (2.9.79) weiß (von wem?), daß der schmerzgeplagte Raabe zu Beginn des Jahres 79 in Wiesbaden in der Taunusstraße gewesen sei, um dort „mit nordirischen Terroristen" nicht nur den Anschlag auf Lord Mountbatten vorzubereiten (was die Iren bekanntlich selber nicht

Fortsetzung nächste Seite

DER LANGE ARM DES BKA REICHT BIS NACH IRLAND.....
DUBLIN
HAFT-BEFEHL

können, sondern was unbedingt in Wiesbaden zu arrangieren ist), sondern um nebenbei auch noch den Warrenpoint Anschlag der IRA durchzuexerzieren, der 18 britischen Soldaten das Leben kostete.

Für den „Spiegel" (20.8.79), der sich bis heute weigert, Raabes schriftliche Dementi abzudrucken, war gleichzeitig ganz klar, daß Raabe nicht nur die IRA eigens anleiten muß, sondern zusätzlich die INLA, eine bewaffnete Formation der IRSP. Was wiederum zu dem (von wem lancierten?) Verdacht führt, der nimmermüde Raabe sei auch beim Bombenanschlag auf den britischen Konservativen Airey Neave zugegen gewesen. Beiläufig erfährt man auch, der Rudolf Raabe habe per Brandsatz in Mainz das Wohnzimmer des dortigen Sozialdezernenten demoliert.

Und last not least weiß die „Bildzeitung" (21.9.79) eindrucksvoll darzustellen, daß Rudolf und die INLA feste dabei seien, die Entführung des Papstes in Irland vorzubereiten, während der „Spiegel", als eine „seriöse" Publikation, lediglich andeutet, daß auch das Haig Attentat in Richtung Raabe weist.

Später bittet die Karlsruher Bundesanwaltschaft, die offenbar nicht damit rechnete, daß Raabe sich zu Wort meldet, dessen Anwalt, er möge seinem Mandanten doch mitteilen, daß man „diese internationalen Dinge" so ernst nicht nehme.

Zunächst aber – und darum ging es nach der „Fahndungspanne" – waren derart die „konkreten Verdachtsmomente" überzeugend geschaffen; und die Bundesanwaltschaft kann nun daran gehen, den Raabe zur „Zielperson bei der Vorrangsfahndung" zu erklären: jenen, den man in Mainz lange genug hätte verhaften können und den man auch in Dublin erstmal laufen ließ.

Würde Rudolf Raabe nun verhaftet, so war sichergestellt, daß man in jedem Fall einen „hochkarätigen internationalen Terroristen" ausfindig gemacht hätte, was dem BKA einen bedeutenden Fahndungserfolg einbrächte. Den „Täter" hätte man, auf die „Tat" könnte man sich dann einigen. So findet man jedenfalls die Ostereier, die man zuvor selber versteckt hat!

Die Rechnung das BKA's könnte gelautet haben: wir haben gegen einen so gut wie nichts in der Hand, nicht einmal einen Haftbefehl, aber wenn wir diesen zu einem neuen Carlos aufbauen, dem wir so ziemlich alles anhängen, was in Europa 79 militant passiert ist, der sich hoffentlich gegen nichts wehren wird oder kann dann sind wir am Ende unseres Erfolges sicher, denn wir wissen ja genau, der Mann ist schwerkrank – und muß am Ende zurück!

Doch Rudolf Raabe meldet sich sofort! In Erklärungen an die ihn beschuldigende Presse, die ihn natürlich nicht abdruckt, dementiert er entschieden jegliche Beteiligung an den erhobenen Vorwürfen: er hat nichts mit der IRA oder der INLA zu tun, war zur Zeit des Neave Attentates
mit der IRA oder der INLA zu tun, war zur Zeit des Neave Attentates
bettlägerig, erfährt vom Tod des Lord Mountbatten aus der Presse und weiß auch von General Haigs Erlebnissen garnichts.

Wie das BKAsich den frischgeschöpften Carlos zu erhalten sucht

IV. Akt

Rudolf Raabe beauftragt einen Frankfurter Anwalt mit seiner Sache und erklärt unmißverständlich seine Bereitschaft zur freiwilligen Rückkehr, nimmt ein Gerichtsverfahren gegen sich in Kauf. – Die unmittelbare Reaktion der Bundesanwaltschaft – die so offenbar nicht gespielt wissen will – ist höchst bemerkenswert: Raabes Anwalt wird vom zuständigen Bundesanwalt Harms mitgeteilt, daß nun zunächst einmal mit erhöhter „Fahndungsintensität" zu rechnen sei; was sofort auch gegenüber jenen praktiziert wird, die Rudolf in der BRD helfen wollen.

Beiläufig wird Raabes Anwalt in vager Form mitgeteilt, man könne seinen Mandanten evtl. auch noch von München 72 (Olympia) bis hin zu OPEC belasten, der möglicherweise ein „Rädelsführer" sei und Autor diverser bombenlegerischer Schriften. Diese, wie Raabe dazu schreibt, „leicht wahnhafte" Aufblähung seiner offenbar als gigantisch eingeschätzter Energie, wird jeweils in derart vager Form vorgetragen, daß man darin nur einen Akt der gezielten Abschreckung gegen eine freiwillige Rückkehr Raabes sehen kann.

Man muß sich vorstellen: eine Behörde wie das BKA, die von sich behauptet, mit einem gewissen Raffinement zu arbeiten, behält solche Vorwürfe nicht für sich, um den Delinquenten erst dann zu konfrontieren, wenn er freiwillig auftaucht, sondern teilt dem Willigen vorab mit, daß es, wenn er nur erscheint, ihm schrecklich ergeht. Man kann diesen Akt der Abschreckung wohl als Initiative zur Arbeitsplatzsicherung der betreffenden Behörde interpretieren.



Rudolf Raabe auf einem Fahndungsfoto es BKA (Stern 3/80)

Tatsächlich existiert gegen Rudolf Raabe ein simpler Haftbefehl wegen des „Verdachts auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung", der offenbar mit solchem Inhalt auf Raabes vermutete Illegalitätsbereitschaft so wenig positiven Einfluß hatte, daß er bereit war, sich diesem Vorwurf zu stellen. Und was zu verhindern war. Was im übrigen die Vermutung nahelegt, daß ein zu frühes Erscheinen Raabes den Vorwürfen von Mountbatten bis Haig et.al. ein zu schnelles Ende bereitet hätte.

Der im Haftbefehl erhobene Vorwurf gegen Raabe basiert – die Bundesanwaltschaft gesteht dies zu – einzig auf der „Aussage" des Heidelbergers Hermann Feiling. Feiling wurde durch eine vorzeitig explodierte Bombe lebensgefährlich verletzt. Er ist blind und seine beiden Beine mußten amputiert werden. Unmittelbar nach der Operation befand sich der vollkommen wahrnehmunsunfähige Feiling für Wochen und Monate ohne freigewählten Anwalt und ohne Besuch. Dafür war er in seiner hilflosen Lage am Krankenbett von den Humanisten des BKA umgeben, die er als Polizisten wahrscheinlich nicht einmal zu identifizieren vermochte. Durch seine Amputation in elende Lage und von Schmerzen gepeinigt, durch seine Blindheit furchtbar traumatisiert, in strikter Isolation gehalten, durch wirkungsstarke Psychopharmaka und Medikamente gegen den Schmerz außerhalb
starke Psychopharmaka und Medikamente gegen den Schmerz außerhalb
jeder normalen Aussagefähigkeit gebracht, entstand im Rahmen einer intensiven „Pflege" durch das BKA eine insgesamt 1.300 Seiten umfassende „Aussage", deren Systematik und Chronologie nicht einmal ein Gesunder derart präzis hätte produzieren können.

Abgesehen davon, daß der so schlimm getroffene Hermann Feiling heute klaren Bewußseins erklärt, den Rudolf Raabe weder je gesehen noch gekannt zu haben, hat er ihn auch in seinen angeblichen „Aussagen" niemals belastet.

In dieser „Aussage" ist lediglich die Rede davon, daß Feiling aus zweiter Hand erfahren habe, daß zu einem unbestimmten Zeitpunkt ein namentlich unbekannter und auch sonst nicht beschreibbarer Mann von Frankfurt nach Mainz gegangen sei, um sich dort an einer „Revolutionären Zelle" zu beteiligen.

Und ob selbst dieser dürftige Hinweis auf einen Unbekannten, der allein aus dem Hörensagen erstanden ist, so stehen bleibt, dürfte fraglich sein, da bei dem bevorstehenden Prozeß gegen Feiling gewiß gutachterlich zu prüfen sein wird, inwieweit dieser überhaupt aussagefähig war.

Das aber ist die ganze Substanz, welche die Bundesanwaltschaft gegen Rudolf Raabe vorzubringen hat, die einzige schüttere „Evidenz", die seine Verfolgung, seinen kunstvollen Aufbau, seine Illegalisierung bis heute begründet. Einschließlich der nicht zu vergessenden Erschütterung, die seine Familie getroffen hat.

Wie es dem Rudolf Raabe nun ergeht

Rudolf Raabe, der jetzt erst recht eigentlich illegal in Irland lebt, ist seit etwa Ende Dezember seiner Nierenkrankheit wegen ans Bett gefesselt. In den letzten zwei Wochen bildeten sich in seinen Beinen lauter Wasserödeme, waren seine Füße derart geschwollen, daß er keine Schuhe mehr tragen konnte und nun fast bewegungsunfähig ist. Auch für einen medizinischen Laien ist unschwer zu erkennen, daß die normale Ausscheidungsfunktion der Nieren drastisch reduziert sein muß, sodaß sich Wasser in den Extremitäten staut. Die unabänderliche Folge dürften zusätzliche Harnwegsinfekte sein, sowie eine Erhöhung des Blutdrucks und eine Blutvergiftung. Das sichere Ergebnis ist tödliches Nierenversagen. RUDOLF RAABE SCHWEBT AB JETZT IN LEBENSGEFAHR! Nur durch die Einnahme von Breitbandantibiotika kann ein solches Schicksal vorübergehend aufgeschoben werden; und auch das nur, wenn die Bakterien sich nicht als resistent erweisen.

Rudolf müßte daher schleunigst – ohne jeden Verzug – in einer urologischen Klinik behandelt werden.

Zur selben Zeit, als er seine ersten Ödeme feststellte, zu Weihnachten, schrieb er eine Karte an seine Eltern: „Macht euch keine Sorgen, mir gehts ganz gut!" Diese Mitteilung an die engsten Verwandten ist die Grundlage einer wohl kaum hippokratischen, dafür aber zynischen Ferndiagnose der Bundesanwaltschaft: „Was wollen Sie denn, der schreibt doch, daß es ihm gut geht!"

Rudolf Raabe möchte sich einer solchen – vom BKA organisierten – Medizin nicht überlassen. Er fürchtet eine tiefe menschliche Entwürdigung, fürchtet Zwang und Drohung zusätzlich zu seiner Krankheit. Er kann sich gewiß gut an Katharina
hung zusätzlich zu seiner Krankheit. Er kann sich gewiß gut an Katharina
Hammerschmidt erinnern, die sich freiwillig in Begleitung von Schily stellte, die dann an Krebs elend umkam, der zu spät und nicht ausreichend behandelt wurde, an Siegfried Hausner, dem schwedische Ärzte Transportunfähigkeit attestierten, und der nach dem Transport prompt auch starb, an Holger Meins, an Werner Hoppe, an Herbert Soffel, und an die Behandlung, die jenem Hermann Feiling zuteil wurde, der ihn angeblich belastet haben soll.

Die einzige Forderung Rudolfs, der nach wie vor zur sofortigen Rückkehr bereit ist, zielt auf eine freigewählte medizinische Versorgung in einer entsprechenden Einrichtung und die damit verbundene kurzfristige Außervollzugsetzung (nicht Aufhebung!) des Haftbefehls.

Diese minimale Forderung wäre ohne jede „Großzügigkeit", nämlich im Rahmen der wohl noch geltenden STPO (Strafprozeßordnung), erfüllbar: da Raabe freiwillig zurückkommt, kann Fluchtgefahr ausgeschlossen werden, zumal er nicht fliehen kann, da er krank ist. Verdunklungsgefahr ist ebenfalls nicht gegeben, da auch die Bundesanwaltschaft davon ausgeht, daß er Kontakte zu Freunden in der BRD hat, die, gäbe es etwas zu „verdunkeln" dies längst besorgt haben könnten.

Derart verlangt Rudolf keinen außergewöhnlichen Bonus, sondern er strapaziert eine ansonsten ebenso häufige wie selbstverständliche rechtliche Möglichkeit. Die aber wird ihm von dem Bundesanwalt Harms nachdrücklich verwehrt.

Vom Anwalt Raabes mit dem konfrontiert, was landläufig als „Baumsche Liberalität" bezeichnet wird, antwortet dieser Bundesanwalt: „Der Minister kann sagen, was er will, hier bestimme ich!"

Aus einem Brief Rudolf Raabes

„Die Bundesanwaltschaft will von mir nichts hören über eine vermutete Beteiligung an tausendundeinem Anschlag, sie weiß selber am besten, daß ich daran nie beteiligt war. Sie benutzt diese informell geäußerten Anschuldigungen, um von mir Aussagen über Personen, über Gruppen, über meine politische Tätigkeit zu erhalten, die angeblich zur „Entlastung" der oben genannten Vorwürfe dienen könnten und erst dann ist sie bereit, über meine medizinische Versorgung „nachzudenken". Die eigentlichen Anschuldigungen werden somit letztlich zur Nebensache, weil – wie sie weiß – es um sie nicht gehen kann.

Nach all diesen von der Bundesanwaltschaft aufgestellten Behauptungen, in Anbetracht des Preises, den sie von mir verlangt, den ich weder erfüllen will noch kann, und den gemachten Erfahrungen, wie deutsche Behörden mit Genossen umgehen, die krank sind, wäre es wohl eher ratsam, sich den Gedanken aus dem Kopf zu schlagen, in die BRD zurückkehren zu können. Das Problem – und das weiß die Bundesanwaltschaft sehr genau und versucht es in erpresserischer Weise auszunutzen – liegt aber darin, daß mir wegen meiner Krankheit wahrscheinlich früher oder später nichts anderes übrig bleibt. (...)

In meinem konkreten Fall weiß sie, daß ich früher oder später zurückkommen muß. Sie weiß ebenso, daß bei den Anschuldigungen normalerweise keiner zurückkommen kann, der die Verhältnisse in der BRD kennt, versucht er nicht, sich Vergünstigungen zu erkaufen. – Die Anschuldigungen dienen in diesem Fall nur dazu, das Zurückkommen so lange hinauszuzögern, bis ich „auf Händen und Füßen angekrochen komme". Sie somit erstmal das leidige Problem der Haftverschonung und die Frage der medizinischen Versorgung umgangen hat, gleichzeitig einen „großen Fang" feiern kann und sich aus der dann entstandenen Situation erhofft, einen leichten Erfolg beim Zerbrechen der politischen Identität zu haben. (...)

Abhängig ist meine Rückkehr – wie schon im Brief an den „Pflasterstrand" mitgeteilt – einzig von der garantierten Öffentlichkeit in der BRD und nicht – wie von der Bundesanwaltschaft gewünscht – von sogenannten „deals".

Ist diese Öffentlichkeit entsprechend hergestellt, d.h. ist neben einer Verteidigung gegen die Anschuldigungen eine angemessene ärztliche Behandlung durch öffentlichen Druck garantiert, steht der Rückkehr nichts im Wege."

gez. Rudolf Raabe

Wie weiter?

Bundesinnenminister Baum hat unter dem extremen Druck der prestigebedrohten Bundesanwaltschaft Rudolf Raabes Forderungen (zunächst?) zurückgewiesen.

Dies zu einem Zeitpunkt, wo Rudolfs gesundheitliche Lage sich gravierend verschlimmert hat. In einem Moment, wo an die 10.000 Protestbriefe im Ministerium eintrafen. Wo der „Stern" sich in Irland von unseren Berichten zu Rudolfs Lage überzeugt. In einer Situation, wo führende Beamte sowohl im Innenministerium als im BKA die Vorwürfe gegen Raabe als „unseriös" erklären und davon reden, daß der Staatsgewalt „Mist gebaut" habe, der den Haftbefehl gegen Rudolf zusammenschusterte. („Stern", 20.3.80)

Die Bundesanwaltschaft – oberster exekutiver Vollstrecker des Modell Deutschland – will von seinem wohlpräparierten Opfer nicht ablassen. Es geht nicht mehr um Rudolf Raabe, sondern um Kompetenz und Machtvollkommenheit von Behörden.

Das kann nicht hingenommen werden. Rudolf Raabe darf nicht sterben. Rudolf Raabe soll unter menschenwürdigen Bedingungen zurückkommen und mit uns leben.

Dafür werden wir weiter kämpfen. Und Rudolf Raabe benötigt in seiner ständig lebensbedrohlichen Lage das ganze Engagement von allen von uns: daraus muß werden ein unüberhörbarer und vielfältiger Protest als breite Kampagne einer demokratischen Bewegung, an deren Forderungen letztlich auch ein Minister unbeschadet nicht vorbeikommen darf. Wir wünschten dem Rudolf, der nur auf uns hofft, Fluten von Protesttelegrammen, öffentliche Aufmerksamkeit, streitende Schriftsteller und Prominente in Bonner Vorzimmern, Hungerstreiks draußen davor. Plakate, Dokumentationen, Aufkleber und Unterschriftenlisten, die Dokumentation jetzt auch in englisch, halten wir bereit.

Wir suchen Prominente, die sich nicht scheuen, für Rudolf Raabe eine soziale Bürgschaft (wie bei Astrid Proll) zu übernehmen. Wir suchen einen Job für Rudolf Raabe. Um der Bundesanwaltschaft die Aufrechterhaltung des Haftbefehls so schwer wie möglich zu machen.

Wir bitten alle, ihre Kontakte zu Publikationen, Gewerkschaften, Organisationen und Abgeordneten für Rudolf einzusetzen.

Wir brauchen ganz dringend GELD. Leider sehr viel: für die Fortsetzung der teuren Kampagne, für Anwälte, für Rudolfs Versorgung, für seine medizinische Behandlung, für eine geplante Großanzeige in der Frankfurter Rundschau, für Gutachter.

Kontaktadresse:
Initiativgruppe Rudolf Raabe
c/o Cornelia Branscheidt
637 Oberursel 5
Postfach 35
Tel. 06171/73212
Spenden:
Postscheck Ffm, 1990 61
- C. Branscheidt

Für eine freigewählte medizinische Behandlung und Ausservollzugsetzung des Haftbefehls

Bernadette Devlin – Peter Chotjewitz – Andreas Buro – Klaus Vack – Arbeitsausschuß Sozialistisches Büro – Erich Fried – H.M. Enzensberger – Jürgen Roth – John McGuffin – Karl Heinz Roth – Claus Peymann – J.P. Faye – Hans Werner Henze – Trikont – F.K. Waechter – ASta Uni Ffm. – P.P. Zahl – RA Bernd Koch – Perikles Korovessis – Henning Rudolf – Prof. E.Lucas – Klaus Theweleit – Prof.Flechtheim – Ingeborg Drewitz – Jugendzentrum Bockenheim – Ludwig Fels – Autorenverlag – Volker Schlöndorff – Luise Rinser – Alexander Schubart – Angela Tieger – Waldemar Grütz – Eberhard Delius – 2o Frankfurter Ärzte – Niels Kadritzke – Uta Ruge – Ingrid Karsunke – Manfred Naber – Marlies Janz – Prof. Richter – Henner Voss – H.P. Piwitt – Christiane Klose – Basalt -Lokalzeitung – Jungdemokraten Baden-Württemberg – DGB Kreisjugendausschuß Pforzheim – Prof.Gerhard Buch – Ensemble Schauspielhaus Bochum – RA Gisela Frederking – Insider, Kulturzeitschrift – Dirk Flake – Ulrich Austel – Anwaltskollektiv Berlin – Rotbuch Kollektiv – Prof. Dr. Georg von Rauch – Hilde Zahl – Sarah Kirsch – RA Henning Plähn – RA Ingeborg Eisele – RA Joachim Rollhäuser – RA Lotte Wiethoff – RA klaus Peter Meier – Dr.Dieter Dehm (Larryn) – DKP Ortsgruppe Olpe – Dario Fo – Franca Rame – Paddy O'Looney – Brigitte Heinrich – Jugendzentrum 'Komm', Nürnberg – Werner Schlegel – 4 Ärzte aus Wien – Jan van de Loo – Alma Biller – Dr.med. H.Becker – Prof. Brückner – F.C. Delius – Hubert Fichte – Henning Venske – Michael Schneider – Peter Schneider – Günther Wallraf – Ruarai O'Shaughnessy – RADIKAL, Berlin – AGAV-Autoren – Jean Paul Satre – Gunnar Myrdal – Dr.Peter Stein – Peter Lilienthal – 5 Alternativzeitungen – Peter Weiss – Club Voltaire – Prof. G. Schneider – Thomas Müntzer – Alois Kospaal – Biene Maya und sehr viele andere.

(Weitere Unterschriften bitte an die Kontaktadresse: Initiativgruppe Raabe – c/o Cornelia Branscheidt, 6370 Oberursel 5, PF 35).

Die Arbeiterkampf-Redaktion schließt sich den Forderungen der Initiativgruppe selbstverständlich an.

Böser Brief an Borvin Wulf

Ich habe mich über Deinen Artikel zur Magna Charta für alle Inhaftierten sehr geärgert, denn aus ihm spricht ein super-elitäres, arrogantes Bewußtsein. Für Dich sind die „sozialen Gefangenen" offensichtlich keine Bündnispartner, mehr noch, Du hältst sie wohl für „Abschaum" oder so was. Oder wie sonst dürfen solche Passagen in Deinem Artikel verstanden werden:

„Gemessen an den nicht zu leugnenden Interessen der absoluten Mehrheit der »normalen« (Untersuchungs-)Gefangenen nämlich ihre »ganz gewöhnliche kriminelle Identität« bzw. das ihnen vorgeworfene Faktum sowohl im Vollzug als auch vor Gericht soweit als irgend möglich zu leugnen, d.h. sich anzupassen, mitzuspielen, sich vollzugs- und prozeßkonform zu verhalten, zu kollaborieren oder um Gnade zu betteln und gemäß diesen ihren Interessen auch Offizial- bzw. Wahlverteidiger zu instrumentalisieren, geschah/geschieht im Zusammenhang politischer Gefangener doch bekanntlich regelmäßig qualitativ etwas völlig anderes, dem Entgegengesetztes".

Dann folgt bei Dir im Text, daß die politischen Gefangenen sich zu ihrer Tat bekennen und den Prozeß als Tribunal nutzen. Also mit anderen Worten: das Interesse der meisten „sozialen Gefangenen" ist es:

- zu kollaborieren
- um Gnade zu betteln
- ihre „ganz gewöhnliche kriminelle Identität zu leugnen" (was meinst Du eigentlich mit „ganz gewöhnliche kriminelle Identität", wenn nicht, daß soziale Gefangene eben von Grund auf schlecht sind?). Das hätte auch irgend ein Springer-Blatt nicht besser schreiben können als Du, das ist übelste Dünkelhaftigkeit!

Das setzt sich fort in dem bunten Eintopf von sozialen Gefangenen, den Du zusammenstellst, um zu beweisen, daß es für einen gemeinsamen Kampf mit ihnen keine Basis gibt. Dein Eintopf reicht von Faschisten, Rassisten, Mördern über Zuhälter bis zu Rauschgiftdealern und Knastkarrieristen und agent provocateurs, die alle eins gemeinsam haben: Ihren von Grund auf schlechten Charakter. Zur Verdeutlichung ein Zitat aus Deinem Eintopf: „Du fragst Dich, was politische mit sozialen Gefangenen gemeinsam haben, *„die — en gros und en detail — »draußen« Rauschgiftdealer waren und die es hier im Knast — qua Überzeugung (!) — nach wie vor sind, und die dafür (mit-)verantwortlich sind, daß zahlreiche Mitgefangene hier nicht nur suchtabhängig werden, sondern daß es — im Ergebnis der Suchtabhängigkeit — hier bereits zu den furchtbarsten Exzessen, Verletzungen usw. gekommen ist."*

Borvin, hast Du Dich mal gefragt, warum Menschen Rauschgift dealen? In der Regel doch wohl, weil sie selbst abhängig sind und die nötige Kohle für ihren Stoff brauchen. Und hast Du Dich mal gefragt, warum Menschen drogenabhängig werden? Wohl kaum! Stattdessen rundest Du das Bild vom üblen Charakter des sozialen Gefangenen wie in jedem Beispiel so auch hier ab: Er ist eben Rauschgiftdealer *„qua Überzeugung (!)"*. Was auch immer Du damit genau meinst, Quatsch ist es auf alle Fälle. Aber so wie in diesem Beispiel läuft Deine ganze Beschreibung sozialer Gefangener ab. Allein über die Auswahl der Gefangenen, die Du überhaupt für erwähnenswert hältst, zeichnest Du schon ein Bild von „Abschaum der Menschheit". Das sprichst Du zwar nicht aus, aber wie sonst kommst Du zu folgender Schlußfolgerung: Du hast *„zumindest großes Verständnis für den Wunsch politischer Gefangener, in interaktionsfähigen Gruppen u n t e r s i c h bleiben zu wollen."*

Vielleicht solltest Du nochmal Werner Schlegels „Thematisierung der Delinquenz" (AK 174) lesen, wo viel Kluges zur Funktion von Knästen und Knackis für diese Gesellschaft drinsteht. Dort kannst Du z.B. nachlesen, woher in der Regel die Knackis kommen. Aus *„einer Welt der Sonderschulen, Erziehungsheime, Ausbeuterlehren, der Märkischen Viertels, Betonklotzalpträume, 3-Zimmer-Wohnklos (genormt, wie die spätere Knastzelle), Obdachlosenquartiere, Wohn»heime« (...). Nicht aus den Bafög-gesicherten Wohngemeinschaften mit — früher zumindest noch — Studienplatzgarantie. Und? Keine Menschen deshalb?"*

Also, nicht wie bei Dir der Kriminelle mit dem schlechten Charakter, sondern die Knäste sind für die Menschen aus der untersten sozialen Schicht gebaut, deren Lebensweg schon von der Stunde ihrer Geburt so gut wie vorgezeichnet ist durch die Bedingungen, aus denen sie kommen. Außerdem solltest Du Dir auch nochmal klarmachen, wofür das Knastsystem funktioniert: *„Aus der Masse der in jeder auf Ausbeutung gegründeten Gesellschaftsform existierenden Gesetzwidrigkeiten werden einige herauskristallisiert und sanktioniert"* (Schlegel, Thematisierung...). Wenn Du dazu betrachtest, daß 80 - 85 % aller „Kriminellen" Einbrecher, Diebe und Betrüger sind, also Menschen, die Eigentumsdelikte begehen, gleichzeitig aber im Kapitalismus die Ausbeutung anderer und die Bereicherung an ihnen Grundlage des Systems ist, müßte doch auch bei Dir die Kategorie „kriminell" arg ins Wanken kommen.

Du kannst bei Schlegel auch noch was Kluges zum Verhältnis vieler Linker zur Kriminalität nachlesen, was auch auf Dich zutrifft:

„Welch ein Treppenwitz des Klassenkampfes, wenn selbst Linke darauf hereinfallen, die Stigmatisierung von Menschen zumindest indirekt gutheißen, fördern und stützen, durch eigene Versuche, nicht als Kriminelle zu gelten. Welch Trauerspiel, wenn die Unterscheidung, verbal und praktisch vollzogen, in politische und normale Gefangene den institutionalisierten Ausgrenzungsstrategien o b j e k t i v zuarbeitet. Und beileibe nicht nur, wie H. Ortner in »Normalvollzug« schreibt, »ungewollt«. Die Abgrenzung geschieht bewußt, i s t gewollt. »Man« will nichts mit »den Kriminellen« gemein haben, d ü n k t sich Bessres, hält diese — das linke Kleinbürgerhirn ausgefüllt mit asozialen Werturteilen — in der Tat für Abschaum, für Pack, für Pestilenz und Gottseibeiuns. (»Man« gibt's nur ungerne zu, verrät sich aber wieder und wieder mit der Praxis)."

Das kommt mir so vor, als wäre es extra für Dich geschrieben, Borvin! Dünkel — Nein Danke!

Zum Schluß möchte ich noch sagen, daß ich es bedauerlich finde, daß Dir für so einen Artikel 2 1/2 der teuren AK-Seiten zur Verfügung gestellt werden. Gute Besserung Deines Bewußtseins wünscht

M., KB Hamburg-Eimsbüttel

Was gibt's neues von Somoskoey?

Hamburg. Somoskeoy, ein Richter von internationalem Verruf, will wieder zuschlagen. In seinem 30. Prozeß gegen seine zahlreichen Kritiker tritt der vorsitzende Richter des Landgerichts Köln, Dr. de Somoskeoy jetzt wieder einmal gegen Henrik M. Broder und Hermann L. Gremlitza an. Anlaß ist ein Artikel Broders in der ‚konkret' 11/78 in dem es u.a. heißt: *„Der Strafantrag, den Herr de Somoskeoy gegen Marianne Liemann und mich gestellt hat (in Somoskeoy's 27. Prozeß gegen seine Kritiker, der Verf.) zeichnet sich durch jene Mischung aus Anmaßung und Beschränktheit aus, die man nirgendwo in solcher Reinkultur findet wie unter vielen Richterroben ... Und deshalb verbietet sich jedes Mitleid mit dem Richter Dr. Victor Henry de Somoskeoy. Er ist ein deutscher Richter, wie er bei Tucholsky im Buche steht: selbstgerecht, grob und unbarmherzig."*

Der Prozeß, der schon für den 10. März 1980 angesetzt war, aber wegen Krankheit des Vorsitzenden, Amtsrichter Schmaltz, ausfiel, findet jetzt im

Saal 297
Strafjustizgebäude
am 7. Juli 1980

statt.

Interessant ist, daß das Hamburger Amtsgericht in keinem der drei bisher in Hamburg verhandelten Prozesse Somoskeoys, dem Kölner Richterkollegen Recht gegeben hat. Dagegen fielen beinahe alle Verfahren, die von Kölner Richtern geleitet wurden, zu seinen Gunsten aus, es sind schon über 20!

Richter Graue und die Folgen ...

Ca. 150 Leute waren im Oktober letzten Jahres ins Hamburger Landgericht gekommen, um bei dem Prozeß gegen drei Frauen dabei zu sein, die der „Verunglimpfung des Staates" angeklagt waren. Sie hatten ein Jahr vorher ein Flugblatt verteilt, in dem sie die Selbstmordthese des Staates an den RAF-Mitgliedern in Stammheim anzweifelten. Richter Graue jedoch wollte in einem Gerichtssaal verhandeln mit nur wenigen Sitzbänken trotz der vielen anwesenden Leute. Das Ergebnis war schließlich eine brutale Räumung durch die Bullen und die Folge davon neue Prozesse gegen Besucher. Bereits im Februar 1980 wurde L.B. der Prozeß gemacht. Anklage: „Widerstand gegen die Staatsgewalt und gefährliche Körperverletzung". Urteil: 800,– DM Geldstrafe. Mit der gleichen Anklage soll jetzt W.S. der Prozeß gemacht werden:

Ort: Strafjustizgebäude Hamburg, Sievekingplatz 3
Zeit: 6.6.1980, 13 Uhr, Saal 192

Es wäre schön, wenn auch diesmal ein größerer Raum vonnöten wäre!

IKAH

Spendenaufruf

Vor zwei Monaten ist der sogenannte „Prinz-Karl-Prozeß" in Tübingen zu Ende gegangen. In ihm wurden gleichzeitig gegen den Ex-Führer der inzwischen verbotenen Wehrsportgruppe Hoffmann, Karl-Heinz Hoffmann, und vier weiteren Faschisten und drei Antifaschisten verhandelt. Es ging um die Auseinandersetzungen anläßlich einer Veranstaltung mit Hoffmann, gegen die etwa 200 Personen protestierten. Die Faschisten prügelten damals mit Todschlägern, Knüppeln und anderen Schlagwerkzeugen auf die Antifaschisten ein. Mehrere Antifaschisten mußten z.T. schwer verletzt ins Krankenhaus. Während die Nazis mit vergleichsweise geringen Strafen davonkamen, wurden die Antifaschisten wegen Nötigung zu Geldstrafen zwischen 2.000 und 3.000 DM verurteilt. Dazu kommen die Prozeßkosten von mehreren 10.000 DM pro Angeklagten.

Zahlt Spenden bitte auf folgendes Konto ein:

Rechtshilfefond c/o Rainer Kohler
Münzgasse 13, 7400 Tübingen
Volksbank Tübingen – Konto Nr. 28 622 - 405

IKAH

»Die Würde des Unternehmens ist unantastbar«

Zum Prozeß Horten gegen F.C. Delius

Aufgrund von Berichten im „Stern" schrieb F.C.Delius die „Moritat auf Helmut Hortens Angst und Ende".
lassen mit dem Ziel, Gesetze zustande zu bringen, die ihm nützen. Die Freiheit der Kunst rechtfertige
preten dient zudem die juristische Fiktion des „Durchschnittslesers" bzw. des „verständigen Lesers" (§ 93

reren 10.000 DM pro Angeklagten.
Zahlt Spenden bitte auf folgendes Konto ein:
Rechtshilfefond c/o Rainer Kohler
Münzgasse 13, 7400 Tübingen
Volksbank Tübingen – Konto Nr. 28 622 - 405
IKAH

»Die Würde des Unternehmens ist unantastbar«

Zum Prozeß Horten gegen F.C. Delius

Aufgrund von Berichten im „Stern" schrieb F.C.Delius die „Moritat auf Helmut Hortens Angst und Ende". Erstmals veröffentlicht im „Tintenfisch 1972" übernahm Delius das Gedicht für den Gedichtband „Ein Bankier auf der Flucht", der 1975 im Rotbuch-Verlag erschien. 1979 erfuhr Horten von seinem fiktiven Tod in Delius' Satire und klagte wegen Verletzung des Persönlichkeitsrechts. Hatte das Hamburger Landgericht Hortens Klage 1979 noch zurückgewiesen und „seine Entscheidung mit der im Grundgesetz garantierten Freiheit der Kunst" („FR", 19.4.) begründet, so entschied das Oberlandesgericht jetzt, daß *„das Rotbuch 144 'Ein Bankier auf der Flucht' nicht mehr mit den Zeilen 'schwitzen die von ihm bezahlten Politiker über Gesetzen, die ihm genehm sind und seine Gegner zerfetzen' verbreitet werden dürfe"* („Die Neue", 19.4.).

In der „Moritat" greift Delius ein Detail aus Bissingers „Stern"-Artikel vom 4.4.71 auf: Hortens Trauma, von Schlangen gebissen zu werden. Erläßt den „Kaufhauskönig" und Steuerhinterzieher in seiner Villa im Tessin an einem Schlangenbiß sterben. Der Witz: Die „böse Schlange", die Horten „im eignen Schweizer Gras" beißt, erweist sich als nicht giftig. In der Satire wird die Angst Hortens zum Symptom für seine *„Angst vor den zu faulen Angestellten, ... vor nichtkapitalistischen Welten"* und *„vor diesen tausend Kreaturen, die nicht nach seinem Willen spuren"*.

Während Horten stirbt, *„in diesen paar Minuten, die das Herz noch zuckt, verdient er Tausende an jeglichem Produkt, verdient er noch im Tod, verdient er in der Hölle"*.

Außerdem – so die inkriminierten Zeilen – *„schwitzen die von ihm bezahlten Politiker über Gesetzen, die ihm genehm sind und seine Gegner zerfetzen"*.

Das Hamburger Oberlandesgericht vertrat die *„Ansicht, mit den beanstandeten Zeilen werde die Persönlichkeit des Klägers verletzt. Der Durchschnittsleser müsse den Eindruck gewinnen, Horten habe Abgeordneten direkt Geld zukommen lassen mit dem Ziel, Gesetze zustande zu bringen, die ihm nützen. Die Freiheit der Kunst rechtfertige nicht falsche Tatschenbehauptungen aufzustellen. Auch die Tatsache, daß Horten Ende der sechziger Jahre allen Parteien im Bundestag erhebliche Summen hatte zukommen lassen, lasse einen derartigen Schluß nicht zu"* („FR", 19.4.).

Angesichts der Tatsache, daß Horten angestrebt hatte, die Veröffentlichung der gesamten „Moritat" zu verbieten, mag das Urteil auf den ersten Blick als relativ „liberal" erscheinen.

Stellt allerdings die Zahlung von etwas weniger als der Hälfte der Prozeßkosten – ca. 20.000 DM – für den Rotbuchverlag und den Autor eine erhebliche Belastung dar, so dürfte die gleiche Summe für Horten ein lächerlicher Betrag sein – soll er doch allein dem BRD-Staat 450 Mio. DM an Steuern schuldig geblieben sein.

Das Urteil zielt darauf ab, bei fortschrittlichen Autoren den Mechanismus der Selbstzensur in Gang zu setzen. Die Autoren sollen *„die staatlichen Repressionsnormen wenigstens probeweise gedanklich antizipieren, den Text an möglichen Straftatbeständen ... messen. Wollen sie nicht den ökonomischen Ruin (auch ihres Verlags) riskieren, werden sie vernünftigerweise die drohende Sanktion gedanklich ... vorwegnehmen ..."* (Zensur in der BRD, S. 40).

Das Gerichtsurteil macht die Tendenz deutlich, wie auch auf **zivilrechtlichem** Weg eine fortschrittliche realistische Literatur, *„die mit dokumentarischem Material Kapitalismuskritik betreibt"* (Zensur in der BRD, S. 55), verhindert werden soll.

Die staatlichen Textinterpreten gehen dabei folgendermaßen vor: Ein Gedicht oder ein Text wird *„zum Zwecke der Verurteilung in geschützte Kunst einerseits und unerlaubte Meinungsäußerung andererseits"* (Zensur in der BRD, S. 33) zerlegt. Für die auf Meinungsäußerung oder Tatsachenbehauptung reduzierte Textstelle kann dann auch nicht die im Grundgesetz garantierte Freiheit der Kunst geltend gemacht werden! Den staatlichen Textinterpreten dient zudem die juristische Fiktion des „Durchschnittslesers" bzw. des „verständigen Lesers" (§ 93 StGB) als Vorwand, um je nach politischen Erfordernissen zu bestimmen, was Kunst und somit gesetzlich geschützt und was Tatsachenbehauptung ist und somit verboten werden kann.

Die Freiheit einer realistischen Kunst steht eben *„in Konkurrenz mit anderen Freiheiten und Rechten ... Auch im freiheitlichsten Staat kann es keine Beleidigungsfreiheit geben..."* („FR", 21.4.). Schließlich darf das Ansehen und die Würde des Unternehmers im Bewußsein des „Durchschnittslesers" ja keinen Schaden nehmen!

Das Rotbuch „Ein Bankier auf der Flucht" wird also in Zukunft wohl mit zwei geschwärzten Textzeilen erscheinen – ebenso übrigens wie Delius' Satire „Unsere Siemenswelt. Eine Festschrift zum 125jährigen Bestehen des Hauses S.", die eine ganze Reihe – vom Siemens-Konzern gerichtlich erzwungener – Schwärzungen aufweist. Dies würde allerdings, so Delius, der Satire keinen Abbruch tun, der Prozeß habe die „Festschrift" in der Öffentlichkeit erst richtig bekannt gemacht!

„Für uns" (gemeint sind der Autor und der Rotbuchverlag), so schreibt Delius, *„liegt die Niederlage in der hohen Kostenlast (knapp 37.000 DM) und dem kostenbedingten Prozeßabbruch"* („Unsere Siemenswelt", S. 110). Ähnlich dürfte es wohl auch im vorliegenden Fall aussehen: *„Der vom Ex-Kaufhaussier beanstandete, vom Landgericht Hamburg für zulässig erklärte, vom Oberlandesgericht wiederum beanstandete Satz ist mittlerweile so oft zitiert und somit unters Volk gebracht worden, wie F.C.Delius in einem ... offenen Brief an Helmut Horten dankbar vermerkte. In der Tat zeigt sich schon daran, wie töricht die Prozeßhanselei des H. Horten ist und das Gegenteil der Wirkung erzielt, die beabsichtigt ist"* („FR", 21.4.).

Ein Genosse der Kultur-Kommission



Tamara hat es geschafft!
Nach nunmehr achtjährigem Kampf um ihre Einbürgerung wurde Tamara Tschikowani vier Tage vor der Berufungsverhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg in einem kurzen Schreiben des Landesinnenministeriums aus Kiel lapidar mitgeteilt, daß ihre Einbürgerungsurkunde ihrer zuständigen Ordnungsbehörde zugesandt worden sei.

Zur Erläuterung wurde angeführt, daß sich herausgestellt habe, daß das Bundesinnenministerium in ihrem Verfahren nicht zustimmungspflichtig sei. Auf Anfrage eines Journalisten ergab sich, daß Bonn und Kiel sich gegenseitig die Verantwortung in diesem Skandal zuschieben. Denn nunmehr 8 Jahre hat sich das Innenministerium mit diversen VS-„Erkenntnissen" über Tamaras „KB-Mitgliedschaft" gegen ihre Einbürgerung gewehrt.

Der wahre Grund des jetzigen Rückziehers der Behörden wird so nur schlecht getarnt. Die breite Solidarität aus dem linken und liberalen Lager hat Tamara zu ihrem selbstverständlichen Recht verhelfen müssen.
Herzlichen Glückwunsch, Tamara!

Westberlin: Widerstand gegen den US-Imperialismus

Am 17. Mai dokumentierten auffahrende und schöngeputzte Panzer der westlichen „alliierten Schutzmächte" mit ihrer alljährlichen Truppenparade in Westberlin anschaulich ihre Funktion.

Mehr Aufsehen erregte dann aber eine Aktion von rund 200 Menschen am berüchtigten Symbol des US-Imperialismus, dem Amerika-Haus: 14 von ihnen erklommen das Dach und verbrannten u.a. die amerikanische Fahne! Auf ihren Transparenten brachten sie ihren Protest gegen die kriegstreiberische Politik des US-Imperialismus, gegen die Hochsicherheitstrakte zum Ausdruck und bekundeten ihre Solidarität mit der RAF sowie der Bewegung 2. Juni. Über anderthalb Stunden hielten die Demonstranten das Dach des Amerikahauses besetzt, ehe es den rund 300 Bullen – unter ihnen sechs Vertreter des SEK („Sondereinsatzkommando", vergleichbar mit der GSG-9) gelang, mit einer Serie von Tränengasbomben und Wasser aus Feuerwehrschläuchen die Besetzung zu beenden. Anschließend kam es dann zu einer mehr als zweistündigen Auseinandersetzung zwischen rund 200 Demonstranten und rund 300 Bullen – Steine flogen und die Bullen gingen brutal gegen die Demonstranten vor. Sechs SchuPos wurden dabei verletzt – auf der anderen Seite wurden 13 der 14 Dachbesetzer/innen – sieben Frauen und sechs Männer – verhaftet.

Gegen diese 13 wurde inzwischen Haftbefehl erlassen wegen schweren Landfriedensbruchs, unerlaubten Waffenbesitzes und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Inzwischen hat sich auch Bundesanwalt Rebmann eingeschaltet und Haftbefehl wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" (§ 129a) erlassen.

Die Reaktion der in Westberlin mächtigen Springer-Presse war entsprechend: *„Terror! Blutige Schlacht am Bahnhof Zoo!"* und *„Größte Schlacht seit den APO-Krawallen"* („Bild", 19.5.80) waren die großen Schlagzeilen. Und „natürlich" handelte es sich bei dem Protest um *„Terrorunterstützer"* (so Staatsschutz-Chef Kittlaus in „Bild", 19.5.) oder schlicht um *„200 Sympathisanten der Terror-Organisationen Rote-Armee-Fraktion und Bewegung 2. Juni"* („Welt" 19.5.). Die bürgerliche Presse zog umgehend „Parallelen" zu den „Bremer Krawallen" und heizte die am 19.5. stattgefundene Anti-Strauß-Demonstration entsprechend an; „Militante" planten auch dort „Ausschreitungen". „Bild" kam's ganz düster: *„So ähnlich fing auch die APO in den sechziger Jahren an"*, läßt sie einen *„Verfassungsschützer"* zu Wort kommen (20.5.).

Wenig „alternativ" allerdings war die Berichterstattung in der „TAZ" (19.5.), wo dem Berichterstatter *„die Szene ... fremd"* war, *„Kino. Die Märtyrer auf dem Dach, mit ihrer wahnsinnigen Militanz, genauso wie die streetfighter am Bahnhof Zoo, die zwischen den bekannten Polit-Kämpfern kräftig mitagierten"*.

Ein Westberliner Genosse



Totalverweigerer vor Gericht

Am 12. Juni steht der Totalverweigerer Horst Balzer aus Frankfurt vor dem Amtsgericht Kassel.

Fahnenflucht wird ihm vorgeworfen!

Im Januar 1975, als ihm die Einberufung zur Bundeswehr angekündigt wurde, stellte er einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer.

Am 1. April 75 wurde er eingezogen, nachdem der Prüfungsausschuß seinen Antrag abgelehnt hatte. Horst legte Berufung ein.

Nach 6 Wochen Bundeswehrdienst fand am 20.Mai 75 die Berufungsverhandlung über seine Berechtigung, den Kriegsdienst mit der Waffe verweigern zu dürfen, statt. Erneut wurde Horst abgelehnt.

Damit war der legale Versuch, den

Kriegsdienst [illegible]

Damit war der legale Versuch, den
Kriegsdienst zu verweigern, beendet, und Horst verlor das Vertrauen in die Gerechtigkeit bundesrepublikanischer Justiz: er flüchtete ins Ausland und blieb bis Ostern 1978 in Österreich. Als er zurückkehrte, begann die Staatsanwaltschaft, den Prozeß wegen Fahnenflucht vorzubereiten, der bis jetzt wegen einem neuen KDV-Verfahren zurückgestellt wurde.

Horst hat sich, nachdem er sich wieder im Machtbereich der Bundeswehr befand, zur Totalverweigerung entschlossen, das heißt, er wird in Zukunft weder Kriegsdienst noch Ersatzdienst leisten (ihm drohen noch 13 1/2 Monate, die er schon mal verweigert hat)(Flugblatt-Abschrift).

Kommt zum Prozeß am 12.6., Amtsgericht Kassel, Frankfurter Str. 9, im 1. Stock, Raum 109 um 13.30 Uhr

Kontakt:
Horst Balzer
Strahlenberger Weg 24
6000 Frankfurt/Main 70
Tel.: 0611/62 95 08
Spendenkonto:
Horst Balzer
Postscheckamt Frankfurt/Main
Konto Nr. 3789 91-608

Polizeistaat und Rekrutenvereidigungen

Zum vierten Male fand Mitte Mai eine öffentliche Vereidigung von 450 Rekruten in Brake statt, wie zweimal jährlich in Drangstedt die Vereidigung von 350 Wehrpflichtigen.

Obwohl lediglich in Brake während der Feier AKW-Gegner das Lied „We shall overcome" und „Sag mir, wo die Blumen sind" als Protest anstimmten, wurden beide Vereidigungen zu einer Demonstration des Polizeistaates.

Kapitän zur See Eberbach sprach vom *„Aufschrei der Empörung"* nach den *„Gewalttätigkeiten in Bremen"*, *„organisierte Feinde und fehlgeleitete Mitläufer"* bedrohten zunehmend mit *„brutaler Gewalt. . . die Freiheit im Inneren"*.

Gegen diese „Gefahr" waren in Brake gleich ganze Hundertschaften Polizei mit Hundestaffeln, Wasserwerfern und Transportwagen (für Verhaftete) aufgefahren. 2 Polizeihubschrauber waren ständig im Einsatz, sämtliche Bahnhöfe auf der Verbindung nach Brake waren mit Polizeiposten besetzt, auch die Bundeswehr hatte dafür Truppen abkommandiert.

„Zahlreiche Polizeibeamten in Zivil, Kripo, Verfassungsschutz und Militärischer Abschirmdienst ergänzten das Sicherheitsaufgebot, zu denen auch Kamaraleute auf dem Dach des BBZ gehörten, die von dort aus die Menschenmenge filmten" („Kreiszeitung Wesermarsch", 16.5.80).

„Polizeiaufgebot schreckte die Krawallmacher ab", das war dann die Schlagzeile der Regionalpresse, damit kann man es natürlich auch begründen, daß zukünftig mehr Polizeistaat gezeigt werden soll, bzw. eine neue Generation von Demonstranten (nach den Anti-AKW-Demonstranten) in die Archive des Verfassungsschutzes wandern soll.

Der Götze wackelt

Unter diesem Motto findet vom 13. - 15.6.80 in Osnabrück ein gemeinsamer Kongreß der Christen gegen die Atomenergie und Atomrüstung statt. Die antimilitaristischen und Anti-AKW-Christen wollen sich dort nicht nur treffen, sondern beide Bewegungen zu einem Bündnis zusammenführen. Ein Ziel, das von der Sache her notwendig ist, kirchengeschichtlich aber ein neues Datum setzen würde.

Gruppen von Christen für die Abrüstung gibt es seit den innerkirchlichen Auseinandersetzungen um die Wiederbewaffnung der BRD, die nach dem spektakulären Rücktritt Heinemanns aus dem Adenauerkabinett fast zur Spaltung der Evg. Kirche geführt hätten. Nach 1950 flammte der Streit anläßlich des NATO-Beitritts und des folgenden Militärseelsorgevertrages (1957) sowie anläßlich der Stationierung von Atomwaffen auf westdeutschem Boden (1958) immer wieder auf. Diese Tradition der Ostermarschierer stellt heute eine noch kleinere Minorität dar als damals. Einer ihrer führenden Köpfe war und ist M. Niemöller. Die Bewegung steht parteipolitisch in der Nähe von DFU und DKP.

Gruppen von Christen gegen AKWs begannen sich nach den Brokdorf-Demonstrationen zu sammeln. Es gab neben vielen Aktionen wie z.B. Kirchenbesetzungen im letzten Jahr zwei bundesweite Kongresse in Hannover und Hamburg. Politisch sind die meisten im Lager der politischen und ökologischen AKW-Gegner zu suchen.

Um beide Stränge christlicher Atomgegner zusammenzuführen, wird nun zu einem Kongreß nach Osnabrück eingeladen.

Nach Vortrag und Film am Freitag sollen am Samstag folgende Arbeitsgruppen laufen:

1. **Polit-ökonomische Analyse des Zusammenhangs von Atomrüstung und Atomenergie**
2. **Geschichte des innerkirchlichen Widerstands und die Brauchbarkeit der Theologie.**
3. **Praktische Erfahrungen im Kampf gegen Aufrüstung, Atomwaffen und Atomkraftwerke.**
4. **Politische Optionen und Strategien: Parteien, Gewerkschaften und Parlamentarismusfrage.**

Meinungsverschiedenheiten, die mit der politischen Orientierung zusammenhängen, sind für AG 1 schon vorhersehbar. Denn eine vorgegebene Fragestellung lautet: **„Ist Atomtechnik wertneutral oder erzwingt sie menschenfeindliche Strukturen?"**

Die Erfolge der Bündnisbemühungen werden in erheblichem Maße davon abhängen, inwieweit es gelingt, ideologische Vorbehalte zu durchbrechen. Dafür gibt es auch unter den linken Christen bis heute allzu wenig Erfahrungen. Trotzdem läuft am Samstagabend der Film: „Wer keinen Mut zum Träumen hat, hat keine Kraft zum Kämpfen."

Kirchenkommission



Erklärung der Hamburger Kirchenbesetzer

Wir haben in der Nacht vom 8. auf den 9.5., in der Nacht, in der Ulrike (Meinhof) vor vier Jahren von westdeutschen und US-Geheimdiensten hingerichtet worden ist, den Turm der evangelischen Kirche in St. Georg (Hamburg) besetzt. Ausgerüstet mit einer 200-Watt-Lautsprecheranlage ging es uns mit der Aktion um zwei Punkte:

- *Die Herstellung eines Forums der Auseinandersetzung unter allen Genossen, die nicht warten wollen, bis uns die Bomben auf den Kopf fallen und die AKWs um die Ohren fliegen, was heißt: eines Forums, das wir uns n e h m e n , und*
- *die Orientierung auf Möglichkeiten zur Herstellung von Öffentlichkeit, die über die ausgelatschten Formen der Sintfluten von Flugblättern, Veranstaltungen, Zeitungen usw. hinausgehen. Wir meinen damit einfach die Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten, die sich an dem orientieren, was wir w o l l e n , und nicht nur daran, was (noch) erlaubt ist.*

Und beides ist jetzt dringender nötig als je, jetzt in dieser Situation, wo die Imperialisten sich dranmachen, alles auf eine Karte zu setzen; wo sie mit ihren Overkill-Spezialeinheiten versuchen, Öl und Macht in der Region am Persischen Golf zu sichern; wo sie ökonomisch-militärisch ihre „Spielzeuge in der Hand der Amerikaner" (der ehemalige Oberbefehlshaber der ägyptischen Armee über Sadat) gegen die arabische Revolution aufrüsten, und wo sie hier im Inneren ihre ganze Propagandamaschine ausfahren, um endlich das zu ändern, was sie trotz 30 Jahren „deutsch-amerikanischer Freundschaft" nicht geschafft haben: daß immer noch 70 % der BRD-Bevölkerung nicht dafür zu begeistern sind, sich „notfalls" in den nächsten Krieg schicken zu lassen, und schon gar nicht für die Amis (laut geheimer Infra-Test-Umfrage für die Bundesregierung, „Stern" vom 30.4.80).

Wir haben diese Aktion von vornherein in den Zusammenhang des Widerstands gegen i h r e n Krieg gestellt. Des Widerstands, der sich mit Aktionen wie dem Angriff auf das Büro der „pan-am" am 26.4. in Hamburg (entwickelt aus der spontan angesetzten Demo gegen den US-Überfall auf den Iran) und der heißen Demonstration am 6.5. in Bremen gegen die in alt-faschistischem Gehabe aufgezogene „25-Jahr-Feier – Bundeswehr in der Nato", schon einen brisanten Ausdruck verschafft hat.

Wir haben e i n Aufrufflugblatt für Bremen und den Fackelzug in Hamburg für die Nacht vom 8. auf den 9.5. gemacht, weil wir wollen, daß der Zusammenhang des Kampfes von Ulrike, der RAF (die Angriffe auf die US-Headquartiers während des Vietnamkriegs 1972 und gegen den damaligen Oberbefehlshaber der Nato für Europa, Haig, 1979) zu unserem Widerstand in Bremen in der Praxis begriffen wird. Der Staatsschutz reagierte sofort. Am 7.5. wurden in Bremen acht Hamburger Genossen festgenommen und über Zeitungen und Rundfunk eilig als „RAF-Sympathisanten" deklariert, „die weitere Aktionen planen". Die Einschüchterungskampagne der psychologischen Kriegsführung setzte sich in der Nacht vom 8.5. in einem Polizeiaufgebot von ungefähr 1.000 Mann fort und da muß man sagen, daß sich sehr viele Genossen davon haben so beeindrucken lassen, daß sie gleich wieder nach Hause gefahren sind. Wäh-
und da muß man sagen, daß sich sehr viele Genossen davon haben so beeindrucken lassen, daß sie gleich wieder nach Hause gefahren sind. Wäh-
rend die „innere Sicherheit" im Amerika-Haus wohl bis unter's Dach gestapelt war, hatten wir inzwischen das Hindernis der Kirchturmtür mittels einigen Brecheisen beseitigt, den Turm besetzt und den Zugang verbarrikadiert. Wegen den wenigen verbliebenen Leuten und dem starken Bullenaufgebot wurde der Fackelzug abgesetzt und per S-Bahn vom Dammtor zum Hauptbahnhof gefahren, um vielleicht noch die Möglichkeit zu nutzen, mit möglichst vielen Genossen in den Turm zu gelangen, die Besetzung zu verbreitern. Das war nicht möglich, da die Aktion inzwischen bemerkt worden war und wir, weil längeres Warten sinnlos war, uns mit einem kleinen Einstimmungskonzert gemeldet hatten. Sämtliche Versuche der Bullen, die letzte Barrikade zu knacken, scheiterten.

Im Laufe der Nacht und auch des nächsten Tages stellte sich heraus, daß unter dem Eindruck der Reaktion des Staates auf die Bremer Demonstration nur wenige Genossen dazu bereit waren, sich zu der Besetzung zu verhalten, überhaupt zu der Kirche hinzukommen. Es wurde deutlich, daß in der Linken die p o l i t i s c h e Stärke, die eine so selbstbewußt wie in Bremen und Hamburg auftretende antiimperialistische Bewegung gerade jetzt hat, noch nicht voll begriffen ist. Obgleich Umfrageergebnisse keine Lebensversicherung sind, in ihnen schimmert ein für die Herrschenden gefährlicher Loyalitätsschwund durch.

Wir haben dann, nach einer Kundgebung am Nachmittag des 9.5., und nachdem uns freier Abzug zugesichert worden war, die Besetzung abgebrochen,

1) weil wir eine breitere Mobilisierung in der Linken kurzfristig nicht für möglich hielten,
2) sich die Tatsache der Besetzung und die Inhalte unserer Erklärung in den Medien, soweit es ging, durchgesetzt hatten.

Während der Kundgebung sind drei Genossen beim Verteilen unserer Erklärung für einige Stunden festgenommen worden und im weiteren Verlauf marschierten die Bullen in aufgeplustertem Gänsemarsch durch die Menge, wagten angesichts der breiten Öffentlichkeit (u. a. massiver Presse) aber keine Eskalation. Genau wie in der Nacht zuvor, zielten ihre Maßnahmen auf nichts als die Verbreitung von Angst und Verunsicherung, was mit zunehmender Dauer der Besetzung aber langsam an Wirksamkeit verlor.

Die Ermittlungen gegen uns drei hat sofort die Bundesanwaltschaft ansichgezogen und sie laufen (natürlich) wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" (§129a).

Zu der Reaktion der Leute in St. Georg selbst ist zu sagen, daß sie dort, wo sie zu Genossen unten direkt geäußert wurden, fast immer positiv und ermutigend („weitermachen!") war, während die Popularitätskurve der Bullen immer weiter in den Keller ging.

Wir haben mit unserer Aktion eine zentrale Parole von Bremen aufgegriffen: Krieg dem imperialistischen Krieg! und bewußt nicht: BRD raus aus der Nato, weil wir meinen, daß nur die erste Parole von dem realen Begriff der Situation ausgeht, die Notwendigkeit ausdrückt, ein revolutionäres Verhältnis zu bewaffnetem Widerstand zu finden, gegen einen Gegner mit der Macht wie die US und das germanisierte Europa, der sich am umfassendsten und brutalsten in der Nato organisiert hat. Und das heißt jetzt erstmal: Eine solche Bewegung kann es sich nicht leisten, sich von den jetzt schon bewaffnet kämpfenden Widerstandsgruppen isolieren zu lassen. Genau das ist in Parolen wie „BRD raus aus der Nato" aber schon angelegt, weil sich darin vermittelt, daß sich hier noch was „reformieren" läßt, daß revolutionäre Politik noch nicht auf der Tagesordnung steht, weil sowas die Illusion nährt, diese US-Kolonie hier neutralisieren zu können, ohne die Macht der US-Kolonialherren überall in der Welt zu brechen.

Einfach: Weil wir nicht weiterkommen, wenn wir dem zahnlosen, alten pazifistischem Antimilitarismus verhaftet bleiben.

„Die Frage ist nur, was wir machen, wie wir – d.h. die Kräfte auf Seiten der Revolution in dieser Phase der Tatsache begegnen, daß der US-Imperialismus nicht aufgehört hat, der Todfeind der Menschheit zu sein".

(Kommando Andreas Baader – RAF)



Diskussion über
DER SCHREI aus der Stille

Im AK 177, S. 26 war ein kurzer Hinweis auf den Film „Der Schrei aus der Stille". Dieser Film, der exemplarisch den Weg einer vergewaltigten Frau zeigt, hat offenbar einiges an Diskussion ausgelöst. Wir veröffentlichen hier vier dazu vorliegende Leserbriefe.

AK-Redaktion

Im letzten AK kündigte ich eine Besprechung dieses Films an.

Dabei hatte zumindest ich einen Artikel im Kopf, der , wie bei anderen Gelegenheiten auch, z.B. die Reaktion in den verschiedenen Presseorganen berücksichtigt, einen Artikel, den ich auch im Namen der anderen Genossinnen der AG Frauen hätte schreiben können. Das erschien mir aber, je mehr ich über den Film nachgedacht und mit anderen Frauen drüber gesprochen habe, immer unmöglicher.

Stattdessen möchte ich lieber erzählen, wie es mir mit diesem Film gegangen ist. Zuvor ein kurzer Ab-
möglicher.
Stattdessen möchte ich lieber erzählen, wie es mir mit diesem Film gegangen ist. Zuvor ein kurzer Ab-
riß über den Inhalt.

Suzanne, eine Krankenschwester, wird nach dem Spätdienst kurz vor Mitternacht wenige Schritte von ihrer Arbeitsstelle entfernt von einem Mann überfallen; er setzt ihr ein Messer an die Kehle und schleppt sie in einen bereitgestellten Lieferwagen. Während der folgenden zwei oder drei Stunden kotzt der Mann seinen ganzen Frauenhaß auf sie aus. Sie wird beschimpft, gefesselt, ihr werden die Kleider vom Leib geschnitten, sie wird bepißt, bespuckt, geprügelt, schließlich dringt er in sie ein. Die Frau hat keine Möglichkeit der Gegenwehr. Ihr Versuch, sich durch Schreie aus dem Lastwagen heraus bemerkbar zu machen, wird brutal unterdrückt.

Fast die ganze Zeit wimmert sie. Sie schleppt sich nach Hause, ruft ihren Freund an, bricht zusammen. Sie weint, kotzt, braucht lange, überhaupt schreien zu können. Noch in der Nacht erstattet sie Anzeige.

Den Medizinern fällt nichts Besseres ein, als Suzanne auf dem gynäkologischen Stuhl mit ausgebreiteten Beinen abzufotographieren. Der Polizist fragt ihren Freund, warum er sie nicht abgeholt habe und baut sich so vor ihr auf, als wollte er sie auch noch mal vergewaltigen. Einige Tage später ist sie äußerlich wiederhergestellt, aber sie findet nicht mehr zurück ins Leben.

Nach zwei Monaten ist die Geduld ihres Freundes zu Ende: unter Beteuerungen, daß er sie liebe, versucht er sie wieder „richtig" zu bumsen. Suzanne ist gezwungen, sich entschieden zu wehren, bis er sein Vorhaben aufgibt. Dafür verläßt er aber türenknallend die Wohnung. Suzanne kotzt wieder, versucht zu schreien, aber sie bringt keinen Ton heraus. Sie schluckt eine Überdosis Schlaftabletten.

Eingeblendet in diese Dokumentation sind Szenen mit anderen Formen der Vergewaltigung; wie Frauen den Krieg erleben müssen, Bilder aus Vietnam, Klitorisbeschneidung.

In einer imaginären Gerichtsszene treten vom Ehemann, Chef, Filmregisseur, Guru, Psychotherapeuten und Vater vergewaltigte Frauen auf und klagen an. Der Richter schleudert ihnen seine Definition von Vergewaltigung samt dazugehörigen Gesetzesparagraphen entgegen.

An mehreren Stellen unterbrechen die Filmerin und die Cutterin mit Gesprächen am Schneidetisch den Ablauf.

Ich habe mehrere Stunden gebraucht, um mich von diesem Film zu erholen, auch wenn es mir während des Films teilweise „gelungen" war, ihn aus einer gewissen Distanz heraus zu betrachten. Es dauerte Tage, bis ich ein wenig Ordnung in meine Gefühle über das Gezeigte gebracht hatte. Ob das so ist, w e i l oder o b w o h l ich mich seit mehreren Jahren und seit einem Jahr intensiver mit dem Thema Vergewaltigung beschäftige, weiß ich nicht.

Schon während des Films mußte
ren und seit einem Jahr intensiver mit dem Thema Vergewaltigung beschäftige, weiß ich nicht.
Schon während des Films mußte
ich immer wieder an Berichte von Folterungen, insbesondere an chilenischen Frauen, denken, über die sie auch hier in Hamburg berichtet haben; besonders davon, wie sich die Frauen dagegen gewehrt, wie sie standgehalten haben. An diesen Berichten maß ich das Verhalten der Suzanne. Warum muß sie die ganze Zeit wimmern, warum muß sie ihrem Folterer auch noch diese Genugtuung verschaffen, kann sie nicht wenigstens den Mund halten?

Aber woher nehme ich die Sicherheit, diesen Anspruch an die Vergewaltigte zu stellen? Würde ich ihn denn selbst einlösen können?

Heute denke ich, daß gerade dieses völlige Ausgeliefertsein die Vergewaltigung mitausmacht, sich schuldig zu fühlen angesichts der eigenen Wehrlosigkeit.

Hätte Suzanne auf irgendeine Art erfolgreich Widerstand geleistet, wäre mir das Ausmaß der Erniedrigung nicht so bewußt geworden. Auch die Tatsache des Selbstmordes wollte ich nicht so an mich heranlassen.

Haben wir dem denn nichts entgegenzusetzen? Ja, manchmal – wir müssen es erst entwickeln. Auch hier: die Unterdrückung würde nicht so deutlich werden, wenn sie in ihrer Darstellung mit dem Widerstand – dem erfolgreichen – dagegen verknüpft wäre.

Tage später erinnerte ich mich an Dinge, die mir – im persönlichen Gespräch – über die chilenischen Folterungen berichtet worden waren: Einige gefolterte Frauen sind wahnsinnig geworden, haben Zement gegessen, sich umgebracht.

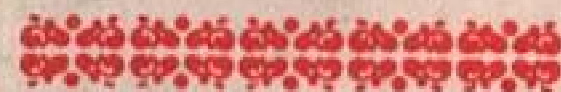
Langsam spüre ich, wie ich das Thema Vergewaltigung an mich heranlasse, nicht mehr abblocke mit dem Gedanken „aber man kann sich doch dagegen wehren ...".

Und mir vergeht erst mal die Lust, die Sachen, die man an dem Film kritisieren kann, zu benennen. Ich habe das Gefühl, ich bin an die Frage Vergewaltigung bisher zu oberflächlich herangegangen – überhaupt was Unterdrückung, Erniedrigung angeht.

Diskussionen über die Türkei-Veranstaltung, Berichte über Brutalität, über Folter, wer spricht über die weiblichen Opfer des Regimes, des häuslichen Unterdrückers? Das Karaxu-Konzert – wo finde ich die chilenischen Frauen, ihre Leiden, ihre Kämpfe?

Die Achtung der Folter ist weitverbreitet; und die der Vergewaltigung? Was macht den Unterschied aus? Ich will keinen Unterschied mehr machen.

(A), AG Frauen Hamburg



Vielleicht habe ich vorher zu viele Filmbesprechungen und begeisterte Urteile anderer Frauen gehört oder gelesen und hatte deshalb meine Erwartungen zu hoch geschraubt, – jedenfalls hat mich der Film eher enttäuscht. Durch die Besprechungen war ich schon auf ein paar mögliche Kritikpunkte vorbereitet, etwa, daß im Film die Frauen nur als Opfer dargestellt würden oder daß das Ende zu resignativ sei. Diese Kritiken würde ich allerdings nicht teilen; eine positive Wendung derart, daß Suzanne einen Karatekurs absolviert und den nächsten Vergewaltiger vermöbelt, wäre doch etwas platt.

Ich finde, der Film stellt die vergewaltigte Frau nicht nur als hilfloses Opfer dar, sondern als Nichts. Da ja gerade gezeigt werden soll, wie die Frau sich nicht (nur) als Körper, sondern als Person angegriffen und vernichtet fühlt, müßte die Frau auch als Person gezeigt werden. Die Veränderung, die mit Suzanne nach der Vergewaltigung geschieht, wird doch erst dadurch erfahrbar, daß man/frau weiß, wie sie vorher war.

Der Objektcharakter von Suzanne wird noch durch die Kommentare der Filmemacherinnen verstärkt.

Verglichen mit Suzanne ist der Vergewaltiger eine geradezu schillernde Persönlichkeit, ein Bilderbuch-Bösewicht mit differenziertem psychischem Umweltschaden. Zwar soll die Gerichtsszene wohl darauf aufmerksam machen, daß Vergewaltigungen in der Regel von „normalen" Bekannten und Verwandten begangen werden; sie prägt sich aber höchstens durch ihre Eintönigkeit ein, an Anschaulichkeit ist sie eher einer Bundestagsdebatte vergleichbar.

Auch nicht gerade typisch scheint mir die Asexualität dieser Vergewaltigung. Für mein (naives) Empfinden spielen bei der Vergewaltigung i.A. zwei Aspekte eine Rolle: einmal das Verständnis, daß Frauen der sexuellen Befriedigung des Mannes zu dienen haben (was schon Verachtung impliziert), zum anderen die körperliche Überlegenheit des Mannes, mit der er diesen Anspruch gegen den
nen haben (was schon Verachtung impliziert), zum anderen die körperliche Überlegenheit des Mannes, mit der er diesen Anspruch gegen den
Willen der Frau durchsetzen kann, und das daraus resultierende Ohnmachtsgefühl der Frau.

Leider wurde kaum darauf eingegangen, wie sich die Möglichkeit von Vergewaltigung auf das Leben von Frauen allgemein auswirkt. Die Schlußszene (in der eine lange Reihe von den typischen einsamen Örtlichkeiten gezeigt wird, wo frau sich gewöhnlich fürchtet) konnte frau in dieser Richtung interpretieren, obwohl sie möglicherweise gar nicht so gedacht war.

Bei der Auseinandersetzung mit diesem Film (wie überhaupt mit Vergewaltigung) stoße ich immer auf das Problem der Distanzierung bzw. der Identifikation.

Jede Frau fühlt sich durch Vergewaltigung bedroht, aber die meisten denken auch: Mir passiert sowas nicht. Die Folge ist, daß vergewaltigte Frauen doch immer ein wenig für ihre Vergewaltigung verantwortlich gemacht werden, daß eine fiktive Trennung besteht zwischen Frauen, die vergewaltigt werden und Frauen, die nicht vergewaltigt werden. Das mag ein Grund für die Scham sein, die Frauen nach einer Vergewaltigung empfinden (über die im Film zwar viel geredet, die aber nicht erklärt wurde). Ein Film gegen Vergewaltigung muß also diese Distanz – gegen den Willen der Betroffenen – zerstören. Das ist offenbar mit der Anfangsszene versucht worden, indem die Kamera aus dem Blickwinkel der Frau filmte. Bei mir hatte das aber nicht den Effekt, daß ich mich mit Suzanne identifizierte, sondern daß ich lediglich dachte: Aha, jetzt soll durch die Kameraführung die Betrachterin – an Suzannes Stelle versetzt werden. Aber vielleicht sind meine Distanzierungsmechanismen auch besonders effektiv. Im weiteren Verlauf des Films jedenfalls wird eine Distanzierung durch die Stilmittel (Einblendung von Schwarz-Weiß-Filmen aus Asien/Afrika, Kommentare der Regisseurin und Cutterin, theaterhafte Gerichtsszene) gefördert, vielleicht, um den Film betroffeneren Frauen so erträglicher zu machen. Auf mich wirkte der Film dadurch zerrissen, fragmentarisch.

Auch die Darstellung der Suzanne und des Vergewaltigers fördern Distanzierung (s.o.). Während und nach dem Film hatte ich mit Aggressionen zu kämpfen, die sich nicht etwa gegen Vergewaltiger, Arzt oder Polizisten richteten, sondern gegen Suzanne, ohne daß ich dafür bestimmte Gründe angeben konnte. Bei Gesprächen mit anderen Frauen stellte ich fest, daß diese, obwohl sie den Film i.a. anders empfunden hatten als ich, z.T. ähnliche Gefühle hatten, z.B. wütend waren, daß Suzanne sich nicht stärker wehrte. Das hängt wahrscheinlich mit dem Konflikt zusammen, daß frau sich mit Suzanne identifizieren soll und (im Besitz eines frauenbewegten Bewußtseins) auch will, daß diese aber kein sonderlich verlockendes Identifikationsobjekt darstellt.

Ich habe den Film mit der Erwartung besucht, mir hinterher besser vorstellen zu können, was eine Vergewaltigung für eine Frau bedeutet, was sie für mich bedeuten würde. In dieser Hinsicht hat der Film bei mir eigentlich nichts geändert. Anders ging es mir z.B. bei dem Film „Messidor", wo zwei Frauen beim Trampen von zwei Männern überfallen werden und die Vergewaltigung der einen Frau nur dadurch verhindert wird, daß die andere einen der Männer mit einem Stein erschlägt. Dadurch, daß die Frauen schon bekannt sind und frau sich schon vorher mit ihnen identifiziert, auch durch die Umstände der Vergewaltigung (anzügliche Bemerkungen der Typen im Auto; beide Männer vergewaltigen die Frau gemeinsam; obwohl sie sich wehrt, haben sie fast Erfolg), ist frau gezwungen, das auf sich zu beziehen. Auch die spätere Reaktion (auch hier ein langes Bad) war leichter nachzuvollziehen.

Daneben hatte ich gehofft, der Film würde deutlich machen, was Vergewaltigung im Sinne der Frauenbewegung bedeutet, daß er Irrtümer und Vorurteile ausräumt.

Inwieweit er dazu in der Lage ist, kann ich nicht beurteilen, da der Film auf fast alle Frauen und Männer offensichtlich ganz anders gewirkt hat als auf mich. Ein paar Dinge fand ich einprägsam dargestellt, das Verhör beim Arzt und Polizei, die softe Vergewaltigung, die Klitorisbeschneidung. Vieles hat aber auch gefehlt oder war filmisch nicht gut umgesetzt (zu viel gefilmte Sprache). Aber immerhin ist das Thema Vergewaltigung durch diesen Film wesentlich stärker als bisher in die Diskussion gekommen.

Co., AG Frauen Hamburg





Meine erste Reaktion war Sprachlosigkeit. Eine wahre Flut von Gefühlen, Ohnmacht, Betroffenheit, Kloß im Hals. Ich konnte nichts sagen.

Ich versuchte die Sprache wiederzufinden. Dabei half mir, daß ich als Anwalt („Offener Brief ...", AK167) dazu einfach etwas sagen wollte.

Zuerst fällt mir zu dem Typ – bestimmt nicht ohne Zufall hat er keinen Namen – ein: völlig zerstörter Charakter, miserable Sozialisation, neurotische Fehlentwicklung schon als Kind. Es könnte eine prima Verteidigungslinie abgeben, würden diese „gesellschaftlichen Hintergründe" allesamt aufgedeckt.

Aber im gleichen Moment, eher viel unmittelbarer, sehe ich Suzanne, den Lastwagen, die grenzenlose Bestialität des Agressors. Was heißt da eigentlich noch „miese Kindheit gehabt"? Es gibt Dinge, für die gibt es keine annehmbare Erklärung. Sicher gibt es überhaupt eine, aber keine, die mich überzeugen und die ich, wenn auch nicht als eigene, aber immerhin verteidigen könnte. Diese maßlose Erniedrigung, Verachtung. Ich glaube „Haß" paßt noch nicht einmal: Haß richtet sich gegen einen Gegner, ein Subjekt, jemanden, den man zumindest als Feind ernst nimmt. Hier ist aber n i c h t s mehr an Menschlichem, an Achtung, Respekt, Würde oder was auch immer.

Der Zorn über das Unrecht

Me-ti sagte zu Lai-tu: Du läßt es an Zorn gegen das Unrecht fehlen. Ohne Zorn gegen das Unrecht kann man kein rechter Anhänger der Großen Ordnung sein. Zorn gegen das Unrecht ist mehr als bloße Verurteilung des Unrechtes oder Angst, sich an Unrecht zu beteiligen. Wer nicht fähig ist, über ein privates Unrecht, das ihm geschehen ist, zornig zu werden, der wird schwer kämpfen können. Wer nicht fähig ist, über andern angetanes Unrecht zornig zu werden, der wird nicht für die Große Ordnung kämpfen können. Und der Zorn muß kein schnell aufflackernder, ohnmächtiger sein, sondern ein langandauernder, der die rechten Mittel zu wählen weiß. Mi-en-leh und Ka-meh haben nicht gerade im Zorn gehandelt, aber sie hätten niemals ohne Zorn gegen das Unrecht gehandelt, wie sie gehandelt haben.

aus: Bertolt Brecht: „Me-ti. Buch der Wandlungen".

Vergewaltigung ist mehr als nur eine kriminelle „Tat"; sie ist als brutale, gewaltsame, körperliche Mißhandlung nur die Spitze eines ganzen Eisbergs an menschlicher und gesellschaftlicher Nichtachtung. Auf der stärkeren Seite der Mann, besessen von dem unbedingten Willen zur Unterwerfung. „Unten" das Opfer, ein Nichts an Identität, dem der Agressor als einzigen Wert noch beläßt, sein wehr- und willenloses Objekt zu sein.

Vergewaltigung ist deshalb nicht auf einen Vorgang reduzierbar, der z.B. in einem Strafprozeß einer Rekonstruktion des Geschehens oder einem „Beweis" zugänglich ist. Auch wenn z.B. dem Angeklagten keine Vergewaltigung selbst nachgewiesen werden kann, so bleibt der Angriff auf die Frau mit allen im Film geschilderten Folgen. Kein Prozeß
Vergewaltigung selbst nachgewiesen werden kann, so bleibt der Angriff auf die Frau mit allen im Film geschilderten Folgen. Kein Prozeß
vor der bürgerlichen Strafjustiz kann die ganze Tragweite der Vergewaltigung erfassen. Wäre Suzanne weniger erniedrigt, letztendlich in ihrem Selbst vernichtet worde, wenn der Agressor sie nicht auch noch sexuell mißhandelt hätte? Ich glaube nein: Die Angst, die Scham zwei Stunden vorher, die Schläge, Opfer geballter Verachtung und völligen Ausgeliefertseins.

Fortsetzung nächste Seite



Vorausgesetzt, der Täter würde gefaßt, erhielte er ohne sexuelle Vergewaltigung sicherlich eine erheblich geringere Strafe. Aber die Vergewaltigung wäre für Suzanne sicher n i c h t erheblich weniger schlimm gewesen. Die Vergewaltigung ist nicht vorbei, wenn die Mißhandlung vorbei und die Wunden verheilt sind, so wie vielleicht die Folgen einer Schlägerei oder eines Verkehrsunfalls mit der Zeit verschwinden. Suzanne hatte lebenslänglich, zwar kein Knast, aber gelebt hat sie nicht mehr.

Wenn ich dies mit der Situation des „kaputten" Agressors vergleiche, fällt mir nur ein: es gibt keine „objektive" Sicht der Dinge. Vielleicht ist er tatsächlich unter katastrophalen Bedingungen aufgewachsen. Aber er lebt. Und vor allem: Was interessiert das das Opfer? Woher nimmt er das Recht, Suzanne derart bestialisch zu foltern?

Es ist eine Frage, welche Interessen an erster Stelle stehen, die der Frau oder die des Agressors. Einen Mittelweg gibt es hier nicht. Wenn in der „Gerichtsszene" des Film jemand angefangen hätte, die „Sozialisation des Vergewaltigers und ihre Folgen für das Opfer" (so etwa ein soziologischer „Arbeitstitel") wissenschaftlich wertneutral zu analysieren, - ich hätte es wahrscheinlich kaum ausgehalten.

Wenn im Prozeß darüber verhandelt wird, ob die strafrechtlichen Vorwürfe gegen den Mann stimmen, bzw. „beweisbar" sind („indem er die Zeugin mit Gewalt zwang..."), so erfaßt dies mit Sicherheit nur einen kleinen Teil dessen, was die Zeugin erlebt hat, und worunter die meisten noch lange zu leiden haben. Auch Nichtstun oder „schonendes Befragen" änderte nichts an der gesamten Situation. Was im Gerichtssaal übrig bleibt, ist ein „Fall", ein Vorgang, der von der Not, der Unterdrückung kaum noch etwas wiederspiegelt. Nach dem Strafgesetzbuch ginge es wohl auch kaum anders: Wenn der Täter gefaßt würde, würde er sicher nicht wegen Mordes verurteilt. Er würde deswegen auch nicht verurteilt werden k ö n n e n, obwohl er Suzanne umgebracht hat. Wahrscheinlich würde Suzannes Tod ihrer eigenen Labilität zugeschrieben („vielleicht ist sie als Kind zu weich erzogen worden"), wohingegen die Jugend des Angeklagten strafmildernd ins Gewicht fiele. Zweierlei Maß? Nein, das gleiche Maß derselben Justiz.

Als Anwalt des Angeklagten könnte ich hier b e s t e n f a l l s schweigend die nacherlebte Vergewaltigung der Zeugin mitansehen. Ich habe mich nach dem Film gefragt, ob ich das könnte. Die Antwort war: nein danke.

Hartmut Scharmer, 29.5.80



Situation. Was im Gerichtssaal übrig bleibt, ist ein „Fall", ein Vorgang, der von der Not, der Unterdrückung kaum noch etwas wiederspiegelt. Nach dem Strafgesetzbuch ginge es wohl auch kaum anders: Wenn der Täter gefaßt würde, würde er sicher nicht wegen Mordes verurteilt. Er würde deswegen auch nicht verurteilt werden k ö n n e n, obwohl er Suzanne umgebracht hat. Wahrscheinlich würde Suzannes Tod ihrer eigenen Labilität zugeschrieben („vielleicht ist sie als Kind zu weich erzogen worden"), wohingegen die Jugend des Angeklagten strafmildernd ins Gewicht fiele. Zweierlei Maß? Nein, das gleiche Maß derselben Justiz.
Als Anwalt des Angeklagten könnte ich hier b e s t e n f a l l s schweigend die nacherlebte Vergewaltigung der Zeugin mitansehen. Ich habe mich nach dem Film gefragt, ob ich das könnte. Die Antwort war: nein danke.
Hartmut Scharmer, 29.5.80



Obwohl ich den Film an einigen Punkten kritisiere (dazu später), meine ich doch, daß sich zumindest jeder männliche Genosse den Film ansehen muß. Aber allein das Ansehen reicht nicht aus. Ich finde es schon sehr wichtig, sich darüber Gedanken zu machen, wo man sich selbst und eigene Verhaltensweisen wiederfindet. Unter diesem Asepkt sollte der Film in jeder Einheit der Organisation diskutiert werden. Soweit erstmal dazu.

In der Vergewaltigungsszene im LKW habe ich mich zunächst nicht wiedererkannt, wohl weil die Brutalität, die Verachtung des Typen ihn mehr als Tier denn als Mensch erscheinen ließ. Ich fühlte eher, was in der Frau vorgeht, wie es der Suzanne dabei erging. Erst als ich den Film das zweite Mal gesehen habe, und ich die Diskussion der beiden Frauen am Schneidetisch besser verstanden habe (beim ersten Sehen war ich noch viel zu benommen – geschockt), erinnerte ich mich an Onanierphantasien aus frühen Jugendjahren. Die cutterin bezweifelte, daß die Männer sich in der LKW-Szene wiedererkennen, worauf die Regisseurin von den Reaktionen eines Typen bei der Klamottenzerreißszene erzählte.

Da schaltete es bei mir, und ich erinnerte mich. Das Klamottenzerreißen spielte eine, wenn auch nicht erhebliche, aber immerhin eine Rolle, schlimm genug. Möglichst schnell an den begehrten Körper heranzukommen, ihn auszuziehen, abzuschälen. Weniger die direkte Gewalt, als vielmehr die Verfügungsgewalt spielt eine Rolle.

Viel interessanter ist aber die Bettszene. Suzanne liegt mit ihrem Typen im Bett und er versucht, mit ihr zu bumsen, sie aber zeigt von vornherein überhaupt kein Interesse, läßt seine Schmusereien über sich ergehen und sagt dann, daß sie nicht mit ihm schlafen will, als er den Versuch unternimmt. Er versucht sie zu überreden, sie weicht aber nicht zurück, er reagiert mit Liebesentzug, steht auf und knallt die Tür zu.

Diese Szene hat mich sehr betroffen, weil sich doch solche oder ähnliche Szenen noch bis vor kurzem in meinen Beziehungen abspielten.

Obwohl ich schon von vornherein durch Initiativlosigkeit merkte, daß meine Freundin kein Interesse hatte, mit mir zu schmusen, habe ich doch immer versucht, sie rumzukriegen, ohne jegliche Rücksichtnahme. Ich erinnere mich daran, mit welchen subtilen Methoden ich es versuchte. Da waren Sachen wie, sie durch traurig sein betroffen zu machen, ihr etwas vorzuheulen. Oder, wie im Film, einfach weiter zu streicheln.

Allein das finde ich schon ziemlich erschreckend.

Meine Reaktionen, wenn sie dann schließlich sagte, daß sie keine Lust hat, mit mir zu schmusen, waren dann auch Liebensentzug, indem ich mich umdrehte, abwendete, sie allein ließ. Das hatte dann zur Folge, daß sie es gar nicht mehr wagte, etwas zu sagen, und sich selbst schließlich Frigidität vorwarf.

reagiert mit Liebesentzug, steht auf und knallt die Tür zu.
Diese Szene hat mich sehr betroffen, weil sich doch solche oder ähnliche Szenen noch bis vor kurzem in meinen Beziehungen abspielten.
Obwohl ich schon von vornherein durch Initiativlosigkeit merkte, daß meine Freundin kein Interesse hatte, mit mir zu schmusen, habe ich doch immer versucht, sie rumzukriegen, ohne jegliche Rücksichtnahme. Ich erinnere mich daran, mit welchen subtilen Methoden ich es versuchte. Da waren Sachen wie, sie durch traurig sein betroffen zu machen, ihr etwas vorzuheulen. Oder, wie im Film, einfach weiter zu streicheln.
Allein das finde ich schon ziemlich erschreckend.
Meine Reaktionen, wenn sie dann schließlich sagte, daß sie keine Lust hat, mit mir zu schmusen, waren dann auch Liebensentzug, indem ich mich umdrehte, abwendete, sie allein ließ. Das hatte dann zur Folge, daß sie es gar nicht mehr wagte, etwas zu sagen, und sich selbst schließlich Frigidität vorwarf.

Ich bin selbst auch immer so daran gegangen, daß ich meinen Orgasmus als ungeheuer wichtig empfand und ohne ihn mich nicht zufrieden gab. Durch ihre Abhängigkeit, die ich verursacht habe, fühlte sie sich dann auch gezwungen, mir einen Orgasmus zu verschaffen, um mich nicht zu verlieren.

Das machte die Vergewaltigung aus. Ich finde die Bettszene sehr gut, weil sie doch einiges deutlich macht. Mir wurde noch einmal sehr deutlich vor Augen geführt, daß auch ich schon vergewaltigt habe. Dadurch, daß ich die Gefühle von Suzanne sehr gut miterleben konnte, wurde mir auch noch einmal sehr deutlich, was das für die Frauen bedeutet.

Aber was mich am meisten erschreckt hat, ist die Tatsache, daß die Vergewaltigung im Ehebett kein Einzelfall ist, und sicher jeder Mann schon vergewaltigt hat oder immer noch vergewaltigt. Besonders in Diskussionen mit Frauen nach dem Film wurde mir das sehr deutlich.

Ich möchte noch einmal jedem Mann sehr eindringlich raten, sich diesen Film anzusehen und unter diesem Aspekt sich darüber Gedanken zu machen, wie er in Zukunft handelt! Das sollte eigentlich ein „Muß" sein!

Die Diskussion der beiden Frauen hinterher am Schneidetisch geht allerdings in eine andere Richtung. Sie sagen nämlich nicht, daß die Szene zeigt, wo sich die meisten Vergewaltigungen abspielen, nämlich im Ehebett, sondern sagen, daß Suzanne unfähig ist, Liebe zu geben und zu empfangen. Das mag sicherlich richtig sein, in bezug auf die Folgen der brutalen Vergewaltigung im LKW, aber das, was der Typ dort abzieht, wird total außer Acht gelassen. Ja, er wird sogar noch bedauert, bemitleidet! Somit wird die Vergewaltigung im Ehebett überhaupt nicht angesprochen, ein großer Mangel.

M., Metallbereich
KB/Gruppe Hamburg



Walpurgisnacht - Nachtrag
Freiburg
Zum alljährlichen Umzug durch die Freiburger Innenstadt trafen sich ca. 150 Frauen (das sind weniger als 1979), mit Kochlöffeln, Töpfen und anderen Lärminstrumenten bewaffnet, um darauf aufmerksam zu machen, daß Frauen heute immer noch Opfer männlicher Gewalt sind, sofern sie sich ohne den männlichen Begleitschutz abends auf die Straße begeben.
Der „männliche Begleitschutz" in Form von grünen ‚Ordnungshütern ließ es sich nicht nehmen, die Frauen auf dem Weg durch die Stadt zu begleiten. In väterlich-dummer Manier gaben sie ihre Kommentare zum Besten: „Ja, Mädchen, ihr müßt noch ein bißchen lauter singen, sonst hört Euch ja niemand" ...
Die äußeren Umstände der Demonstration (abends in der weitge-
vollziehen konnte. Im Anschluß an die Demo fand ein Frauenfest statt.
KB/Freiburg
Lübeck
Dieses Jahr fand in Lübeck zum ersten Mal eine Walpurgisnachtdemo statt. Der Vorschlag der Lesbengruppe wurde, nachdem auf dem Frauenplenum eine Diskussion über Sinn und Zweck geführt worden war, von der Mehrzahl der auf dem Plenum anwesenden Frauen getragen.
Die Frauen trafen sich vorher in der Frauenteestube („Alternative"), um ihren Transparenten den letzten Schliff zu geben, sich anzumalen und schon langsam in „Stimmung" zu kommen.
Zu Beginn der Demo waren wir
becker Verhältnisse ein dicker Erfolg!! Die relativ hohe Beteiligung ist u.a. wohl darauf zurückzuführen, daß am Wochenende vorher durch einen Infostand, Flugblätter und Wandtafeln dafür mobilisiert wurde und sich die Vergewaltigungen im Lübecker Raum gerade in der letzten Zeit in erschreckender Weise mehren.
Die Demo war in dieser Größenordnung eine der parolen-freudigsten und powervollsten, die wir je erlebt haben. Als Parolen wurden u.a. gerufen und getragen:
„Ausgangssperre bei Dunkelheit, das ist das Los der Weiblichkeit. Setzen Frauen......".
„Frauen, hört ihr Frauen schrei'n....".
„Trauschein ist kein Hauschein".
„Macker (Männer) verpißt euch, keiner vermißt euch"....
Letztere führte zu Widersprüchen bei einigen Frauen, wie auch bei der

Walpurgisnacht - Nachtrag

Freiburg

Zum alljährlichen Umzug durch die Freiburger Innenstadt trafen sich ca. 150 Frauen (das sind weniger als 1979), mit Kochlöffeln, Töpfen und anderen Lärminstrumenten bewaffnet, um darauf aufmerksam zu machen, daß Frauen heute immer noch Opfer männlicher Gewalt sind, sofern sie sich ohne den männlichen Begleitschutz abends auf die Straße begeben.

Der „männliche Begleitschutz" in Form von grünen ‚Ordnungshütern ließ es sich nicht nehmen, die Frauen auf dem Weg durch die Stadt zu begleiten. In väterlich-dummer Manier gaben sie ihre Kommentare zum Besten: „Ja, Mädchen, ihr müßt noch ein bißchen lauter singen, sonst hört Euch ja niemand" ...

Die äußeren Umstände der Demonstration (abends in der weitgehend leeren Innenstadt, keine Transparente) bewirkten, daß außer den Teilnehmerinnen kaum jemand das Anliegen der Demonstration nachvollziehen konnte. Im Anschluß an die Demo fand ein Frauenfest statt.

KB/Freiburg

Lübeck

Dieses Jahr fand in Lübeck zum ersten Mal eine Walpurgisnachtdemo statt. Der Vorschlag der Lesbengruppe wurde, nachdem auf dem Frauenplenum eine Diskussion über Sinn und Zweck geführt worden war, von der Mehrzahl der auf dem Plenum anwesenden Frauen getragen.

Die Frauen trafen sich vorher in der Frauenteestube („Alternative"), um ihren Transparenten den letzten Schliff zu geben, sich anzumalen und schon langsam in „Stimmung" zu kommen.

Zu Beginn der Demo waren wir ca. 70 Frauen, im Verlauf kreuz und quer durch die Innenstadt wuchs der Fackelzug auf ca. 120 buntbemalte, parolenfreudige Frauen an. Für Lübecker Verhältnisse ein dicker Erfolg!! Die relativ hohe Beteiligung ist u.a. wohl darauf zurückzuführen, daß am Wochenende vorher durch einen Infostand, Flugblätter und Wandtafeln dafür mobilisiert wurde und sich die Vergewaltigungen im Lübecker Raum gerade in der letzten Zeit in erschreckender Weise mehren.

Die Demo war in dieser Größenordnung eine der parolen-freudigsten und powervollsten, die wir je erlebt haben. Als Parolen wurden u.a. gerufen und getragen:

„Ausgangssperre bei Dunkelheit, das ist das Los der Weiblichkeit. Setzen Frauen......".

„Frauen, hört ihr Frauen schrei'n....".

„Trauschein ist kein Hauschein".

„Macker (Männer) verpißt euch, keiner vermißt euch"....

Letztere führte zu Widersprüchen bei einigen Frauen, wie auch bei der Bevölkerung. Auf dem nächsten Plenum haben wir über die entstandenen Widersprüche diskutiert, ohne jedoch Übereinstimmung zu erreichen. Einig waren wir uns darin, daß diese Aktionsform sehr öffentlichkeitswirksam war und auf großen Interesse stieß. Zu Auseinandersetzungen mit Mackern und Bullen kam es nicht. Zu unser aller Erstaunen und im Gegensatz zu anderen Städten, versuchten die Bullen, uns sogar vor Anmache zu schützen.

Die Demo endete mit einem „Hexentanz" auf dem Rathausmarkt und wurde mit einem gemütlichen Beisammensein in der Teestube fortgesetzt.

KB-Frauengruppe Lübeck

Mord vorm Frauenhaus

Nuriye Bekir hatte vor neun Wochen mit ihren vier Kindern im 2. Berliner Frauenhaus Schutz vor ihrem Ehemann gesucht. Am 7.5. wurde sie von ihm wenige Meter vor dem Frauenhaus erstochen.

Nuriye wurde während der Zeit im Frauenhaus häufiger von ihrem Mann bedroht; u.a. drohte er damit, ihr die Hand abzuhacken. Selbst vor Vertretern des Jugendamtes äußerte er Morddrohungen gegenüber seiner Frau. Nuriye fürchtete vor allem, daß er ihre Kinder entführen würde. Es wäre ihm auch fast einmal gelungen, eins der Kinder mitzunehmen, wenn nicht Frauen aus dem Frauenhaus eingegriffen hätten. Die Polizei, die mehrfach um Hilfe gebeten wurde, hielt ein Eingreifen nicht für nötig. Es mußte anscheinend erst das Schlimmste passieren.

An diesem Tag verließ Nuriye das Frauenhaus mit einer Begleiterin und ihren Kindern zu einem Spaziergang. Direkt vor dem Haus wurde sie von ihrem Mann niedergestochen. Er bedrohte die Umstehenden mit einem — wie sich erst später herausstellte — Schreckschußrevolver, so daß sie nicht einzugreifen wagten. So mußten Helfer aus dem nahegelegenen Krankenhaus hilflos zusehen, wie die Frau verblutete. Die Polizei traf nach Angaben der Frauen erst eine halbe Stunde nach der Tat ein.

Sind Frauen jetzt selbst im Frauenhaus nicht mehr sicher vor der Gewalt ihrer Männer?

In den letzten zwei Jahren hat es 5 Brandanschläge auf das 1. Westberliner Frauenhaus gegeben; zweimal sind Mitarbeiterinnen zusammengeschlagen worden. In drei Fällen wurden Frauen, die das Frauenhaus wieder verlassen hatten, niedergestochen bzw. ermordet.

Trotz dieser Serie von Gewalt ist der Senat nicht bereit, das Frauenhaus ausreichend zu unterstützen: Nachdem endlich ein zweites Frauenhaus eingerichtet wurde — das auch schon wieder ständig überbelegt ist — versucht der Senat an der Zahl der Mitarbeiterinnen zu sparen. Statt der geforderten 16 Planstellen pro Haus sieht die jüngste Senatsvorlage nur noch sechs vor. Für die etwa 50 Kinder sorgen am Tag nur zwei Erzieherinnen! Zwei Planstellen für juristische und psychologische Beratung wurden gestrichen. Das dringend benötigte Geld für einen Schutzzaun um das zweite Frauenhaus ist immer noch nicht bewilligt worden. (Geld für Hochsicherheitstrakte ist immer genügend da!)

In einem Flugblatt fordern die Frauen: „ — *daß die Polizei Frauen vor Mißhandlungen schützt und nicht erst tätig wird, wenn es zu spät ist. — wir fordern: gesetzliche Veränderungen dahingehend, daß Polizisten bei sogenannten ‚ehelichen [privaten] Streitigkeiten' zum Eingreifen verpflichtet werden. In der Konsequenz heißt das, Inhaftierung und strafrechtliche Verfolgung des Mißhandlers. — Daß diese ‚privaten Streitigkeiten' nicht als Privatklagen sondern als Offizialdelikte behandelt werden*".

Frauenkollektiv Westberlin



Freiburger Frauen demonstrieren gegen Vergewaltigung

Vor wenigen Tagen wurde in der Freiburger Innenstadt gegen 23 Uhr eine Frau vergewaltigt. Obwohl noch viele Leute unterwegs waren, hat ihr niemand geholfen.

Zwei Tage später brachten etwa 50 Frauen ihre Wut über solche Sauereien zum Ausdruck, indem sie an der gleichen Stelle zur gleichen Zeit die Kreuzung sperrten, ein Feuer anzündeten und mit Transparenten auf das Geschehene aufmerksam machten. Die Frauen verteilten an die wartenden Autofahrer Flugblätter. Dabei stießen sie vielfach auf Unverständnis. Einige Autofahrer fuhren ein paar Frauen fast um. Trotzdem eine gelungene Aktion! Manche Männer brauchen eben etwas länger, bis sie begriffen haben, daß die Frauen den Vergewaltigern den Kampf angesagt haben.

KB Freiburg

Bald 900 Millionen Frauen auf der Welt arbeitslos?

Die Studie über Frauenerwerbstätigkeit der Internationalen Arbeitsamtes in Genf zeigt eine erschreckende Entwicklung der kapitalistischen Krise. Insbesondere für die arbeitenden Frauen verschlechtert sich die Lage zusehends. 1975 lag die weltweite Arbeitslosigkeit der Frauen bei 600 Millionen, bis zum Jahre 2000 soll sich diese Zahl noch auf 900 Mill. steigern. ,,*Die Untersuchung stellt fest, daß von 2 Milliarden Frauen in aller Welt 1975 fast ein Drittel (576 Millionen = 29 Prozent) berufstätig waren. Ein Viertel von ihnen lebt in China, weitere 13 Prozent entfallen auf Indien (77 Millionen). In der UdSSR sind fast doppelt so viele Frauen berufstätig (63 Millionen) wie in den USA (36 Millionen) bei etwa vergleichbarer Einwohnerzahl*'' (,,Deutsche Volkszeitung'', 15.5.80). Die niedrigste Zahl erwerbstätiger Frauen ist in den am meisten ausgebeuteten Ländern Lateinamerikas zu verzeichnen, nur 14 Prozent der weiblichen Bevölkerung (in der BRD 38 Prozent) haben einen Arbeitsplatz. In der Sowjetunion liegt die Erwerbstätigkeit der Frauen bei 40 Prozent, das ist der weltweit höchste Anteil der arbeitenden Frauen.

Die Studie stellt weiter fest, daß eine Untersuchung in 80 Staaten der Welt bestätigte, daß keine Chancengleichheit für die Frauen existiert. Diskriminierende Gesetze, Verordnungen und Arbeitsbestimmungen drängen die Frauen an unqualifizierte Arbeitsplätze und in Leichtlohngruppen. Auch bei hoher Qualifikation werden Frauen schlechter bezahlt. ,,*In zwei Drittel der untersuchten Länder stellen Frauen zwar 50 bis 80 Prozent der im Dienstleistungssektor Beschäftigten, sind aber nur zu weniger als 5 Prozent in leitenden Positionen vertreten*'' (,,Deutsche Volkszeitung'', 15.5.80).

BRD: ,,Rückbesinnung auf die gesellschaftlichen Aufgaben der Frau in Ehe und Familie...''

In der Bundesrepublik steigen die Zahlen der arbeitslosen Frauen weiter an. Über 50 Prozent der Arbeitslosen sind Frauen, allein im Jahr 1979 sind eine halbe Millionen Frauen ,,Nur-Hausfrau'' geworden. Diese werden natürlich nicht in den offiziellen Arbeitslosenstatistiken berücksichtigt. Eine Infratest-Untersuchung beweist, daß 90 Prozent arbeitslose Frauen berufstätig sein wollen. Trotzdem werden immer wieder die Ursachen der Frauenarbeitslosigkeit auf die Frauen selber abgeschoben. ,,*Von den Arbeitgebern wird seit der Verabschiedung des Mutterschafts-Urlaubs immer wieder als Argument der Ausbau der sozialen Errungenschaften angeführt, der die Firmen bei Einstellung häufig Männer vorziehen läßt*'' (,,Frankfurter Rundschau'', 3.4.80).

Kürzlich hat sich der Chef der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Otto Esser, besonders ,,für'' die Frauen in die Bresche geworfen. Er sieht natürlich keinerlei Schwierigkeiten für die Zukunft der Frauenerwerbstätigkeit. ,,*Wenn es Probleme gebe, so seien diese nicht durch eine Verdrängung der Frauen durch Männer oder Rationalisierung entstanden, sondern durch das verstärkte Drängen der Frauen in einen Beruf. ... Beide Aufgaben der Frau — als Berufstätige wie als Hausfrau und Mutter — verdienen gleiche Anerkennung. Deswegen sei eine Rückbesinnung auf die gesellschaftlichen Aufgaben der Frau in Ehe und Familie geboten*'' (,,Welt'', 3.5.80).

Frauen zurück an Heim und Herd heißt die Parole der Kapitalisten gegen die Frauenarbeitslosigkeit. Das demagogische Gerede von Kinderfreibeträgen, Verbesserung der Renten für die Frauen, Gesetze zur Gleichberechtigung und Chancengleichheit in der Arbeitswelt stellen sich mehr und mehr als Phrase und Verschleierungspolitik heraus.

♀ **Kommission Betrieb und Gewerkschaft** ♀



»Frauen wollen aus dem Streß heraus«

Ende letzten Jahres begannen die IG-Metall-Frauenausschüsse mit ihrer Aktion ,,*Frauen sind nicht 2. Klasse*''. Eine Untersuchung mit Fragebogen in 20 Metallbetrieben in Heilbronn/Neckarsulm, Schwäbisch Hall und Tauberbischofsheim sollte die Arbeitsplätze von Frauen sowie Verstöße gegen gesetzliche und tarifvertragliche Regelungen überprüfen. Von den rund 4.000 Fragebögen wurden jetzt 900 ausgewertet: ,,*An rund 50 Prozent der Arbeitsplätze besteht beispielsweise Zugluft, und an 44 Prozent werden die Raumtemperaturen nicht eingehalten, und die Lärmhöchstwerte werden zum Beispiel innerhalb der Betriebe von Heilbronn/Neckarsulm bei 28 Prozent und in Schwäbisch Hall bei 32 Prozent der Arbeitsplätze überschritten. Bei 22 Prozent gibt es keine vorschriftsmäßigen Pausenräume und analog dazu auch keine entsprechenden Umkleideräume (28 Prozent)*'' (,,Metall'', 7/80).

Wie wenig wert auf die Gesundheit der Frauen an ihren Arbeitsplätzen gelegt wird, zeigen die Verstöße gegen die Hebe- und Tragevorschriften: ,,*19 Prozent der Befragten gaben an, daß die Vorschriften — maximal 15 kg und bei längerer Arbeitsbelastung zwischen 4 und 10 kg Hebe- und Tragearbeiten — nicht eingehalten werden*'' (s.o.). Die Folgen sind für die arbeitenden Frauen schwerwiegend: Arbeitsmediziner haben festgestellt, daß dauernd sitzende oder stehende Arbeiten — die von den meisten Frauen ausgeführt werden — zu Gesundheitsschäden führen. Die einseitige Körperhaltung bei monotoner Arbeit und ausgeführt werden — zu Gesundheitsschäden führen. Die einseitige Körperhaltung bei monotoner Arbeit und Bewegungsmangel führen zu Überlastungsschäden an Hals- und Lendenwirbelsäule einerseits. Blutstauungen im Gehirn und Anstauung des Blutes in den Beinen andererseits führen zu frühzeitigen Ermüdungserscheinungen, Schwindelgefühlen und Krampfadern. Die Zwangshaltung bei Arbeit im Sitzen führt zu Rückenschmerzen, Verdauungsstörungen, Gallenbeschwerden, Beckenveränderungen und anderen Krankheiten. Die arbeitenden Frauen selbst spüren das am eigenen Körper und versuchen ,,Entlastungsbewegungen'' durchzuführen; doch dies wird durch die neuen Leistungsbewertungsverfahren zunehmend eingeschränkt, weil es ,,arbeitsunwirksam'' für die Kapitalisten ist. Durch die doppelte Arbeitsbelastung der Frauen liegt die Lebenserwartung bei nur 68,5 Jahren gegenüber den Männern bei durchschnittlich 77,5 Jahren. Diese Zahlen unterscheiden nicht nach erwerbstätigen und nicht-erwerbstätigen Frauen. Im vergangenen Jahr hatte der deutsche Ärztetag, der nicht gerade die Interessen der arbeitenden Frauen vertritt, sogar die ,,Humanisierung der Arbeitswelt'' gefordert. Zwar seien Umwelt- und Wasserverschmutzung ein Grund der steigenden Krankenzahlen, wesentliche Ursachen liegen aber auch in der Arbeitswelt, ,,*insbesondere im Schichtbetrieb, die sich aus der immer weiteren Aufteilung (gepreßter Arbeitsabläufe) ergebenden Probleme, die darauf beruhen, daß viele Menschen ihren Arbeitstag mit der Verrichtung sinnentleerter Teilfunktionen verbringen müssen. Diese Monotonie, oftmals unter gleichzeitigem Zeitdruck, führt durch physische Erschöpfung und psychische Abstumpfung dazu, daß auch die Freizeit nicht mehr sinnvoll zur Erholung, zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit genutzt werden kann*'' (,,Die Quelle'', 6/79).

Keine Seltenheit ist folgender Vorfall in der Strickwarenfabrik Speidel in Tübingen: ,,*Diejenige Näherin, die in Zukunft die Schlüpfer nicht in den gewünschten Beinweiten näht, oder schlecht genähte Ware abliefert, muß von mir mit fristloser Kündigung und eventuellem Schadenersatz rechnen. Aufgrund der ernsthaften und dringenden Angelegenheit verlange ich von jeder Spitzennäherin diesbezügliche Unterschrift. Sollte diese nicht geleistet werden, sehe ich mich gezwungen, derjenigen den Arbeitsplatz zu kündigen*'' (,,FR'', 5.4.80). Die meisten Frauen haben aus Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, unterschrieben. So ist das: Wer sich nicht dem Streß unterwirft oder wer krank ist, fliegt raus. Viele Frauen gehen dann auch noch krank zur Arbeit. Wenn es dann gar nicht mehr geht, bekommen sie Drohbriefe wie beim Bremer Molan-Werk, den Hamburger Jurid-Werken oder der Dunlop AG in Hanau. Einen echten Hammer in dieser Hinsicht leisteten sich kürzlich die Peil und Putzler Glashüttenwerke in Düren: ,,*Aufgrund der vielen Arbeitsunfähigkeitszeiten in den letzten beiden Jahren konnten Sie ihren Arbeitsplatz nicht mehr voll ausfüllen. Wir bitten Sie daher, Ihren behandelnden Arzt von der Schweigepflicht zu entbinden*'' (,,Gewerkschaftspost'', 1/80).

Darüber hinaus sind vor allem Frauen mit Giftstoffen am Arbeitsplatz konfrontiert. Eine Untersuchung in den Bochumer Graetz-Werken ergab, daß die Reinigungsmittel ,,*aus* platz konfrontiert. Eine Untersuchung in den Bochumer Graetz-Werken ergab, daß die Reinigungsmittel ,,aus *Chlorkohlenwasserstoffen, in der Hauptsache aus Trichloräthylen und dem chemisch ähnlichen Trichloräthan*'' bestehen. Die Folgen für die Gesundheit der damit arbeitenden Frauen sind schon bei geringen Mengen verheerend: ,,*Schädigung des Nervensystems, der Leber und der Nieren ... manchmal kommen diese Schäden erst Jahre später zum Ausbruch, und man vermutet sogar ein ,nennenswertes krebserregendes Potential'*'' (,,TAZ'', 20.9.79).

Noch sind die Aktivitäten der betroffenen Frauen in den Betrieben gering. Die Aktion der IG-Metall-Frauen ist vielleicht ein erster Schritt, mehr Öffentlichkeit zum Streß und Gesundheitszustand der arbeitenden Frauen zu leisten. Eine erste Tagung mit über 100 Frauen hat bereits Anfang dieses Jahres stattgefunden zum Thema ,,*Frauen wollen aus dem Streß heraus*''. In sechs Arbeitsgruppen entwickelten die Gewerkschafterinnen Forderungen gegen den Streß, gegen den Leistungsdruck und Forderungen für die Teilung der Haushaltsführung und Kindererziehung zwischen Mann und Frau. Im Herbst soll eine weitere Tagung durchgeführt werden. Eine Frauenärztin faßte die Situation der Frauen am Arbeitsplatz auf dieser Tagung so zusammen: ,,*Wenn jemand weniger verdient, geringere Chancen hat, eher die Stellung verliert, ihm weniger Verantwortung übertragen wird — er wäre nicht gesund, wenn er nicht häufiger krank wäre. Es kostet in der Tat seinen gesundheitlichen Preis, unter den gegebenen gesellschaftlichen Voraussetzungen Frau zu sein*'' (,,Metall'', Februar 80).

♀ **Kommission Betrieb und Gewerkschaft** ♀

Frauenaktion am Gerhart-Hauptmann-Platz in der Hamburger Innenstadt: Die Teilnehmerinnen des Kurs ,,Frauen in Männerberufe'' demonstrieren für eine finanzielle Absicherung ihrer Ausbildung. Die Frauen, überwiegend alleinstehend und Mütter, erhalten für ihren Unterhalt und den ihrer Kinder zwischen 460,- und 896,- DM, die sie obendrein noch von verschiedenen Behörden erst erkämpfen müssen. Bemessungsgrundlage sind 80 % des vorherigen Nettoeinkommens – eine Regelung, die auf vorher voll berufstätige Männer zugeschnitten ist, aber nicht auf Frauen, die vorher gar nicht oder teilzeit,,beschäftigt'' gewesen sind.
Die Kursusfrauen fordern einen Pauschalbetrag von 1.200,- DM und Unterhaltsgeld für ihre Kinder. Damit sollen nicht zuletzt auch Arbeitsamt und Berufsförderungswerk auf die frauenspezifischen Schwierigkeiten in der Männerberufslehre aufmerksam gemacht werden (nach ,,Morgenpost'', 29.5.80)



In ,,Blaumännern'' demonstrieren die Frauen, die in sog. Männerberufen ausgebildet werden, für ihr Recht auf finanzielle Absicherung.

Ein schöner Erfolg: 1500 Frauen auf dem Tribunal gegen § 218

am 31.5. 1.6. 1980

Aus allen Teilen der BRD kamen am 31.5. und 1.6.1980 Frauen zusammen, um in einem Tribunal Politiker, Medien, Ärzte, Kirchen, Pharmaindustrie und Krankenhäuser anzuklagen.

Entstanden war die Idee zu diesem Tribunal auf einem Treffen von § 218-Beratungsgruppen im Herbst 1979 in Frankfurt. Innerhalb eines 3/4 Jahres trugen Frauengruppen aus allen Teilen der BRD Material zusammen, um die Boykottierung und Unterwanderung des derzeitigen § 218, die Hetze und Diffamierungen gegen Frauen, fortschrittliche Ärzte und Beraterinnen aufzuzeigen. Alles Material soll als Dokumentation in Buchform baldmöglichst veröffentlicht werden. Bis zum 15.6. können und sollen noch Erfahrungsberichte sowie Eindrücke vom Tribunal (Lob und Tadel) geschickt werden an: **Katrin Retzlaff, Töplitzstraße 8, 6000 Frankfurt/Main**

Während beider Tage verfolgten die anwesenden Frauen die Beiträge mit viel Konzentration und Aufmerksamkeit. Ina Deter, Schneewittchen und die Frauen-Rockband Pimpanella Paprika sorgten mit ihren Liedern für Stimmung beim Frauenfest am Abend und während des Tribunals am Samstagnachmittag.

Aufgelockert wurden die Referate zu den einzelnen Anklagepunkten auch durch viele spritzige und witzige Theaterstücke der Frauen selbst, die das Auditorium mehrfach zu wahren Begeisterungsstürmen hinrissen!

Bis zum Tribunal hatten annähernd 200 Frauengruppen, Organisationen und Parteien ihre Unterstützung zugesagt – eine in dieser Breite und Vielfalt wohl bisher einmalige Veranstaltung der neuen Frauenbewegung im Kampf gegen § 218.

Eine genauere Auswertung des Tribunals sowie eine Auseinandersetzung mit den verschiedenen politischen Meinungen, die es zum § 218 gibt (was während der Vorbereitung des Tribunals deutlich wurde), wollen wir in einer der nächsten Nummern des AK vornehmen.

Weg mit dem § 218! ♀



Raubdrucke aus Arbeiterkampf 1979/80

Preis: DM 2,50 zu beziehen bei Hamburger Satz- und Verlagskooperative Lerchenstraße 75, 2 HH 50

Eine Woche nach dem Frankfurter Tribunal gegen § 218 laden Hamburger Frauen unter dem Titel: § 218 – nein danke! zu einem Informations-, Diskussions- und Kulturtreffen ein.

Am 7.6. wird ab 15 Uhr im Martin-Luther-King-Haus (ESG) in der Grindelallee folgendes Programm angeboten:

Wir beginnen um 15 Uhr mit einem Bericht und Dias vom Tribunal aus Frankfurt. Anschließend werden sich die Frauen vorstellen, die in bisher 4 Arbeitsgruppen Möglichkeiten zur Information und Diskussion zu folgenden Themen anbieten:

– die Pro Familia stellt ihr Konzept für ein Familienplanungszentrum vor; hier sollen sowohl ambulante Abbrüche, Vorbereitung von ambulanten Hausgeburten und Beratung möglich sein.

– eine Diskussionsrunde über das Abtreibungsmedikament Prostaglandin, da Hamburg 'Versuchsstadt' für dessen Erprobung ist.

– Informationen und Diskussion über Verhütungsmittel

– Frauenmedienladen zeigt Videobänder zum § 218

– Außerdem Theater

19Uhr Neun Hamburger Buchläden laden ein: Lesung und Diskussion über den § 218 mit Uta König - Susanne v. Paczensky - Eva Rühmkorf - Diskussionsleitung Monika Jetter

Musik: Frederike Frey

Eine Berliner Frauenausstellung

Theater, Essen, Wein

Für die Anerkennung des 8. März als Internationalen Frauentag

Der Versuch des DGB-Vorstandes, die Teilnahme von Gewerkschafterinnen am Internationalen Frauentag zu verbieten, ist kläglich gescheitert. Eine kleine Rückschau der gewerkschaftlichen Presse zeigt, daß die Frauenausschüsse besonders der IG Metall, der IG Druck und Papier, der IG Chemie und der ÖTV für nächstes Jahr Beschlüsse auf gewerkschaftlichen Konferenzen zur Anerkennung des Internationalen Frauentages erreichen wollen. Schlagzeigen in der gewerkschaftlichen Presse wie *„Der 8. März ist unser Tag, keiner schiebt ihn weg"* (Druck und Papier, 8/80) sollen der DGB-Führung deutlich machen, wie die Einstellung der gewerkschaftlichen Basis ist. Begeisterung und Jubel zeigen die organisierten Frauen über die Aktionen und Veranstaltungen am 8. März dieses Jahres: *„Frauentag mit Zukunft"* ermuntert ein Artikel der „Metall" (März '80). Die ÖTV-Frauen haben für ihren Gewerkschaftstag eine Entschließung vorbereitet. Der DGB-Bundesvorstand wird darin aufgefordert, am 8. März 1981 eigene Veranstaltungen durchzuführen. Der Frauenausschuß der Hamburger IG Metall hat zum IGM-Gewerkschaftstag in diesem Jahr ebenfalls eine Entschließung verabschiedet: *„Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, die alljährlich zum internationalen Frauentag von den Verwaltungsstellen durchgeführten Veranstaltungen zu unterstützen. Der Beschluß der internationalen sozialistischen Frauenkonferenz 1910, den internationalen Frauentag durchzuführen, richtete sich gegen die Diskriminierung der Frauen, insbesondere setzte er sich für das Frauenwahlrecht ein. Das Frauenwahlrecht ist verwirklicht, jedoch gibt es nach wie vor die Lohndiskriminierung, schlechte Ausbildungs- und Bildungschancen, den § 218 und damit allen Grund, unsere geschichtliche Tradition fortzusetzen und den internationalen Frauentag alljährlich zu begehen. Deshalb wird sich der Vorstand der IG Metall dafür einsetzen, daß der Beschluß des DGB-Bundesvorstandes, der 8. März sei unvereinbar mit dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft, aufgehoben wird."*

Der DGB-Vorstand wird wohl kaum darum herumkommen, sein Verbot für nächstes Jahr aufzuheben. Der Widerstand der gewerkschaftlich organisierten Frauen hätte dies möglichgemacht. Allerdings wäre es gut, wenn die engagierten Gewerkschafterinnen auch für die bislang erfolgreichen Bündnisse mit den Frauen der Frauenbewegung und den Frauen der Linken eintreten.

♀ **Kommission Betrieb und Gewerkschaft** ♀

Uni-Chefarzt prozessiert gegen Bunte Liste Freiburg

Die Anschuldigungen der Bunten Liste Freiburg gegen den Chefarzt der Uni-Frauenklinik, Hillemanns,(wir berichteten darüber in AK 173) haben in den letzten Wochen einigen Staub aufgewirbelt.

Ein Redakteur des „Stern" nahm die Kritik der Bunten Liste (BL) zum Anlaß, um eigene Recherchen über die Zustände an der Klinik anzustellen. Das Ergebnis deckt sich weitgehend mit den Recherchen der BL und war im „Stern" 13/80 nachzulesen.

Nachdem durch diesen Artikel und durch mehrere Veranstaltungen der BL der Skandal in aller Munde war, sah sich Hillemanns veranlaßt, gemeinsam mit der Univerwaltung die Gerichte einzuschalten. Die Staatsanwaltschaft stellte einen Antrag auf Beschlagnahmung der BL-Zeitung, in der über die Vorfälle an der Uni-Klinik berichtet wurde. Dieser Antrag wurde zweimal von Freiburger Gerichten abgelehnt. Hillemanns erstattete Anzeige gegen die Bunte Liste und gegen eine der betroffenen Frauen. Die Universität Freiburg erwirkte eine einstweilige Verfügung gegen die Bunte Liste, durch die ihr unter Androhung von 500.000 DM Geldstrafe untersagt wurde, weiterhin zu behaupten, daß das Zunähen der Scheide bei Gebärmutteroperationen bei Witwen um die 50 Jahre herum an der Frauenklinik üblich sei.

Gegen diese einstweilige Verfügung legte die Bunte Liste Widerspruch ein, der jedoch zurückgenommen werden mußte, da die BL mit den bisher bekannten Fällen nicht beweisen konnte, daß derartige Praktiken an der Uni-Klinik ü b l i c h sind.

KB Freiburg

„Metall" (März '80). Die ÖTV-Frau- dungschancen, den § 218 und damit

der über die Vorfälle an der Uni-Klinik berichtet wurde. Dieser Antrag

KB Freiburg

Die Giftnudeln regen sich

Seit gut einem Jahr treffen sich autonome Frauenreferate und Uni-Frauengruppen zu einem nationalen Erfahrungsrungsaustausch, das letzte Mal Ende April mit über 30 Frauen aus Kiel, Braunschweig, Bremen, Emden, Bamberg, Münster, Hildesheim, Hamburg, Bochum und Göttingen.

Das Treffen entstand in Opposition zum MSB-dominierten Projektbereich (PB) Frauen der VDS (Vereinigte Deutsche Studentenschaften), der für sich das Alleinvertretungsrecht der bundesdeutschen Uni-Frauenbewegung in Anspruch nimmt, in konkreten jedoch MSB-Parteiladenpolitik gemacht hat. Dies bekamen Frauen autonomer Frauenreferate immer dann zu spüren, wenn sie versuchten, ihre Inhalte in die VDS-Frauenpolitik gleichberechtigt einzubringen:

Außer strapazierten Nerven von ergebnislosen Streitereien mit den MSB-Frauen ist von einer PB-Tagung nichts übrig geblieben.

Die Frage des Austritts aus dem PB steht daher immer wieder auf der Tagesordnung. Während das Frauenreferat der Uni-Bochum diesen Austritt für sich bereits beschlossen hat, konnten sich die meisten Frauen mangels eigener Erfahrung und nicht stattgefundener Diskussion in ihren Gruppen noch nicht entscheiden. Eine weitere Gruppe von Frauen hielt einen Austritt aufgrund der in jüngster Zeit von MSBlerinnen gemachten Zugeständnisse (z.B. Unterstützung des Tribunals gegen den § 218) für falsch. Einig waren sich alle zumindest darin, sich auf das autonome Treffen zu konzentrieren, weil wir in unserer Arbeit davon am meisten profitieren und weil wir nur dann Aussichten haben, den PB endlich zur umfassenden Vertretung der Unifrauenbewegung zu machen, wenn wir den MSB mit unserer Stärke unter Druck setzen können.

Um gleich damit anzufangen, beschlossen wir, eine nationale Uni-Frauenzeitung herauszugeben, deren Null-Nummer erstmal der Vorstellung der Arbeit von Frauenreferaten und -gruppen in den verschiedenen Städten dienen soll. Nach einer mit viel Spaß und Gelächter stattgefundenen Namenssuche einigten wir uns schließlich auf „GIFTNUDEL".

Artikel und Vorbestellung (1DM pro Exemplar muß per Postanweisung vorher bezahlt werden) können geschickt werden an:

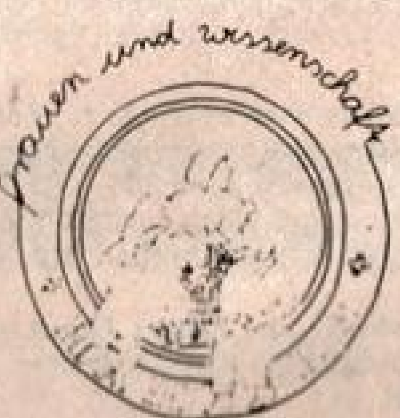
PH-Frauenreferat
ASTA PH Münster
Scharnhorststraße 103
4400 Münster
Tel.: 0251/46830

Das nächste Treffen findet vom 20.– 22.Juni 80 in Lemgo statt, dort wollen wir über das § 218–Tribunal, den Selbsthilfekongreß und das Lesbentreffen (die bis dahin stattgefundenen haben werden), unser Autonomie-Verständnis und die Bundestagswahl reden.

Nähere Informationen beim
Frauenreferat der RUB Bochum
Lennershofstraße 60
4630 Bochum
Tel.: 0234/701855

Zwei Genossinnen des SSB-Hamburg

Ringvorlesung



von Frauen für Frauen

- 23.4. Warum Forschung zur Geschichte der Frau?
- 7.5. Berufsbiographien und Lebensgeschichte von Frauen
- 21.5. Probleme des 2. Bildungsweges – Frauen an der Hochschule für Wirtschaft und Politik
- 4.6. Projekt Frauengrundstudium im Bereich Soziologie/Politologie
- 11.6. Frauen und Film
- 18.6. Frauen in der Literatur – Literatur von Frauen
- 25.6. Frauen erziehen?
- 2.7. Von der sprachlichen Überlegenheit der Frau – oder: warum studiert frau Fremdsprachen?
- 9.7. Frauenforschung ??!! Am Beispiel 'Gewalt gegen Frauen' und dem Frauenhaus
- 16.7. Zwischenbilanz mit anschließendem rauschenden Fest

mittwochs, 19 Uhr, Phil A

Veranstalter der Vorlesungsreihe sind die Initiative für Frauenforschung und das AStA-Frauenreferat.

Kontaktadresse: Karin Brüdigam
Lomerstr. 57/58
Hamburg 70
Tel. 695 21 37

Offener Brief an einen Genossen

Im AK 174 fand ich einen interessanten Artikel auf den Frauenseiten, der meines Erachtens das Verständnis vieler Genossen bzw. linker Männer zur „Frauenfrage" deutlich macht. Eben dieses „Verständnis" stinkt mir allmählich, und deshalb möchte ich dazu Stellung nehmen und zur breiteren Diskussion auffordern. (Es geht in dem betreffenden Artikel um die negativen Erfahrungen, die ein Genosse beim Verkauf einer Frauenzeitung machte.)

Lieber Genosse!

Ich frage mich, wie du als Mann eigentlich dazu kommst, eine Frauenzeitung zu verkaufen: Man dürfte hier wohl erst mal davon ausgehen, daß du eine weitergehende Betroffenheit an der „Frauenfrage" entwickelt und das Bedürfnis hast, uns Frauen in unserem Kampf darum zu unterstützen, unsere doppelte Unterdrückung im Kapitalismus deutlich zu machen und unsere Situation zu verändern.

Wie sieht es nun mit deiner Betroffenheit aus? Nun, du selbst schreibst dazu: *„Die Erfahrungen* (nämlich angemacht zu werden – d. Verf.), *die ich damit gemacht habe, haben mich doch ziemlich überrascht"*. Keine Frage, Genosse: Wenn du dich schon mal ansatzweise mit dem Zeitungsverkauf auseinandergesetzt hast (und davon gehe ich erstmal aus) – warum überrascht dich dann die Erfahrung, daß du dabei angemacht wirst bzw. auf „Unverständnis" stößt?

Dumm angemacht werden erstmal so ziemlich alle, die überhaupt linke Zeitungen verkaufen (auch in linken Kneipen). Und daß besonders wir Frauen Schwierigkeiten haben, uns gegen diese Anmachen (die auch in erster Linie von Typen kommen) zu wehren bzw. sie für uns zu verarbeiten, dürfte wohl auf der Hand liegen (wenn du davon ausgehst, daß wir in der Regel nicht über das Selbstbewußtsein von euch Typen verfügen, uns ohne viel action darüber hinwegsetzen).

Da ich davon ausgehe, daß dir sowas bekannt sein dürfte, nehme ich dir auch nicht ab, daß dich deine Erfahrungen an diesem Punkt besonders überrascht haben. Im Gegenteil – ich vemute sogar, daß du diesen „Erfahrungen" recht erwartungsvoll entgegengesehen hast, um dich selbst von bestimmten Positionen distanzieren zu können.

So beschreibst du, wie dir gerade von Männern die Frage gestellt wird, warum du als Mann eine Frauenzeitung verkaufst. Lieber Genosse, was ist an dieser Frage eigentlich so übel? Und vor allem: Was hast du denen denn zur Antwort gegeben? (Darüber schreibst du nämlich nichts!?).

Ich fände es auch merkwürdig, als Frau z.B. eine Schwulenzeitung zu verkaufen. Obwohl ich meine, den Schwulen gegenüber eine grundsätzlich solidarische Einstellung entgegenbringen zu wollen, sind doch auch in meinem Kopf die Relikte unserer bürgerlichen Erziehung und Anpassung vorhanden. Und gerade mit diesen Vorurteilen, ästhetischen Vorstellungen usw., die ich selbst im Kopf habe, wird doch eine Unter-

Fortsetzung von Seite 28

drückungssituation den Schwuler gegenüber geschaffen.

Wie kann ich deren Position vertreten, wenn ich selbst noch (zumindest punktuell) „auf der anderen Seite" stehe?

Wie kann denn ich andere Menschen zur Auseinandersetzung mit den Schwulen-Positionen bringen, wenn ich selbst von dieser Unterdrückung, gegen die sie sich wehren, nicht betroffen bin?

In deinem Artikel charakterisierst du die Einstellung der Typen mit dem Satz: „Aha, ein Mann, der seine Geschlechtsgenossen verrät?". Ich finde dieses Mißtrauen dir gegenüber völlig berechtigt und würde sogar noch weitergehen: „Aha, ein Mann, der sich selbst verleugnet?"

Meiner Meinung nach betreibst du mit dem Verkauf einer Frauenzeitung nichts anderes als die Verwischung ganz elementarer Widersprüche zwischen Frauen und Männern. Uns Frauen geht es doch nicht lediglich darum, klarzumachen, daß wir a u c h von diesem System unterdrückt werden, sondern, daß eine z u s ä t z l i c h e, z.T. sogar perfide Unterdrückung gerade von euch Männern übernommen wird!

Indem du deine „Solidarität" mit uns Frauen in dieser Form kundtust, versuchst du doch, dich selbst als jemand darzustellen, der uns nicht (mehr?) unterdrückt und einschränkt. Und das, lieber Freund, ist doch wohl mehr als fragwürdig! Nicht umsonst machst du dich in deinem Artikel in recht arroganter Weise über die „verständnislosen" Reaktionen anderer lustig: Vor allem kritisierst du auch die Männer, die offen sagen, daß sie mit einer Frauenzeitung nichts anzufangen wissen. Was ist denn an deren Einstellung übel? Die sagen immerhin ehrlich, was sie dazu in der Birne haben (nämlich nichts)!

Mit deinem Artikel versuchst du, dich als jemand zu verkaufen, der ein Stück Frauenunterdrückung selbst erfahren hat. Daß das nicht hinhaut, beweist du selbst doch gerade damit, daß du am Schluß auch noch behauptest, es hätte dir Spaß gemacht. Entschuldige mal — w a s hat dir denn dabei Spaß gemacht? — Die „Anmachen", die „Verständnislosigkeit" der anderen, die du in deinem Artikel beschreibst? Du hast ja echt keine Ahnung! Wenn du dich tatsächlich von unserer Situation betroffen fühlen würdest, so hätte das dich doch wohl traurig und wütend machen müssen! Dein „Spaß" an dieser Sache klingt mir vielmehr nach krankhafter, revolutionärer Heldenideologie a la Popow „Als die Nacht verging" o.ä.!

Mit dieser „tollen" Solidarität uns Frauen gegenüber versuchst du doch im Grunde nur, dich ein Stückchen freizukaufen. Freizukaufen von deiner Position als Mann und Unterdrükker. Damit erweist du uns Frauen (und dir selbst!) einen denkbar schlechten Dienst!

Was ich als Frau von dir erwarte, ist nicht eine formale Solidarität, in-

schlechten Dienst!
Was ich als Frau von dir erwarte, ist nicht eine formale Solidarität, in-

dem du Frauenzeitungen verkaufst oder uns in Diskussionen auch mal was sagen läßt, sondern eine offene Auseinandersetzung über das, was du an Mist im Kopf hast. Ich erwarte, daß du diesen Mist offen darlegst und damit deine Position als Macker für uns angreifbar machst. Für mich als Frau ist das die einzige Ebene, auf der ich ein Vertrauen zu euch entwickeln kann. Und auf dieser Ebene läßt sich leider immer noch kaum ein (linker) Typ ein!

Das beste Beispiel aus der letzten Zeit ist für mich das Verhalten der meisten Genossen auf unserer Demo am 8. März: Immer wieder wurdet ihr dazu aufgefordert, am Schluß der Demo einen eigenen „Solidaritätsblock" zu bilden und uns Frauen ansonsten allein gehen zu lassen. Für die meisten von euch war es allerdings schlichtweg unmöglich, darauf zu verzichten, eure ewige Unabkömmlichkeit (die ihr im Kopf habt!) zu demonstrieren!

Warum bleibt ihr eigentlich nicht wenigstens an diesem Tage zu Hause und beweist eure Solidarität lieber praktisch, indem ihr in der Zeit z.B. schon mal den Abwasch macht, einkauft oder sonstwas ?? Mich ärgert dieses opportunistische Verhalten immer wieder und du kannst dich darauf verlassen, daß du — sollte ich zufällig in einer linken Kneipe sitzen, wenn du mit deiner Frauenzeitung ankommst — bestimmt nicht ohne Diskussion an meinem Tisch vorbeikommst!

Lieber Genosse, ich bin besonders gespannt auch auf deine Reaktion zu meinem Brief. Ich erwarte eine saubere Auseinandersetzung mit meiner Position und hoffe, daß es dir und den anderen Genossen (übrigens auch bestimmten Frauen) möglich sein wird, ohne das übliche linke Schubladendenken (ärks, schon wieder diese „Feministinnen"!) darauf einzugehen.

Mit solidarischen Grüßen!

B

Wege der Liebe einer Frauenfreundschaft

Kürzlich hatte ich eine sehr hilfreiche Diskussion mit einigen Genossinnen aus der AG Lesben. Ausgangspunkt war der Artikel im AK „Warum zwei Lesben in der Frauenleitung". Dort wird in einer Passage gefordert, daß alle Frauen, die mit Frauen befreundet sind, sich in einer Lesbengruppe organisieren sollten, auch wenn sie aus Zeitgründen aus anderen Arbeitsgebieten aussteigen müssen. Ich fand/finde dies nicht richtig, weil ich denke, dies muß jede Frau/Lesbe selbst entscheiden.

Diese Differenz besteht zwar weiter, trotzdem wurde mir in der folgenden Diskussion deutlich, wieviele Berührungsängste ich doch noch gegenüber Lesben habe. Ich fühlte mich durch die Passage persönlich angesprochen und sah mich „zwangsweise" mit einem Schild um den Bauch schon in der Öffentlichkeit. Und gerade dies war nicht mein Problem; vielmehr bewegte mich meine Freundschaft mit einer Frau, zu der ich auch eine erotische Beziehung habe. Seitdem unsere männlichen Freunde davon wissen, ist unsere Freundschaft eine Gefahr im doppelten Sinne des Wortes. Die offensive Herangehensweise der lesbischen Genossinnen und einiger anderer Frauen, die ähnliche Probleme andeuteten, ermutigte mich zu einer neuen „Offensive" meiner Freundin gegenüber: Ich schlug ihr vor, einen Artikel zu schreiben, um anderen Frauen Mut zu machen für ihre Freundschaften mit Frauen. Wir haben begeistert eine Gesprächsaufzeichnung über die Wege der Liebe einer Frauenfreundschaft und ihrer Schwierigkeiten für euch nachgezeichnet.

A: „Und wenn du mal 'ne Freundin suchst, so suche dir die rechte, denn unter hundert Freundinnen sind 99 schlechte". So heißt einer der meistgeschriebenen Sprüche in meinem Poesiealbum aus der Schulzeit. Kaum besser könnte meine Erziehung auf den Punkt gebracht werden. Kein einziger Spruch warnte mich vor den Männern oder machte auch nur einen Ansatz, mich aufzuklären. So waren auf lange Zeit Frauen für mich diejenigen, die über andere schluderten, die nur ihre Kinder im Kopf haben, die ihre politische Meinung immer mit ihren Männern begründen. Ich wollte anders sein als sie und grenzte mich von ihnen ab

Meinung immer mit ihren Männern begründen. Ich wollte anders sein als sie und grenzte mich von ihnen ab,

indem ich vorgab, daß ich mit Männern besser zusammenarbeiten könnte. Sie waren eben unkomplizierter.

Erst die Diskussion um die Frauenfrage änderte mein Bewußtsein radikal, änderte meine Sensibilität gegenüber den Frauenfeindlichkeiten in unserer Gesellschaft, änderte meine Haltung gegen das mackerhafte Auftreten unserer Genossen. Ich wurde aktiv in der Frauenfrage und schloß mich mit den Genossinnen zusammen. Heute arbeite ich mit Frauen besser zusammen und, das versteht sich wohl von selbst, habe größere Schwierigkeiten mit Männern. Doch darauf will ich hier nicht näher eingehen. Trotz meiner Erziehung hatte ich schon immer den Wunsch, eine r i c h t i g e Freundin zu haben, mit der ich über alles reden kann. Eine Schulfreundin verlor ich, weil ich so wenig Zeit hatte und zuhause immer die Wohnung reinigen mußte. Eine Freundin, die mit einem Ausländer verheiratet war, verlor ich, weil er eine reaktionäre Auffassung von der Frauenfrage hatte und sie sich unter seinem Druck für ihn entschied. Wir waren nicht sexuell miteinander befreundet, aber ich liebte sie. Mein Kummer war groß und meine Enttäuschung über ihr Verhalten machte mich mißtrauisch gegenüber jedem neuen Ansatz einer Freundschaft mit Frauen. Ich konzentrierte mich auf Männerbeziehungen.

B: Seit ich denken kann, habe ich langjährige Freundschaften zu Mädchen und später zu Frauen gehabt. Von dem Zeitpunkt an, wo ich auch mit Männern zusammen war, wurden meine besten Freundinnen für mich lebensnotwendig, weil ich sonst einfach die Freunschaft zu meinem damaligen Freund nicht durchgehalten hätte. Meine Freundin und ich konnten über alles reden, wir haben gegenseitig unsere Seelen gepflegt, viel zusammen gelebt. D.h. wir beide haben eigentlich mehr miteinander gelebt als mit unseren jeweiligen Männern.

Wir haben unsere Schule gemeinsam durchgestanden, die Hände gehalten vor der Abiturprüfung, täglich Stunden telefoniert, um die Examen durchzustehen. Wir haben auch zusammengehockt, um uns Strategien und Taktiken zu überlegen, wie wir unsere Männer erziehen wollten. Die Freundschaften zu Männern waren vom Machbaren, von dem, was an intensiver Zuwendung, an totalem Verstehen unserer geheimen Wünsche und Träume notwendig war, sehr begrenzt. Ohne meine Freundinnen hätte ich es mit keinem Mann lange ausgehalten.

Die Freundschaft zu dir hat sich ganz langsam entwickelt, angefangen vor ca. vier Jahren. Ich mochte dich schon immer gerne, habe dich öfter besucht, dich beobachtet, mit welchen Frauen du so zusammen warst und gedacht, eigentlich möchte ich das auch. Unter Vorwänden, mit dir politisch was Wichtiges besprechen zu müssen, habe ich dich angerufen oder aufgesucht, und dann haben wir auch immer mehr über uns geredet. Irgendwann ist dann bei mir mal 'ne Glühbirne angegangen und ich hab gedacht, daß ich ganz schön in dich verknallt bin. Das habe ich mutig meinem damaligen Freund erzählt. Der fand das toll und hat mich dazu ermuntert, daß ich dir das sagen müsse.



jetzt oder nie, sowas passiert einem doch nicht alle Tage. Ich habe nichts gesagt, sondern verdrängt.

Unsere Treffen wurden häufiger, und in einem Sommer sind wir zusammen mit unseren Männern in Urlaub gefahren, wo ich mit meinem Freund ein paar Problemchen bekommen habe, weil ich sooft mit dir irgendetwas unternommen habe. Er fühlte sich vernachlässigt und um den Erholungswert des Urlaubs betrogen, was zu einigen nächtlichen Debatten führte.

A: Als ich mal mehr Schwierigkeiten in meiner Männerbeziehung hatte, als ich allein verkraften konnte, ging ich zu dir. Du hattest mich häufiger angerufen und du warst die einzige Frau, zu der ich Vertrauen hatte. Seitdem entwickelte sich unsere Freundschaft sehr toll, wir redeten stundenlang über alles, was uns bewegte, und freuten uns über die Freundschaft zueinander. Zum ersten Mal konnte ich mit dir alles besprechen, was auch mit meinen Beziehungen zu Männern problematisch war. Beide hatten wir langjährige Beziehungen zu einem Mann: du lebtest immer schon eigenständiger und unabhängiger mit deinem Freund zusammen, während ich in den Fesseln einer eheähnlichen Beziehung hing. Trotzdem brach für uns eine Welt zusammen, als sich unsere Männer mit anderen Frauen anfreundeten. Mein Freund machte es sogar heimlich und es versetzte mich längere Zeit als dich in einen desolaten Zustand und die Unfähigkeit, damit fertig zu werden.

Logischerweise war in dieser Zeit unsere Freundschaft von besonderer Bedeutung. Wir ermunterten uns gegenseitig zu neuen Wegen, um die Abhängigkeit von unseren Männern zu überwinden. Bei unseren Beratungen hatten wir mal das Kriegsbeil gegen die Männer ausgegraben und ein anderes Mal im wahrsten Sinne des Wortes Strategie und Taktik für einen neuen Feldzug in unserem Leben entwickelt. Natürlich kam es auch oft anders als wir dachten, aber über unsere Freundschaft konnten wir Enttäuschung, Unsicherheiten und anderes gut auffangen.

Über diese Entwicklung lerntest du einen neuen Genossen kennen, dessen Freundschaft dir viel bedeutet, aber keineswegs im Widerspruch zu unserer Freundschaft stand/steht (?). Ich war nicht eifersüchtig, im Gegenteil: ich konnte mich mit dir freuen und ermunterte dich auch zu dieser Freundschaft. Ich wußte, daß ich dich nicht verliere, weil unsere Entwicklung uns tief verwurzelt hatte. Diese Freundschaft machte es mir auch möglich, zu anderen Frauen ein offeneres Verhältnis zu haben, sie mal in den Arm zu nehmen, wenn ich das Bedürfnis hatte. Mein Vertrauen in Frauenfreundschaften ist groß geworden.

Eine andere Freundin erzählte mir dann irgendwann, daß sie Lust hätte, zu mir zärtlich zu sein. Natürlich hatte ich allgemein auch mal darüber nachgedacht, aber im Konkreten traute ich mich nicht, das auszudenken. Ich hätte wahrscheinlich noch vor einiger Zeit einen Schock bekommen, weil das für mich völlig abwegig war. Schon früher hatte ich viele Lesben kennengelernt und Beziehungen mit ihnen abgelehnt, weil ich irgendwie dachte, sie wären Opfer ihrer Erziehung und unserer gesellschaftlichen Verhältnisse. Ich konnte mit der Freundin, die zärtlich zu mir sein wollte, ein gutes Gespräch führen und ihr erklären, daß meine Bedürfnisse ihr gegenüber nicht sexuell sind. Trotzdem war ich verunsichert: wie sollte ich mich jetzt verhalten? Kann ich sie jetzt noch spontan in den Arm nehmen, ohne daß sie dies anders interpretiert? Ich versuchte, mich so zu verhalten, wie ich es immer getan hatte. Dann erzählte ich dir davon, um mich zu beraten. Es war ganz seltsam, alles ging leicht von den Lippen und irgendwie lag es in der Luft, dieses Thema war auch für uns beide bislang tabu. Während des Gesprächs wurde mir klar, daß ich mit dir gern zärtlich sein wollte. Wir redeten ganz offen über unsere Bedürfnisse und waren begeistert.

B: Erst jetzt habe ich mich auch getraut, von meinen Gefühlen dir gegenüber zu sprechen. Da ich deine Ängste vor zärtlichen Beziehungen zu Frauen kannte, hatte ich immer die Befürchtung gehabt, dich mit meinen Wünschen zu verschrecken.

Damit fingen die Schwierigkeiten an ...

Aus unserer Begeisterung heraus erzählten wir unseren engeren Freunden und Freundinnen über die neue Qualität unserer Freundschaft. Die Reaktionen waren in der Tat sehr unterschiedlich. Alle Frauen fanden es toll und freuten sich darüber. Die Männer dagegen verhielten sich sehr unterschiedlich.

B: Ich erzählte meinem alten Freund und einem anderen Mann aus meinem Freundeskreis von den für mich ganz neuen, aufregenden Erfahrungen mit dir. Die beiden fanden unsere Freundschaft interessant oder waren sogar total begeistert, weil sie selbst den Wunsch haben, einen Freund zu haben oder das sexuelle Zusammensein von Frauen ihre eigenen sexuellen Phantasien anregte. Ich fand meine Freundschaft mit dir sehr spannend und erwartete von meinem Freund eine ähnliche Reaktion. Ich brannte darauf, es ihm zu erzählen und dachte, er freut sich auch. Ganz schön naiv! Die Antwort war: „Naja, wenn ihr euch dabei keinen abkrampft!". Das war ein Schlag ins Gesicht! Würde ich je so etwas sagen, wenn er mit einer anderen Frau schläft?! Der Spruch war kein Ausrutscher, er hat ihn am selben Abend noch einmal wiederholt. Ich hätte mir mal einfallen lassen sollen, so abfällig über eine seiner Freundschaften zu sprechen. Von ihm wurde unser gemeinsam mit Männern geplanter Urlaub in Frage gestellt.

A: Mein Freund reagierte zwar nicht so aggressiv, drohte mir aber für den Urlaub an, sich auch seinen Spaß zu machen, wenn ich mal bei dir schlafen wollte. Wir entschlossen uns, ohne die Männer in Urlaub zu fahren. Dieses Jahr war gewissermaßen ein Jahr der Offensive in unserer Freundschaft.

B: Mit der Zeit habe ich immer mehr herausbekommen, daß mein Freund unter der Freundschaft, die ich zu dir habe, leidet. Das hängt, glaub ich, in erster Linie damit zusammen, wie ich an Frauenfreundschaften herangehe. Ich habe immer der Standpunkt vertreten, daß meine

schaften herangehe. Ich habe immer der Standpunkt vertreten, daß meine

Beziehungen zu Frauen (bisher war das mit einer Ausnahme so) irgendwie von vornherein auf „endlos" eingestellt sind. Männerfreundschaften sind dagegen aus allen meinen und anderer Frauen Erfahrungen her begrenzt, irgendwann ist es aus und ich habe immer Angst, mich in eine Sache zu doll reinfallen zu lassen, weil ich dann nicht kaputt wieder vor dem Nichts stehen will.

Frauen haben da erstmal ganz schön viele „Vorschußlorbeeren" von mir aus. Mein Freund findet diese Haltung von mir nicht richtig, weil sie an der Wirklichkeit vorbeigehe, weil Beziehungen zu Frauen, meine Beziehung zu dir, nicht stabiler sein müßten, nur weil du eine Frau bist. Es ist bisher immer noch so, daß er (ein Mann) bei mir um Vertrauen hart kämpfen muß, sozusagen sich die „Lorbeeren" verdienen muß. Es ist nicht gut, wenn er daran arbeitet, daß ich meine positive, vertrauensvolle Einstellung dir und anderen Frauen gegenüber verändere.

A: Mein Freund würde nie zugestehen, daß er eifersüchtig auf dich ist, dafür macht er Sprüche, die mich auf den Weg zu dir begleiten. „Na, hast du wieder mit deiner Freundin herumgeschmust?" „Du hast ja nur sie lieb und mich nicht mehr". Oder: „Jetzt läßt du mich wieder ganz allein". Für mich erschwert diese moralische Art ein Gespräch mit ihm über unsere Freundschaft. Dies würdigt er dann mit Bemerkungen: „Du erzählst mir ja nichts". Ich habe immer das Gefühl, er meint dies ironisch und abwertend gegen unsere Freundschaft. Frauen sind für ihn nicht so „gefährlich" wie Männer. Diese Art und Weise, auf unsere Freundschaft einzugehen, praktiziert er erst, seitdem er weiß, daß wir auch zärtlich zueinander sind. Vorher hat ihn unsere Freundschaft überhaupt nicht beschäftigt.

B: Wie tiefgreifend das Problem ist, keinen der beiden lieben Men-

Fortsetzung von Seite 29

schen gegeneinander zu stellen, ist mir unter anderem an einer Frage zu meiner Sexualität klar geworden. Mein Freund fragte mich (und ich bin völlig überzeugt, ohne Hintergedanken) was ich schöner finde: einen Orgasmus zu haben, wenn sein Pimmel bei mir drin ist, oder einen zu haben, ohne daß wir so zusammen schlafen. Sofort klickerte es in meinem Kopf: das kannst du ja gar nicht beantworten, denn meine Freundin hat ja keinen Pimmel. Ich glaube, ich habe gesagt, daß ich beides ganz toll finde, aber ich habe ihm nicht gesagt, was seine Frage bei mir für Gedanken ausgelöst hat (lieber Freund, vielleicht liest du dies).

A: Zwar erzählten wir uns diese Vorfälle immer gegenseitig, aber ohne diese Eingriffe in unsere Freundschaft etwas zu unternehmen. Wir legten uns sogar Stillschweigen auf, um ja nicht die Freundschaft zu unseren Männern zu gefährden, und aus Angst, wir könnten sie verlieren. Obwohl wir genau wissen, daß unsere Freundschaft, so wie sie bislang verlaufen ist, mit einem Mann gar nicht möglich ist, begaben wir uns in die Defensive, nach dem Motto „der Feiertag gehört ihm". Gegenseitige Rückzugserscheinungen in unserer Freundschaft schlugen sich zugunsten unserer Freunde nieder. Das Stillhalten führte dazu, daß wir mit unseren Problemen allein waren. Mein Freund merkte sehr wohl, daß bei dir und mir irgendetwas nicht stimmte. Ohne den Anspruch, ein Gespräch zu führen, hörte ich ihn mit einem ironischen Unterton fragen: „Na, triffst du dich nicht mehr mit deiner Freundin?". Diese ironische Art ärgerte mich, irgendetwas von unseren Schwierigkeiten zu erzählen. In diesem Moment hätte ich es als Niederlage oder Blöße empfunden. Deinem Freund gegenüber habe ich inzwischen ein ziemlich distanziertes Verhalten, wir waren mal gut befreundet. Aber dieses Gefühl, daß er unsere Freundschaft in Konkurrenz zu eurer sieht und mit „Krampf..." bewertet, hat mich mehrmals schlukken lassen. Irgendwie hat das alles Spuren hinterlassen; ich denke dann immerzu, daß ich hilflos bin, wenn du oder ich gegenüber Sprüchen und Eingriffen auf unsere Freundschaft nicht ankämpfen. Die Resignation macht sich dann breit.

B: Ein Teufelskreis hat eingesetzt.

schaft nicht ankämpfen. Die Resignation macht sich dann breit.

B: Ein Teufelskreis hat eingesetzt.

Wir beide liefen eine lange Zeit mit all unseren Ansprüchen und Wünschen aneinander herum, ohne darüber zu reden. Es war sogar soweit gekommen, daß ich manchmal gar nicht mehr so recht wußte, wie es dir überhaupt in bezug auf mich geht, was du denkst und fühlst. Es gab Sticheleien zwischen uns, sinngemäß so, ich würde ja wohl bald mit meinem Freund zusammenziehen. Plötzlich konnten wir nicht mehr über alles reden, plötzlich gab es dosierte Berichte über unsere anderen Beziehungen. Trotzdem standen unsere Freundschaftsansprüche aneinander weiter zwischen uns, die wir immer weniger verwirklichten, von denen ich mich irgendwann eingeengt fühlte. Ich war sehr unglücklich und unternahm ein paar Versuche, daß wir unsere Widersprüche klären. Das Ergebnis war jedesmal, daß mir eigentlich von dir immer klarer gemacht wurde, daß du dich immer mehr von mir zurückziehst, wenn ich nicht auch das verwirkliche, was früher alles so einfach zwischen uns gelaufen ist. Aber durch all diese Gespräche wurde ich immer mutloser, fühlte mich auch abgeblockt. Besonders traurig und betroffen war ich über unsere Distanz, da ich ja weiß, wie toll es sein kann.

Innerlich hat diese Situation bei mir zu Einsamkeitsgefühlen geführt. Nicht Hoffnung und Lösung, aber Folge davon war, daß ich mich sehr auf meinen Freund konzentriere. Auch ihm ist meine Verstörtheit aufgefallen, wenn ich von dir sprach. Er wollte, im Gegensatz zu deinem Freund, mit mir über meine Schwierigkeiten mit dir reden. Ich bin da sehr zurückhaltend, da ich denke, daß wir damit allein fertig werden.

Jede zwischenmenschliche Beziehung hat ihre Schwierigkeiten. Die Auswertung unserer Erfahrungen hat uns klar gemacht, daß ein Teil der Schwierigkeiten in unserer Frauenfreundschaft daher rührt, daß diese Beziehung unter besonderer Beobachtung der Umwelt und unserer Freunde steht und wir immer wieder geneigt sind, dem Druck, der davon ausgeht, aus dem Weg zu gehen und damit unsere eigenen Bedürfnisse unterzubuttern.

Andererseits wirken auch in unseren eigenen Köpfen die gesellschaftlichen Bedingungen so, daß wir ständig besonders gezwungen sind, uns unseren Platz für unsere Frauenfreundschaft zu erkämpfen.

Schwule Lehrer: Ein neues Selbstbewußtsein

Zum 'schwulen Pfingsttreffen' von Lehrern und Erziehern in Hannover

Die Homosexualität sei *„keinesfalls ... eine ‚Form menschlicher Sexualität' "*, heißt es im Lehrerbegleitheft zu einem weitverbreiteten Biologie-Lehrbuch (v. Hagen, „Liebe, Sexualität, Fortpflanzung"). *„Die wechselseitig ausgeübte Reizung der Geschlechtsorgane, die hin und wieder sowohl unter Knaben als auch unter Mädchen in der Entwicklungszeit vorkommt"* hält derselbe Verfasser im Lehrbuch selbst für eine „Triebverirrung" und für **„nicht unbedenklich"**. *„Wir wissen heute"*, verkündet von Hagen, alle sexualwissenschaftlichen Erkenntnisse kühn beiseite lassend, *„daß es sich dabei* (bei der Homosexualität - We.) *in den wenigsten Fällen um eine angeborene Veranlagung (Hormonstörung), sondern meist um eine Verführung in den Pubertätsjahren handelt"*.

Das ist nur eine bescheidene Kostprobe aus dem reichen Schatz schwulenfeindlicher Hetze, die in Lehrbüchern der Bundesrepublik zu finden ist. Nur eine Kostprobe für die alltägliche Beleidigung ihrer Identität, die schwule Lehrer hinnehmen sollen. **Aber die Zahl derer, die die besondere Diskriminierung schwuler Lehrer und Erzieher nicht mehr hinnehmen wollen, wächst offenbar. Das zeigte sich in erfreulicher Deutlichkeit auf dem „schwulen Pfingsttreffen für Lehrer und Erzieher" in Hannover. Über 80 Lehrer, ein gutes Dutzend Erzieher und einige Sozialarbeiter und Schüler waren der Einladung zu diesem ersten bundesweiten Erfahrungsaustausch gefolgt.** Gut und gern doppelt soviele, wie die Veranstalter – Mitglieder der Berliner „Arbeitsgemeinschaft homosexueller Lehrer und Erzieher" in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) – erwartet hatten.

Und es waren nicht nur die sogenannten „Bewegungsschwestern", die da aus fast allen Teilen der BRD zusammengeströmt waren, sondern gerade auch viele Kollegen, die man sonst auf Treffen der Schwulenbewegung nicht zu sehen bekommt.

Schwerpunkte der Diskussion waren u.a. der Erfahrungsaustausch über die berufliche und menschliche Situation schwuler Lehrer und Erzieher, die rechtlichen Schwierigkeiten bei offen schwulem Auftreten, eine Auseinandersetzung mit den für den Unterricht zur Verfügung stehenden Medien zum Thema Homosexualität, die Frage von Pädophilie und Pädagogik und vor allem Überlegungen, wie durch organisiertes Vorgehen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaft gegen die Diskriminierung angegangen werden kann.

Vor allem die rechtliche Situation schwuler Lehrer ist nach wie vor sehr unklar. Die Schulbehörden der Bundesländer vermeiden tunlichst jede klare Stellungnahme. Wie sich auf der Tagung in Hannover zeigte, wird die Homosexualität eines Lehrers zwar für sich genommen heute – auch in CDU-regierten Ländern – kaum noch disziplinarisch verfolgt. Auf der anderen Seite wird aber sorgfältig darauf geachtet, daß Homosexualität nicht „propagiert", nicht für sie „geworben" wird. Diese Propaganda kann aber bereits darin bestehen, daß der Lehrer seine Homosexualität nicht verheimlicht und damit ein „schlechtes Vorbild" ist.

In der Praxis führt das dazu, daß der schwule Lehrer im Unterschied zu seinem heterosexuellen Kollegen, dessen familiäre Situation nicht ausdrücklich versteckt werden muß, zur Unperson wird. Und die Selbstverleugnung wird auf die Spitze getrieben, wenn der Lehrer auf schwulenfeindliche Äußerungen von Schülern nicht eingehen kann, ohne seine eigene Homosexualität zu offenbaren. Oder wenn er kommentarlos haarsträubende Positionen in Lehrbüchern, wie die eingangs geschilderte, hinnehmen soll.

Aber die beherrschende Tendenz in Hannover war nicht Wehklagen, sondern ein neues Selbstbewußtsein. Und so standen die Berichte im Vordergrund, in denen gezeigt wurde, wie man trickreich und gewissermaßen „subversiv" korrekte Positionen zur Schwulenfrage in allen möglichen Fächern einschmuggeln und die Schüler zur Vorurteilsfreiheit erziehen kann.

So im Geschichtsunterricht (Schwule im KZ), in Deutsch (Liebesgedichte, darunter mal eins über Schwule), in Sozialkunde (Formen menschlicher Beziehungen) sogar in Musik (die Homosexualität berühmter Musiker wird thematisiert, statt peinlich übergangen, wenn ihre Biographie abgehandelt wird) usw. usw.

Wichtig auch die Erfahrungen, die die doch erstaunlich zahlreichen Kollegen gemacht hatten, die ihr Schwulsein mehr oder weniger offen in der Schule zu erkennen geben. Wie sie sich rechtzeitig mit ihren heterosexuellen Kollegen auseinandergesetzt hatten, wie es gelang, die Isolation zu durchbrechen.

Besonders ermutigend wurde das Westberliner Beispiel empfunden. Seit rund zwei Jahren gibt es dort die „Arbeitsgemeinschaft homosexueller Lehrer und Erzieher" in der GEW, die seit anderthalb Jahren auch offiziell als Gewerkschaftsgruppe anerkannt ist.

Immerhin konnte die Gruppe inzwischen den Schulsenator zu der Erklärung veranlassen, „ *daß das Bekanntwerden der Homosexualität eines Lehrers - auch durch ihn selbst (!) - gegenüber Schülern, Eltern, Kollegen für den Senator für Schulwesen kein Anlaß für dienstrechtliches Vorgehen ist"*.

Außerdem wurde erreicht, daß dem (schwulenfeindlichen!) einzigen Aufklärungsfilm zum Thema Homosexualität, der in den Landesbildstellen zur Verfügung steht, „Christian und sein Briefmarkenfreund", die Zulassung als Unterrichtsmaterial entzogen wurde.

Im Begleitheft dieses Machwerks wird als Lernziel angegeben, Homosexuelle als Triebverbrecher zu erkennen, deren *„bevorzugtes Opfer Jungen (sind), die am Beginn ihrer Pubertät stehen"*.

„Ein widerlicheres und von jedem sexualwissenschaftlichen Wissen weniger beleckte Werk ist mir seit Jahren nicht mehr zur Kenntnis gebracht worden", schrieb dazu der Salzburger Sexualwissenschaftler Professor Ernest Bornemann.

Das Westberliner Gewerkschaftsbeispiel wurde auf der Tagung in Hannover zum Anlaß genommen, fünf neue regionale Gruppen homosexueller Lehrer und Erzieher zu gründen mit dem Ziel, den Kontakt unter schwulen Lehrern und Erziehern zu verbessern und damit Isolation und Ängste zu überwinden. Vor allem aber auch, um in der GEW in Zukunft ähnliche Initiativen wie in Westberlin in Gang zu setzen. Dabei wird es auch darauf ankommen, eine von der Westberliner Landesvertreterversammlung der GEW bei 300 Anwesenden fast einstimmig verabschiedete Resolution zum Gewerkschaftstag im Oktober zu unterstützen, in der ein Einsatz der GEW gegen die Schwulen-Diskriminierung gefordert wird.

Wir werden diese Resolution im nächsten AK veröffentlichen und fordern unsere Hetero-Lehrergenossen schon jetzt auf, sich in ihren Landesverbänden für diese Initiative stark zu machen und unter ihren Kollegen dafür zu werben.

Mit welchen Schwierigkeiten schwule Lehrer auch innergewerkschaftlich noch zu kämpfen haben, machte ein Brief des GEW-Bundesvorsitzenden Erich Frister zu der Tagung in Hannover deutlich. Frister schrieb u.a.: *„Toleranz ja, aber Propaganda oder Detailunterrichtung (!) über Homosexualität durch Homosexuelle in der Schule bitte nicht ... Ich glaube auch, daß die homosexuellen Kollegen die Toleranzbereitschaft nicht überspannen sollten. Schließlich üben sie einen Beruf aus, den es nicht geben könnte, wenn ihr Sexualverhalten die Regel wäre ... Ich möchte es dabei belassen, daß das Sexualverhalten Privatsache unserer Mitglieder ist..."*

Einen Vertreter des Hauptvorstandes mochte er nicht zum Pfingsttreffen schwuler Lehrer entsenden.

We., Hamburg/ Schwulengruppe des KB

7 Jahre Knast

für homosexuelle Beziehungen mit Jugendlichen

Am 23. April wurde im Prozeß gegen Kurt K. vor dem Karlsruher Landgericht das Urteil verkündet. Vorgeworfen wurden ihm in 27 Fällen homosexuelle Beziehungen zu Jugendlichen unter 18 Jahren, wobei zwei dieser Jugendlichen zu Beginn der Beziehung erst 13 Jahre gewesen seien. Im AK 173 berichteten wir ausführlich über den bisherigen Prozeßverlauf.

Staatsanwalt Griesbaum leitete sein Plädoyer mit der Feststellung ein: *„Bei dem Angeklagten handelt es sich, und das sage ich ihm ganz offen ins Gesicht, um einen homosexuellen Menschen"*. Er vertrat die Ansicht: *„Nicht die Schädlichkeit der Homosexualität sei die Frage, sondern vielmehr müßte man Kinder und Jugendliche von Homosexuellen und Pädophilen fernhalten, schützen; damit diese nicht später in die Situation kommen können, als Menschen mit homosexuellen Tendenzen von der Gesellschaft verachtet und verfolgt bzw. unter gesellschaftlicher Benachteiligung leiden zu müssen"*. Den weitaus größten Raum in seinem Plädoyer nahm die Auflistung des Strafmaßes ein. Für jede erste „sexuelle Handlung" beantragte er zehn Monate, für jede weitere je sieben Monate, außerdem einige darüberhinausgehende Strafanträge aufgrund der §§ 176, 178. Bei seiner Auflistung kam er schließlich zu einem Strafmaß von 2888 Monaten, das wären 240 Jahre und 8 Monate. Da die Höchststrafe jedoch „nur" zehn Jahre beträgt, beantragte er diese schließlich als Gesamtstrafe. Auf die Verhängung der Sicherungsverwahrung verzichtete er.

Die Verteidigerin von Kurt K., Aune Riehle, brachte in ihrem Plädoyer erneut zum Ausdruck, daß durch die „Taten" des Angeklagten überhaupt niemand geschädigt worden sei. Vielmehr sei durch die Aussagen der Jugendlichen in der Hauptverhandlung zum Ausdruck gekommen, daß die Beziehungen zwischen Kurt K. und den Jugendlichen auf gegenseitigem Einvernehmen beruhten, teilweise echte Liebesbeziehungen waren, Kurt auf die Bedürfnisse und Wünsche seiner Partner stets einging. So forderte Aune Riehle auch: „Wo kein Schaden ist, kann auch keine Strafe sein", Freispruch.

Vom Gericht wurde in der Urteilsbegründung Kurt K. zugestanden, daß seine jungen Freunde nicht nur keinen Schaden durch die Beziehung mit ihm davongetragen hätten, sondern des öfteren sogar davon gesprochen werden könne, daß die Jugendlichen aus der Beziehung mit dem Beschuldigten einigen Nutzen gehabt hätten. Dennoch sprach das Gericht eine Freiheitsstrafe von sieben Jahren aus.

Das Gericht folgte in seiner Urteilsverkündung im wesentlichen der Argumentation des Staatsanwaltes und dividierte die Freundschaften von Kurt in 196 „auf jeweils neugefaßten Willensentschluß vorgenommene" Fälle „sexueller Handlungen". Jede einzelne wurde mit sechs Monaten Freiheitsstrafe geahndet; dazu zwei Fälle von „sexuellem Mißbrauch von Kindern" (jeweils ein Jahr), einmal „versuchte sexuelle Nötigung" (1 Jahr), einmal „vollendete sexuelle Nötigung" (2 Jahre). Zusammengefaßt wurde all das zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 7 Jahren.

Die „versuchte sexuelle Nötigung" sah nach Schilderung des Zeugen M. in Wirklichkeit so aus: Kurt faßte M. beim Analverkehr von hinten um die Hüfte; M. jedoch bekam Schmerzen, löste den Griff von Kurt „ohne Kraftanstrengung" und sagte zu Kurt, er solle aufhören, worauf Kurt auch aufhörte.

Die sog. „vollendete sexuelle Nötigung" geschah ebenfalls beim ersten Analverkehr, mit dem Zeugen S. Dabei sagte S. zu Kurt, er habe Schmerzen. *„Ich sagte, es tut weh. Dann hat er aufgehört"*. Anschliessend blieb er noch eine halbe Stunde bei Kurt. Am nächsten Tag besuchte er ihn wieder.

Rechtsanwältin Aune Riehle hat gegen das Urteil beim Bundesgerichtshof Revision beantragt.

Mit der Forderung: „Die Paragraphen müssen weg!" hat die Gruppe Schwuler Frühling nach der Urteilsverkündung in einer bundesweiten Unterschriften-Aktion dazu aufgerufen, gegen das Karlsruher Urteil zu protestieren und Straffreiheit für alle gewaltfreien sexuellen Beziehungen zu fordern. Auf einer Veranstaltung mit Biermann in Karlsruhe am 14. Mai haben sich 300 Frauen und Männer, u.a. auch Wolf Biermann, mit diesen Forderungen solidarisiert.

Frauenküsse — das sind die Hochgenüsse...

Rechtzeitig zum Pfingsttreffen der Lesbenbewegung erschien die neue Nummer des „LESBENSTICH". Die Schwerpunkte sind Lesbensexualität und Lesbenbeziehungen. Lesben berichten über ihre Erfahrungen als „jungfräuliche" Lesben, als Tarnlesben, in Mehrfachbeziehungen, in der Kleinstadt und mit ihrer Sexualität. Auch der „Paradefall" der Alice Schwarzer, eine 19jährige Pädophile, kommt zu Wort.

Außerdem: Kulturelles, Gedichte, Musik- und Filmbesprechungen.

Also: den/die nächsten Buchhändler/in, lesbische Genossin schnell nach dem neuen „LESBENSTICH" fragen!!!

♀♀ ♀♀ ♀♀ ♀♀ ♀♀ ♀♀ ♀♀ ♀♀ ♀♀ ♀♀

P♀♀, Lesbengruppe des KB

Die Sache mit dem Badeschwamm

Deutsche Studien- und Arbeitsgemeinschaft kritisiert Günter Amendts Position zur Pädophilie

Wir dokumentieren im folgenden eine Stellungnahme der Deutschen Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie (DSAP), in der Günter Amendts Position zur Pädophilie kritisiert wird. Zur Verdeutlichung fassen wir die Kernaussagen Amendts dazu noch einmal zusammen (nach „konkret", 5/80).

Amendt meint, kein vernünftiger Mensch könne etwas gegen die Beziehung eines Erwachsenen mit einem geschlechtsreifen Jugendlichen haben. Eine sexuelle Verbindung mit vorpubertären Kindern sehe er dagegen sehr kritisch. Die Pädophilenbewegung trenne beides aber nicht, sondern setze Kinder und Jugendliche gleich.

Daß ein Mensch sich pädophil betätigt, sei die Lösung schwerer psychischer Konflikte; als Alternative bleibe ihm sonst nur Selbstmord oder Psychose. Die „Tragödie" der Pädophilen sei, daß ihr Sexualleben auf Ausbeutung und Unterdrückung beruhe: die Opfer, das heißt die Pädophilen, schafften neue Opfer.

Es sei eine Art Sexualdarwinismus, daß sich viele Pädophile auf historische Beispiele wie Griechenland und das Mittelalter berufen; sie propagierten damit das Recht des Stärkeren über den Schwächeren.

Die homosexuelle Pädophilie sei eine Randerscheinung, die heterosexuelle Beziehung Mann-Mädchen dagegen weit verbreitet, vor allem auch als Vater-Tochter-Verhältnis. Es gebe *„nichts, was eine solche Beziehung rechtfertigen könnte"*, denn der Schaden für das Mädchen sei ungewöhnlich groß.

Alice Schwarzer habe nachgewiesen, daß es eine Propagandawelle für die Pädophilie gäbe, von der „Quick"
Alice Schwarzer habe nachgewiesen, daß es eine Propagandawelle für die Pädophilie gäbe, von der „Quick"
bis zu den Szenezeitungen. Daß die Anarcho-Sponti-Szene sich heute so mit dem Thema beschäftige, habe nichts mit ihrem Anspruch zu tun, überholte Tabus zu brechen, denn bei der Pädo-Frage sei das schon passiert. Amendt verweist dabei auf den florierenden Sexualtourismus, der im wesentlichen auf Kinderhandel beruhe. In Wirklichkeit sei diese Propaganda für Pädophilie ein Zeichen politischer Verwahrlosung und das Ergebnis der Geschlechterrollenverunsicherung durch die Frauen- und Schwulenbewegung. Die Szenemänner suchten im Mädchen die sanfte Frau, die es in der Linken immer weniger gebe.

Diese „Pseudo-Pädophilen" tragen laut Amendt ihre Schwierigkeiten auf Kosten der echten Pädophilen aus. Die Besänftigungsformel laute: „Im Grunde sind wir doch alle so..." So habe man auch versucht, Schwulen die Identität zu rauben.

Pe/We, Schwulengruppe des KB



Stellungnahme der DSAP
(gekürzt)

Eine gesellschaftliche Gruppe durchbricht das letzte sexuelle Tabu: Sexualität zwischen Kindern und Jugendlichen und Erwachsenen. Endlich melden sich die Betroffenen selbst zu Wort, die man bisher nur als Angeklagte vor Gericht und als „Sexualverbrecher" aus der Presse kannte. Sie schließen sich in der DSAP (Deutsche Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie) zusammen.

Die Öffentlichkeit horcht auf. Leute, die mit Kindern zu tun haben (Eltern, Pädagogen, Sozialarbeiter, Wissenschaftler, Vertreter fortschrittlicher Erziehungseinrichtungen) merken, daß sie betroffen sind. Haben sie doch wider besseres Wissen lange verdrängt, daß a l l e Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern letztlich auch sexuelle sind. Zwar wissen sie seit langem, daß auch Kinder „sexuelle Wesen" sind. Und manche gestehen den „Kleinen" auch zu, sich untereinander sexuell zu „betätigen". Ja, sie schreiben sogar „Sexbücher" und ziehen damit übers Land. Dann aber kommen Leute und machen ihnen einen Strich durch die Rechnung. Ein Wutschrei und ein Wortschwall ergießt sich über das zarte Pflänzchen der Pädosexuellen-Bewegung. Und die kann nur noch staunen, was sie da angerichtet hat.

Gehen wir also diesen Wortschwall durch. Dechiffrieren wir G. Amendts Pädophilen-Phobie: seine Veröffentlichungen in Emma 4/80 zusammen mit A. Schwarzer und in konkret 5/80.

Pädosexualität – was ist das?

Pädophilie galt bis vor einigen Jahren als „Unzucht mit Kindern", heute als „Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung". In unbewußter Abwehr dieser Diffamierung entstand in der Pädophilenszene das Bild vom fast selbstlosen Kinderfreund, der besonders talentiert im Umgang mit Kindern ist und Sexualität vordergründig aus pädagogischen und sozialen Zielen will. Wir emanzipieren uns von dieser Selbstverleugnung und stehen dazu, daß uns Kinder und Jugendliche auch sexuell anziehen. Deshalb nennen wir uns Pädosexuelle. Dieses Wort umschreibt exakt unsere Forderung. Wir fordern, daß Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern und Jugendlichen straffrei wird. ...

Dabei bedarf es keines „Kunstgriffes" zur Vernebelung in unserer Argumentation. Pädosexualität ist für uns die Sexualität, die der Gesetzgeber wegen des Alters eines der Partner bestraft. Gegen diese Kriminalisierung kämpfen wir und lassen uns nicht auf irgendein „Schutzalter" ein. Es geht um die „sexuelle Selbstbestimmung aller Menschen unabhängig von Geschlecht und Alter". Deshalb müssen a l l e Schutzaltersgrenzen fallen, da sie nicht schützen, sondern unterdrücken. Die autonome Schwulen-, Lesben- und Pädosexuellen-Bewegung hat das erkannt. Auf dem IGA-Kongreß über Ostern 1980 in der Nähe von Barcelona haben die dort anwesenden 150 Vertreter nationaler Schwulen-, Lesben- und Pädosexuellen-Organisationen fast einstimmig einen entsprechenden Beschluß gefaßt.

Was ist an der „Geschlechtsreife" so magisch?

Amendt braucht Schubladen. Nicht die Strafbarkeit pädosexueller „Handlungen" ist Ausgangspunkt seiner Überlegungen, sondern die „Geschlechtsreife", auch Pubertät genannt. Die Kinder meint er schützen zu müssen, nicht die Jugendlichen. Warum? Versuchen wir, ihn zu verstehen...

Amendt führt den gesellschaftlichen Status von Kindern an, um Pädosexualität zu bekriegen. Kinder sind in unserer Gesellschaft „unmündig", sie haben kaum Rechte, sind ökonomisch abhängig von den „Erwachsenen". Nur, was unterschel-
zu bekriegen. Kinder sind in unserer Gesellschaft „unmündig", sie haben kaum Rechte, sind ökonomisch abhängig von den „Erwachsenen". Nur, was unterschel-
det sie darin von den Jugendlichen, die Amendt „Heranwachsende" nennt? Bei einem „geschlechtsreifen" 14-jährigen gelten die gleichen Amendtschen gesellschaftlichen Vorbehalte wie bei einem noch nicht „geschlechtsreifen" Kind. Wird hier nicht deutlich, daß Amendt im Grunde einen biologistischen Standpunkt vertritt, den er gesellschaftlich tarnt?

Was aber ist an der „Geschlechtsreife" so magisch für Amendt? Sein „Sexbuch" gilt doch auch den nocht nicht „Geschlechtsreifen". Warum müssen sie vor den „Erwachsenen" „geschützt" werden? Da muß das Bild vom „erwachsenen, ausgewachsenen Mann" her, „der mit seinem Prügel ein kleines Mädchen bedroht". Das sei „Gewalt". Wir lehnen Sexualbeziehungen, die nicht in gegenseitigem Einverständnis ablaufen, die mit Gewaltanwendung verbunden sind, ab. Wir lehnen Gewalt und Herrschaft in j e d e m Zusammenhang ab, auch im Zusammenhang mit der Sexualität. Nur, deshalb ist die Sexualität an sich doch nicht zu verfolgen! ...

Hinter Amendts Argumentation verbirgt sich das Bild von der „kindlichen Unschuld", er nennt das „Kindersexualität". ...

Wir sind uns darüber klar, daß wir mit unserer Forderung nach Straffreiheit für Pädosexualität an ein Tabu rühren, das mit massiven Ängsten besetzt ist und deshalb massive Aggressionen auslöst. Das ist bei „normalen" Schwulen und Lesben bedingt anders. Sie „treiben" es ja mit ihresgleichen. Sie lassen die Normalen in Ruhe. Wir hingegen haben nicht „unseresgleichen", unsere sexuellen Wünsche richten sich auf die Kinder anderer Menschen. Das geht ans Eingemachte, das greift die Identität fundamental an.

Wir sind aber auch diejenigen, die am ehesten in der Lage sind, sexuelle Verdrängungen bei uns selbst zu erkennen und zu bearbeiten. Lernen wir doch, wenn wir mit Kindern zusammen sind, eine menschliche Eigenschaft, die wir längst verlernt hatten im Verlauf unserer Sozialisation zum „Erwachsenen": spontane und unverstellte Äußerung von Gefühlen. Sehen wir doch, wie stark der sexuelle Trieb unserer Freundinnen und Freunde ist. Gerade der „genitale Bereich" ist dabei besonders mit Interesse besetzt, was a u c h Ausdruck der totalen Tabuisierung dieser Körperzone ist. Sollte etwa Amendt nicht wissen, was Kinder an sexueller Lebensfreude ausstrahlen, die nicht den zensierenden Augen eines Erwachsenen ausgesetzt sind? ...

„Sexualdarwinisten", „Paradise-Now-Vögel"

Es fällt schwer, aber wir wollen versuchen, sachlich zu bleiben. Stimmt das, setzen wir unsere Bedürfnisse ohne Rücksicht auf andere durch? Verwirklichen wir das Recht des Stärkeren gegenüber den Schwächeren?

Tatsache ist, daß bei uns Pädosexuellen Wünsche und Realität besonders weit auseinanderklaffen. Wir wollen unsere Bedürfnisse ausleben. Das setzt aber voraus, daß wir l e b e n. Knast und Sicherheitsverwahrung, gehirnchirurgische Eingriffe und chemische Kastration bedrohen unser Leben. Sie führen dazu, daß wir unsere Sexualität entweder überhaupt nicht leben oder aber extrem entfremdet. Alkoholismus und Selbstmord sind oft Begleiterscheinung und Folge.

Amendt meint aber wohl auch, wir seien sozusagen von Natur aus „Sexualdarwinisten". Das ist in der Tat infam. Wir sind Menschen wie andere auch und lassen uns nicht in den Bereich von Faschismus und Pathologie rücken. Unser Leiden ist ein gesellschaftliches! Wir wünschen uns und den Kindern und Jugendlichen, die wir mögen, gleichberechtigte, emanzipierte sexuelle Beziehungen. Und wir arbeiten mit daran, die gesellschaftliche Unmündigkeit von Kindern und Jugendlichen aufzuheben. Wir sind uns auch sehr klar darüber, daß das mit einer Aufhebung der Sexualstrafrechtsparagraphen nicht getan ist. Nur, das ist ein integraler Bestandteil des Kampfes um die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Jugendlichen und Kinder. Diesen Kampf müssen wir gemeinsam führen. ...

„Sexualität ist mehr"

Wir lehnen eine jeweils spezifische Definition von Sexualität nach Geschlechtsrolle und Alter ab. Diese Definitionen sind gesellschaftlicher Art und in ihnen kommt die Unterdrückung der Frauen, Kinder und Jugendlichen zum Ausdruck. Wir fordern, daß endlich erkannt wird, daß Sexualität den ganzen Menschen angeht und keinen Teil von ihm ausschließt. „Sexualität ist mehr".

Amendts Sexualitätsbegriff ist hingegen genitalfixiert. Für ihn „degeneriert Zärtlichkeit zu einem neurotischen Bewegungsritual", denn sie „kommt erst durch das Sexuelle hindurch zu sich". Logisch ist es bei dieser Definition dann ja auch, daß Amendt Sexualität d e n Menschen nur zubilligt, die „geschlechtsreif" sind, also zeugungsfähig. Hier scheint durch, was Amendt natürlich nie zugeben wird: Seine Vorstellung von Sexualität ist an die Fortpflanzungsfunktion des Menschen gebunden, also alles andere als emanzipiert.

Wir hingegen sagen: Es gibt keine Kinder- und es gibt keine Erwachsenensexualität. Sexualität ist unteilbar.

„Zwanghafte Fixierung auf ein kindliches Sexualobjekt"

„Zwanghafte Fixierung auf ein kindliches Sexualobjekt"

Amendts Schreibstil gibt dem Leser nicht die Möglichkeit zur sachlichen Information. Das ist auch wohl nicht seine Absicht. Ein Beispiel: Der Autor muß zugeben, daß von „Verführung" wohl nicht gesprochen werden kann. Er zitiert nämlich Pädosexuelle, die darauf hinweisen, daß ihre ehemaligen „Schützlinge" (Amendt) früher oder später heterosexuelle Beziehungen aufgenommen hätten. *„Diese Feststellung soll zum Beweis dafür herhalten, daß der Erwachsene sich nicht an den kindlichen Geliebten klammert und ihm Entfaltungs- und Wahlmöglichkeiten läßt."* Mit dem Argument setzt Amendt sich nicht auseinander. Nein, es muß dafür herhalten, eine „zwanghafte Fixierung auf ein kindliches Sexualobjekt" und eine „Tragödie der pädophilen Objektwahl" zu konstatieren und uns damit in den Bereich der Psychiatrie zu verweisen.

Wir geben zu, daß a u c h w i r in unserer sexuellen Objektwahl mehr oder weniger „zwanghaft" sind. Nur, das unterscheidet uns von keinem Menschen in dieser Gesellschaft, ob hetero, schwul oder lesbisch. Unsere Fixierung ist allerdings ungewöhnlich und entspricht nicht der gesellschaftlichen Norm. Sie entspricht allerdings in Spiegelfunktion der zwanghaften Ausgrenzung der sexuellen Komponente in allen Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern, auch durch Herrn Amendt.

Was ist daran schlecht oder gar verwerflich, daß wir Kinder mögen und daß diese Kinder uns mögen? Unsere Beziehungen sind vergänglich. Die Intensität und Gestaltung einer pädosexuellen Beziehung wird nicht allein vom „Erwachsenen" bestimmt sondern genauso von dem Kind oder Jugendlichen her geprägt. Zu unterstellen, daß solche Beziehungen immer vom Erwachsenen her beendet werden, ist eine unzulässige Diskriminierung sowohl dem Erwachsenen als auch dem Kind gegenüber. Hinter Amendts Argumentation steckt die Gleichsetzung von langfristigen und verbindlichen Beziehungen. Dies ist falsch. Die Intensität und Gestaltung einer Beziehung wird nicht durch die Zeitdauer allein bestimmt.

„Opfer emotionaler Zuwendung"

Wie kann Amendt sich zu einer solchen Formulierung hinreißen lassen? Er braucht ein Feindbild, das ihn und alle seine Leser und Zuhörer erschauern läßt und das Tabu, das angeblich längst gebrochen ist, aufrecht erhält und zementiert. Dazu gehört folgerichtig auch, daß Amendt uns als Neurotiker und psychisch Kranke definiert und uns damit der Psychiatrie und Justiz überantwortet. Wir sind für ihn zwar irgendwo bedauernswerte „Opfer" unserer angeblichen Neurose, aber die angeblichen „Opfer" unserer Sexualität rechtfertigen es für ihn, uns einzusperren, entweder in den Knast oder die Psychiatrie.

WIR NEHMEN DEN KAMPF AUF. PÄDOSEXUALITÄT IST EINE ANDERE GESUNDHEIT.
(Mai 1980)

DSAP-Regionalgruppe Berlin



Das sind Bilder, die die schwulenfeindliche Gruppe in der KB-Leitung nicht gerne sieht!!

Schwulen-Verfolgung im KB

Ein Volksmärchen in zwei Akten

Es zerreißt einem schier das Herz, zu sehen, welche verheerende Folgen die verderbliche Tätigkeit einer „schwulenfeindlichen Gruppe" gehabt hat, die heute die Mehrheit des KB repräsentiert. Denn es dauerte fast zwei Jahre, bis sich die Opfer der brutalen Schwulen-Unterdrückung im KB von ihren Leiden so weit erholt hatten, daß sie diese jetzt erstmals einer erschütterten schwulen Öffentlichkeit schildern konnten.

Es ist die Rede von einem Fortsetzungs-Märchen, das die frühere AG Schwule im KB/ZL-Fraktion (AGS/ZL) in der „Homosexuellen Emanzipation", Heft 2 (März/April) und Heft 3 (Mai/Juni) ausgebreitet hat. Titel: „Zum Ausschluß der AG Schwule aus dem KB".

Der geneigte Leser wird allerdings vergeblich darauf lauern, die Gründe dafür zu erfahren, warum der KB ausgerechnet seine Schwulen vor die Tür gesetzt hat. Dazu in der „Emanzipation" kein Wort.

Wie auch? Tatsächlich wurde die AG Schwule ja gar nicht ausgeschlossen, sondern folgte ihren Idolen von der ZL-Fraktion, als KB-Mehrheit und ZL-Fraktion sich voneinander trennten. Wenn man überhaupt von Ausschluß im strengen Sinne reden will (darüber gehen ja bekanntlich die Auffassungen auseinander), dann ging die AGS/ZL als Teil der ZL-Fraktion über den Jordan, nicht aber als Schwule oder etwa wegen der SM-Debatte.

Bezeichnenderweise waren die von den *„Heterochauvinisten"* so schrecklich geknechteten AGS-Schwulen so sehr am Boden zerstört, daß sie sich an den monatelangen öffentlichen Debatten über die Differenzen zwischen ZL-Fraktion und KB-Mehrheit im AK nicht mit einem Sterbenswörtchen beteiligten.

So blieb es denn auch bis heute ihr ängstlich gehütetes Geheimnis, was eigentlich – außer persönlichen Sympathien/Antipathien – ausgerechnet Schwule dazu veranlassen konnte, sich mit der „Keimform"-feindlichen ZL-Fraktion, bis das der Tod sie scheidet, zu verehelichen.

Wir wollen nun niemandem den Spaß an den wildwuchernden Phantasie-Ergüssen des AGS/ZL-Autors in der „Emanzipation" durch kleinliches Beharren auf der Wahrheit vermiesen. Die „Emanzipation" ist eine recht informative und wichtige Zeitung. Vier Mark sind da allemal gut angelegt. Der Fan möge sich einmal selbst informieren.

Ein kleiner Hinweis aber sei gestattet, um die nunmehr eingeleitete Legendenbildung: hie Schwulenfreunde im KB (= ZL-Fraktion), hie Schwulenfeinde (= KB-Mehrheit) nicht völlig überschwappen zu lassen:

Im November 1978, so die AGS/ZL, wurde in einer Diskussion mit Vertretern des LG *„die schwulenfeindliche Gruppe, mit der wir es bisher zu tun gehabt hatten, erstmal auf Distanz gebracht"*. Dabei erfolgte die Gründung der AGS.

Der wichtigste Vertreter dieser *„schwulenfeindlichen Gruppe"*, der AK-Redakteur Kt., von der AGS/ZL jetzt als *„homophob"*, *„repressiv tolerant"*, *„inkompetent"* etc. qualifiziert, hatte freilich bereits in einem Diskussionspapier vom September (!) 1978 geschrieben:

„Ich gebe xy (hier stand der Name des Ober-Gurus der AGS/ZL – We.) *insoweit recht, daß für die Entwicklung einer Schwulen-Arbeit im KB bessere Bedingungen geschaffen werden müssen, vor allem, was die Wertschätzung einer solchen Arbeit angeht. Das gilt im Prinzip für die Frauenarbeit genauso. Meine These war und ist allerdings, daß die Befreiung der Schwulen im KB in erster Linie das Werk der schwulen Genossen s e l b s t sein muß. Die Genossen h a b e n doch tatsächlich alle Möglichkeiten, endlich einmal m e h r und K o n k r e t e r e s im AK über ihre Situation in der Gesellschaft und im KB zu schreiben!!* (Hervorhebungen im Original – We.) *Wenn du dich im KB als Schwuler nicht akzeptiert fühlst, dann hau doch im AK auf den Tisch, verdammt noch mal! Und spiel nicht stattdessen die gekränkte Leberwurst angesichts der Schwierigkeiten schwuler Arbeit, die ja tatsächlich sehr, sehr groß sind...!"*

In einem dritten Teil ihres Fortsetzungsmärchens könnte die AGS/ZL ja erklären, warum sie diese förmliche Einladung, im AK das Treiben der *„schwulenfeindliche Gruppe"* öffentlich zu machen, damals ausgeschlagen hat.

We., Hamburg
Schwulengruppe des KB
(eines der „im KB hinterlassenen" „Blitzblanken Mädels")



Von ungefähr 5.000 Teilnehmern/innen waren die Initiatoren des Gesundheitstages, einige Ärzte und Ärztinnen aus dem Gesundheitsladen Westberlin, ursprünglich mal ausgegangen. Aber dann kamen über 10.000 um an fünf Tagen, vom 14. – 18. Mai, an den Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen und vielen kulturellen Attraktionen teilzuhaben. Dieser enorme Mobilisierungserfolg ist wohl ein deutliches Zeichen des Protestes gegen die offizielle Gesundheitspolitik, deren ärztliche Repräsentanten sich parallel zum Gesundheitstag auf dem „83. Deutschen Ärztetag" trafen. Ihrem Auftrag wurden diese Standesmediziner vollauf gerecht, als sie die Ursachen für die Zunahme von Krankheiten diskutierten und dafür Rauchen, Trinken usw., also „individuelles Fehlverhalten" verantwortlich machten. Deshalb forderten sie eine noch stärkere Beteiligung der Kranken an den Kosten! Gastgeber dieser illustren Runde war übrigens der westberliner Ärztekammer-Präsident, Wilhelm Heim – ein Altnazi und NS-Mediziner. Diese ungebrochene Tradition und weitgehend tabuisierte Vergangenheit machte unter dem Thema „Medizin und Nationalsozialismus" den ersten inhaltlichen Schwerpunkt des Gesundheitstages aus.

Weitere Themen waren in Stichworten
- Gesundheit und Politik
- Gesundheit – Umwelt – Arbeitsplatz
- die Situation der Frau im Gesundheitswesen
- Kinder
- Alternative Methoden
- das Elend der herrschenden Psychiatrie, Ansätze seiner Überwindung
- Ansätze einer besseren Gesundheitsversorgung und
- Gesundheit in der Dritten Welt

An allen Tagen gab es zur Entspannung und zum Mitmachen Musik, Theater, Film. Am zweiten Tag wurde eine Nicaragua-Solidaritätsfete mit rund 2.000 Leuten gefeiert.

Überraschend war der nicaraguenische Gesundheitsminister Kühl von der Konferenz der Welt-Gesundheits-Organisation in Genf zum Gesundheitstag gekommen, um damit seine Verbundenheit mit der westdeutschen und westberliner Solidaritätsbewegung zu zeigen. Spontan kam auch der ehemalige Gesundheitsminister der Unidad Popular (Chile), Dr. Carlos Concha.

Die über 300 (!) Veranstaltungen waren von morgens bis abends gut besucht. Überall Leute, die ihre Erfahrungen austauschen, sich auseinandersetzen oder sich einfach nur informieren wollten, oder die gemeinsam Yoga, Massage usw. lernten. Aus allen Teilen der Bundesrepublik waren hauptsächlich Gesundheitsarbeiter/innen, aber auch Leute mit anderen Berufen, bzw. einfach „nur" Patienten gekommen.

Schließlich rundeten Gruppen aus Italien, Frankreich, Österreich und der Schweiz das insgesamt bunte Bild ab. Unter den über 10.000 Teilnehmern/innen waren auch einige ‚Prominente' wie Basaglia, Carpentier, Hackethal, R. Jungk, K.H. Roth, u.a., deren Veranstaltungen übervoll waren.

Obwohl der Gesundheitstag eine Mammut-Veranstaltung gewesen ist, war alles toll organisiert: vom 50-seitigen Zeitplan, dazu rund 200 Seiten ‚Erläuterungen zum Programm', über das „Mitteilungsblatt des Gesundheitstages Berlin" mit Namen „Gesundheit am Morgen" (Auflage: erst 10.000, dann 7.000 !). Überall gab es Info-Stände des Westberliner Gesundheitsladens, aber auch Speis' und Trank.

Das Konzept der Initiatoren hatte darin bestanden, allen Interessierten die Möglichkeit zu einem Beitrag/ einer Veranstaltung zu bieten. Zusätzlich wurde zu den meisten Schwerpunkten ein Rahmen von großen Podiumsdiskussionen angeboten. So fand sich ein breites politisches Spektrum an Kritikern des herrschenden Krankheitswesens zusammen – es gab keine Abgrenzungs- oder Unvereinbarkeitsbeschlüsse.

Wie sagten doch die Veranstalter:

„Der Gesundheitstag ist kein Kongress im herkömmlichen Sinn. Seine Vorbereitung beschränkte sich auf die Informationen über und die Koordination von vorhandenen Ansätzen. Die Eigeninititative Vieler und das Interesse Tausender haben ihm seine eigene Dynamik gegeben" („Gesundheit am Morgen", 1. Ausgabe).

Dieses offene Klima war wohl die wesentliche Voraussetzung dafür, daß sich die meisten Teilnehmer trotz Streß wohlfühlten.

Gleichzeitig gab damit der Gesundheitstag ein getreues Spiegelbild über die Opposition gegen das herrschende Krankheitswesen wieder - im Positiven wie im Negativen: Die Vielfalt der kritischen Ansätze, die Diskussionsbereitschaft, die Aufgaben, die noch vor uns liegen; gleichzeitig wurden die Schwierigkeiten deutlich, die Medizin praktisch anders zu machen, die Ratlosigkeit, was überhaupt anders gemacht werden kann.

Ermutigend und belebend wird sich hoffentlich bald auswirken, daß auf dem Gesundheitstag die Breite und zahlenmäßige Stärke der Opposition im Krankheitswesen erstmals derartig deutlich demonstriert wurde. Die Zersplitterung vieler einzelner Aktivitäten wurde für diese Tage aufgehoben, die Unzufriedenheit wurde gemeinsam deutlich kundgetan. Man/frau sah viele „alte" Freunde wieder, auch viele, die irgendwann früher das Handtuch geworfen haben. Doch damit wird auch ein Teil der Schwierigkeiten deutlich: Die Zersplitterung wird bei vielen wieder im Alltag einsetzen; ebenso für viele die frustrierende Hilflosigkeit in der konkreten Patientenversorgung.

Viele sind auf den Gesundheitstag gekommen, um praktische Anregungen für die Überwindung der eigenen Schwierigkeiten zu erhalten - im wesentlichen hat der Gesundheitstag aber Fragen und zu bewältigende Aufgaben genannt, und einiges getan, um auch das Selbstverständnis der linken Mediziner tiefgreifend in Frage zu stellen. Es wird viel davon abhängen, ob genügend Energie da sein wird, in absehbarer Zeit die aufgezeigten Fragen und Probleme zu bearbeiten.

‚Konkrete' Ergebnisse des Gesundheitstages sind nach unserer Kenntnis ein neugegründeter Krankenpflegeverband, die Einrichtung eines Nachrichtenpools von zwölf fortschrittlichen Mediziner-Zeitungen, eine neue Arbeitsgruppe, die sich im Anschluß an eine Veranstaltung der Patientenselbsthilfegruppe Zürich bildete, und die die Forderung nach uneingeschränkter Einsichtnahme in Patientenakten unterstützen will. Dann müssen noch ‚Nachbereitungs'-Treffen in verschiedenen Städten der BRD (z.T. mit dem Ziel, einen Gesundheitsladen zu bilden) genannt werden und eine ausführliche Broschüre bzw. ein Buch über den Gesundheitstag.

Nicht verschwiegen werden soll, daß der Gesundheitstag in einer Arbeitsgruppe „Perspektiven", z.T. aber auch bei Teilnehmern/innen des KB durchaus unterschiedlich eingeschätzt wurde. Die negativen Stimmen ‚warnten' vor einer Überschätzung der Masse der Besucher/innen mit der Begündung, über die Hälfte seien Studenten/innen gewesen. Außerdem seien Veranstaltungen zur Medizin in der 3.Welt und zu alternativen Heilmethoden überfüllt, Themenbereiche wie ‚Gesundheit und Politik' dagegen weniger gut besucht gewesen. Dies könnte ein Hinweis für eine zunehmende ‚Fluchtbewegung', hinein in alternative Modelle, sein.

Die nachfolgend abgedruckten Berichte können - bei über 300 Veranstaltungen! - keineswegs als repräsentativer Überblick über das bunte Treiben auf dem Gesundheitstag gesehen werden. Wir wollen auch niemanden benachteiligen, sondern haben das genommen, was vorlag, bzw. drucken aus Platzgründen in der nächsten Ausgabe des AK einige weitere Berichte sowie ein Interview mit einem Initiator des Gesundheitstages.

Gesundheitsarbeiter/innen erhebt euch und ihr erlebt euch.

»Medizin und Nationalsozialismus: Tabuisierte Vergangenheit – ungebrochene Tradition?«

Eröffnungsveranstaltung des Gesundheitstages

Das Thema dieser Veranstaltung ist ganz bewußt gewählt worden, da eine Auseinandersetzung damit seit der Mitscherlich-Studie „Medizin ohne Menschlichkeit" (1948) in der Öffentlichkeit kaum noch geführt wurde. Diese Dokumentation von Mitscherlich beweist die breite Beteiligung von Ärzten an Menschenversuchen in KZs und ihre aktive Mitarbeit am Euthanasieprogramm der Nazis.

Ein anschauliches Beispiel der ungebrochenen Tradition in der Diskriminierung von Minderheiten lieferte zu Beginn der Veranstaltung die Arbeitsgemeinschaft schwuler Ärzte und Therapeuten Berlin. Ihre Veranstaltung war als einzige des Gesundheitstages als Bildungsveranstaltung vom Westberliner Senat abgelehnt worden: Jugendliche dürften nicht mit einer solchen „Randgruppe der Gesellschaft" in Berührung kommen! Eine Resolution zur Verurteilung dieser Diskriminierung wurde unter starkem Beifall angenommen.

Ein Anzeichen für eine ganz bestimmte Kontinuität in der Ärzteschaft ist die Tatsache, daß mit Prof. Heim ein ehemals aktives SA-Mitglied an der Sptize der Westberliner Ärzte-
schaft ist die Tatsache, daß mit Prof. Heim ein ehemals aktives SA-Mitglied an der Sptize der Westberliner Ärzte-
kammer steht. Heim ist Gastgeber des parallel zum Gesundheitstag stattfindenden 83. Deutschen Ärztetages.

Anschließend stellten sich die Referenten auf dem Podium vor und erzählten kurz ihren persönlichen Zugang zu dieser Problematik. So berichtete der Historiker Kudlien über haarsträubende Äußerungen von Ärzten in den fünfziger Jahren, in denen sie eine Auseinandersetzung mit der Begründung ablehnten, das Dritte Reich liege erst so kurz zurück, daß eine Befassung mit diesem Thema in wissenschaftlicher Hinsicht unseriös sei.

Der Medizinhistoriker Baader wies auf die Funktion des Sozialdarwinismus (die Lehre, daß die Mischung der Rassen den gesellschaftlichen Untergang bedeute) hin.

Mausbach erwähnte den Fall Heide/Savade: Der Euthanasie-Arzt Heide konnte noch bis 1959 unter dem Namen Savade in Schleswig-Holsten als Obergutachter der Landesversicherungsanstalt tätig sein.

Prof. Leibfried aus Bremen stellte die These auf, die Mitscherlich-Studie sei ein indirekter Grund für die Tabuierung der Vergangenheit, da sie in der Dokumentation der „extremen Brutalität" in den KZs die „alltägliche Brutalität" in den Hintergrund gestellt hätte und dazu verwendet worden sei , die „normalen" Praktiken der Ärzte damals unter den Tisch zu wischen.

Sternredakteur Schwarberg nannte ein anderes Beispiel von Tradition im Umgang mit Andersdenkenden: *„In der Nazizeit hieß es: Juden sind anfälliger für Infektionen, also sind Krankenhäuser für ‚rassisch Höherwertige' zu reservieren. Heute geistert der Ausspruch herum: Ratten und Schmeißfliegen für politisch Andersdenkende."*

Dörner von der Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie erinnerte nachdrücklich daran, „Andersartigkeiten" nicht nur auszuhalten oder gar abzuschaffen, sondern sie zu akzeptieren. Der Kontinuität müßten wir eigene Konzepte entgegensetzen, es müßten Freiräume erkämpft und geschaffen werden. Wir müßten eigene Initiativen ergreifen und uns nicht an den zu bekämpfenden Strukturen orientieren.

In der anschließenden Diskussion wurde zu Recht von Frauen bemängelt, daß die spezifische Situation der Frauen von den Referenten (lauter Männer bis auf Diskussionsleiterin Luc Jochimsen) kaum untersucht und dargestellt worden war.

Mehrere Diskussionsteilnehmer zogen eine Parallele von den Menschenversuchen in KZs zu den heute üblichen Medikamenten-Tests an Patienten in den Krankenhäusern. Hier handelt es sich allenfalls um graduelle, nicht aber um inhaltliche Unterschiede. Es wurde darauf hingewie-
handelt es sich allenfalls um graduelle, nicht aber um inhaltliche Unterschiede. Es wurde darauf hingewie-
sen, daß bei vielen Medikamenten allein die Nebenwirkungen zu Dauerschäden führen. In diesem Zusammenhang wurde auch die heikle Frage nach den Naturheilverfahren angeschnitten, derer sich auch der Faschismus bedient hat (Stichwort: Ganzheitsmedizin). Karl-Heinz Roth wandte sich dagegen, Begriffe wie Ganzheitsmedizin kritiklos zu übernehmen, sondern immer zu hinterfrage, in wessen Interesse solche Naturheilverfahren benutzt werden. Im Faschismus steckte auch die Ideologie des „Volkstümlichen" dahinter.

Auf die Frage, was wir der Kontinuität entgegensetzen können, erklärte Karl-Heinz Roth als Ziel, die Ärztekammern abzuschaffen sowie die psychiatrischen Großkliniken aufzulösen. Schwarzenberg („Stern") rief dazu auf, sich zu organisieren, um den Mißständen wirksamer begegnen zu können und betonte, daß dies nicht allein Sache der Ärzte sein kann.

Eine Resolution zur Unterstützung politischer Gefangener in der BRD in ihrer Forderung nach freier Arztwahl zeigte noch einmal deutlich, wie schwierig der Umgang mit ungebrochenen Traditionen ist. Angesichts der Schikanen, denen sich Gefangene im Knast in bezug auf ihre ärztliche Versorgung auch heute wieder gegenübersehen und einer Intervention von Roth, der ja selber anderthalb Jahre der Isolationshaft und mangelhafter ärztlicher Versorgung ausgesetzt war, wurde die Resolution dann doch mit großer Mehrheit angenommen.

(Nach „Gesundheit am Morgen", Mitteilungsblatt des Gesundheitstages Westberlin, Nr. 3).

Ein Genosse der Gesundheitszelle in Hamburg



Gesundheitspolitik unterm Hakenkreuz

K.H. Roth und S. Graessner berichteten vor über 200 Teilnehmer(inn)en ihre Untersuchungen zu einem Thema, das bisher kaum erforscht ist: Die NS-Medizinal- und Sozialpolitik in ihren alltäglichen Auswirkungen – außerhalb der KZ-Medizin. In der Familien-Politik (Frauen als Gebärmaschinen) und der Gesundheitspolitik (optimale Ausnutzung aller Reserven für Krieg und Produktion) wurde ein totlitärer Gesundheitsbegriff in die Praxis umgesetzt: *„Deine Gesundheit gehört nicht Dir, sondern Deinem Volk".* Ziel war es, die Krankheit durch Ausrottung der Kranken zu beseitigen. Neben der Ausmerzung von Kranken, Schwachen, sozial nicht Angepaßten, „rassich Minderwertigen" durch lebensvernichtende Arbeitseinsätze stand die Auslese. Dies geschah unter rassenbiologischen Vorstellungen des Sozialdarwinismus, der seit Beginn des 20. Jahrhunderts große Teile der deutschen Ärzteschaft beherrschte. Nach dem Sozialdarwinismus haben nur die Stärksten ein ‚moralisches Recht' zum Überleben.

Unter diesen Vorstellungen wurde das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" geschaffen, mit einem Katalog angeblich erblicher Krankheiten (etwa Geisteskrankheiten oder Epilepsie); in der Folge wurden Hunderttausende von Kranken zwangssterilisiert. Träger dieser faschistischen Medizin war die deutsche Ärzteschaft, die brutal ihre jüdischen, sozialistischen und kommunistischen Kollegen verfolgte und zu zwei Dritteln in der NSDAP war. Gleichzeitig entwickelte die „Deutsche Arbeitsfront (DAF) ein Konzept der Militarisierung der Arbeit. Unter Kriterien von Armee-Musterungen wurden Massenuntersuchungen zur Feststellung des Gesundheitsstandes durchgeführt. Mit Betriebssport, Kontrollen, Auslese, Ausmerze, jährlichen „Überholungen" der Arbeiter sollte der „Leistungsknick" bei 40 Jahren in die Nähe des physischen Todes gerückt werden. Mit der datenmäßigen Erfassung der Gesundheit der ganzen Bevölkerung wurde begonnen.

Gleichzeitig wurden die Kontrollinstrumente verfeinert: Über ein System von Betriebsärzten, Vertrauensärzten, Arbeitseinsatzärzten (bei den Arbeitsämtern) wurde der „Krankfeierei" zu Leibe gerückt. Den niedergelassenen Ärzten wurde das Recht zur Krankschreibung genommen – aus Verdacht, sie würden „zu gefällig" krankschreiben. Statt der „Arbeitsfähigkeit" wurde der Begriff „Arbeitseinsatzfähigkeit" geschaffen, um die letzten Reserven zu mobilisieren. Kommandos aus Gestapo und Betriebsärzten machten Jagd auf Kranke und schrieben sie gesund. Betriebsärzte meldeten „Simulanten" der Gestapo usw. Die Betriebsärzte wurden zu den bestgehaßten Nazi-Chargen.

Hunderttausende von Geisteskranken wurden ermordet, um Platz für große Kriegslazarette zu schaffen.

Erschreckend war an der Darstellung, daß die NS-Politik ihres Irrationalismus entkleidet wurde, mit dem die Nazi-Zeit sonst immer gern geschmückt wird. Zum Vorschein kam eine hochmoderne Medizinal-Politik, die auf der unbedingten Leistungsideologie beruhte; die Krankheit sollte nicht durch Beseitigung der krankmachenden Faktoren beseitigt werden, sondern durch Unterdrückung der Krankheit, Ausmerzung der Kranken.

Dieselben Ziele beherrschen auch heute die Gesundheitspolitik: Bei Mercedes-Benz wird ein Gesundheitsfragebogen zur Einspeicherung in einen Computer verwendet, der wörtlich von der DAF (Deutschen Arbeitsfront) übernommen ist. Die Arbeitsleistung steht im Zentrum der Gesundheitspolitik, die optimale Ausnutzung der Leistung. Das Werksarztsystem zur Kontrolle der Arbeiter wird ausgebaut, die Kontrolle der Krankschreibung nimmt zu, über die Datenerfassungen ist die „Gesundheitserfassung" weiter gediehen als bei den Nazis.

Die Ärzteschaft wurde nahezu ungebrochen aus dem Faschismus übernommen, an Medikamentenversuchen, in der Psychiatrie, im Knast, im Betrieb zeigen sie ihre alte bestialische Bereitschaft, gegen die Menschen vorzugehen...

Ein Genosse der Gesundheitszelle in Hamburg

NS-Medizin gestern — Menschenversuche heute

Ein Arzt der Arbeitsgruppe „Kritische Medizin" aus Wien berichtete vor 300 bis 400 Teilnehmerinnen über die ungeheuerlichen Verbrechen des Dr. Heinrich Gross, der das Tötungsprogramm an hunderten von behinderten Kindern im KZ „Am Spiegelgrund" mit durchführte.

Dr. Gross, damals NSDAP-Mitglied, ist heute im Vorstand einer psychiatrischen Abteilung und mit ca.20.000 Gutachten der meistbeschäftigste Gerichtsgutachter Österreichs und damit eine unantastbare Persönlichkeit.

Dr. Gross beschäftigte sich 1940 - 1943 v.a. mit der Beobachtung „psychopatischer und erbkranker Kinder".

Die Kinder „Am Spiegelgrund" erhielten Luminal (ein Schlaf-, bzw. Narkosemittel) in das spärliche Essen. Sie magerten ab, litten an Durchfällen, begannen zu fiebern, wurden mit Luminalinjektionen beruhigt, weitervergiftet, lagen bei offenem Fenster im kältesten Winter halbnackt in den Betten und verstarben an Lungenentzündung.

Todesbeschleunigung oder Euthanasie nannte der Berliner Reichsausschuß diesen Massenmord. Vier Jahre später kam Dr. Gross vor das Volksgericht. Er wurde zu zwei Jahren schwerem Kerker verurteilt. Kurz darauf wurde das Verfahren in der Berufungsinstanz der Staatsanwaltschaft eingestellt oder getilgt. Seit Oktober 1953 ist Gross Mitglied der SPÖ.

Mit Elan startete er nach dem Krieg eine wissenschaftliche Karriere — mit den Kindern im Glase, einer weltweit unerreichten Präparatesammlung aus jener schrecklichen Zeit. Er wird der Pharmaindustrie bekannt. 1969 testet er an 139 „Schizophrenen" das Medikament HF 1854, ein Mittel, das sich einen sicheren Platz in der Reihe der für die „Schizophrenen"behandlung brauchbaren Stoffe erobern wird. Die Opfer dürften über die Brauchbarkeit anderer Meinung sein. Sie werden aber nicht gefragt, sind ahnungslos, warum sie müde sind, warum schläfrig, warum ihnen das Herz rast, der Blutdruck sinkt, warum sie zusammenbrechen, ihnen der Mund spröde und trocken wird oder vor Speichel überquillt, warum sie verwirrt sind. Sie glauben, es sei ihre Krankheit, wenn unverhofft ein Epileptischer Anfall auftritt, ein Lungeninfarkt. Dabei sind das alles die Nebenwirkungen des „brauchbaren" HF 1854, aus einer Testserie des Dr. Heinrich Gross.

An seine Vergangenheit wird Gross nur durch einen lästigen Gerichtsprozeß erinnert, in den ihn die AG Kritische Medizin verwickelt hat. Aber Gross ist auch nicht untätig: Er hat gegen einen Satz in einem Flugblatt Klage erhoben: *„Nun also macht sich Dr. Gross, der selbst an der Tötung Hunderter angeblich geisteskranker Kinder mitbeteiligt war, über die Tötungsdelikte Geisteskranker her"* (in seinen Gerichtsgutachten).

Der unterzeichnende Arzt ist zu einer Geldstrafe in der Höhe von 32.000 Schilling verurteilt worden, ferner muß er Gross 10.000 Schilling Geldbuße zahlen. Der Arzt legt Berufung ein.

Menschenversuche heute

Den antifaschistischen Ärzten geht es darum, aufzuzeigen, daß *„solche Strukturen, wie bei der Euthanasieaktion in der Nazizeit in heutigen Spitälern ebenso gebrauchsfähig"* seien.

Krasse und unglaubliche Vorkommnisse werden aus der Salzburger Nervenklinik berichtet. Der dortige Vorstand prof. Gerhard Harrer (ein guter Kollege von Gross), wollte die Verträglichkeit zweier Präparate testen. Er selbst schilderte bei einem Ärztekongreß, daß die getestete Patientin zuerst negative Auswirkungen zeigte und schließlich starb.

An der Wiener Kinderklinik der Universität werden unter Leitung des Chefarztes Dr. Zweimüller an Säuglingen medizinische Versuche durchgeführt. Es handelt sich um völlig gesunde Kinder von Gastarbeitern und Bauern aus einem Waldviertel. Das jüngste Kind war 12 Tage alt. Die Eltern sind nicht über die Versuche informiert worden, geschweige denn erklärten sie sich einverstanden. Die Eltern verklagen jetzt Dr. Zweimüller.

Zur Rachitisforschung (Knochenerweichung) wird den Babys radioaktives Kalzium in den Zwölffingerdarm gespritzt. Das Kalzium wird mit einem 80 cm langen Plastikschlauch durch die Nase, Speiseröhre, den Magen eingeführt. Die Prozedur dauert zwei Stunden und dann werden die Babys geröntgt. Es soll festgestellt werden, wie schnell das Kalzium vom Körper aufgenommen wird. Die Ärzte haben deutlich gemacht, daß die Krankheit Rachitis nicht in erster Linie ein medizinisches Problem ist, sondern ein sozialpolitisches, da die Krankheit bei schlecht ernährten Kindern, die selten in der Sonne sind, auftritt. Es handele sich also nicht um ein Problem, wie das Kalzium vom Darm aufgenommen wird. Laut Strahlenschutzgesetz sind derartige Versuche verboten!

Die Berichte der Wiener Ärzte haben die Zuhörer sehr aufgewühlt und dazu gebracht, von eigenen Erlebnissen mit Menschenversuchen zu berichten. Die Ärzte/innen und Medizinischen Assisten/innen berichteten, daß die Pharmaindustrie Prämien an die testenden Ärzte vergibt. Menschenversuche seien heute „menschenverachtende Normalität" an jedem Krankenhaus, die nicht veröffentlicht werden: aus Angst, wegen der Schweigepflicht, aus Resignation und Gleichgültigkeit.

Ein Arzt berichtete von einem Forschungsprojekt, bei dem Versuche an Frühgeborenen durchgeführt wurden. Die Babys wurden in Haltegurte geschnallt und auf Laufbänder gehalten, um Gehreflexe zu beobachten. Sie wurden an einen Gehirnstrommesser (EEG) angeschlossen und mit akustischen Reizen (Lärm) traktiert, mit Photoblitzen belichtet und mehreren Stockschlägen pro Minute gefoltert, um ihre Reaktionen zu testen. Die Kinder schreien und die Ärzte sagen, es sei alles in Ordnung.

An Frühgeborenen werden Versuche mit künstlicher Ernährung gemacht, um die optimale künstliche Ernährung herauszufinden.

Ein Freiburger Arzt berichtete von einer Patientenvorstellung im medizinischen Hörsaal: Eine Frau wird hereingebracht, der gerade eine Brust abgenommen wurde. Die Krebsbrust wird in einer Schale durch die Reihen der Studenten gegeben, während der Arzt in Anwesenheit der Frau die Krankengeschichte erzählt.

WIESO IST SO ETWAS MÖGLICH???

Ein Journalist schlug zum Abschluß der Veranstaltung vor, eine Sammelstelle zu bilden, in der Ärzte, Juristen und Journalisten zusammenarbeiten, damit diese heutigen Verbrechen aufgedeckt werden können!

Eine Genossin der AG Frauen Hamburg

Die Situation der Frau im Gesundheitswesen

Unter diesem Thema wurde vor allem auf die Probleme Abtreibung und Verhütung eingegangen.

Pro-Familia-Beratungsstellen

Die Mitarbeiter(innen) der Pro Familia Bremen stellten ausführlich ihr Konzept eines Beratungszentrums vor. Das Zentrum wurde auf eigene Kosten der Pro Familia Bremen gegründet und erhielt erst hinterher Unterstützung von Senatsseite. Bekannt geworden ist das Zentrum vor allem dadurch, daß dort Beratung und ambulanter Schwangerschaftsabbruch unter einem Dach durchgeführt wurden. Die Pro Familia Bremen verwahrt sich allerdings dagegen, ihr Zentrum als reine „Abtreibungsklinik" anzusehen. Neben Familien- und Verhütungsberatung, Durchführung von Veranstaltungen zur Sexualpädagogik ist bei ihnen der Schwangerschaftsabbruch integriert, da sie meinen, daß der Schwangerschaftsabbruch nicht als rein medizinisches Problem gesehen werden darf und ihn als Teil ihrer Familienpolitik begreifen.

Ausdruck ihres Konzepts ist ebenfalls eine andere Einstellung zur Beratung: Sie bezeichnen die vom Gesetz vorgeschriebene soziale Beratung als „Zwangsberatung", weil sie wissen, daß der größte Teil der Frauen sich vorher schon entschieden hat, kein Kind zu bekommen und die Beratung von anonymen Personen darauf kaum Einfluß hat. Außerdem grenzen sie sich von den Vorstellungen einer sogenannten Konfliktberatung aus evangelischer, katholischer und psychoanalytischer Sicht ab, die davon ausgehen, daß es zu den „natürlichen" Bedürfnissen einer Frau gehört, Kinder zu wollen und ein Schwangerschaftsabbruch auf jeden Fall zu einem Konflikt für die Frau wird.

Über Finanzierung und Zulassung können Beratungsstellen eine Menge Steine in den Weg gelegt werden.

Während die Zulassung für kirchliche Beratungsstellen im Rahmen der Caritas-Aufgaben abgedeckt ist, müssen Pro-Familia-Beratungsstellen ihre Zulassung als offizielle Beratungsstellen genehmigen lassen. In der Bremer Kommission stimmten die Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche gegen die Zulassung der Pro Familia Bremen.

Bis zum Jahresende ist die finanzielle Unterstützung der Pro Familia Bremen durch ein Modellprogramm der Bundesregierung gesichert. Andere Pro-Familia-Stellen (wie z. B. in Rheinland-Pfalz) erhalten überhaupt keine finanzielle Unterstützung und müssen von Spenden leben.

Die finanzielle Unterstützung von Ärzten, die bei Pro Familia arbeiten, hängt von der Anerkennung der Kassenärztlichen Vereinigung ab und wird mit einem Bedarf begründet. In Westberlin soll jetzt den Ärzten der Pro Familia die Teilermächtigung gestrichen werden.

In einer Veranstaltung berichteten Frauen über die **Abtreibungssituation in der BRD und Westberlin.** Die Berichte bestätigten, daß die Praxis des § 218 zunehmend verschärft wird, auch in Städten, die den Ruf einer liberalen Handhabung besitzen.

Erschreckend deutlich wurde die Rolle der Chefärzte am Beispiel zweier Kliniken (der Frauenklinik in Giessen und der Uniklinik Pulsstraße in Westberlin), wo der Wechsel des Chefarztes einen schlagartigen Rückgang der Abtreibungen bewirkte. Aus Hamburg und Westberlin wurden Fälle von Zwangssterilisation berichtet, d.h. die Frauen erhalten nur dann ein Bett, wenn sie der Sterilisation zustimmen. Immer noch wird in den meisten Krankenhäusern hartnäckig an der Ausschabmethode festgehalten, und auch in den Fällen, wo abgesaugt wird, ist nicht nachprüfbar, ob nicht auch nachkürettiert wird. In der Regel müssen Frauen auch das zusätzliche Risiko einer Vollnarkose auf sich nehmen – häufig allein aus Kostengründen, damit Arzt und Krankenhaus mehr Geld kassieren können; Speziell von Belegkliniken wurde berichtet, daß Ärzte dort Narkose anwenden müssen, damit die Klinik mehr Tagessätze abrechnen kann, weil die Frauen mit Narkose längere Liegezeiten haben. Sofern nicht durch die Ausführungsbestimmungen des Landes ambulante Abtreibungen überhaupt verboten sind (wie in Bayern und Baden-Württemberg) und es Ärzte gibt, die sie durchführen, müssen die Frauen 150-500 DM auf den Tisch legen – zusätzlich zum Krankenschein.

Interessant waren auch die Erfahrungen von Frauen, die Beratung machen. So berichtete einerseits eine Frau, die in einer stockkatholischen Gegend bei Pro Famiia arbeitet und dort auch den Druck ständiger Diskriminierung aushalten muß; andererseits berichteten Frauen der Westberliner FZ-Beratungsgruppe, die keine staatliche Zulassung haben und auch nicht wollen, sondern die versuchen, durch Gruppenberatung und Gespräche über Sexualität und Verhütung nicht nur kostenlose Sozialarbeit zu leisten, sondern den Frauen zu vermitteln, wie der § 218 als Herrschaftsinstrument unmittelbar in ihr Leben hineinwirkt.

In der anschließenden Diskussion wurden die Nachteile der meisten Verhütungsmittel besprochen, die Rolle, die die traditionelle Sexualität bei ungewollten Schwangerschaften hat, angesprochen und Ansätze von Alternativen diskutiert. Schon unter heutigen medizinischen und gesetzlichen Bedingungen könnte die Abtreibungssituation für uns Frauen besser aussehen und unsere vordringliche Aufgabe ist sicherlich, uns dafür einzusetzen. Kurzfristig ist es deshalb auch sicherlich richtig, die Forderung der Pro familia nach Notdiensten, die den Frauen die „Pille danach" geben können, zu unterstützen. Langfristig werden wir unserern Kampf gegen den § 218 und für das Selbstbestimmungsrecht überunseren Körper aber verbinden müssen mit dem Kampf für eine andere Sexualität, für ein anderes Verhältnis zu unserem Körper, d. h. für Bedingungen, wo z.B. „natürliche Verhütung" (Temperaturmethode – und Schleimbeobachtung) nicht mehr nur Angelegenheit einer elitären Minderheit sein können. Zu verfolgen sind auch Ansätze von Frauen, die z.B. versuchen, mit Bindegewebsmassage Frühabtreibungen durchzuführen. Wenn wir fragen, warum denn massenhaft von Medizin und Pharmaindustrie an chemischen Verhütungs- und Abtreibungsmitteln geforscht wird, aber andere Ansätze nicht wahrgenommen und verfolgt werden, wird deutlich, wie auch die scheinbar „technische Frage" der Verhütung mit den gesellschaftlichen Bedingungen zusammenhängt.

In einer gesonderten Veranstaltung wurde sehr lebhaft zum Thema **Prostaglandine** diskutiert. Einigkeit bestand darüber, daß die Versuche an Frauen, die fehlende Aufklärung und das Ausnutzen der Notsituation zu verurteilen sind. Differenzen traten dann jedoch auf, ob generell das Verbot von Prostaglandinen vor der 12. Schwangerschaftswoche gefordert werden sollte und Prostaglandinen-Forschung für das Gebiet der Abtreibung völlig überflüssig sei, oder ob die Forschung über den Einsatz von Prostaglandinen zur Weitung des Muttermundes und zur Auslösung der Menstruation (Frühabtreibung) nützlich sei.

In weiteren AG's und Veranstaltungen beschäftigten sich die Teilnehmer(innen) mit den politischen Hintergründen des § 218, indem die historische Entwicklung der Bevölkerungspolitik aufgezeigt wurde; mit den Erfahrungen bei Hausgeburten; mit der Anti-Baby-Pille und den Interessen der Pharma-Industrie an den Frauen. Dabei trat z.B. der Widerspruch auf, daß in der Veranstaltung der Zeitung „Dr. med. Mabuse" genau aufgezeigt wurde, daß die Pille nicht ausreichend erforscht ist und zahlreiche schädliche Nebenwirkungen hat; in einer Veranstaltung des „Komitees für die Rechte der Frau" die Pille nach wie vor als bestes Verhütungsmittel propagiert wurde.

Insgesamt bestand schon beinah ein Überangebot an Informationen. Demgegnüber fehlten – zumindest für diesen Bereich – völlig die Berichte von Aktionen, Initiativen vom Widerstand. Die günstige Gelegenheit, die der Gesundheitstag bot, auch für Absprachen und den Erfahrungsaustausch der Aktiven genutzt zu werden, wurde leider nicht wahrgenommen.

Zwei Genossinnen aus Westberlin



Klinikgeburt? — Hausgeburt!

Zu diesem Thema wurden zwei Arbeitsgruppen angeboten, eine von Dr. Hegenscheidt, einem Bremer Gynäkologen, der seit 1978 in Bremen und Umgebung ca. 80 Hausgeburten durchgeführt hat, die zweite von Westberliner Hebammen und Müttern, die Hausgeburten gemacht haben.

Der Andrang war außergewöhnlich groß (bei der zweiten AG füllte sich ein Hörsaal mit ca. 500 Leuten!), einen großen Anteil stellten künftige Mütter und Väter.

Während Dr. Hegenscheidt mehr durch äußere Umstände auf die Idee gebracht wurde, Hausgeburten durchzuführen (er arbeitet in einer anthroposophisch orientierten Gemeinde), resultierte der Entschluß der Hebammen aus ihren praktischen Erfahrungen mit Klinikgeburten (von einer auch als ,,Fließbandgeburten'' bezeichnet) und ihrer eigenen machtlosen Stellung im Krankenhaus. Z.B. mußte eine Hebamme sich in ihrer 6-jährigen Krankenhaustätigkeit regelmäßig vorm Direktorium dafür verantworten, daß sie Frauen darüber aufgeklärt hat, daß eine künstliche Geburtseinleitung bei Gesundheit von Mutter und Kind völlig unnötig sei. Ihre Versuch, das Kind nach der Geburt an die Brust der Mutter anzulegen, wurde von Ärzten mit den Worten ,,was soll denn diese Gefühlsduselei'' unterbunden. Das mag als Kostprobe reichen.



Wie groß der Unterschieu zwischen einer Klinik- und einer Hausgeburt empfunden wird, berichtete eine Mutter, die beides erlebt hat. Vollgepumpt mit Schmerz- und Betäubungsmitteln war sie bei der Geburt ihres ersten Kindes völlig überrascht, dieses plötzlich neben sich liegen zu sehen, denn sie hatte von einer Geburt n i c h t s gemerkt. Das Erlebnis, ein Kind geboren zu haben, wird den Frauen im Krankenhaus genommen. Dazu kommt die psychische Belastung, plötzlich als ,,Kranke'' behandelt zu werden, die passiv daliegen muß,
werden, die passiv daliegen muß,
während Maschinen und Ärzte das Kind gebären. Dagegen ist eine Hausgeburt allein Sache der Frau; sie bestimmt, ob sie liegt, steht, hockt, badet usw., und alle anderen richten sich nach ihren Bedürfnissen. Wie positiv ein solches Vorgehen sich auf die Geburt auswirkt, berichteten eine Hebamme und eine Ärztin aus dem Kreiskrankenhaus Dachau (bei München): Sie kommen gänzlich o h n e Schmerzmittel aus. In einer bestimmten Phase, in der die meisten Frauen nach Schmerzmitteln verlangen, obwohl sie dieses vorher ablehnten, unterstützen die Hebammen sie durch Massagen und machen ihr Mut, so daß alle Frauen diese 10 - 15minütige Phase ohne Schmerzmittel überwinden. Sie fordern die Frauen auf, jede Hemmung, jedes Nachdenken zu überwinden, zu schreien, so laut wie sie wollen, damit die Frau sich völlig nach ihrem Körper richten kann. Ist dieses Ziel erreicht, verläuft eine Geburt wie von selbst.

Keine Frau hat je wieder nach Schmerzmitteln verlangt. Da Hebammen und Ärztinnen sich in allem nach den Frauen richten, lernten sie ganz andere Geburtspraktiken kennen: 80 % der Frauen entbinden in der Hocke, keine von ihnen preßt, sondern alle atmen normal weiter... Auch der ,,obligatorische'' Dammschnitt wird hier abgelehnt, weil er schlichtweg nicht gebraucht wird.

Frau wird sich fragen, wie das in einer Klinik (!) möglich ist? Der Umstand, daß frau in diesem Krankenhaus ambulante (d.h. ohne Zwang zum anschließenden Krankenhausaufenthalt), sanfte Geburten machen kann, ist ein paar beherzten Hebammen und Ärztinnen zu verdanken, die den Urlaub ihres Chefarztes dazu nutzten, den Kreißsaal auszuräumen und nur ein Doppelbett hineinzustellen, und die das Glück hatten, auf einen aufgeschlossenen Chef zu stoßen. Ein Beispiel, das ruhig Schule machen könnte.

,,Argumente'', mit denen die Schulmediziner und Technikfans versuchen, Hausgeburten als verantwortungslose, mittelalterliche Praktiken abzutun, wurden anhand praktischer Erfahrungen für mich sehr überzeugend entkräftet. Da wären die gefürchteten K o m p l i k a t i o n e n — schenkt frau einem Gynäkologiebuch Glauben, sind diese bald häufiger als normale Geburten. Doch weder Dr. Hegenscheidt noch die Hebammen wußten von irgendwelchen Komplikationen, die unerwartet während der Geburt auftreten sollen, zu berichten. Für Dr. Hegenscheidt sind solche Komplikationen Ausdruck von oberflächlichen Vorsorgeuntersuchungen durch Ärzte, denn etwaige Komplikationen sind bereits am Schwangerschaftsverlauf ablesbar. Bei unnormalem Schwangerschaftsverlauf führen er und die Hebammen keine Hausgeburt durch. Es ist auch gar nicht anders zu erwarten, daß bei Hausgeburten unerwartete Komplikationen auftreten, weil diese zumeist erst durch die Eingriffe mit Medikamenten, Wehentropf, unnatürliche Rückenlage der Frau — damit der Arzt es mit seinem überflüssigen Schnitt leichter hat — uvm. in der Klinik bei der ,,Fließbandgeburt'' verursacht werden.

Ich glaube, nicht nur ich ging mit dem Gefühl nach Hause, ,,wenn's irgend geht bloß, nicht ins Krankenhaus''.

Leider sind solche Errungenschaften wie in Dachau oder solche Möglichkeiten wie in Bremen (3 Ärzte und 3 Hebammen machen Hausgeburten) heute eine Ausnahme und werden
3 Hebammen machen Hausgeburten) heute eine Ausnahme und werden
durch das neue Hebammengesetz weiter abgebaut. Da eine Hebamme für eine Hausgeburt plus 10 Tage Wochenbettbetreuung ganze 293,- DM brutto bekommt (das sind ein Zehntel der Kosten, die die Krankenhäuser berechnen), ist sie auf eine feste Anstellung bei einer Gemeinde mit garantiertem Mindestlohn angewiesen. In Westberlin erhielten die Amtsärzte vom Senat eine Empfehlung, keine Niederlassungen mehr zuzulassen. Das Hebammengesetz versucht, die Hinzuziehungspflicht einer Hebamme bei Geburten abzuschaffen. So soll frau auf kaltem Wege in Zukunft zur Klinikgeburt gezwungen werden!

Zum Schluß noch ein Tip, der diesmal unverheirateten Frauen Vorteile verschafft: Krankenkassen sind verpflichtet, für die Wochenbettzeit Haushaltshilfen (zwischen 8—10 DM pro Stunde) zu bezahlen.

»Bettgeflüster« mit 800 Leuten

Während des Gesundheitstages fand eine Veranstaltung statt mit dem Titel *,,Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine''*. Auf dem Podium saßen Frauen vom Feministischen Frauen-Gesundheitszentrum, von Pro Familia, von einer Lesbengruppe, § 218-Gruppe, Ingeborg Drewitz u. a. Marie-Luise Janssen Jurreit und Luc Jochimsen waren nicht gekommen.

Zu Beginn war der Hörsaal knakkevoll mit ca. 800 Frauen u n d Männern. Die Veranstalterinnen waren sehr souverän und gestatteten den Männern die Anwesenheit, aber nicht das Rederecht, wenn es um u n s e r e Sexualität geht. So ein heikles Thema fällt ja schon unter so einer Riesenmenge Frauen schwer und erst recht, wenn Männer dabei sind. Einer konnte sich gar nicht wieder beruhigen und schrie ob des Redeverbots ständig: ,,Faschismus, das ist Faschismus''! bis sich endlich ein anderer Mann auf ihn stürzte (sinngemäß) und zurückbrüllte, er solle lieber verschwinden. Und noch einer fühlte sich auf den Schlips getreten, riß einer Frau, die gerade sprach, das Mikro weg und forderte alle Männer auf, die ,,sich auf den Schwanz oder sonstwo hingetreten fühlen'', ihm zu folgen und den Saal demonstrativ zu verlassen. Ein Mann schloß sich an, alle anderen blieben lieber sitzen. Gelächter und Gepfeife. Mein Nachbar bemerkte, es sei schon sehr hart, wenn man nichts sagen dürfe. Daß sie das nicht mal drei Stunden lang aushalten können!

Im späteren Verlauf des Abends ergriff nochmal ein Mann das Mikro, dessen schriftlicher Beitrag nicht vorgelesen wurde. Eine Frau nahm es ihm weg, worauf der Hausmeister mit hochrotem Kopf zum Podium stürzte, sich über Mißbrauch der Technik beklagte und das Mikro abstellen wollte, wenn Männer hier nicht reden dürfen. Der Mann verzichtete auf seinen Beitrag, die Diskussion ging weiter, eine Diskussion, in der es noch oft genug um die lieben Männchen ging!

Die Veranstalterinnen stellten die Diskussionsthesen vor:

1. ,,Die Gleichsetzung von Lust und Fortpflanzung ist für Frauen nicht naturgegeben, sondern ‚natürlich' männlich: In der männlichen Sexualität sind Zeugung und Lust immer eine Einheit. Für Frauen ist diese Einheit nicht zwingend. Wir haben eine Klitoris und eine Vagina.

2. Erst durch die uns aufgezwungene Gleichsetzung von Lust und Fortpflanzung werden Verhütungsmittel notwendig.

3. Eine ungewollte Schwangerschaft ist Ausdruck sexueller Gewalt in einer Liebesbeziehung. Ein Schwangerschaftsabbruch ist für die Frau nur die gewaltsame Wiederherstellung ihrer Ausgangssituation. Die Verweigerung des Schwangerschaftsabbruchs ist nur die öffentliche Form der herrschenden Sexualität.''

Kurzum, Frauen:
Hört auf mit der schwangermachenden Sexualität, raus mit dem Schwanz! Na, das ist eine Provokation!

Verhaltenes Klatschen von den Frauen, lange Gesichter bei den Männern. Keine Frau traute sich so recht ans Mikro zu gehen. Die Frau von Pro Familia sprang erst mal ein und berichtete aus ihrer Praxis. Es kommen viele Ausländerinnen zu ihr in die Beratung und die fragt sie immer auch, wenn es um Sexualität geht, ob sie Spaß im Bett haben. Diese Frage sei oft ein Funken in ein Pulverfaß, die Frauen würden explodieren von dem Bedürfnis über ihre Misere zu reden, da sie sonst niemanden haben und das Thema Sexualität in südlichen Ländern noch viel mehr tabuisiert ist als bei uns.

Es gab Frauen, die sich von der provokativen Forderung angegriffen fühlten, da sie sich die Art der Sexualität nicht vorschreiben lassen wollen und es gern haben, wenn sie einen Schwanz in ihrer Vagina fühlen. Diese Abgrenzerei ging aber ziemlich am eigentlichen Problem vorbei, das die Veranstalterinnen aufgreifen wollten. Sie gehen von der Tatsache aus, daß die ,,normale'', die männliche Art des sogenannten Geschlechtsaktes — Vorspiel, Schwanzrein, Bewegung, Action, Turnerei, aus, vorbei — eben nicht die Befriedigung für die große Mehrheit der Frauen bedeutet. Das Märchen vom freudschen reifen vaginalen Orgasmus stand gar nicht erst zur Debatte.

Die Veranstalterinnen wollten deutlich machen, wenn frau die schwangermachende Sexualität mal läßt, daß dann eher die Möglichkeit besteht, andere Formen von Zärtlichkeit und Sexualität zu entwickeln, die für Frauen nicht Gewalt bedeuten, nicht schreckliche Verhütungsmittel oder die Gefahr von ungewollter Schwangerschaft, Angst vor Abtreibung usw.

Wo Angst regiert, kann sich keine Lust entwickeln und Entspannung breit machen!

Die Frauen berichteten davon, wie schwer es ihnen fiel und fällt, mit ihren Freunden darüber zu reden oder ,,einfach'' das Herkömmliche nicht mehr mitzumachen, da es dann zu großen Konflikten in der Freundschaft kommen kann. Frau möchte gern mit dem Mann etwas verändern und hat Angst davor, da es ja für den Mann leichter ist, sich eine neue Frau zu suchen, die so bumst, wie er das will, anstatt daß er sich verändert und vielleicht auch mal darüber nachdenkt, was ihm bisher an sexuellen Lustgefühlen verborgen geblieben sein könnte.

Frauen erzählten, daß sie aus Angst, den Typ zu verlieren, die tollkühnsten Unternehmungen im Bett mitgemacht haben, und auch an den für sie gefährlichen Tagen Schwangerschaft in Kauf genommen haben. Aus einigen Frauen sprach Resignation und Aggression, da es so wenige, gutmütige, entwicklungsfähige Männer auf dieser Welt gäbe. Eine Frau bekannte öffentlich, daß sie die Finger von den Typen läßt und froh ist, daß sie Frauen liebt.

Eine andere hat Begeisterungsstürme im weiblichen Publikum hervorgerufen. Sie erzählte über ihre Erfahrungen. Bevor sie mit'nem Typ in die Kiste steige, würde sie erstmal abchecken, ob er überhaupt weiß, daß sie eine Klitoris hat, ob er überhaupt weiß, daß es für eine Frau uninteressant ist, wenn er stolz eine Stunde mit einem steifen Schwanz im Bett rumsitze. Und sie würde abchecken, ob er sehr auf seinen Schwanz fixiert ist und unbedingt bei ihr rein will. Trotz ,,Checkliste'' hat sie noch nicht viele Männer kennengelernt, mit denen es wirklich Spaß macht.

Tosender Beifall!

Ich glaube, daß viele Männer sehr erschreckt waren, was sie unter eisiger Miene oder einem abfälligen Grinsen verbergen mußten. Es ist gut, daß die Männer zuhören konnten.

Es ist gut, daß endlich öffentlich über die sexuellen und erotischen Wünsche von Frauen gesprochen werden kann. Da gibt es noch viel zu sagen!

Eine Genossin der AG Frauen Hamburg

Demonstration gegen »Behinderten-Urteil«



Über 3000 Behinderte und "Nichtbehinderte" aus der ganzen Bundesrepublik demonstrierten am 8.Mai gegen das "Schandurteil von Frankfurt".

Am 25.2.80 hatte das Frankfurter Landgericht einer Urlauberin, die sich durch die Anwesenheit einer schwedischen Behindertengruppe in ihrem Urlaub gestört gefühlt hatte, einen erheblichen Nachlaß vom Reisepreis zugestanden. In der Urteilsbegründung wurde festgestellt, daß *"eine Gruppe von Schwerbehinderten bei empfindsamen Menschen eine Beeinträchtigung des Urlaubsgenusses darstellt"* (siehe AK 176).

Mit Flugblättern, Transparenten, Schildern und Parolen artikulierten die Behindeten ihre Empörung und ihre Wut über dieses Urteil: *"Frankfurter Urteil - Rückfall ins 3.Reich?!"* oder *" Unser Urteil: Ein Jahr Rollstuhl für den Richter"* oder *" Heute sind die Rollstuhlfahrer, morgen sind's die Glatzenträger"* . **Manche Behinderte trugen gelbe Davidssterne mit Rollstuhlsymbol.**

Zu der Demonstration war auch Per Olov Kallmann. Direktor der schwedischen Behindertengruppe, deren Mitglieder für die angebliche Urlaubsbeeinträchtigung verantwortlich gemacht worden waren, nach Frankfurt gekommen. Er schilderte, daß man in Schweden mit Ungläubigkeit und Empörung von diesem Urteil gehört hätte und forderte, das Urteil für ungültig zu erklären. Die Schweden wollen in ihrem Land eine Unterschriftensammlung gegen die richterliche Entscheidung starten.

Sprecher der Behindertengruppe forderten den hessischen Justizminister auf, sich für die Richter bei den Behinderten zu entschuldigen und sie ihres Amtes zu entheben. Sie erklärten, nach der Denkweise, Behinderte beeinträchtigen den Urlaubsgenuß von "Nichtbehinderten", könnten andere behaupten , Behinderte störten in Kaufhäusern die Konsumbereitschaft und in Betrieben die Leistungsfähigkeit. Es sei schon keine Seltenheit mehr, daß Bürger klagen, die Nachbarschaft von Behinderten mindere den Wert ihrer Grundstücke.

Weiter forderten sie die völlige gesellschaftliche Integration, die Abschaffung von Isolierung in Spezialkliniken und Heimen und betonten, daß die Behinderten sich in ihren Bedürfnissen in keiner Weise von den sogenannten Normalen unterscheiden. Die Demonstration sei ein Beweis dafür, daß Behinderte für ihre Rechte eintreten könnten, wie jede andere Gruppe der Gesellschaft auch.

KB/Gruppe Frankfurt

Behinderte

Aktivitäten des Kollegenkreises Alsterdorf

War es erfreulich, daß zum Thema „Elend der herrschenden Psychatrie" dem Besucher ein relativ umfangreiches Programm angeboten wurde (großer Star: Franco Basaglia von den italienischen Reform-Psychiatern) – auf dem Sektor „geistig Behinderte in Großeinrichtungen" tat sich erschreckend wenig. So blieb es dem „**Kollegenkreis Alsterdorfer Anstalten**" aus Hamburg allein überlassen, zu dieser Thematik einen Büchertisch, eine Wandzeitung und eine Fotowand mit Bildern aus dem Anstaltsalltag zu organisieren. Erfreulicherweise muß aber gesagt werden, daß die Alsterdorfer Kolleg/inn/en hiermit sehr erfolgreich dastanden: Die Fotowand fand sehr viele Betrachter und der Broschürenverkauf „lief".

Der Kollegenkreis Alsterdorf beteiligte sich auch an zwei Veranstaltungen „**Anstalten als Gesundheitsrisiko**", die von Kolleg/inn/en aus einer Anstalt in Neu-Eckernrode (bei Braunschweig) organisiert wurden. Mageres Resümee: Am Ende der zweiten Versammlung beschlossen die 21 (!) Besucher in Zukunft verstärkt im „Arbeitskreis geistig Behinderte" der „Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie" mitzuarbeiten.

Es bleibt zu hoffen, daß die vorgeschlagene Großdemonstration im Oktober („Auflösung der Großeinrichtungen für Behinderte und Psychisch-Kranke") unter den Kollegen solcher Großeinrichtungen ein breiteres Echo auslösen wird, als es der Gesundheitstag tat. Zur Vorbereitung und Beteiligung an dieser Demonstration sei bereits von dieser Stelle her herzlich aufgefordert!

Martin, Behindertenkommission

Pille — Nein danke!?

Unter dem Titel „Die Anti-Baby-Pille“ stellte eine Arbeitsgruppe der Redaktion des „Dr. med. Mabuse“ (fortschrittliche Mediziner-Zeitung) ihre Arbeitsergebnisse zu o. g. Thema vor, insbesondere zur Frage der Gesundheitsschädlichkeit der Pille.

Trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, darüber Aussagen machen zu können — es gibt so gut wie keine Untersuchungen und Langzeitstudien —, können folgende schädlichen Folgen der Pille mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden:

— Frauen, die die Pille nehmen, haben ein 3 - 4 mal höheres Risiko, Thrombosen zu bekommen als Frauen ohne Pille. Nach einer bestimmten Zeitspanne, in der die Pille genommen wird, entstehen Schäden an Gefäßwänden (die dann Ursachen für Thrombosen sein können), die trotz Absetzen der Pille nicht wieder rückgängig zu machen sind. Durch das erhöhte Thromboserisiko steigt ebenfalls das Risiko, einen Herzinfarkt oder Hirnschlag zu bekommen, an. Von 5.000 Frauen, die die Pille nehmen, stirbt eine am Herzinfarkt (nach einer englischen Studie an 46.000 Frauen von 1968 - 77).

— Obwohl Fa. Schering (Pillenhersteller) behauptet, es gäbe keine Anzeichen dafür, daß die Pille Krebs erzeuge, ist bei Frauen, die die Pille nehmen, eine gestiegene Rate an Gebärmuttermundkrebs festgestellt worden (z.B. in der dritten Welt). Ein weiteres Indiz dafür ist das Verbot zweier Pillenpräparate mit einer bestimmten Wirkstoffzusammensetzung, bei denen krebserzeugende Wirkung festgesetellt wurde.

— Und schließlich die psychischen Auswirkungen (Depressionen).

(Die detaillierten Daten und Quellen werden von der Mabuse-AG in einem Referat zusammengestellt und können bei der Kieler Kontaktadresse:
Zastrowstr. 38, 2300 Kiel
bestellt werden).

Bereits während der Referent seine Ergebnisse vortrug, wurden immer wieder Stimmen — auch von Frauen — laut, die seine Ausführungen als „übertrieben“ und „Schwarzmalerei“ bezeichneten. Z.B. argumentierte eine Frau mit dem schon in Mediziner-Lernzielkatalogen festgelegten „Nutten“-Krebs: Frauen, die häufig schon in jungen Jahren und mit wechselnden Partnern Geschlechtsverkehr hatten (= Nutten!) erkranken viel häufiger an Gebärmuttermundkrebs als Frauen, die keinen Geschlechtsverkehr haben (= Nonnen). Da Frauen, die die Pille nehmen, auch häufiger Geschlechtsverkehr haben, könne die festgestellte erhöhte Rate an Gebärmuttermundkrebs nicht auf die Pille zurückgeführt werden. Ihrer Meinung nach sollten wir lieber die nach männlichen Bedürfnissen ausgerichtete Sexualität, die der Frau eine für sie unnatürliche Einheit von Sexualität und Fortpflanzung aufzwinge, infrage stellen.

Diese Herangehensweise wurde von anderer Seite, besonders praktizierenden Gynäkologen, als zwar langfristig mögliches Ziel, aber ansonsten völlig realitätsfern gekennzeichnet. Ein Gynäkologe schilderte, wie ihm trotz Ablehnung der Pille einfach keine andere Wahl bleibt, als immer wieder auf dieses Verhütungsmittel zurückzugreifen: Wenn Mädchen, die gerade einen Freund haben und ab s o f o r t ein Verhütungsmittel brauchen, zu ihm in die Praxis kommen, kann er ihnen weder großartig etwas von alternativen Formen der Sexualität erzählen, noch sie dazu auffordern, erstmal mindestens einen Monat lang Basaltemperatur zu messen, ohne sie damit einer ungewollten Schwangerschaft und gesundheitsschädlichen Abtreibung auszusetzen.

Das Problem liegt einfach in fehlenden Alternativen. Einig waren sich alle darin, frau und mann ein besseres Wissen über die Vorgänge im Körper der Frau zu vermitteln und sie zu befähigen, selbstständig z.B. mit der Basaltemperaturmethode umzugehen.

Strittig wurde es allerdings wiederum bei der Forderung, daß vor allem die Männer Verhütung mindestens zur Hälfte als i h r Problem begreifen müssen und für sie das Benutzen eines Kondoms oder eine Sterilisation ebenso selbstverständlich wird wie die Pille, Spirale, Pessare, Cremes etc. für die Frau.

Ein Mann lehnte jegliche „Selbstverstümmelung“ (damit meint er die Sterilisation) in Zusammenhang mit Sexualität ab und hält die Sterilisation des Mannes wegen „erhöhter Hodenkrebsgefahr“ selbst dann für keine Alternative, wenn Samenbänke zur Deponierung des Spermas für späteren Kinderwunsch zur Verfügung ständen. Da macht sich halt doch bemerkbar, daß man(n) eben n i c h t schwanger wird.

Zur Diskussion über die Freigabe von Hanf

„Legalize it“?

Seit einem Jahr wird nun auch in der BRD wieder einmal die Frage diskutiert, den Konsum von Hanf (Cannabis - Marihuana und Haschisch) zu entkriminalisieren. Diesmal jedoch wird die Forderung organisierter als vor zehn Jahren vorgebracht, als schon einmal eine breite Debatte darüber in der Öffentlichkeit stattfand.

Von Westberlin ausgehend hat sich bundesweit nach amerikanischem Vorbild die „Deutsche Cannabis-Reformgesellschaft InHaLe“ (Initiative Haschisch Legal) gegründet, die „TAZ“ räumt dieser Forderung breiten Raum ein, die Judos fordern die Legalisierung der Droge, die Jusos lediglich Straffreiheit, und in Hamburg beispielsweise fanden in der letzten Zeit zwei Demonstrationen für die Freigabe statt.

Entkriminalisierung bedeutet, daß der Umgang mit Hanf nicht mehr bestraft wird; Legalisierung heißt darüber hinaus, Hanf vollständig freizugeben und (steuer-)rechtlich mit den legalen Drogen wie Alkohol und Nikotin gleichzustellen.

Viele Linke stehen der „Legalize it“-Diskussion mit gemischten Gefühlen gegenüber: einerseits werden die Drogengesetze und -programme der Regierung aus gutem Grund abgelehnt; andererseits erscheint es auch bei einem eventuellen eigenen Hanfkonsum einigermaßen absurd, sich derzeit ausgerechnet für die Freigabe eines Rauschmittels einzusetzen. Doch das Hanfverbot hat längst die Ebene einer individuell zu beantwortenden Frage verlassen, es ist ein zentraler Bestandteil der umfassenden staatlichen Rauschgiftpropaganda und Anlaß für eine Vielzahl praktischer Schritte polizeistaatlicher Strategien geworden.

Das Schutzgut „Volksgesundheit“

Das Hanfverbot ist durch internationale und nationale Abkommen bzw. Gesetze geregelt. In der „Single Convention Treaty“ der Vereinten Nationen von 1961 wird Hanf unter die gefährlichen Drogen eingereiht und im internationalen Übereinkommen über psychotrope Stoffe von 1972 zu den „nicht verkehrsfähigen“ Stoffen gerechnet. Ausnahmen gelten lediglich für einige asiatische Länder, in denen Hanf in verschiedener Form zu medizinischen Zwecken verwendet wird. Die BRD gehört zu den Mitunterzeichnern dieser Abkommen und hat die genaue strafrechtliche Fassung im Betäubungsmittelgesetz (BTM-G) von 1972 bzw. in der aktuellen Vorlage eines neuen BTM-G niedergelegt.

In einer „Information“ des Bundesgesundheitsministeriums vom 24. März 1980 heißt es: *„Zwar sind Haschisch und Marihuana Drogen, die nach wissenschaftlicher Erkenntnis nicht zwangsläufig zu körperli-* *die nach wissenschaftlicher Erkenntnis nicht zwangsläufig zu körperli-* *cher Abhängigkeit führen. Sicher ist aber auch, daß sie häufig psychisch abhängig machen und gesundheitliche Schäden nicht ausgeschlossen werden können. Zwar liegen noch keine gesicherten Langzeituntersuchungen vor“*, doch *„es gibt eine Verdachtsliste (!) von gesundheitlichen Schädigungen, die von der Veränderung der Wahrnehmung und des Denkens (!), von Sinnestäuschungen über vermindertes Reaktionsvermögen, reduzierte Spermienproduktion bis hin zu Hirnschädigungen und Psychosen reicht. ...Erbanlagen im Zellkern können irreversibel, das Abwehrsystem und die Immunitätsreaktionen beträchtlich geschädigt werden; Marihuana kann zeitweilig sogar impotent und unfruchtbar machen“*. Nach Auffassung des Ministerium's ist Hanf also ein geradezu teuflisches Gift, das zwar „nicht zwangsläufig zu körperlicher Abhängigkeit“ führt, ansonsten aber schwerste köperliche, geistige und psychische Schäden nach sich zieht. Ein Blick auf die medizinischen Gutachten läßt daran Zweifel aufkommen.

Bis 1968 gab es drei große staatliche Untersuchungen aus Indien, New York und Großbritannien, die übereinstimmend zu dem Schluß kamen, daß **„auch der gewohnheitsmäßige Konsum von Cannabis, solange Exzesse vermieden werden, keine schädlichen Wirkungen hat“** (brit. Cannabis-Report, 1968). Erst nachdem in den Vereinigten Staaten der Hanfkonsum wieder weit verbreitet war, wurde eine Serie von Gutachten in Auftrag gegeben. Diejenigen mit dem zweifelhaftesten wissenschaftlichen Wert formulierten die oben aufgeführte V e r d a c h t s liste; eine kleinere Anzahl Gutachten kam zu den Ergebnissen, die auch schon die klassischen Untersuchungen vorgelegt hatten. Doch auch diese geben Anlaß zu kritischer Überprüfung, denn natürlich zeigt j e d e Droge auf Dauer Auswirkungen auf den Organismus (z.B. Alkohol und Nikotin!). Insofern sind a l l e Untersuchungen längst als ideologisch abgeflogen zu betrachten, da sie entweder die völlige Unschädlichkeit bei **maßvollem Dauerkonsum** zu beweisen trachten oder schwerste Schädigungen bei **chronischem Mißbrauch** vermuten. Es stehen also auch weiterhin exakte Ergebnisse über den Grad der Schädlichkeit bei maßvollem Dauerkonsum aus. So bleiben vorerst nur die Aussagen berechtigt, daß das Kraut berauschende Wirkung hat (was ja wohl auch der Anlaß der Untersuchungen war), mit Sicherheit nicht körperlich abhängig macht und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch bei langjährigem Gebrauch nur geringe toxische (giftige) Wirkungen hat.

Der Gesetzgeber stützt sich auf die „Verdachtsliste“ und kommt unter zuhilfenahme eines Nazi-Begriffes zu der Behauptung daß der Hanfanbau zuhilfenahme eines Nazi-Begriffes zu der Behauptung, daß der Hanfanbau und -handel ein **„besonders gefährlicher und verabscheuungswürdiger Angriff auf das Schutzgut ‚Volksgesundheit‘“** sei (Begr. §29, Abs.1). Bei dieser Argumentation ist es nur konsequent zu behaupten, daß *„eine Unterscheidung zwischen sog. ‚harten‘ und ‚weichen‘ Drogen sich seit 1972 nicht als vertretbar und erforderlich erwisen habe ... Zumindest kann die Unschädlichkeit nicht nachgewiesen werden“* (lt. Begründung zur BTM-G Vorlage). Erstmalig wird hier in einem bundesdeutschen Gesetz der **Nachweis der Unschädlichkeit** verlangt; als Grundlage dient dafür die äußerst fragwürdige „Verdachtsliste“. Bei Gesetzen, die das Verbot anderer Substanzen regeln — also beispielsweise bei Medikamenten oder dem Atomprogramm — wird dagegen der **Nachweis der Schädlichkeit** verlangt bzw. es werden großzügige „Toleranzgrenzen“ eingeräumt. Medikamente beispielsweise benötigen zur Zulassung nur den Nachweis der Wirksamkeit; evtl. Nebenwirkungen müssen dazu „in einem angemessenen Verhältnis“ stehen. Ein Krebsmittel darf als Nebenwirkung also Haarausfall nach sich ziehen, ein Zahnschmerzmittel dagegen nicht. Im gleichen Gesetz findet der Maßstab, nach dem Hanf verboten bleibt, keine Anwendung auf die Produkte der Pharmaindustrie: für Betäubungsmittel, die erst im neuen Gesetz als solche aufgeführt werden, wird den Konzernen eine bis zu drei Monate dauernde Schonfrist eingeräumt, in der diese Stoffe weiterhin abgegeben werden dürfen. Auf Antrag wird diese Frist bis zur endgültigen Ablehnung verlängert (§33 u. Begr.). Die IG-Farben-Nachfolger erhalten damit die Gelegenheit, ihre Bestände an inzwischen unter das Gesetz fallenden Betäubungsmitteln zu verdealen, bevor sie verschreibungspflichtig oder nicht mehr verkäuflich werden.

Die „Umstiegsdroge“ Hanf

Zu den am hartnäckigsten strapazierten Argumenten der Hanf-Gegner gehört auch der Hinweis auf die angebliche Schrittmacherfunktion des Hanfes als Einstiegs- bzw. Umstiegsdroge für Opiate. Der Gesetzentwurf nennt es *„Hinweis auf die mögliche Schrittmacherfunktion als sogenannte ‚Einstiegsdroge‘ “*. Wahr ist daran, daß selbstverständlich neben Alkohol, Tabletten und Schnüffelstoffen (Pattex u.ä.) auch Hanf häufig zu den konsumierten Drogen vor der Entwicklung einer Opiatsucht gehört. Der Umkehrschluß, daß Hanfkonsum zu einer Heroin-Sucht führe, ist dagegen völlig unlogisch. Diesem Argument stehen auch der BKA-Jahresbericht sowie Verlautbarungen des Gesundheitsministeriums entgegen, in denen es heißt, daß Hanf als Einstiegs- bzw. Umstiegsdroge zunehmend an Bedeutung verlie- daß Hanf als Einstiegs- bzw. Umstiegsdroge zunehmend an Bedeutung verlie- re, da *„immer mehr Jugendliche direkt mit Opiaten ihre Drogenkarriere beginnen“*. Ein Umsteigen durch eine Droge a n s i c h gibt es nicht; die Entwicklung einer Sucht ist überwiegend immer noch durch die soziale Lage des einzelnen bedingt.

Zu einem gewissen Teil hat sich aber die verlogene offizielle Argumentation auf tödliche Weise bewahrheitet: sie bewirkte bei vielen Kiffern eine generelle Ungläubigkeit gegenüber den angeblichen Auswirkungen tatsächlicher Suchtdrogen; dieser Irrtum hat das Umsteigen häufig zusätzlich begünstigt und sich dann schrecklich gerächt: Wer glaubte schon noch den Warnungen vor Heroin, wenn sich die vor Hanf nicht bestätigt hatten? Außerdem hat es durch die vom Gesetz

Fortsetzung nächste Seite

Widerstand am Krankenhaus

Mit ca. 800-1000 Teilnehmern war die Veranstaltung des Arbeitsbereiches Gesundheitswesen der Alternativen Liste Westberlin sehr gut besucht. Über 50% der Anwesenden kamen aus dem Pflegebereich. Zwei einleitende Referate gaben einen kurzen Überblick über die Aktionen der Beschäftigten im Westberliner Gesundheitswesen in den letzten Jahren und den erfolgreich abgeschlossenen Spritzenstreik am Krankenhaus Neukölln in diesem Jahr. Dann berichteten Schwestern und Pfleger aus verschiedenen Krankenhäusern der BRD und Westberlins über erfolgreiche Widerstandsaktionen. Hierzu zählt neben dem Spritzenstreik in Westberlin und Hamburg insbesondere der Versuch, eine bessere Betreuung der Patienten durchzusetzen, so z.B. die unmöglichen, nächtlichen Patientenwaschzeiten auf den Tag zu legen und die Verhinderung der gröbsten Kunstfehler von unerfahrenen und arroganten Ärzten. Dies ist allerdings durch vielfältige und früh einsetzende Repressionen der Ärtzeschaft und Krankenhausleitungen (auch gegenüber Ärzten) mit großen Schwierigkeiten verbünden. Die geschilderten Fälle kamen alle aus dem Pflegebereich und es entstand teilweise eine gedämpft antiärztliche Stimung.

Deutlich wurde aber trotzdem, daß nur ein gemeinsames Vorgehen Aussicht auf Erfolg hat.

Einen wesentlichen Teil der Diskussion nahm die Frage nach den Ursachen der besonderen Belastungen und der Resignation in den Pflegeberufen ein. Genannt wurden das Fehlen eines abgegrenzten Berufsbildes und die Übernahme berufsfremder Arbeiten insbesondere von Ärzten aber auch in der Verwaltung. Dadurch käme die eigentliche pflegerische Aufgabe zu kurz. Trotz Aufgabenfülle herrsche aber keine Gleichberechtigung zwischen Pflegekräften und Ärzten. Aus allem resultiere ein mangelndes Selbstbewußtsein, daß in die Resignation führe. Leider entstand am Schluß der Veranstaltung der Eindruck, als ob mit der Schaffung eines Berufsbildes und Zurückweisung ärztlicher Aufgaben die Misere der Pflegeberufe weitgehend behoben sei. Die zum Schluß gebildete Arbeitsgruppe für ein Berufsbild Pflegekraft ist sicher ein wichtiger Schritt zur Schaffung eines gesteigerten Selbstbewußtseins. Wenn sich das neugewonnene Bewußtsein aber primär darauf richtet, gegen die Ärzte und andere Berufsgruppen im Krankenhaus eine gleichgewichtige Position zu erkämpfen, wird nicht viel gewonnen sein. Richtig ist, daß eine Gleichberechtigung der verschiedenen Gesundheitsberufe vorhanden sein muß, wenn sich die Misere unseres Gesundheitssystems ändern soll. Die entscheidende Auseinandersetzung muß aber mit allen Gruppen gemeinsam gegen das Gesundheits(un)wesen als Ganzes geführt werden. Die Erörterung dieses Gesichtspunktes fand nur angedeutet statt.

Ganz unterschiedlich wurde die Gewerkschaftsfrage dargestellt. Während etliche ihrem Unmut über die schlechten Erfahrungen mit den Gewerkschaftsfürsten Luft machten und sich z.T. auch aus der aktiven gewerkschaftlichen Arbeit zurückgezogen haben, hoben andere wiederum ziemlich allgemein die Bedeutung und Rolle der Gewerkschaften im Kampf um Verbesserungen hervor.

Die große Zahl der Veranstaltungsteilnehmer und die Fülle der Aktionen aus allen Teilen der BRD war überraschend erfreulich. Für die Zukunft ist in diesem Bereich wohl noch einiges zu erwarten, vor allem, wenn ein Informationsaustausch und eine Koordination aufgebaut wird.

Ein Genosse der Gesundheitszelle in Hamburg

Hamburg

JupoFo 20.-22.6.

Die Verschlechterung der Lage der Jugendlichen drückt sich gegenwärtig am krassesten in der Drogenproblematik aus. Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit als Folge von Jugendarbeitslosigkeit und allgemein miesen Bedingungen in Schule, Lehre und Studium sowie ein alle Lebensbereiche erfassender politischer und sozialer Druck sind einige der wesentlichsten Hintergründe für die massenweise Flucht in Drogen. Viele, die mit Betroffenen zu tun haben oder in anderen Bereichen mit den Auswirkungen des Drogenproblems konfrontiert sind, verfügen nicht über ausreichende Informationen, sind isoliert oder resignieren.

Das Jugendpolitische Forum will auf einem Arbeitstreffen die Möglichkeit des Erfahrungsaustausches und der Diskussion zwischen mittelbar und unmittelbar Betroffenen bieten und so dazu beitragen, weitergehende Aktionen und praktische Ansätze zu entwickeln.

Folgende Arbeitsschwerpunkte sind geplant: Kriminalisierung (BTM-Gesetze, Drogenknast, Ausbau des Polizeiapparates, Strafverfolgung, Knastarbeit) – Schule und Ausbildung (Aufklärung, Kontaktlehrer, Bespitzelung von Schülern) – Situation der Eltern und Freunde – Selbsthilfegruppen – gesundheitliche Versorgung – Drogenberatung und Therapie – Jugendarbeit (Auswirkung und Vorbeugung, Situation von Jugendzentren) – Heime.

Zur Eröffnung findet eine Informationsveranstaltung statt. Näheres zum Programm, Kontakt und Anmeldung über: JupoFo, c/o Jugend hilft Jugend, Max-Brauer-Allee 116, 2000 Hamburg 50 – Telefon: 040/380 95 47 (9-16 Uhr).

Drogen

Fortsetzung von Seite 35

bedingte zeitweilige Verquickung des Marktes verschiedener illegaler Drogen fast zwangsläufig eine Steigerung der Umstiegsmölichkeiten gegeben.

Wenn von offizieller Seite das Hanfverbot nur mit gewagten Argumentationsketten begründet werden kann, so stellt sich die Frage, warum der Staat diese inzwischen recht weit verbreitete Droge nicht in sein Drogenmonopol mit aufnimmt. Bei anderen Drogen hat das aus staatlicher Sicht doch auch Vorteile, da der Staat in Form von Steuern oder beispielsweise Brauereianteilen am Konsum legaler Drogen kräftig mitverdient.

Staat und Drogen

Aus der Sicht der Herrschenden haben Drogen, zumal wenn sie im Übermaß konsumiert werden, zwei Aspekte: einerseits ist ein betäubtes Volk regierbarer als ein Widerstand leistendes. Andererseits zeigen die breit angelegten Kampagnen gegen Alkohol- und Medikamentenmißbrauch, daß der Schaden dieser staatlichen Suchtstrategie dann seine Grenzen findet, wenn z.B. Produktionsziffern oder die Gewinne der Krankenversicherungen gefährdet sind. Der stetig steigende Pro-Kopf-Verbrauch an Alkohol, Zigaretten und Psychopharmaka zeigt, daß die Bevölkerung der BRD zu großen Teilen „stillgestellt" ist, die Obergrenze der Suchtverbreitung aber noch nicht erreicht ist. **Dabei haben Anti-Drogen-Kampagnen natürlich auch Alibifunktion, um darüber hinwegzutäuschen, daß der Staat mit jährlich über 16 Mrd. DM Steuereinnahmen für Alkohol und Tabakwaren kräftig am Drogenverbrauch mitverdient, aber nur einen Bruchteil dieser Gelder für die Rehabilitierung der Opfer ausgibt.**

In diesem Zusammenhang wäre eine staatlich genehmigte Droge Hanf durchaus von Vorteil: der Schaden für die „Volksgesundheit" wäre vergleichsweise gering und ein staatliches Hanfmonopol könnte das Steueraufkommen zusätzlich erhöhen bzw. an die Drogenindustrie erteilte Lizenzen zur Profitsteigerung beitragen.

Es stellt sich also erst recht die Frage, warum trotz ersichtlicher Vorteile für den Staat ein vielstimmiger Chor der Entrüstung und Ablehnung gegen alle Forderungen nach Lockerung des Hanfverbots laut wird.

Ein Mann sieht grün...

Ein Mann sieht grün...

Eine der lautesten Stimmen in diesem Chor ist die des Bremer LKA-Chefs Herbert Schäfer. In der Fachzeitschrift „DIE POLIZEI" vom April 80 heißt es in seinem Beitrag „Über die Verharmlosung der Auswirkungen des Cannabis-Problems": **„Aber immer noch wirken die Tendenzen der ‚großen Verweigerung' nach, welche zuerst die Studenten vor einem Dutzend Jahren und in ihrem Gefolge dann die Anarchen, schließlich die Spontis und Tunixe sowie anderes randschwirrige Volk als antikapitalistische Lebensform propagierten. Noch immer wird gegen Leistungsansprüche und gegen andere Symptome einer ‚autoritativen Gesellschaft' aufbegehrt, durch Ausflippen reagiert. ... Cannabis paßt in diese Landschaft der Illusionen und Utopien".**

So wildwütig hat bisher noch niemand ausgedrückt, worauf das Hanfverbot abzielt. Dabei sollte sich doch auch unter Leitenden Kriminaldirektoren rumgesprochen haben, daß der angeblich gesellschaftsverändernde Aspekt des Hanfkonsums sich inzwischen als Irrtum herausgestellt hat. Andererseits wird das Kraut tatsächlich vorzugsweise von Jugendlichen konsumiert, die eine zumindest latent ablehnende Haltung gegenüber diesem Staat einnehmen. Sollte dabei das Hanfverbot als gefundener Anlaß genommen werden, seine Verbraucher in den Griff der „Erfassungsprogramme" zu kriegen?

„Übergreifend operativ" gegen „jede Entfaltungsmöglichkeit"

Eine der Grauen Eminenzen der Terrorismusprogramme, Alfred Stümper, Ministerialdirigent im baden-württembergischen Innenministerium, schrieb im April 1977 über polizeiliche Langzeitprogramme: *„Was fehlt, ist eine auf einer umfassenden Forschung beruhende Gesamtkonzeption mit Schwerpunkt einer echten Verbrechensvorbeugung ... Nötig ist also eine Verbrechensbekämpfung aus einem Guß, nötig also eine einheitliche kriminalpolitische Strategie. ... Ihre Schwerpunkte liegen in ... den Querverbindungen sowie Beobachtungen des Vorfeldes (der Guerilla, Anm. AK) auch mit Mitteln der verdeckten Verbrechensbekämpfung und unter einer in vielfache Bereiche ausgeleg-*



Titelblatt eines 1943 in den USA verbreiteten Pamphlets gegen Marihuana. Text: MARIHUANA – Meuchelmörder der Jugend! Dealer (Peddlers) füttern den Abgott.
(Nach Aufhebung der Prohibition und bald darauf anschließendem Verbot von Marihuana /im Interesse der Alkoholindustrie, des staatlichen Prohibitionsapparates und des FBI/ wurde in den 30er und 40er Jahren eine gewaltige Anti-Marihuana-Propaganda in Gang gesetzt. Anm. AK.)

ten informatorischen Ausleuchtung mit dem Ziel der totalen Unterbindung jeder Entfaltungsmöglichkeit von vornherein ... Die Aufgabenstellung ist somit zwar sowohl teils

keit von vornherein ... Die Aufgabenstellung ist somit zwar sowohl teils

repressiv und strafprozessual als auch präventiv und somit vorbeugend polizeirechtlich, im Grunde ist sie jedoch übergreifend operativ" (nach Russel-Reihe 5, S. 162). **Herr Stümper ist seit vorigem Herbst auch Vorsitzender der „Arbeitsgruppe Rauschgift" der Innenministerkonferenz** und würde vermutlich nie so lospoltern wie sein Bremer Kollege; bei ihm heißt das „randschwirrige Volk" sehr viel dezenter „vielfache Bereiche", die „informatorisch ausgeleuchtet" und deren „Entfaltungsmöglichkeiten von vornherein total unterbunden " werden sollen. In Gesetzen, die angeblich der Bekämpfung des Rauschgifthandels dienen, werden solche Gedanken entsprechend umgesetzt.

Die Vorlage des neuen ‚Betäubungsmittel-Gesetzes' erweitert die bisherigen Straftatbestände, wandelt Ordnungswidrigkeiten in Verbrechenstatbestände um und setzt die Mindeststrafen empfindlich hoch. So soll das gemeinsame Rauchen eines Joints bereits als Bandenkriminalität gelten, und in Zukunft wird auch der Anbau im Balkonkasten oder Hinterhof als Verbrechen gewertet werden und mit Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren bestraft werden können. Zusätzlich werden die Anzeigepflicht bei vermutetem Rauschmittelkonsum, das Kronzeugenprinzip und der Begriff „Verherrlichung des Mißbrauchs von Betäubungsmitteln" im Gesetz verankert (§§ 28,29) u.a.m. Das Strickmuster dürfte gedankliche Parallelen an die Terrorprogramme der Bundesregierung wecken, und es ist auch nicht weiter verwunderlich, daß vom Vorarbeiter der Paragraphen 88a und 129, dem damaligen Staatssekretär und heutigen Innenminister Baum, auch der Satz stammt: **„Die Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität hat für mich den gleichen Stellenwert wie die Terrorismusbekämpfung".**

Selbst wenn er es nicht so gemeint haben sollte, wie wir es verstehen, die Praxis entspricht diesem Zitat: allein fünf neue Datenerfassungssysteme wurden seit vorigem Sommer aufgebaut; zwei von ihnen dienen der „Ausleuchtung" des Vorfeldes, nämlich „PIOS-Rauschgift" (Schwestercomputer von PIOS-TE) und „Inzoll", in dem sämtliche Zollvergehen rückwirkend ab 1975 gespeichert werden (ausführlich darüber in AK 173). Auf unterer Ebene kam es ebenfalls zu einer Verstärkung poli-

zeistaatlicher Aktivitäten – **eine auffällige Steigerung von Razzien gegen selbstverwaltete Jugendzentren, Kneipen und andere Szene-Treffpunkte, alle im Namen der Rauschgiftbekämpfung, konnte beobachtet**

selbstverwaltete Jugendzentren, Kneipen und andere Szene-Treffpunkte, alle im Namen der Rauschgiftbekämpfung, konnte beobachtet

werden. Die Szene wird so natürlich von der Bildfläche verschwinden; die systematische Abräumung der Frankfurter Haschwiese Anfang Februar wurde im nachhinein vom Polizeipräsidenten Knut Müller als **„Wendepunkt in der kriminalpolizeilichen Strategie"** abgefeiert („FR", 16.5. 80). Die Hamburger Szenekneipe ‚Bobbel', der Polizei im übrigen als opiatefrei bekannt, wurde wegen der lächerlichen Menge von knapp 50 g beschlagnahmten Hanfs geschlossen. Minderjährige werden nach Festnahmen bei Hanf-Geschäften „umgedreht" und als Spitzel auf die Szene angesetzt. Für winzige Mengen (Hanfrückstände in Pfeifenköpfen!) werden vierstellige Geldstrafen verhängt und und und ...

Die Auswirkungen dieser staatlichen Strategie zeichnen sich ab: Nach Schätzungen rauchen in der BRD ein bis zwei Millionen Menschen gelegentlich Hanf, im Gesundheitsministerium geht man von 200.000 „Gesetzesverstößen" pro Tag aus. Soweit diese Hanffreunde nicht gerade Augstein, Krupp jun. oder Flick heißen oder gar Staatssekretäre im Bundeskabinett sind, werden sie in ständiger Furcht vor Kriminalisierung, Vorstrafen oder – im Falle von in pädagogischen und medizinischen Bereichen Arbeitenden – Berufsverboten leben. Für sie persönlich bedeutet dieser Druck erstmal keinen großen Unterschied zu den bisherigen Auswirkungen des Hanfverbots. Hanfraucher/innen konnten es sich auch in den letzten Jahren nicht leisten, ihre Gewohnheit öffentlich zu leben. Gesetze wie das Hanfverbot und die Sexualstrafrechtsparagraphen 174 - 176 – zu deren Begründung auch immer mal wieder der Nazi-Begriff „Volksgesundheit" herhalten muß – dienen ja gerade in erster Linie der Absicherung umfassender Herrschaftsansprüche auf die Intimspäre und dem jederzeit möglichen Eingriff in abweichende Lebensgewohnheiten und Verhaltensweisen einer Minderheit. In der Praxis sind sie nie darauf angelegt, alle Verstöße zu ahnden; die individeulle Anpassung reicht als Ergebnis aus, und privilegierte Gruppen sind von ihnen nicht betroffen. Doch im Modell Deutschland von 1980 erfährt dieser Gehalt des Hanfverbots eine erweiterte Qualität: **Aus der individuellen Zielrichtung ist die Ausleuchtung und Rasterung eines potentiell unruhigen, sich bisherigen Erfassungsprogrammen entziehenden Bevölkerungsteils geworden. Tausende werden bei Überprüfungen und Razzien in die Datenbänke des Dr. comp. Horst Herold eingespeichert werden.** Der mit Sicherheit überall an Treffpunkten von Jugendlichen und in so macher linker Wohngemeinschaft zu findende Hanf wird dabei als geeigneter Deckmantel für die Fortsetzung der Überwachungs- und Entdemokratisierungsprogramme auf anderer Ebene dienen. Eine gutgläubig mit dem perfiden Motto „Therapie statt Strafe" und der angeblichen Zielausrichtung auf den Großhandel getäuschte Öffentlichkeit meldet gegen derartige Aktionen des Staates noch weniger Protest an als bei den vorhergehenden Terrorprogrammen.

Legalisierung oder Entkriminalisierung?

Der massiv auftretenden Front der Gegner jeglicher Liberalisierung steht das bunte Grüppchen der Befürworter gegenüber. Zwei verschiedene Vorschläge stehen bei ihnen zur Debatte:

Der eine bevorzugt ein Modell nach niederländischem Vorbild. Wie dort und in einigen US-Bundesstaaten solle der Konsum von Hanf straffrei sein und der Besitz bis zu einer gewissen Menge ebenfalls. Hanf solle weder Gegenstand strafrechtlicher Verfolgungen noch einer Vermarktung durch Konzerne oder den Staat sein. Dazu wäre die Revidierung einzelner Paragraphen nötig, daß nämlich „aus verwaltungstechnischen Gründen" das Gesetz erst ab einer bestimmten Menge gilt. Sie führen an, daß es nicht angehe, sich zu einer unfreiwilligen PR-Truppe für eine zukünftige Hanf-Industrie oder „Vater Staat als Dealer" zu machen. Eine Legalisierung halten sie allein schon der internationalen Übereinkommen wegen für unrealistisch. Es gebe schon genug legale Drogen, die sich unter bundesrepublikanischen Verhältnissen zu einem Problem auswachsen, und außerdem würde sich bei einer gesellschaftlichen Anerkennung von Hanf mit ziemlicher Sicherheit eine neue „Protestdroge" herausbilden, die in jedem Fall gefährlicher als Hanf wäre. Sie meinen, daß eine zwar straffreie, aber weiterhin erschwerte Beschaffung des Stoffes überdies den notwendigen Respekt vor der Droge fördere und die dem Hanf zugeschriebene kreative Wirkung auf diese Weise sinnvoll ausgerichtet werden könne. Hinsichtlich

vor der Droge fördere und die dem Hanf zugeschriebene kreative Wirkung auf diese Weise sinnvoll ausgerichtet werden könne. Hinsichtlich

des Anbaus vertreten sie die Ansicht, daß das Bundesgesundheitsamt, das dafür zuständig ist, erst ab einer bestimmten Quadratmeterzahl Lizenzen erteilen und der grünen Schreberbewegung einen Freiraum gewähren solle.

Der andere Vorschlag fordert die vollständige Legalisierung, das heißt die Gleichstellung mit Alkohol und Tabakwaren. Sie meinen, daß eine Entkriminalisierung nur eine Teil-Entkriminalisierung bedeute, da über der zugelassenen Menge der Staat weiterhin kriminalisierend eingreifen könne. Entkriminalisierung müsse deshalb auch für die Händler gelten, die den Stoff ranbringen. Außerdem sei es eine Illusion anzunehmen, daß unter kapitalistischen Bedingungen eine Droge nicht vermarktet werde. Eine spezielle Forderung wird dabei von den Judos erhoben, die ein dem Branntweinmonopol ähnliches Staatsmonopol, Qualitätskontrollen und Abgabe in Apotheken nur an über 16jährige vorschlagen. Das zentrale Argument der Legalisten ist im übrigen, daß nur so eine vollständige Trennung der Märkte illegaler Drogen erreicht werden könne und die Umstiegsmöglichkeiten verringert werden.

Wir haben diese sonst nur selten im Zusammenhang vorgebrachten verschiedenen Forderungen und Argumente einmal zusammengetragen, um aufzuzeigen, in welchem Rahmen sich die „Legalize-it!"-Diskussion bewegt. Die an ihr beteiligten Gruppen tragen mit durchaus interschiedlichen Interessen und Argumentationsrichtungen zu ihr bei:

Für weite Teile der Alternativszene und Spontis ist Hanf inzwischen zu einer Alltagsdroge und festem Bestandteil ihres Lebens, wie für andere Wein oder Bier, geworden. Die meisten von ihnen bevorzugen die Entkriminalisierung in unbestimmter Höhe. Der Gedanke, eines Tages ihre Joints aus dem Automaten als Markenartikel ziehen zu müssen, läßt sie überwiegend gegen eine Legalisierung zu Gunsten der Industrie und des Staates eingestellt sein. Die Diskussion in der „TAZ" vom letzten Herbst bot einen anschaulichen Überblick der Eckpunkte der Debatte. Bedauerlich ist allerdings, daß eine politische Durchleuchtung des Verbots und der Drogengesetze und -programme sowie der Nutznießer einer Freigabe nur in geringem Maße stattfand.

Die Jungdemokraten (Judos) sind die zweitälteste Gruppe der Hanfverbotsgegner; sie standen teilweise schon vor zehn Jahren der Freigabe sympathisierend gegenüber. Zur laufenden Kampagne haben sie sich frühzeitig vor einem Jahr gesellt. Dabei standen die Forderungen „Kein Knast für Hasch" und der dazugehörende Aufkleber lange ohne ein umfassendes Drogenprogramm da. Auf ihrer Bundesdelegiertenversammlung im März 80 legten die Judos detaillierte Beschlüsse hinsichtlich Drogen vor. Sie setzen sich gegen den Mißbrauch jeglicher Art Drogen zur Problembewältigung ein; die Verantwortung dafür trage aber nicht der einzelne, sondern die gesellschaftlichen Ursachen wie Lehrstellenmangel, Arbeitslosigkeit, Streß und Leistungsdruck, zunehmende Anonymität und fehlende Lebensperspektiven. Dementsprechend fordern sie prophylaktische Maßnahmen gegen den Drogenmißbrauch, wie z.B. ein generelles Werbeverbot für Drogen und Lizensierung des Drogenverkaufs. Das müsse im Falle einer Freigabe auch für Hanf gelten (s.o.). Hinsichtlich der Maßnahmen gegenüber Opiatsüchtigen legen sie das Schwergewicht auf den Ausbau der Beratungs- und Therapieeinrichtungen anstelle der Erweiterung der Polizei und der Knäste. Für diese Forderungen sind die Judos in der Öffentlichkeit stark gebeutelt worden; selbst ihre Mutterpartei nahm lediglich den Slogan „Kein

Für diese Forderungen sind die Judos in der Öffentlichkeit stark gebeutelt worden; selbst ihre Mutterpartei nahm lediglich den Slogan „Kein

Knast für Hasch" wahr und schalt sie für solche (unerwünschten?) Versuche, ihr aus dem Kreise der Hanf-Freunde Jungwähler zuzuführen. Ungeachtet dessen begrüßen die Judos *„ausdrücklich die Ansätze von* (FDP-) *Innenminister Baum zur Drogenpolitik"* (lt. Pressemitteilung 13/80) und mußten sich deswegen auf ihrem Drogenhearing im Mai in Hamburg herbe kritisieren lassen, ausgerechnet einen der Hauptverantwortlichen für die laufenden Selektionsprogramme zu verteidigen.

Auch die Jusos bekamen sofort ministeriellen und parteilichen Zorn zu spüren, als sie sich reichlich verspätet im März für eine Entkriminalisierung aussprachen. Sie meinten, daß auf diese Weise verhindert werden könne, *„daß weite Teile der Jugendlichen wegen des Mißbrauchs (?) von Hanf kriminalisiert würden"* (FR, 7.3.80). Außer ein paar Forderungen nach Erweiterungen der Therapieplätze und der Aussetzung auch längerer Haftstrafen zur Bewährung fordern sie, wie auch die Judos, daß für Drogenberater und Sozialarbeiter das Zeugnisverweigerungsrecht eingeführt werden müsse.

Als weitere Gruppe tritt noch die „Deutsche Cannabis Reformgesellschaft – InHaLe" auf den Plan. In ihr treffen sich Kiffer, die dem Hanfverbot nun einmal organisiert



aus „taz"

zu Leibe rücken wollen, und Mitglieder, deren Absichten von handfesten Geschäftsinteressen bestimmt werden. Diese verstehen sich als Marktpioniere eines lukrativen Geschäftszweiges, denn bei ein bis zwei Millionen regelmäßigen Verbrauchern ist so manche Mark mit dem Zubehör (Pfeifen, Jointpapier, Waagen u.ä.) zu verdienen. Sie träumen von einer „Head-Shop"-Ladenkette amerikanischen Ausmaßes. Dort wurden bei einer Anzahl von ca. 50 Mio einmaligen und davon 20 Mio regelmäßigen Verbrauchern schon 1978 rund 360 Mio Dollar allein in den 'Head-Shops' umgesetzt. Insgesamt schätzt das „Time-Magazin" den jährlichen Gesamtumsatz für Marihuana auf ca. 25 Mrd. Dollar – das sind 1,7 % des Bruttosozialproduktes bzw. das Dreifache des Zigarettenumsatzes. Über die politökonomischen Begleiterscheinungen dieses Marktes schweigt denn auch lieber der „InHaLe"-Kaufleute-Höflichkeit. In Kolumbien, dem ausländischen Haupterzeuger für US-Kiffer, hat die Ausfuhr von Marihuana inzwischen 40% des Gesamtexports erreicht; 80% des Großhandelswertes in den USA streichen ausländische Zwischenhändler ein, der Rest verbleibt im Lande. Dort bestimmen Gangsterorganisationen das wirtschaftliche und politische Leben wie die „United Fruit" in einigen Nachbarländern. Die Hanfbauern sehen vom Gewinn an der auch in Kolumbien illegalen Droge nur einen Hungerlohn (nach 'NEUE', 10.4.80).

„Legalize it – and I advertise it" (Peter Tosh), „legalisiert es – ich mach die Reklame..." (und den Reibach) scheint auch das Motto von „InHaLe" zu sein. Bei Staatsanwälten in Berlin und Hamburg machten sie sich damit allerdings keine Freunde: in beiden Städten wurde bereits der örtliche Head-Shop von einem Rudel Beamten des Rauschgiftdezernats heimgesucht und alles, was irgendwie nach „Verherrlichung" aussah, schon mal im Vorgriff auf noch zu schaffende Gesetze abgeräumt. Zum Opfer fielen diesen Einsätzen zum Schutz der „Volksgesundheit" nicht nur Anleitungen zum Hanfanbau, Drogenlexika und das Haschisch-Kochbuch, sondern auch Comics wie beispielsweise Gilbert Sheltons „Freak Brothers". In dem Beschluß des Landgerichts Hamburg vom 8.April über die Beschlagnahmung heißt es dazu, daß sich die für den Vertrieb verantwortlichen der Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen, nämlich gegen das BTM-G, ausreichend verdächtig gemacht haben und dies auch weiterhin beabsichtigen. Solcher Art Begründungen kommen doch irgendwie bekannt vor ...

Freiheit und Glück – für alle!

Das gesetzliche Verbot des Hanfkrauts ist schon an sich völlig lächer-

Das gesetzliche Verbot des Hanfkrauts ist schon an sich völlig lächerlich, der sich daraus ergebende Anpassungsdruck und die vielfältigen Möglichkeiten der Kriminalisierung sind erst recht abzulehnen. Allein aus diesen Gründen ist die Forderung nach Aufhebung des Hanfverbotes eine Selbstverständlichkeit.

Wir geben jedoch zu bedenken, daß diese Forderung u.E. unzureichend ist. Das Gesetz, das Hanf verbietet, ist gleichzeitig Grundlage staatlicher Selektionsprogramme hinsichtlich der 150.000 Heroinsüchtigen. Für sie ist die Kriminalisierung ihres (Sucht-)Drogenverbrauchs häufig eine Frage um Leben oder Tod. In diesem Zusammenhang wäre die alleinige Forderung nach Aufhebung des Hanfverbotes der Ruf nach einer individuellen Sonderregelung. Die Entkriminalisierung a l l e r von den Drogengesetzen betroffenen Menschen ist deshalb eine Minimalforderung.

Zusätzlich gilt es, allen unter dem Deckmantel der Rauschgiftbekämpfung schon verankerten und noch geplanten Erweiterungen des Unterdrückungsapparates entgegenzutreten und sie endlich als gut getarnten, derzeit zentralen Bestandteil des Ausbaus des Polizeistaates zu betrachten.

Schließlich muß unsere Aufmerksamkeit und unser Handeln all denen gelten, die dieses Land nur noch betäubt ertragen können. Das betrifft nicht nur die Heroinsüchtigen, sondern genauso die rund zwei bis vier Millionen Alkoholabhängigen und die fast ebenso große Zahl Medikamentensüchtiger, die gleichfalls die gesellschaftlichen Ursachen ihrer Sucht zusätzlich als individuelle Schuld aufgebürdet bekommen und mit Ausgrenzung und sozialer Verelendung bestraft werden.

In dieser Frage sind wir mit unseren anarchistischen Genossinnen und Genossen einig:

Macht kaputt, was Euch kaputt macht!

Drogenkommission KB Hamburg

Interview mit Hans Georg Behr

Autor des Haschischkochbuches



Hans Georg Behr auf der Hamburger Ostermontagsdemonstration gegen die Schließung der Szenenkneipe „BOBBEL" durch das Ordnungsamt. Vorher gab es bereits eine Unterschriftensammlung, die von mehreren Sozialarbeiter/innen und u.a. auch Udo Lindenberg unterstützt wurde. Das Verwaltungsgericht bestätigte mittlerweile die entgültige Schließung. Das „BOBBEL" wurde von ehemaligen Fixern und Knackis geführt, die für einen absolut opiatfreien Treffpunkt sorgten. Nach mehreren Razzien und der Beschlagnahmung von insgesamt knapp 50 Gramm Hanf hielt die Polizei eine Weiterführung der Kneipe aus „kriminalpolizeilichen Gründen" für nicht länger tragbar.

AK: Hans-Georg, du hast vor zehn Jahren das Haschischkochbuch geschrieben. Viele Hanffreunde kennen diese Rezepte ...

H.-G. Behr: Das Buch ist, ehrlich gesagt, mein ungeliebtes Kind. Es entstand vor fünfzehn Jahren aus einer versnobten Rezeptsammlung. Als dann vor zehn Jahren – Ära Willy – das Zeug so in Mode kam, daß es wirklich in jedem Redaktionsschreibtisch zum Herzeigen herumlag, habe ich es als Satire veröffentlichen lassen. Deutsche Kiffer können ja auch bei ihrem Vergnügen nicht ohne Vorschriften leben – „Das mußt du so rauchen" usw. –, und als Verarsche der Schickeria-Schnösel entstand das Buch. Mit einem stolzen Preis, der die Szene abschrecken sollte. Aber ich habe die BRD samt ihren Freaks unterschätzt. Da hier nichts zu blöd ist, ernstgenommen zu werden, kam das Buch in vielen Raubdrucken auch in die Szene. Und ich habe kaum bislang gehört: „Wir sind doch nicht so bescheuert, daß wir auch noch zum Kiffen Verhaltensmaßregeln und Rezepte brauchen".

AK: Damals war Cannabis „Protestdroge", d.h. bei vielen war der Verbrauch von Hanf mit gesellschaftlichem Protest verbunden. Wo siehst du den Unterschied zur heutigen Haschisch-Szene?

H.-G. Behr: Prinzipiell gibt es wohl keinen. Ein Motiv für den Griff zu verbotenen Drogen ist immer das schöne kindliche, daß sie eben verboten sind – keiner tut das gern, was er tun darf; was verboten ist, das macht uns gerade scharf. Das ist die klassische unbewußte infantile Protest-Grundhaltung, ein Unbehagen, das sich in der Faszination durch das Unerlaubte teilartikuliert, ohne damit etwas an den Ursachen zu ändern.

Deshalb hat ja auch die Linke mit den Drogenkindern nie etwas zu tun haben wollen. Dabei wird allerdings gern übersehen, daß etliche diesen unbewußten Protest auch in einen bewußten umsetzen konnten und aus ihrer selbstgewollten Illegalität weitere Fragen stellten. In der APO-Zeit spiegelte sich das in dem lieben Slogan: „High sein, frei sein, Terror muß dabei sein". So ähnlich läuft das auch heute noch in vielen Fällen, wenn auch der Zeit entsprechend in der Artikulation gedämpfter. Zunächst ist also jeder Griff nach dem Verbotenen auch ein Protestausdruck gegen herrschende Ordnung; ob daraus eine Reflexion und ein Prozeß entsteht, ist eine andere Sache. Eine politisierende Droge gibt es allerdings nicht.

AK: Das geltende BTM-Gesetz geht zurück auf das Opiumgesetz von 1929; Cannabis wurde allerdings erst ein paar Jahre später von den Nazis mit in das Gesetz aufgenommen. Inwieweit haben dabei tiefsitzende Tabus gegenüber diesem „morgenländischen" Kraut und die damalige politische Situation eine Rolle gespielt?

H.-G. Behr: Daß die Nazis den – so hieß das damals – „indischen Hanf" verboten, lag an ihrer damaligen Politik, mit den USA auf gutem Fuß zu stehen, und mit ihren Hanfgesetzen waren die Staaten in jener Zeit ganz schön isoliert. Tabus gegen Hanf bestanden keine, denn er wurde in die meisten Bauernpfeifen Mitteleuropas gestopft. Knaster hieß das Zeug in Norddeutschland, wohl wegen der Samenkörner, im Süden Kraut und auch Armeleutekraut. Daß es törnte, war so selbstverständlich, daß man bei der Einstufung zur Droge eine Hilfskonstruktion bemühen mußte, eben die Fiktion, indischer Hanf sei ein anderer als Hanf. Aber das ist er natürlich nicht. Gegen Haschisch **allerdings** gab es sogar bei Hanfrauchern Vorurteile – es galt als fremd und *„ein Zeug für Intellektuelle und Juden"*.

AK: Befürworter und Gegner einer Freigabe von Cannabis berufen sich beide auf wissenschaftliche Untersuchungen über die Gesundheitsschädlichkeit bei regelmäßigem Konsum. Der überwiegende Teil dieser Studien kommt zu dem Ergebenis, daß auch der gewohnheitsmäßige Konsum von Hanf, solange Exzesse vermieden werden, keine schädlichen Wirkungen zeigt. Ein anderer Teil besagt, daß sich auf Dauer schwere psychische und körperliche Schäden entwickeln können. Welche Aussage ist inmitten dieses wissenschaftlich-politischen Streits als gesichert zu betrachten?

H.-G. Behr: Jede und keine. Jede Droge fordert bei Mißbrauch, und dazu gehört auch exzessiver, ihren Preis. Das gilt auch für die erlaubten Drogen Alkohol, Nikotin, Kaffee usw. Da Hanf keine körperliche Toleranz erzeugt, ist er harmloser als Alkohol, da auch er zum Realitätsverlust führen kann, gleich gefährlich, da er keinen Kater hinterläßt, der die reumütige Rückkehr in den Alltag fördert, gefährlicher. Ich selbst rauche seit 27 Jahren, ohne an mir das „Korsakowsche Syndrom" festzustellen, das Antje Huber allen Kiffern androht (Korsakowsches Syndrom, auch Alkoholischer Korsakow: geistiger und körperlicher Verfall als Folgen des Alkoholismus, angeblich auch für Hanf geltend; Anm. AK). Und ich halte diese ganze Diskussion für läppisch, da es k e i n e ungefährliche Droge gibt. Es sind doch Nonsens-Diskussionen: Ob man bei so vielen erlaubten, gefährlichen Drogen noch eine mehr erlauben sollte oder gerade deswegen, geht an der Sache schon vorbei, weil immer von verschiedenen Maßen ausgegangen wird, was den Gebrauch betrifft, und bei der Droge, die man diskriminieren will, ist die Maßeinheit der Exzess. Das einzige Problem, daß ich sehe, ist die durch die Verbotszeit verlorene „Rauschmoral" in Sachen Hanf. Daß viele Kiffer nur ziehen, um „stoned" zu werden, so als würden andere nur trinken, um umzufallen. Wo Hanf noch ein traditionelles Rauschmittel ist, gibt es das nicht, und dementsprechend sind aus solchen Ländern auch keine negativen Folgen bekannt. Hanf ist ein Rauschmittel von vielen und erfordert wie jedes respektvollen Umgang und eine klare Selbstkenntnis des Gebrauchers.

AK: Seit 1970 haben sich die gesellschaftlichen Verhältnisse hierzulande gewaltig verschärft, dazu parallel hat eine tiefgreifende Veränderung in der Drogenszene stattgefunden. Nach unseren Berechnungen konsumieren rund eine bis zwei Millionen Menschen regelmäßig Hanf; eine weitaus größere Zahl von ca. 2-4 Millionen Menschen ist schwer alkoholkrank, dazu kommen schätzungsweise noch einmal soviele Psychopharmakaabhängige und 150.000 Opiatsüchtige.
dazu kommen schätzungsweise noch einmal soviele Psychopharmakaabhängige und 150.000 Opiatsüchtige.
Du bist ein aufmerksamer Beobachter dieses gesellschaftlichen Phänomens und hast neben deiner therapeutischen und journalistischen Arbeit auch Untersuchungen über die politischen Bedingungen des Anstiegs der Rauschdrogen- und Suchtverbreitung angestellt. Wo liegen deiner Meinung nach die Kernpunkte des Problems?

H.-G. Behr: Wir müssen davon ausgehen, daß Menschen außer der rationalen (Vernunft) und irrationalen (Gefühl) auch eine magische Komponente haben. Nahezu jeder Mensch hat auch eine Droge und meist mehrere. Die Droge ist das magische Erlebnis individueller Gefühlsveränderung, und das gilt nicht nur für die sogenannten bewußtseinserweiternden Drogen, sondern auch für Tee. Die durch Humanismus und Aufklärung geprägte Gesellschaft verdrängt diese Situation – nur durch Vernunft unterscheidet sich der Mensch vom Tier, Gefühle sind zu beherrschen und Drogen ein hoffentlich bald überwundener Übelstand. Daraus entstand auch der Trugschluß, die zunehmende Entfremdung in unserer Gesellschaft zu Fortschritt zu erklären oder mit Fortschritt zu entschuldigen. Zunehmende Entfremdung aber erzeugt zunehmenden Druck, auf die scheinbar letzte Spielwiese individuellen Empfindens auszuweichen, in die Drogen. Hier zahlt die ausschließlich auf Wirtschaftswachstum fixierte Gesellschaft ihren Preis – der Griff zu Drogen als Ersatz für individuelle Entfaltungsmöglichkeiten. Für die Macher dieses Zustandes ist das ganz bequem – man kann die Opfer der Politik als Drogenopfer abschreiben, und bekanntlich ist der Griff zur Droge ein individueller Sündenfall.

Die rapide Zunahme der Drogenprobleme und der Selbstmorde sind auch Ausdruck des Gefühls, daß Regierung, Gewerkschaften und Kapital am selben Strang um den Hals des Untertanen ziehen und es scheinbar keine Alternative gibt. Sich in Drogen „fallen zu lassen", ist eine uralte Äußerungsform von Verzweiflung, und unsere Gesellschaft ist bei und durch allen rüden Macheroptimismus eine verzweifelte. Die offizielle Politik ist brutal eindimensional, und die Hauptursache der Drogenprobleme charakterisierte unabsichtlich der Minibismarck von Langenhorn mit seinem Parteitagsimperativ: *„Gefühle sind hier nicht erlaubt, hier zählt nur nüchterne, abwägende Vernunft"*. Über die Politik der BRD brauche ich hier wohl nichts zu sagen. Es amüsiert mich nur, daß in diesem (Karl) Popper-Staat Individualität und freie Entscheidung dort noch anerkannt wird, wo es um Kriminalität, seelische Erkrankungen und Drogen geht.

AK: Judos, Jusos, große Teile der Spontis u.a. fordern die Entkriminalisierung bzw. völlige Freigabe von Cannabis. Du selbst bist nicht gerade ein Gegner von Hanf, warum hast du dich dann trotzdem auf verschiedenen Veranstaltungen zum Drogenproblem sehr kritisch über die Legalisierung geäußert, und welche Lösungsmöglichkeiten schlägst du vor?

H.-G. Behr: Zunächst einmal können Legalisierungswünsche mühelos mit dem Hinweis auf zahllose internationale Übereinkommen abgeschmettert werden. Aber weiter: Legale Drogen fallen unter das Drogenmonopol des Staates und werden lizenzweise der Industrie zur Vermarktung überlassen. Man würde also Vater Staat bitten, auch bei Hanf den Dealer zu machen. Und Vater Staat würde bei anderen Staaten einkaufen, die sich natürlich nicht die Gelegenheit entgehen ließen, ihrerseits aus Hanf ein Staatsgeschäft zu machen. Nun sind die Regierungen der infrage kommenden Länder zumindest nicht weniger beschissen als unsere, von Afghanistan über Bolivien, Columbien, Nepal, Pakistan, Thailand bis Zaire. Der legale Hanfhandel würde reichlich Mittel bringen, sich noch besser gegen die Bevölkerung rüsten zu können. Das Entstehen eines solchen Staatsmarktes wäre aufgrund dieser absehbaren Folgen nicht wünschenswert.

Opiate sind in den meisten Entwicklungsländern ohnedies ein Staatsgeschäft. Hanf, der einfacher zu verarbeiten ist, kam da manchmal auch Befreiungsbewegungen zugute – ich erinnere mich da noch an den schönen Roten der PLO und an einige columbianische Gräser. Diese Möglichkeit würde dann auch entfallen, da dann die Regierungen den Bauern einfach mehr bieten könnten als Guerilleros.

Abgesehen davon könnte dann die BRD Hanf-Eigenbau und unerlaubten Handel nach wie vor kriminalisieren.

Ich bin daher für eine Entkriminalisierung von Hanf und einigen anderen Drogen – sie sollen kein Gegen-

Ich bin daher für eine Entkriminalisierung von Hanf und einigen anderen Drogen – sie sollen kein Gegenstand von Straf- und sonstigen Gesetzen sein und auch keiner staatlichen Geschäfte.

Denkbar wären verschiedene Lösungen. Die pragmatischste dürfte angesichts der gegenwärtigen Problematik sein, auf dem Verordnungsweg gewisse Quantitäten Hanf als unerheblich im Sinn des Gesetzes einzustufen. Eine bessere Lösung wäre, aus dem chaotisch die verschiedensten Drogen zusammenwürfelnden BTM-Gesetz zwei zu machen, eines für Naturdrogen und eines für Opium und chemisch aufbereitete. Wobei für Verstöße gegen das erste höchstens bescheidene Bußgelder gelten würden. Aber ich halte gegenwärtig eine solche Diskussion für utopisch, da ja auf gesetzgeberischer Seite ein eindeutiges Interesse besteht, ein immer weitergreifendes Netz immer weiterer Kriminalisierungsmöglichkeiten zu knüpfen mit dem Ziel des jederzeit erpreßbaren Untertanen. Kiffer sollten sich also weniger Gedanken darüber machen, wie sie den Staat bitten könnten, ihnen was zu erlauben, als darüber, wie sie ihre nun einmal bestehende Kriminalität in weiterführende politische Aktivität ausformen könnten.

Schimpanse haschte

— Lokal zertrümmert

Einem Schimpansen, Maskottchen einer Bar in Las Palmas (Gran Canaria) gaben Gäste aus Spaß eine Haschzigarette ... Da sprang der Affe im Lokal herum, zertrümmerte Flaschen und Regale, jagte die Gäste – bis die Polizei ihn erschoß!

(aus „Bild", 20.3.1980)
Nun hat er ausgekifft – dieser Tunix!

Streik für die Pressefreiheit in Italien

Am 26.5. wurde Fabio Isman, Journalist des „messaggero" (größte römische Tageszeitung), zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Das ist die schwerste Strafe gegen einen Journalisten, die in Italien nach der Zeit des Faschismus verhängt wurde.

Isman wurde am 8. Mai verhaftet, weil er geheime Vernehmungsprotokolle des derzeitigen „Kronzeugen" der Terroristenszene, Patrizio Peci, veröffentlicht hatte. Entgegen normalen Gepflogenheiten wurde er bis zum Prozeßbeginn nicht auf freien Fuß gesetzt; auch ist es ungewöhnlich, daß die Strafe nicht zur Bewährung ausgesetzt wurde. Isman hatte die Papiere durch den Vizechef des italienischen Geheimdienstes, Silvano Russomanno, erhalten. Russomanno selbst wurde im gleichen Prozeß zu zwei Jahren und acht Monaten verurteilt.

Solidaritätsaktionen

Gleich nach der Verhaftung Ismans protestierte der „messaggero", indem er die dritte Seite „weiß" ließ. Mehrere Pressevereinigungen protestierten gegen die Eröffnung eines Verfahrens gegen Isman wie auch gegen einen Prozeß gegen die Redakteure von „Lotta Continua". Nach Bekanntwerden des Urteils veröffentlichten mehrere Redaktionskollektive in ihren Zeitungen Protesterklärungen. Die Journalistengewerkschaft SNSI, *„die seit der Urteilsbegründung permanent tagt, hat eine unmittelbare Unterredung mit Ministerpräsident Cossiga gefordert"* („Neue", 28.5. 80).

Höhepunkt der Proteste bildete ein eintägiger Streik am 27.5.: Die Italiener waren für diesen Tag nicht nur ohne Zeitungen, auch sämtliche Fernseh- und Rundfunksender brachten an diesem Tag keinerlei Nachrichten.

Laut „TAZ" vom 27.5. haben die Justizreporter eine besondere Art von Kampfmaßnahmen angekündigt: Sie drohten mit einer Selbstanzeige aller Journalisten, die „Materialien" von staatlichen Stellen erhalten haben, wobei sie dann natürlich auch die Namen der Informanten preisgeben würden. *„Wieviele Richter dabei hochgehen könnten, ist ungewiß, doch handelt es sich nicht (nur) um eine Handvoll"*. Man darf also noch gespannt sein.

Dabei muß man bedenken, daß viele Informationen bewußt lanciert werden als ein Mittel interner Machtkämpfe und Intrigen der italienischen Klientelwirtschaft.

Ähnliches ist wohl auch im Fall Russomanno anzunehmen, der als (mittlerweile ehemaliger) Vizechef des Geheimdienstes SISDE und alter Faschist, wohl kaum in den Verdacht kommt, ein besonderer Freund der Pressefreiheit zu sein. Er selber bezeichnete sich als „Außenminister der italienischen Polizei" und brüstet sich damit, an einem Geheimtreffen mit BRD-Innenminister Baum teilgenommen zu haben (nach „Repubblica", 22.5.80).

Über den Hintersinn der vom Vizegeheimdienstchef produzierten „Indiskretion" gehen die Spekulationen freilich weit auseinander:

– Die Springerpresse z.B. behauptet, daß die Veröffentlichung der geheimen Peci-Protokolle vor allem den Zweck gehabt habe, den führenden DC-Politiker Donat Cattin fertig zu machen: Sein Sohn wird in den Peci-Protokollen als Terrorist „entlarvt"! ... Donat Cattin, so die Springerpresse weiter, sei einer der hartnäckigsten Opponenten gegen ein Zusammengehen von Christdemokraten und Kommunisten. Fazit: Die ganze Intrige sei von der PCI inszeniert worden.

– Eher gegenteilig sind die Spekulatinen z.B. der „Neuen". Sie folgt dem allgemeinen bürgerlichen Gejammere, daß durch die Veröffentlichung der Geheimprotokolle andere Terroristen gewarnt worden seien und sich so rechtzeitig dünne machen konnten. Die „Neue" verweist dann auf Russomannos faschistische Vergangenheit und seine engen Beziehungen zum BND, um zur Schlußspekulation zu kommen: Die „Indiskretion" war als Warnung an enttarnte Terroristen gedacht, die bekanntermaßen allesamt Agenten imperialistsicher Geheimdienste sind bzw. zumindest „objektiv" diesen dienen.



Besonders glaubwürdig klingt weder die eine noch die andere dieser Spekulationen.

Weitere Zensur-Prozesse

Zwei weitere Urteile gegen die italienische Pressefreiheit stehen noch aus:

– Auch **„Lotta Continua"** hat im Nachhinein die Peci-Protokolle veröffentlicht. Daher werden sie unter anderem auch beschuldigt, in ein schwebendes Verfahren eingegriffen zu haben. Wie auch ihr Kollege Isman vom „messaggero" verweigern die vier angeklagten Redakteure die Aussage.

– Die Journalistin und Schriftstellerin **Camilla Cederna** hat ein Buch herausgebracht, das sie jetzt vor den Kadi brachte: Der Titelheld in dem Buch „Giovanni Leone – Karriere eines Präsidenten" mochte sich in dem Werk nicht so recht wiedererkennen. Neben den Zivilklagen wurde auch öffentliche Anklage erhoben. Der Staatsanwalt fordert ein Jahr und zwei Monate Haft sowie eine Geldstrafe für Camilla Cederna, ein Jahr und einen Monat für den Verlagsdirektor Brega sowie ebenfalls eine Geldstrafe. „Gnädigerweise" soll laut Staatsanwalt der Drucker (!) und die Präsidentin des Feltrinelli-Verlages, Inge Schöntal, freigesprochen werden. Nur ein kleines Beispiel für die so hart zu ahnenden Straftaten: So bezeichnete Frau Cederna den christdemokratischen Parteigenossen Leones, Ignazio Caruso, als Spekulanten; dabei hat der arme Mann nur eine Wohnung in Neapel – der ganze Rest läuft auf den Namen seiner Frau ... (Informationen nach „Repubblica").

Italienkommission

»Meinungsfreiheit« in Spanien weiter eingeschränkt

Gefängnis für Direktor der größten Tageszeitung

Eine Welle des Protestes und der Solidarität hat die jüngste Verurteilung des Direktors der bürgerlich-liberalen Tageszeitung ,,El Pais'' zu drei Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 50.000 Peseten durch den Obersten Gerichtshof ausgelöst. Die Vorstände aller oppositionellen Parteien, die Führungen der Gewerkschaften, hunderte von Journalisten und Zeitungsredaktionen sowie Einzelpersonen verurteilten den Richterspruch als eine weitere gravierende Einschränkung der Meinungsfreiheit in Spanien. Die amerikanische Zeitschrift ,,World Press Review'' (120.000 Auflage) kündigte an, Juan Luis Cebrian, den Herausgeber von ,,El Pais'', zum ,,Direktor des Jahres'' zu ernennen wegen seines Kampfes für die demokratischen Freiheiten.

Lateinamerikanische Schriftsteller, der italienische ,,Corriere della Sera'' und die internationale Journalisten-Organisation wandten sich gegen das Urteil.

Cebrian war nach einem längeren Instanzenweg jetzt vom Obersten Gerichtshof des Vergehens der ,,Verunglimpfung von Staatsorganen'' für schuldig befunden worden. In einem Artikel, der vor zwei Jahren in ,,El Pais'' zur Frage ,,Presse und Demokratie'' erschienen war, war im Zusammenhang einer Kritik an fortlaufender Strafverfolgung von Journalisten auch Kritik an einem Urteilsspruch derselben Kammer des Obersten Gerichtshofs geübt worden, von der Cebrian jetzt verurteilt wurde. In dem Artikel hieß es: *,,Eine andere Journalistin, Mayte Mancebo, wurde gerade zu einer Strafe verurteilt, die an die besten Nazizeiten erinnert oder an die gegenwärtigen Zeiten eines Amin Dada: 32 Jahre Berufsverbot, weil sie in einer Zeitschrift geschrieben hatte, die als pornographisch angesehene Fotos veröffentlichte''*. Das Gericht fühlte sich durch den Vergleich zu den Nazis und dem Terror-Regime des (ehemaligen) ugandischen Staatschefs Idi Amin in seiner höchstrichterlichen Ehre gekränkt.

Weil Cebrian bisher (zwar mehrfach vom ,,Zensurministerium'' angeklagt) nicht ,,vorbestraft'' ist, wird er seine Strafe wahrscheinlich zur Bewährung (auf zwei bis fünf Jahre) ausgesetzt bekommen. Doch jedes ähnliche ,,Vergehen'' (bzw. auch nur ein selbstverschuldeter Verkehrsunfall) bringt ihn automatisch hinter Schloß und Riegel.

Die Solidarität ist im Fall Cebrian natürlich deshalb besonders breit, weil ,,El Pais'' die meistgekaufte spanische Tageszeitung ist, die auch über die Grenzen Spaniens hinaus bekannt ist. Sie wurde vor vier Jahren gegründet in der Übergangszeit vom Franco-Faschismus zur ,,Demokratie'' und ist politisch stark der ,,Sozialistischen
Grenzen Spaniens hinaus bekannt ist. Sie wurde vor vier Jahren gegründet in der Übergangszeit vom Franco-Faschismus zur ,,Demokratie'' und ist politisch stark der ,,Sozialistischen
Arbeiterpartei Spaniens'' verpflichtet, läßt aber durchaus und zu beson deren Gelegenheiten auch Stellungnahmen revolutionärer linker Organisationen im Originalton zu.

60 Prozesse allein bis Mai 1980

In vielen Stellungnahmen zu dem Urteil wird besonders auf eine wieder eingetretene Verschärfung in der Behandlung der Meinungsfreiheit verwiesen. In den ersten fünf Monaten des Jahres wurden gegen 60 Personen (mit 400 Anklagepunkten) Prozesse angestrengt, die unter das Gebiet ,,Einschränkung der Meinungsfreiheit'' fallen.

Gegen fünf der betroffenen Schriftsteller, Journalisten bzw. Intellektuellen wird vor Militärgerichten verhandelt! In den Anklagen geht es in 6 Fällen um das Delikt ,,Beleidigung der Streitkräfte'', ansonsten um Berichte über Folterungen, Zustände in den Gefängnissen, Rechtsprechung, ,,Erregung öffentlichen Ärgernisses'' (so wurde ein Journalist im Januar wegen eines Artikels ,,*Sieben Travestis bekennen*'' zu 6 Jahren Berufsverbot und einer hohen Geldstrafe verdonnert!) usw. Auch die Fälle der Beschlagnahmung ganzer Ausgaben und Bücher nehmen wieder zu.

U.a. wird derzeit vor einem Militärgericht gegen zwei Journalisten von ,,El Viejo Topo'' verhandelt, weil sie ein C o m i c (!) über das tägliche Leben in Guernica im Jahr 1945 gemacht haben, durch das sich die Guardia Civil beleidigt fühlt...

— Gegen zwei Journalisten von ,,Diario 16'' hat der Staatsanwalt 3 Monate Gefängnis und eine hohe Geldstrafe beantragt, weil sie einen Artikel ,,*Ein Richter mit Verbindungen zur extremen Rechten*'' publiziert hatten.

— Garcia Salve, ein Führer der Arbeiterkommissionen und der PCE wurde am 31. März zu drei Jahren und vier Monaten (!) Gefängnis verurteil (und 500.000 Peseten Geldstrafe) wegen ,,schwerer Beleidigung der Staatsorgane'' in seinem Buch ,,Ich glaube an die Arbeiterklasse''. Das Buch, das seit vier Jahren beschlagnahmt ist, hatte sich kritisch mit dem berüchtigten ,,Tribunal für öffentliche Ordnung'' beschäftigt, das heute übrigens gar nicht mehr existiert...

— Ein Journalist (Xavier Vinader) muß sich derzeit in der Schweiz aufhalten, da gegen ihn ein Haftbefehl besteht. Vinader hatte in zahlreichen Artikeln die Verbindungen zwischen den Ultrarechten und dem Polizeiapparat aufgedeckt, weshalb er eine besondere Gefahr für den spanischen Staat darstellt. Ihm wird nun die ,,Anstiftung zum Mord'' in zwei Fällen angelastet: ein ETA-Kommando hatte zwei von ihm benannte Spitzel getötet.

— Am 15. April wurde die Regis-
,,Anstiftung zum Mord'' in zwei Fällen angelastet: ein ETA-Kommando hatte zwei von ihm benannte Spitzel getötet.
— Am 15. April wurde die Regis-
seurin Pilar Miro vor dem Militärgericht (!) angeklagt und ihr Film, der soeben auf den Berliner Filmfestspielen viel Beachtung gefunden hatte, beschlagnahmt. Bei dem Film ,,Das Verbrechen von Cuenca'' geht es um einen authentischen Fall zweier Männer, denen im Jahre 1913 (!) ein Mordgeständnis unter schwerer Folter abgepreßt wurde. Die spanische Guardia Civil fühlt sich durch den Film angegriffen.

Bei der linken baskischen Tageszeitung wurde am 26.4. wieder einmal die ganze Ausgabe konfisziert, weil dort ein Teil eines Buches abgedruckt war, das vor kurzem wegen ,,Erregung öffentlichen Ärgernisses'' beschlagnahmt worden war. Und so ließe sich die Liste endlos verlängern.

Journalisten bürgerlicher Tageszeitungen erklärten, daß sie sich nach den letzten Ereignissen zum ersten Mal seit drei Jahren wieder mit Angst vor die Schreibmaschine setzen und die Selbstzensur in den Redaktionen um sich greift.

,,Billigung des Terrorismus''

Der neue spanische Innenminister Rosón (es gab kürzlich eine Kabinettsumbildung zugunsten des rechten Flügels der Regierungspartei UCD) hat in einer Rede vor dem Parlament ganz neue ,,Straftatbestände'' erfunden, die sich auf ,,Unterstützung des Terrorismus'' beziehen. Es geht um den Terror von ETA im Baskenland im besonderen.

Für den neuen spanischen Innenminister besteht ,,Billigung des Terrorismus'' (von ETA) in folgenden Handlungen:

,,Jedweder Außerung zugunsten ihrer Aktionen oder Mitglieder; der Organisierung von Unterstützungsveranstaltungen für terroristische Organisationen, für deren Mitglieder oder Taten; Straßen oder Plätze nach Terroristen benennen oder Erinnerungsplaketten dort anbringen; [...] Kampagnen von Amnestie-Komitees für Mitglieder terroristischer Organisationen zu fördern oder daran teilzunehmen; Demonstrationen oder Protestveranstaltungen zu organisieren wegen der Verhaftung oder des Todes von Terroristen durch die staatlichen Sicherheitskräfte in Erfüllung ihrer Aufgabe;

[...]; *Nachrufe für verstorbene Terroristen zu veröffentlichen, und diesen einen unpassenden heroischen Anstrich zu geben, also Mördern, die nicht kämpfen, sondern die mit der Feigheit ihrer numerischen Überlegenheit und wegen der Wehrlosigkeit ihrer Opfer diese ohne Risiko exekutieren''* (El Pais, 23.5.80).

Wegen ,,Billigung des Terrorismus'' hat es gerade im Baskenland bereits zahlreiche Verurteilungen von Journalisten, Zeitungen, Gemeindeabgeordneten usw. gegeben. Auch hier kündigt sich wieder eine Verschärfung
mus'' hat es gerade im Baskenland bereits zahlreiche Verurteilungen von Journalisten, Zeitungen, Gemeindeabgeordneten usw. gegeben. Auch hier kündigt sich wieder eine Verschärfung
an.

Spanien-Kommission



Seit Anfang März gärt es in den Dörfern Andalusiens. Schuld daran ist nicht nur das Ergebnis des Referendums, mit dem das andalusische Volk um seine Autonomie betrogen wurde, sondern vor allem die anhaltende Arbeitslosigkeit unter den Landarbeitern.

In Andalusien gibt es nach verschiedenen Schätzungen 500-800 000 Landarbeiter – die Mehrzahl von ihnen sind ,,eventuales'', d.h. Gelegenheitsarbeiter, Tagelöhner. Das Leben dieser Arbeiter und Arbeiterinnen ist geprägt von der ständigen Suche nach Arbeit: Im Frühjahr wandern sie zur Spargelernte nach Navarra, im Frühsommer ins Gastgewerbe der Costa del Sol und der Inseln, im Herbst zur Wein- und Zuckerrübenernte nach Frankreich. In ihrer Heimat finden sie lediglich Arbeit in der Oliven-, Baumwoll- oder Weinernte oder im Rahmen staatlicher Arbeitsbeschaffungsprogramme (Straßenbau und dergleichen).

Auf der anderen Seite ist ein Großteil der überaus fruchtbaren Ländereien Andalusiens in den Händen weniger Großgrundbesitzer konzentriert: In der Provinz Cadiz z.B. gehören den Latifundien über 200 ha – 2/3 der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Kein Wunder also, daß in Andalusien die Arbeitslosigkeit besonders gravierend ist (dies umso mehr, seit aufgrund der allgemeinen Wirtschaftskrise die Arbeitsmöglichkeiten in Nordspanien, in Frankreich und in der Bundesrepublik eingeschränkt sind): Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit beträgt in Spanien ca. 10 % (1,3 Millionen Beschäftigte), in der andalusischen Provinz Malaga liegt sie bei 18,5 %. Und die Hälfte aller Arbeitslosen (besonders betroffen sind Jugendliche, Frauen und Landarbeiter) erhält keine Arbeitslosenunterstützung.

Gegen diese unhaltbaren Zustände hat jetzt nicht zum ersten Mal die Landarbeitergewerkschaft Andalusiens, SOC (Sindicato de Obreros del Campo), eine Reihe von Aktionen eingeleitet.

Anfang März marschierten Landarbeiter und Landarbeiterinnen aus dem Kreis Osuna in die 80 km entfernte Provinzhauptstadt Sevilla, wo sie vor dem Regierungspalast demonstrierten und sich danach in der Kirche Santa Teresa einschlossen. Im Laufe der Monate März und April wurden mehrere große Demonstrationen in Sevilla organisiert. Die immer wiederkehrenden Parolen sind: ,,Arbeit, Brot und Freiheit'', ,,UCD (das ist die regierende Partei von Ministerpräsident Suarez), wir brauchen zu essen'', ,,Wir wollen Arbeit, keine Almosen''. Gleichzeitig finden in den Dörfern regelmäßig Versammlungen statt, werden die Rathäuser besetzt, die Straßen blockiert.

Die Forderungen der in der SOC organisierten Landarbeiter sind:

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 38

– Aufforstung von 10.000 ha Hügelland im Kreis Osuna,
– Einrichtung von Bewässerungslandwirtschaft im Dreieck Osuna-Ecija-Moron,
– produzierende Olivenbäume sollen nicht länger ausgerissen werden; auch soll die willkürliche Mechanisierung der Olivenernte und anderer Kulturen eingestellt werden (die Großgrundbesitzer gehen immer mehr zum gewinnbringenderen und bequemeren Getreidebau über, der ihnen auch den Ärger mit den Landarbeitern erspart),
– mindestens drei Monate garantierte Arbeit im Rahmen der staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogramme (diese Programme, der „empleo comunitario", reichen oft nur für wenige Tage; z.B. bekam die ganze Provinz Sevilla von Jahresbeginn bis Ende Februar nur 140 Millionen Pesetas, was insgesamt nur für 12 Tage Arbeit reichte).
(Ähnliche Forderungen werden auch in den anderen Provinzen Andalusiens aufgestellt.)

Die Beteiligung der Landarbeiter und Landarbeiterinnen an den Aktionen der SOC ist rege. Unterstützt werden sie auch von einigen Bürgermeistern der betroffenen Dörfer. So schrieb der Bürgermeister von Lebrija, Antonio Torres Garcia, an den Zivilgouverneur in Sevilla: „Auf mein Rathaus kommen täglich weinende Mütter, die kein Stück Brot für ihre Kinder haben. Und das ist keine Demagogie. Das können sie jederzeit überprüfen. Wie kann ich dann mit verschränkten Armen in meinem Sessel im Rathaus sitzen bleiben?"

Auch die Unterstützung der Arbeiter in der Stadt ist herzlich und großzügig: So erhalten die Landarbeiter, die seit mehr als zwei Monaten mit dem Einverständnis des Pfarrers die Kirche Santa Teresa in einem Arbeitervorort von Sevilla besetzt halten, sowohl aus der Nachbarschaft als auch aus Betrieben in ganz Andalusien und Spanien laufend Sach- und Geldspenden. Ein Sevillaner Taxifahrer bringt ihnen z.B. täglich 100 Pesetas, eine Schachtel Zigaretten und eine Schachtel Streichhölzer.

Hingegen beschränkt sich die Reaktion der Regierung auf unverbindliche Erklärungen. Deshalb werden in der Gewerkschaft jetzt Überlegungen angestellt, wie man den Druck auf die Regierung und auf die Großgrundbesitzer verstärken kann, Druck auf die Regierung und auf die Großgrundbesitzer verstärken kann, denn eines der Probleme arbeitsloser Landarbeiter ist, daß ihnen das Mittel des Streiks nicht zur Verfügung steht. Ende April/Anfang Mai wurden nach ausführlichen Diskussionen in den Dörfern Aktionen eingeleitet, die den Forderungen der Landarbeiter mehr Nachdruck verleihen sollen. In einigen Dörfern wurde bereits das Arbeitsbeschaffungsprogramm bestreikt, weil wiederum nur Geld für wenige Tage Arbeit kam. Darüber hinaus verteilen sich Landarbeiter und Landarbeiterinnen unaufgefordert auf den Latifundien und nehmen an den zu dieser Jahreszeit anfallenden Arbeiten teil (Verziehen von Zuckerrüben und Sonnenblumen, Bodenbearbeitung in den Olivenhainen). Die Rechnung für diese Arbeiten präsentieren sie dann den Großgrundbesitzern. Natürlich rufen diese dann vielfach die Guardia Civil (paramilitärische Polizei aus der Franco-Zeit) und lassen die nicht autorisisierten Arbeiter und Arbeiterinnen vertreiben. Aber die Großgrundbesitzer merken, daß die Gewerkschaft Ernst macht und einige haben sich schon zu Verhandlungen bereitgefunden und von sich aus Arbeit angeboten.

Der Gewerkschaft ist vollkommen klar, daß mittelfristig nur eine Agrarreform das Problem der ständigen Arbeitslosigkeit in Andalusien lösen kann (verbunden mit einer regionalen Industrialisierung im politischen Rahmen eines autonomen Andalusiens). Mit Aktionen wie den geschilderten bereitet sie ihre Mitglieder bewußtseinsmäßig und organisatorisch auf den Kampf um die Agrarreform vor.

Wir können die Aktionen der Landarbeitergewerkschaft SOC unterstützen! Die Besetzung von Santa Teresa geht weiter und man kann Solidaritätstelegramme und -briefe dort hin schicken:

Encerrados
Iglesia Santa Teresa
Plaza de las Moradas
Sevilla

(Textbeispiel: Solidaridad internacionalista con los jornaleros del campo encerrados. – Internationale Solidarität mit den eingeschlossenen Landarbeitern.)

Geldspenden:
U. M. Baumgärtner
Landesgirokasse Stuttgart
(BLZ 600 501 01)
Konto Nr. 6773692

Europaweit Todesstrafe für Terrorismus?

Am Montag, dem 5.5.80, endete die Botschaftsbesetzung in London mit der brutalen Stürmung des Gebäudes durch die britische Killertruppe SAS („Special Air Service", eingesetzt im Oman und gegen die IRA!). Das Leben der Geiseln wurde rücksichtslos gefährdet, das der Botschaftsbesetzer galt offenbar von Beginn der ganzen Aktion an nicht als erhaltenswert!

Das 'Schauspiel' wurde dem britischen Volk als Direktübertragung im TV übermittelt. Die letzte öffentliche Hinrichtung ist ja noch nicht so lange her!

Dementsprechend liest sich die Bilanz: Vier Botschaftsbesetzer sind tot. Nähere Umstände ihrer Hinrichtung durch die SAS wurden nicht bekanntgegeben und sollen 'vorläufig' geheimgehalten werden.

Zwei Geiseln mußten im Krankenhaus bleiben, da sie Schuß- und Brandwunden davontrugen. Andere mußten sich ambulant behandeln lassen und standen unter Schock. Noch 18 Stunden nach der Erstürmung des Botschaftsgebäudes wurde die ausgebrannte Ruine nach 'Vermißten' abgesucht („FAZ", 7.5.), obwohl angeblich alle Geiseln 'befreit' waren. Treffend verglich die „Süddeutsche Zeitung" vom 6.5. diese Aktion mit der GSG 9-Heldentat Mogadischu; vergleichbar ist sie aber auch mit Stockholm. Anzufügen wäre noch, daß die entscheidende Parallele darin besteht, daß ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Geiseln gehandelt und mit den Geiselnehmern jeweils kurzer Prozeß gemacht wurde ...

Eine weitere Parallele besteht darin, daß die Verantwortlichen über diese Ergebnisse jedesmal den Mantel des Schweigens breiteten — der Vorwand, eine polizeiliche Taktik gegenüber den Geiselnehmern nicht preisgeben zu wollen, diente dazu, die unzähligen Widersprüche und Ungereimtheiten vor der Öffentlichkeit zu vertuschen, bzw. zu rechtfertigen. So auch diesmal ...

Was die Presse berichtet

Während die „SZ" am 6.5. noch berichtet, die Hoffnung auf eine friedliche Beendigung der Botschafts- berichtet, die Hoffnung auf eine friedliche Beendigung der Botschaftsbesetzung sei g e w a c h s e n, die fünfte Geisel wäre freigelassen worden, warten „FAZ" und „FR" schon mit relativ detaillierten Schilderungen auf, die den Hergang der Botschaftserstürmung beschreiben. Am Nachmittag des 5.5. hätte sich die Lage überraschend und dramatisch zugespitzt. Gegen 13.20 Uhr seien Schüsse in der Botschaft gefallen („FAZ", 6.5.). Die „SZ" stellt dieselben Schüsse erst um 16.40 Uhr fest.

Während die „SZ" lediglich berichtet, die Besetzer hätten ihre Forderung nach Freilassung der 91 Häftlinge (aus Khusistan) durch Teheran sowie nach freiem Geleit in ein Land ihrer Wahl praktisch nur wiederholt, weiß die „FAZ" von „neuen, unannehmbaren Forderungen" zu berichten, die sie freilich nicht näher benennt. Die „FR" vom 6.5. meint zu wissen, daß es den Besetzern den Botschaft vorwiegend nur noch um freies Geleit gegangen sei.

Immerhin herrscht Übereinstimmung bei der Presse in der „Überraschung über die plötzliche Zuspitzung der Lage". Die Drohung der Geiselnehmer, alle halbe Stunde eine Geisel zu erschießen, hatte die britischen Behörden zwar vorher nicht beeindruckt, nach fünf Tagen aber ließ diese Drohung ihnen dann doch „keine Wahl" mehr: Die SAS sollte das Problem auf die bekannte Art lösen ...

Übereinstimmung herrscht auch darüber, daß sich das Rätselraten um die Schüsse um 13.20 bzw. 16.40 Uhr — so genau weiß man das bis heute nicht — erst um 19 Uhr (bzw. 20 Uhr MEZ) aufklärte: Als nämlich die erste Leiche auf die Stufe der Botschaft mal geschoben, mal geworfen wurde.

Die bereitgehaltene SAS schritt genau 25 Minuten später ein („NZZ", 8.5.). Die berüchtigten Leuchtgranaten und eine Bombe steckten im Nu die Vorderfront des Hauses in Brand, eine 15-minütige Beschießung des Gebäudes („Feuerschutz") ließ ein Bergen von Verletzten nicht zu. Nach Berichten vom 7.5. ist der Sturm schon „in Sekunden" zum „vollen Erfolg" geraten: 19 Geiseln befreit, zwei Schwerverletzte darunter, vier Geiselnehmer tot, einer unverletzt festgenommen (wobei sein Glück offenbar einfach nur war, daß er mit einer Geisel verwechselt worden ist, vgl. „FAZ", 8.5.).

War die Presse noch am 6.5. davon ausgegangen, daß vermutlich 24 Geiseln im Haus waren (20 Perser, 4 Briten — nach „FAZ", 6.5.), tauchen die Fehlenden in der Bilanz des Abends nur noch als „Vermißte" („FAZ") und in der „NZZ" als „drei bis vier in den Trümmern vermutete Leichen" auf („NZZ",7.5.). Aber da „Aschenreste schwer zu identifizieren sind", hat es die vielleicht doch gar nicht gegeben — jedenfalls ist das alles kein Grund zur Beunruhigung ...

Wer Unklarheiten ausgeräumt sehen möchte, möge bitte Verständnis für die erforderliche Geheimhaltung aufbringen, wer kritische Fragen erwartet, kann sich diese glatt abschminken — die BRD-Presse ist besonders stolz auf den britischen Einsatz, aber nur bis zum 8.5.80! Danach herrscht Schweigen im Blätterwald.

... und was sie aus dem...

Die britische Regierung hatte sich von vornherein darauf festgelegt, daß eine Nachgiebigkeit gegenüber den Besetzern nicht in Frage käme. Die iranischen Machthaber ließen verkünden, die Aktion werde durch den CIA oder den Irak oder beide gesteuert. Für jede geschädigte Geisel werde eine(r) der 91 Häftlinge, deren Freilassung verlangt werde, bestraft. Evtl. werde auch ein Sturm der Botschaft durch (Khomeini-) Gläubige organisiert. Den Geiseln wurde anempfohlen, sich auf den Heldentod vorzubereiten (vgl. „FAZ", „SZ", „NZZ" und „FR" vom 2.5. bis 4.5.).

In einem Kommentar der „SZ" vom 6.5. wird die Hinhaltetaktik u n d d a s S p e k u l i e r e n mit der Menschlichkeit der Besetzer (ihre Drohungen nämlich nicht in die Tat umzusetzen!) geradezu als Höhepunkt der Kriegslist gefeiert, das Verstreichenlassen der ersten beiden Ultimaten (und die ausgebliebenen Folgen!) geradezu als Bestätigung. Es ist — auch wenn jetzt besonders überrascht getan wird, von vornherein in Kauf genommen worden, daß die Geiseln zu Schaden kommen (15-minütige Beschießung des brennenden Hauses!). Systematisch haben die britischen Behörden Friedfertigkeit geheuchelt, um Zeit für den Einsatz ihrer SAS zu bekommen. In der „NZZ" liest sich das so: *„SAS-Leute wurden auch bei früheren Geiselkonflikten bereitgestellt, allerdings nicht eingesetzt, weil sich der Konflikt gewaltlos lösen ließ. Eine friedliche Lösung war sicherlich auch jetzt beabsichtigt. Wie bei früheren Fällen wollte man die Terroristen durch andauerndes Verhandeln und Zureden dazu bewegen, sich zu ergeben. Dabei war man sich stets der Gefahr bewußt, daß die Terroristen aus Müdigkeit Kurzschlußhandlungen begehen konnten. Das scheint am Montag geschehen zu sein"* (8.5.).

In den Verhandlungen war von vornherein klargemacht worden, daß ihnen keine Straffreiheit gewährt werde, auch keine freie Ausreise aus Großbritannien (ebenda). Was die iranischen Machthaber betrifft: Sie weisen jede Parallele zur Besetzung der amerikanischen Botschaft (die sie für legal halten) zurück. Tatsache ist aber, daß sie die Forderung des Volkes von Khusistan nach Autonomie blutig unterdrücken (vgl. „Iran — Neue Diktatur oder Frühling der Freiheit"). Dieser Hintergrund beeinflußt eine Entscheidung über Recht und Unrecht mit!

Großbritannienkommission
KB/Gruppe Frankfurt

Aktionstag der britischen Gewerkschaften

Am 14.5. wollte der britische Gewerkschaftsverband TUC, dem 113 Einzelgewerkschaften mit etwa 12 Millionen Mitgliedern angehören, einen politischen Generalstreik von 24 Stunden gegen die Regierung Thatcher durchführen. Der Streikaufruf wurde allerdings weitgehend nicht befolgt.

Anlaß für den Aktionstag war, daß es die Regierung Thatcher geschafft hat, die Inflationsrate von etwa 8% auf 20% hochzutreiben, und das binnen einem Jahr. Ein weiterer Grund war, daß es die Regierung für wirtschaftlich opportun hält, daß die Arbeitslosenzahl mittlerweile auf 2 Millionen zutreibt (nach „Die Neue", 14.5.80). In den Tagen vor dem 14.5. zeigte die Streikfront erste Risse, es zeichnete sich ab, daß einzelne Gewerkschaften, so die der Eisenbahner, der Postarbeiter und der Krankenhausangestellten dem Aufruf nur teilweise Folge leisten würden. Kurz vor dem 14.5. wurde eine Umfrage veröffentlicht, nach der 83% der Wähler und sogar noch 73% der Gewerkschaftsmitglieder gegen den Aktionstag seien (nach „FAZ" vom 14.5.80). Auf Antrag einiger Zeitungen erklärte die Justiz den Streikaufruf für nicht legal. Margaret Thatcher hetzte ebenfalls voll gegen den Streik und drohte, daß die Gewerkschaften und ihre Mitglieder die Folgen, auch die finanziellen, tragen müßten. Die Hetze und die Schikane blieb leider nicht ohne Wirkung.

Eine größere Beteiligung gab es fast nur in Schottland, Wales und Yorkshire. In Schottland fielen 80% der Züge aus; 12 von 16 Kohlegruben wurden bestreikt, ein Stahlwerk wurde von streikenden Spezialisten lahmgelegt. In Yorkshire wurden 50 von 63 Kohlegruben bestreikt. In Wales wurden 36 Kohlegruben bestreikt. Weiter erschien am 14.5. keine nationale Zeitung in Großbritannien, darüberhinaus wurden noch einige Betriebe der Stahlindustrie bestreikt. Ansonsten war die Beteiligung am Aktionstag sehr gering (nach „FAZ" und „SZ" vom 16.5., „Die Neue" vom 17.5.).

Der Vorsitzende des TUC erklärte, nach dem Aktionstag müsse die Kampagne gegen die Regierung Thatcher mit örtlich begrenzten Aktionen und Propaganda fortgesetzt werden.

KB/Gruppe Frankfurt

Straßenkämpfe ...

. . . in Amsterdam, in Bremen und Kopenhagen — die Militanz der späten sechziger Jahre scheint erneut aufzublühen. Die Bewohner des Kopenhagener Altbauviertels Nørrebro bauten sich vor sechs Jahren auf einem für die Stadtteil„sanierung" vorgesehenen Gelände einen Bauspielplatz. Jetzt sollte ihren Kindern der Spielplatz genommen werden.

Ein AK-Leser aus Helsingør schreibt uns: „.... *Der beabsichtigte Abbruch wurde einen Monat lang von den Bewohnern verhindert, aber am 22. April brach die Polizei die Blockade und entfernte die Spielgeräte. Am selben Abend noch bauten die Nørrebroer ihren Platz wieder auf.*

Am 29. April griff Polizei den Platz erneut an, ein Teil der Spielgeräte wurde zerstört, wer Widerstand leistete wurde mit Hunden und Knüppelschlägen vertrieben. In ihrer spontanen Wut blockierten die Bewohner von Nørrebro zwei Hauptstraßen mit Bussen, stürzten eine Baubude quer über die Straße, ergänzten das Bauwerk mit Abfallfässern. Und am Abend wurde der Spielplatz zum zweiten Mal wieder aufgebaut.

Ein paar Tage später entfernten die Einwohner die Barrikaden von den Hauptstraßen, da ihnen vom Rathaus die Zusage gemacht worden war, daß erst auf einer Sitzung am 5. Mai über das Schicksal des Platzes entschieden werden soll. Zur Vorsicht aber wurden jetzt die Straßen direkt um den Platz herum verbarrikadiert.

Aber schon zwei Tage vor der Ratssitzung, am 3. Mai, walzten ‚Kollegen' Abbrucharbeiter unter Polizeideckung mit LKWs und Bulldozern den Platz platt. Kinder und Erwachsene wurden von Spielgeräten und Hütten heruntergestoßen und wiederum Hunde und Knüppel eingesetzt. Nachher war vom Spielplatz kein Splitter mehr zu sehen.

Die Polizei führte jetzt den Ausnahmezustand ein. Am Nachmittag entwickelten sich reguläre Straßenkämpfe: Alle Gruppen mit mehr als fünf Personen wurden aufgelöst von knüppelschwingenden, brüllenden Sturmtruppen. Menschen wurden durch die Straßen gejagt, Schwangere, Kinder und Alte wurden überfallen und verprügelt, eine Unzahl von Zivilen griff die Leute von hinten an. Eine genehmigte Demonstration wurde um 22 Uhr brutal zerschlagen.

Gegen Mitternacht ergaben sich die terrorisierten und verschreckten Bewohner Nørrebros. Die Ruhe war wiederhergestellt — und die Straßen waren voll Polizei . . . ".

Der Mut der Leute aus Nørrebro und ihrer Freunde ist jedoch nicht gebrochen: In einem Zug von 10000 Menschen demonstrierten sie am 5. Mai vor das Rathaus mit den Forderungen „Mehr Kindergärten, weniger Polizei" und „Hände weg vom Spielplatz". Ein Unterstützungsfond wurde gegründet, um das Grundstück für den Wiederaufbau des Abenteuerspielplatzes zu kaufen.



Black Power

Neue Militanz gegen weißen Rassismus



Mit schweren Unruhen, militanten Demonstrationen und Angriffen auf die Institutionen der weißen Staatsgewalt hat die schwarze Bevölkerung der USA erneut die Augen der Weltöffentlichkeit auf die Rassendiskriminierung in den USA gelenkt. Ein Schwarzer war von einer Polizeitruppe bestialisch ermordet worden. Die weiße Jury sprach alle Angeklagten frei, obwohl die Beweise erdrückend waren. Diese zynische Verachtung gegenüber einem schwarzen Menschenleben brachte das Faß zum Überlaufen, das seit Monaten randvoll ist: Ein schwarzer Lehrer wird in seiner Wohnung von der Polizei überfallen und mißhandelt, die Polizisten gehen straffrei aus; ein 11jähriges schwarzes Mädchen wird von einem Weißen vergewaltigt, und der wird freigesprochen; ein Schwarzer pinkelt an eine Mauer und wird von weißen Bullen durch Genickschuß ermordet, die Bullen werden natürlich freigesprochen. Dies sind nur einige Beispiele der Rassendiskriminierung, wie sie täglich ausgeübt wird.

Vor zehn Jahren hatte die Black Power Bewegung durch den militanten Kampf auf die Lage der Schwarzen aufmerksam gemacht. In den folgenden Jahren wurde sie mit allerlei Versprechungen hingehalten. Verbessert hat sich nichts, im Gegenteil. Die tägliche Diskriminierung ist geblieben und die materiellen Bedingungen haben sich noch verschlechtert, denn mit der Wirtschaftskrise der USA steigt vor allem die Arbeitslosigkeit bei den Schwarzen. Während weiße Kubaner politisches Asyl, Arbeit und Einkommen erhalten, werden die Schwarzen immer weiter ins soziale Elend gedrängt.

Der Freispruch für die Mörder eines Schwarzen war so Provokation und Signal zugleich. Er war der Anlaß für die schwersten Unruhen seit Jahren: mindestens 15 Tote, über 300 Verletzte, 1000 Verhaftete und ein Sachschaden, der in die Hundertmillionen Dollar geht. Es ist die neue Antwort der Schwarzen nach Jahren des Versuchs, die weißen Rassisten friedlich zu überzeugen. Und die Geschichte der Schwarzen hat bewiesen: es gibt keinen anderen Weg!

Am 17. Dezember letzten Jahres wurde der 33jährige schwarze Versicherungskaufmann Arthur McDuffie von Polizisten angehalten. Er hatte mit seinem Motorrad die Höchstgeschwindigkeit übertreten und sich auf ein Rennen mit der Polizei eingelassen. Als er schließlich von mehreren Wagen verfolgt wurde, gab er auf. Während einer der Polizisten ihn mit einem Revolver in Schach hielt, zogen ihn andere vom Motorrad, schlugen ihn zu Boden und ermordeten ihn bestialisch. Wieder hatten weiße Rassisten ein schwarzes Leben ausgelöscht. *,,McDuffie ist, nachdem er angehalten und ,Ich gebe auf' gesagt hat, erst mit Handschellen gefesselt,*

sisten ein schwarzes Leben ausgelöscht. *,,McDuffie ist, nachdem er angehalten und ,Ich gebe auf' gesagt hat, erst mit Handschellen gefesselt,*

dann mit einem auf die Kehle gepreßten Schlagstock schwer gewürgt und schließlich niedergeschlagen worden. Trotz der Bedenken einiger Kollegen, es seien ,zu viele Zeugen da', kühlen dann ein Dutzend Polizisten ihr Mütchen an dem wehrlosen Opfer.

Sie schlagen und treten auf den Mann ein, ein Polizist schießt sogar auf ihn, verfehlt ihn jedoch. Mehrere versuchen ihm die Beine zu brechen. Einer schließlich schlägt ihm eine Polizeikelle oder eine schwere Leuchte — bis heute ist diese Frage nicht geklärt — mit solcher Wucht genau zwischen die Augen, daß der Schädel platzt. Um Spuren zu verwischen, zertrümmern die Polizisten das Motorrad. Es soll nach Sturz aussehen'' (,,stern'', 29.5.80).

Anfang Mai fand der Prozeß gegen fünf von ursprünglich sechs angeklagten Polizisten statt. Gegen einen der fünf wurde eine Mordanklage erhoben, zwei weitere wurden des Totschlags angeklagt und die beiden übrigen der Vertuschung eines Verbrechens beschuldigt.

Alex Marrero, der wegen Mordes angeklagt wurde, ist übrigens noch in

übrigen der Vertuschung eines Verbrechens beschuldigt.

Alex Marrero, der wegen Mordes angeklagt wurde, ist übrigens noch in

eine weiteres Verfahren verwickelt: Eine 1 Millionen Dollar Schadenersatzklage wegen Gefangenenmißhandlung.

Bis zum Prozeß wurden alle Angeklagten auf freiem Fuß gelassen, Marrero allerdings gegen eine Kaution von 75000 Dollar. Bevor es jedoch zum Prozeß kam, wurde willkürlich der Prozeßort von Miami in das 400 km entfernte, an der Westküste Floridas gelegene Tampa verlegt. Offiziell begründet wurde der Schritt mit der ausführlichen Presseberichterstat-

fiziell begründet wurde der Schritt mit der ausführlichen Presseberichterstat-

tung zum Prozeß — das könnte die Jury beeinflussen. Näher kam schon die Begründung über die ,,Voreingenommenheit'' der Bevölkerung. Die schwarze Bevölkerung Miamis wußte das allerdings besser. So meinte Ray Fauntroy von der Southern Christian Leadership Conference (SCLC — eine Bürgerrechtsorganisation): *,,Das soll nur verhindern, daß die Leute aus Miami dorthin kommen''* (,,Guardian'').

Im Prozeß wird der eingangs geschilderte Ablauf von aussagenden Polizisten (die als Kronzeugen von vornherein straffrei blieben) voll bestätigt. Es kann also keinen Zweifel geben: das ist bestialischer Mord aus rassistischen Gründen. **Aber die weisse Jury sprach die fünf Angeklagten frei. Ihre Begründung: McDuffie hätte Karatekenntnisse gehabt und das Verhalten der Polizisten sei angemessen und der Tod ein Unglücksfall gewesen.**

In der Nacht nach diesem Tag stand Miamis Nordwesten in Flammen. *,,Man muß nicht schwarz sein,''* schrieb der ,,Miami Herald'' am Tag darauf, *,,sondern nur ein Mensch, um vor Wut zu glühen über diesen Freispruch. Ist es ein Wunder, daß Schwarze sich unterdrückt und verraten fühlen vom weißen Estabilishment und seiner Justiz?''* (nach ,,stern'', 29.5.80)



Eine Situation, die die Farbigen von Miami nur zu häufig erleben: Ein Schwarzer liegt gefesselt am Boden, ein weißer Polizist drückt ihm den Stiefel ins Kreuz

Black Power gegen weißen Rassismus und Faschismus

Die folgende Schilderung entnehmen wir der amerikanischen linken Zeitschrift ,,Guardian'':

,,Bis acht Uhr abends hätten sich am 17. Mai etwa 7000 wütende Demonstranten vor dem Metro-Justizgebäude versammelt. Das Gebäude ist sowohl das Hauptquartier der Polizei von Dade County, als auch das des Gerichts.

Die Demonstration war kurzfristig vom NAACP (,,National Assoziation for the Advancement of Colored People'' — gegründet 1910, älteste Bürgerrechtsorganisation - Anm. AK) *angesetzt worden und die große Anzahl Menschen war durch die Berichterstattung zweier schwarzer Radiostationen mobilisiert worden.*

erstattung zweier schwarzer Radiostationen mobilisiert worden.

Es bestand eine Stimmung der Wut und Spannung, aber es war friedlich, zuerst. Leider gab es keine organisierte Leitung der Demonstration und kein Lautsprechersystem, so daß die Sprecher nicht gehört wurden.

Die Demonstranten, einige trugen schwarze Armbinden, sangen ,We shall overcome' und riefen Parolen: ,Reno must got' (Reno ist der Staatsanwalt in Miami), *,Keine weiße Polizei in schwarzer Nachbarschaft', ,Gerechtigkeit, Gerechtigkeit, Gerechtigkeit'.*

Transparente verkündeten ,America ist eine verdammte Lüge', ,Wo bleibt die Gerechtigkeit für den Schwarzen Menschen', ,Vergeßt McDuffie nicht'. Ein Priester rief zum Gebet auf, aber die Demonstranten antworteten: ,Wir haben die Schnauze voll mit Beten, Amen!'

Als die Demonstranten zum Polizeihauptquartier und Gericht marschierten, flogen Helikopter über sie hinweg. Steine und Flaschen wurden geworfen. Die Staatsflagge Floridas wurde zerrissen und durch eine Fahne mit den Farben der schwarzen Nationalisten ersetzt: schwarz, rot und grün.

Plötzlich fuhr ein Polizeiwagen provozierend durch die Menge. Er überfuhr den Fuß eines jungen Mädchens. Innerhalb weniger Minuten brannte der Wagen. Bald brannten 10 weitere Polizei- und Regierungswagen. Inzwischen hatten Leute die Tür zum Polizeihauptquartier eingetreten. Schüsse fielen. Es schien als ob die Demonstranten das Polizeihauptquartier einnehmen könnten. Dann kam der Gegenabgriff der Polizei. Die Bullen nahmen Verhaftungen vor. ,Nehmt mich mit und schlagt auch mich! Tötet auch mich', rief ein Mann, als ihm Handschellen angelegt wurden.

Mittlerweile wurde das Staatsgebäude, das auf der anderen Straßenseite lag, angesteckt. Weiße Autofahrer wurden aus ihren Wagen gezerrt und geschlagen. Den 40–50 weißen Unterstützern der Demonstration wurde geraten, die Demonstration zur eigenen Sicherheit zu verlassen.

,Auge um Auge, Zahn um Zahn', rief ein junger Mann. ,Das Problem ist, es gibt keine Verantwortlichen', meinte Marvin Dunn, Universitätspro-

ist, es gibt keine Verantwortlichen', meinte Marvin Dunn, Universitätspro-

fessor und Kandidat der ,Schwarzen Demokratischen Partei'. ,Es kann keinen geben, der dies leitet. Jetzt ist das Ganze außer Kontrolle. Es wird eine lange Nacht werden.'

Während dieser langen Nacht gingen die Straßenkämpfe weiter. Am Sonntagmorgen, dem 18. Mai, hing eine dicke schwarze Rauchwolke über dem Nordwesten Miamis. Es hatte vier Tote gegeben und 100 Menschen lagen im Krankenhaus.

Bob Graham, der Gouverneur Floridas, rief die Nationalgarde zur Hilfe und etwa 1000 Nationalgardisten, bewaffnet mit Schrotflinten und Maschinengewehren, besetzten und umstellten Miamis schwarzen Stadtteil, der ironischerweise ,Liberty City' genannt wird. Eine Ausgangssperre von 20 bis 6 Uhr wurde in den Zentren des Aufstands angeordnet. Die Nationalgarde wurde an zentralen Verkehrsknotenpunkten aufgestellt, und es wurden Ausweiskontrollen durchgeführt. Bis zum Redaktionsschluß des Guardian ist die Polizeitruppe auf siebentausend Mann angewachsen. Die Schulen von Dade County wurden bis auf Weiteres geschlossen. Die Straßen in Downtown Miami waren am 19. und 20. Mai fast leer. Die Geschäfte hatten geschlossen.

Überall innerhalb der schwarzen Gemeinde waren die Geschäftsfenster eingeschlagen, Gebäude niedergebrannt. Heckenschützen hinderten die Feuerwehr am Löschen. Die Straßen waren mit Steinen und zerbrochenem Glas übersät. Bewaffnete Bullen schienen fast jede Ecke besetzt zu halten. Parolen waren überall in der Stadt an die Wand geschrieben worden, sie drückten das aus, was viele dachten: ,McDuffie ist von Metro Bullen ermordet worden,' hieß eine, ,Weiße Knallköpfe sind zu nichts nutze', eine andere.

Bis zum Redaktionsschluß des Guardian waren an die 1100 Verhaftungen vorgenommen worden, über 800 davon waren Schwarze. Die meisten waren wegen Diebstahls verhaftet worden, einige wegen Bruchs der Ausgangssperre. Die Gerichte und Gefängnisse reichten nicht aus, und so

Fortsetzung nächste Seite

26 Jahre
Ein Überblick

1954 hebt der Oberste Gerichtshof die Segregation (Apartheidsgesetze der USA, Segregation: Ausscheidung) auf. In den Jahren danach entwickelt sich eine immer stärker werdende Bürgerrechtsbewegung, zu deren führenden Kraft die Southern Christian Leadership Conference wird. Martin Luther King ist einer ihrer bekanntesten Repräsentanten. 1960 findet ein Sit-In gegen die praktisch natürlich fortbestehende Segregation in einem Restaurant in Greensboro statt. Innerhalb weniger Tage wird diese erste Aktion in anderen Städten wiederholt, es kommt zu einer Welle von Sit-Ins. Die Jahre danach sehen eine immer breiter werdende Bewegung, „Freedom-Rides" und andere Aktionen finden statt. Aber auch die Reaktion wird stärker: 1964 werden in Birmingham drei Bürgerrechtler vom KuKluxKlan ermordet und verstümmelt, ein Jahr später wird Malcom X erschossen. In beiden Fällen vermutet man heute eine Mitbeteiligung des FBI, zumindest ein Mitwissen. 1965 finden in den Ghettos von Watts und Selma Aufstände statt.

Im Juni des Jahres findet in Missisippi eine Bürgerrechtsdemonstration statt, ein Demonstrant wird dabei von weißen Rassisten angeschossen. Unter der Parole „Black Power" spalten sich die Militanten von der Bürgerrechtsbewegung ab. Es kommt zu weiteren Aufständen in 20 amerikanischen Städten. Im Oktober wird in Oakland in Californien von Huey Newton und Bobby Seale die Black Panther Party (BPP) gegründet.

Ein Jahr später finden im

fornien von Huey Newton und Bobby Seale die Black Panther Party (BPP) gegründet.

Ein Jahr später finden im

April die ersten großen Antikriegsdemonstrationen statt. Im Sommer kommt es in über 100 Städten zu Rebellionen in den schwarzen Ghettos. Von Lyndon Johnson wird die „National Commission for Civil Disorder" einberufen. Das Cointel-Programm des FBI läuft an. Hoover: *„Enthüllt, unterbrecht, diskreditiert oder zumindest neutralisiert die Aktivitäten der schwarzen nationalistischen, haßartigen Organisationen, deren Führung, Sprecher, Mitglieder oder Sympathisanten ...".* Im April 1968 wird Martin Luther King ermordet. In über 100 Städten folgen Aufstände und Straßenschlachten, teilweise unter Führung der BPP. Noch während dieses Jahres laufen die ersten Angriffe auf die Panther: Newton wird verhaftet, Cleaver muß ins Exil gehen. Bei der „Democratic Convention" in Chicago kommt es zu großen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Sieben Leute werden angeklagt.

Im folgenden Jahr wird der Polizeiterror gegen die Black Panther noch mehr eskaliert: Ende 1969 sind schon 28 Panther von der Polizei erschossen worden, die Parteiführung ist verhaftet (Newton, Seale), im Exil (Cleaver, „Big Man") oder ermordet (Hutton, Hampton).

1970: Die Rezession verschärft sich, die Arbeitslosigkeit steigt, US-Einmarsch in Kambodscha. Proteste an den Universitäten von Jackson und Kent: Insgesamt sechs Tote, 21 Verwundete, als die Polizei in die Demonstrationen schießt. Im Oktober wird Angela Davis verhaftet. Sie wird beschuldigt, bei dem Befreiungsversuch von George Jackson geholfen zu haben.

Der immer stärker werdende Polizeiterror und die mangelnde Führung spaltet die BPP in einen friedlichen und einen militanten Flügel. 500.000 demonstrieren gegen den Krieg in Vietnam.

Die schwarze Bewegung löst sich mehr und mehr auf und integriert sich in Arbeitskämpfe, Antikriegsaktivitäten und verschiedenen Stadtteilprojekten. George Jackson wird im Gefängnis von San Quentin ermordet und in Attica werden 40 Menschen bei einem Gefangenenaufstand getötet.

Die siebziger Jahre werden eine Zeit der relativen Ruhe. Ähnlich wie in Westdeutschland bilden sich aus der Protestbewegung etliche linke Zirkel, man versucht, auf die „Arbeiterklasse zu orientieren". Auch das „Bussing" von Schulkindern

gung etliche linke Zirkel, man versucht, auf die „Arbeiterklasse zu orientieren". Auch das „Bussing" von Schulkindern

steht in diesen Jahren im Mittelpunkt. So kommt es zum Beispiel in Boston häufig zu Auseinandersetzungen, weil weiße Eltern nicht wollen, daß ihre Kinder in Schulen transportiert werden, in denen auch Farbige unterrichtet werden. Inspiriert durch die Kämpfe der sechziger Jahre beginnt sich eine Bewegung der Indianer herauszuschälen. Hier nimmt der AIM (American Indian Movement) eine führende Rolle ein.

Erst Ende der siebziger Jahre führt die zunehmende Arbeitslosigkeit, die Energiekrise, die sich verschlechternde Sozialfürsorge und vor allem der wachsende Rassismus zu wachsender Unruhe in der schwarzen Bevölkerung. Der Polizeiterror in den Großstädten und die Klan-Morde von Greensboro führen zu ersten größeren Protesten.

USA-Kommission

Fortsetzung von Seite 40

Black Power

wurden die meisten kurz nach der Personalienfeststellung wieder entlassen.

Viele der Festgenommenen beschwerten sich über die übermäßige Gewalt und Brutalität der Polizei. Andere wurden einfach ohne Grund von der Polizei verhaftet. ‚Ein Zusammentreiben war es, nichts weiter', meinte einer der Verhafteten. In einem Fall wurden Autos auf einem Parkplatz vor einem ausgeraubten Geschäft von der Polizei demoliert. Nach Angaben eines Zeugen zerschlugen die weißen Polizisten die Scheiben der Wagen, zerschnitten die Reifen und sprühten ‚Dieb' und ‚Räuber' auf die Wagen. ‚Dieses (Verhalten der Polizei) muß aufhören', sagte George Jones Ayers, ein Aktivist, ‚ich kann den Leuten nicht erzählen, daß sie ruhig bleiben sollen, wenn die Polizei ungestraft solche Sachen machen kann'.

Während einige Weiße getötet wurden, und die regionale Presse sich darauf eingeschossen hat, sind die meisten der Getöteten Schwarze. Einige wurden von der Polizei und Nationalgarde umgebracht, andere wurden durch weiße Rassisten getötet, die einfach in schwarze Gruppen hineinschossen.

Am 19. Mai wurde der 33jährige Schwarze Allen Mills durch mindestens fünf Schüsse von Polizei und Nationalgarde getötet. Die Polizei behauptet, er hätte ein Messer gezogen. Die Zeugen sind anderer Meinung.

Mills fuhr mit einem Fahrrad an einem Kontrollpunkt vorbei und bekam offensichtlich Streit mit der Polizei. Eine Zeugenaussage: ‚Er ließ sein Fahrrad fallen, lief auf die Polizei zu und dann über die Straße. Die Polizisten forderten ihn auf stehenzubleiben. Er lief weiter und sie schossen ihm in den Rücken!' Schnell versammelte sich eine Menschenmenge. ‚Sie werden unsere Jungen töten', rief einer. ‚Sie werden nicht aufhören, bis unsere gesamte Jugend tot ist!' ‚Warum erschießen sie uns nicht alle', rief ein anderer" („Guardian", 28.5.80).

Alle Hebel in Bewegung für die Befriedung

Am Montag flauten die Auseinandersetzungen langsam ab, nur noch vereinzelt fielen Schüsse. Die Bilanz des Wochenendes : 15 Tote, davon 8 Schwarze, vier Weiße und ein vor Schreck gestorbener Bulle; über 370 Verletzte und weit über 1000 Verhaftungen. Der Brandschaden soll nach Angaben der Versicherungen über 100 Millionen Dollar betragen. Das wäre der größte Brandschaden, den es je bei einem Aufstand gegeben hat (das liegt wohl auch daran, daß diesmal nicht nur Häuser in den Ghettos in Brand gesteckt wurden, wie bei den Aufständen in den Sechziger Jahren).

Noch während der Unruhen beeilte sich die Regierung, die Gemüter zu kühlen. Carter entsandte seinen Generalstaatsanwalt Civiletti mit einem Team von etwa 30 Mann nach Miami, um die kritisierten Fälle neu aufzurollen. Beamte für „Community Relations" beim Justizdepartment tauchten am Sonntag des Wochenendes auf, um bei *„den örtlichen Behörden Gehör zu finden für das, was (sie) ihnen schon immer versucht haben zu erzählen . . ."* („IHT", 22.5.80).

Auch Ex-Uno Botschafter Andrew Young jettete nach Miami, um die Wogen zu glätten. Darin hatte er bereits einige Erfahrungen, schließlich war er seinerzeit Johnsons Beschwichtiger in Watts (siehe Kasten). Doch die alte Masche zog nicht mehr. Als er auf einer Veranstaltung in Miami davon sprach, daß der Fortschritt für die Schwarzen nur durch die Wahlen erkämpft werden könne, wurde er ausgebuht.

Auch die ehrwürdige NAACP reihte sich ein in die Reihen der „Friedensstifter", worunter hier nur der Frieden für die Weißen verstanden werden kann. Benjamin Hooks, einer ihrer Führer, meinte, daß sie *„alles tun wollten, um die Situation in Grenzen zu halten und weitere Ausbrüche in anderen Städten zu verhindern"* („Guardian", 28.5.80).

Im Anschluß an den Aufstand legte eine Koalition von NAACP und SCLC einen Forderungskatalog vor: Anklageerhebung gegen alle am McDuffie-Mord beteiligten Bullen; Entfernung von Staatsanwalt Reno aus dem Amt; Überprüfung der Amtsgeschäfte der Staatsanwaltschaft; Einsetzung eines zivilen Untersuchungskomitees zur Polizeibrutalität; Beendigung der Benachteiligung von Schwarzen bei der Arbeitsplatzvergabe; Schaffung von Arbeitsplätzen für Jugendliche; Miami soll Notstandsgebiet werden und massive Finanzunterstützung durch den Bund erhalten; Anerkennung der Haitianer als politisches Asyl Suchende; eine gerechtere Zusammensetzung der Jury bei Prozessen und Amnestie für alle bei den Unruhen Verhafteten.

Eine Koalition von 30 weißen und spanischen Gruppen unterstützte diese Forderung, darunter so bekannte Gruppen wie die ACLU (American Civil Liberties Union) und die National Lawyers Guild.

Miami ist nicht Ausnahme, sondern Regel

Miami ist nicht Ausnahme, sondern Regel

Kaum waren die Brände in Miami verloschen, flammten neue Feuer auf, diesmal in Wrightsville in Georgia, dem Heimatstaat des Erdnußfarmers. Am 20.Mai brannten bei Protesten im schwarzen Ghetto der Stadt einige Häuser nieder. Drei Menschen wurden während einer Schießerei verletzt: ein Polizist, ein Feuerwehrmann und eine schwarze Frau. An die 50 Menschen wurden zur Personalienfeststellung verhaftet. Nach Angaben der SCLC war ein Überfall weißer Rassisten auf das Ghetto der Anlaß zu den Auseinandersetzungen. Das allerdings wäre nichts Neues in der Stadt. Bereits am 9.April war ein schwarzes Kind im Wohnwagen seiner Eltern von weißen Rassisten durch Schüsse schwer verletzt worden, auch hier fand wenige Stunden später eine Demonstration statt.

Dieses sind die neuesten Höhpunkte eines schon länger andauernden Konfliktes. Seit langem fordert die schwarze Bevölkerung die Gleichberechtigung bei der Arbeitsplatzvergabe in örtlichen Betrieben und die Absetzung des Sheriffs Rowland Attaway. Attaway und seine Hilfssheriffs hatten vor einiger Zeit einen Angriff von 100 Weißen auf 75 schwarze Demonstranten angeführt. Diese Vorfälle hätten, so Dearest Davis von der SCLC, *„der schwarzen Bevölkerung der Stadt die Augen geöffnet"* (nach „Guardian", 30.5.80). Mittlerweile hat der Gouverneur von Georgia 2500 Staatspolizisten nach Wrightsville geschickt, um für (Un)ruhe zu sorgen.

Miami und Wrightsville sind nur zwei Beispiele. In vielen Städten reicht es jetzt der schwarzen Bevölkerung. Arbeitslosigkeit, schlechte Sozialfürsorge, wachsender Rassismus und nicht zuletzt die Polizeibrutalität haben ein Klima extremer Spannungen geschaffen, das jetzt auch mit brutaler Staatsgewalt nicht mehr vor der Explosion zu bewahren ist. In den schwarzen Stadtteilen wird die Arbeitslosigkeit der schwarzen Jugendlichen auf 80% beziffert. Nach Angaben der Regierung soll die Arbeitslosigkeit der schwarzen Bevölkerung insgesamt 13% betragen, wahrscheinlich ist sie aber doppelt so hoch. Nach Angaben der National Urban League sind ungefähr 77% der schwarzen Familien auf Unterstützung angewiesen, um zu überleben. Das Einkommen einer schwarzen Familie liegt im Durchschnitt bei 59% des Einkommens einer weißen Familie. Die Kindersterblichkeit bei Schwarzen betrug 1977 2,36%, bei Weißen hingegen 1,23%. Von den 435 Mitgliedern des Repräsentantenhauses sind nur 17 Schwarze. Die Rezession tut das Übrige. Bei Preissteigerungsraten von 6%, im März sogar 17%, wird es für viele Familien mit geringem Einkommen immer schwieriger, für den Unterhalt zu sorgen. Die Situation in den Ghettos der großen Städte wird für die Stadtverwaltungen immer unkontrollierbarer. Um überhaupt der Lage Herr zu werden, lassen sie ihren Polizeitruppen völlig freie Hand. Das führt dazu, daß die Polizeibrutalität immer mehr zunimmt. Ein Beispiel ist Philadelphia.

Hier hatte die Brutalität der Polizeitruppe solche Ausmaße angenommen, daß im August letzten Jahres vom Justizministerium scheinheilig Klage erhoben wurde. Anklagepunkte waren: Die Verletzung der bürgerlichen Freiheiten, der Verfassungsrechte sowie die weitverbreitete und systematische Brutalität der Polizei. Die Anklage wurde mit dem formalen Argument zurückgewiesen, das Justizministerium dürfe nicht im Namen Dritter sprechen.

Ein anderes Beispiel ist New York: *„Unsere Stadt ist voll von Polizeibrutalität ... Jeden Sommer wird ein schwarzer oder lateinamerikanischer Jugendlicher erschossen ... Vierzig Menschen wurden in den letzten Jahren von Polizeikugeln getötet, die meisten seit 1974. Schwarze Mütter haben Angst, daß ihre Söhne eines Abends nicht mehr zurückkommen, weil sie Opfer einer verirrten Polizeikugel geworden sind . . ."* („Village Voice", 1.10.79).

Diese Lage in den großen Städten ist den Behörden nur zu gut bekannt. So der „Community Relations Service" zu Miami: *„Wir sind seit 1970 immer wieder in Miami gewesen. Unsere Leute fühlten, daß dies passieren mußte — auf Grund der Zwischenfälle, des Gemisches ethnischer Gruppen und des Gefühls (unter Schwarzen) das die United States Vorurteile gegen Haitianer hätten . . ."* („International Herald Tribune", 21.5.80).

Auch der Berater für Minderheitsfragen beim Präsidenten meint, er hätte es schon immer gewußt, und er erwarte weitere Aufstände in Philadelphia, New York und Washington (ebenda). Mit Letzterem wird er wohl recht haben.

Zwei Wege: Aufruf zum „Frieden" und Aufruf zum Kampf

Die Einschätzungen zu den Unruhen von Miami gehen innerhalb der schwarzen Bevölkerung weit auseinander. Auf der einen Seite die „Alten": Andrew Young, Jesse Jackson, Benjamin Hooks (NAACP) und Joseph Lowery (SCLC). Sie versuchten schon während der Unruhen zu beschwichtigen.

Auf der anderen Seite die Organisatoren und Aktivisten an den Wurzeln der Bewegung: Ein Aktivist in Miami zu den Beschwichtigungsversuchen: *„Die alte Garde muß begreifen, daß wir 1980 haben. Wir brauchen Veränderungen. Die Leute haben erkannt, daß die Führung weniger effektiv geworden ist. Dies ist eine neue Ära"* („Guardian", 28.5.80).

Michael Amon-ra von der Black United Front (BUF) in New York: *„Wir meinen, daß die Situation sich schon seit langem zusammenbraut. Die 70er waren ein Jahrzehnt der Desillusion und Frustration, eine Periode des Elends für die Mehrheit der Schwarzen in USA ... Was wir in Miami erlebt haben ist, daß die Menschen mit dem Rücken zur Wand standen. Sie beschlossen zu kämpfen und eine Methode zu benutzen, die 1960 sehr effektiv war, um gehört zu werden"* (ebenda).

Florence Walker von der Philadelphia BUF: *„Ich bin froh, daß die Menschen etwas tun. Wir werden die Dinge in unsere eigenen Hände nehmen. Die sogenannten Führer, die über Bürgerrechte reden, sollten die Menschen dort nicht verdammen ... Wir müssen die Masse unseres Volkes organisieren, um effektiver zu protestieren"* (ebenda).

USA-Kommission

US-Nazis üben fleißig

US-Nazis üben fleißig



Eine Teilnehmerin des „Hitlerfestes" der Ku-Klux-Klan zur Unterstützung der Mörder von Sozialisten

Mitglieder des Ku-Klux-Klan und Nazis schossen im vergangenen November in Greensboro, North Carolina, in eine Anti-Klan-Demonstration und ermordeten dabei fünf Menschen. Die fünf waren Mitglieder der dortigen „Kommunistischen Arbeiterpartei". Vierzehn Männer wurden angeklagt.

Damals sagte deren Anwalt Harold Covington: Dies sind *„Vietnam-Veteranen, die gegen die Kommunisten gekämpft haben. ... Der Gedanke, daß Kommunisten auf amerikanischem Boden marschieren, ging ihnen gegen den Strich"* („Raleigh News and Observer", 5.11.79).

Am Sonntag, dem 20. April 1980, wurde zur Unterstützung der Angeklagten ein „Hitlerfest" organisiert, zu dem Faschisten von weither kamen. Die 50 teilweise paramilitärisch ausgerüsteten Faschisten verbrannten am Abend nach Klan-Tradition ein neun Meter hohes Holzkreuz. Trotz Polizei„schutz" waren sie schwer bewaffnet. Covington, die Pistole an der Hüfte: Das ist nur *„gegen den Abschaum der Erde"* („Buffalo Courier-Express", 20.4.80).

Am selben Abend wurden in Chattanooga, Tennessee, vier schwarze Frauen beim Verlassen eines Lokals von Klan-Mitgliedern angeschossen. Die drei Männer (23, 26 und 30 Jahre alt) konnten unmittelbar darauf verhaftet werden. Die Frauen, zwischen 46 und 66 Jahren alt, wurden in die Beine getroffen. Zur selben Zeit brannten zwei Blocks weiter zwei der berüchtigten Klan-Kreuze („Buffalo Courier-Express", 21.4.80).

Zwei Wochen später nominierte die Republikanische Partei ihren Kandidaten für den Posten eines „attorney general" (entspricht ungefähr Justizminister hier) des Bundesstaates North Carolina. Zur Wahl standen Bundesstaatsanwalt Keith Snyder und — Harold Covington! Der sechsundzwanzigjährige Covington hatte bis dahin schon genug von sich reden gemacht, sollte angenommen werden. Er war als Vorsitzender der „National Socialist Party of America", einem Teil der „American Nazi Party" bekannt.

43 % (56.006 Stimmen) entfielen auf Covington! 45 der hundert Landkreise stimmten für ihn. Covington: *„In der Republikanischen Partei stekken viele verborgene Nazis. Die meisten Konservativen sind insgeheim Nazis. Wenn man daran kratzt, zeigt sich unter einem Konservativen ein Nazi, ganz genauso, wie wenn man an einem Liberalen kratzt, kommt ein Kommunist zum Vorschein".* Die Republikaner wollten dieses Ergebnis natürlich herunterspielen und behaupteten, niemand hätte gewußt, wer Covington sei. Dazu Covington: *„Ich meine, Unwissen spielte da keine große Rolle. Entweder sind 56.000 Leute in diesem Staat Nazis oder Narren"* („International Herald Tribune", 9.5.80).

USA-Kommission

Südafrika: Streik der 100.000 Schüler

Ein erschossener schwarzer Schüler, zwei Schwerverwundete, 53 verhaftete Geistliche christlicher Kirchen — das sind die jüngsten Gewaltaktionen des faschistischen Regimes gegen die Massenproteste im Land. Über vier Wochen haben bis zu 100.000 Schüler — überwiegend Mischlinge — gegen das System der Apartheid und sein diskriminierendes Erziehungssystem gestreikt. Jetzt weitet sich der Widerstand auch innerhalb der schwarzen Schülerschaft aus. In der östlichen Kap-Provinz, in der Provinz Oranje-Freistaat und in Natal kam es erneut zu Demonstrationen der Schüler. Die Polizei setzte Tränengas und Hunde ein. In dem vorwiegend von Schwarzen bewohnten Vorort Batho bei Bloemfontein eröffneten die Militärs das Feuer auf die Demonstranten, nachdem diese die provozierende weiße Militärpatrouille militant angegriffen hatten. Dabei wurde ein Schüler getötet (,,The Times", 23.5.80). Es war das zweite Mal innerhalb einer Woche, daß die faschistischen Sicherheitsorgane in eine schwarze Demonstrantenmenge hineinschossen. Zuvor war ein Mann in Port Elizabeth schwer verwundet worden. Nur sechs Tage später wurden in Johannesburg von der Polizei über 2.000 Menschen verhaftet, dann wurden 53 Geistliche auf offener Straße in Johannesburg festgenommen und auf Polizeiwagen verladen, da sie es ,,gewagt" hatten, gegen die Festnahme des Geistlichen John Thorne zu protestieren. Thorne befindet sich in Haft, weil er den Streik der Mischlingskinder aktiv unterstützt hatte.

Die militanten Schüleraktionen haben alle Spaltungs- und Integrationsmanöver entlarvt: Der Plan, die Mischlinge, Inder und Chinesen in Südafrika in einen sogenannten Präsidentschaftsrat zu integrieren, der nur beratende Funktion hat, ist schon vor seinem Inkrafttreten gescheitert, da er auf breite Ablehnung bei den Betroffenen gestoßen ist.

Der größte Schülerprotest seit Soweto — 1976 wurden ca. 600 schwarze Schüler erschossen — hat seine Ursache in dem völlig diskriminierenden Erziehungssystem in der Apartheidsgesellschaft. Allein der finanzielle Aufwand für die Ausbildung eines weißen Kindes liegt um ein Zehnfaches höher als für ein schwarzes. Der größte Teil des für die ,,Nichtweißen" zur Verfügung stehenden Geldes dient der Grundschulausbildung, die berufliche Qualifizierung und Weiterbildung wird gezielt vernachlässigt, da man die Betroffenen später nur als billige Arbeitskräfte ausbeuten will.

Die Forderungen der Mischlingsschüler sind eindeutig: Raus mit bewaffnet auftretenden Lehrern an den Schulen, gleiche Lehrpläne und gleiche Löhne für die Lehrer an schwarzen Schulen, gleiche finanzielle Förderung wie für die weißen Schüler, freien Zugang zu den Universitäten ohne ministerielle Sondergenehmigung, bessere Schulgebäude, mehr Lehrkräfte, Abschaffung der Prügelstrafe, keine Maßregelung für die Streikenden.

Dies sind Forderungen, die sich in der Konsequenz gegen das Apartheidsystem als Ganzes wenden, die eine für alle Rassen gleiche Erziehung und Ausbildung verlangen. Im Gegensatz zu den Schülerkämpfen 1976 in Soweto gelang es den Schülern diesmal, die größten Teile der Eltern und Lehrer hinter sich zu bringen, sogar Teile der weißen Schüler und Studenten erklärten ihre Sympathie mit den Forderungen der Streikenden. Etwa 500 Repräsentanten der Lehrer an Mischlingsschulen trafen sich Anfang Mai in Athlone und erklärten sich ebenfalls mit den Schülern solidarisch. Erstaunlich auch die hervorragende Organisierung des Streiks, der immerhin jeden siebten Mischlingsschüler landesweit erfaßte. Auch die Festnahmen von knapp 1.000 Schülern taten der Entschlossenheit keinen Abbruch. Die Schüler wenden bei der Organisierung des Widerstands ihre Erfahrungen von Soweto an: Man trifft sich morgens auf dem Schulgelände und debattiert dort gemeinsam die nächsten Schritte. Der Regierung Botha fiel neben der Anwendung von Gewalt nichts anderes ein, als mit der Schließung der Schulen zu drohen.

Die große Geschlossenheit der Schülerproteste und die weite Resonanz ihrer Forderungen verdeutlichen die Fortschritte, die der Widerstand in Südafrika unter schwersten Bedingungen gemacht hat. Die Rassisten können den Kampf nicht gewinnen.

Afrika-Kommission



Sturz Binaisasa, Rückkehr Obotes nach Uganda

Am 27. Mai betrat der ehemalige ugandische Ministerpräsident Obote nach neunjährigem Exil in Tansania wieder ugandischen Boden (1971 war er von Idi Amin gestürzt worden). Seine Ankunft verband er mit einer scharfen Kritik an den politischen Führern seit Amin und legte ein Wiederaufbauprogramm für Uganda vor. Der eigentliche Adressat dieser Kritik hatte jedoch bereits zwei Wochen vorher sein Amt als Ministerpräsident verloren: Binaisa steht gegenwärtig unter Hausarrest. Diese jüngste Krise in Uganda wurde von Binaisa selbst ausgelöst: Um die pro-tansanischen Kräfte in der gegenwärtigen Führung Ugandas zu schwächen, noch bevor Obote zurückgekehrt war, verfügte Binaisa die Absetzung des Brigadegenerals Ojok. Ojok hatte den Befreiungskampf gegen Amin an maßgeblicher Stelle an der Seite der tansanischen Truppen geleitet und sich in jüngster Zeit wiederholt gegen die unglaublich wuchernde Korruption im Nachkriegschaos Ugandas ausgesprochen. Er ist in der Bevölkerung hoch angesehen. Doch der Coup Binaisas bedeutete sein politisches Todesurteil. Ojok weigerte sich, seine Entlassung anzunehmen, und im Gegenzug besetzten die Soldaten alle wichtigen Punkte der Stadt Kampala. General Ojok wurde dabei von der Mehrheit der höchsten militärischen Führung in Uganda unterstützt, der fünfköpfigen Militärkommission, die nach Amins Sturz von der überparteilichen UNLF (Ugandische Nationale Befreiungsfront) eingesetzt worden war. Der Vorsitzende der Militärkommission, Muwanga, war seinerseits als Innenminister Anfang des Jahres von Binaisa aufgefordert worden, zurückzutreten und nach Genf als Botschafter zu gehen. Doch nach Intervention von Nyerere (tansanischer Staatspräsident) konnte Muwanga — als nicht ganz so einflußreicher Arbeitsminister — weiterarbeiten. Die bürgerliche Presse kommentiert diese Manöver Binaisas vielfach als Versuch, sich aus der ,,tansanischen Umklammerung" zu lösen. Wie zu zeigen sein wird, hat Binaisa dagegen in seiner Amtszeit einen immer stärkeren pro-westlichen Kurs mit intensiver Annäherung an das proimperialistische Kenia betrieben und beispielsweise die US-Stützpunkte in dem Nachbarland — verhalten — begrüßt. Jetzt am Ende seiner Laufbahn wandte er sich mit persönlichen Briefen an Carter und Thatcher, um diese zum Eingreifen aufzufordern, *,,bevor es zu spät ist"* (,,Neue Zürcher Zeitung" — ,,NZZ", 19.5.).

19.5.).

Im neuen Kabinett haben sich die Obote-freundlichen Kräfte entschieden durchgesetzt. Sie besetzen 14 der 24 Kabinettsposten. Acht Minister, mehr oder weniger offen Anhänger Binaisas, wurden entlassen. De facto übt der ehemalige Innenminister Muwanga das Amt des Ministerpräsidenten aus, da er als Vorsitzender der Militärkommission ebenfalls das Kabinett leitet. Die Militärkommission selbst wurde um die Bataillonskommandeure erweitert. Eine der ersten Entscheidungen der neuen Führung ist ein Verbot für alle Idi-Amin-Anhänger, sich erneut für politische Ämter zu bewerben (dafür brauchen sie eine Sondergenehmigung). Außerdem wurden die Wahlen auf September vorverlegt und werden höchstwahrscheinlich von Beobachtern des Commonwealth kontrolliert. Weiterhin wurde die Entscheidung Binaisas rückgängig gemacht, daß sich nur Personen (und keine Parteien) zur Wahl stellen dürfen (Binaisa verfügt im Gegensatz zu Obote nicht über den Rückhalt einer Partei). Die Weichen für einen politischen Erfolg Obotes sind aller Voraussicht nach recht gut gestellt. Er würde vermutlich der antiimperialistischen Strömung in Afrika zugutekommen.

Rückblick

Nachdem Idi Amin in Tansania eingefallen war, bildete sich im Frühjahr 1979 in Tansania ein breites Bündnis gegen Amin, die UNLF. Nachdem sie gemeinsam mit tansanischen Soldaten den Diktator Amin vertrieben hatten, wurde ein Nationaler Konsultativrat (NCC) eingerichtet, der mit insgesamt 127 Mitgliedern aus allen politischen Strömungen Ugandas ein provisorisches ,,Parlament" darstellt. Erster Präsident wurde Lule, dessen Rechtskurs (Förderung der eigenen Baganda-Elite, kapitalistisches Entwicklungskonzept) ihm schon nach wenigen Wochen zum Verhängnis wurde und der heute im Exil in London lebt. Nachfolger Binaisa bezeichnete sich zwar als ,,links von der Mitte", steuerte aber einen ,,technokratischen" Kurs, ohne die brennenden Probleme Ugandas ernsthaft anzugehen. Im Gegenteil, in einem Land, das im Norden von einer Hungerkatastrophe heimgesucht wurde, die über 130 000 Menschenleben bedrohte und in der eine Inflationsrate von über 200% zur ,,Tagesordnung" gehört, hat Binaisa sich und seinen Mitarbeitern 107 schwere Mercedeslimousinen in Untertürckheim bestellt! Es gibt Beweise, daß der Präsident selbst in die zahllosen Korruptionsaffären verwickelt ist: *,,die 'Uganda-Times' enthüllt fast täglich, daß Beamte, Minister und Mitglieder des Nationalen Konsultativrates – also des ,Parlaments' – selbst an der gesamten Korruption beteiligt sind"* (,NZZ', 3.12.79). Ca. 30 bis 40% der Kaffeeproduktion

30 bis 40% der Kaffeeproduktion

wird z.B. nach Rwanda und Kenia geschmuggelt. Das Lohn- und Preisgefüge ist völlig durcheinandergeraten, für viele Arbeiter würde der Bus zur Arbeit mehr kosten, als sie verdienen. Die Zuckerproduktion sank unter Amin von 144 000 t auf 12 000 t. die Baumwollproduktion sank um über 80%. Matoke, die grüne Kochbanane, das Hauptnahrungsmittel der Bevölkerung, ist in Kampala unerschwinglich geworden. Mindestens 25 DM kostet die Bananenstaude auf dem Markt in der Hauptstadt — zu Amins Zeiten waren es 8 DM. Gleichzeitig ist es keine Schwierigkeit, auf dem Schwarzmarkt Champagner und andere Luxusgüter zu bekommen. Das Horten und Spekulieren ist zum einträglichen Geschäft der ugandischen Kleinbourgeoisie geworden, während sich der Nationale Konsultativrat fruchtlose Debatten leistet, in denen sich die verschiedenen traditionellen Parteien zu profilieren versuchen (vergl. ,,FR", 15.3.80).

Unterdessen versucht die Regierung Binaisa, imperialistische Investoren nach Uganda einzuladen. So sind mit dem ostafrikanisch-indischen Konzern Madhvani und der britischen Mitchell-Cotts-Gruppe, die von Amin 1972 ohne Entschädigung enteignet worden waren, über die Wiederinbetriebnahme ihrer alten Plantagen und Betriebe Verträge abgeschlossen worden (mit staatlicher Beteiligung). Die Regierung erklärte sich bereit, Ausgleichszahlungen für beschlagnahmte Vermögenswerte zu zahlen. Die Abkommen sind auf heftige Kritik im Nationalen Konsultativrat gestoßen (,,NZZ",13.12.79). Außerdem plante Binaisa, Commonwealth-Truppen nach Uganda zu holen, damit dort wieder das staatlich bürgerliche Gewaltmonopol hergestellt werden kann. Hier hat es bereits Absprachen mit Kenia gegeben, während Nyerere einen solchen Plan ablehnt (,,IHT", 18.3.80).

Es ist offenkundig, daß Binaisa versucht, nach und nach die alte traditionelle Elite Ugandas wieder zu etablieren und sich eher nach Kenia als nach Tansania orientiert. Die nach der Befreiung von Amin überall im Lande entstandenen Bewegungen zur Selbsthilfe und Selbstverwaltung nach tansanischem Vorbild, die zum Teil auch die polizeilichen Funktionen übernahmen, haben viel von ihrem Elan verloren, nachdem die alten Politiker wieder aus ihren Verstecken gekrochen sind und gegenwärtig die politische Szene beherrschen.

Es gibt innerhalb des NCC zwar einige radikalsozialistische Kräfte, wie etwa den Politologen Yash Tandon und den NCC-Sekretär Ojwok, doch es gibt nach der achtjährigen Terrorherrschaft Amins keine marxistisch orientierte Organisation, die eine entscheidende Rolle im politischen Leben Ugandas spielen könnte. Es bleibt abzuwarten, ob die linksbürgerliche

zuwarten, ob die linksbürgerliche

UPC Miton Obotes im Fall des Wahlsieges mit radikalen Maßnahmen gegen Kriegsgewinnler, Korruption, Schmuggel und vor allem gegen die Hungersnöte eine fortschrittliche Politik anvisieren und durchsetzen wird.

Afrika-Kommission

Nur über Sadat's Leiche ...!

In einem staatsstreichähnlichen Manöver hat Sadat dieser Tage dafür gesorgt, daß er — wenn er nicht gewaltsam gestürzt wird — das Amt des ägyptischen Staatspräsidenten behält, solange er will, d.h. solange er lebt. In einer ,,Volksabstimmung" ließ er sich am 22. Mai in bekannter pseudodemokratischer Manier eine Verfassungsänderung bestätigen, mit der u.a. die Bestimmung aufgehoben wird, daß der Staatspräsident maximal einmal wiedergewählt werden kann. Nach zwei sechsjährigen Amtsperioden hätte Sadat nach der Verfassung von 1971 1982 endgültig abtreten müssen, jetzt kann er beliebig häufig wiedergewählt werden. Wer die Wahlen und Volksabstimmungen der letzten Jahre in Ägypten kennt, weiß, daß diese neue Verfassungsbestimmung einer Präsidentschaft auf Lebenszeit entspricht, denn bei den Wahlen in Ägypten kommt immer das heraus, was Sadat will. Die jüngste ,,Volksabstimmung" hat diese Erfahrung wieder bestätigt. Die Verfassungsänderung wurde mit offiziell 98,96% der 10,4 Millionen Wähler angenommen (Gesamtbevölkerung: rund 40 Millionen) (,,International Herald Tribune" -IHT-, 24./25.5.80). Dieses hochprozentige Ergebnis allein sagt schon genügend über den Charakter der ,,Volksabstimmung" aus, doch es gibt noch ein weiteres Indiz für die Manipulation der Abstimmung und/oder der Ergebnisse, das im Zusammenhang mit einem anderen Änderungspunkt der Verfassung steht. Auch abgestimmt wurde nämlich über die neue Verfassungsbestimmung, daß das islamische Recht, die Sharia, nicht mehr — wie bisher — *,,e i n e grundlegende Quelle"*, sondern *,, d i e grundlegende Quelle der Gesetzgebung"* ist (ebenda). Es ist kaum vorstellbar, daß die christlich-koptischen Wähler mit überwiegender Mehrheit dieser unmittelbar gegen sie gerichteten Änderung zugestimmt haben. Insgesamt sollen aber nur rund 100.000 Stimmen gegen die Verfassungsänderung abgegeben worden sein, die koptische Bevölkerung umfaßt sechs bis acht Millionen Ägypter.

Die höchsten Ämter in einer Hand

Ohne formale Verfassungsänderung hat Sadat zwei Wochen zuvor die Struktur der Staatsführung zu seinen Gunsten geändert. Das alte Kabinett unter Ministerpräsident Mustafa Khalil mußte am 12. Mai zurücktreten, um den Weg frei zu machen für die Machtanhäufung in den Händen Sadats. Dem neuen Kabinet, das drei Tage später vereidigt wurde, steht Sadat selbst als Ministerpräsident vor, d.h. er hat nicht nur das höchste Staatsamt, sondern auch das höchste Regierungsamt. Zur leichteren Durchsetzung der Ziele Sadats schuf er sich in der neuen Regierung eine Art ,,inneres Kabinett", das aus 6 stellvertretenden Ministerpräsidenten besteht, von denen vier zusätzlich Fachminister sind. Eine weitere Machtkonzentration wurde durch eine personelle Reduzierung des Kabinetts erzielt: während das vorherige Kabinett 32 Mitglieder hatte, gehören dem neuen außer den stellvertretenden Ministerpräsidenten nur noch 19 Fach- und Staatsminister an (,,Süddeutsche Zeitung" -SZ-, 16.5.80).

Die Umstruktuierung der Regierung stellt eindeutig eine ,,Mißachtung der Verfassung" dar, wie es in einer Erklärung der ,,Oppositionskoalition" heißt, einer politischen Gruppe, der laut ,,SZ" (14./15.5.) *,,rund 60 ehemalige Parlamentarier, Ex-Minister und überwiegend links orientierte Journalisten und Schriftsteller"* unter Führung von Mumtaz Nasser (unabhängiger Parlamentsabgeordneter) angehören. Sadat selbst scheint damit zu rechnen, daß es künftig immer weniger bei verbalen Unmutsäußerungen gegen sein Regime bleiben wird; die Umbildung der Führungsstruktur stellt eine Art letzten Kraftakt dar: *,,Ich werde künftig 95 Prozent meiner Zeit den innenpolitischen Fragen widmen"*, drohte er in seiner vierstündigen Regierungserklärung an (,,SZ", 16.5.80). Hiermit meinte er sicher nicht nur die Unterdrückung oppositioneller Strömungen, sondern auch den Versuch, die katastrophale Lebenssituation der Bevölkerung zu verbessern. Er kündigte auch gleich eine Reihe von Sofortmaßnahmen an wie Lohnerhöhungen, Preissenkungen, Steuerermäßigungen für nie-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 42

drigere Löhne, Steuergerechtigkeit etc. Aber dies sind zunächst nichts weiter als leere Versprechungen. Glaubhafter schon ist seine Kampfansage an „*extremistische Kreise*" („SZ", 16.5.80). Als besondere Gefahr stellte er wieder einmal politisch-religiöse Gruppen der Muslime und vor allem politische Äußerungen (= Kritik) des koptischen Klerus dar, der mehrfach gegen eine Diskriminierung der Kopten protestiert hat. „*In der Politik ist kein Platz für Religion, und in der Religion ist kein Platz für Politik*" bestimmte Sadat in seiner Regierungserklärung („IHT", 15.5.80). Der Verdacht ist naheliegend, daß Sadat mit seinen ständigen Beschimpfungen der koptischen Kirche Widersprüche in der Bevölkerung aufbauen will, die von den tatsächlichen Problemen ablenken und zu einer Solidarisierung der Bevölkerungsmehrheit, d.h. der muslimischen Ägypter, führen sollen, selbstverständlich unter Führung von Sadat: „*Ich regiere als muslimischer Führer eines islamischen Staates. Ägypten ist ein islamisches Land, es hat eine Führungsrolle in der islamischen Welt*" (ebenda).

Nahostkommission

Solidarität mit dem kurdischen Volk im Iran

Seit Ende April haben sich die Verhältnisse in Kurdistan weiter außerordentlich verschärft: Nach wie vor blockieren die iranische Armee und Revolutionsgarden alle Zufahrtsstraßen in das kurdische Gebiet. Seit Wochen werden weder Nahrungsmittel noch die dringend benötigten Medikamente durchgelassen. Bombardements durch die Luftwaffe und mit schwerer Artillerie haben viele Städte und Dörfer zerstört, gerade unter der Zivilbevölkerung gab es tausende Tote und noch mehr Verletzte. Große Teile der Bevölkerung aus den Städten im Süden Kurdistans mußten fliehen. Mitte Mai wurde die wochenlang umkämpfte Hauptstadt Kurdistans, Sanandaj eingenommen. Allein in dieser Stadt hat es mindestens 2.000 Tote, vor allem unter der Zivilbevölkerung gegeben. Inzwischen soll auch Baneh von Regierungstruppen eingenommen worden sein.

Die Kämpfe haben sich bisher auf den südlichen Teil Kurdistans konzentriert. Hier besitzen vor allem die revolutionären Organisationen „Komeleh" und „Volksfedayin" Einfluß. Nach der Eroberung von Sanandaj und Baneh sind jetzt Angriffe auf das nördliche Gebiet zu erwarten. Am 16.5. forderte der iranische Staatspräsident Bani Sadr die Armee noch einmal auf, den Kampf gegen die kurdischen Autonomisten bis zum „endgültigen Sieg" fortzusetzen. Weitere schwere Kämpfe stehen dem kurdischen Volk bevor. Es braucht dringend unsere Solidarität (s. nebenstehenden Spendenaufruf).

Auch das ESG-Ausländerzentrum und die Iran-Arbeitsgruppe West-Berlin sammeln Medikamente und Geld für das kurdische Volk. Spendenkonto: Deutsche Bank Berlin, BLZ 100 700 00, Konto-Nr. 430 58 58, Kennwort: Iran-Solidarität/Medizinische Hilfe für Kurdistan.

Verein der Ärzte aus Kurdistan in Europa e.V.

كومه‌له‌ى بزيشكانى كوردستان له‌ ئه‌وروپا

Kurdistan Doctor's Society in Europe

Nr.: 51 — ژماره: ٥١

Datum: 27. 4. 1980 — رۆژ: ١٩٨٠/٤/٢٧

Offener Brief

An die
Menschenrechtskommission der UNO,
Amnesty International,
Internationales Roten Kreuz und
an alle anderen Hilfsorganisationen der Welt

Im Namen des Vereins der Ärzte aus Kurdistan in Europa appelliere ich an alle o.g. Organisationen, den Kurden im iranischen Kurdistan zu Hilfe zu kommen.

Seit sieben Tagen, seit dem 20.4.1980 werden die Städte Sanandaj (Sine und Sakiz und umliegende Dörfer von der iranischen Luftwaffe und Artillerie unter schweren Beschuß genommen, unter Einsatz von Phantomjägern und Hubschraubern. Allein in der Stadt Sanandaj (Sine) sind in diesen Tagen fast 1.600 (eintausendundsechshundert) Tote und eine Großzahl von Verletzten unter der Bevölkerung zu beklagen - zumeist Frauen und Kinder und ältere Leute und insbesondere in den Bezirken Girdigerol, Scharif-awa und Schechan. In Sanandaj (Sine) ist auch 1 kurdische Krankenhaus einem gezielten Luftangriff zum Opfer gefallen. Dabei ist die chirurgische Abteilung total zerstört worden. Vier Ärzte und 116 Patienten kamen ums Leben.

Schechan. In Sanandaj (Sine) ist auch 1 kurdische Krankenhaus einem gezielten Luftangriff zum Opfer gefallen. Dabei ist die chirurgische Abteilung total zerstört worden. Vier Ärzte und 116 Patienten kamen ums Leben.

Die Bevölkerung des iranischen Kurdistan leidet heute unter einem unglaublichen Mangel an Nahrungsmitteln, Wasserknappheit, Stromausfall. Die zahlreichen Verletzten leiden darüber hinaus an fehlender ärztlicher Versorgung und an dem großen Mangel an Medikamenten. Die zweimaligen Versuche humanitärer Organisationen im Iran, von Teheran und Täbriz den Opfern der kurdischen Zivilbevölkerung zu Hilfe zu kommen, wurden von der iranischen Armee und den islamischen Garden vor Erreichen der Provinz Kurdistan gewaltsam unterbunden bzw. die Ärzte an Ort und Stelle erschossen und sämtliche Hilfsgüter und Medikamente beschlagnahmt.

Es ist bedauerlich, daß die Weltöffentlichkeit von dieser Barbarei seitens der fanatischen Machthaber des islamischen Regimes in Iran keine Notiz nimmt. Wir ersuchen Sie flehentlich, dem kurdischen Volk im Iran zu Hilfe zu kommen. Wir hoffen auch, daß diese Tragödie [illegible] in den Massenmedien angemessen berücksichtigt werden wird.

Dr. M. [illegible]
1. Vorsitzender der
Vereins der Kurdischen Ärzte in Europa e.V.
Neuköllnerstr. [illegible]
1 Berlin 47
Tel. [illegible]
Postscheckkonto „Hilfe für Kurdistan" Nr. [illegible]

Südkorea: Volksaufstand niedergeschlagen



Bewaffnete Aufständische in erbeuteten Armeefahrzeugen kontrollieren Kwangdschu fast eine Woche lang.

Als der seit 1961 herrschende Diktator Park Jung Hi nach militanten Demonstrationen von seinem Geheimdienstchef umgelegt worden war, hofften viele Südkoreaner, daß damit auch das Ende der Diktatur und der Unterdrückung gekommen sein würde. Entsprechende Versprechungen wurden auch von den Nachfolgern Parks gemacht. In der Tat wurden einige politische Gefangene freigelassen und die Pressezensur gelockert. Doch im Hintergrund begann im Militär bereits eine Säuberung von „liberalen" Offizieren, und Militäroberkommando und Leitung des Geheimdienstes wurden in der Hand des Generals Chon Du Hwan vereinigt. Als die Versprechungen der Politiker keine konkreten Ergebnisse brachten und auch die materiellen Lebensbedingungen sich durch die steigende Inflation und Arbeitslosenzahlen immer mehr verschlechterten, kam es im Laufe des April und Mai immer wieder zu militanten Streiks und Demonstrationen. Die in den Universitäten kämpfenden Demonstranten wurden mit Panzern und Wasserwerfern daran gehindert, ihren Protest in die Städte zu tragen.

Am 13. Mai gelang es erstmals, diesen Ring zu durchbrechen und ins Zentrum der Hauptstadt Seoul vorzustoßen. Die 3.000 Leute starke Demo konnte noch von der Polizei aufgelöst werden.

Am 15. Mai (Donnerstag) zogen dann über 100.000 Demonstranten durch Seoul. Sie forderten die Aufhebung des seit Parks Tod über Teile des

Am 15. Mai (Donnerstag) zogen dann über 100.000 Demonstranten durch Seoul. Sie forderten die Aufhebung des seit Parks Tod über Teile des Landes verhängten Kriegsrechts sowie den Rücktritt von Ministerpräsident Shin Hyun Hwak und General Chon Du Hwan. Bei der Demo flogen auch Steine und Mollies gegen die Bullen, die mit Tränengas und Schlagstöcken gegen die Demonstranten vorgingen. Bei den Auseinandersetzungen wurde ein Bulle getötet und zahlreiche Demonstranten und Bullen verletzt. Über 600 Leute wurden verhaftet. Gleichzeitig gab es auch Demonstrationen in anderen Städten, unter anderem in der Hauptstadt der Provinz Cholla Namdo, Kwangdschu.

Nach der Großdemo in Seoul sprachen sich die Führer der Demonstration „*für die vorläufige Einstellung der Straßendemonstrationen und Rückkehr in die Hörsäle*" aus, da sie ihren Zweck, „*den Studentenforderungen Gehör zu verschaffen*", erfüllt hätten („SZ", 17.5.80).

Das Militär schlägt zu

Am Wochenende holte das Regime dann zum großen Schlag gegen jegliche Opposition aus. Am Abend des Sonnabend wurden in der Seouler Erhwa-Frauenuniversität die dort tagenden Studentenführer von Sondereinheiten der Polizei verhaftet. Am Sonntagmorgen wurde das Kriegsrecht über das ganze Land ausgedehnt und in Seoul strategische Punkte durch das Militär besetzt. „*Außerdem wurden in allen Regierungsämtern, Universitäten, Büros der Parteien und in den Redaktionsräumen der Zeitungen, Sender und Nachrichtenagenturen Militärs einquartiert. Alle Universitäten des Landes wurden bis auf weiteres geschlossen und jegliche politische Aktivität untersagt und Kritik an dem im Herbst letzten Jahres ermordeten Präsidenten Park und dessen politischen System unter Strafe verboten*" („FAZ", 19.5.80). Oppositionsführer, Professoren und Intellektuelle wurden verhaftet, aber auch hohe Politiker der regierenden Partei. Die gesamte Verwaltung und Justiz wurde in die Hände der Militärs gelegt, obwohl nach außen hin der zivile Präsident Choi Kyu Ha im Amt blieb.

Trotz dieser massiven Repressionsmaßnahmen kam es bereits am Montag in Kwangdschu zu Demonstrationen gegen das Kriegsrecht. Als Fallschrimjäger und Polizisten die Häuser der Stadt filzten, um die Anführer der Demos zu finden und Leute sich auf offener Straße nackt ausziehen mußten und dabei getreten und geschlagen wurden, lief das Faß über. Es kam zum offenen Aufstand. Studenten besetzten einen Rundfunksender und steckten ihn an. 200.000 Leute (bei ca. 800.000 Einwohnern!) gingen auf die Straße und lieferten sich heftige Schlachten mit etwa 10.000 Fallschirmjägern, die noch durch weitere 2.500 Soldaten aus Seoul verstärkt wurden. Aus den umliegenden Orten strömten Tausende, um die Aufständischen zu unterstützen. Am Mittwoch besetzten diese sämtliche Verwaltungsgebäude, deren Insassen sich nur durch Hubschrauber absetzen konnten. Durch Überfälle auf Polizeistationen hatten die Aufständischen „*Handfeuerwaffen, Munition, Handgranaten und ein leichtes Maschinengewehr*" („SZ", 22.5.80) erbeutet. „*Anderen Aufständischen gelang es, sich eines Panzerspähwagens zu bemächtigen*" (ebenda).

Mit dieser Bewaffnung wurden die Fallschirmjäger angegriffen. Diese hatten sich zuvor bestialisch gegen die Bevölkerung verhalten. „*Am Morgen des 19. war mein Vater, ein Universitätsprofessor, Augenzeuge, wie die Militärs Verwundete von dem Dach eines zweistöckigen Hauses auf die Straße warfen. Zu etwa derselben Zeit sah meine Mutter, wie bei der Johung-Bank ein junger Demonstrant derartig mit dem Gewehrkolben geschlagen wurde, daß sein Gehirn aus dem gespaltenen Schädel quoll*" berichtete eine Lehrerin aus Kwangdschu („FR", 27.5.80).

Studentinnen wurden auf offener Straße entkleidet und dann mit Bajonetten erstochen, anderen wurden die Brüste abgeschnitten. Geschlagen wurde auf jeden, auch wenn er schon schreiend am Boden lag" („Zeit", 30.5.80).

In Südkorea selbst wurde wegen der totalen Pressezensur in den anderen Städten, insbesondere in der Hauptstadt Seoul, nicht bekannt, was sich in Kwangdschu und der ganzen Provinz abspielte. General Chon hatte eine deutliche Sprache gegenüber der Presse angeschlagen: Er bedinge sich „*absolute Linientreue*" aus. Er habe sich die „*unsicheren Kantonisten unter den Pressevertretern genau »auflisten« lassen. Mit ihnen werde er abrechnen, sobald die jetzigen Unruhen vorbei seien*" („FR", 28.5.80).

Fortsetzung nächste Seite



100.000 Studenten ziehen durch die Straßen der Hauptstadt Seoul. Das war der Auftakt des Volkswiderstands.

Hungerstreik von Koreanern in der BRD und Westberlin

Aus Solidarität mit den Kämpfern und aus Trauer über die Opfer in Südkorea sind in Frankfurt ca. 35 Koreaner aus der BRD in einen Hungerstreik getreten. Sie fordern die Bundesregierung auf, die diplomatischen Beziehungen mit Südkorea abzubrechen und jede Unterstützung des Terrorregimes einzustellen. „*Bei den Teilnehmern der Aktion handelt es sich um koreanische Bergleute, Studenten und Krankenschwestern, die in verschiedenen Städten der Bundesrepublik leben*" („FR", 30.5.80).

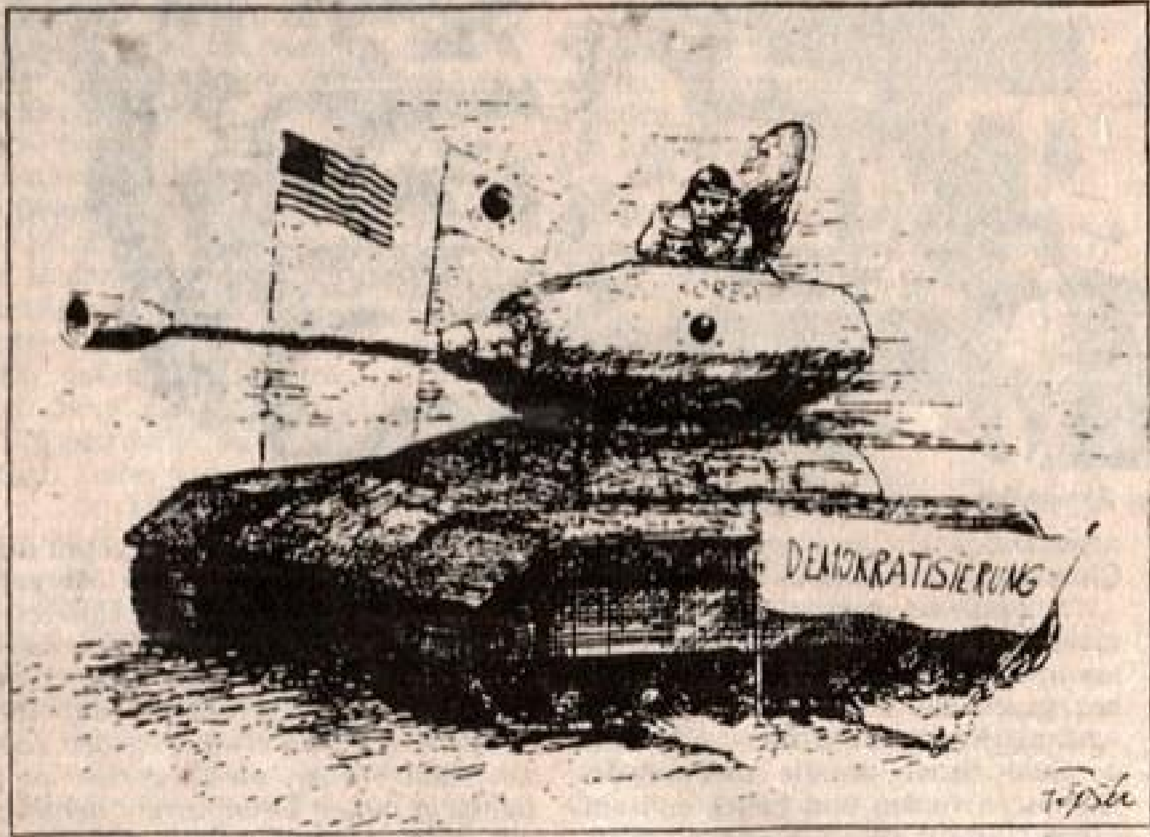
15 Koreanerinnen und Koreaner haben sich in Westberlin ebenfalls mit einem Hungerstreik mit den Kämpfern solidarisiert.



Fortsetzung von Seite 43

Trotzdem griffen die Unruhen auf die gesamte Provinz Cholla Namdo über. Insgesamt 16 der 26 Städte nahmen am Aufstand teil. In Naju wurde ,,*ein Waffenlager von Demonstranten erobert, die darauf in mit Maschinengewehr bestückten Kampfwagen die Staßen der Stadt abfuhren und den größten Teil aller Polizeistationen in Brand steckten*" (,,FR", 23.5.80).

Während die Regierung unter Shin Hyun Hwak zurücktrat und der Chef des Unternehmerverbandes und ehemalige Generalmajor Park Chun Hun dessen Amt übernahm, radikalisierten sich die Kämpfe in Kwangdschu weiter. ,,*Mit Blaulicht rasten gepanzerte Armeefahrzeuge durch die Stadt — sie*



waren in den Händen von Demonstranten. Einer Gruppe von Demonstranten war es gelungen, in einen Rüstungsbetrieb einzudringen und mit gepanzerten Fahrzeugen zu entkommen. Barrikaden aus Steinen, Eisenstangen und umgestürzten brennenden Bussen blockierten die Straßen in vielen Teilen der Stadt.

Vom Gebäude des koreanischen Rundfunks in Kwangdschu ist kaum mehr als eine ausgebrannte Ruine geblieben. Demonstranten berichteten, sie hätten die Häuser vier weiterer Radiostationen in Brand gesetzt. (...) *Autofahrer, die in die Stadt gelassen wurden, mußten alle 100 Meter anhalten und sich einer neuen Personenkontrolle unterziehen*" (,,SZ", 22.5.80).

Von den Aufständischen wurde immer wieder betont, sie wollten keine gewaltsamen Auseinandersetzungen. In einem 9-Punkte-Katalog stellten sie unter anderem folgende Forderungen auf: Rücktritt der Regierung, Hinrichtung des Generals Chon Du Hwan, Freilassung inhaftierter Regimekritiker, Wiedereröffnung der Universitäten und mehr Demokratie (,,FAZ", 23.5.80).

Während die Militärs mit Vertretern von ,,Bürgerkomitees" aus Kwangdschu verhandelten, zogen sie ihre Streitkräfte um die Stadt immer enger zusammen. Flugzeuge, die Kwangdschu überflogen, wurden allerdings von den Aufständischen sofort beschossen. Offensichtlich wurde ein Angriff auf die Stadt vorbereitet. Unterdessen war es auch zu Auseinandersetzungen zwischen den Aufständischen gekommen, Während ,,gemäßigte" Vertreter damit begannen, die Waffen einzusammeln und auch die Forderungen abschwächten, so forderten sie etwa ,,*Freilassung der verhafteten Studenten, mit Ausnahme jener, die als Kommunisten gelten*"! (,,FR", 27.5.80), wehrten sich die Studenten gegen eine solche Selbstentwaffnung. Teilweise wurde damit begonnen, Waffen aus der Stadt zu schaffen, um bewaffnete Widerstandsgruppen für die Zeit nach dem erwarteten Sturm des Militärs auf Kwangdschu zu bilden. Die Militärs hatten die Verhandlungen offenbar nur benutzt, um den Ring um die Stadt weiter zusammenzuziehen.

Im Morgengrauen des 27. Mai begann dann der erwartete Angriff. Was die Aufständischen zu erwarten hatten, war klar. ,,*Ich könnte die Stadt und die Provinz in zwei Stunden ausradieren, aber es gibt vielleicht doch noch Bürger, die dies nicht verdienen*", hatte General Chon einige Tage zuvor vor Journalisten getönt (,,FR", 28.5.80).

Bei dem Angriff der 17.000, unter ihnen trotz gegenteiliger Zusagen auch die berüchtigten Fallschirmjäger, die aus der Stadt vertrieben worden waren, wurden wiederum zahlreiche Menschen getötet und verwundet. Von kleineren Gruppen wurde bewaffneter Widerstand geleistet.

Der Widerstand geht weiter!

Bei der Einnahme der Stadt wurden viele Aufständische verhaftet, laut offiziellen Angaben 295. Selbst vor den Kameras des Fernsehens wurden die aneinandergefesselten Gefangenen von Soldaten mit Kolbenhieben auf den Kopf geschlagen, zusammengetreten und geschlagen. Augenzeugen berichten, daß andere durch den Kopf geschossen wurden, nachdem sie bereits gefangengenommen worden waren. Frauen wurden an den Särgen von gefallenen Angehörigen verhaftet, selbst zehnjährige Kinder festgenommen. Vor dem Sturm auf die Stadt hatte Präsident Choi Kyu Ha noch die ,,*Bereitschaft der Regierung zur größtmöglichen Großzügigkeit gegenüber den Aufständischen*" verkündet (,,SZ", 27.5.80).

Obwohl das Kriegsrecht inzwischen noch weiter verschärft wurde und jede politische Aktivität verboten ist, gingen am selben Tag bereits wieder 40.000 Leute auf die Straße und demonstrierten zwischen den Panzern. Die Solidarität der Bevölkerung ist ungebrochen. Geschäftsleute verteilten kostenlose Lebensmittel. Bauern fuhren auf Schleichwegen in die Stadt und verteilten die mitgebrachten Nahrungsmittel ebenfalls unter den Demonstranten. In den Betrieben wurden Sitzstreiks durchgeführt (,,NDR II", 27.5.80).

Inzwischen begann auch in Seoul die Wahrheit über die Ereignisse in Kwangdschu durchzusickern. ,,*In einer Kirche wurde am Sonntag eine offene Predigt gehalten, in der die Motivation der Cholla-Landsleute ausführlich dargestellt wurde*" (,,FR", 28.5.80).

In der Hafenstadt Mokpo, Heimat des Oppositionspolitikers Kim Dae Dschung, gingen nach der am Dienstag erfolgten Besetzung Kwangdschus durch das Militär ,,*am Mittwochabend und Donnerstagmorgen trotz starker Truppenpräsenz wieder schätzungsweise 20.000 Menschen auf die Straße, um ihrer Forderung nach einer Demokratisierung des Landes Nachdruck zu verleihen*" (,,FAZ", 30.5.80).

Inzwischen hatten die Militärs durch eine Umbildung der Regierung ihre Position weiter gefestigt. Die nach wie vor landesweit bestehende Unzufriedenheit und das Beispiel der Kämpfer von Kwangdschu programmierten weitere militante Auseinandersetzungen vor. Die in diesen Tagen erfolgte Verhaftung von 25 Bergarbeitern, die an den militanten Kämpfen in Sabuk beteiligt waren (siehe AK 177), dürfte auch nicht gerade zur Beruhigung der Bevölkerung beigetragen haben.

Die Rolle der US-Imperialisten

Wenn jetzt Sprecher der US-Regierung die Militärs auffordern, doch zu demokratischen Formen zurückzukehren, sollte man sich von solchen Tönen nicht täuschen lassen. **Die gesamte südkoreanische Armee steht unter einem gemeinsamen Oberkommando der USA und Südkoreas. Der Angriff auf Kwangdschu ist mit ausdrücklicher Zustimmung des US-Oberkommandos erfolgt!**

Seit Beginn der Auseinandersetzungen waren die US-Imperialisten nicht müde geworden, die Koreanische DVR (,,Nordkorea") zu warnen, militärisch einzugreifen. Für ein solches Eingreifen gab es allerdings selbst nach Aussagen des US-Geheimdienstes keinerlei Anzeichen. (Die angeblichen Beweise für eine Verwicklung der KDVR in den Aufstand muteten schon fast skurril an. So hatte die südkoreanische Polizei die Verhaftung eines angeblichen Agenten aus der KDVR bekanntgegeben, ,,*der mit dem Auftrag eingeschleust worden sein soll, einen bewaffneten Aufstand in Kwangdschu anzuzetteln*" [,,FR", 27.5.80]. Wieso es trotzdem zum Aufstand kam, bleibt danach eigentlich unverständlich.)

Die einzigen, die t a t s ä c h l i c h die Waffen spielen ließen, waren außer den südkoreanischen Militärs die US-Imperialisten. Ohnehin mit 39.000 Soldaten im Land vertreten, die auch über Atomwaffen verfügen, wurden zwei Flugzeugträger in Bewegung gesetzt, von denen einer immer noch vor Südkorea kreuzt. Zwei Flugzeuge mit dem Frühwarnsystem AWACS ausgerüstet, wurden nach Okinawa, nicht weit entfernt von Korea, verlegt.

Die Haltung der US-Imperialisten wird von ihrem Botschafter in Seoul, Mansfield, ganz offen ausgesprochen: Er bekräftigte die Entschlossenheit der USA, ,,*weiterhin das südkoreanische Militärregime zu unterstützen. Washington werde der Regierung in Seoul »so lange wie nötig« zur Seite stehen, erklärte Mansfield auf die Frage, wie lange die Vereinigten Staaten noch ein Regime zu stützen gedächten, dem offensichtlich jeder Rückhalt in der Bevölkerung fehle. Südkorea sei ein »trauriges Land«, das mehr als sein normales Maß an Sorgen habe, sagte Mansfield weiter. Aber das Land sei ein Freund der Vereinigten Staaten, und deshalb würden die Vereinigten Staaten »bis zum Ende« zu ihm halten*" (,,FAZ", 23.5.80).

Asien-Australien-Kommission



Nach der Rückeroberung Kwangdschus durch die Regimetruppen werden zahlreiche Aufständische verhaftet und mißhandelt.

Die Entwicklung des Widerstandes in Südkorea

Die überaus militanten Aufstände in der südkoreanischen Provinz Cholla Namdo und die tagelange Besetzung von deren Hauptstadt Kwangdschu sind der vorläufige Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen dem faschistischen Militärregime und der Opposition aus der gesamten Bevölkerung. Da Südkorea in der Nach-Vietnam-Strategie der US-Imperialisten eine strategische Schlüsselposition einnimmt, kommt den aktuellen Ereignissen eine besondere Bedeutung zu. Daß allerdings die gesamte Geschichte Koreas in diesem Jahrhundert vom Kampf gegen Besatzung und Kollaboration geprägt ist, dürfte weniger bekannt sein. Wir wollen im folgenden deshalb ausführlich auf die Hintergründe der militanten Aufstände dieses Jahres eingehen.

Der Japanische Imperialismus in Korea

Nachdem in Japan 1868 die Meiji-Revolution die Entwicklung des Kapitalismus und das Ende der isolationistischen Politik eingeläutet hatte, wurde Korea, praktisch vor Japans Haustür gelegen, zum Sprungbrett auf den asiatischen Kontinent. Unter Ausnutzung innerkoreanischer Widersprüche zwangen die Herrschenden in Japan Korea ungleiche Verträge auf, die das Land faktisch unter ihre Kontrolle brachten.

Im Sommer 191o wurde dann auch die formale Unabhängigkeit Koreas aufgehoben - das Land wurde japanische Kolonie.

Insbesondere im Norden des Landes wurde eine Industrie aufgebaut, die fest in den Händen der japanischen Kolonialisten lag. Große Teile des Ackerlandes wurden den Bauern weggenommen.

Nach der Oktoberrevolution, an der auch zahlreiche in der Sowjetunion lebende Koreaner teilgenommen hatten, wuchs auch in Korea der Widerstand gegen die japanischen Besatzer. Eine besondere Rolle spielten die in Japan studierenden koreanischen Studenten.

Nachdem das Land bereits einige Jahre unter der Ausbeutung und Unterdrückung gelitten hatte, entlud sich der Haß des koreanischen Volkes gegen die japanischen Imperialisten 1919 im Samil (,,1.März")-Aufstand, der auch gerade in den aktuellen Auseinandersetzungen eine wichtige Rolle spielt. Obwohl die japanische Polizei mit Maschinengewehren in die Menge feuerte, demonstrierten am 1.März 1919 allein in der Hauptstadt Seoul 3oo.ooo. Menschen. Der Aufstand, der von Streiks und Demonstrationen sowie bewaffneten Auseinandersetzungen geprägt wurde, breitete sich rasch über das ganze Land aus. Insgesamt beteiligten sich über 2 Millionen Koreaner daran. Nur durch massiven Polizei- und Militäreinsatz gelang es den japanischen Imperialisten, den Aufstand blutig niederzuschlagen. Über 75oo Koreaner wurden getötet, fast 16.ooo verletzt und 47.ooo eingekerkert.

Nach der Niederschlagung des Aufstandes wurden insbesondere der Koreanischen Bourgeoisie kleine Zugeständnisse gemacht, die Kolonialherrschaft wurde weniger offen brutal ausgeübt. Das führte zunächst zur Spaltung und Schwächung des Widerstandes.

Anfang der 3oer Jahre änderte sich die Situation in Korea stark: In Vorbereitung der Expansionsbestrebungen baute der japanische Imperialismus im Norden Koreas eine umfangreiche Rüstungsindustrie auf, während der Süden mit Hilfe der Großgrundbesitzer zur Reiskammer ausgebaut wurde.

Der Überfall auf China, wo Japan 1931 im Nordosten den Marionettenstaat ,,Mandschuguo" errichtete, der direkt an Korea grenzte, führte dann zum gemeinsamen Kampf koreanischer und chinesischer Partisanen gegen den japanischen Imperialismus.

Ein neuer Anfang

Nach der Niederlage der faschistischen Allianz im 2.Weltkrieg schlug auch für das koreanische Volk die Stunde der Befreiung. Aufgrund der von den Alliierten getroffenen Vereinbarungen besetzten die Rote Armee der Sowjetunion den Nordteil und die amerikanische Armee den Südteil des Landes, um die japanischen Organe (soweit noch vorhanden) zu zerschlagen und die Voraussetzungen zu schaffen, daß das koreanische Volk endlich sein Schicksal selbst bestimmen könnte (das jedenfalls war die verbale Absicht). In Nordkorea wurde unter dem Schutz der Roten Armee sofort mit der Bildung von Volkskomitees begonnen. Japanisches Land wurde entschädigungslos konfisziert, ebenso das der Klöster und der Großgrundbesitzer, die es nicht selbst bebauten. Industrie, Verkehrswesen, Nachrichtenwesen und Banken wurden nationalisiert, wobei der Kleinbourgeoisie, die Bündnispartner gegen den japanischen Imperialismus gewesen war, Privateigentum verblieb.

Im Süden gab es zwischen der Kapitulation der japanischen Okkupanten am 15.8.1945 und der Ankunft der US-Truppen am 8.9.1945 eine ähnliche Bewegung.

,,*Überall in Südkorea entstanden im Verlaufe des Monats August Volkskomitees. In den Betrieben begannen die Arbeiter, die japanischen Direktoren abzusetzen und die Leitung in die Hände der Volkskomitees zu legen*"(1).

Allerdings besaß die Bourgeoisie im Süden einen größeren Einfluß auf die Volkskomitees. So konnte es geschehen, daß Li Sing Man, eine Marionette der US-Imperialisten, zum ,,Präsidenten der Republik" gewählt werden konnte. Trotzdem hatten die progressiven Kräfte auch im Süden den größeren Einfluß. Die Entwicklung wurde allerdings durch die Landung der US-Truppen jäh gestoppt. So lautete der erste Befehl General MacArthurs unter anderem:

,,*Alle Verwaltungsfunktionen auf dem Territorium Koreas, das südlich des 38. Grades nördlicher Breite liegt, und über die dort lebende Bevölkerung werden von jetzt an vorläufig durch meine Gewalt ausgeübt. Die Bevölkerung hat sich widerspruchslos meinen Befehlen unterzuordnen, die von mir oder in meinem Auftrag erlassen werden. Wer den Okkupationstruppen Widerstand leistet oder die öffentliche Ordnung und Sicherheit verletzt, wird rücksichtslos und streng bestraft. Während der Zeit der Militäradministration wird die englische Sprache die amtliche Sprache sein, die zu allen Zwecken verwendet wird*"(2).

Bereits am 16.9.45 wurden die japanischen Beamten und die ehemaligen Kollaborateure wieder in die Verwaltung aufgenommen. Gegen die Volkskomitees wurde mit Repressionsmaßnahmen vorgegangen, ihr Kongreß aufgelöst.

Inzwischen begannen die US-Imperialisten wirtschaftlich und in der Verwaltung des Südens Fuß zu fassen. Zahlreiche US-Konzerne begannen mit Investitionen. Gegen die offene Wiedereinsetzung der Reaktionäre aus der japanischen Besetzungszeit gab es zahlreiche Streiks und Demonstrationen.

Gegen die auf Spaltung der koreanischen Nation abzielende Politik kam es im Oktober 1946 zum Aufstand, an dem 2 Millionen Menschen teilnahmen. 7.ooo wurden ermordet und 25.ooo ins Gefängnis geworfen. 1947 wurde mit der Gründung der ,,Übergangsregierung Südkoreas" dann die Spaltung des Landes gegen den Willen der Bevölkerung zementiert - wie später in Vietnam.

Als 1948 unter Kontrolle der (damals von den US-Imperialisten kontrollierten) UNO Separatwahlen im Süden stattfanden, wurden diese größenteils boykottiert. Im August 1948 wurde dann mit der US-Marionette Li Sing Man als Präsidenten die sogenannte ,,Republik Korea" ausgerufen. Am 9.September 1948 wurde von Delegierten aus ganz Korea (im Süden konnten die Wahlen nur illegal stattfinden) die Koreanische Demokratische Volksrepublik (KDVR) mit Kim IL Sung als Ministerpräsidenten ausgerufen. Die KDVR betrachtet sich als Regierung g a n z Koreas und die Bezeichnung ,,Nordkorea" ist nur Ausdruck der Tatsache, daß der Süden unter US-Okkupation leidet.

Südkorea — Krieg nach Aussen, Unterdrückung und Terror nach Innen

Allerdings gedachten die US-Imperialisten nicht, sich mit der Kontrolle des Südteils des Landes zu begnügen. Am 25.6.195o begannen die US-und südkoreanischen Truppen den Überfall auf den Nordteil des Landes. Nach anfänglichen Erfolgen wurden die Interventen schließlich von der Volksarmee der KDVR und Freiwilligen aus der VR China bis in den äußersten Süden des Landes zurückgedrängt. Seoul und viele andere Städte des Südens wurden befreit. Trotz des ganzen Einsatzes der US-Kriegsmaschinerie, Napalm und bakteriologischen Kampfstoffen, gelang es nicht, die KDVR zu zerschlagen. Am 23.Juli 1953 wurde in der Grenzstadt Panmundschom der Waffenstillstand unterzeichnet. Im Norden war fast alles dem Erdboden gleichgemacht und das Land mußte unter ungeheuren Anstrengungen wiederaufgebaut werden. Im Süden pumpten die US-Imperialisten Milliarden von Dollar in das Land, um es endgültig als ,,Bollwerk gegen den Kommunismus" auszubauen. Die reaktionäre Regierung unter Li Sing Man sorgte dafür, daß es im Lande ruhig blieb. Ein Schwerpunkt wurde neben der brutalen Unterdrückung aller Widerstandsregungen auf eine extrem antikommunistische Propaganda gelegt. Jedoch die immer stärkere Unterdrückung, die Einrichtung von Militärbasen der US-Imperialisten und die weitere Verelendung der Bevölkerung führten immer wieder zu Unruhen.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 44

Nachdem bei den Präsidentenwahlen 1960 massive Fälschungen aufgedeckt wurden, kam es zu heftigen Protesten. In der Hauptstadt Seoul beteiligten sich über 100.000 Menschen an Demonstrationen. Führend waren auch hier wieder die Schüler und Studenten. *„Als die Polizei blindwütig auf die Demonstranten zu schießen begann, ging die friedliche Demonstration in einen Aufstand über. Die Studenten und Schüler drangen in den Sitz der regierenden Liberalen Partei ein und zerstörten die Redaktionen von Regierungszeitungen. (...) Am Abend des 19. April wurde Seoul von Panzern besetzt. Viele Soldaten weigerten sich jedoch, das Regime zu verteidigen und überließen den Demonstranten Panzer und Militärfahrzeuge. Immer lauter wurde die Forderung nach Absetzung Li Sing Mans erhoben und im Pagodenpark stürzten die Studenten sein Denkmal"* (3).

Die Wahlen wurden daraufhin annulliert und unter dem Präsidenten Yun Po Sun eine (bürgerliche) „2. Republik" ausgerufen. Während sich die Streiks und Proteste weiter ausdehnten, trug die neue Regierung dem keine Rechnung. Es wurden im Gegenteil 1961 das „Provisorische außerordentliche Antikommunistengesetz" und das „Gesetz zur Kontrolle von Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen" erlassen. Da aber die Unruhe im Lande nicht aufhörte, kam es im Mai 1961 zum Putsch durch das Militär. Nach internen Auseinandersetzungen übernahm schließlich Park Jung Hi, *„Absolvent japanischer und amerikanischer Militärakademien, in den 30er Jahren als Leutnant in der Guandong-Armee unter dem japanischen Namen Minoru Okamato an der blutigen Verfolgung chinesischer Kommunisten beteiligt"* (4) die Macht im Lande – selbstverständlich mit wohlwollender Unterstützung der US-Imperialisten.

Mit dem Abschluß des „Normalisierungsvertrages" mit Japan öffnete Park dem japanischen Kapitalismus nach dessen Niederlage im 2. Weltkrieg erneut die Tür. Heute kontrollieren die japanischen Kapitalisten wesentliche Teile der südkoreanischen Wirtschaft.

Das südkoreanische „Wirtschaftswunder" – nicht für die Arbeiter!

In den 70er Jahren nahm die südkoreanische Wirtschaft einen rasanten Aufschwung. Milliardeninvestitionen der US- und japanischen Kapitalisten (auch die BRD mischt kräftig mit) und Billiglöhne ließen das Bruttosozialprodukt Jahr für Jahr rasant in die Höhe schnellen. Gewerkschaften, die diesen Namen verdienen, sind in Südkorea nach wie vor verboten. Trotzdem gibt es immer wieder Widerstand gegen die ungeheure Ausbeutung. Insbesondere die Frauen, die auf dem Lande rekrutiert und in die Billiglohnfabriken gesteckt werden, haben unter der Ausbeutung zu leiden: *„ ‚Es ist heiße, harte Arbeit', sagt die 22jährige Kim Ha Suk, die 50 Textilwebmaschinen in der Textilfabrik Pangnim überwacht. ‚Ich sehe oft Vorarbeiter, die uns schlagen, stoßen und uns Obszönitäten hinterherrufen. Wir haben keine Zeit, in den Waschraum zu gehen. Mein längster Tag dauerte 18 Stunden. Viele Mädchen nehmen Tabletten, um sich wachzuhalten, aber man muß immer mehr nehmen, damit sie wirken'. Sie sagt, daß sie umgerechnet 2,36 Dollar pro Tag erhält, 7 Tage lang im Jahr frei und eine freie Mahlzeit pro Tag"* (5).

Bei einer jährlichen Inflationsrate von um die 30%, einem Durchschnittslohn von 470 DM im Monat (Frauen erhalten noch weniger) und Lebensmittelpreisen, die fast denen in der BRD entsprechen, kann man/frau sich vorstellen, was das „südkoreanische Wirtschaftswunder" für die Arbeiter/innen bedeutet!

Von daher ist auch die Militanz der Arbeitskämpfe, die in den letzten Monaten immer mehr zugenommen haben, sehr verständlich (s. AK 177).

Insbesondere in den letzten 1 1/2 Jahren zeigt die südkoreanische Wirtschaft deutliche Zeichen einer Krise, die mit aller Brutalität auf die Arbeiterklasse abgewälzt wird: *„Der Export, die einzige Einnahmequelle des Landes, zeigt zum erstenmal rückläufige Erscheinungen. Große Firmen, wie der Autohersteller Hyundae blieben wiederholt mit ihren Lohnzahlungen im Rückstand"* (6). *„Viele Firmen überleben nur, weil sie stillschweigend von der Regierung übernommen wurden, und selbst renommierte Unternehmen zahlen ihrer Belegschaft statt Barlohn nur noch Schuldscheine"* (7).

In der Landwirtschaft sieht es nicht besser aus. Unter der japanischen Besatzung hat der Süden das ganze Land mit Reis versorgt. Heute kann nur noch ein Drittel der benötigten Menge im Lande produziert werden.

Mit der vom Park-Regime propagandistisch groß herausgestellten Dorferneuerung, dem sogenannten „Saemaul"-Programm, werden die Bauern unter dem Vorwand der Modernisierung der Dörfer weiter belastet. Heute bebauen mehr Bauern gepachtetes Land als zur Zeit der Machtübernahme Parks – Land, das ihnen einst gehörte.



Die südkoreanischen Studenten waren immer an der Spitze der Kämpfe gegen die Diktatur.

Neue Qualität des Widerstandes

Die brutale Unterdrückung durch die Diktatur hatte in der Vergangenheit verschiedenste Gruppen der Bevölkerung zu Widerstandsaktionen gezwungen. Das waren im wesentlichen:

Die **Studenten**, die bereits wesentliche Träger des Samil-Aufstandes von 1919 und des Sturzes der Li-Sing-Man-Diktatur 1960 gewesen waren. Trotz brutalen Vorgehens der Polizei kam es immer wieder zu Unruhen in den Universitäten, die sich auch in den Städten ausbreiteten. Die Kämpfe richteten sich vor allem gegen den obligatorischen Militärdrill an den Unis, das Verbot von Rede- und Pressefreiheit und die Notverordnungen und Antikommunismusgesetze. Die Kämpfe wurden immer recht militant geführt.

Die **Intellektuellen, Kirchenführer und die legale Opposition** protestierten immer wieder gegen die totale Unterdrückung der minimalsten bürgerlichen Rechte. Dazu gehörten auch progressive Journalisten und Schriftsteller. Stellvertretend sei hier der katholische Dichter Kim Chi Ha genannt, der wegen Verstosses gegen das „Antikommunismusgesetz" zuerst zum Tode verurteilt, dann aufgrund weltweiter Proteste zu lebenslänglich und schließlich zu 20 Jahren Gefängnis „begnadigt" wurde. – Hauptvertreter der legalen Opposition ist heute die „Neue Demokratische Partei" (Sin Min Dang). *„Die NDP ist nicht wirklich eine Oppositionspartei in dem Sinne, daß sie wesentlich andere Interessen verträte als die Regierungspartei. Vielmehr ist sie trotz begrenzter Kritik an der Allmacht des Park-Regimes ebenso wie die DRP"* (das ist die Regierungspartei – Anm. AK) *„ein Sprachrohr vor allem bürgerlich-konservativer und wirtschaftlich-industrieller Interessen. In einer echten parlamentarischen Demokratie wären DRP und NDP vermutlich Flügel derselben konservativen Partei"* (8). Mit der Radikalisierung der

echten parlamentarischen Demokratie wären DRP und NDP vermutlich Flügel derselben konservativen Partei" (8). Mit der Radikalisierung der

Massenbewegung wurde inzwischen allerdings auch die NDP gezwungen, schärfere Töne anzuschlagen. Ihre Führer (am bekanntesten ist der ehemalige Vorsitzende Kim Dae Dschung, der vom Koreanischen CIA aus Tokio gekidnapt worden war, heute aber der Partei nicht mehr angehört) werden mit Hausarrest und Gefängnis verfolgt.

Als linke Abspaltung der NDP gibt es die DUP („Demokratische Wiedervereinigungspartei"), die mit drei Abgeordneten im „Parlament" vertreten ist. Leider haben wir keine näheren Informationen über diese Partei. Jede linke oder sozialistische Organisierung ist streng verboten.

Die **Arbeiterinnen und Arbeiter** beteiligten sich in den letzten Jahren, aufgrund der rapiden Verschlechterung ihrer materiellen Situation, immer stärker an den Kämpfen gegen die Diktatur.

In den Forderungen taucht neben den Lohnerhöhungen immer wieder auch die Forderung nach freien Gewerkschaften auf. In Südkorea existieren Organisationen, die diesen Namen auch nur ansatzweise verdienen würden, nicht. Die gelben Gewerkschaften werden voll vom Regime kontrolliert und sind nur die verlängerten Arme der jeweiligen Kapitalisten.

In der Vergangenheit hatten die Kämpfe dieser verschiedenen Teile der Opposition relativ unabhängig voneinander stattgefunden. Ein wichtiger Schritt bei der Zusammenführung der Teilkämpfe war die Besetzung des NDP-Hauptquartiers durch 172 Textilarbeiterinnen, die gegen ihre Entlassungen – wegen Bildung von „illegalen Gewerkschaften" – protestierten. Bei dem brutalen Polizeieinsatz zur Räumung des Gebäudes (nicht auf Verlangen der NDP!) wurde eine Kollegin getötet, 40 Personen, darunter Journalisten und hohe NDP-Mitglieder, wurden verletzt. Daraufhin begannen Abgeordnete der Opposition einen unbefristeten Sitzstreik. Der Journalistenverband protestierte gegen die Brutalität der Bullen gegenüber Reportern, die über den Einsatz berichten wollten (9).

Das war im August 1979.

Im September wurden gegen sechs angeklagte Kirchenvertreter drakonische Strafen wegen „Begünstigung Nordkoreas" verhängt – trotz weltweiter Proteste (unter anderem des Rats der Evangelischen Kirche der BRD) und obwohl die durch Folter erpressten Geständnisse von den Angeklagten im Prozeß widerrufen wurden.

Im Oktober wurde der gewählte Vorsitzende der NDP, Kim Young Sam, wegen „Mißbrauchs seiner Stellung als Abgeordneter" aus der Nationalversammlung ausgestoßen. Er *„hatte unter anderem gefordert, daß die US-Regierung dem südkoreanischen Staatspräsidenten Park Chung Hi die Unterstützung entziehen solle. Außerdem bezeichnete er die Präsenz amerikanischer Truppen in Südkorea als Einmischung in die inneren Angelegenheiten seines Landes"* (10).

Aus Protest traten alle 69 Oppositionsabgeordneten zurück.

Wenige Tage später kam es in der Hafenstadt Pusan zu Demonstrationen, bei denen ca. 3.000 Menschen den Rücktritt Parks forderten. Die Unruhen griffen immer schneller um sich, Pressemeldungen sprachen von den *„gewalttätigsten Protestaktionen*

Unruhen griffen immer schneller um sich, Pressemeldungen sprachen von den „gewalttätigsten Protestaktionen

gegen die autoritäre Regierung seit 15 Jahren. Die Demonstranten griffen die Büros von Zeitungen und Fernsehstationen wegen regierungsfreundlicher Berichterstattung an" (11). Beim Einsatz der Polizei wurden Demonstranten getötet und viele verletzt. Über die Stadt wurde das Kriegsrecht verhängt. Es waren nicht nur die Studenten, die hier demonstrierten, sondern *„auch Fabrikarbeiter und Kleingewerbetreibende, die sich erstmals seit vielen Jahren wieder an einer regierungsfeindlichen Demonstration beteiligten und schwere Sachschäden verursachten"* (12).

Am 26. Oktober wurde der Diktator Park Chung Hi dann vom Chef seines Geheimdienstes erschossen. Die US-Imperialisten machten sofort klar, daß die Diktatur auch nach Park weitergehen sollte. Sie schickten mehrere Kriegsschiffe nach Südkorea. Fast über das ganze Land wurde das Kriegsrecht verhängt. Mit Versprechungen auf eine schrittweise Demokratisierung sollte der Widerstand unterlaufen werden.

Im Dezember wurde in der Armee eine Säuberungaktion durchgeführt, bei der hohe Offiziere, die offensichtlich einen etwas gemäßigteren Kurs fahren wollten, abgesetzt wurden. Vertreter des harten Kurses übernahmen die Schlüsselstellungen in der neuen Regierung.

Zuckerbrot und Peitsche

Trotzdem wurde in den nächsten Monaten ein „liberalerer" Kurs verfolgt. Es wurden Wahlen versprochen, allerdings kein Zeitplan genannt. Anfang März gab es eine Amnestie für Regimegegner, die wegen Verstößen gegen Parks Notverordnungen verurteilt worden waren, unter ihnen auch Kim Dae Dschung. Das „Antikommunismusgesetz" wurde allerdings nicht aufgehoben.

Zur gleichen Zeit wurden Gespräche zwischen Südkorea und der KDVR, die 1972 ergebnislos abgebrochen worden waren, wieder aufgenommen.

Es zeigte sich aber bald, daß auch die neue Regierung eine Demokratisierung des Landes zwar ständig versprach, aber auf die unbestimmte Zukunft verschob.

So kam es im Laufe des April dieses Jahres immer wieder zu Protestaktionen der Studenten gegen die paramilitärische Ausbildung und die Verschleppung der Wahlen.

Die Kämpfe der Arbeiter gegen die galoppierende Inflation wurden immer militanter. *„ ‚Streiks und Arbeitsniederlegungen breiten sich über das ganze Land aus', schreibt die ‚Korea Times' und nennt ca. 20 Fabriken oder Bergwerke, wo sich Lohnkämpfe abspielen, mitunter gewalttätig. Fast überall, im Gegensatz zu ihren sonstigen Gewohnheiten, beendet sie das Unternehmertum, indem es Kompromisse akzeptiert"* (13).

Die militanten Auseinandersetzungen sind das Vorspiel zum Aufstand in Cholla Namdo und der Besetzung der Provinzhauptstadt Kwangdschu, wo sich die Kämpfe der Studenten und der Arbeiter militant gegen Staatsmacht und Militär richten.

Asien-/Australien-Kommission

Anmerkungen:
(1) Ingeborg Göbel, Geschichte Koreas, Berlin (DDR) 1978, S. 249

Anmerkungen:
(1) Ingeborg Göbel, Geschichte Koreas, Berlin (DDR) 1978, S. 249

(2) ebenda, S. 251
(3) ebenda, S. 277
(4) ebenda, S. 300
(5) „Business Times", 9.8.1977
(6) „FR", 15.2.1978
(7) „FAZ", 27.10.1979
(8) Kommentar in der „Süddeutschen Zeitung", 14.12.1978
(9) „SZ", 13.8.1979
(10) „SZ", 5.10.1979
(11) „FR", 19.10.1979
(12) „FAZ", 27.10.1979
(13) „Le Monde", 4.5.1980

Afghanistan: „Politische Lösung" nicht in Sicht

Zeitgleich zum Beginn der Außenministerkonferenz der islamischen Staaten und dem Teilnahmenennungsschluß für die Moskauer Olympiade unterbreitete die afghanische Regierung einen Lösungsvorschlag für die „Afghanistan-Krise". Auch die Aussenminister der islamischen Staaten sprachen sich für eine Verhandlungslösung aus – die rechten Wortführer lehnten aber gleichzeitig den afghanischen Vorschlag ab.

Im Einzelnen:

„Die Regierung der DR Afghanistan erklärt, daß die Frage des Rückzugs des begrenzten militärischen Kontingents der Sowjetunion aus Afghanistan im Zusammenhang der politischen Lösung geklärt werden muß. Ein Ende der militärischen Aggression und Garantierung, daß es keine Wiederholung von militärischer Aggression oder anderer Formen der Einmischung ... geben wird, würde die Gründe rückgängig machen, die die afghanische Regierung zur Bitte an die SU um Entsendung des besagten Kontingents brachte" („Kabul Home Service", 14.5. lt. „SWB", 16.5.). Konkret schlägt Kabul *„bilaterale Gespräche zur Vorbereitung eines Abkommens zur Entwicklung freundschaftlicher und umfassender Beziehungen"* mit dem Iran und Pakistan vor. Solche Abkommen sollen *„akzeptable Versprechen"* zur *„Respektierung der nationalen Souveränität"* enthalten.

Weiterhin sollen *„verschiedene Staaten notwendige politische Garantien"* geben. *„Hierzu würde aus der Sicht der DR Afghanistan die Sowjetunion und die USA gehören"*. Die USA sollen darüber hinaus *„ausdrücklich erklären, daß sie subversive Aktionen gegen Afghanistan unterbinden"* („SWB", 16.5.).

Im Grundsatz ist dieser Vorschlag nicht neu, es ist die bisher von der Sowjetunion seit langem angebotene Lösung der Frage ihres Truppenrückzugs. Neu sind allerdings die konkreten Gesprächsangebote der DR Afghanistan an den Iran und Pakistan. Wobei – im Gegensatz zur Forderung gegenüber den USA – auf ein „Schuldeingeständnis" verzichtet wurde („keine w e i t e r e n Aggressionen ...", diese Formel taucht gegenüber Iran und Pakistan nicht auf).

Da jedoch alle irgendwie an der Frage beteiligten Staaten zu diesen Vorschlägen schon lange ihre Haltung klargelegt haben, Iran und Pakistan erst n a c h einem sowjetischen Truppenabzug verhandeln wollen, liegt es auf der Hand, daß ein solcher Vorstoß nichts Neues in der Afghanistan-Debatte bringt.

Die Reaktionen waren entsprechend: Iran und Pakistan lehnen jegliche bilateralen Gespräche ab („Süddeutsche Zeitung", 17.5.). Die USA lehnen den Plan ab und die BRD will *„mit großem Interesse und konstruktiv prüfen"* („Welt", 16.5.). Vor diesem Hintergrund muß der afghanische Vorschlag wohl mehr als Propagandavorstoß hauptsächlich für die zur gleichen Zeit beginnende „Islamische Konferenz" gesehen werden.

Die Islamische Konferenz

Die mehrmals verschobene Außenminister-Konferenz der islamischen Staaten (39 Staaten und Befreiungsbewegungen) tagte vom 16.Mai an in Pakistan. Hauptsächlicher Diskussionsinhalt war Afghanistan, daneben auch die amerikanische Agressionspolitik gegen den Iran. Bereits im Vorfeld der Konferenz hatte es heftige Kontroversen um die Frage der Teilnahme Afghanistans gegeben. Afghanistan war von der (rechten) Mehrheit dieser Konferenz im Januar ausgeschlossen worden. Nicht nur Afghanistan fordert die Wiederaufnahme, sie wird u.a. von Algerien, Syrien, Lybien, Südjemen, PLO unterstützt. Gegen die Mehrheit der US-hörigen Staaten hatte diese Forderung allerdings keine Chance. Immerhin gelang es diesen Kräften, eine scharfe Verurteilung der SU (wie im Januar) zu verhindern. *„Damals hieß es, die islamischen Staaten verurteilten die sowjetische militärische Agression und flagrante Verletzung internationalen Rechts und sie forderten einen sofortigen und bedingungslosen Rückzug der sowjetischen Truppen"* („FR", 22.5.). Heute *„betonte"* die Konferenz *„zwar das Recht des afghanischen Volkes, sein eigenes soziales und politisches System frei wählen zu können. . .Eine Verurteilung der sowjetischen Invasion und eine Forderung nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen aber gab es nur noch in indirekter Form. . ."* („FR", 22.5.).

Die Verhinderung einer erneuten scharfen Konfrontationsstellung der islamischen Konferenz zu Afghanistan/SU gelang den antiamerikanischen Kräften vor allem mit dem Hinweis (und sicher unter dem Eindruck) auf die starken amerikanischen Aktivitäten in der Region. *„Die PLO . . .hatte zusammen mit den radikalen arabischen Staaten erfolgreich die Forderung vertreten, in Bezug auf Afghanistan nicht das Spiel der Amerikaner zu spielen"* („FR", 22.5.).

Nicht vermieden werden konnte die Einsetzung eines *„ständigen Ministerausschusses zur Behandlung der Afghanistan-Frage"* („FR", 22.5.). Mithilfe dieses Ausschusses (hauptsächlich initiiert von Pakistan) sollen Verhandlungslösungen für einen sowjetischen Truppenabzug gefunden werden. Im Gegensatz zum afghanischen Vorschlag streben die Initiatoren allerdings keine regionale Lösung an, sondern wollen *„die Möglichkeit einer internationalen Konferenz über Afghanistan prüfen"* („FR", 22.5.). Und eine solche ‚Lösung' wird wiederum strikt von der SU und Afghanistan abgelehnt.

Was unter dem Strich bei beiden Verhandlungsvorschlägen bleibt, ist die Aussicht auf das weitere Spielen mit den verschiedensten ‚politischen Lösungen'. Eine aktuelle Lösung im Sinne einer regionalen Annährung (Iran, Pakistan, Afghanistan), die gleichzeitig Afghanistan die notwendige Sicherheit von außen gibt, ist derzeit völlig undenkbar.

Asien-Australien Kommission

Bolivien:

Neue Putschgefahr vor den Wahlen

Ob die bolivianischen Militärs den für Juni 1980 geplanten neuen Wahlversuch zulassen werden, ist wieder sehr fraglich geworden. Der Mord an dem fortschrittlichen Jesuitenpater Luis Espinal war ein neuer Höhepunkt in der Serie von Entführungen und Attentaten durch die Ultrarechten. Schwarze Listen mit hunderten von Namen von Gewerkschaftern und Oppositionellen, deren Beseitigung geplant wird, sind bekannt geworden. Die Militärs betonen bereits in offiziellen Kommuniques, daß es ihre Aufgabe sei, das Vaterland vor Chaos und Unordnung zu retten. Erst kürzlich wurde der rechtsradikale General Meza zum Oberkommandierenden des Heeres ernannt, damit hat der Putschflügel des Militärs an Stärke und Einfluß gewonnen. Die Interimspräsidentin Lidia Gueiler – selber zum rechten Flügel der bürgerlichen Parteien gehörig – hat den Aktivitäten der Putschmilitärs wenig entgegenzusetzen.

„Demokratisierung" seit zwei Jahren

Nach sieben Jahren Banzer-Diktatur fanden im Juli 1978 wieder die ersten Wahlen statt. Durch massive Wahlfälschung wurde der Kandidat Banzers, General Pereda, Wahlsieger. Der Wahlschwindel war so offenkundig, daß Pereda selber der Neuausschreibung der Wahlen zustimmte, allerdings nur, um zwei Tage später zu putschen. Trotz der Anerkennung dieses Regimes durch die USA konnte es keine Stabilität entwickeln und wurde am 24.11.78 durch den Oberbefehlshaber des Heeres, David Padilla, weggeputscht. Padilla versprach sofort, die unterbrochene Demokratisierung fortzusetzen und wurde zunächst von Gewerkschaften und Linken unterstützt. Am 1.7.79 kam es tatsächlich zu erneuten Wahlen, bei denen keiner der beiden großen Blöcke die absolute Mehrheit erringen konnte. Wahlsieger war Hernan Siles Zuazo mit dem Wahlbündnis FUDP, das ein Spektrum von rechtssozialdemokratischen Gruppierungen über die kämpferischen Gewerkschaften bis hin zu Vertretern der radikaldemokratischen und revolutionären Linken umfaßte. Die Mehrheit der Sitze im Parlament — bedingt durch das bolivianische Wahlsystem — erhielt jedoch Victor Paz Estenssoro, Gründer der national-revolutionären Bewegung (MNR), die die Revolution von 1952 anführte, sich seitdem aber beständig nach rechts entwickelt hat und zwischenzeitlich auch vor der Beteiligung an den Militärregierungen Barrientos und Banzers nicht zurückschreckte. Victor Paz stand einem Wahlbündnis aus rechtsbürgerlichen Parteien vor.

Der Kongreß wählte dann Walter Guevara Arze zum Interimspräsidenten, der wiederum neue Wahlen für Mai 1980 vorbereiten sollte. Dies wurde behindert durch den Putsch von Oberst Natusch Busch am 1.11.79. Natusch Busch konnte sich aber, wegen des starken Widerstandes der Massen und seiner geringen Integrationskraft im bürgerlichen Lager, gerade nur zwei Wochen im Amt halten. Die USA hatten dieser Regierung die Unterstützung verweigert und auch Victor Paz Estenssoro, der den Putsch zunächst unter der Hand unterstützte, hat Natusch Busch sehr schnell fallengelassen, als die Aussichtslosigkeit, dieses Regime zu halten, deutlich wurde. Diese Krise wurde mit der Benennung Lidia Gueilers als Interimspräsidentin beigelegt.

Die Regierung von Lidia Gueiler

Die erste Maßnahme der Gueiler-Regierung bestand darin, die Wirtschaftsmaßnahmen des Internationalen Währungsfonds (IWF), die der IWF noch mit dem Putschisten Natusch Busch ausgehandelt hatte (!), im Land durchzusetzen. Dies waren vor allem die Abwertung des Peso um 25 % und damit erhebliche Preissteigerungen und die Preisfreigabe für Benzin, was Preiserhöhungen zwischen 130 und 400 % bedeutete.

Die Gewerkschaftszentrale COB, die sich, ohne Resonanz zu finden, zur Mithilfe bei der Lösung der wirtschaftlichen Probleme angeboten hatte, lehnte dieses Paket sofort ab. Im ganzen Land gab es Massendemonstrationen gegen diese Verelendungsmaßnahmen, allein in La Paz demonstrierten 50.000 Menschen. Am überraschendsten und bedeutsamsten war der Widerstand der in Bolivien traditionell eher konservativen Bauern, die allerdings von der Benzinverteuerung auch besonders betroffen waren (die Landwirtschaft ist völlig von den selbständigen Transportunternehmen abhängig, die als Zwischenhändler fungieren). Erst Mitte 1979 war eine Bauerngewerkschaft (CSTUTCB) in die Gewerkschaftszentrale COB aufgenommen worden, nachdem sich vier einzelne Bauerngewerkschaften zur CSTUTCB zusammengeschlossen hatten. Außerhalb dieses Zusammenschlusses und außerhalb des COB blieb allein eine China-orientierte Campesino-Gewerkschaft.

Ab 1.12. blockierten die Campesinos unter Führung ihrer neuen Zentrale sämtliche Wege und Zufahrtsstraßen, so daß keine Lebensmitteltransporte mehr stattfinden konnten. Über 1.000 ausländische Touristen saßen am Titicacasee fest und mußten von der Luftwaffe ausgeflogen werden.

Die Situation vor den Wahlen

Jahrelang waren die Bauern, auch unter den Militärdiktaturen, in den Militär-Bauernpakt eingebunden; ein Pakt, den der ehemalige Diktator Barrientos durchgesetzt hatte, um die Bauern ideologisch unter Kontrolle zu halten. Der kämpferische und organisierte Widerstand gegen das Wirtschaftspaket der Regierung deutet auf eine neue Qualität und Radikalisierung der Massenbewegung hin.

Am 21.3.80 wurde Luis Espinal entführt. Er war Mitglied der ständigen Kommission für Menschenrechte, Herausgeber der fortschrittlichen Zeitung Aqui und eine führende Persönlichkeit der oppositionellen Kräfte. Am folgenden Morgen wurde er mit Spuren furchtbarer Folter ermordet aufgefunden. Mit diesem Mord wurde eine neue Etappe der Entwicklung eingeleitet: Die offene Eskalation des rechten Terrors. Parallel gelang es den Putschmilitärs, ihren rechtsradikalen General Luis Garcia Meza gegen den farblosen Ruben Rocha als Oberkommandierenden des Heeres durchzusetzen. Meza gilt als Vertrauter von Luis Arze, der die zentrale Figur des rechten Terrors ist und beispielsweise vor kurzem alle Akten über linke Politiker auf einem Lastwagen aus dem Innenministerium holen ließ. General Meza hat sich mit entsprechenden Ankündigungen in sein Amt eingeführt: Bolivien werde nicht das El Salvador oder Kuba Lateinamerikas werden, vorher werde das Militär eingreifen, um das Land zu retten („El Dia", Mexiko 26.4.80); oder: das Militär werde verhindern, „*daß antinationale Gruppen, die vom Ausland finanziert werden, die Kontrolle über das Land ergreifen*" („Le Monde", 28.4.80).



In jeder brasilianischen Tageszeitung erscheint ständig eine Anzeige der Banco de Brasil: „Bolivien, mit mir kannst du rechnen"

Als Mittel gegen die Radikalisierung der Bauern versuchte Meza sodann, den Militär-Bauern-Pakt neu aufzulegen, um zu verhindern, daß „*Ultralinke sich der Bauern für antinationale Ziele bedienen*". Die Neuauflage des Militär-Bauern-Paktes, sinnigerweise am Todestag und Grab von Barrientos unterzeichnet, wurde aber nur von einer regionalen Gewerkschaftsabteilung in Cochabamba akzeptiert, die zentrale Gewerkschaft CSTUTCB wies den Pakt entschieden zurück.

Die Linke, vor allem der COB, hatte schon vor Monaten mit der Gründung von „Komitees zur Verteidigung der Demokratie" gegen die Putschgefahr begonnen. Diese Komitees werden inzwischen von allen bürgerlich-demokratischen Kräften unterstützt, einschließlich so fragwürdiger Bündnispartner wie Victor Paz Estenssoro. Die radikalen linken Kräfte, darunter auch Teile des COB, kündigten an, daß die Bewaffnung der Verteidigungskomitees organisiert wird und die Massen sich in zahlreichen Selbstorganisationen auf den Kampf gegen einen neuen Putsch vorbereiten.

Parallel dazu gab es Ende April ein Treffen zwischen Vertretern des Militärs, der Regierung und des COB, wo alle Seiten versicherten, daß sie die Rückkehr zur Demokratie nicht behindern und an der Durchführung der Wahlen im Juni festhalten wollen. Es solle möglichst ein ständiger Dialog eingerichtet werden, um das Klima zu entspannen („Coyuntura" Bolivien, 1.5.80).

Eine Lösung für die angespannte Lage ist nicht in Sicht. Zwar halten zur Zeit sowohl die USA als auch die rechtsbürgerlichen Kräfte, die in der Vergangenheit bereits diverse Putsche unterstützt haben (wie Victor Paz), zur Zeit noch an der Demokratisierung fest. Dies zeigt z.B. die Beteiligung von Paz Estenssoro an den Komitees zur Verteidigung der Demokratie und die Ankündigung der USA, im Falle eines Putsches jegliche Wirtschaftshilfe zu streichen.

Die faschistischen Militärs haben jedoch — wie die Vergangenheit beweist — oft genug auf eigene Faust geputscht und halten sich zur Zeit zumindest bereit. Wenn es trotzdem zu den Wahlen im Juni kommt, wäre allerdings für den Imperialismus und die bürgerlichen Kräfte in Bolivien eine ansatzweise linke Regierung, die es sich z.B. schlecht leisten könnte, die IWF-Maßnahmen konsequent durchzusetzen, kaum tragbar. Mit massiver Wahlmanipulation ist daher mindestens zu rechnen; ein erneuter Putsch ist im Falle eines linken Wahlsieges nicht ausgeschlossen. (Informationen aus: „Lateinamerika-Nachrichten"77/78/81).

Lateinamerika-Kommission

Meldungen



Peru

Die Wahlen in Peru haben einen überraschend deutlichen Sieg für Belaunde Terry und seine Accion Popular gebracht. Er erhielt nach dem jetzigen Stand der Auszählung über 40 % der Stimmen. Die von der internationalen Sozialdemokratie unterstützte APRA blieb weit unter 30 % (sie erhielt sonst bei Wahlen mindestens ein Drittel der Stimmen), die radikale Linke konnte ihre guten Ergebnisse der letzten Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung erwartungsgemäß nicht halten, nachdem verschiedene Wahlbündnisse gescheitert waren und die Linke in zersplitterter Form kandidierte. Die gesamte Linke vom revisionistischen bis zum trotzkistischen Block erhielt etwa 17 % (vormals über 30 %). Sobald die genauen Ergebnisse vorliegen, werden wir über die Wahlen berichten und in diesem Rahmen eine Kritik zum Peruartikel aus AK 178 veröffentlichen und dazu Stellung nehmen.

Brasilien

Eine Sensation für Beobachter der revisionistischen Szene ist die Absetzung von Carlos Prestes als Chef der KP Brasilien. Prestes war — erst Anfang des Jahres aus dem Moskauer Exil nach Brasilien zurückgekehrt — die Symbolfigur der brasilianischen radikalen Opposition. Er hatte in den dreißiger Jahren beim legendären langen Marsch den militanten Kampf der Arbeiter und Bauern geführt. Nach langem Tauziehen innerhalb der brasilianischen KP ist er jetzt wegen seines zu radikalen (!) Kurses abgesetzt worden. Es haben sich die Kräfte durchgesetzt, die aus der KP (zur Zeit offiziell immer noch illegal) eine legale, auch für das bürgerliche Lager bündnisfähige Partei machen wollen.

• • •

Der Gewerkschaftsführer Lula und andere Gewerkschafter, die anläßlich des illegalen Metallerstreiks verhaftet worden waren (vergl. AK 177) wurden inzwischen freigelassen. Es erwartet sie aber nach wie vor ein Prozeß, bei dem ihnen jahrelanges Gefängnis droht.

Staatsbesuch aus Mexiko in Bonn

Mexikos Staatschef Lopez Portillo kam als Vertreter eines aufstrebenden Ölförder-Landes in die BRD. Bezeichnend ist, daß als wichtigster Mann seiner Begleitung neben dem Außenminister, der Vorsitzende der mexikanischen staatlichen Ölgesellschaft Pemex hofiert wurde. Vielversprechende Verhandlungen wurden geführt (auch darüber genauer in einem der nächsten AKs).

Grüße von Karaxú

Die chilenische Musikgruppe Karaxu hat es doch wieder geschafft, vor etwa 900 Zuhörern im Hamburger Audi Max für internationalistische Stimmung zu sorgen. Zuvor hatte Karaxu, ebenfalls recht erfolgreich, in Bremen und Westberlin (ca. 300 und 600 Zuhörer), Solidaritätskonzerte gegeben.

Nach der Veranstaltung in Hamburg sprachen wir mit den Genoss/inn/en Rosalia und Simon von Karaxu über einige Aspekte des kulturellen Widerstandes und der Solidaritätsarbeit im Exil.

Rosalia: Zuerst möchten wir den Genoss/inn/en von Hamburg noch einmal danken, daß sie gestern abend auf der Veranstaltung waren. Wir möchten Euch auch sagen, daß wir, Karaxu, und natürlich auch die Genossen in Chile eine besondere Bindung an Hamburg haben. Wir wissen, daß der Widerstand mit der Unterstützung in Hamburg rechnen kann. Es ist auch wichtig, daß ihr wißt, daß diese eure Unterstützung in Chile bekannt ist. In den ersten Jahren nach dem Putsch war es schwierig zu wissen, was im Ausland an Solidaritätsaktionen läuft. Jetzt ist es einfacher, jetzt ist durch die Reisen von Genossen und durch die Rückkehr unserer Genoss/inn/en ein Informationsfluß entstanden, und die Leute im Widerstand kennen Einzelheiten aus der Solidaritätsbewegung im Ausland....

Jetzt zur Resistencia Cultural in Chile, dem Widerstand auf kultureller Ebene.

Die Kultur ist in Chile das Gebiet gewesen, in dem sich die ersten massiven Widerstandsaktionen ausgedrückt haben; sie hat eine sehr wichtige Rolle im Kampf gegen die Diktatur gespielt. Die Junta weiß dies auch und hat sehr strenge Maßnahmen ergriffen, um die Resistencia Cultural zu unterdrücken.

Die Genossin führt dann aus, daß sich zahlreiche Theater- und Folkloregruppen gegründet haben, Dichterlesungen abgehalten werden und zum Beispiel eine Zeitung, die im Untergrund erscheint, literarische und kulturelle Diskussionen veröffentlicht. Diese Gruppen erhalten, ebenso wie die bekannteren Künstler, keinerlei finanzielle Unterstützung, sondern werden im Gegenteil verfolgt.

Simon: Mit unheimlich knappen Mitteln halten sie sich über Wasser, sie haben sich von den kulturellen Zentren der Städte abgewandt und arbeiten vor allem in den Poblaciones auf dem Land, so daß regelrechte Massenarbeit vor allem unter Jugendlichen aufgebaut wird. Auch bekannte Sänger, die sich öffentliche Auftritte im Fernsehen oder Rundfunk nicht mehr leisten können, singen vor Tausenden von Leuten in den Poblaciones mit ein oder zwei Mikros und versuchen ihren Widerstand auszudrücken....

R.: Es ist wichtig zu sagen, daß es für viele auch die einzige Alternative ist, denn der ideologische Druck, den die Junta ausübt, ist sehr groß, so z.B. durch den Konsum, die patriotischen Werte, die Fahne, die Soldaten etc; ich denke, daß es wohl im Dritten Reich hier ähnlich war....Die Widerstandsbewegung hat einen kulturellen Ausdruck und das ist insofern wichtig, weil die Leute so „Waffen" haben gegen den ideologischen Druck der Junta....

AK.: Wenn man wie ihr seit 4 Jahren im Exil lebt, bringt das nicht große Schwierigkeiten für die Solidaritätsarbeit, für das Entwickeln neuer Lieder – ohne direkte Verbindung zum eigenen Land?

R.: *Das ist wohl das schwierigste Problem für uns. Wir müssen akzeptieren, daß unser Publikum auf der einen Seite europäisch ist, daß aber auf der anderen Seite unsere Lieder, unsere Inhalte noch Ausdruck der Realität in unserem Land sein müssen und bleiben müssen. Beides zu verbinden ist wohl unser größtes Problem.... Wir haben deswegen ständigen Kontakt z.B. zu Leuten von der „Vereinigung der verschwundenen politischen Gefangenen", der Nationalen Gewerkschaftskoordination, wir bekommen Aufnahmen der verschiedenen Konzerte und Veranstaltungen in Chile, wir erhalten die Veröffentlichungen des Widerstandes, persönliche Briefe usw. Wir müssen aber auch ehrlich sein, daß wir dies alles aus unserer Perspektive im Exil sehen und singen. Wir singen auch über Probleme, die wir hier haben, die uns beeinflussen... Unser neues Repertoire für September handelt viel von der Problematik des Exils. Es ist schwer, natürlich......*

AK.: Wie wir wissen, betont ihr, und der MIR insgesamt, euer Recht, aus dem Exil nach Chile zurückzukehren. Gibt es für Künstler und bekanntere Leute die Möglichkeit mit Hilfe von internationalem Druck legal nach Chile zurückzukehren ?

R.: Natürlich gibt es zwei Arten, wieder ins Land einzureisen, legal oder illegal. Die illegale Weise ist nicht breit, sie betrifft wenige, ausgesuchte Leute. Die legale Möglichkeit ist ein Kampfziel aller Chilenen im Exil, nicht nur der Künstler. Wir Künstler haben keine Möglichkeit, legal wieder einzureisen. Es gibt sogar Gruppen, die in Chile wohnten, die aber nach einer Tournee im Ausland nicht wieder einreisen durften. Es gibt zwar eine wichtige Bewegung, die z.B. für Schriftstellerkongresse u.a. gefordert hat, daß solche Leute einreisen dürfen, aber ohne Erfolg. Die Junta wird, wenn sie schwacher wird, solchem Druck auch nachgeben müssen, das ist aber keine Perspektive auf kurze Sicht. Es hat sich jetzt in Chile eine Vereinigung gebildet von Angehörigen der im Exil Lebenden. Dies ist für uns Künstler und alle hier sehr wichtig, denn sie kämpfen für unsere legale Rückkehr.

S.: Es gibt einige wenige Fälle von Malern, die letztes Jahr einreisen durften, aber das ist keinesfalls die Norm. Im Gegenteil, die Tendenz ist, diese Angelegenheit strenger zu handhaben, weil es eine Offensive des Widerstands in Chile gibt und die Junta auch internationale Schwierigkeiten hat.

Vielen Dank und bis zum nächsten Mal.

SED-Parteibuchkontrolle:

»Immer und überall kämpferischer Einsatz für die Politik der SED«

Mit 3.944 Parteiausschlüssen wurde die von der 11. Tagung des ZK der SED (13./14.12.79) beschlossene ,,Kontrolle der Parteidokumente und der ordnungsgemäßen Registratur aller Mitglieder und Kandidaten der SED'' abgeschlossen. Mit über 2,1 Mio. Parteimitgliedern und -kandidaten wurden in der Zeit vom 1.3. bis 30.4.80 persönliche Aussprachen durchgeführt, in denen sie darlegen sollten, ,,*wie sie ihre Pflichten und Rechte auf der Grundlage des Parteistatuts wahrnehmen, wie sie künftig an der Verwirklichung der Parteibeschlüsse mitarbeiten wollen*'' (Bericht des Politbüros an die 11. Tagung des ZK der SED, zit. lt. ,,FAZ'', 17.12.79). ,,*In Fällen, da sich Genossen beharrlich den Pflichten entziehen, die das Statut festlegt, da sie sich in Bewährungssituationen vom Standpunkt der Partei entfernen oder schwankende Haltungen einnehmen, sollte die Aussprache Veranlassung sein, in der Mitgliederversammlung über ihre weitere Parteimitgliedschaft zu entscheiden.*'' (ebd.)

In der bürgerlichen Presse waren hieran wiederholt Spekulationen geknüpft worden, in der SED stehe eine umfassende ,,Säuberung'' und ,,Gehirnwäsche'' an (so z.B. ,,WamS'', 2.3.; ,,Abend'', 26.3.). Tatsächlich ging es weniger um ,,Parteisäuberung'' (allein hinsichtlich der relativ geringen Zahl der Ausgeschlossenen unterscheidet sich die diesjährige Aktion grundsätzlich von umfangreichen Säuberungen der Vergangenheit), als darum, die gesamte Parteimitgliedschaft dafür zu mobilisieren, die Politik der SED auch in ,,Bewährungssituationen'' aktiv zu vertreten: insbesondere angesichts der Verschärfung der internationalen Situation und der gegenwärtigen ökonomischen Schwierigkeiten der DDR.

Mobilisierung für ,,Wehrbereitschaft'' und ,,Friedensinitiative''

,,*Die Verschärfung der internationalen Situation gegen Ende der 70er Jahre und zu Beginn der 80er Jahre*'' stelle – so erläuterte Honecker am 25.1. vor den 1. Sekretären der SED-Kreisleitungen ,,*hohe Anforderun-*
25.1. vor den 1. Sekretären der SED-Kreisleitungen ,,hohe Anforderun-
gen an die Fähigkeit der Partei, auf Veränderungen in der Großwetterlage rechtzeitig zu reagieren, die sich daraus ergebenden Aufgaben zu erfassen und zu lösen. Hierbei kommt es darauf an, die Wirksamkeit unserer ideologischen Arbeit zu erhöhen, die enge vertrauensvolle Verbindung zwischen unserer Partei und den Massen zu vertiefen'' (,,Neuer Weg'' 3/80, S. 81 f.). Ihre sich aus der ,,veränderten Großwetterlage'' ergebende Aufgabe sieht die SED darin, ,,*zusammen mit der Sowjetunion und den anderen Verbündeten alles Erforderliche* (zu tun), *um sowohl durch unseren Beitrag zur Erhöhung der Verteidigungskraft des sozialistischen Staatenbündnisses die eigene Sicherheit zu gewährleisten, als auch den Kampf um Frieden, Abrüstung und Entspannung mit Beharrlichkeit und Energie fortzusetzen*'' (Horst Dohlus, Sekretär des ZK der SED, lt. ,,NW'' 3/80, S. 97). Schwierigkeiten hinsichtlich der ,,Wirksamkeit der ideologischen Arbeit'' dürften sich für die SED jedoch daraus ergeben, daß während eines ganzen Jahrzehnts ,,Entspannungspolitik'' Entspannungs-i l l u s i o n e n in der DDR-Bevölkerung kräftig an Boden gewonnen haben. Von der SED selbst war die politisch-ideologische Auseinandersetzung mit dem (BRD-)Imperialismus auf ein Minimum zurückgeschraubt worden; stattdessen wurden – und werden nach wie vor (vgl. AK 174 und 175) – reichlich Illusionen in ,,Vernunft'', ,,Friedfertigkeit'' und ,,Entspannungswillen'' der sozial-liberalen Bundesregierung genährt. Zu dem sich verschärfenden Konfrontationskurs des Imperialismus will dieses Bild nicht mehr so recht passen. Für die persönlichen Aussprachen mit den Parteimitgliedern setzte sich die SED-Führung deshalb die Aufgabe, klarzumachen, ,,*daß auch die geringste Illusion über den Imperialismus, besonders über die Politik der BRD, falsch und gefährlich ist. Jeder muß wissen und in Rechnung stellen, daß sich die internationale Lage durch die aggressive Politik der imperialistischen Staaten, insbesondere der USA und der BRD, weiter verschärft hat. Diese mit den Waffen aus dem Arsenal des kalten Krieges betriebene Politik beschwört nicht geringe Gefahren für den Frieden und die Sicherheit der Völker herauf. Mit aller Deutlichkeit muß betont werden, daß sich die westdeutschen Imperialisten als Vorreiter des USA-Imperialismus hervorgetan haben, ihre Verbündeten erpreßten und durch massiven Druck dafür sorgten, daß der Brüsseler NATO-Raketenbeschluß zustande kam*'' (ebd., S. 96).

Vor eine spezielle ,,Bewährungsprobe'' wurde die SED durch die sowjetische Intervention in Afghanistan gestellt. Verständnislosigkeit, Unmut und Protest von Teilen der DDR-Bevölkerung äußerten sich wiederholt in Leserbriefen, Stellungnahmen kirchlicher Kreise und (nach Angaben der bürgerlichen Presse) verschiedenen Protestaktionen. Die SED hielt es daher für ratsam, auch dieses heiße Eisen zum Thema der persönlichen Aussprachen mit den Parteimitgliedern zu machen: ,,*Verständnis muß auch darüber bestehen*'' so forderte Dohlus . ,,*daß zwischen dem Brüsseler Raketenbeschluß ... und der imperialistischen Aggressionspolitik gegen die Demokratische Republik Afghanistan ein enger Zusammenhang besteht. Dabei ist hervorzuheben, daß sich die westdeutschen Imperialisten durch ihre provokatorische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans erneut als Vorreiter des amerikanischen Imperialismus erweisen ... Die KPdSU und die UdSSR haben durch ihre umsichtige und zugleich entschlossene Hilfsaktion, die unsere volle Unterstützung findet, die Absicht des USA-Imperialismus durchkreuzt, das Kräfteverhältnis im Mittleren Osten zu verändern*'' (ebd., S. 97).

,, ... bei der Leistungssteigerung beispielhaft vorangehen''

Schwerste ,,Bewährungssituation'' für die SED sind die ökonimischen Schwierigkeiten der DDR. Die 11. Tagung hatte sich dem Problem zu stellen, daß im dritten Jahr hintereinander das projektierte Planziel von 4,3 % mit einem produzierten Zuwachs des Nationaleinkommens von 4 % nicht erreicht wurde; steigende Rohstoff- und Energiepreise sowie der Devisenmangel bringen zusätzliche Belastungen. Die 11. Tagung des ZK antwortete mit einem ehrgeizigen Programm: 1980 soll ein ,,*Jahr der großen Initiative und des politischen Massenkampfes für einen hohen Leistungsanstieg*'' werden (ebd., S. 96): stärkeres Wachstum der Arbeitsproduktivität bei gleichzeitiger Einsparung von Arbeitskräften (Mobilisierung von Reserven auf dem Gebeit der Effektivität und Qualität der Arbeit), Verringerung des spezifischen Material- und Energieverbrauchs um 4,5 bis 4,7 %, stärkere Orientierung der Produktion auf den Bedarf der äußeren v.a. der kapitalistischen Märkte, Verbesserung der Struktur des Exports etc. Die DDR-Bevölkerung soll durch die Parole **,,Jeder sozialpolitische Fortschritt erfordert Fortschritte in der Arbeitsproduktivität''** zur Leistungssteigerung motiviert werden. In den ,,persönlichen Aussprachen'' mit den SED-Mitgliedern sollte darüber hinaus erreicht werden, daß die Parteimitglieder ,,*mit hohem Bewußtsein und Schöpferkraft allen Werktätigen des Arbeitskollektivs b e i s p i e l h a f t*'' vorangehen: ,,*Es geht um die parteiliche Haltung und Position der Genossen zum Plan und seiner Durchführung, um die Vorbildrolle der Kommunisten bei der Entwicklung neuer Initiativen zur Überbietung der Planziele*'' (ebd., S. 95).

Wurde in dem Beschluß des 11. ZK-Plenums über die ,,Dokumentenkontrolle'' noch gleichermaßen von den ökonomischen Aufgaben u n d der Friedenskampagne ausgegangen, so scheinen in der P r a x i s die ,,*Schlußfolgerungen für den Beitrag der einzelnen im Kampf um die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1980*'' Hauptpunkt der ,,persönlichen Aussprachen'' gewesen zu sein. So Heißt es im ,,Neuen Weg'': ,,*Die Arbeit in der Produktion (ist) die w i c h t i g s t e S p h ä r e, in der sich das parteimäßige Verhalten der Genossen zeigt*'' (ebd., S. 118).

DDR-Kommission/Westberlin

Widersprüche in der SEW verschärft

Schon seit einger Zeit regt sich in der SEW (Westberlin) eine innerparteiliche Opposition, die sich teilweise in der internen Oppositionsschrift ,,Klarheit'' ausdrückt. Die SEW-Führung reagierte in bekannter Manier: Die ,,Klarheit'' sei ein Produkt des Verfassungsschutzes.

In zwischen hat der Konflikt grössere Ausmaße angenommen. Von drei Diskussionpapieren wußte die ,,Neue'' am 29.5. zu berichten:

- **Eine Austrittserklärung von 30 SEW-Mitgliedern.**
- **Eine Austrittserklärung der meisten Angehörigen einer SEW-Betriebsgruppe.**
- **Eine Stellungnahme von SEW-Dissidenten, die vorerst in der SEW b l e i b e n wollen.**

Aus den von der ,,Neuen'' veröffentlichten oder zitierten Texten geht hervor, daß es sich um eine reichlich bunte SEW-Opposition handelt. So spielt in den Kritiken erfreulicherweise die sektiererische Politik der SEW gegen ,,Maoisten'', Alternative Liste u.a. eine große Rolle. Ebenso erfreulich sind Aussagen, in denen die grundsätzliche Notwendigkeit betont wird, bestehende Konfrontationen in der Linken abzubauen, ,,miteinander zu reden'' usw. Negativ sind hingegen blind-opportunistische Töne, die neuerdings in der ,,Klarheit'' gegenüber der SPD angeschlagen werden: Demzufolge sei es von der SEW äußerst falsch, der Bundesregierung Kriegstreiberei vorzuwerfen. Offenbar geht die ,,Klarheit'' dabei vom Grundsatz aus, ,,...daß nicht sein kann, was nicht sein darf''. In diesem Zusammenhang wurde der SEW in der ,,Klarheit'' sogar eine Annäherung an die ,,Sozialfaschismus-Theorie'' der alten KPD vorgeworfen (laut ,,Die Neue'' vom 24.5.).

Gegen solche Auffassungen in den Reihen der SEW-Opposition ließe sich einiges an guten Argumenten anführen. Die SEW-Führung scheint an Argumenten aber nach wie vor überhaupt nicht interessiert, sondern bleibt bei der bewährten Primitivst-Polemik: Zwar sei nicht j e d e r, ,,*der ideologische Probleme hat*'', deshalb schon ein VS-Agent – toll, das mußte ja endlich einmal ausgesprochen werden!... Es gebe nämlich auch, so fährt die SEW fort, ,,*einzelne Mitglieder, die noch über ungenügende Kampferfahrung und theoretische Kenntnisse verfügen oder denen die Kleinarbeit zu mühselig ist*''. Die sollen gefälligst ,,*Hilfe und Rat der übrigen Parteimitglieder in Anspruch nehmen und sich selbst ernsthaft mit den eigenen falschen Auffassungen auseinandersetzen*''.

Für die SEW-Führung ist eben innerparteiliche Kritik stets Zeichen eines Defekts beim Kritiker, bei dessen Überwindung die Partei ihm selbstverständlich kameradschaftlich die Hand reicht. Wer diese kameradschaftliche Hilfe ausschlägt und auf seiner Kritik beharrt – ja, der **,,arbeitet, ob er sich dessen bewußt ist oder nicht, faktisch dem Gegner in die Hände''** (SEW-Organ ,,Wahrheit'', 28.5.).

Laut ,,Neue'' (29.5.) haben die SEW-Dissidenten ,,für die nächste Zeit'' eine Arbeitskonferenz angekündigt. **Falls dieser Weg konsequent weitergegangen wird, könnte dies auch der latenten Krise in der DKP zum Ausbruch verhelfen.**

Diese latente Krise ist von der DKP und der SEW bisher mit den bekannten Mechanismen in Zaum gehalten und unterdrückt worden:

- Keinerlei Diskussion innerparteilicher Konflikte, schon gar nicht öffentlich.
- Verteufelung jeder innerparteilicher Opposition.
- Beschwören der angeblich permanent zunehmenden ,,antikommunistischen Hetze'' gegen die Partei.
- Rigoroses Zusammenarbeits-Verbot gegenüber ,,Maoisten'', ,,Trotzkisten'', Bunten/Alternativen Listen usw.

Eine auf diese Weise künstlich zurückgestaute und verschleppte Organisationskrise hat die seltsame Eigenschaft, plötzlich mit umso grösserer Zerstörungskraft auszubrechen. Der rasante Zusamenbruch der ,,KPD'' hat dafür ein Beispiel gegeben.

KPF intern

Wochenlang sorgte die reaktionäre französische Wochenzeitschrift ,,L'Express'' (Herausgeber: Jean-Jaques Servan-Schreiber alias J.-J. S.-S.) für eine spannungsvolle Abwechslung zu langweiligen Fernsehprogrammen: wo war Marchais 1944, wo war Marchais 1955, wo wird er morgen sein?...

Nun, Marchais, der Chefsekretär der KPF, konnte sich von allen Anschuldigungen reinwaschen; weder war er ein Nazikollaborateur noch ein Freund von Stalin – Ex-Frauen und Freunde sagten für ihn aus. Weitaus interessanter als die glanzlose Vergangenheit von Marchais ist allerdings die bunte Oppositionsbewegung, die sich innerhalb der ,,Kirche'' (wie die KPF oft spöttisch von Mitglieder genannt wird) seit dem Scheitern der ,,Linksunion'' bei den Parlamentswahlen vom März 1978 entwickelt. Wir berichteten vom Aufruf zur ,,Einheit im Kampf'' und dokumentierten in einem übersetzten Interview die Positionen eines seiner Initiatoren, David Kaisergruber, Herausgeber der vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift ,,Dialectiques''. Im AK 176 stellten wir die Ideen und Stellungnahmen der feministischen Opposition der Genossinnen von ,,elles voient rouge'' dar. In diesem Artikel wollen wir die Entstehung der neueren KPF-internen Opposition, sofern sie sich öffentlich manifestiert hat, nachzeichnen. Zur Erinnerung: die ,,Linksunion'' (KPF + PS) feierte ihren Geburtstag 1972. Im September 1978, nach besagtem Wahlmißerfolg, wurde sie begraben. Seitdem entwickeln die Partner und Verbündeten von gestern eine wüste Polemik gegeneinander. Marchais bezeichnete die PS als Renegaten, Reformisten usw. Mitterand bezeichnete die KPF als stalinfreundlich.

KPF: Quo vadis?

Die KPF zählt heute 700.000 Mitglieder (offizielle Zahlen). Seit 1964 hatte sie sich für einen gemeinsames Regierungsprojekt mit den Sozialdemokraten eingesetzt. Aus ihrer ex-Jugendorganisation ,,Jeunesses communistes
ganisation ,,Jeunesses communistes
révolutionnaires'' (JCR) entwickelten sich, gegen ihren Willen, im Mai '68 verschiedene linksradikale Organisationen, die zum Teil noch heute existieren (so zum Beispiel die trotzkistische LCR). Parallel konnte die PS ihren Stimmenanteil von Wahl zu Wahl immer weiter vergrößern und aus der zweiten Gewerkschaft, der CFDT, einen immer wichtigeren Gegenpol zur KFP-dominierten CGT entwickeln.

Die Wahlniederlage vom März 1978 hat viele Hoffnungen zerstört (auch die Krise der radikalen Linken entwickelte sich von diesem Zeitpunkt an rasanter als zuvor), vor allem wohl innerhalb der KPF selber. Innerhalb der KPF gibt es allerdings weder Fraktionsrechte noch Tendenzrechte. Ebenso ist es innerhalb der KPF unüblich, daß oppositionelle Stimmen in der Parteipresse zu Wort kommen. Von daher sind die Opponenten mehr oder weniger auf Veröffentlichungen in anderen Presseorganen angewiesen. Nach dem März 1978 und bis heute wurden zahlreiche Interviews, Artikel etc. in Zeitungen wie ,,Le Monde'', ,,Rouge'', ,,Politique-Hebdo'', ,,Le Matin'', ,,Le Nouvel Observateur'' u.a. veröffentlicht.

Am 3. April 1978, während einer Pressekonferenz, erklärte Marchais: ,,*Es ist klar, daß wir heute innerhalb der Partei eine Debatte von einer nie zuvor dagewesenen Breite haben. Und ich sage es ehrlich: Wir freuen uns darüber. Es gibt einige Oppositionen. Ich habe es überprüft: Wir haben dazu 31 Briefe empfangen*'' (,,Le Monde'', 5.4.78). Einen Monat später hieß es, es gebe ,,*eine kleine Diskussion am Rande, ohne Interesse für die Partei*'' (,,Le Monde'', 4.5.78). Und am 11. Mai veröffentlichte das Politbüro ein Kommuniqué: ,,*Einige Mitglieder der Partei stellen ihre Politik in Frage... Sie benutzen dabei selbstherrlich die rechten Massenmedien und diejenigen der PS*'' (,,L'Humanité'', 11.5.78).

Parallel wurde ab dem 8. April eine sogenannte freie Tribüne im Zentralorgan (,,L'Humanité'') eröffnet, wo einige Sekretäre eingeladen wurden, den Zustand ihrer Sektion darzustellen. Die Berichte sind mehr oder weniger uniform; zwar hat man hier und dort von ,,Fragen'', von ,,Zweifeln'' gehört – allerdings seien das alles bedeutungslose Phänomene. Am 20. Juni 1978 werden wieder erfreuliche Statistiken genannt: ,,*Die 98 versammelten Föderationskomitees haben meistens einstimmig ihr Einverständnis mit der Arbeit des Zentralkomitees erklärt. Von 2.800 Sektionskomitees sind drei nicht mit der Arbeit des Zentralkomitees einverstanden... Es ist nicht übertrieben zu behaupten, daß die überwiegende Mehrheit der Kommunisten mit der Analyse des KZs übereinstimmt*'' (,,L'Humanité'', 21.6.78).

Neu ist allerdings eins: Die Führung der KPF lehnte Ausschlußverfahren von vornherein ab. ,,*Werden einige Köpfe rollen? Ich habe dazu nein gesagt... Ohne Zweifel gibt es manche Leute, die gerne ausgeschlossen werden möchten, aber es wird keinen einzigen Ausschluß geben. Die Periode der Ausschlüsse haben wir ein für allemal hinter uns gebracht*'' (,,Le Monde'', 5.4.78).

Welche Opposition?

Die ,,eurokommunistische'' Strömung war die erste, die sich außerhalb der Partei manifestiert hat, über Artikel von u. a. Jean Ellienstein, Antoine Spire, M. Goldring, Jean Rony. Sie gehen davon aus, daß das Haupt-krankheits-Symptom der KPF in ihrer mangelhaften Anziehungskraft für Intellektuelle bestehe, in ihrer Unfähigkeit, sich außerhalb ihrer traditionellen Bereiche auszubreiten. Die KPF sei nicht auf der Höhe der Zeit, habe nicht die Veränderungen der französischen Gesellschaft reflektiert.

Die ,,Eurokommunisten'' fühlen sich insbesondere den Thesen des XXII. Parteitags der PCF verbunden (wo unter anderem die Diktatur des Proletariats als überaltete Form abgelehnt wurde), kritisieren aber, daß die Partei sich nicht konsequent genug dafür einsetze. Insbesondere gebe es innerhalb der Partei zahlreiche stalinistische Traditionen, die sie an ihrer demokratischen Veränderung hindern würden. Innerhalb dieser ,,eurokommunistischen'' Strömung gibt es einen rechten und einen linken Flügel.

Insbesondere um die Zeitschrift ,,Dialectiques'' haben sich die Links-
,,Dialectiques'' haben sich die Links-
,,Eurokommunisten'' gruppiert (Christine Buci-Glucksmann, David Kaisergruber, Y. Roucaute), die sich vorwiegend auf Gramsci berufen. Zum Beispiel kritisiert C. Buci-Glucksmann ,,*den liberalen und sozialdemokratischen Eurokommunismus*'' von Ellienstein, der sich auf eine ,,*etappenweise Eroberung der Macht*'' beschränken würde, der ,,*die Demokratie mehr oder weniger mit der Existenz und Aufrechterhaltung der parlamentarischen Institutionen identifiziert, ohne sie, ausgehend von neuen Formen der Basisdemokratie, zu verändern*'' (Interview aus dem Buch ,,Die KPF verändern'', Paris 1979).

Die linken ,,Eurokommunisten'' setzen sich für neue Formen der Selbstorganisation der Massen ein (Arbeiterräte, Stadtteilkomitees, Verbraucherkomitees), so daß die klassische repräsentative Demokratie permanent von der neuen selbstverwalteten Demokratie kontrolliert wird (siehe dazu auch Interview mit David Kaisergruber in AK 174).

Die ,,althusserische'' Strömung: Louis Althusser führt die Niederlage vom März 1978 nicht auf eine mangelhafte Bemühung der Partei gegenüber neuen gesellschaftlichen Schichten zurück, sondern auf mangelnde ideologische und politische Verankerung der Partei in der Arbeiterklasse selber. ,,*Die Schuld ist nicht der Kleinbourgeoisie zu geben, wie man es immer gerne glaubt, sondern die Ursache muß bei der Arbeiterklasse selber gesucht werden. Die Arbeiterklasse hat nur zu 33 % für die Partei gestimmt, hat 30 % ihrer Stimmen der PS gegeben, 20 % der Rechten, und der Rest hat sich enthalten in einer hartnäckigen Ablehnung jeder Form von Politik. Die Einheit der Arbeiterklasse ist längst nicht errungen, sondern diese Aufgabe liegt noch vor uns*'' (Althusser, ,,Le Monde'', 27.4.78).

Für die Anhänger von Althusser geht es nicht um die Erfindung eines dritten, ,,eurokommunistischen'' Weges, sondern um die Aktualisierung der fundamentalen Lehren des Leninismus. Sie waren die einzigen Mitglieder der KPF, die auf dem XXII. Kongreß die Ablehnung der Diktatur des Proletariats mißbilligt haben. Ihre Namen: E. Balibar, G. Labica, Y. Vargas, M. Moissonnier.

Fortsetzung folgt.
Frankreich-Kommission

Erste Vorbereitungen für die 2. Sozialistische Konferenz

Am 17.5. traf sich in Westberlin die Tagungsleitung der 1. Sozialistischen Konferenz, die in Kassel gleichzeitig als Vorbereitungsausschuß für die 2. Konferenz eingesetzt wurde. Beraten wurde über die Auswertung der ersten und die inhaltliche Festlegung der zweiten Konferenz.
In Kassel war angeregt worden, zur Auswertung einen Reader mit den wichtigsten Diskussionsbeiträgen der Arbeitsgruppen und Plenumsdebatten zu erstellen. Dazu sollten für die vier Arbeitsgruppen zentral Nachbereitungsgruppen gebildet werden. Die ersten Betrachtungen haben jedoch ergeben, daß sich weite Teile der Debatte mit den schon für die Konferenz schriftlich vorliegenden Materialien überschneiden würden. Die Tendenz geht deshalb dahin, auf eine akribische Nachbereitung (im Sinne eines detaillierten Protokolls) zu verzichten. Stattdessen soll darauf hingearbeitet werden, die neuen Aspekte und die sichtbaren Kontroversen herauszuarbeiten. Verantwortlich sollen hierfür die Leiter der Arbeitsgruppen sein. Vor Veröffentlichung sollen diese Ergebnisse an die an einer Nachbereitung interessierten Gruppen, Organisationen usw. verschickt werden.
Das Thema der nächsten Konferenz wird, wie in Kassel beschlossen, sein: „Der herrschende Block an der Macht und die Alternative der Linken". Für die Arbeitsgruppen und damit auch für die thematische Gliederung sind von der Kölner Vorbereitungsgruppe fogende Vorschläge gemacht worden:

1. Politische und ökonomische Lage der 80er Jahre
2. Entwicklung der Reformpolitik der SPD
3. Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung
4. Internationale Lage: Krieg und Frieden
5. Was heißt herrschender Block?

Diese Vorschläge fanden im Vorbereitungsausschuß Zustimmung, bedeuten aber noch keine Festlegung.
Für den 14. bzw. 15.6. wurde ein weiteres Vorbereitungstreffen in Hannover vereinbart, daß offen für alle interessierten Organisationen, Gruppen und örtliche Vorbereitungsgruppen ist. Dort soll diskutiert werden, welche Möglichkeiten bestehen, die thematischen Schwerpunkte der Konferenz an örtliche bzw. regionale Vorbereitungsgruppen zu deligieren. Dementsprechend sollten auch Vorgespräche zwischen den an der Konferenz beteiligten Kräften vor Ort stattfinden.
In Kassel war angeregt worden, örtliche Nachbereitungstreffen einzuberufen. Erste Kontakte und Treffen hat es dazu bisher in Westberlin, Hamburg, Bremen, Hannover, Marburg, München und Köln gegeben.

***

„Neuer Realismus" gegenüber der SPD?

Schon vor und während der 1. Konferenz hatte sich abgezeichnet, daß eine Reihe von Kräften bestrebt ist, der SPD alle Türen bei diesem Projekt offen zu halten. Sichtbarster Ausdruck hiervon war die Einladung an Peter von Oertzen, der sicherlich ein ausgezeichneter Sozialdemokrat ist, aber mit einer sozialistischen Alternative selbstverständlich nichts am Hut hat. In dieser Hinsicht gibt es nun einen interessanten Auswertungsbeitrag von Diter Esche (SB, Mitglied des Vorbereitungsausschusses) in der „Taz" vom 23.5. . Sein *„positiver Eindruck von der Kasseler Konferenz"* ist, daß sich in der Linken ein *„ 'neuer Realismus' durchzusetzen"* scheint. Darunter versteht er ein neues, 'realistisches' Verhältnis zur SPD. Dies ermögliche der Linken endlich, *„ein sachlicheres, nicht von Berührungsängsten geprägtes Verhältnis zu den Linken in dieser Partei"* (als wenn es nie Abgrenzungsbeschlüsse der SPD, auch der SPD-Linken, gegenüber der sozialistischen und kommunistischen Bewegung gegeben hat). Besonders betont er dann noch die von ihm entdeckte *„Einsicht, daß ohne das nicht unerhebliche Potential an Linken in der SPD eine sozialistische Alternative nicht auf die Beine zu stellen ist."* Wenn gegenwärtig (erfreulicherweise) schon soviel über die Fehler der Linken in den vergangenen Jahren diskutiert wird, darf wohl gerade dies, die Orientierung auf die SPD bzw. die SPD-Linken absolut nicht ausgeklammert werden.

***

Die Karriere des Rudi Steinke

Rudi Steinke, von Bahro mit der Organisierung der 1. Konferenz beauftragt und heute noch Mitglied des Vorbereitungsausschusses für die 2. Konferenz, hat ein neues Amt übernommen: er ist jetzt politischer Berater in Sachen Studentenpolitik beim Westberliner Wissenschaftssenator Peter Glotz (SPD).
Vor zwei Jahren wurde in Westberlin an den Hochschulen die verfaßte Studentenschaft wieder eingeführt, d.h. konkret die Einsetzung eines Studentenparlaments und eines AStA als Vertretungsorgane der Studentenschaft. Dies geschah unter wesentlicher Federführung von Peter Glotz, der auch als Symbolfigur des Integrationsversuchs gegenüber der Linken bekannt ist. Rudi Steinke wurde ins Studentenparlament für die Juso-Hochschulgruppen gewählt. **In seiner Eigenschaft als Parlamentarier nahm er von nun an auch an den Verhandlungen mit Peter Glotz und seinem Ministerium teil, was nun wiederum seine Früchte eintrug.** Er bekam das Amt eines politischen Beraters in Sachen Studentenpolitik bei Peter Glotz angedient, und er nahm dankend an. Seinen Sitz im Studentenparlament gab er auf, *„aus beruflichen Gründen"* wie es in einem Schreiben heißt. Nun sitzt er also auf der anderen Seite des Verhandlungstisches - natürlich alles im Interesse der Linken!

Menschen Tiere Sensationen: Die wahren Hintergründe der Spaltung des KB

Es ließ aufhorchen, als eine der geheimnisvollsten Organisationen der K-Gruppen-Szene, der Kommunistische Bund Nord, sich im letzten Juli spaltete. Eine Gruppe von rund 40 % der Mitglieder, die sogenannte Zentralfraktion, wurde damals von dem niemals gewählten, streng konspirativen operierenden LG des KB Nord ausgeschlossen. Unter den Ausgeschlossenen waren fast sämtliche „Genossinnen" des KB sowie nahezu sämtliche Hamburger Bürgerinitiativen.

Die ausgeschlossene Zentralfraktion wurde aus dem riesigen Vermögen des KB Nord mit 2 Millionen Rubel in bar, 15 SAAB's sowie zwei Ananas-Plantagen in Schleswig-Holstein abgefunden. Dafür mußte sich die Zentralfraktion verpflichten, bis zum Jahre 2029 absolutes Stillschweigen über die Hintergründe der KB-Spaltung zu bewahren. Einer der Ausgeschlossenen hat sich jedoch jetzt entschlossen, das Schweigen zu brechen. Ihm verdanken wir diesen Bericht.

Der Niedergang des KB war seit seinem vergeblichen Sturm auf den Bauplatz Brokdorf (19. Februar 1975) nicht mehr zu übersehen. Damals verließen nahezu alle süddeutschen Gruppen sowie die Sektion DDR den KB. Ihr Vorwurf: Die Brokdorf-Aktion des KB sei ein Kamikaze-Unternehmen gewesen. Auf einer Geheimsitzung des nach streng leninistischen Kaderprinzipien arbeitenden LG wurde daraufhin beschlossen, den bisherigen Namen KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland) abzuändern in den heutigen Namen KB Nord.

Das Scheitern des Sturms auf den Brokdorfer Bauplatz veranlaßte das LG zu einer seiner gefürchteten „Ausrichtungskampagnen". In einem Artikel „Dürfen Kommunisten schwul sein?" (AK 113, 1.4.75) schrieb der LG-Vorsitzende: „Die Schleifung des

richtungskampagnen". In einem Artikel „Dürfen Kommunisten schwul sein?" (AK 113, 1.4.75) schrieb der LG-Vorsitzende: „Die Schleifung des

Bauzauns war zum Greifen nahe. Die Polizeitruppe befand sich in Zersetzung. Man mußte die Volksmassen zur Belagerung zusammenschließen. Daß dies nicht gelang, lag an den Opportunisten und an den Schwulen. Von ihnen muß man sich trennen. Je eher, um so besser".

Dieser Artikel des LG-Vorsitzenden, der selbst den meisten KB-Mitgliedern völlig unbekannt ist, führte zu ersten heftigen Auseinandersetzungen im LG. Der Stellvertretende LG-Vorsitzende, der heute der Zentralfraktion angehöret und der sich als einziger Vertreter des undurchsichtigen KB-Apparats schon seit mehreren Jahren in die Homophilen-Thematik intensiv eingearbeitet hatte, widersetzte sich der von der LG-Mehrheit geforderten „Hinaussäuberung von Perversen und Asozialen". Es kam auf dieser Geheimsitzung des LG zu einer wilden Schießerei, wobei eine Schwester des Stellvertretenden LG-Vorsitzenden erschossen wurde. Kurz darauf setzten aufgeputschte KB-Mitglieder die Wohnung des Stellvertretenden LG-Vorsitzenden in Brand. Als Ergebnis dieses Konflikts wurde die sogenannte AG Schwule gebildet, die streng zu überwachen hatte, daß sich KB-Mitglieder nicht homosexuell betätigen.

Einen weiteren Aderlaß für den KB Nord bedeutete im Sommer 1977 der Ausschluß der sogenannten Kritik-Fraktion. Diese Gruppe wurde so genannt, weil sie Kritik an dem aufwendigen Lebensstil der KB-Funktionäre geübt hatte. Die Kritik-Faktion umfaßte 40% der Hamburger KB-Ortsgruppe, darunter sämtliche Hamburger Bürgerinitiativen und den gesamten Landesvorstand Hamburg der KB-Tarnorganisation DFU (Demokratische Frauen-Universität). Auf diese neuerliche Spaltung des KB folgte wieder eine der traditionellen „Ausrichtungskampagnen". In seinem Artikel „Schluß mit der Privat-Scheiße im KB!" (AK 147, 13.8.77) schrieb der LG-Vorsitzende: „Die Opportunisten haben erneut ihre Renegaten-Fratze gezeigt. Das beweist, daß wir in unserer Wachsamkeit nicht nachlassen dürfen. — Woher kommt der Opportunismus? Er kommt von dem Breittreten der kleinbürgerlichen Privat-Scheiße im KB. Wenn man den Opportunismus schlagen will, muß man mit der Privat-Scheiße sofort Schluß machen!" Bis dahin waren im „Arbeiterkampf" des KB immerhin noch vereinzelt Artikel zu lesen gewesen, in denen KB-„Genossinnen" ihren Unmut über frauenfeindliches Treiben der KB-Männer, über Vergewaltigungen, über das vom LG im Januar 1974 verhängte Gebär-Verbot und ähnliche krasse Mißstände Luft machen konnten. „An diesen unpolitischen Privat-Problemen haftet Leichengeruch", verkündete der LG-Vorsitzende in einem streng geheimen Erlaß.

Für die heute Zentralfraktion war diese „Ausrichtungskampagne" der letzte Anlaß, gegen die orthodox leninistische Linie der LG-Mehrheit zu opponieren. Es gelang ihnen, mehrere kritische Artikel gegen diese Kampagne im „Arbeiterkampf" zu plazieren, bis ihnen im April 1979 auch das verboten wurde.

Der Konflikt spitzte sich zu, als die LG-Mehrheit im Mai 1979 die Sozialisierung aller „Genossinnen" und die Übergabe des Kontos der Bunten Liste an den KB forderte. In einer Geheimrede auf einer streng konspirativen Sitzung ausgewählter, linientreuer „Delegierter" tobte der LG-Vorsitzende: „Unsere Forderungen sind gut, weil wir richtig sind. Ohne die Gelder der Bunten Liste ist die Ausstattung aller KB-Funktionäre mit Wasserbetten nicht zu gewährleisten. Wir brauchen aber diese

Ohne die Gelder der Bunten Liste ist die Ausstattung aller KB-Funktionare mit Wasserbetten nicht zu gewährleisten. Wir brauchen aber diese

Wasserbetten, weil sie nötig sind!".

Die Zentralfraktion, die sich diesen Forderungen widersetzte, wurde daraufhin am 5.8.79 aus dem KB ausgeschlossen. Im Anschluß daran fanden in allen „Zellen" des KB streng konspirative „Sitzungen" statt, auf denen in Anwesenheit von KB-Funktionären der Ausschluß der Kritiker mit sogenannten „Ergebenheitsadressen an das LG" begrüßt werden mußte.

Heute ist der Rest-KB, der noch etwa 420 Mitglieder umfaßt, heillos in 4 rivalisierende Fraktionen zerstritten:
1. Die „Ramsch-Fraktion", die vor allem aus Mitgliedern des geheimen LG und des obersten Funktionärskaders besteht, plädiert dafür, sich das verbliebene KB-Vermögen (ca. 25 Millionen Dollar) unter den Nagel zu reissen und sich damit dunne zu machen.
2. Die „Rote-Armee-Fraktion", zu der etwa 40% der Hamburger Ortsgruppe gehören (darunter sämtliche Hamburger Bürgerinitiativen), fordert einen Zusammenschluß mit den „Revolutionären Zellen", bei strikter Abgrenzung zu den „Opportunisten vom 2. Juni".
3. Die „Stolypinsche Fraktion" (so benannt nach dem beruchtigten Vorsitzenden) fordert eine „Ruckbesinnung" auf einen orthodoxen Kommunismus trotzkistisch-stalinistischer Observanz.
4. Die „Drei-Welten-Fraktion" fordert einen Zusammenschluß mit der vor drei Monaten gegrundeten KPD des Altkommunisten Jasper Semmelmann.

Feststeht, daß alle Beobachter dem KB Nord nur noch eine kurze Lebensdauer geben. Dazu die Einschätzung eines ungenannt bleiben wollenden Kenners der K-Gruppen-Scene: „Der KB wird sich in Kurze auflosen, weil das wahrscheinlich ist".

So sehen's die anderen: Bremer „Krawalle"

So sehen's die anderen: Bremer „Krawalle"

Im AK 177 gaben wir eine erste Übersicht der unterschiedlichen Stellungnahmen zu den Demonstrationen gegen die Militaristen-Show in Bremen am 6. Mai. Hier eine Ergänzung:

SAG

Die SAG (Sozialistische Arbeitergruppe) berichtet in ihrer „Sozialistischen Arbeiterzeitung" vom 14.5. rein sachlich über die Vorgänge. Auf jede „Distanzierung" von den „Krawallen" wird verzichtet, was von der SAG auch nicht anders zu erwarten war. Allerdings hat sich die SAG auch zu einer positiven Kommentierung nicht durchringen können, was angesicht der sonstigen Vorliebe der SAG für militante Aktionen erstaunlich ist.

KABD

Überhaupt nicht erstaunlich ist hingegen die Stellungnahme des stalinistischen KABD: Um von der breiten Opposition gegen den Militaristenaufmarsch *„abzulenken"*, *„provozierte die Polizeiführung einen blutigen Zusammenstoß mit anarchistischen Provokateuren im Anschluß an die Demonstration"*. Hierbei habe es *„sich um ein vorbereitetes und abgekartetes Spiel"* gehandelt (Erklärung der Zentralen Leitung des KABD, „Rote Fahne", 17.5.).

GIM

Die trotzkistische GIM meint, die Haltung der Linken zu den „militanten Aktionen" müsse *„geklärt werden"*, wozu sie selbst aber nur Andeutungen liefert: *„eine Gruppe von 100 - 200 ,Militanten'"* habe *„sich ihren Privatkrieg mit der Polizei geliefert"* und so — zusammen mit der *„Spaltung"* der Aktionen — *„schließlich die mögliche Massenwirkung des Protests vereitelt"*. Die GIM empfiehlt: *„Es wäre möglich gewesen, in einer kollektiven Aktion tausender Demonstranten ins Stadion zu gehen, die Eingänge zu besetzen und von den Tribünen zu protestieren"* („was tun", 22.5.). Und friiiiiedlich wäre eine solche Aktion verlaufen, gelle?!...

„Anstiftung der Frauen zum Frieden"

Diese Westberliner Fraueninitiative wandte sich scharf gegen die Bremer „Gewaltdemonstration": *„Gewalttätig-militante Aktionen kommen einer Politik wie gerufen, die in jeder Hinsicht bestrebt ist, für Militär und Aufrüstung innerhalb der Bevölkerung eine positive Stimme zu erzeugen. Es ist zu befürchten, daß dadurch auch die gewaltfreie Bohr-Platz-Besetzung in Gorleben besonders gefährdet wird. Gewalttätige Aktionsgruppen sind darüber hinaus wie geschaffen für bezahlte Provokateure"* (nach „Neue", 22.5.).

„MLD"

Ebenfalls nicht erstaunlich ist der Kommentar der CSU-nahen „MLD" („Marxisten-Lenisten Deutschlands"): „Gewaltsame Auseinandersetzungen" seien *„grundsätzlich zu verurteilen"*. In Bremen habe es sich um *„einen isolierten anarchistischen Akt"* gehandelt. Als Drahtzieher wird von der „MLD" mühelos der Hauptfeind der Menschheit ausgemacht: Die Demonstrationen seien **„von der fünften Kolonne Moskaus, der DKP und ihren Massen- und Tarnorganisationen, angezettelt"** worden („die achtziger jahre", 14.5.80).

Eine wachsame Stimme aus der CSU

Die „MLD" ist sich darin wieder einmal einig mit der CSU. Zweifellos könnten sie Wort für Wort den Kommentar des CSU-„Rechtsexperten" Fritz Wittmann zu Bremen unterschreiben: *„Die K-Gruppen sind nichts anderes als die radikalen Stoßtrupps der DKP. Sie werden offensichtlich vom sowjetischen Geheimdienst KGB finanziert, um unseren demokratischen Staat von innen heraus wehrlos zu machen"* („Bild", 12.5.).

Neues von der „Gruppe Z"

In einer nur dem KB gewidmeten Sonderbroschüre teilte die im Dezember '79 aus dem KB ausgestiegene „Gruppe Z" Ende April ihre Ansicht mit, **„daß eine weitere Kontroverse mit dem KB um eine richtige und notwendige Politik der westdeutschen Linken in der alternativen Wahlbewegung ganz und gar sinn- und zwecklos geworden ist. Der KB scheint für eine solche Debatte und Politik – zumindest derzeit – verloren"** (S. 3). Grund: dem KB fehle *„jede Bereitschaft zu selbstkritischer Reflektion der eigenen Politik"* (S. 18). Mit der Sonderbroschüre wolle man **„bis auf weiteres den Streit mit dem KB beenden"** (S. 3).

Diese Entscheidung der „Z"-Chefetage mußte konsequenterweise negative Rückwirkungen auf die Diskussionsprozesse haben, die sich mit dem Begriff des „Revolutionären Blocks" verbinden (ausführlich dazu: AK 176, S. 54). Gemeint ist der Vorschlag der „Komitees für Demokratie und Sozialismus" (KBW-Dissidenten), eine von mehreren linken Gruppierungen getragene gemeinsame Zeitung herauszugeben, die als Sammelpunkt eines auf örtlichen „Zusammenschlüssen" aufbauenden „Revolutionären Blocks" dienen soll.

Als ein erster praktischer Schritt in Richtung auf diese gemeinsame Zeitung ist seit längerem eine von „Komitees", KB und „Gruppe Z" gemeinsam getragene Broschüre mit Artikeln zum Ökologismus und zur Grünen Partei in Vorbereitung. Strittig schien im wesentlichen „nur" noch die Formulierung eines gemeinsamen Vorworts.

Am 19.5. allerdings teilte die „Z"-Leitung dem KB schriftlich mit, sie habe *„eine längere Debatte geführt, ob eine Zusammenarbeit mit euch (wie an einem solchen Broschüren-Projekt) überhaupt noch irgendeinen positiven Sinn haben kann. Alternativ wurde bei uns dazu vorgeschlagen, euch solange einfach rechts liegen zu lassen, bis ihr wieder bei Sinnen seid"*. Außerdem sei für die „Gruppe Z" eine **„Schädigung unseres Ansehens in der Grünen Partei durch eine gemeinsame Veröffentlichung mit euch"** zu befürchten. *„Trotz der vielen negativen Vorzeichen"* habe man sich aber dazu *„durchgerungen"*, an der geplanten Broschüre *„vorerst festzuhalten"*. – Zugleich meldete die „Z"-Leitung Einwände gegen die vorliegenden KB-Beiträge für die geplante Broschüre an: Diese seien lediglich *„seichtes Gewäsch und ,marxistische' Allerwelts'weisheiten'"*; ihr *„Niveau"* sei verglichen mit der *„analytischen und theoretischen Arbeit"* der „Gruppe Z" allzu *„kümmerlich"*.

Wer die schlitzohrigen Freunde in der „Z"-Leitung ein bißchen kennt, kann sich diese Mitteilung mühelos ins Deutsche übersetzen: **Die „Z"-Leitung möchte so rasch wie möglich aus der Zusammenarbeit mit dem KB an diesem Projekt aussteigen, sucht aber noch nach einem eleganten Dreh, wie dem KB dafür der 'Schwarze Peter' zugeschoben werden könnte.**



Happy Birthday ...

Am 23. Mai 1970 wurde die Hamburger Gruppe KAB (Kommunistischer Arbeiterbund) – eine der Vorläuferorganisationen des KB – gebildet. In das schier unüberschaubare Heer der Gratulanten anläßlich des 10. Jahrestages dieses Ereignisses reiht sich nachträglich auch die AK-Redaktion ein.